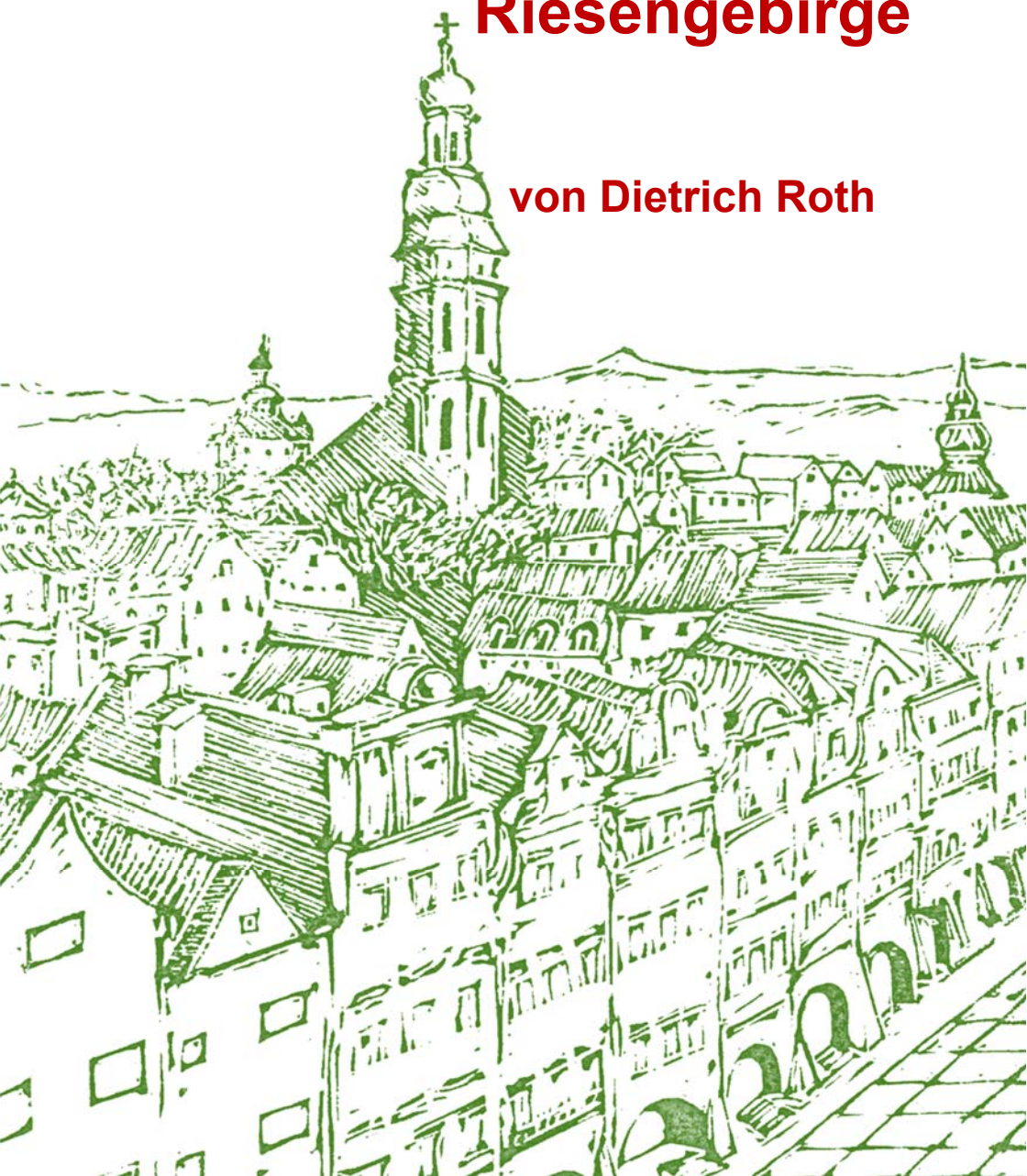


Bruno Ablaß **aus Hirschberg im** **Riesengebirge**

von Dietrich Roth



Bruno Ablaß, Leben und Wirken

Bruno Ablaß

aus Hirschberg im Riesengebirge

**Sein Leben und Wirken als Anwalt und Politiker
sein Einsatz für Menschenwürde und Kulturpflege
sein Mahnen zu Frieden und Völkerverständigung**

von Dietrich Roth

Titelseite: Grafik von Hirschberg von Marek Lercher
(Häuser am Ring mit der kath. Kirche St. Pancratius und Erasmus)

© Nach Dokumentationen zusammengetragen,
mit Anmerkungen und Erläuterungen
von Dietrich Roth.

Im Selbstverlag erschienen:
Layout: Ullrich Junker
Mörikestr. 16
D 88285 Bodnegg

Im April 2022



Dr. Bruno Ablaß im Alter von 36 Jahren

Dieses Buch widme ich meinen Enkeltöchtern
Gianna Lea Roth und Amira Roth
Sie sind Ur-Ur-Enkelinnen von Bruno Ablaß.

M o t t o

Die Kultur der Menschheit besitzt
nichts Ehrwürdigeres als das Buch,
nichts Wunderbareres
und nichts, das wichtiger wäre.

Gerhart Hauptmann

Geleitwort

Der Gedanke, über den eigenen Großvater Berichte zu verfassen, die für die Öffentlichkeit bestimmt sind, kam in unserer Familie nicht sofort nach seinem Tode auf. Solange wir in unserer schlesischen Heimatstadt Hirschberg im Riesengebirge lebten, war sein Name und sein Wirken den Bewohnern dieser Stadt so geläufig, daß es keiner schriftlichen Aufzeichnungen bedurfte, um an ihn zu erinnern. Außerdem hatte er schriftliche Memoiren verfaßt, die in seinem Arbeitszimmer wohlverwahrt lagen, aber jederzeit zugänglich waren. Nachdem wir Hirschberger aber – wie die meisten Schlesier – unter dem Zwang der Ereignisse der letzten Kriegswochen und der Zeit danach unsere Heimatstadt hatten verlassen müssen und nun über ganz Deutschland verstreut lebten und damit die Memoiren für deutsche Leser nicht mehr erreichbar waren, regte sich in der Familie der Wunsch, die Erinnerung an einen so bedeutenden Menschen in einer Form wachzuhalten, die dauerhaft und beständig ist. Ein glücklicher Zufall fügte es, daß Hedwig Ablaß, Brunos Witwe, und eine seiner Töchter, nämlich Gertrud, die gemeinsam geflüchtet waren, nun auch in der Fremde zusammen wohnten. Die Gedanken der Witwe kreisten dort häufig um ihren verstorbenen Mann, und so machten sich Mutter und Tochter daran, einige bedeutsame Tatsachen aus dem Leben dieses allseits geschätzten Hirschberger Bürgers aufzuzeichnen. So entstanden im Laufe der ersten Nachkriegsjahre mehrere Aufsätze über Dr. Bruno Ablaß. Ein Teil davon wurde in der für die ehemaligen Bewohner des Riesengebirgsvorlandes zuständigen Heimatzeitschrift veröffentlicht; die Durchschriften dieser Aufsätze wurden sorgfältig verwahrt und gerieten für lange Zeit in Vergessenheit. Erst als die Witwe längst verstorben war und die Tochter Gertrud die anfangs gemeinsam genutzte Wohnung aufgab, um in ein Altersheim zu gehen, bekam ihr Sohn, der Verfasser dieser Zeilen, die Schriftstücke in die Hände. Zusammen mit weiteren gesammelten Unterlagen über den Großvater stellte er sie in einer Mappe zusammen. Doppelstücke davon erhielten die beiden anderen noch lebenden Enkelöhne. Nach einiger Zeit geschah es, daß einer von ihnen zu mir, seinem Vetter, sagte: „Schreib doch mal ein Buch über Opa!“ Er wußte nicht, daß ich schon seit längerer Zeit damit beschäftigt war, dieses Ziel zu verwirklichen. Und das kam so:

Der genannte Enkel, der Sohn von Gertrud, nämlich ich, war inzwischen in einem Arbeitskreis heimisch geworden, der sich der Pflege und Bewahrung schlesischen Schrifttums und schlesischer Mundart widmet. Dort lernte ich den Mann kennen, der sich speziell mit der Aufarbeitung schlesischer Literatur beschäftigt, sich in schlesischen Archiven auskennt und dem der Name „Ablaß“ ein Begriff ist. Er sprach mich an und meinte, es wäre doch angebracht, wenn man mal einen Aufsatz über den Justizrat Ablaß schriebe, damit die heutigen Bewohner von Hirschberg erfahren könnten, welch eine bedeutende Persönlichkeit einmal in dieser Stadt gelebt hatte. Ich als Enkel sei doch der geeignete Mensch, um solch einen Aufsatz zu verfassen. Ich gab ihm meine Mappe zu lesen, und als er merkte, daß

darin schon eine ganze Menge Material beisammen war, kam er mit dem Gedanken auf mich zu, ein Buch über meinen Großvater zu schreiben.

Diesen Hergang habe ich deshalb so ausführlich geschildert, weil man in den letzten Jahren öfters vernommen hat, daß Enkel über ihre Großväter Bücher schreiben. Und ich möchte nicht als deren plumper Nachahmer erscheinen.

An diese Stelle gehört nun ein aufrichtiger und umfangreicher Dank an Herrn Ullrich Junker aus Bodnegg, der mir als erster den Anstoß zu einem solchen Buch gegeben hat. Ohne diesen Anstoß hätte ich es bei der von mir zusammengestellten Mappe belassen. Und meine erste Reaktion auf diesen Anstoß war: „Warum ein Buch schreiben, in der Mappe steht doch schon alles drin“? Als er mich dann aber mit Ausdrucken aus Archiv-Material versorgte und ich daraus erkannte, daß es über meinen Großvater viel, viel mehr zu erzählen gibt als das, was auf den Blättern meiner Mappe steht, da war mir klar:

Das Buch muß geschrieben werden!

Nun liegt es vor, und es steht fest: Ohne die ständige enorm wichtige Mithilfe des Herrn Junker hätte ich das nicht geschafft. Er hat alle Texte in die erforderliche Druckform gebracht und dabei unzählige Schriftstücke, die in Frakturschrift gedruckt waren, und viele handschriftlich in Sütterlin-Schrift abgefaßte Schriftstücke in die lateinische Druckschrift transkribiert – nicht für mich, denn ich hatte in der Volksschule noch gelernt, Sütterlin zu schreiben und Frakturschrift zu lesen, sondern für die künftigen Leser. Er hat meine verbindenden Texte ausgedruckt, und das entsprechend meinen Korrektur-Anmerkungen sogar mehrfach. Er hat von sich aus, wenn er in archivierten Schriftstücken den Namen „Ablaß“ fand, mir davon Kopien zukommen lassen, sodaß durch Übernahme auch kleinerer Begebenheiten ein umfassendes lebhaftes Persönlichkeitsbild entstehen konnte. All die viele Mühe, die er für das Werk aufgewandt hat, konnte ich nur deshalb von ihm annehmen, weil er mir immer wieder signalisiert hatte, daß er selbst daran interessiert ist, daß das Buch entsteht.

Also: Herzlichen Dank, lieber Ulli!

Ein besonderer Dank gebührt auch Herrn Ivo Łaborewicz, Direktor des Staatsarchivs in Jelenia Góra (Hirschberg/Rsgb.) dafür, daß er Herrn Junker immer wieder die von ihm erbetenen Unterlagen bereitwillig und ohne längere Wartezeiten zugänglich gemacht hat. Mir ist klar, daß eine solch prompte Erfüllung von Wünschen nicht selbstverständlich ist, sondern daß darin viel persönliches Entgegenkommen steckt. Hiermit spreche ich Herrn Łaborewicz meinen besonderen Dank aus.

Das Bild von Hirschberg (Häuser am Ring mit der kath. Kirche St. Pancratius und Erasmus) auf dem vorderen Buchdeckel hat Herr Marek Lercher gezeichnet. Ihm danke ich dafür, daß er die Zeichnung für diesen Zweck zur Verfügung gestellt hat.

Lüneburg, im Oktober 2021

Dietrich Roth

Inhalt

Widmung
Motto
Geleitwort
Inhaltsverzeichnis
Zur Einführung

| Kap.-Nr. | Titel | Seite |
|----------|--|-------|
| 1. | Der Mensch Bruno Ablaß – Die Tochter Gertrud stellt ihren Vater vor | 15 |
| 2. | Herkunft und Abstammung | 19 |
| 3. | Studium und Verbindungsleben | 19 |
| 4. | Fortsetzung und Abschluß der Berufsausbildung. Übersiedelung nach Hirschberg | 20 |
| 5. | Beruf und Politik | 27 |
| 6. | Die Familie und der Kauf eines Einfamilienhauses | 29 |
| 7. | Abgeordneten-Tätigkeit im Deutschen Reichstag | 36 |
| 7a. | Am Grabe von Wilhelm Wander spricht Dr. Ablaß mahnende Worte | 59 |
| 7b. | Aufruf zur Verbreitung pazifistischen Gedankengutes | 62 |
| 8. | Freundschaft mit dem Dichter Gerhart Hauptmann | 63 |
| 9. | Rückblick auf die Preußische Städte-Ordnung zum 100. Jahrestag ihres Inkrafttretens | 77 |
| 9a. | Aufruf zur Ehrung eines aus dem Amt geschiedenen schlesischen Oberpräsidenten | 82 |
| 9b. | Dr. Ablaß setzt sich mit dem für Landtagswahlen in Preußen geltenden Wahlsystem auseinander | 83 |
| 9c. | Dr. Ablaß würdigt die Lebensarbeit eines Berliner Zeitungsverlegers | 84 |
| 10. | Das Verbot von Hauptmanns „Festspiel“ und die dazu von Dr. Ablaß gezogene Parallele | 87 |
| 11. | Kriegsgefangenschaft in Rußland | 102 |
| 12. | Kontroverse um einen Burgfrieden | 120 |
| 13. | Rechtsanwalt Dr. Ablaß aus der Sicht eines jungen Kollegen | 122 |
| 14. | Würdigung der Persönlichkeit von Dr. Ablaß aus Anlaß seines 50. Geburtstages | 124 |
| 15. | Abgeordnete besuchen die Westfront | 127 |
| 15a. | Dr. Ablaß wird Stadtverordneten-Vorsteher | 131 |
| 16. | Abgeordneten-Tätigkeit in der Nationalversammlung | 133 |
| 17. | Bürgerfeier aus Anlaß des 50. Jahrestages der Reichsgründung | 165 |
| 18. | Die Hirschberger Öffentlichkeit würdigt ihren Stadtverordneten- Vorsteher aus Anlaß seiner silbernen Hochzeit | 180 |
| 19. | Kundgebung gegen den politischen Meuchelmord | 182 |
| 20. | Auf Reisen | 190 |

| Kap.-Nr. | Titel | Seite |
|----------|---|-------|
| 21. | Dr. Ablaß als Literatur-Rezensent | 231 |
| 22. | Der Politiker Ablaß bewertet das Ergebnis der Reichstagswahl von 1928 und zieht Folgerungen | 234 |
| 23. | Ende der Amtszeit als Stadtverordneten-Vorsteher | 239 |
| 24. | Dr. Ablaß als Alterspräsident | 240 |
| 25. | Dr. Ablaß wirkt auf eine Ehrung Wilhelm Bölsches hin | 242 |
| 26. | Die Zeit der Präsidial-Kabinette und der Notverordnungen | 245 |
| 27. | Rückblick auf 38 Jahre Mitgliedschaft im Stadtparlament von Hirschberg | 252 |
| 28. | Dr. Ablaß und der nationalsozialistische Juristenbund | 263 |
| – | Vorbemerkungen zu den Kapiteln 29 und 30 | 265 |
| 29. | Die letzten Lebensjahre | 267 |
| 30. | Rückschau der Witwe auf 45 gemeinsame Jahre | 271 |
| 31. | Die Hinterbliebenen und ihre Schicksale | 279 |
| – | Anhang zu Kapitel 31: Aussagen über Konrad Ablaß | 284 |
| 32. | Persönliche Erinnerungen des Verfassers | 286 |
| – | Schlußbemerkung | 288 |
| – | Daten aus dem Leben von Bruno Ablaß | 289 |
| – | Fototeil | 291 |
| – | Stadtplan von Hirschberg | 319 |
| – | Übersichtskarte von Schlesien | 320 |

Zur Einführung

In einem im August 2019 in der Zeitschrift „Gruß aus Lomnitz“ veröffentlichten Aufsatz über Justizrat Dr. Bruno Ablaß habe ich im Untertitel den Genannten, meinen Großvater, als „weithin bekannten und geschätzten Bürger Hirschbergs“ bezeichnet. Vielleicht hat sich mancher Leser des Artikels gefragt, wie der Mensch beschaffen war, der auf diese Weise beschrieben wird. Denn sicherlich nur die allerwenigsten Leser dieser Zeitschrift können in ihrem Leben so weit zurückblicken, daß sie den Herrn Justizrat noch persönlich gekannt haben oder wenigstens seinen Namen noch gelegentlich haben nennen hören. Bei diesen wenigen genügt wohl ein kleiner Anstoß, um ihre Erinnerung an diesen hochgestellten Mitbürger und an seinen Ruf, den er in Hirschberg und Umgebung hatte, aufzufrischen. Diejenigen aber, die erst seit 1945 oder später in Hirschberg oder im Hirschberger Tal wohnen, und erst recht diejenigen, die als Nachfahren von Hirschbergern woanders aufgewachsen sind, sind anstelle eigenen Erlebens auf andere Quellen angewiesen, wenn sie sich dafür interessieren, wie Hirschberg vor 1945 ausgesehen hat und wer damals hier gelebt und gewirkt hat. Ihnen sollte jener Aufsatz eine Anfangshilfe sein bei dem Bestreben, ihren Wissensdurst zu stillen.

Und weil Dr. Ablaß über einen längeren Zeitraum im öffentlichen Leben gestanden hat, bietet ein Bericht über ihn Gelegenheit, neben dem Leben des einzelnen Menschen auch allerlei aus Geschichte, Politik, Kultur und Wirtschaft seiner Heimat zu erzählen. Nur wenn der Leser über beides nebeneinander etwas erfährt, kann er sich ein Bild darüber machen, wie die allgemeinen Verhältnisse in einem Lande sich auf das Leben des Einzelnen ausgewirkt haben, aber auch umgekehrt, wie der einzelne Mensch die Lebensverhältnisse in seinem Lande mitgestaltet hat, insbesondere, wenn er sich dabei für Demokratie, Freiheit, Frieden und Völkerverständigung eingesetzt hat.

Solche Zusammenhänge aufzuzeigen, kann allerdings ein einfacher, aus wenigen Textseiten bestehender Zeitschriften-Aufsatz nicht leisten. Deshalb folgt dem genannten Aufsatz jetzt dieses Buch. Es nimmt Rücksicht darauf, daß über Vieles, was zu Lebzeiten von Dr. Ablaß noch zum Allgemeinwissen aller Menschen in Deutschland gehörte, heute sehr viele Menschen nicht mehr Bescheid wissen. Deshalb werden in dem Buch ab und zu geschichtliche Abläufe beschrieben und kurze Einblicke in Leben und Werk mancher literarisch, wissenschaftlich oder politisch tätig gewesenen Menschen im Lebenskreis von Bruno Ablaß gegeben. Dabei werden Gedanken, Bestrebungen und Handlungen, die sich später als Irrwege erwiesen haben, nicht ausgeblendet.

In jedem Falle wird am Ende der Lektüre nicht mehr zweifelhaft sein, daß Dr. Ablaß schon in seinem Beruf als Rechtsanwalt, vor allem aber als Politiker, der nacheinander in 2 deutschen Parlamenten Abgeordneter war, weithin bekannt war. Und daß er bei der Bevölkerung der Stadt Hirschberg hoch geschätzt war,

haben ihm seine Mitbürger bei unzähligen Gelegenheiten gezeigt und es noch bei seiner Beerdigung zum Ausdruck gebracht.

Ja selbst Jahre nach seinem Tode haben Hirschberger Bürger gegenüber Angehörigen der Familie Ablaß immer wieder ihre Wertschätzung für Bruno Ablaß ausgedrückt. Dies tat z.B. der ehemalige Hirschberger Richter Dr. Martin Wilm, der Dr. A. aus jahrelanger beruflicher Zusammenarbeit kannte und der sich von Göttingen aus, wohin ihn die Flucht verschlagen hatte, wegen eines Zeugnisses, daß er „nicht nationalsozialistischer Aktivist gewesen“ ist, an Mitglieder der Familie Ablaß gewandt hatte. In einem Brief vom 27.8.1946 an Brunos Tochter Gertrud schrieb er die folgenden Sätze:

„Jede Verbindung mit Ihnen weckt die Erinnerung an Ihren unvergeßlichen Herrn Vater, dessen Heimgang meine Frau und mich tief innerlich berührt hat. Er gehörte zu den seltenen Menschen, die von gleicher menschlicher wie geistiger Größe und Güte sind und die auf ihre Freunde so enthusiastisch wirken.“

Wer war nun dieser Justizrat Dr. Bruno Ablaß, dessen Haus in Hirschberg in der Wilhelmstraße / Ecke Kaiser-Friedrich-Straße noch heute zu sehen ist? Verschaffen wir uns einen ersten Eindruck anhand eines Aufsatzes, den seine Tochter Gertrud aus Anlaß der 10. Wiederkehr des Todestages ihres Vaters im September 1952 verfaßt hat.

Kapitel 1. Der Mensch Bruno Ablaß

– Die Tochter Gertrud stellt ihren Vater vor –

Vorbemerkung: Die folgenden Aufzeichnungen sind im Spätherbst 1952, dem Jahr des 10. Todestages von Bruno Ablaß, entstanden. Niedergeschrieben hat sie seine Tochter Gertrud Roth geb. Ablaß. Sie werden hier wörtlich wiedergegeben, denn mit ihnen sollen die Leser einen ersten Überblick über das Leben und Wirken von Dr. Ablaß erhalten und zwar aus der Sicht eines ihm nahestehenden Menschen. Auch haben die Aufzeichnungen inzwischen seit dem Tode der Verfasserin im Jahre 1993 dokumentarischen Charakter.

Allerdings sind dazu folgende Klarstellungen und Ergänzungen notwendig:

- a) Die Deutsche Fortschrittliche Volkspartei (DFVp) wurde erst im Jahre 1910 durch einen Zusammenschluß linksliberaler Gruppierungen gegründet. Bis dahin vertrat Dr. A. die politischen Ziele der Deutschen Freisinnigen Volkspartei (DFrVp).
- b) Je nachdem, ob eine Wahl zum Deutschen Reichstag oder zum Preußischen Abgeordnetenhaus anstand, gehörte Hirschberg zu unterschiedlichen Wahlkreisen: Für die Reichstagswahl bildete der gesamte schlesische Regierungsbezirk Liegnitz den Wahlkreis Liegnitz, für die Preußenwahl dagegen gehörte Hirschberg zum Wahlkreis Hirschberg-Schönau. Wo in Schriftstücken für einen einzelnen Abgeordneten ein Wahlkreis für die Reichstagswahl genannt wurde, findet man allerdings häufig vor der Ortsangabe eine Nr. und hinter der Ortsangabe eine eingeklammerte weitere Ortsangabe, z. B. „8. Oberbayern (Traunstein)“ oder „17. Hannover (Harburg-Rotenburg)“. Daraus kann man schließen, daß der einzelne Wahlkreis nochmals unterteilt war in Bezirke und die Nr. nicht angab, der wievielte Wahlkreis das war, sondern zum wievielten Unterbezirk eines Wahlkreises der Abgeordnete gehörte. Dem entsprechend wurde der Wahlkreis, in dem Dr. Ablaß aus Hirschberg kandidierte, an einzelnen Stellen so angegeben: „8. Liegnitz (Schönau-Hirschberg)“. Wo die Tochter in dem folgenden Text vom Wahlkreis Hirschberg-Schönau gesprochen hat, braucht daraus also nicht geschlossen zu werden, daß ihr Vater sich außer bei Reichstagswahlen auch bei Preußenwahlen am Wahlkampf beteiligt habe.
- c) Dr. Ablaß äußerte sich im Reichstag mehrfach zu Fragen der Kolonialpolitik. Aufhänger für diese Reden war jedesmal der Tagesordnungspunkt „Kolonialetat“. Aber seine Reden kreisten niemals um Etat-Fragen, sondern befaßten sich mit beklagenswerten Zuständen in einzelnen Kolonien.
- d) Ob die geplante Eintragung in das Buch „Who is who“ zustande gekommen ist, hat sich bisher nicht feststellen lassen. Vielleicht hat die Verfasserin der Aufzeichnungen hier etwas verwechselt. Es gibt nämlich in Deutschland eine Zusammenstellung führender Persönlichkeiten mit dem Titel „Degeners Wer ist's?“ In der Ausgabe von 1935 findet man eine Eintragung über Dr. Ablaß.

Hier nun der Aufsatz von Gertrud Roth-Ablaß:

Biographische Aufzeichnungen über Dr. Bruno Ablaß, Hirschberg/Schl.

Bruno Ablaß wurde am 10. Mai 1866 in Bunzlau / Schlesien als Sohn des Stadtkämmerers Robert Ablaß geboren. Ostern 1872 trat er in die Schule ein. Später siedelte die Familie nach Breslau über, wo der Vater Banksyndikus bei der Deutschen Bank – Breslau wurde. In Breslau verbrachte Bruno Ablaß den größten Teil seiner Schulzeit als Schüler des Johannisgymnasiums, an dem er 1884 das Abitur bestand. Anschließend studierte er Rechtswissenschaften an der Universität Breslau, wo er sein Referendarexamen ablegte. Nachher promovierte er in Heidelberg zum Dr. jur. Nach Ablauf seiner Referendarzeit bestand er das Assessor-Examen in Berlin. 1893 ließ er sich als Rechtsanwalt in Hirschberg / Schlesien nieder.

Am 12. Juni 1897 verheiratete er sich mit Frl. Hedwig Vogdt, Tochter eines Gutsbesitzers aus dem Kreise Goldberg-Haynau. In den Jahren 1898 bis 1905 wurden ihm 5 Kinder geboren.

Bald nach seiner Niederlassung als Rechtsanwalt widmete er sich neben seinem Beruf der Politik. So hat er schon vor seiner Verheiratung im Wahlkampf für die damalige Reichstagswahl (1894 oder 1895) Wahlreden in verschiedenen Ortschaften des Wahlkreises Hirschberg/Schönau für die Fortschrittliche Volkspartei gehalten.

Im Jahre 1903 wurde er im genannten Wahlkreis zum ersten Male selbst in den Reichstag gewählt nach einem Mehrheitswahlrecht, das für die Wahl des einzelnen Abgeordneten absolute Stimmenmehrheit erforderlich machte. Hatte keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit, so fand eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen statt.

Bis zum Ende des ersten Weltkrieges und dem Ausbruch der Revolution 1918 war Bruno Ablaß ununterbrochen Reichstagsabgeordneter. Sogleich nach seinem Eintritt in den Reichstag wurde er 1903 Mitglied der „Interparlamentarischen Union“ und nahm an den Tagungen in Wien (1903), in London und in Berlin teil. Bei der Tagung in Berlin fand ein Empfang in der Reichskanzlei bei dem damaligen Reichskanzler v. Bülow statt. Einen besonderen Empfangsabend veranstaltete der Abgeordnete v. Schönaich-Carolath im preußischen Abgeordnetenhaus in Berlin. Diese „Interparlamentarische Union“ verfolgte das Ziel der Erhaltung des Friedens und der Verständigung der Völker.

Ein Hauptgebiet seiner Tätigkeit im Reichstag waren der Kolonialetat, zu dem er häufig gesprochen hat, und andere die Kolonien betreffende Fragen.

Im Jahre 1916 bildete sich im Reichstag eine Gruppe von Abgeordneten, die einen Verständigungsfrieden anstrebten, der er sich anschloß. Sie stießen aber auf den heftigsten Widerstand der Alldeutschen, die die sogenannte Vaterlandspartei gründeten und alle möglichen Annexionen, besonders im Westen (Erzbecken von

Longwy und Briey) für Deutschland als lebensnotwendig forderten. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, daß er es mit Nachdruck zurückwies, als weniger vaterländisch hingestellt zu werden, nur weil er diesen Chauvinismus nicht mitmachen konnte und politisch einen weiteren Blick hatte.

Im Oktober 1918, kurz vor dem Zusammenbruch, bekamen einige Reichstags-Abgeordnete von der Regierung den Auftrag, an die Westfront zu fahren und dort Vorträge zu halten zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung an der Front, um einen geordneten Rückzug zu ermöglichen. Im Hauptquartier trafen sie mit Hindenburg zusammen und wurden auf den ganzen Ernst der Situation hingewiesen. Dabei fiel der Ausspruch: „Wir sind am Ende.“ Bruno Ablaß hat diesen Auftrag in dem Sinne erfüllt, daß er in vielen belgischen Orten vor schon teilweise versprengten Truppenteilen seine Ansprachen hielt und sich von den Truppen in die Hand versprechen ließ, daß sie durchhalten würden bis zum Rückzug in die Heimat. Im Winter 1918/19 hat er in vielen Ansprachen auf dem Hirschberger Marktplatz die heimkehrenden Truppen begrüßt.

Anfang 1919 fanden die Vorbereitungen für die Wahl zur Nationalversammlung in Weimar statt, zu der er als Abgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei selbst gewählt wurde. Derselben Partei gehörte auch Theodor Heuß, der spätere deutsche Bundespräsident, an. Beide Politiker, Heuß und Ablaß, lernten sich im Rahmen ihrer gemeinsamen Parteitätigkeit kennen und schätzen, und enge Freundschaft verband die beiden Politiker.

In Weimar wurde Dr. Bruno Ablaß Mitglied des Verfassungsausschusses. Besonders in der Flaggenfrage übte er maßgeblichen Einfluß aus in dem Sinne, daß Schwarz-Weiß-Rot als Handelsflagge beibehalten wurde, allerdings mit einer schwarz-rot-goldenen Gösch. Daneben setzte er sich in den Beratungen über die Zuständigkeit des Reichspräsidenten besonders dafür ein, dem Reichspräsidenten eine starke Position im Staate einzuräumen. Nach Annahme der Verfassung schrieb er ein kleines Handbuch über die Weimarer Verfassung, das bei Behörden und Schulen Verwendung fand.

So sehr ihn die Arbeit in der Nationalversammlung mit Stolz erfüllte, so bedauerte er es im tiefsten Sinne, daß dieser Versammlung gleichzeitig die Aufgabe zufiel, über die Annahme des Versailler Vertrages abzustimmen. Obwohl er selbst gegen die Annahme des Vertrages stimmte, vertrat er überall in der Öffentlichkeit die Ansicht, daß keinem Abgeordneten, der für die Annahme stimmte, daraus ein Vorwurf gemacht werden dürfe. Für sich selbst als Juristen vertrat er aber den Standpunkt, daß er für einen Vertrag nicht stimmen könne, von dem er wisse, daß er nicht gehalten werden könne.

Die Arbeit am Verfassungswerk in Weimar hat er selbst immer als den Höhepunkt seines Lebens bezeichnet.

Ab Sommer 1920 war er nicht mehr Parlamentsabgeordneter. Jetzt widmete er sich umso intensiver den Aufgaben seiner Heimatstadt Hirschberg, deren Stadtverordnetenvorsteher er wurde. Dieses Amt hat er jahrelang bekleidet. Stadtverordneter war er schon mindestens zwei Jahrzehnte früher. Er hat sich für größere

Bauprojekte der Stadt eingesetzt, so für die Schaffung des Stadttheaters, das offiziell den Namen erhielt „Kunst- und Vereinshaus“, sowie für die Einrichtung einer Mädchen-Studienanstalt und einer Oberrealschule. Weiter hat er den Bau des Hirschberger Krematoriums in jeder Beziehung gefördert. Im Übrigen hat er als Stadtverordnetenvorsteher stets für eine gute Finanzlage der Stadt Vorsorge getroffen. Sein Motto war: „Ich bewillige alles, wenn Sie mir sagen, wo die Mittel dazu herkommen.“

Aus seinem Leben ist noch zu erwähnen, daß er viele Auslandsreisen in fast alle Erdteile gemacht hat. Dabei kam er 1914 auf einer Studienreise nach Rußland mit seiner Frau in russische Gefangenschaft und wurde 4 Monate dort festgehalten. Durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes in Berlin wurde seine Heimkehr im Dezember 1914 herbeigeführt.

Von seinen übrigen Reisen ist eine Akademikerreise nach Amerika, an der er zusammen mit seiner Frau teilnahm, erwähnenswert. Das war 1929. Es wurde in New York durch Anschlag auf das 10-jährige Bestehen der Weimarer Verfassung hingewiesen. Betont wurde, daß man besonders derjenigen Deutschen gedenken müsse, die diese Verfassung geschaffen hätten. Infolgedessen wurde Bruno Ablaß als ehemaliger deutscher Parlamentarier und Mitbegründer der Weimarer Verfassung in Amerika sehr gefeiert. Aus demselben Grunde wurde ihm in Pittsburgh der „Goldene Schlüssel der Stadt Pittsburgh“ persönlich überreicht. Nach seiner Rückkehr aus Amerika erhielt er die Aufforderung von dort, Angaben über sich selbst, seine Tätigkeiten und seine schriftlichen Veröffentlichungen zu machen zwecks Aufnahme in das Buch führender Persönlichkeiten „Who is who?“

Neben seinem Interesse für die Politik besaß er als Ausgleich dazu eine starke Liebe zur Musik. Er gründete zusammen mit seinem Freunde Wilhelm Erfurt den „Verein der Musikfreunde“, der über 25 Jahre in Hirschberg bestand und viele der größten Künstler nach Hirschberg führte.¹

Über seinem vielseitigen Wirken für die Allgemeinheit hat Justizrat Dr. Ablaß nie seinen eigentlichen Beruf, die Jurisprudenz, vernachlässigt. Als Anwalt hat er viele große Prozesse geführt, durch die er weit über Hirschberg hinaus bekannt wurde.

Seine innerste Kraft floß ihm letzten Endes aus seiner inneren Verbundenheit mit seiner Familie.

Gertrud Roth-Ablaß.

¹ Diesen Verein erwähnt Dr. Ablaß erstmals in einem Brief an Gerhart Hauptmann vom 2. Juli 1908. Eine Notiz, die die Gründung dieses Vereins auf einen späteren Zeitpunkt datiert, trifft deshalb nicht zu.

Kapitel 2. Herkunft und Abstammung

Als die von 1933 an im Amt befindliche neue Staatsregierung von jedem Deutschen verlangte, einen „arischen Nachweis“ zu führen, stellte Dr. Ablaß im August 1935 unter der Überschrift „Mein Stammbaum“ diejenigen Tatsachen zusammen, die ihm über seine Vorfahren bekannt waren. Daraus ergibt sich:

Die Vorfahren väterlicherseits lassen sich bis ins 17. Jahrhundert zurückverfolgen. Der älteste namentlich bekannte Vorfahr war ein Schmiedemeister aus einer kleinen Landgemeinde nördlich von Breslau im Kreise Militsch an der Bartsch, einem der rechten Nebenflüsse der Oder, gelegen. Die späteren Vorfahren übten in mehreren Generationen den Weber-Beruf aus. Der Vater von Bruno namens Robert Ablaß war zunächst Stadtkämmerer in Bunzlau, dem Geburtsort von Bruno, und später Banksyndikus in Breslau.

Unter den Vorfahren mütterlicherseits befanden sich ein Apotheker, ein Domänenverwalter und auch bereits ein Bezug zum späteren Beruf von Bruno, nämlich ein Gerichtsregistrator. Für die Herkunft dieser Vorfahrenlinie sind die Kreise Sorau (Mark Brandenburg), Landeshut (Regierungsbezirk Liegnitz) sowie Frankenstein und Neumarkt (beide Regierungsbezirk Breslau) genannt worden.

Sämtliche Vorfahren gehörten dem christlichen Glauben an; abgesehen von der Großmutter mütterlicherseits, die katholisch war, waren alle Vorfahren aus beiden Linien einschließlich der Mutter von Bruno sowie auch Bruno selbst evangelischer Religion.

Bruno war der jüngste von 5 Brüdern.

Kapitel 3. Studium und Verbindungsleben

Nach dem Abitur im Jahre 1884 nahm Bruno Ablaß an der Universität Breslau ein Jura-Studium auf. Und er wurde Mitglied in einer studentischen Verbindung, nämlich – wie schon vor ihm zwei seiner Brüder – in der Breslauer Burschenschaft „Arminia“. Dort machte er sich vertraut mit der Geschichte der burschenschaftlichen Bewegung, die 1815 unter dem Eindruck der Freiheitskriege entstanden war und das Ziel verfolgte, die gesamte Studentenschaft mit neuem Geiste zu durchdringen. Er erfuhr von den Gedanken und Ereignissen aus den ersten Jahren der Burschenschaften, insbesondere vom Wartburgfest, zu dem am 18. Oktober 1817 die Abgesandten vieler deutscher Hochschulen zusammenkamen, um des 300. Jahrestages der Reformation und des 4. Jahrestages der Völkerschlacht bei Leipzig zu gedenken. All diese geschichtlichen Vorgänge beschäftigten ihn in zunehmendem Maße. Er nahm wahr, wie sich die Grundgedanken dieser Bewegung im Volk und nicht nur in seinen Eliten festgesetzt hatten und sich nicht mehr unterdrücken ließen. So regte sich in ihm der Gedanke, man müsse darauf hinarbeiten, in Deutschland einen freiheitlichen demokratischen Staat aufzubauen, und sehr bald reifte in ihm der Wunsch, das staatliche Leben im Lande aktiv mitzugestalten.

Bruno Ablaß wurde begeisterter Burschenschafter und blieb es mit Leib und Seele. Die Grundsätze und Ideen der deutschen Burschenschaft erfüllten sein Wesen und hatten teil an der Gestaltung seines Lebens. Aus dem Verbindungsleben ergaben sich viele Freundschaften, die ein Lebenlang gehalten haben. Auch nach dem Ende seiner aktiven Zeit suchte er das Arminienhaus immer wieder auf und wandte sich dann meistens mit einer Rede an seine Bundesbrüder. Über zwei solcher Reden finden sich in biografischen Texten kurze Notizen. In dem einen Fall wurde die Rede von einem anderen Alten Herrn angekündigt mit den Worten: „Silentium! Ihr werdet jetzt etwas sehr Schönes hören!“ Der andere Fall ist näher wiedergegeben in einem Bundesbrief der Alten Breslauer Burschenschaft zu Bonn aus dem Jahre 1966. Die Rede, an die hier erinnert wird, hatte Ablaß im Sommersemester 1934 gehalten. Sie befaßte sich mit der Auslegung des Arminien-Wahlspruchs „Ehre, Freiheit, Vaterland.“ Kurz zuvor hatte sich der sog. Röhmputsch ereignet. Allen Zuhörern wurde deutlich: Hier klagt ein Bundesbruder den Nationalsozialismus mit harten Worten an. Die Rede gipfelte in der Feststellung: Nur wo das Recht gilt, die Ehre des Einzelnen geachtet wird und die Freiheit gewährleistet ist, kann ein Bürger sein Vaterland haben.

Kapitel 4. Fortsetzung und Abschluß der Berufsausbildung. Übersiedelung nach Hirschberg.

Mit dem Bestehen der 1. juristischen Staatsprüfung im Jahre 1888 war für Bruno Ablaß das Studium abgeschlossen. Daran schloß sich eine dreijährige Ausbildungszeit als Referendar an. Diese Zeit unterbrach er, um sich in Heidelberg auf seine Promotion vorzubereiten. Im Jahre 1891 promovierte er an der dortigen Universität zum „Dr. jur.“. Nachdem er auch die 2. juristische Staatsprüfung erfolgreich bestanden und danach eine kurze Zeit als Gerichtsassessor gearbeitet hatte und schließlich in Breslau seine Zulassung als Rechtsanwalt erhalten hatte, verlegte er am 7.3.1893 seinen Wohnsitz nach Hirschberg in Schlesien. Am 14.3.1893 wurde der Umzug in der Umzugsliste der Stadt Hirschberg vermerkt.

Wie kam es dazu, daß der frisch gebackene Rechtsanwalt Dr. Ablaß sich ausgerechnet diese Stadt zu seinem künftigen Wohnsitz erwählte? Was zog ihn in die Nähe des Riesengebirges, das er bis vor kurzem nur vom Hörensagen kannte? 10 Jahre nach seiner Geburt war die Familie von Bunzlau nach Breslau umgezogen, weil der Vater Robert Ablaß dort eine Stellung als Banksyndikus angenommen hatte. In dieser Position war es üblich, neben dem Beruf die Stellung eines hochgestellten Mitarbeiters in einem renommierten Wirtschaftsunternehmen zu bekleiden. Robert A. wurde also zum Mitglied des Verwaltungsrats einer Aktiengesellschaft bestellt. Es war die „Aktiengesellschaft Bote aus dem Riesengebirge“. Diese im Jahre 1872 gegründete Gesellschaft hatte ihren Sitz in Hirschberg i. Schlesien und ihr Zweck war die Übernahme der Krahn'schen Buchdruckerei und Buchhandlung und die Herausgabe der im Jahre 1812 gegründeten

Zeitung „Der Bote aus dem Riesengebirge“. Diese Tageszeitung wurde im Volksmund kurz „der Bote“ genannt.

Da der Verwaltungsrat einer Kapitalgesellschaft genau wie ihr Vorstand selbstverständlich am Sitz der Gesellschaft tagt, mußte Robert A. zusammen mit mehreren weiteren Breslauer Mitgliedern des Verwaltungsrats zu den Sitzungen jeweils nach Hirschberg reisen. Die Strecke ließ sich damals bereits bequem mit der Bahn zurücklegen, denn seit 1867 bestand eine durchgehende Bahnverbindung zwischen Breslau, Freiburger Bahnhof, und Hirschberg Hbf. Solche Reisen konnte man dazu nutzen, sich in Hirschberg umzusehen, dabei die ansprechende Barock-Architektur der Bürgerhäuser zu betrachten, sich an den beiden Flüssen zu erfreuen, die durch die Stadt rauschen und kurz dahinter zusammenfließen, und den einzigartig schönen Blick auf das nahe Riesengebirge zu genießen. Als der Vater dann zu Hause hiervon erzählte, weckte er zumindest in seinem jüngsten Sohn Bruno den Wunsch, diese Stadt selber zu Gesicht zu bekommen. Eines Tages nahm ihn der Vater nach Hirschberg mit. Dabei lernte Bruno nicht nur die Schönheiten der Stadt und ihrer Umgebung kennen, sondern er bekam auch Kontakt zu den in Hirschberg ansässigen Mitgliedern des Verwaltungsrats der Gesellschaft, darunter zu dem Rechtsanwalt und Notar Anton Aschenborn. Mit ihm konnte Bruno sich darüber unterhalten, wie es in Hirschberg mit der beruflichen Situation für Rechtsanwälte bestellt war. Aus diesem Kontakt entwickelte sich später zwischen der jungen Familie Ablaß und den Eheleuten Aschenborn eine Freundschaft, die bis zum Tode der früh Witwe gewordenen Frau Berta Aschenborn anhielt. Die Kinder Ablaß, für die sie insbesondere in der 2. Jahreshälfte 1914 monatelang Mutterstelle einnahm, nannten sie bald nur noch „Tante Aschenborn.“

Für Brunos Entscheidung, nach Hirschberg zu ziehen, waren übrigens nicht allein die äußeren Schönheiten der Gegend maßgebend, sondern auch all das, was Hirschberg zur Kulturstadt gemacht hatte. Denn dort waren allenthalben Zeugnisse der bildenden Kunst anzutreffen, die von Malern, Zeichnern, Radierern und Bildhauern geschaffen worden waren. Außerdem gab es Spuren, die eine bedeutende literarische Vergangenheit in dieser Stadt hinterlassen hatte, denn zweimal in ihrer Geschichte hatte sie das Wirken bedeutender Dichterkreise erlebt, die u.a. das Riesengebirge in die Literatur der Romantik eingeführt hatten. Und seit der Mitte des 19. Jahrhunderts gab es nun in der Stadt den „Dramatischen Verein“, der den Hirschbergern regelmäßig in Form von Laienspielen Aufführungen der Werke bekannter Dramatiker bot. Und was den musikbegeisterten Assessor besonders ansprach, war das Wirken der um 1880 gegründeten Singakademie, die in Hirschberg regelmäßig künstlerisch wertvolle Konzerte veranstaltete.

Daß die Bewohner von Hirschberg sich in dieser Stadt wohlfühlten, ihre Vorzüge kannten und dort gern zu Hause waren, führt uns ein launiges Gedicht vor Augen, das der Pfarrer Paul von Zychlinski aus Bromberg in schlesischer Mundart geschrieben hat und das am 1. Juli 1908 in der Zeitschrift des Riesengebirgsvereins „Der Wanderer im Riesengebirge“ veröffentlicht worden ist. Entstanden

ist es frühestens im Jahre 1902 (Erwähnung der elektrischen Straßenbahnlinie Hirschberg-Hermsdorf und des Riesengebirgsprofils.) Auch wenn Bruno Ablaß das Gedicht vor seiner Übersiedelung nach Hirschberg nicht gekannt haben kann, die kulturellen Einrichtungen, die darin beschrieben sind, hat es – mit Ausnahme des Museums – schon vorher gegeben. Das Gymnasium z. B. ist im Jahre 1714 gegründet worden, der Riesengebirgsverein (RGV) im Jahre 1880, und die Hotels, die Kunstdenkmäler, der Turnplatz und die Bahnverbindung gaben schon seit langem der Stadt ihr Gepräge.

All dies machte die Stadt für den jungen Anwalt so anziehend, daß für ihn die Entscheidung feststand: Hirschberg mußte sein künftiger Lebensmittelpunkt werden. Also erwirkte er dort seine Zulassung als Rechtsanwalt für den Bezirk des Landgerichts Hirschberg und mietete eine Wohnung nebst Büroräumen in einem der Laubenhäuser am Markt, nämlich in dem Eckhaus mit der Kirchgasse, Haus Markt Nr. 38. Und – welch ein Zufall! – das gegenüberliegende Eckhaus, das schon zur Schildauer Straße gehört, war das Gebäude der Zeitung, zu deren Verwaltungsratssitzung ihn sein Vater nach Hirschberg mitgenommen hatte.

Nun ging alles ganz schnell: Am 7.3.1893 fand der Umzug nach Hirschberg statt, am 14.3. meldete er sich behördlich um und am 19.3. erschien im „Boten“ seine Mitteilung, daß er sich in Hirschberg als Rechtsanwalt niedergelassen habe und im Hause der Weingroßhandlung Schultz-Völcker wohne.

Die Lage des Wohnhauses war später auch deshalb von besonderer Bedeutung, weil man von den Kinderzimmerfenstern der im 1. Stock gelegenen Wohnung einen Blick auf den Kirchplatz hatte. Die drei Töchter, die in der Zeit, als die Familie dort wohnte, noch klein waren, konnten also ständig das dort unten vor der katholischen Kirche sich abspielende religiöse Leben (z.B. Prozessionen) beobachten und sogar die aus der Kirche nach außen dringenden Orgelklänge aufnehmen. Dieses Geschehen hinterließ nach Angaben der Tochter Gertrud in den Mädchen einen nachhaltigen Eindruck, der sie bis weit in ihr späteres Leben begleitete.



Von der Stadt Hirschberg am Riesengebirge.

von Pfarrer Paul von Zychlinski

„Herschbrich iehs n' schiene Stoadt,
 die de vile Häuser hoat;
 Konstdenkmäler hoat se au,
 hoat ooch enen R.-G.-V.,
 a Muhsähum, kumm la foh,
 a Reljeff drien, ooch a so,
 a Gebärgspruvil, siehr fein,
 wu drien Steenepruben sein;
 anen Tornploatz, gur schermant,
 a Vereenshaus, urbriljant;
 vil Hutell's, wie doahs vun Strauß,
 weeißes Ruß und deutsches Haus,
 Preußscher Hof und guldnes Schwärt,
 oalle gutt und siehr begährt,
 ane Bahne, die de gieht
 bas dohin, wu Harmsdorf stieht,
 ganz darlektrisch fuhr se lus

und ock fer drei Biehma blus;
 Schulen hoats – meh als a Schuck–
 a Gimnasjum, – doahs iehs schmuck, –
 drien däs ahlen Linke Bild
 mid där Mahnje sanft und mild:
 „Dic cur hic?“, uff deutsch: „Wuzu
 sitzt de, Schieler, hinne du?
 Lärn ock tüchte, ganz eingal,
 wu de sitzt, dahß de a mal
 werscht a tüchte praver Man,
 där a Menschen nitzen kan,
 und där insem Voaterland
 niemals nich macht keene Schand’,
 sundern, uff dän’s oallezeet
 sitt mid Stulz und Freedigkeet!“ –
 Ader, woahs de gude Stoadt
 bas uff hinte no nich hoat,
 doahs iehs haldigst, – alle Hagel! –
 keenen Oossihchstorm! – trutz Nagel!!;
 wänn se dän werd’ hoan irscht nuch,
 na do stieht se merklich duch
 gruß se do! – ju, där fahlt nuch;
 ader, woart’t a Brinkel nooch,
 sett’, do kimmt där sille ooch,
 ub ar nu werd eene Zier
 uff a schinnem Kavalier-
 ader Fischerbärg’ – iehs eingal,
 kumma muhß ar duch a mal! –
 Und hernohernd uff där Hieh
 Herschbrichs Ruhm stieht wie no nie!



Haus Markt 38

Hier wohnte Dr. Ablaß 11 Jahre lang,
zunächst allein, später mit seiner Familie

Krahn'sche Buchdruckerei
und Redaktion des „Boten“

Der Bote aus dem Riesengebirge


 Zeitung für alle Stände.
 Einundachtzigster Jahrgang.
 Notariell beglaubigte Auflage 8800 Exemplare.

Bei allen kaiserl. Postanst. excl. Abtrag 1,75 M. Postzeitungs-Katalog Nr. 1102.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach den Sonntagen und Festtagen. Abonnement in Hirschberg 1 M. 50 Pf. pro Quartal oder 15 Pf. pro Woche excl. Abtragsgebühr bei auswärtigen Comanditen 1 M. 75 Pf. Insertionsgebühr für die Betzseite oder deren Raum 30 Pf. Merkmalsseite 50 Pf. Inseraten - Ausnahme bis Nachmittags 4 Uhr. Unfrankirte Aufträge werden nicht beantwortet. Sprechstunde der Redaction von 9-10 Uhr Vormittags. Nichtbenutzte Manuscripte werden nur auf Wunsch zurückgeliefert.

Nr. 67 Hirschberg, Sonntag, den 19. März 1893

Sonntag, 19. März

81. Jahrgang. Nr. 67 Bote aus dem Riesengebirge Seite 5

Ich habe mich als **Rechtsanwalt** bei
 dem **Königlichen Landgericht zu Hirschberg** nieder-
 gelassen und wohne im Hause der Weingroßhand-
 lung von **Schultz-Völcker**, neben dem „**Boten**
 aus dem Riesengebirge“.

Dr. iur. Bruno Ablass.

Stadt Hirschberg Umzugsliste II 1887 - 1895
 Akta Miasta Jelenia Góra Sign. 223

| Datum | Vor- und Name | Stand | Datum des Umzugs | Name des Hauswirts | Strasse | Nr. | Vorherige Wohnung | Nr. | Bemerkungen |
|---------|---------------|-----------------------------|------------------|--------------------|---------|-----|-------------------|-----|-------------|
| 14.3.93 | Ablass Bruno | Dr. iur. Rechtshilfsbeamter | 14.3.93 | Schultz-Völcker | Markt | 33 | Opreslau | | |

Kapitel 5. Beruf und Politik

Der Hirschberger Neubürger Dr. Bruno Ablaß fühlte sich den Einwohnern dieser Stadt sehr schnell persönlich verbunden. Sein Ziel war es, ihnen wie auch dem Gemeinwesen im Ganzen gute Dienste zu leisten. Ständige Gelegenheit hierzu bot ihm in erster Linie sein Anwaltsberuf. Ablaß galt bereits gegen Ende seiner Ausbildung als guter Jurist. Nach seinem 2. Staatsexamen wurde ihm angeboten, als Verwaltungsjurist in den Staatsdienst übernommen zu werden. Er hat sich dieses Angebot eine Weile überlegt, sich dann aber für den Rechtsanwaltsberuf entschieden. Schon nach wenigen Jahren war er in Hirschberg und bald auch über die Grenzen der Stadt hinaus ein hoch geschätzter Anwalt. Der Präsident der Anwaltskammer nannte ihn später einmal „eine Zierde des Anwaltsstandes“. Nach 15-jähriger Berufszeit bekam er den Ehrentitel „Justizrat“ verliehen.

Im Laufe der Jahre bekam Dr. A. immer wieder Mandate, die Verteidigung in bedeutenden Strafprozessen zu übernehmen. Zwei von ihnen waren so spektakulär, daß in Hirschberger Tageszeitungen ausführlich über sie berichtet wurde. Der erste dieser beiden Fälle wurde im Januar 1900 verhandelt. Hier war ein Glasmalermeister aus Schreiberhau beim Schwurgericht in Hirschberg des vierfachen Mordversuchs angeklagt. Ihm wurde vorgeworfen, einem Kollegen, mit dem zusammen er in der Malerwerkstatt der Josephinenhütte arbeitete, während dessen kurzer Abwesenheit aus dem gemeinsamen Arbeitsraum eine giftige Substanz in tödlich wirkender Menge in dessen mitgebrachten Kaffee geschüttet zu haben und das gleiche im Verlaufe von mehreren Monaten noch weitere 3 Male getan zu haben. Das Chemische Untersuchungsamt in Breslau wurde mit der Untersuchung beauftragt und stellte fest, daß sich in dem Kaffee eine arsenige Säure in einer Menge befand, die ausreichte, einen Menschen zu töten. Somit waren die Vergiftungsversuche bewiesen, aber wer war der Täter, wer trachtete dem Glasmalermeister nach dem Leben? Der Staatsanwalt legte dar, daß niemand anderes als der Angeklagte der Täter gewesen sein könne. Dagegen führte der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Ablaß, aus, daß es an einem Motiv für die Tat fehle, denn selbst wenn der Angeklagte sich in seinem beruflichen Fortkommen durch den Kollegen beeinträchtigt gefühlt haben sollte, schied ein solcher Gedanke als Motiv für die Tat aus, weil es bereits beschlossene Sache war, daß der Kollege in Kürze aus dem Dienst bei der Josephinenhütte ausscheidet. Der Verteidiger ging noch eine Reihe weiterer möglicher Tatmotive durch, die er aber sämtlich verneinte. Er konnte die Geschworenen davon überzeugen, daß eine Täterschaft des Angeklagten nicht nachgewiesen war, sodaß sie zu einem Freispruch kamen.

Der andere Prozeß lief im Dezember 1921 ebenfalls vor dem Schwurgericht in Hirschberg. Er zog sich über mehrere Wochen hin und wurde im Volksmund als der „Gruppen-Prozeß“ bekannt. Dem Angeklagten Peter Grupen wurde ein Doppelmord zur Last gelegt, der im Schloß Kleppelsdorf bei Lähn am Bober geschehen war. Die Beweislage stellte sich als schwierig heraus, die Anklage grün-

dete sich hauptsächlich auf Indizien und es bedurfte eines erheblichen Scharfsinnes, um sie im Sinne von „schuldig“ oder „nicht schuldig“ zu würdigen. Nach jedem Prozeßtag wurde in den Zeitungen in allen Einzelheiten über den Prozeßverlauf berichtet. Der Prozeß zog das öffentliche Interesse so stark in seinen Bann, daß sein Gegenstand Jahrzehnte später noch einmal aufgegriffen wurde: Zwei westdeutsche Zeitschriften, die eine im Jahre 1964 im Rahmen der Serie „Eine Sittengeschichte des Verbrechens“, die andere im Jahre 1968 als Neuer Tatsachenbericht, veröffentlichten in jeweils mehreren Fortsetzungen entsprechende Berichte. Der Schriftsteller Walter von Molo hat sich sogar mit dem Gedanken getragen, diesen Prozeß literarisch zu verarbeiten.

Dr. Ablaß aber wandte sich neben seinem Beruf schon bald, nachdem er seine Wohnung eingerichtet und den Kanzleibetrieb aufgenommen hatte, auch der Politik zu. Nach und nach wurde die politische Arbeit zu seinem zweiten Hauptbetätigungsfeld. Grundlage seines Denkens und Triebfeder seines politischen Handelns waren liberales und rechtsstaatliches Gedankengut. So suchte und fand er seine politische Heimat in einer liberalen Partei, nämlich in der Deutschen Freisinnigen Volkspartei. Bereits im Wahljahr 1895 beteiligte er sich mit öffentlichen Reden am Wahlkampf. Und schon zum 1.1.1896 im Alter von knapp 30 Jahren wurde er auf der Liste der genannten Partei zum Stadtverordneten, d.h. zum Mitglied der Hirschberger Stadtverordnetenversammlung gewählt. Nach Ablauf der für Stadtverordnete geltenden 6-jährigen Wahlperiode wurde er mehrmals hintereinander wiedergewählt; insgesamt behielt er diese Position 38 Jahre lang inne.

Wie sich aus dem „Verzeichnis der städtischen Behörden, Deputationen und Beamten“ der Stadt Hirschberg in Schlesien von 1914 ergibt, wurde Dr. A. in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter zusätzlich zum Mitglied in folgenden städtischen Gremien bestellt: in der Deputation zur Förderung der Bautätigkeit, in der Kommission für Besoldungsangelegenheiten, später im Kuratorium des Lyzeums nebst Oberlyzeum und Studienanstalt (höhere Mädchenschule) und ab 27.6.1911 auch in der Schuldeputation. Mit seiner enormen Leistungsfähigkeit schaffte er es, Beruf und Politik miteinander zu vereinbaren und sich auf beiden Gebieten stets sorgfältig vorzubereiten.

So gelangte Dr. A. schließlich in eine Position, die es ihm ermöglichte, in der großen Politik des Deutschen Reiches mitzuwirken: Er wurde im Jahre 1903 als Abgeordneter in den Deutschen Reichstag gewählt. Dieses Parlamentsmandat behielt er auf Grund mehrmaliger Wiederwahl während der Dauer von drei Wahlperioden bis zum Reichstagsschluß im Oktober 1918.

Wer mitgerechnet hat, wird feststellen, daß diese 3 Wahlperioden zwar insgesamt 15 Jahre gedauert haben, aber zwei von ihnen dauerten nicht die seit 1888 gesetzlich vorgeschriebenen 5 Jahre. Deshalb sei zur Erläuterung folgendes mitgeteilt: Es geht um die 11. bis 13. Legislatur-Periode; die 11. dauerte – auf Grund einer vorzeitigen Auflösung des Reichstags – vom Dezember 1903 bis Dezember 1906 (3 Jahre), die 12. dauerte vom Januar 1907 bis Dezember 1911 (5 Jahre) und

die 13. dauerte vom Februar 1912 bis Oktober 1918 (knapp 7 Jahre), sie war mit Rücksicht auf den Krieg 2 Male verlängert worden.

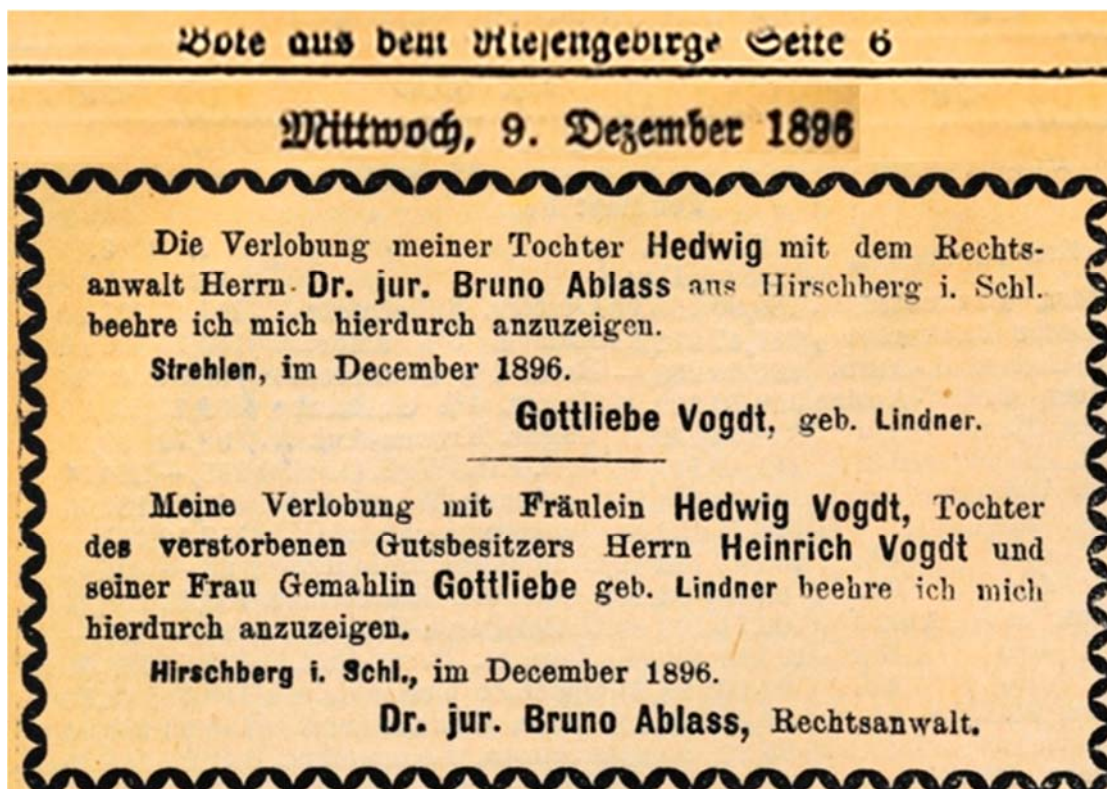
Nach Erwerb des Abgeordnetenmandats schloß Dr. A. sich der Interparlamentarischen Union als Mitglied an. Diese Organisation hatte sich zum Ziel gesetzt, zur Wahrung des Friedens in der Welt beizutragen; bei Streitigkeiten zwischen Staaten sollten die Beteiligten dazu angehalten werden, ihren Konflikt auf friedlichem Wege, z.B. durch den Spruch eines Schiedsgerichts, zu lösen und damit eine – möglichst dauerhafte – Verständigung untereinander herbeizuführen. Im Rahmen dieser Mitgliedschaft konnte Dr. A. an Tagungen in mehreren europäischen Hauptstädten teilnehmen und lernte dabei viele bedeutende Persönlichkeiten kennen.

Der Weltkrieg beendete die Wirkungsmöglichkeiten dieser Union; die deutsche Gruppe löste sich auf. Als sie nach dem Kriege wieder neu gegründet werden sollte, lehnte Dr. A. es ab, ihr beizutreten, und begründete diese Entscheidung mit dem Hinweis, daß Deutschland in dieser internationalen Organisation nicht gleichberechtigt sei, solange die Siegerstaaten nicht rechtsverbindlich anerkennen, daß Deutschland „von den Fesseln des Friedensvertrages“ befreit sei.

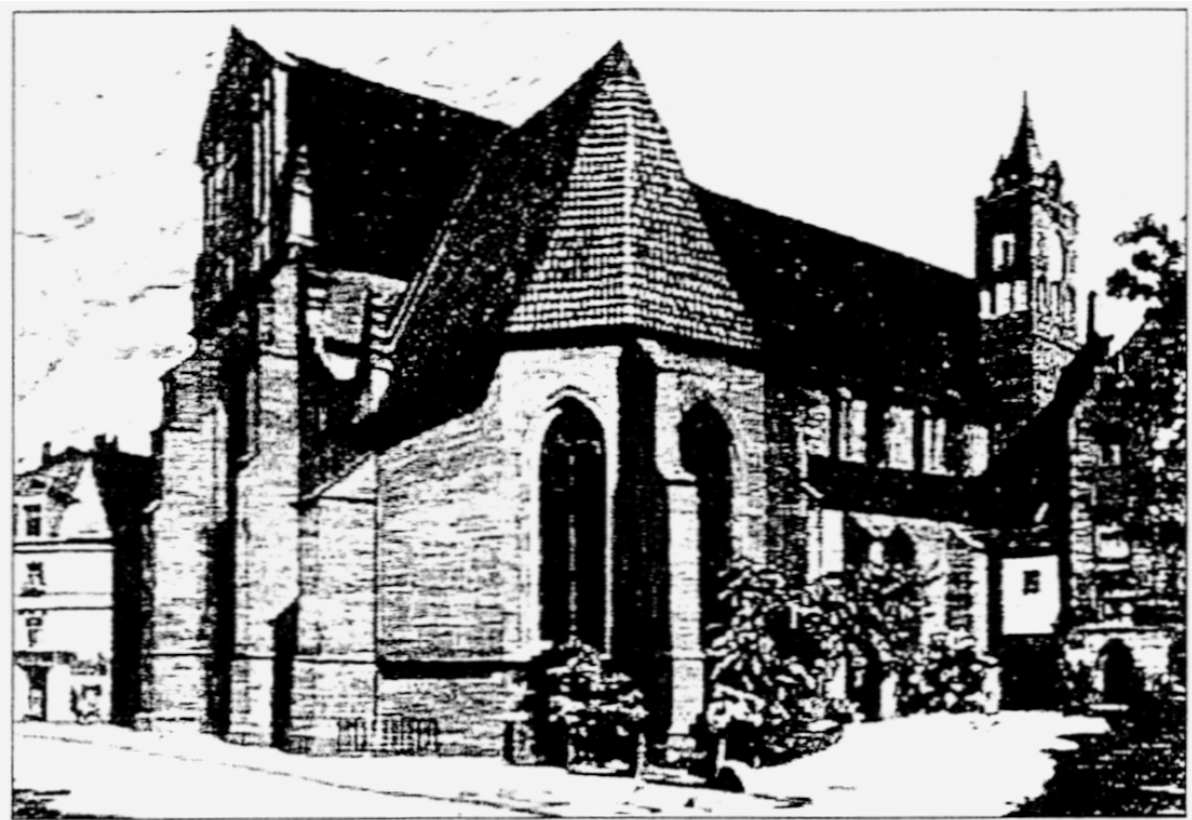
Als im Jahre 1905 der „Liberale Bürgerverein zu Hirschberg in Schlesien“ gegründet wurde, gehörte Dr. Ablaß zu den Gründungsmitgliedern und war dort ab 1909 einer der Beisitzer im Vorstand.

Kapitel 6. Die Familie und der Kauf eines Einfamilienhauses

Im Dezember 1896 verlobte sich Bruno Ablaß mit Hedwig Vogdt, der Tochter eines Gutsbesitzers aus dem Kreis Goldberg.



Im Juni 1897 schlossen die Verlobten miteinander die Ehe. Die kirchliche Trauung fand in Breslau in der evangelischen Kirche St. Bernhardin statt.



St. Bernhardin

Zeichnung um 1900

Zur Geschichte der Kirche¹

Im Jahre 1420, 5 Jahre, nachdem der Reformator Johannes Hus (1369 – 1415) in Konstanz den Tod auf dem Scheiterhaufen erlitten hatte, gingen seine Anhänger – Hussiten genannt – dazu über, die von Hus erstrebten Gottesdienst-Reformen mit Gewalt zu ertrotzen. Mit mörderischen Gewaltakten verheerten sie ganze Landstriche, nicht nur in Böhmen, sondern auch in den umliegenden Ländern, darunter in Schlesien. Es gelang ihnen sogar, das Kreuzheer, das Kaiser und Papst gegen sie ins Feld geschickt hatten, vernichtend zu schlagen. Erst als die Katholiken sich mit den gemäßigten Hussiten zu gemeinsamem Kampf zusammengetan hatten, konnten sie im Jahre 1434 die radikalen Hussiten besiegen. Deren versprengte Reste aber machten noch weiterhin die Länder unsicher. Um diesem unseligen Treiben endgültig Einhalt zu gebieten, entsandte der Papst den Franziskaner-Mönch Johann v. Capistrano als Generalinquisitor zusammen mit einer Gruppe von Ordensbrüdern in die betroffenen Gebiete, wo sie – wie es hieß – „die hussitische Ketzerei zurückwerfen“ sollten. Die Gruppe gelangte im Jahre 1453 auch nach Breslau. Als Capistrano dort eine „gewaltige Predigt“ gehalten hatte,

¹ Anm: Entnommen aus Ulrich Bunzel, Entstehen und Vergehen der ev. Kirchen Breslaus, Bergstadt-Verlag München 1964, und aus einem Zeitschriften- Aufsatz von Reinhard Leue, der 1929 in dieser Kirche getauft worden ist.

beauftragte ihn der Rat der Stadt, auf einem Platz außerhalb der Stadtmauer eine Kirche und ein Kloster zu gründen. 2 Jahre dauerte es, bis die Bauwerke fertiggestellt waren; sie wurden dem heiligen Bernhardin von Siena geweiht und tragen seitdem seinen Namen.

Die Kirche, die aus Holz errichtet worden war, tat nur 8 Jahre lang ihren Dienst; im Jahre 1463 stürzte sie ein. 4 Jahre später errichtete man an ihrer Stelle ein massives Kirchengebäude.

Die Kirche hatte 2 Orgeln, eine stand auf einer Empore, die andere im Chorraum. Die Glocken der Kirche waren auf dem neben der Kirche stehenden Gemeindehaus aufgehängt.

1522 verließen die Mönche das Kloster. Im Jahre 1526 wurde die Kirche evangelisch; der erste evangelische Pfarrer war D. Johannes Heß.

Die Kirche St. Bernhardin war eine der großen alten Breslauer Kirchen. Wenige Jahre, nachdem sie evangelisch geworden war, wurde ihr eine Lateinschule angegliedert. Auf dem zu der Kirche gehörenden Friedhof befand sich das Grab des schlesischen Dichters Karl v. Holtei (1758 – 1880).

Im Jahre 1945 wurden die Kirche und die dazugehörenden Klostergebäude in der Festungszeit zerstört. Aber alles wurde wieder aufgebaut, nur ist St. Bernhardin kein Gotteshaus mehr, sondern wurde zum Museum.

Die Ehe von Hedwig und Bruno Ablaß war gesegnet mit der Geburt von 5 Kindern; es waren drei Töchter und danach zwei Söhne, die in den Jahren von 1898 bis 1905 geboren wurden. Sie hießen der Reihe nach: Else, Margarete, Gertrud, Konrad und Wolfgang.

Nach der Geburt des vierten Kindes, nämlich des im April 1903 geborenen Sohnes Konrad, entschlossen sich die Eheleute im Jahre 1904 zum Kauf eines bebauten Wohngrundstücks. Die Mietwohnung reichte für die größer gewordene Familie nicht mehr aus. Auch war Dr. A. inzwischen zum Notar ernannt worden, sodaß auch für das Büro ein erhöhter Raumbedarf entstanden war. Man entschied sich für den Kauf eines Grundstücks in der Wilhelmstraße, das damals die Haus-Nr. 16 trug; später erhielt es im Zuge einer Änderung der Hausnummern-Zählung die Nr. 42. Das Haus war im Jahre 1890 erbaut worden und gehörte einer Zimmer-Firma. Bereits im folgenden Jahr und noch einmal im Jahre 1897 war es an zwei Stellen erweitert worden: Im Dachgeschoß waren Wohnräume eingebaut worden und der zum Obergeschoß gehörende Balkon war zu einer an den Seiten verglasten, aber nach vorne offenen Veranda umgestaltet worden. Als Dr. A. im Jahre 1904 das Grundstück erwarb, war es noch nicht als Eckgrundstück erkennbar; an der Stelle, wo inzwischen die Kaiser- Friedrich-Straße von der Wilhelm-Str. abzweigt, vermerken die damaligen Bauzeichnungen nur einen projektierten Privatweg.

Im Frühjahr 1908 wurde die Stadt Hirschberg an die öffentliche Elektrizitätsversorgung angeschlossen. Natürlich ließen sich sofort auch die Eheleute Ablaß einen Stromanschluß in ihr Haus legen, sodaß sämtliche Räume nun elektrisch

beleuchtet werden konnten. Die bis dahin benutzte Gasbeleuchtung wurde damit überflüssig. Lediglich in einem der Räume wurde das Gaslicht beibehalten; das Zimmer erhielt eine Deckenlampe, die sowohl mit Gas als auch mit Strom betrieben werden konnte. Es war der Raum, in welchem eine Mahlzeit gereicht wurde oder eine Kaffeetafel stattfand, wenn eine größere Anzahl Gäste erwartet wurde. Sie alle haben diese doppelte Beleuchtungsmöglichkeit mit viel Bewunderung zur Kenntnis genommen.

Da für den Einbau der neuen Beleuchtungsanlage ohnehin Handwerkerarbeiten im Hause notwendig waren, wurden bei dieser Gelegenheit noch weitere bauliche Veränderungen vorgenommen: Auf der Ostseite des Hauses wurde durch einen Anbau im Erdgeschoß ein weiterer Büroraum geschaffen. Im Zusammenhang damit mußten der Hauseingang und die außen zu ihm hinaufführende Freitreppe verlegt werden. Außerdem wurde im 1. Stock über dem neuen Büroraum eine zunächst nicht sehr große Dachterrasse angelegt. Um den neuen Büroraum beheizen zu können, mußte ein zusätzlicher Schornstein eingebaut werden. Einige Jahre später wurde im Erdgeschoß noch ein unterkellter weiterer Büroraum angebaut, wodurch die im 1. Stock befindliche Dachterrasse großzügig erweitert werden konnte.

Durch all diese Maßnahmen erhielt das Haus auch nach außen hin ein stattliches Aussehen und war bestens geeignet, hochrangige Gäste zu empfangen. So lernten die Kinder im Elternhaus den Umgang mit bekannten Persönlichkeiten wie Dichtern, Schriftstellern, Musikern, Malern und Politikern kennen, die häufig Gäste im Hause Ablaß waren. Daß die Kinder darüber hinaus auch lernten, sich schriftlich in angemessener Form an hochgestellte Persönlichkeiten zu wenden, zeigt der Brief, den die Tochter Gertrud am 7.5.1920 im Namen ihres Vaters an Gerhart Hauptmann schrieb. Sie war damals knapp 19 Jahre alt.

Es versteht sich von selbst, daß im Hause Ablaß die Gäste nicht nur bewirtet wurden, sondern daß mit ihnen auch hochgeistige Gespräche geführt wurden. Einer von ihnen hat später einmal gesagt: „Wer ein Plauderstündchen mit Bruno Ablaß auf seiner von wildem Wein umrankten Veranda erleben durfte, dem zeigte sich die Fülle des inneren Reichtums dieses Mannes.“

Und dieser Reichtum zeigte sich bereits im Rahmen des Familienlebens. Dr. Ablaß war ein Kenner und Verehrer vieler Kunstgattungen. Ein Raum in seinem Hause war selbstverständlich der Hausmusik gewidmet. Dort stand ein stattlicher Flügel, auf dem die Kinder das Klavierspiel erlernten und auf dem der Vater sie zum Gesange begleitete. Als Stadtverordneter lag ihm daran, das kulturelle Leben der Stadt, in der bis dahin nur eine Singakademie und mehrere Chöre existierten, durch öffentliche Musikveranstaltungen zu bereichern. So gründete er zusammen mit seinem Kollegen, dem Rechtsanwalt Beiersdorf, und mit dem Unternehmer Wilhelm Erfurt den „Verein der Musikfreunde“ und wurde Mitglied in dessen Vorstand. Diese Vereinigung veranstaltete mindestens alle 2 Monate Abonnementskonzerte mit namhaften deutschen und internationalen Solisten. Zu solchen Konzerten strömten auch viele Menschen aus dem Umland, dem Hirschberger Tal, in die Stadt. Wie stark in der Bevölkerung der Drang nach kulturellen

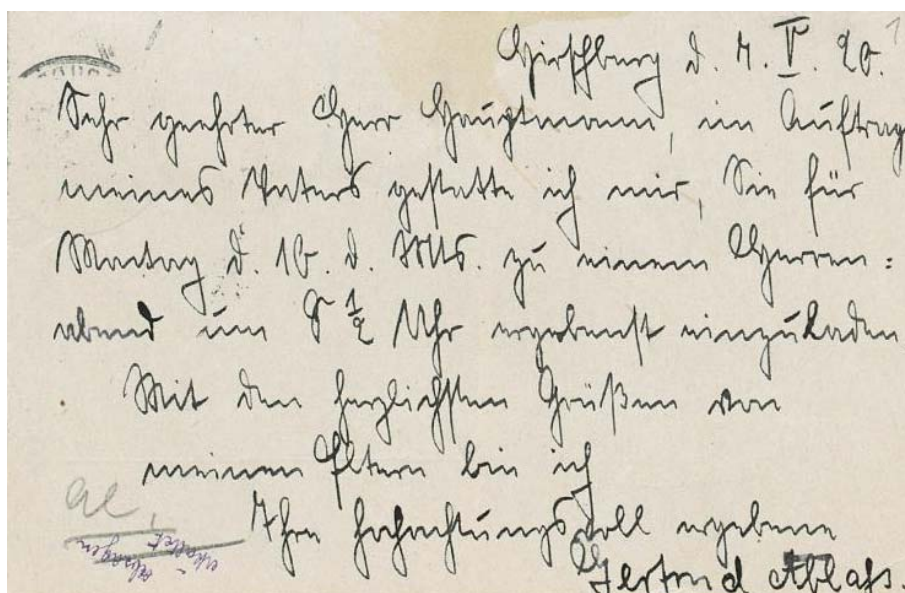
Veranstaltungen verwurzelt war, zeigte sich daran, daß es diese Bevölkerung und nicht etwa eine städtische Behörde war, die den Bau eines Theaters, des späteren „Kunst- und Vereinshauses“, durchsetzte und durch Spenden zum großen Teil auch finanzierte.

Trotz seiner vielerlei Aufgaben beruflicher, politischer und sonstiger Art war es Bruno Ablaß geschenkt, ein erfülltes Familienleben zu führen. Seine Ehe war glücklich, und seine Kinder liebte er sehr. Für ihn gehörte der Sonntag der Familie: Häusliche Gespräche und gemeinsames Musizieren gaben ihm Kraft und Anregung für seine weitere Arbeit. Regelmäßige Spaziergänge in Hirschbergs Umgebung oder Ausflüge in die Berge des nahen Riesengebirges wurden stets für alle zum bleibenden Erlebnis. Die Liebe zu den schlesischen Bergen trug er zeitlebens im Herzen.



Familien-Ausflug ins Riesengebirge am 26. Mai 1940
Aufgenommen bei den „Grenzbauden“
Abgebildet sind: das Ehepaar Ablaß mit
3 Töchtern, 2 Schwiegersöhnen und einem Enkel.

So war denn auch eine Familienfahrt ins Riesengebirge die letzte Unternehmung in seinem Leben. Die Anstrengungen dieses Ausfluges nahmen seine Kraft so stark in Anspruch, daß er sich von ihnen nicht mehr erholen konnte. Er verstarb knapp 3 Wochen später am 24. September 1942 im Alter von 76 Jahren.



Hirschberg d. 7. V. 20

Sehr geehrter Herr Hauptmann, im Auftrage
meines Vaters gestatte ich mir, Sie für
Montag d. 10. d. Mts.² zu einem Herren-
abend um 8 ½ Uhr ergebenst einzuladen.

Mit den herzlichsten Grüßen von
meinen Eltern bin ich
Ihre hochachtungsvoll ergebene
Gertrud Ablaß

absagen
erkältet.

³

² Der 10. Mai ist der Geburtstag von Bruno Ablaß.

³ Notiz des Empfängers: „absagen, erkältet.“



Wohnhaus der Familie Ablaß in Hirschberg/Rsgb. Wilhelmstraße 16, später 42,
Ecke Kaiser-Friedrich-Straße
Hier wohnte die Familie seit dem Jahre 1904.

Kapitel 7. Abgeordneten-Tätigkeit im Deutschen Reichstag

Inhalt dieses Kapitels

Einleitung

1. Die ersten beiden Reden
2. Mißgriffe der Justizverwaltung
3. Steuererhöhungen
4. Entrümpelung nicht mehr zeitgemäßer Rechtsvorschriften
5. Organisation der gerichtlichen Spruchkörper, gerichtliches Verfahren,
Kritik an der richterlichen Tätigkeit
6. Die Stellung der Rechtsanwälte im Rechtsleben
7. Mißgriffe deutscher Regierungsstellen
8. Die rechtliche Stellung der Frauen
9. Die rechtliche Stellung der Juden
10. Die Behandlung jugendlicher Straftäter
11. Abschaffung der Todesstrafe
12. Das sittliche Empfinden vor Gericht und in der Öffentlichkeit
13. Mißhandlung von frisch rekrutierten Soldaten
14. Die Stellung der Sozialdemokratie im parlamentarischen System
des Kaiserreichs
15. Rede zum Jubiläum des Deutschen Handelsgesetzbuchs
16. Lektüre zum Thema „Das 3. Geschlecht“
17. Bruno Ablaß als Fremdenführer im Reichstagsgebäude
18. Würdigung der Abgeordneten-Tätigkeit im Reichstag
19. Anmerkung zu Abschnitt 7 dieses Kapitels

Einleitung

Dr. Bruno Ablaß wurde bei der Reichstagswahl im Jahre 1903, mit der die 11. Legislatur-Periode eingeleitet wurde, zum ersten Male in das deutsche Parlament gewählt, und zwar als Abgeordneter der liberalen Partei, die sich damals „Deutsche Freisinnige Volkspartei“ (DFrVp) nannte und später im Zuge eines Parteienzusammenschlusses umbenannt wurde in „Deutsche Fortschrittliche Volkspartei“ (DFVp). Die Wahl richtete sich nach dem damals geltenden Mehrheitswahlrecht, wonach gewählt war, wer in seinem Wahlkreis die absolute Mehrheit der Stimmen (ggf. nach einer Stichwahl) auf sich vereinte. Der Wahlkreis, in dem Dr. Ablaß gewählt wurde, war der Wahlkreis Liegnitz, der den gesamten Regierungsbezirk Liegnitz und damit die Stadt Hirschberg in Schlesien umfaßte.

Dr. Ablaß wurde noch zwei weitere Male in den Reichstag gewählt, nämlich für die 12. Legislatur-Periode, die von Januar 1907 bis zum 5.12.1911 lief, und für die 13. Legislatur-Periode, die vom 7.2.1912 bis zum 26.10.1918 lief. Diese Wahlperiode war über die damals üblichen 5 Jahre hinaus verlängert worden, da man während des Krieges keine Wahl abhalten konnte oder wollte. Während dieser 15 Jahre nahm Dr. Ablaß ebenso wie sein Parteifreund Dr. Ernst Müller (Meiningen) in zahlreichen Reden zu den unterschiedlichsten politischen Themen Stellung. Er scheute sich dabei nicht, an der Regierung wie auch an verschiedenen Verwaltungsbehörden und sogar an Gerichten Kritik zu üben. Stets traf er dabei ins Schwarze, weil er sich als praktizierender Jurist mit den Gegebenheiten auskannte und mit seiner Kritik nie über das Ziel hinausschoß. Unermüdlich ist er für Recht, Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde eingetreten.

1. Die ersten beiden Reden.

Die Eröffnungssitzung der 11. Legislaturperiode fand am 3.12.1903 statt. Bereits im Januar 1904 hielt Dr. Ablaß vor dem Plenum seine beiden ersten großen Reden, die auch bei anderen Parteien auf Zustimmung stießen:

Mit der Rede vom 15.1. forderte er die Aufhebung des Zeugniszwanges für Angehörige der Presse. Begründung: Die Presse kann nur dann ihrer Aufgabe, Sachverhalte aufzuklären und Mißstände zur Sprache zu bringen, uneingeschränkt nachkommen, wenn sie nicht hinterher von einer staatlichen Behörde gezwungen wird, ihren Informanten preiszugeben. Dr. A. machte darauf aufmerksam, daß hier ein Gewissenszwang ausgeübt wird, und nannte die Regelung „ein Überbleibsel der Folter.“ Er prägte den Satz: „Die Anonymität der Presse ist eines ihrer Grundrechte.“ Dafür berief er sich u.a. auf den 4 Jahre vorher in Deutschland Gesetz gewordenen Grundsatz von „Treu und Glauben.“

Mit der Rede vom 30.1.1904 setzte er sich dafür ein, den Berufsvereinen eine rechtliche Anerkennung zu verschaffen, indem man gesetzlich zuläßt, daß sie wie jeder gewöhnliche Verein ins Vereinsregister eingetragen werden können mit der Folge, daß sie als Verein selbst vor Gericht als Kläger auftreten dürfen. Erst diese

Möglichkeit schützt die Koalitionsfreiheit der arbeitenden Bevölkerung umfassend. Dies war eine Forderung der Arbeiter; und Dr. A. machte den Abgeordneten klar: Wenn Sie wahrhaft staaterhaltend sein wollen, dann müssen Sie das, was von den Arbeitern berechtigt gefordert wird, bewilligen, weil man damit einen Grund zur Mißstimmung und Unzufriedenheit beseitigen kann.

2. Mißgriffe der Justizverwaltung.

Zwei Jahre später geißelte Dr. A. in zwei Fällen Maßnahmen der Justizverwaltung, mit denen sie versuchte, die Namen von Informanten herauszubekommen. Dr. A. sprach von einem „ganz kolossalen Mißgriff.“ In dem einen Fall war wegen des strafbaren Inhalts eines Zeitungsberichts der verantwortliche Redakteur gerichtlich bestraft worden. Damit hätte die Sache erledigt sein müssen. Man wollte aber den Verfasser des betr. Artikels erfahren und befragte deshalb die Setzer der Zeitung als Zeugen. Da sie nicht aussagten, nahm man sie in Zwangshaft.

In dem andern Fall wurde ein Landtagsabgeordneter zu Geldstrafe verurteilt, weil er sich geweigert hatte, einen Gewährsmann zu benennen, der das Material für eine im Landtag vorgebrachte Beschwerde geliefert hatte. „Ein schlimmer Eingriff in die Immunität des Abgeordneten!“ Dr. A. erklärte vor dem versammelten Plenum des Reichstages, es sei ihm unbegreiflich, daß es in einem gesiteten Staatsleben möglich ist, einen Menschen gesetzlichen Nachteilen auszusetzen, der weiter nichts tut, als sich als anständiger Mann zu zeigen. Es liege doch nicht im Interesse der Staatsgewalt, daß man die Anständigkeit bestraft.

Das Problem ist heutzutage im Sinne von Dr. A. gelöst: Die Strafprozeßordnung gestattet beiden genannten Personengruppen, eine Zeugenaussage über Informanten und über die mitgeteilten Tatsachen zu verweigern; Maßnahmen, mit denen eine Zeugenaussage solcher Personen erzwungen werden soll, sind heute also nicht mehr zulässig.

3. Steuererhöhungen.

Dr. Ablaß sprach öfters bei Haushaltsberatungen. U. a. sprach er am 15.12.1905 im Rahmen der Beratung des Kolonialetats über eine Reihe von Mißständen in den Kolonien. Dieser Tagesordnungspunkt war laut Sitzungsübersicht verbunden mit der Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend die Ordnung des Reichshaushalts und die Tilgung der Reichsschuld. Hieraus kann man ersehen, daß es schon im Kaiserreich vorgekommen ist, daß das Reich nennenswerte Schulden hatte und daß der Haushalt in Unordnung gekommen war. Man scheute sich damals nicht, die Brausteuern, die Tabaksteuer und die Gebühren laut dem Reichsstempelgesetz zu erhöhen und zum 1.7.1906 zwei neue Steuern einzuführen, nämlich die Zigarettensteuer und die Erbschaftsteuer.

4. Entrümpelung nicht mehr zeitgemäßer Rechtsvorschriften.

Mehrfach hat Dr. Ablaß in seinen Reden darauf aufmerksam gemacht, daß das geltende Recht in vielen Fällen nicht mehr den modernen Anforderungen entsprach. Im Reichstag kursierte im Jahre 1907 das Wort, man müsse sich allen Rüstzeuges des alten Polizeistaats entledigen. Hierzu forderte Dr. A.: „Die moderne Zeit braucht auch ein modernes Gesetzesgewand.“ Er erinnerte an das Mefisto-Wort aus Goethes Faust:

„Es erben sich Gesetz und Rechte
wie eine ew'ge Krankheit fort.“

Dies sei auch heute (also im Jahre 1907) noch so; zwar habe der Justizstaatssekretär - das war die damalige Amtsbezeichnung für den heutigen Justizminister - in einer Rede angedeutet, daß er gegenüber einzelnen Rechtsänderungen nicht abgeneigt sei, die seien aber so zaghaft, daß man nicht zu befürchten brauche, nun werde zwischen der Justizverwaltung und dem Parlament „ein Wettrennen in modernen Anschauungen beginnen.“ Ein negatives Beispiel sei das Reichspressegesetz. Dieses Gesetz habe zwar für das Pressewesen neue Vorschriften eingeführt, gleichzeitig habe es aber bestimmt, daß für das Anschlagen und Verteilen von Plakaten und Aufrufen das alte Recht der Einzelstaaten weitergelten solle. Und gerade das Land Preußen habe die rückständigsten Regeln über das Plakatwesen. Danach war die Benutzung von Plakaten für rein gewerbliche Zwecke frei, die Benutzung für politische Zwecke war dagegen verboten. Das wirkte sich u.a. auf die Wahlwerbung aus: Die Parteien mußten sich allerlei Tricks ausdenken, die politische Werbung zu kaschieren und ihre Plakate als gewerbliche Werbung erscheinen zu lassen. Dr. A. hob hervor, daß es eine Reihe von deutschen Ländern gab, die modernere Plakatierungsregeln erlassen hatten. Daraus folgerte er: Diese Buntscheckigkeit des Rechtszustandes, wie er in Deutschland besteht, entspricht nicht mehr den Anforderungen des modernen Verkehrs!

Eine besonders groteske Auswirkung hatte das preußische Plakatrecht in folgendem von Dr. A. geschilderten Fall: Die deutschen Brauer hatten in vielen Städten ein Plakat aufgehängt, auf dem es u.a. hieß: „Das Maßhalten ist in allen Dingen gut, aber ein Gläschen in Ehren soll niemand verwehren.“ Als Kronzeugen wurden Persönlichkeiten wie Luther, Schiller, Goethe und Bismarck angeführt. Hiergegen wandte sich eine Gruppe von Abstinenten mit einem Gegenplakat, das Aussprüche der von den Brauern angeführten Kronzeugen enthielt, aus denen sich deren gegenteilige Ansicht ergab. Die Polizei erlaubte das Plakat der Brauer, das der Abstinenten dagegen erklärte sie für verboten. Tatsächlich entsprach diese unterschiedliche Beurteilung der damaligen Rechtslage: Das 1. Plakat betraf den gewerblichen Verkehr, das zweite dagegen befaßte sich mit öffentlichen Angelegenheiten. Gleiches Recht für alle? Fehlanzeige! Hätte Dr. A. diesen Fall nicht im Deutschen Reichstag vorgetragen, dann hätte er darüber liebend gern eine Satire geschrieben, so sagte er. Jedenfalls zog er daraus den Schluß: „Es wäre sehr notwendig, viele Bestimmungen des Plakatwesens einer Super-Revision zu unterziehen. An sich sagt man: ‚Lächerlichkeit tötet‘, aber

Sie sehen, wie lange ein preußisches Gesetz diesem Todestranke der Lächerlichkeit standhält!“ (Rede vom 19.2.1908)

5. Organisation der gerichtl. Spruchkörper, gerichtliches Verfahren, Kritik an der richterlichen Tätigkeit.

Als im November 1908 im Reichstag die Frage zur Debatte stand, ob man in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten das Kollegialprinzip einschränken darf oder soll zugunsten des Einzelrichters (womit gemeint war, ob man einen Teil der Verfahren, die bisher von 3 Richtern entschieden werden, künftig von nur noch einem Richter entscheiden lassen soll), da machte Dr. A. darauf aufmerksam, daß es hierbei darauf ankomme, bei welcher Besetzung der Richterbank die besseren Entscheidungen herauskommen. Auf keinen Fall dürfe man die Frage aus fiskalischen Gesichtspunkten heraus regeln, d.h. bestimmte Fälle, für die bisher 3 Richter zuständig sind, künftig allein deshalb von nur noch einem Richter entscheiden lassen, weil ein Richter den Staat weniger kostet als drei Richter. Er erklärt rundheraus, daß hier am falschen Platze gespart würde und der Staat sich auch widersprüchlich verhielte. Denn sobald es um Aufwendungen für das Militär gehe, dann sei der Staat stets großzügig mit der Bewilligung von Haushaltsmitteln. Genauso müsse man aber auch vorgehen bei der Bewilligung der Mittel für die Justiz, denn, so fügt er hinzu, wir haben ein Anrecht darauf, daß wir die beste Justiz gewährleistet bekommen, die überhaupt möglich ist. Er fordert weiter, daß ein Gerichtsverfahren geschaffen wird, welches für eine vorurteilsfreie Rechtsprechung die besten Garantien gibt.

Wenige Monate später knüpft Dr. A. an die Worte eines Vorredners an, der Kritik an einer bestimmten Handlungsweise eines Gerichts geübt hatte. Dr. A. erklärt: „Mit dieser Kritik bin ich vollständig einverstanden. Denn ich glaube, daß es gut ist, wenn in entsprechenden Fällen so viel wie möglich Kritik geübt wird. Eine staatliche Behörde, die in ihren Grundfesten gesund ist, muß jede Kritik, auch die allerschärfste, ertragen, ohne Einbuße an Ansehen zu erleiden“. Dr. A. berichtet dann über mehrere Fälle, in denen die betreffenden Gerichte eine Rechtsvorschrift zu formalistisch ausgelegt hatten und dadurch zu Ergebnissen gekommen waren, über die nicht bloß juristische Laien, sondern sogar gestandene Juristen nur den Kopf schütteln konnten.

Am 20.1.1910 bespricht Dr. A. im Reichstag eine Gerichtsentscheidung, die bereits Anlaß zu heftiger Kritik gegeben hatte: In der Umgebung von Hannover hatte ein Bauer am Gründonnerstag sein Feld gepflügt. Er wurde deshalb zu einer Geldstrafe verurteilt. Die Grundlage für diese Entscheidung bildete eine Waldeck'sche Kirchenordnung aus dem Jahre 1550, die Feldarbeiten an diesem Tage verbot. Das Gericht hatte durch Anhörung von Zeugen aus dem Gerichtssprengel, darunter vielen besonders alt gewordenen Menschen, erfahren, daß von ihnen allen niemand etwas davon wußte, daß in dieser Gegend am Gründonnerstag nicht auf Feldern gearbeitet werden darf. Dr. A. erklärte hierzu: „Dieser Fall ist in der Tat ungeheuer kraß, und ich habe nur den einen Wunsch, daß man nun

nicht etwa sich die Mühe macht, weitere Polizei-Verordnungen aus der Zeit vor dem 30jährigen Kriege aufzuspüren, und versucht, ob man das, was damals rechtens gewesen ist, nicht vielleicht noch auf die heutigen Verhältnisse übertragen soll. Man könnte sonst vielleicht dazu kommen, daß man auch noch die polizeilichen Leibesstrafen, die damals so angenehm üblich gewesen sind, als heute noch zu Recht bestehend ansieht“. Stattdessen knüpft er an seinen Bericht die Forderung, alle polizeirechtlichen Verordnungen, die seit Jahrhunderten erlassen worden sind, daraufhin zu überprüfen, ob sie noch benötigt werden oder ob sie überholt sind, die überholten Vorschriften aufzuheben und die verbleibenden in einem einzigen, für das ganze Reich geltenden neuen Gesetz zusammenzufassen. Ihm war klar, daß dafür ein überzeugungstreues und opferwilliges Zusammenwirken aller beteiligten Stellen notwendig wäre. Sie alle müßten mit längst veralteten Anschauungen brechen und sich mehr und mehr eines modernen Geistes befleißigen. Dies wünsche er sich dringend. Denn darin liege in der Tat eine außerordentlich wichtige Aufgabe unserer Gesetzgebung. Wörtlich erklärte er: „Es geht wirklich nicht mehr an, daß man in den verstaubten Archiven einer grauen Vergangenheit herumstöbert und Bestimmungen wieder zu einem Scheinleben erweckt, die mit Recht längst als abgestorben gelten sollten.“

Später greift er einen von anderer Seite eingebrachten Vorschlag auf, gesetzlich zu bestimmen, daß alle Polizei-Verordnungen nach Ablauf von 30 Jahren automatisch außer Kraft treten, falls sie nicht schon vorher geändert oder aufgehoben worden sind. Dieser Vorschlag ist kurze Zeit nach dem 2. Weltkrieg in vielen Bundesländern geltendes Recht geworden. Dagegen hat man es bisher nicht geschafft, das Polizeirecht für ganz Deutschland einheitlich zu regeln, weil dieses Rechtsgebiet zu den Aufgaben der Bundesländer gehört.

Der Abgeordnete Ablaß aber schloß seine am 19.4.1912 gehaltene Rede vor dem Reichstag damit, daß er an Friedrich den Großen erinnerte, dessen 200jährigen Geburtstag man im Januar gefeiert hatte und der einst über die Pflichten eines Richters folgendes gesagt hatte: „Sie müssen wissen, daß der geringste Bauer, ja, was noch mehr ist, der Bettler ebensowohl ein Mensch ist, wie seine Majestät es sind, und dem alle Gerechtigkeit muß widerfahren werden, indem vor der Justiz alle Leute gleich sind.“

In einer anderen Rede hat Dr. A. zur Bewertung richterlicher Entscheidungen ausgeführt: „Recht und Unrecht sind im Zivilprozeß nicht leicht zu finden, weil Wahrheit und Lüge nur schwer zu unterscheiden sind. Deshalb ist es nichts Ungewöhnliches, daß eine Partei Recht erhält, ohne daß die andere Partei von ihrem Standpunkt aus annehmen muß, daß sie im Unrecht ist. Der Glaube, im Recht zu sein, wird häufig bei beiden Parteien haften bleiben.“ Nimmt also der Redner an dieser Stelle die Richterschaft vor unberechtigten Anfeindungen in Schutz, so erklärt er an anderer Stelle: Berechtigte Kritik an der Tätigkeit des deutschen Richterstandes hat nichts Herabwürdigendes; sie dient vielmehr dem Zweck, Kritikwürdiges künftig vermeiden zu helfen und damit dem hohen Ansehen des Richterstandes einen Dienst zu erweisen.

6. Die Stellung der Rechtsanwälte im Rechtsleben.

Dr. Bruno Ablaß ist selbst Rechtsanwalt. In seinen Reden vor dem Reichstag aber spricht er in seiner Eigenschaft als Abgeordneter, d.h. als Vertreter des ganzen Volkes. Was bei seinen Berufskollegen lobenswert ist und was tadelnswert, bringt er gleichermaßen zur Sprache.

In seiner Rede vom 20.1.1910 widmete er sich dem Umstand, daß sich neuerdings eine ziemlich scharfe Frontstellung des Richterstandes gegenüber der deutschen Rechtsanwaltschaft erkennbar macht. Er stellte hierzu fest: „Man kann ruhig Kritik üben, nämlich suaviter in modo, fortiter in re (maßvoll im Ton, hart in der Sache). Denn berechtigte Kritik an manchem Verhalten von Rechtsanwälten ist heilsam, da der Anwaltsstand selbst daran interessiert ist, unlautere Elemente aus seinen Reihen auszumerzen. Aber eins muß trotz aller sachlichen Beanstandungen immer unangetastet bleiben: der Glaube an die Ehrlichkeit und Vornehmheit des Anderen. Und so, wie man heute in Deutschland allgemein überzeugt ist, daß der deutsche Richterstand seine alte Integrität bewahrt hat, so sollte man sich auf der Seite der Richterschaft zu der Erkenntnis durchringen können, daß auch für jede Tätigkeit des deutschen Anwaltsstandes noch bis zur Stunde Redlichkeit und strenge Pflichttreue die unersetzlichen Voraussetzungen nicht nur sein sollen, sondern auch sind.

7. Mißgriffe deutscher Regierungsstellen.

„Ich bin der Ansicht, daß, wenn Fehler gemacht worden sind, man am besten tut, die Fehler rücksichtslos aufzudecken und sie vor der breiten Öffentlichkeit vorzubringen, damit nach außen hin das Vertrauen wachgehalten wird, daß hier nichts vertuscht wird.“ So Dr. A. in seiner Rede vom 19.3.1906. Tatsächlich übt er am 10.2.1913 heftige Kritik an einem Ministerial-Erlaß des preußischen Innenministers. Darin wird den nachgeordneten Behörden die Richtlinie gegeben, es müsse unter allen Umständen verhindert werden, daß Ärzte-Vereine, speziell der Deutsche Ärztevereinsbund, ins Vereinsregister eingetragen werden. Dazu will der Minister sich auf eine Vorschrift im Bürgerlichen Gesetzbuch berufen, nach der wirtschaftliche Vereine nicht eingetragen werden dürfen. Zusammenschlüsse von Ärzten hält er für Wirtschaftsvereine, weil ärztliche Leistungen auch einen wirtschaftlichen Wert hätten. Da Verwaltungsbehörden nicht das Recht haben, Anträge beim Vereinsregister zu stellen, benennt der Erlaß eine Reihe von Möglichkeiten, diese Schranke zu umgehen. Als in einer Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses dieser Erlaß zur Sprache gebracht wurde, erklärte der Minister, der Erlaß sei eine zwingende Notwendigkeit. Demgegenüber stellte Dr. A. vor dem Reichstag folgendes fest: „Etwas so Unerhörtes wie dieser ministerielle Erlaß und diese ministerielle Rechtfertigung im preußischen Abgeordnetenhaus ist mir auf dem Gebiete der Rechtspflege überhaupt noch nicht vorgekommen. Was hier versucht wird, ist die Ausschaltung des geltenden Rechts, ist ein unglaublicher

Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit. Wo den Verwaltungsbehörden ein bestimmtes Recht nicht zusteht, sollen sie auf Umwegen sich bemerkbar machen und das Gericht mit sanftem Zwange darauf aufmerksam machen, daß es auf dem Holzwege sei. Meine Herren, so habe ich mir freilich die richterliche Unabhängigkeit bisher nicht vorgestellt, und ich bin der Meinung, daß der Minister des Innern in Preußen die allerletzte Instanz ist, die dazu berufen ist, preußischen Richtern Rechtsbelehrungen darüber zu erteilen, wie sie das Gesetz handhaben sollen!“

In einer Rede vom 15.12.1905 kommt Dr. Ablaß auf Mißstände zu sprechen, die sich in der letzten Zeit insbesondere in der Kolonialpolitik herausgestellt haben: Mehrere Vorfälle, die sich z. T. im Schutzgebiet Togo, z. T. aber auch in der Kolonial-Abteilung des Auswärtigen Amtes in Berlin abgespielt hatten und die Dr. A. als „grausame Zustände“ bzw. als „moralisch verächtliche Ausschreitungen“ bezeichnet¹, belasteten das Gewissen eines untergeordneten Beamten so stark, daß er sich an seine vorgesetzte Dienstbehörde wandte und um Abhilfe bat. In dieser Dienststelle meinte man, der die Vorfälle meldende Beamte leide unter Querulantenwahnsinn, deshalb brauche man auf seine Eingabe nicht einzugehen. Der Beamte bekam also keine Antwort und wandte sich deshalb an zwei Abgeordnete und machte ihnen das belastende Material zugänglich. Als die behauptete geistige Krankheit durch mehrere ärztliche Sachverständige widerlegt war, leitete man ein Disziplinarverfahren ein mit dem Ziel, den Beamten aus dem Amt zu entfernen. Man warf ihm vor, er habe durch die Weitergabe des Materials gegen seine Pflicht zur Amtsverschwiegenheit verstoßen, außerdem habe er durch seine Äußerungen, die man als unehrerbietig bezeichnete, die dem Reichskanzler schuldi- ge Achtung verletzt; schließlich behauptete man, die Beschuldigungen, die er gegen seine Kollegen erhoben habe, seien unwahr. Dr. A. machte darauf aufmerksam, daß der betr. Beamte sich in einem schweren Konflikt zwischen zwei Pflichten befunden habe, nämlich zum einen der staatsbürgerlichen Pflicht, Mißstände zu rügen, die so kolossal waren, daß sich jedes humanitäre Empfinden dagegen aufbäumen mußte, und auf der anderen Seite der Pflicht des Beamten, die Amtsverschwiegenheit zu wahren. Dr. A. äußerte für die Art, in der der Beamte diesen Konflikt zu lösen versucht hatte, Verständnis und fügte zur Bekräftigung seiner Ansicht das Sprichwort hinzu:

„Wer die Wahrheit kennen und saget sie nicht,
der ist fürwahr ein erbärmlicher Wicht!“

Im Übrigen stellte er auf Grund der behördlichen Behandlung, die diesem Falle und einer Reihe weiterer in den Kolonien vorgekommener Fälle zuteilwurde, fest, „daß sich gerade in der letzten Zeit in der Kolonialpolitik Mißstände in einem geradezu erschreckenden Umfange herausgestellt haben und daß im Kolonialamt in Berlin anstelle einer Abstellung der Mißstände eine Vertuschungspolitik eingerissen ist, die wir auf die Dauer nicht mehr werden dulden können.“

¹ Diese und die anschließend erwähnten Vorfälle müssen hier nicht geschildert werden, da es dem Redner nicht um deren Beurteilung ging, sondern darum, aufzuzeigen, wie Dienstvorgesetzte mit Beamten umgegangen sind, die einer dienstlichen Pflicht nachgekommen sind.

Er betont hierzu: „Eine Politik, die darauf aus ist, alle groben und schädlichen Ausschreitungen in den Kolonien vor der Öffentlichkeit zu verbergen und Versündigungen an der Menschheit und der Kultur einfach totzuschweigen, läge nicht im Interesse des Rechts. Ein Beamter, der über schlimme Vorgänge einfach den Mantel der untätigsten Devotion deckt, entspricht nicht dem Ideal eines Beamten.“ Ein Teil der Mißstände sei übrigens darauf zurückzuführen, daß unsere Verwaltung bei der Auswahl ihrer Beamten im Wesentlichen eine recht ungeschickte Hand gehabt habe.

Über andere Fälle, die sich in Kamerun ereignet hatten, erstattete ein Offizier der kaiserlichen Schutztruppe, den Dr. A. als „pflichtbewußten Ehrenmann“ bezeichnete, einen detaillierten Bericht. Der schuldige Kolonialbeamte wurde wegen dieser Vorfälle zwar verurteilt, seine Strafe wurde aber nach kurzer Zeit von Gefängnis in Festungshaft, also in eine ehrenvolle Strafe, umgewandelt. Der Offizier dagegen mußte die Schutztruppe verlassen. Dr. A. äußerte hierüber sein Bedauern, weil dieser Soldat die Idee der Humanität sehr hoch stelle und deshalb für eine hochrangige Verwendung im Kolonialdienst besonders qualifiziert gewesen wäre.

Auf den Marschallinseln hatte der dortige leitende Kolonialbeamte, ein Landeshauptmann, in mehreren Fällen Eingeborene zu Hieben verurteilt und diese Strafe vollstrecken lassen, obwohl durch eine für die Marschallinseln und für Neu-Guinea geltende Verordnung von 1890 ausdrücklich bestimmt worden war, daß Südsee-Insulaner nicht zu Prügelstrafen verurteilt werden dürfen. Um eine Aufklärung seines Verhaltens zu verhindern, hatte er die Verhängung und Vollziehung der Strafe in keinem dieser Fälle in das Strafjournal eintragen lassen. Als die Fälle schließlich dennoch ans Licht gekommen waren, hatte die Kolonialbehörde sich damit begnügt, den Beamten über seine Kompetenz aufzuklären. Dr. A. rügte diese Art der Behandlung mit den Worten: „Es wäre unbedingt erforderlich gewesen, einem Beamten in so hoher und verantwortlicher Stelle zum Bewußtsein zu bringen, daß nicht allein die Farbigen die Gesetze des Deutschen Reiches zu achten haben, sondern daß vor allen Dingen die deutschen Beamten selbst verpflichtet sind, die Gesetze auch ihrerseits in vollem Umfang zu respektieren.“

Dr. A. schildert weitere Fälle, in denen der jeweilige Gouverneur einzelne Eingeborene grausam hatte mißhandeln lassen, um sie zu bestrafen oder zur Herausgabe veruntreuten Geldes zu zwingen. Z.B. hatte in Kamerun der betr. Beamte einen Eingeborenen an den Geschlechtsteilen verstümmeln lassen. Ein anderer hatte in Togo, also einem Land, das nahe beim Äquator liegt, bei glühender Sommerhitze einen Farbigen an einen Pfahl binden lassen und ihm die Bitte um Wasser verweigert, bis der Mann schließlich verschmachtete und starb. Diese von Dr. A. geschilderten Fälle veranlaßten ihn zu der Forderung; „Wir müssen darauf bestehen, daß diejenigen Deutschen, die hinausgehen, um die dort lebenden Menschen mit deutscher Kultur vertraut zu machen, niemals und in keinem Augenblick sich unseres Kulturstandpunktes unwürdig zeigen dürfen.“ Provozierend fragt er: „Wie können wir es rechtfertigen, uns über die Greuelthaten der Herero voller Zorn zu äußern und zu erklären, daß etwas Roheres gar nicht denkbar ist,

wenn wir zur Kenntnis nehmen müssen, daß unsere zivilisierten Beamten sich nicht entblöden, nicht hinnehmbare Ungesetzlichkeiten zu begehen?“

Im Zusammenhang mit den Reden zur Kolonialpolitik muß folgendes erwähnt werden: Der Schriftsteller Hans Grimm (1875 - 1959) hat in seinem 1927 erschienenen Buch „Volk ohne Raum“ im 3. Hauptteil des Romans neben August Bebel auch Bruno Ablaß mit je einem Auszug aus Reden zitiert, die sie im Jahre 1906 im Reichstag gehalten haben. Ein Hinweis auf diese Romanstelle findet sich in einem der Aufsätze, die im Jahre 1966 zum Gedenken an Bruno Ablaß aus Anlaß seines 100. Geburtstages geschrieben worden sind. Eingeführt in die Romanhandlung werden diese Redebeiträge auf folgende Weise: Jemand zeigt seinem Gesprächspartner ein Blatt aus der Parteizeitung „Vorwärts“ und kommentiert, man lese darin "Albernheiten, die ein bedenkenloser Berliner Klassenkämpfer" an Äußerungen des alten Bebel und des Abgeordneten Ablaß im Reichstag vom Hörensagen anknüpfe. Wie die beiden alten Reichstagsworte gelaute haben, habe die Nachrichtenagentur Reuter nachträglich veröffentlicht. Die dem Abgeordneten Ablaß zugeschriebenen Worte lauten laut Grimm/Reuter: „In unseren Kolonien sind Grausamkeit und Brutalitäten an der Tagesordnung, die aller Menschlichkeit Hohn sprechen.“ Laut dem amtlichen Reichstagsprotokoll der 70. Sitzung vom 19.3.1906 hat Dr. A. einen Fall der Züchtigung eines Farbigen durch den deutschen Gouverneur geschildert und hinzugefügt, dies sei von allen in Kamerun vorgekommenen Fällen der allerschlimmste. Erst 1 ½ Jahre später habe man sich bemüßt gefühlt, diesen Fall zu untersuchen. Der Gouverneur sei dann zwar bestraft worden, aber nur wegen Körperverletzung im Amt, nicht wegen Totschlags, obwohl der Mann an den Folgen der Züchtigung gestorben ist; das Gericht habe außerdem Fahrlässigkeit des Täters angenommen (diese Aussage muß entsprechend der Gesetzeslage korrigiert werden, richtig hätte sie lauten müssen: das Gericht habe außerdem mildernde Umstände angenommen) und die bei dieser Sachlage höchstzulässige Strafe, eine Geldstrafe, verhängt. An diese Mitteilung schließt Dr. A. die folgende wörtliche Feststellung an: „Das ist ein Fall, den ich nicht ohne weiteres ruhen lassen kann; denn er beweist, daß in unseren Kolonien mit einer Brutalität, mit einer Rücksichtslosigkeit vorgegangen wird, die jeder Humanität spottet.“ Diese Worte sind bei Grimm bzw. Reuter also zwar nicht wörtlich, aber doch inhaltlich zutreffend wiedergegeben. Es fehlt aber jeglicher Zusammenhang, in dem sie gesprochen worden sind. Auch wird an dieser Stelle nicht deutlich, worauf Grimm damit hinauswill, daß er die Veröffentlichung von Reichstagsäußerungen in Nachrichtenblättern erwähnt und sich über sie mokiert. Allerdings war der Leser schon im vorangegangenen Roman-Text verschiedentlich auf Stellen gestoßen, wo Grimm darauf aufmerksam macht, daß britische Nachrichtenblätter die aus Deutschland stammenden Nachrichten auf solche Äußerungen hin durchmustern, die Deutschland gegenüber dem Ausland kompromittieren können. Solche Äußerungen würden in den britischen Zeitungen genüßlich breitgetreten mit dem Ziel, die Leser zur Parteinahme gegen Deutschland zu veranlassen. So werde „auf dem Hintenherumwege“ fortwährend eine gereizte Stimmung gegen Deutschland genährt. Es sei überhaupt die Stärke der Engländer, jede fremde

Torheit auszunutzen. Grimm scheint also wohl seine Landsleute mahnen zu wollen, sich zurückzuhalten mit öffentlichen Äußerungen, durch die man als Deutscher das eigene Volk in ein schlechtes Licht setzt. Evtl. kann die betr. Textstelle aber auch so verstanden werden, daß Grimm den Reichstagsredner dafür tadeln wollte, daß er eine solche Aussage überhaupt so freimütig vor der Öffentlichkeit gemacht hat.

Ein solcher Tadel gegenüber Dr. Ablaß wäre freilich unberechtigt. Um das zu erkennen, muß man den Sinn und Zweck der schwerwiegenden Aussage, die Dr. A. am 19.3.1906 vor dem Plenum des Reichstags getan hat, würdigen, und das gelingt nur, wenn man diejenigen Worte kennt und berücksichtigt, die Dr. A. dieser Aussage hat folgen lassen. Sie lauten: „Wenn derartige Fälle vorkommen, so können wir nicht unerbittlich genug sein; wir ruinieren selbst das Zutrauen des gesamten Volkes zu unserer Kolonialverwaltung, wenn wir nicht dafür sorgen, daß Bestialitäten mit aller Rücksichtslosigkeit aufgedeckt und bestraft werden. Wenn Fehler gemacht worden sind, tut man am besten, die Fehler rücksichtslos aufzudecken und sie vor der breitesten Öffentlichkeit vorzubringen, damit nach außen hin das Zutrauen wachgehalten wird: hier in der ganzen Verwaltung wird nichts vertuscht. Lediglich von diesem Gesichtspunkt aus fühle ich mich berufen, jederzeit, wo ich davon höre, derartige Mißstände zu geißeln. Damit gibt man aber nicht etwa, wie einer meiner Vorredner gemeint hat, gegen die Beamten generell ein Mißtrauen zu erkennen.“

Da Grimm vermutlich allein auf die von Reuter veröffentlichte Notiz angewiesen war, konnte er die von Dr. A. gegebene Begründung für sein öffentliches Anprangern von Mißständen nicht kennen und nicht berücksichtigen. Die Agentur Reuter aber, der der gesamte Redetext zur Verfügung gestanden hat, hätte ihrer Notiz diese Begründung hinzufügen müssen. Denn durch das Weglassen des Hinweises, daß es sich um Einzelfälle gehandelt hat, die nicht verallgemeinert werden dürfen, ist die Aussage von Dr. A. verfälscht worden.

Dr. A. hat in der Reichstagssitzung vom 1.12.1906, also dem Tage, an dem auch Herr Bebel zu dem Thema gesprochen hat, diesen Punkt noch einmal klargestellt, und zwar mit folgenden Worten: „Niemand hat bisher behauptet, daß alle unsere Beamten in den Kolonien brutale oder verworfene Menschen seien und daß der gesamte Beamtenstand in den Kolonien moralisch verseucht sei. Aber mit voller Bestimmtheit haben wir unter Angabe des tatsächlichen Materials die Behauptung aufgestellt, daß es einzelne solcher Leute, die dem Namen des deutschen Volkes im Auslande keine Ehre machen, in unseren Kolonien gibt.“ Im übrigen hat Dr. A. zum Ausdruck gebracht, daß ihm klar sei, daß die ganze Untersuchung, zu der er mit seinen Reden herausfordern wollte, hintangehalten werden sollte und daß man bei den Behörden die Absicht hatte, diesen grausigen Zustand zu unterdrücken. Zu dieser Unterdrückung hätten sich damals die gesamten Beamten der Kolonial-Abteilung vereinigt und der Herr Reichskanzler habe sein Siegel darauf gedrückt. Das Ergebnis sei entweder gar keine oder eine allenfalls minimale Bestrafung einzelner Beschuldigter. Stattdessen habe der Kolonialdirektor dem Reichstag eine Statistik darüber vorgelegt, wie wenig Bestrafungen disziplinarer oder strafrechtlicher Natur in unseren Kolonien vorgekommen sind. Dazu Dr. A.: „Begreift denn der Herr Kolonialdirektor

nicht, daß wir uns nicht darüber beschweren, daß in den Kolonien zu viel bestraft wird, sondern daß dort zu wenig bestraft wird? Wir wollen dartun, daß vieles, was vorgekommen ist, nicht in der genügenden Weise zur Verantwortung gezogen ist.“

8. Die rechtliche Stellung der Frauen.

Während der ganzen Dauer des Kaiserreichs in Deutschland herrschte bei den maßgeblichen Stellen in Regierung und Verwaltung die Auffassung, daß Frauen nicht geeignet seien, Aufgaben im öffentlichen Leben zu übernehmen. Nur ein paar fortschrittlich gesinnte Politiker, zu denen Dr. Ablaß und seine Parteifreunde gehörten, trauten den Frauen mehr zu. Bei den öffentlichen Stellen rannten sie damals aber gegen steinerne Mauern. So erklärt es sich, daß Dr. A. in verschiedenen Reden nur ganz wenige öffentliche Aufgaben benannte, für die er vorschlug, Frauen einzusetzen. Z.B. sei niemand besser als eine Frau geeignet, Vormund für ein uneheliches Kind zu sein, solange dieses im Kindesalter stehe. Er wisse zwar, daß viele Jugendämter einem solchen Gedanken feindselig gegenüberstehen. Wahrscheinlich werde sich das erst dann ändern, wenn endlich der Staat in diesem Punkt unterstützend eingreift.

Am 15.1.1910 trat Dr. A. der von Regierungsseite vertretenen Ansicht entgegen, man könne nicht für die gerichtliche Berufungsinstanz die Zuziehung von Schöffen einführen, denn die Bevölkerung sei schon viel zu sehr mit Ehrenämtern überlastet. Er bemängelte nämlich, daß man bisher die Schöffen fast ausschließlich aus sozial bevorrechtigten Kreisen ausgewählt habe, während man die kleinen Gewerbetreibenden und Arbeiter systematisch von diesem Ehrenamt ausgeschlossen habe. Wenn man auch diese Kreise zur Rechtsprechung heranzöge, dann kämen die Richter mehr mit den Angehörigen dieser Stände in Kontakt und lernten deren sozialpolitische Auffassungen besser kennen, was dazu ver helfe, daß künftig weniger häufig weltfremde Richtersprüche herauskämen. Im Übrigen sei die hiermit geführte Diskussion der gegebene Anlaß, auch die Frauen zum Schöffenamt heranzuziehen. Man könne ja damit beginnen, sie wenigstens bei den Jugendgerichten als Schöffen einzusetzen.

Noch im Jahre 1904 wollte die Reichsregierung in einem Gesetzentwurf das Rad der Geschichte zurückdrehen, indem sie vorschlug, das den Frauen bereits zustehende Recht, sich in Vereinen zusammenzuschließen und in Berufsvereinigungen zu organisieren, ihnen wieder zu nehmen. Dagegen legte Dr. A. in seiner Rede vom 30.1.1904 schärfste Verwahrung ein. Erfolg hatten seine Bemühungen, den Frauen die gleiche Rechtsstellung wie den Männern zu verschaffen, damals nicht. Zwar konnte er im Jahre 1919 als Mitglied des Verfassungsausschusses der Weimarer Nationalversammlung durchsetzen, daß in die Weimarer Reichsverfassung der Satz aufgenommen wurde: „Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten.“ Irgendwelche Auswirkungen auf die privatrechtliche Rechtsstellung der Frauen hatte aber auch diese Bestimmung nicht, denn zum einen bezog sie sich eben nur auf die staatsbürgerliche Rechtsstellung, zum anderen

fehlte in der Weimarer Verfassung diejenige Regelung, die erst das Bonner Grundgesetz eingeführt hat, daß die Grundrechte unmittelbar geltendes Recht (also nicht nur Programmsätze) sind und alle Staatsgewalten daran gebunden sind. Die volle rechtliche Gleichstellung der Frauen trat erst dadurch ein, daß das Grundgesetz alle Rechtsvorschriften, die der Gleichberechtigung entgegenstanden, mit einem Federstrich zum 31.3.1953 aufhob. Da durch dieses Außerkraft-Treten von Vorschriften rechtliche Lücken entstanden, war es Aufgabe der Rechtsprechung, diese Lücken durch neue Regeln zu füllen, um den Frauen auch die tatsächliche Gleichstellung zu verschaffen. Das konnte natürlich nur von Fall zu Fall im Verlaufe vieler Jahre geschehen, bis schließlich die Gesetzgebung nachzog.

9. Die rechtliche Stellung der Juden.

Noch abwertender als die Frauen wurden zur Zeit des Kaiserreichs die Juden behandelt. Zwar waren zur Bismarckzeit diejenigen Normen, die die Juden in ihrer Rechtsstellung gegenüber den übrigen Staatsbürgern schlechter gestellt hatten, beseitigt, soweit sie gesetzlich geregelt waren. Aber nun trat eine neue Entwicklung ein: Im Zusammenhang damit, daß sich der Wettstreit unter den politischen Parteien im Reichstag und in den Landesparlamenten zu einer offenen Gegnerschaft zuspitzte, begann von Seiten der politisch Konservativen zugleich auch ein Kampf gegen das Judentum, dem man nachsagte, es habe seine politische Heimat hauptsächlich bei den liberalen Parteien. In dieser Richtung tat sich vor allem der politisch streng konservative evangelische Geistliche Adolf Stoecker hervor. Seine Ideen wurden verbreitet von der „Kreuzzeitung“, dem Blatt der Konservativen Partei, und es kam zu einer regelrechten antisemitischen Bewegung, der sogenannten „Berliner Bewegung“, auch „Stoecker-Bewegung“ genannt.

Diesen Zusammenhang muß man kennen, um einen bestimmten Absatz in der Ablaß'schen Reichstagsrede vom 21.2.1911 zu verstehen. Er bezeichnet die Kreuzzeitung als diejenige Zeitung, die hinsichtlich der Verrohung der Presse an vorderster Stelle stehe und über die schon Bismarck „die ganze Schale seines sittlichen Zorns ausgegossen“ habe; ihre Machenschaften kämen in einer so raffiniert niederträchtigen Form daher, daß sie juristisch nicht faßbar seien. In dieser Zeitung habe es u.a. geheißsen, „die ganze liberale Judenschaft fühle sich verpflichtet, eine Art ‚Blutrache‘ an den Konservativen zu nehmen“. Dr. A. stellt hierzu fest, „daß eine derartige Diskussion den größten Tiefstand der gesamten öffentlichen Sittlichkeit darstellt“.

Nur mit solchen Äußerungen der moralischen Entrüstung also konnte man damals den öffentlichen Schmähungen des Judentums begegnen, denn rechtliche Mittel versagten². Die Juden galten damals als Menschen minderen Wertes und geringerer Fähigkeiten als die übrigen Bürger. Deshalb nahm kaum jemand An-

² Mit der rechtlichen Stellung der Juden verhielt es sich ähnlich wie mit der vorstehend beschriebenen Proklamierung der Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen: Die rechtlichen Regeln, die die Juden belastet hatten, waren aufgehoben worden, aber nicht durch neues Gesetzes-Recht ersetzt worden.

stoß daran, daß ihnen häufig weniger Rechte als anderen Staatsbürgern zugestanden wurden, und zwar nicht nur im Volk, sondern vielfach auch von Regierungsseite. In solchen Fällen aber hatte Dr. A. die Rechtslage auf seiner Seite, denn die Frankfurter Nationalversammlung hatte in der 1849 beschlossenen Verfassung die Gleichberechtigung der Juden zum Grundrecht erklärt, und dieser Verfassungsabschnitt über die Grundrechte war nie außer Kraft getreten. Somit war ein gestandener Jurist, der Dr. Ablaß war, im Recht, wenn er jeden Fall, in welchem einem Juden ein Recht versagt wurde, zum Anlaß nahm, immer wieder in seinen Reden sich für die rechtliche Gleichbehandlung der Juden einzusetzen. Z.B. hat er sich dagegen verwahrt, daß man den Fall eines Juden, der sich gesetzwidrig verhalten hatte, verallgemeinerte. Ablaß nannte es eine grobe Geschmacklosigkeit, wenn jemand einen solchen Fall zum Anlaß nahm, um sich über den gesamten jüdischen Teil unseres Volkes verletzend auszusprechen. Ferner rügte er, daß bei der Auslosung derjenigen, die bei Gericht als Geschworene mitwirken sollen, immer diejenigen durchfallen, die der Staatsgewalt nicht genehm sind. So sei bisher fast nie ein Jude zum Geschworenen bestimmt worden. Wörtlich erklärte er: „Das sind Zustände, die mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht zu vereinbaren sind.“

In diesen Zusammenhang gehört auch ein Redeausschnitt von Dr. A., mit dem er sich am 17.4.1913 mit der Nichtbeförderung jüdischer Freiwilliger beim Militär befaßt. Der Kriegsminister hatte offen eingeräumt, „daß die Nichtbeförderung jüdischer Soldaten zu Offizieren auf starke antisemitische Regungen im Heere zurückzuführen sei“. Dr. A. hebt hervor, daß bisher niemand behauptet habe, daß der Jude an und für sich ein schlechter Soldat sei. Vielmehr werde im Heere anerkannt, daß der jüdische Freiwillige seinen soldatischen Pflichten einwandfrei nachgekommen ist. Daraus zieht Dr. A. den Schluß: „Allein auf Grund der Tatsache, daß er Jude ist, wird ihm die Ehre, Reserve-Offizier zu werden, nicht zuerkannt. Das ist mit dem Begriff des gleichen Rechts für alle nicht zu vereinbaren. Dieser widerrechtliche Zustand wird aber sanktioniert, wenn man einem jüdischen Soldaten, der seinen Dienst vollständig tadellos leistet, zu erkennen gibt, daß er nicht in das Offizierskorps eingereiht werden kann, es müßte denn sein, daß er sich vorher taufen lasse. Wir Abgeordneten sind nicht der Meinung, daß unser deutsches Offizierskorps eine Missionstruppe gegen das Judentum sein soll oder daß es sich in der Richtung betätigen soll, die Juden dem Christentum zuzuführen“.

Sein Einsatz für die Rechte der Juden führte dazu, daß man sich in gewissen Kreisen in verschiedenen Veröffentlichungen Gedanken darüber gemacht hat, ob Dr. A. etwa selbst ein Jude ist. Jedenfalls blieb er ein einsamer Rufer in der Wüste. Und es war eine tragische Entwicklung in der deutschen Geschichte, daß es erst zu einem staatlich angeordneten Massenverbrechen kommen mußte, ehe man sich in Deutschland dazu durchrang, den Menschen mit aller Bestimmtheit klarzumachen, daß Judenhaß in der Welt keinen Platz haben darf.

10. Die Behandlung jugendlicher Straftäter.

Umgekehrt setzte sich Dr. A. für eine rechtliche Ungleichbehandlung ein, wo diese nötig war, nämlich bei der gerichtlichen Behandlung von jugendlichen Straftätern. Für diese müsse ein besonders gestaltetes Gerichtsverfahren geschaffen werden und es müßten Strafen anderer Art als die für Erwachsene geltenden Strafen eingeführt werden. Die Regierung brachte daraufhin im Jahre 1910 den Entwurf eines Jugendgerichtsgesetzes (JGG) in den Reichstag ein, mußte diesen aber auf Druck der konservativen Reichstagsmehrheit zurückziehen. Erst in der Zeit der Weimarer Republik gelang es, ein solches Gesetz zu schaffen. Es wurde im Februar 1923 erlassen, also vor knapp 100 Jahren, und ist in seinen wesentlichen Grundzügen noch heute in Kraft.

11. Abschaffung der Todesstrafe.

Im Frühjahr 1912 war in der deutschen juristischen Öffentlichkeit eine Diskussion darüber im Gange, ob die Todesstrafe beibehalten oder abgeschafft werden solle. Diese Frage sollte auf dem deutschen Juristentag erörtert werden. Zu diesem Zweck war ein Rechtsprofessor damit beauftragt, ein entsprechendes Gutachten auszuarbeiten. Der Gutachter wandte sich an die Justizverwaltungen sämtlicher deutscher Einzelstaaten mit der Bitte, bestimmte statistische Angaben zu machen, die für das Gutachten benötigt wurden. Dieser Aufforderung sind alle Staaten nachgekommen, nur das Land Preußen nicht. In der Reichstagssitzung vom 19.4.1912 rügte Dr. A. diesen Mangel an Kooperationsbereitschaft der preußischen Regierung und stellte Überlegungen darüber an, auf welchem Wege man doch noch in den Besitz der statistischen Daten für das Land Preußen gelangen könne. Jedenfalls geriet die Arbeit an dem Gutachten ins Stocken und mit dem Ausbruch des 1. Weltkrieges trat die Frage nach einem Fortbestand der Todesstrafe in den Hintergrund. Sie wurde auch in der Zeit der Weimarer Republik nicht zu Ende diskutiert. Erst seit dem 24.5.1949 gibt es in der Bundesrepublik Deutschland keine Todesstrafe mehr, weil das Bonner Grundgesetz sie mit dem Ablauf des Tages seines Inkrafttretens für abgeschafft erklärt hat.

12. Das sittliche Empfinden vor Gericht und in der Öffentlichkeit.

In der winterlichen Zeit zu Beginn des Jahres 1913 schrieb in der „Fuldaer Zeitung“ ein Journalist, der politisch dem Zentrum nahestand, einen Artikel über seine Eindrücke, als er Kindern beim Rodeln zuschaute. Dr. A. verlas in der Reichstagssitzung vom 10.2.1913 daraus den folgenden Ausschnitt: „Dem Zuschauer fällt ganz unwillkürlich auf, daß die heranwachsenden Mädchen auf dem Rodler eine für sie unschickliche Sitzart einnehmen, die man den übermütigen Knaben nicht verübelt. Zu rügen ist auch, daß Männlein und Weiblein gemeinsam die fliegenden Rutschpartien unternehmen. Auch der Schein des Anstößigen muß vermieden werden“. Diesen Ausdruck eines sittlichen Empfindens führte der Redner an im Rahmen der Beratung der Frage, ob ein Gericht, das ein Kunstwerk daraufhin zu beurteilen hat, ob es als Kunst sittengerecht ist oder ob es unter den

Begriff „Schmutz und Schund“ fällt, einen Kunstsachverständigen hinzuziehen müsse. Die Vertreter der Zentrumspartei hielten das nicht für erforderlich, weil dies eine Frage sei, die jeder Mensch selbst entscheiden könne. Möglicherweise war diese Einstellung auch von der Tatsache mit beeinflusst worden, daß der Journalist seine Beobachtung in einer Stadt gemacht hatte, die Sitz eines katholischen Bischofs ist. Dr. A. führte zum Inhalt des Artikels aus: „Wenn jemand das gemeinsame Rodeln von Mädchen und Knaben nicht gestatten will, wenn er ein Mädchen bei der Ausübung eines der schönsten Sports nicht anschauen kann, ohne daran sittlichen Anstoß zu nehmen, dann ist etwas faul in unserem Staate!“ Jedenfalls wolle er dem Verfasser dieses Artikels nicht das Urteil darüber anvertrauen, ob ein Kunstwerk sittlich oder unsittlich ist. Es sei aber auch nicht sinnvoll, die sittliche Auffassung eines sogenannten sittlichen Normalmenschen zur Grundlage unserer Rechtsprechung zu machen. Das zeige der Fall des Denkmals einer nackten Frau in Godesberg, gegen dessen Aufstellung in einem Aufruf protestiert wurde, für den 1000 Unterschriften zusammengekommen sein sollen. Dr. A. argumentiert: „Uns fehlt die reine und natürliche Naivität, die die Menschen in früherer Zeit noch besessen hatten gegenüber der gewaltigen Kunst der Renaissance“. Wenn ein Gericht aber einem solchen Aufruf folge, dann komme es leicht in den Geruch der Unkultur und des Mangels an Ästhetik. „Die Kunst kann das Nackte nicht entbehren. Die Schönheit des menschlichen Körpers ist der vornehmste Gegenstand künstlerischen Schaffens. Auch die Literatur kann und darf an den schwerwiegenden sexuellen Fragen nicht irgendwie vorübergehen. Darum komme ich zu dem Ergebnis: Nicht unsere Kunst und nicht unsere Literatur sind im Verfall, sondern unsere Anschauungsweise ist eine ungesunde geworden!“

Paßt diese Aussage nicht haargenau auf einen Fall, der sich erst jüngst im Bereich einer deutschen Hochschule abgespielt hat? Fühlt man sich nicht erinnert an das Schicksal eines ganz besonders ästhetisch schönen Kunstwerks, nämlich eines zierlichen Gedichts, das an der Mauer eines deutschen Hochschulgebäudes stand und dort nur deshalb beseitigt werden mußte, weil in dem Gedicht eine menschliche Empfindung gepriesen wird, die zu den schönsten Eigenschaften gehört, die die Natur den Menschen mitgegeben hat, nämlich das Empfinden, Bewunderer einer Frau zu sein? Für diejenigen, die ein solches Kunstwerk verteufeln, hat Dr. A. die passenden Worte gefunden: „Es sind die Düstermänner, die Finsterlinge und Kunstbanausen, die es nicht über sich gewinnen, ohne Nebengedanken an ein wahres Kunstwerk heranzugehen. Abhilfe kann hier nur dadurch geschaffen werden, daß man die Menschen schon in der Kindheit an edlen Kunstwerken bildet.“

13. Mißhandlung von frisch rekrutierten Soldaten.

In seiner Rede vom 17.4. 1913 schließt Dr. A. sich seinem Vorredner an, der eine ganze Reihe von Fällen vorgetragen hatte, in denen ältere Mannschaften die Rekruten mißhandelt hatten, und zwar mit ungeheurerlicher Brutalität. Dabei hätten sie meist auf indirekte Aufforderung ihrer Vorgesetzten gehandelt. Von solchen Fällen habe er eine ganze Masse, denn er habe ein ganzes Jahr lang sorgfältig

gesammelt. Er forderte, daß eine solche Kameradenschinderei als einzig mögliche Strafe nur die Entlassung ohne Pension nach sich ziehen müsse. Dr. A. nannte diese Ausführungen seines Vorredners ein durch und durch verdienstliches Werk. Er wies zusätzlich darauf hin, daß in vielen Regimentern es gerade die Unteroffiziere seien, bei denen die feige Quälerei der Mannschaften zum Amusement gehöre. Seine Partei werde in jedem derartigen Falle, von dem sie erfahre, mit aller Deutlichkeit ihren Abscheu über ein derartiges Verhalten von Soldaten ausdrücken.

Dem heutigen Leser der vor über 100 Jahren gehaltenen Reden muß es auch hier kalt den Rücken herunterlaufen, denn er muß konstatieren, daß sich gegenüber damals kaum etwas geändert hat. Denn auch heutzutage wird in den Medien immer wieder über derartige abscheuliche Praktiken berichtet. Man versucht sie heute allerdings zu kaschieren, indem man sie als „Aufnahme-Rituale“ bezeichnet. Bei der Beurteilung der heutzutage vorkommenden Fälle von Rekrutenquälerei kommt erschwerend hinzu, daß die Soldaten heute auch in den Normen des Grundgesetzes geschult werden und ihnen deshalb klar ist, daß jeder Mensch seinen Wert und seine Würde hat und in dieser Hinsicht nicht angetastet werden darf. Sollte man also vielleicht auch heute für jeden Täter die unehrenhafte Entlassung ohne Pensionsberechtigung in Erwägung ziehen?

14. Die Stellung der Sozialdemokratie im parlamentarischen System des Kaiserreichs.

In den Zeiten des Kaiserreichs war die SPD eine verrufene Partei. In Politik und Verwaltung, überall stand man zusammen in dem Bestreben, diese Partei in den Augen der Bevölkerung herabzusetzen. Bemerkenswert ist das im Jahre 1889 geschriebene Buch von Friedrich Naumann: „Was tun wir gegen die glaubenslose Sozialdemokratie?“ In Berlin gab es laut Mitteilung von Dr. A. sogar einen Verein mit dem Namen „Reichsverband gegen die Sozialdemokratie“, der im Jahre 1909 ins Vereinsregister eingetragen worden war, obwohl dies gar nicht gesetzlich zulässig war, weil es sich um einen politischen Verein handelte. Die zuständige Behörde erhob gegen die Eintragung keinen Einspruch. Hierzu bemerkt Dr. A.: „Das enthält wiederum eine so angenehme, wohltuende, löbliche Nachsicht gegen die Zwecke dieses ‚unpolitischen‘ Vereins. In die gleiche Kerbe einer Verfemung der SPD schlugen auch die mit ihr konkurrierenden Parteien. Sie bezeichneten den Wahlkampf und die öffentlichen Reden der SPD-Funktionäre als „Agitation“. Dr. Ablaß und seine Freisinnige bzw. Fortschrittliche Partei bildeten da keine Ausnahme. So erklärte Dr. A. in der Sitzung vom 30.1.1904: „Ein Gesetzgebungsorgan betreibt wahrhaft staaterhaltende Politik, wenn es das, was Teile der Bevölkerung, z.B. die Arbeiter, berechtigterweise fordern, bewilligt. Dadurch vermeidet man, der Sozialdemokratie weiteren Stoff zur Agitation zu geben. Eine so begründete Politik wäre auch sozialpolitisch ungemein segensreich“. Warnend fügt er allerdings hinzu: Unter keinen Umständen dürfen Liberale aber auf volkswirtschaftlichem Gebiet das Prinzip des Individualismus verlassen. Denn er allein hat jederzeit zu einem ernsten und richtigen Streben geführt. Deshalb wollen wir

das Gefühl der Eigenverantwortlichkeit und des Vertrauens auf die eigene Kraft aus unserer Partei nicht herausbringen. Das Festhalten am Individualismus hat zwar zur Folge, daß wir der arbeitenden Bevölkerung nicht entfernt so viele Versprechungen machen können, wie es die Sozialdemokratie tut. Aber gerade darum ist unser Programm ganz besonders ehrlich.

Dr. A. versteht aber auch zu differenzieren. Er erkannte stets neidlos an, wenn ein von ihm für richtig gehaltener Gedanke von einem Sozialdemokraten ausgegangen war. So geschehen bei dem im vorigen Abschnitt (Mißhandlung von Rekruten) erwähnten Vorredner von Dr. A.: dieser war nämlich ein Sozialdemokrat.

Seit den Zeiten der Weimarer Republik gehört die SPD zu den wohlangesehenen demokratischen Parteien in Deutschland. Gleich zu Anfang hat sie den Reichspräsidenten gestellt. Und heute stellt sie in der Bundesrepublik Deutschland zum 3. Mal den Bundespräsidenten. Den Weg, den die SPD durchlaufen mußte, ehe sie dieses Ziel erreicht hatte, sind inzwischen zwei weitere Parteien gegangen, wenn auch innerhalb nicht ganz so langer Zeiträume. Bei den Grünen fing dieser Weg mit ihrer Gründung vor rund 40 Jahren an, bei der Linkspartei mit ihren mehrfachen Umbenennungen nach der Wiedervereinigung. Beide Parteien waren anfangs als undemokratisch und nicht ins parlamentarische System der Bundesrepublik passend verschrien. Inzwischen sind sie von ihren Konkurrenten als demokratische Mitbewerber anerkannt und haben beide auch bereits Regierungsverantwortung übernommen, die Linkspartei bisher nur in den Ländern. Wenn man diesen Weg, den die drei genannten Parteien im Laufe ihrer Entwicklung zurückgelegt haben, im Blick behält und sich klarmacht, was inzwischen aus ihnen geworden ist, dann kann man sicherlich auch bei der AfD der weiteren Entwicklung mit einiger Gelassenheit entgegenblicken.

15. Rede zum Jubiläum des Deutschen Handelsgesetzbuchs.

Zu der Zeit, als Deutschland noch ein loser Staatenbund von lauter Einzelstaaten war, wurde in Preußen ein Gesetz erarbeitet, das für die Handelsbeziehungen innerhalb Deutschlands von großer Wichtigkeit war. Es trat am 1.3.1862 in Kraft. 50 Jahre später war es der Jurist Dr. Bruno Ablaß, der sich dieses Ereignisses erinnerte und mit ein paar Wochen Verspätung in seiner Rede vor dem Reichstag am 19.4.1912 das Gesetz würdigte. Aus dieser Rede, die sich inhaltlich auch mit anderen Fragen beschäftigte, wird hier derjenige Teil wiedergegeben, der sich mit dem Jubiläum befaßt:

„Das Jubiläum ist das des Deutschen Handelsgesetzbuchs. Es war in der deutschen Rechtsentwicklung ein Akt von ganz besonderer Bedeutung, als am 1.3.1862 das Deutsche Handelsgesetzbuch für Preußen Gesetzeskraft erlangte. Die Schöpfung dieses Gesetzes war auf juristischem Gebiete der erste Sieg des großen deutschen Einheitsgedankens. Sie wissen, daß der Entwurf des Handelsgesetzbuchs hervorgegangen war aus der Initiative zunächst der württembergischen Regierung, daß dann später dieser Gedanke von der bayerischen Regierung aufgenommen wurde und daß ihm endlich die preußische Regierung zum Siege

verholfen hat. Das war zu einer Zeit, in der es Preußen noch verstand, in Deutschland moralische Eroberungen zu machen, einer Zeit, die leider sehr weit hinter uns liegt. So ist es denn gekommen, daß schon im Jahre 1861 die dritte Lesung dieses bedeutsamen Gesetzes beendet werden konnte. Das alte Handelsgesetzbuch hat nach übereinstimmender Überzeugung aller zu den besten Gesetzbüchern gehört, die überhaupt jemals geschaffen worden sind. Man hat ihm nachgerühmt, daß es scharf und bestimmt, daß es verständlich und übersichtlich sei und daß es dem Rechtsverkehr eine bedeutende Sicherheit verliehen hat.

Meine Herren, warum gehe ich auf diese historische Reminiszenz ein? Das will ich näher begründen. Das Deutsche Handelsgesetzbuch ist niemals ein engherziges Partikularrecht gewesen, sondern es war stets ein Recht von einer eminent universellen Struktur. Deshalb haben an diesem Gesetze auch nicht allein deutsche Rechtsanschauungen mitgearbeitet, sondern die Rechtsanschauungen der gesamten gebildeten Welt, des Romanentums wie des Germanentums. Ich erwähne das deshalb, weil man daraus ersehen kann, daß der Gedanke des Rechts durchaus nicht immer ein ausschließlich nationaler zu sein braucht, sondern daß er auch ein in eminentem Sinne universeller sein kann. Gerade diese Lehre verdanken wir der Geschichte des Deutschen Handelsgesetzbuches, von dem wir weiter wissen, daß es im Wesentlichen Geltung erlangt hat auch in Österreich-Ungarn, in der Schweiz und endlich auch in Japan“.

16. Lektüre zum Thema „Das 3. Geschlecht“.

Vermutlich hat es vor kurzem ein Jubiläum ganz anderer Art gegeben, ohne daß es jemand überhaupt gemerkt hat. Dr. A. hat nämlich in seiner Rede vom 21.2.1911 mitgeteilt, daß unter den Schülern des Pädagogiums einer Stadt am Rhein ein Buch kursieren soll, dessen Titel lautet: „Das 3. Geschlecht“. Wenn heute die Richter eines obersten Bundesgerichts festgestellt haben, daß beim Menschen neben den beiden üblichen Geschlechtern noch ein drittes Geschlecht vorkommt, ist es dann vielleicht nicht ganz ausgeschlossen, daß diese Feststellung die Wiederentdeckung einer biologischen Erscheinung sein könnte, auf die bereits vor reichlich hundert Jahren ein Buchautor gestoßen war?

17. Bruno Ablaß als Fremdenführer im Reichstagsgebäude.

Kaum jemand weiß, daß der Abgeordnete Dr. Ablaß sich (zumindest einmal) auch als Fremdenführer im Reichstagsgebäude betätigt hat. Derjenige, den er führte, war allerdings für Ablaß mit Sicherheit kein Fremder. Es war nämlich ein in Schlesien und weit über Schlesiens Grenzen hinaus bekannter Schriftsteller namens Paul Keller, der Verfasser so bekannter Romane wie „Waldwinter“, „Ferien vom Ich“, „Das letzte Märchen“, „Die Heimat“, „Die Insel der Einsamen“ und „Der Sohn der Hagar“. Um zu einer Reichstagssitzung als Zuhörer zugelassen zu werden, mußte man eine Eintrittskarte beantragen. Von einem entsprechenden Antrag Paul Kellers wußte Dr. A., denn er teilte ihm telegrafisch mit, daß Keller die Eintrittskarte für die nächsten Sitzungen bekommt. Nach der ersten von ihm

besuchten Sitzung berichtete Keller in einem Brief an die Mutter seiner Kinder. Da der Inhalt dieses Briefes auch politisch interessant ist, wird er aus dem Buch „Sein zweites Leben“ am Ende dieses Abschnitts wiedergegeben.

Was mag Bruno Ablaß bei dieser Führung wohl gespürt haben? Für ihn war es ja nicht irgend ein berühmter Schriftsteller, den er führen durfte, sondern für ihn als Schlesier war es der Schlesier in Paul Keller, dem er in heimatlicher Verbundenheit zugetan war. Denn neben all‘ den guten Eigenschaften, die an anderen Stellen dieses Buches bereits hervorgehoben worden sind, war Bruno Ablaß auch Schlesier, und zwar von ganzer Seele, von ganzem Herzen und von ganzem Gemüt. Und für Paul Keller war diese Führung nicht so sehr eine seiner Berühmtheit geschuldete Ehre, sondern vielmehr der Ausdruck herzlicher Verbundenheit unter Schlesiern. Für wen sonst hätte sich wohl ein Abgeordneter die Mühe gemacht, einen Besucher durch sämtliche Räume des Gebäudes zu führen und dabei auch die vielen Nebenräume, Hinterstübchen und sogar die verborgensten Winkel nicht auszulassen? Eine solche Führung ist ein Beispiel dafür, wie Schlesier einander begegnen und wie einer für den anderen auch Dinge möglich macht, die eigentlich unmöglich sind.

Russischer Hof, Berlin, den 11. VII. 17.

Liebes Herzel !

Bis jetzt ist nichts los. Einmal war ich allerdings im Reichstag, aber es war eine der gewöhnlichen Sitzungen. Interessant war nur, daß mich der Abgeordnete Dr. A. durch alle Räume des riesigen Reichstagsgebäudes führte. Ein herrlicher Bau! Sonnabend erst wird die große Sitzung erwartet. Eine Karte für mich ist beantragt. Es ist natürlich ein Riesenansturm. Die Sache wird so, daß der Verzichtfriede angenommen wird, d. h., daß wir nichts bekommen, aber auch nichts herausgeben wollen. Glückliche bin ich darüber nicht. Sonnabend bald nach der Sitzung reise ich nach Rheinland.

Ich hoffe, ihr seid alle gesund! Herzlichen Gruß!

Euer Pappi.

(Paul Keller)

18. Würdigung der Abgeordnetentätigkeit im Reichstag.

Das Kapitel, das Bruno Ablaß in seiner Tätigkeit als Mitglied des Deutschen Reichstages betrifft, ist mit Bedacht ausführlicher gehalten als die übrigen Kapitel dieses Buches. Denn einerseits trägt diese Ausführlichkeit dazu bei, daß der Leser hier Einblicke in die Lebenswirklichkeit vor hundert und mehr Jahren bekommt; er erfährt manches darüber, wie die Menschen damals ihr Leben gestalteten, wie ihr Verhältnis zur damaligen Obrigkeit aussah, was verboten war und was nicht und welche Probleme sich aus dem Zusammenleben von Menschen ergaben. Vieles

war damals noch im Fluß, denn man lebte in einem Staat, der noch nicht viel länger als 30 Jahre bestand. Will man einen Vergleich anstellen mit dem Zeitpunkt, als die Bundesrepublik Deutschland dieses Alter hatte, so muß man sich in den Zeitraum zurückversetzen, in welchem Helmut Schmidt Bundeskanzler war. Die wichtigsten Aussagen aus den Reden sind es wert, den heute lebenden Menschen zugänglich gemacht zu werden, denn in ihnen steckt viel kostbares Erfahrungswissen, aus dem sie Lehren für die Gestaltung ihrer eigenen Zukunft ziehen können.

Zum anderen ermöglicht erst diese nicht ganz geringfügige Auswahl aus einer Fülle von Debattenbeiträgen des Dr. Ablaß, dem Leser einen Eindruck von der Persönlichkeit zu verschaffen, der anschaulich und umfassend ist, wie ihn nur die Worte vermitteln können, mit denen diese Persönlichkeit sich über ihre Gedanken und Überlegungen, Anregungen und Vorschläge vor einer interessierten Öffentlichkeit selbst geäußert hat. Das trifft gerade auf Reden in einem Parlament zu, wo so ungefähr alle Fragen und Probleme erörtert werden, die eine Volksgemeinschaft beschäftigen. Alles, was Dr. A. vor dem Plenum des Reichstages ausgetrieben hat, war getragen von dem Bestreben, für die aktuellen Probleme Lösungen zu finden, die sowohl menschengerecht als auch praktikabel sind. Er war nicht so sehr auf rasche Lösungen nur für den Augenblick bedacht, sondern er suchte in der Regel nach Wegen, die auch in einiger Zukunft noch gangbar sein würden. So erklärt es sich, daß Vieles, was er damals bedacht und zur Debatte gestellt hatte, noch nach Jahrzehnten Gültigkeit besaß und so aktuell war, daß es dann schließlich in die Tat umgesetzt werden konnte.

Dr. A. erhielt an vielen Stellen seiner Reden zustimmende Zwischenrufe oder auch Heiterkeitsbekundungen. Das sind Belege dafür, daß sich seine damaligen Zuhörer auch bei längeren Reden keineswegs gelangweilt fühlten, sondern aufmerksam zuhörten und mitdachten. Als doch einmal die Überlänge einer Rede von einem Abgeordneten-Kollegen in einem Zwischenruf bemängelt wurde, quittierte Dr. A. dies mit den Worten: „Wenn es Ihnen zu lange dauert, dann unterbrechen Sie mich nicht, sonst dauert es noch länger“.

Dr. A. verstand es, seine Zuhörer zu fesseln, indem er den Gegenstand seiner Ausführungen zwar mit ernsten Worten darstellte, zwischendurch aber auch hin und wieder eine humorvolle, gelegentlich sogar eine sarkastische Bemerkung einfließen ließ. Auch standen ihm eine Reihe von Redensarten in lateinischer Sprache zur Verfügung, durch die er in seine Reden eine besondere sprachliche Note hineinbrachte und mit denen er verstanden wurde, weil Latein damals beim Bildungsbürgertum zum Allgemeingut gehörte, z.B. diese:

| | |
|----------------------------------|--|
| audiatur et altera pars | auch die Gegenpartei muß angehört werden |
| in extenso | in ausgedehnter Form, in vollem Umfange |
| prima facie | nach erstem Anschein |
| pro domo | zum eigenen Nutzen |
| pro et contra | das Für und Wider |
| suaviter in modo, fortiter in re | gemäßigt im Ton, aber hart in der Sache. |

Wer heute seine Reden liest, dem fällt es als besonders angenehm auf, mit welcher Vorsicht und Behutsamkeit er sich ausdrückte, wenn es darum ging, einen anderen Menschen zurechtzuweisen oder zu kritisieren. Einige solcher Formulierungen seien hier wie folgt mitgeteilt:

Ich würde es nicht für wünschenswert halten, wenn der Herr Minister (die und die) Anordnung träfe.

Das Verfahren leidet an dem Mangel, daß es keine gesetzliche Grundlage hat.

Die Logik, die von der Gegenseite hier vorgetragen worden ist, hat zur Bekämpfung unseres Standpunktes nicht vollständig ausgereicht.

Ich glaube, der Vorwurf der Leichtfertigkeit wird sich hier nicht vermeiden lassen.

Das Taktgefühl ist eine Eigenschaft, die man bei einer hochstehenden Persönlichkeit nicht ganz entbehren kann.

Wer sich über scharfe und unsachliche Kritik beklagt, von dem muß man verlangen, daß er nicht in denselben Fehler verfällt.

Was ich da soeben gehört habe, ist eine in allerhöchstem Maße unangemessene Bemerkung, die ich mit aller Entschiedenheit zurückweise.

Die Vertreter des von mir kritisierten Standpunktes sollten erkennen: Hier muß Abhilfe geschaffen werden.

Herr Kollege, welche Beschlüsse wir fassen wollen, das haben Sie wohl die Liebenswürdigkeit, unserer Entscheidung zu überlassen.

Wenn Sie ein unlauteres Verhalten bekämpfen wollen, tun Sie das am besten dadurch, daß auch Sie auf die Anwendung eines solchen Verhaltens verzichten.

Ich weise darauf hin, daß die Regierung mit ihrer Beurteilung in einem Gegensatz zu den Anschauungen des Reichstags steht.

Ich komme zu dem Ergebnis, daß die genannten Ausführungen des Herrn Staatssekretärs mit einem nicht gerade schönen, aber doch treffenden und deshalb sogar vom Reichsgericht häufig gebrauchten Ausdruck als „abwegig“ zu bezeichnen sind.

Der Herr (es folgt die Amtsbezeichnung) hat sich bemüht, mich persönlich anzugreifen. Ob das gerade in dieser Situation angesichts des Ernstes der Lage und der Feierlichkeit des Augenblicks sehr glücklich und taktvoll war, lasse ich dahingestellt.

In einem Gerichtsverfahren hatte die Staatsanwaltschaft eine bestimmte Rechtslage angenommen. Hierzu Dr. A.: Das Gericht hat freilich der abweichenden Überzeugung Ausdruck verliehen, daß alle diese Annahmen durch und durch verkehrt seien.

Ich möchte diesen Zeitungsartikel als eine Entgleisung behandeln.

Ich mache darauf aufmerksam, daß er sich mir gegenüber einer Anzahl tatsächlicher Unrichtigkeiten schuldig gemacht hat, die er hätte vermeiden können, wenn er sich genauer informiert hätte.

Ich kann dieser Persönlichkeit nicht gerade die Fähigkeit zusprechen, darüber ein zutreffendes Urteil zu fällen.

Wir verhandeln hier vor der breitesten Öffentlichkeit, und Schimpfworte, wie sie in diesem Urteil wiedergegeben sind, sind von solch niedriger Art, daß es mir widerstrebt, sie von der Tribüne des Reichstags aus zu verlesen.

Es ist in diesem Hohen Hause bisher nicht üblich, einem politischen Gegner Gründe für seine Handlung zu unterstellen, zu denen er selbst sich nicht bekannt hat.

Fazit: An der hier vorgestellten Art, sich bei Rügen einer besonders vornehmen Ausdrucksweise zu befleißigen, wie sie damals üblich war, zeigt sich eine gepflegte Sprachkultur, die heute leider weitgehend verlorengegangen ist.

19. Anmerkung zu Abschnitt 7 dieses Kapitels.

Nach Erhalt eines Hinweises, daß in Abschnitt 7 dieses Kapitels eine Passage erläuterungsbedürftig sei, will ich hier folgendes anmerken:

Die in Abschnitt 7 geschilderten Fälle hat Dr. A. in einer Rede vor dem Reichstag am 15. Dezember 1905 behandelt. Sie hatten sich sämtlich in deutschen Schutzgebieten abgespielt, nämlich auf den Marschallinseln, in Kamerun und in Togo. Beschuldigt wurde jeweils der leitende Kolonialbeamte, ob dessen Amtsbezeichnung nun „Landeshauptmann“ oder „Gouverneur“ lautete. Sie alle hatten sich an Eingeborenen vergriffen; ihr Handeln war Unrecht und hätte entsprechend geahndet werden müssen. Nach dieser Feststellung sprach Dr. A. den Satz aus, in welchem der Ausdruck „die Greuelthaten der Herero“ vorkam. Der Zusammenhang, in dem dieser Ausdruck fiel, läßt klar erkennen: Hier ging es dem Redner nicht um die Frage, ob es die Greuelthaten der Herero gegeben hat oder nicht. Zu einer solchen Frage bestand damals keine Veranlassung, denn sowohl unter den Deutschen in Südwest-Afrika als auch in Regierungskreisen im Mutterland war es eine bekannte Tatsache, daß die Herero gegen die in ihre Hände gefallenen Europäer „mit ausgesuchter Grausamkeit“ vorgegangen sind (Abschneiden der Ohren, Herausschneiden der Zunge und andere Abscheulichkeiten). Viele der deutschen Siedler waren Augenzeugen gewesen und einige von ihnen haben darüber sogar Tagebuchaufzeichnungen hinterlassen. Und seit einer berühmten Reichstagsrede eines noch berühmteren Sozialdemokraten, nämlich des Abgeordneten August Bebel, vom 17. März 1904 war diese Handlungsweise der genannten afrikanischen Volksgruppe auch in Berlin in aller Munde.

Dr. A. verfolgte an der betr. Stelle seiner Rede erkennbar einen anderen Zweck. Er beanstandete nämlich, daß man sich in der Kolonialverwaltung in Berlin einerseits über die Greuelthaten der Herero empört, andererseits aber nichts dagegen unternimmt, daß einige Beamte in den Kolonien an den Einheimischen menschenunwürdige und verbotene Strafen vollziehen oder vollziehen lassen. Sinngemäß verlangte er also, im Reichskolonialamt müsse streng darauf geachtet werden, daß in den Schutzgebieten gegen straffällig gewordene Eingeborene keine verbotenen oder grausamen Strafen verhängt werden. Nur wer nicht selbst Grausamkeiten begeht oder ihre Begehung duldet, hat das moralische Recht, sich über grausames Verhalten anderer Menschen zu empören.

Um bei den Lesern keine falsche Vorstellung aufkommen zu lassen, muß betont werden, daß nicht nur die Greuelthaten, sondern auch die unzulässigen Züchtigungsmaßnahmen in keinen zeitlichen und erst recht in keinem sachlichen Zusammenhang mit den Vorgängen stehen, die heutzutage im Rahmen der Völkermord-These diskutiert werden.

Kapitel 7a. Am Grabe von Wilhelm Wander spricht Dr. Ablaß mahnende Worte

Der 27. Dezember 1903 war für Hirschberg ein prachtvoller Wintertag. Eine frische blendende Schneedecke war über das schöne Tal gebreitet, und bei klarem Himmel grüßten von weitem in kalter, stolzer Majestät die Riesen des Kammes.

Mit diesen Worten beginnt der Bericht über eine Feier, zu der der Provinzial-Lehrerverein Schlesien auf den Hirschberger Kommunalfriedhof gebeten hatte. Anlaß war die 100ste Wiederkehr des Geburtstages des Schulmannes Carl Friedrich Wilhelm Wander. Geboren am 27. Dezember 1803 in Fischbach Kreis Hirschberg und aus bescheidenen sozialen Verhältnissen stammend, hatte er sich nach kurzer Ausbildungszeit als Tischlerlehrling in einer pädagogischen Ausbildung über die Stellung eines Vertretungslehrers und eines Hilfslehrers schließlich zum Volksschullehrer emporgearbeitet. 22 Jahre lang war er Deutschlehrer an der Stadtschule in Hirschberg. Wegen seiner liberalen Einstellung war er nicht auf die Dauer als Lehrer geduldet. Nach dem Scheitern der Revolution von 1848 mußte er diese Stellung im Jahre 1849 aufgeben. Er war von da an freiberuflich tätig. Einen großen Teil seiner Zeit widmete er nun der Arbeit an der Erstellung eines Deutschen Sprichwörter-Lexikons, mit der er bereits 1831 begonnen hatte. Das Ergebnis war ein 5-bändiges Werk, dessen einzelne Bände ab 1867 in größeren zeitlichen Abständen erschienen, der letzte Band erst 1880 posthum. Durch unermüdliches Sammeln im Laufe von beinahe 50 Lebensjahren waren 250 000 Sprichwörter zusammengekommen. Natürlich kannte er auch das 1846 erschienene Buch „Die deutschen Sprichwörter“ seines Zeitgenossen Karl Simrock (1802–1876). Es war einer von 58 Bänden der Sammlung „Die deutschen Volksbücher“. Die Anzahl der darin enthaltenen nicht ganz 12 400 Sprichwörter nimmt sich gegenüber dem Werk von Wander bescheiden aus; jedenfalls übernahm Wander in dem Bestreben, möglichst viele deutsche Sprichwörter zu erfassen, in sein Sprichwörter-Lexikon den kompletten Inhalt des Sprichwörter-Bandes von Simrock. Dennoch steckte auch in diesem Teil des Lexikons eine gehörige Menge eigener Arbeit von Wilhelm Wander, denn während Simrock die einzelnen Sprichworttexte kommentarlos aneinander gereiht hatte, schrieb Wander zu jedem Sprichwort Erläuterungen oder Anmerkungen und setzte Fassungen mit abweichendem Wortlaut, mundartliche Fassungen und entsprechende Sprichwörter aus anderen Sprachen hinzu. Außerdem nahm er Sonderformen wie Bauernregeln oder Spruchgedichte in sein Werk auf. Auch ließ er derbe oder vulgär ausgedrückte Texte nicht aus.

Dem Ruf, sich am 27.12.1903 am Grabe von Wilhelm Wander zu einer Gedenkfeier zu treffen, war eine große Anzahl von Menschen aus den verschiedensten Teilen des Reiches gefolgt; eine stattliche Festgemeinde war es, die sich an jenem Dezembertag eingefunden hatte an dem ein paar Stufen erhöht liegenden Grabe, das von Lebensbäumen stimmungsvoll umrahmt war. Die Feier begann mit einem weihevollen Gesang des Hirschberger Lehrervereins-Chores. In einer

Rede beschwor der Vorsitzende des einladenden Vereins den eigenartigen Zauber, den der Name „Wilhelm Wander“ bis heute auf die Menschen ausübt; der Name des Mannes, der vor genau 100 Jahren in Fischbach Kreis Hirschberg zur Welt gekommen und am 4. Juni 1879 in Quirl Kreis Hirschberg gestorben war und der an dieser Stätte seine letzte Ruhe gefunden hat. Der Gedanke an ihn - so die Mahnung des Redners – solle allen Vereinsmitgliedern als Warnruf gelten, eine etwa auftretende Zwietracht so rasch wie möglich zu beenden. Und wenn feindliche Kräfte uns hindern wollen, unsere Ziele zu erreichen, dann solle von seinem Namen eine Kraft ausgehen, die uns mahnt, so lange stark zu bleiben, bis die Verheißungen sich erfüllen, auf die wir hoffen. In diesem Sinne möge jeder Anwesende einen frischen Mut und wahre Herzensfreudigkeit von dieser Stätte mit heimnehmen. Ein jeder lege still bei sich das Gelübde unbeugsamer Treue ab!

Bei dieser Feier anwesend war auch der Hirschberger Rechtsanwalt Dr. Ablaß, seit wenigen Wochen Abgeordneter im Deutschen Reichstag. Er stand dem Verstorbenen politisch nahe. Als Vertreter des Hirschberger Wahlvereins der Freisinnigen Volkspartei sprach er die folgenden kurzen, aber inhaltsschweren Worte:

„Mächtig grüßen herab unsere freien Riesenberge in unser freies Hirschberger Tal. Einer der edelsten Apostel der Freiheit war er, um dessen Grab wir uns heute scharen. Er war uns ein Vorbild im Kampfe für des Volkes Rechte und Freiheiten. Deshalb wollen wir hier das Gelöbnis erneuern, daß wir seinen Spuren nachfolgen wollen und wirken in seinem Geiste, wie er für uns gewirkt hat.

Treue um Treue!“

Was es mit diesen Worten, die in der heutigen Zeit doch recht geheimnisvoll wirken, auf sich hatte, dazu finden wir so etwas wie eine Erklärung in dem Buch von Hans Jessen „Hirschberg – Loblied der Zeitgenossen“ unter der Zwischenüberschrift „Die Volksschule als Staatsanstalt“: Wander verfolgte das „Ziel, die Schule zu einer Bildungsstätte des Volkes zu machen, die Lehrer mit frischem Geiste zu erfüllen und die Schüler zu vorwärts drängenden Menschen heranzubilden“. Zu diesem Zweck schrieb er Broschüren über Broschüren, arbeitete an mehreren Zeitungen und Zeitschriften mit und gründete selbst 3 Zeitschriften. Insgesamt leistete er neben seiner beruflichen und seiner wissenschaftlichen eine rastlose politische Arbeit. Die Behörden aber betrachteten solche Aktivitäten mit scheelen Augen und gaben ihm den Beinamen „der rote Wander“. Und als die Errungenschaften der Revolution von 1848 sich im folgenden Jahr in ihr Gegenteil verkehrten, entließ man ihn aus dem Schuldienst.

Solche oder ähnliche Vorkommnisse meinte der Erstredner, als er von „feindlichen Kräften“ sprach. Diese konnten aber den ausgeschiedenen Lehrer nicht davon abbringen, seine wissenschaftlichen und auch seine politischen Ziele bis ins hohe Alter weiterzuverfolgen. Diese Einstellung war es, die noch 24 Jahre nach seinem Tode einen solchen Zauber auf die Hirschberger ausübte, daß sie sich ermuntert fühlten, sich diesen Mann als Vorbild zu nehmen und ihm nachzueifern.

Noch deutlicher liest man es in dem großen Hirschberg-Buch von Alfred Höhne in dem Kapitel „Stadt der Schulen“: Wilhelm Wander, ein Lehrer, der an der 1827 eingeweihten großen Schulanstalt in den Hinterhäusern auf der Priesterstraße unterrichtete, war ein glühender Vorkämpfer für Bürgerfreiheit. Durch flammende Reden, die er im Gasthaus „Kronprinz“ hielt, machte er viel Aufsehen und wurde sogar wegen Verdachts der Aufwiegelei für einige Tage gefangengesetzt. Durch seine Begeisterung für mehr bürgerliche Freiheit hat er auch den Zorn König Friedrich Wilhelms IV. auf die Stadt Hirschberg mit hervorgerufen. Dennoch hat eine spätere Zeit, um sein Andenken zu ehren, eine Straße am Fischerberg und die 1903/04 errichtete evangelische Volksschule II an der Schützenstraße nach ihm benannt.

Kapitel 7b. Aufruf zur Verbreitung pazifistischen Gedankenguts

In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts mußte man in deutschen Tageszeitungen immer öfter Artikel lesen, in denen gegen andere Völker gehetzt wurde. Diese Entwicklung machte Menschen mit Weitblick zunehmend Sorgen. Sie suchten deshalb nach Wegen, wie man eine Annäherung der Völker fördern und pazifistisches Gedankengut in Deutschland verbreiten könnte. Ein „Verband für internationale Verständigung“ wurde ins Leben gerufen. In Deutschland aber begegnete man solchen überstaatlichen Organisationen vielfach mit Mißtrauen. Zwar strebten die Anhänger der Friedensbewegung an, durch Veröffentlichungen in Tageszeitungen solches Mißtrauen zu zerstreuen, aber ihnen wurde meist kein Raum für entsprechende Aufklärung gegeben. Deshalb erwogen sie, eine eigene pazifistische Tageszeitung herauszugeben. Aus Kostengründen wurde dieser Weg aber rasch verworfen.

In dieser Situation wurde man auf die pazifistische Monatsschrift „Friedens-Warte“ aufmerksam. Herausgeber war ein Herr Alfred Fried aus Wien. Einer von vielen Menschen, denen es in Deutschland am Herzen lag, daß sich die Völker einander annäherten, war der Gerichtsreferendar Dr. Hans Wehberg aus Düsseldorf. Er entwickelte die folgende Idee: Er wollte zu einer Sammlung aufrufen, die es ermöglicht, die Friedens-Warte mehrere Jahre hindurch in Deutschland und Österreich kostenlos in öffentlichen Lesehallen und Büchereien von Universitäten und Hochschulen auszulegen, wo viele, vor allem gebildete, Menschen sie lesen und sich dadurch mit dem Gedanken der Völkerverständigung vertraut machen können. Dr. Wehberg suchte und fand gleichgesinnte Persönlichkeiten, hauptsächlich Professoren, Parlamentsabgeordnete, Rechtsanwälte und Ärzte aus ganz Deutschland und sogar aus Österreich, die in großer Zahl den von ihm verfaßten Aufruf unterzeichneten. Unter ihnen stand an 1. Stelle der Rechtsanwalt und Notar Dr. jur. Bruno Ablaß aus Hirschberg in Schlesien, Mitglied des Deutsches Reichstages.

Ob dieser Aufruf so viel Geld erbracht hat, daß davon die „Friedens-Warte“ Monat für Monat entsprechend ausgelegt werden konnte, darüber ist nichts überliefert.

Kapitel 8. Freundschaft mit dem Dichter Gerhart Hauptmann

Vorwort

Wer war Gerhart Hauptmann? Diese Frage zu stellen und zu beantworten, rechnet sich im 3. Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts deshalb, weil heutzutage die Werke dieses Dichters in Deutschland so gut wie nicht mehr gelesen geschweige denn auf die Bühne gebracht werden. Die meisten Menschen der jüngeren Generation kommen deshalb mit dem Namen Gerhart Hauptmann nicht mehr in Berührung. Allerdings teilt Hauptmann das Schicksal, vergessen zu werden, mit anderen bekannten und berühmten deutschen Dichtern und Dramatikern wie Goethe, Schiller, Lessing und Kleist, mit deren Dichtungen sich das umfangreiche Werk Hauptmanns durchaus messen lassen kann.

Bei Hauptmann kommt allerdings noch ein zweiter Grund hinzu, der seit einigen Jahrzehnten den Zugang zu seinen Werken erschwert: Gerhart Hauptmann war Schlesier, geboren in einem Vorort der niederschlesischen Industriestadt Waldenburg und von seinem 39. Lebensjahr an ständig wohnhaft gewesen in dem kleinen idyllisch gelegenen Riesengebirgsort Agnetendorf. Er beherrschte von Kindheit an die niederschlesische Mundart und schrieb deshalb eine ganze Reihe seiner Bühnenstücke in dieser Mundart. Dieses gesprochene Schlesisch ist im Aussterben begriffen, weil der größte Teil des Gebietes, in dem es heimisch war, heute nicht mehr zu Deutschland gehört. Die von dort vertriebenen Deutschen, die mit dieser Mundart als ihrer zweiten Muttersprache aufgewachsen waren, leben zum größten Teil nicht mehr; es gibt also heute kaum noch Menschen, die diese Sprache verstehen. Und welcher Mensch, selbst wenn er literarisch interessiert ist, macht sich schon die Mühe, sich in eine Sprache einzulesen, die ihm nirgends nützlich ist, nicht einmal auf einer Auslandsreise?

Zu Lebzeiten von Bruno Ablaß aber kannte so gut wie jeder Schlesier den Namen Gerhart Hauptmann und viele seiner Werke. Bis zum Jahre 1908 waren von ihm bereits 20 Bühnenstücke erschienen und uraufgeführt, darunter die folgenden, die zusammen mit der Novelle „Bahnwärter Thiel“ als seine bekanntesten Werke gelten:

| | |
|----------------------|-----------------------|
| Vor Sonnenaufgang | Die versunkene Glocke |
| Einsame Menschen | Fuhrmann Henschel |
| Die Weber | Schluck und Jau |
| Der Biberpelz | Michael Kramer |
| Hanneles Himmelfahrt | Rose Bernd |
| Florian Geyer | Und Pippa tanzt |

Und Ablaß war Zeitgenosse von Hauptmann; dieser wurde knapp 4 Jahre vor Ablaß geboren und starb knapp 4 Jahre nach Ablaß. Beide starben aus Gram über verbrecherisches Verhalten, das Deutschland angetan wurde und das sie miterleben mußten; Bruno Ablaß zermartete sich innerlich wegen des Krieges und der Schandtaten des Naziregimes, Gerhart Hauptmann wegen der Bombenangriffe auf Dresden mit der Zerstörung unersetzlicher Kulturschätze. Die Väter beider

Männer hießen mit Vornamen „Robert“. Und sie hatten beide ihren Lebensmittelpunkt innerhalb desselben Kreises, des Kreises Hirschberg im Riesengebirge; ihre Wohnungen lagen 13 km Luftlinie voneinander entfernt. Umso erstaunlicher ist es, daß ihre persönliche Bekanntschaft erst begann, als Hauptmann 46 Jahre und Ablaß 42 Jahre alt waren. Jedenfalls verstanden sie sich gut, denn sie hatten auf literarisch-kulturellem Gebiet ähnliche Interessen und politisch traten beide mit voller Überzeugung für die republikanische Staatsform ein.

Wie diese denkwürdige Bekanntschaft zustande kam und wie sie bald zu einer unverbrüchlichen Freundschaft wurde, ist im Folgenden zu lesen.

Wie kam die Freundschaft mit Gerhart Hauptmann zustande?

Gerhart Hauptmann und Bruno Ablaß lernten sich im Sommer 1908 durch einen Schwurgerichtsprozeß kennen, an dem beide teilnahmen: Hauptmann als Geschworener auf der Richterbank, Ablaß als Verteidiger des wegen Brandstiftung Angeklagten. Während der Prozeß lief und die Beweisaufnahme noch nicht abgeschlossen war, äußerte Hauptmann in öffentlicher Sitzung seine Meinung darüber, wie der Prozeß zu entscheiden sein werde, nämlich mit einem Freispruch. Daraufhin lehnte der Staatsanwalt ihn wegen Befangenheit ab, und zwar nicht bloß für diesen Prozeß, sondern auch für jede künftige Tätigkeit als Geschworener; damit erklärte er ihn als grundsätzlich ungeeignet für die Ausübung des Richteramtes. Gerhart Hauptmann erblickte darin eine unverdiente Kränkung. So begab er sich wenige Tage später, am 20. Juni 1908, nach Hirschberg, um mit demjenigen Prozeßbeteiligten, zu dem er Vertrauen hatte, nämlich mit dem Verteidiger Dr. Ablaß, über die rechtliche Seite einer solchen Ablehnung zu sprechen. Er wollte erfahren, warum ihm als geistig hochstehendem Menschen verwehrt war, was der Verteidiger tun durfte und sogar tun mußte, nämlich vor der Prozeßöffentlichkeit Argumente für einen Freispruch vorzutragen. Er traf aber nur Frau Ablaß an. Ihr trug er sein Anliegen kurz vor. Sie erzählte ihrem Mann nach dessen Heimkehr von Hauptmanns Besuch und seinem Anliegen. Daraufhin schrieb Dr. A. am folgenden Tag an Hauptmann einen längeren Brief. Darin unterrichtete er ihn über die näheren Voraussetzungen einer Richterablehnung, fügte aber hinzu, eine Ablehnung dürfe nicht ausschließlich damit begründet werden, daß ein Geschworener seines Amtes zwar „mit Pflichttreue“, aber in einem Sinne gewaltet hat, der einem Prozeßbeteiligten nicht gefiel; schon gar nicht dürfe ein solcher Grund dafür herhalten, den Abgelehnten als ständig zum Richteramt ungeeignet hinzustellen. Allerdings sei bei Kritik daran, wie andere Prozeßbeteiligte die Rechtslage beurteilen, eine gewisse Vorsicht geboten. Scherzhaft fügte er hinzu: „Sollte übrigens der Dichter des Biberpelzes wirklich erstaunt sein über das, was dem Geschworenen Gerhard (damals von Dr. A. noch fälschlich am Ende mit „d“ geschrieben) Hauptmann zugestoßen ist?“ Er bot seinen Gegenbesuch an und wurde mit seiner Gattin zum 23.6.1908, einem Sonntag, auf den „Wiesenstein“ eingeladen. Dort entspann sich zwischen den Gastgebern und den Gästen ein lebhaftes

und anregendes Gespräch. Dabei wurde sogar bereits vereinbart, daß Frau Margarete Hauptmann, von Beruf Violinistin, zusammen mit zwei anderen Solisten im Rahmen des Vereins der Musikfreunde in Hirschberg an einem Mittwoch im Oktober ein Konzert gibt. Frau Hauptmann gelang es, dafür im neuen Theatergebäude den großen Saal zur Verfügung gestellt zu bekommen, was sie mit erkennbar großer Freude am Rande eines Briefes von Dr. A. vermerkt hat.

Nach dieser ersten Zusammenkunft der Familien Hauptmann und Ablaß äußerte sich Dr. A. gegenüber seiner Gattin, daß er von dem intuitiven psychologischen Blick Gerhart Hauptmanns tief beeindruckt sei. Der Dichter habe die Frage nach Schuld oder Unschuld des Angeklagten mit der gleichen unbeirrbaren Klarheit beurteilt, mit der er die Gestalten in seinen Dramen darzustellen pflegte, nämlich nicht mit verstandesmäßigen Überlegungen, sondern mit der genialen Schau des großen Dichters.

Mit dem Gespräch auf dem Wiesenstein begann eine langjährige Freundschaft zwischen beiden, die bis zum Tode von Bruno Ablaß andauerte. Wie sich diese Freundschaft im Einzelnen gestaltete, darüber hat nach dem Tode beider Männer Brunos Witwe Aufzeichnungen hinterlassen, die als Ergänzung dieses Kapitels hier abgedruckt werden.

Was die Aufzeichnungen nicht erkennen lassen, ist der Umstand, daß die beiden Herren auch einen regen Briefwechsel miteinander geführt haben, von dem einige Briefe alltägliche Dinge wie gegenseitige Einladungen betrafen, andere dagegen den Austausch über bedeutsame Fragen, die beiden wichtig waren, enthielten. Stets waren diese Briefe mit ausgesuchter Höflichkeit, ja Ehrerbietung, formuliert. Überhaupt begegnete man sich bis zum Schluß mit gegenseitiger Hochachtung, und niemals glitt diese Freundschaft ab in ein vertrauliches „Du“.

Die meisten dieser Briefe schrieb Dr. A. handschriftlich. Ausnahmen bildeten Briefe, mit denen er eine besondere Form wahren wollte, sie wurden mit der Schreibmaschine auf Papier mit gedrucktem Briefkopf geschrieben. So z.B. der Brief vom 15. August 1919, in welchem es u. a. heißt:

„Sehr geehrter Herr Hauptmann!

Ich schreibe ein kleines Werk über die Verfassung des Deutschen Reiches. Würden Sie mir gestatten, daß ich es Ihnen widme und die Widmung darin vermerke? Sie würden mir durch Ihre gütige Zusage eine große Ehre und Freude bereiten.“

Offensichtlich hat Gerhart Hauptmann sich zustimmend geäußert, denn tatsächlich trägt die im Kleinformat erschienene Broschüre mit dem Titel „Des Deutschen Reiches Verfassung“ und dem Untertitel „Ein Handbuch für das deutsche Volk“ auf Seite 1 den folgenden Vermerk:

„Dem Dichter Gerhart Hauptmann in Verehrung gewidmet.“

Mit dieser Widmung revanchierte sich Dr. A. dafür, daß ihm der Dichter sein am 14. Juni 1912 uraufgeführtes Drama „Gabriel Schillings Flucht“ im Sommer 1912 gewidmet hatte.

Um dem Leser einen Eindruck von der sprachlichen Formulierungskunst des Dr. A. zu verschaffen, werden mehrere seiner Briefe von der Korrespondenz mit Gerh. Hauptm. hier wiedergegeben, zum einen in Abschrift, zum anderen für den, der an Autografen interessiert ist und noch Sütterlinschrift lesen kann, als Kopie der handschriftlichen Originale.¹

Erläuterung zu dem Namen „Wislicenus“, erwähnt im Brief vom 27.4.1919:

Es handelt sich um Prof. Max. W., in der Malerei tätiger Künstler und Prof. der königl. Kunst- und Gewerbe-Akademie in Breslau und im Jahre 1908 Gründungsmitglied des „Künstlerbundes Schlesien“ (* 1861 in Weimar, † 1957). Sein Grab befindet sich auf dem Kirchfriedhof „Maria am Wasser“ in Dresden-Hosterwitz.

Für das neu erbaute und kurz vor Beginn des 1. Weltkrieges fertiggestellte Museum des Riesengebirgsvereins in Hirschberg fertigte Wislicenus fünf großflächige farbige Bilder an. Vier von ihnen stellen markante Landschaftsausschnitte des Riesengebirges zu je einer der 4 Jahreszeiten dar. Das fünfte etwas kleinere Bild ist eine stilisierte Darstellung des Zackenfalles bei Mondbeleuchtung. Die Bilder wurden der Stadt Hirschberg, und damit dem Museum am 26. April 1919 in einer Feierstunde übergeben und schmückten seitdem bis Kriegsende 1945 die Wände des großen Saales im oberen Stock des Museumsgebäudes.

Von den Briefen, die von Gerhart Hauptmann an Bruno Ablaß gegangen sind, standen nur wenige für dieses Buch zur Verfügung. Aus 2 Dankbriefen Hauptmanns nach Erhalt von Geburtstagsglückwünschen werden für den Leser folgende Briefausschnitte von Bedeutung sein:

- a) nach dem 60. Geburtstag (November 1922): „Was ich Ihnen verdanke, lieber Freund, ist weit mehr als ein Geburtstagsgruß. Ich weiß es seit dem Jahre 12, ich weiß es aus hundert Einzelheiten unseres freundschaftlichen Umgangs in der großartigen Enge und Weite unserer Riesengebirgsheimat“.
- b) nach dem 79. Geburtstag (November 1941): „Ihr lieber Brief war eine Wohltat für mich, besonders in meinem Alter. Wir haben viel erlebt seit dem Jahre 1912, es war trotz allen Kampfes eine großartige Epoche, daran wir in Freude und Leid teilgenommen haben. Man bedauert zuweilen, daß man davongehen muß, ohne anders als oberflächlich den kommenden Menschen schildern zu können, wie groß die Epoche im Heiteren wie im Tragischen war“. (Dies war der letzte Geburtstagsdank, den Hauptmann seinem Freund Ablaß schicken konnte.)

Erläuterung zu beiden Briefen:

1912 war das Jahr, in welchem Gerhart Hauptmann, (geboren am 15.11.1862) seinen 50. Geburtstag feierte. Dr. A. hatte sich damals dafür eingesetzt, daß die Stadtgemeinde Hirschberg diesen Geburtstag zum Anlaß nimmt, eine Abordnung nach Agnetendorf zu schicken, um Hauptmann eine Ehrung zu überbringen. 3 Wochen vor dem betr. Tage erfuhr Dr. A., daß Hauptmann seinen Geburtstag nicht in Agnetendorf feiern werde. Dr. A. veranlaßte deshalb eine Vorverlegung der geplanten Ehrung um 5 Tage. So erschien also am Sonntag, 10. November 1912 eine aus zwei Mitgliedern des Magistrats und zwei Stadtverordneten bestehende Abordnung im Haus „Wiesenstein“ und teilte Gerhart Hauptmann mit, daß die Stadt Hirschberg ihn zu ihrem Ehrenbürger ernannt habe.

¹ Fundstellen in diesem Buch bei den Kapiteln 8, 10, 11, 16 und 20.



Nach der Aufführung von Lothar Mühels
Inszenierung des „Michael Kramer“ 1937

Freundschaft zwischen Gerhart Hauptmann und Dr. Bruno Ablaß aufgezeichnet im Jahre 1952 von Hedwig Ablaß aus Hirschberg/Riesengebirge.

Zum 90. Geburtstag Gerhart Hauptmanns am 15.11.1952 gedenke ich der Zeit, als sich die Freundschaft des großen Dichters mit meinem Mann Dr. Bruno Ablaß anbahnte, die durch Jahrzehnte hindurch bis zum Tode meines Mannes fort dauerte und uns viele schöne und interessante Stunden beschert hat.

Es mag im Jahre 1905 gewesen sein, als mein Mann als Rechtsanwalt an einem Schwurgerichtsprozeß beteiligt war, an dem Gerhart Hauptmann als Geschworener mitwirkte. Nach einer dieser Sitzungen erschien der Dichter in unserem Hause. Es entspann sich ein lebhaftes Gespräch darüber, daß der Staatsanwalt den Dichter für dieses Verfahren abgelehnt hatte, da Hauptmann am vorangegangenen Tage für einen Freispruch des der Brandstiftung Angeklagten eingetreten war. An Einzelheiten des Gespräches entsinne ich mich nicht mehr genau genug, um sie hier wiedergeben zu können. Jedoch weiß ich, daß mein Mann von dem intuitiven psychologischen Blick Gerhart Hauptmanns tief beeindruckt war. Später hat sich herausgestellt, daß dieser die Wahrheit intuitiv richtig erfaßt hatte. Der Dichter, der die Gestalten seiner Dramen so lebensecht vor uns erstehen ließ, hatte hier mit gleicher unbeirrbarer Klarheit sein Urteil getroffen, das nicht verstandesmäßigen Überlegungen, sondern der genialen Schau des großen Dichters entsprungen war.

In Bruno Ablaß nun fand Hauptmann einen Mann, der für diese Schau Verständnis besaß und der in den folgenden Jahren immer wieder für ihn und sein Werk eintrat.

Vor allem gedenke ich dabei des Deutschen Festspiels, welches im Jahre 1913 in der Breslauer Jahrhunderthalle uraufgeführt wurde. Hauptmann hatte uns für diese Aufführung Karten übersandt. Das Festspiel wurde damals mit großem Beifall aufgenommen, weitere Aufführungen wurden aber kurz danach vom deutschen Kronprinzen verboten. Mein Mann ist daraufhin nicht nur in persönlichen Gesprächen, sondern auch in großen Versammlungen in Berlin und Breslau für den Dichter und sein Werk eingetreten. Er hatte sich schon ein Jahr vorher aus Anlaß von Hauptmanns 50. Geburtstag in der Stadtverordnetenversammlung in Hirschberg in Schlesien mit Erfolg dafür eingesetzt, Gerhart Hauptmann zum Ehrenbürger von Hirschberg zu machen, zu einer Zeit also, als das Verständnis für die Größe dieses Dichters im allgemeinen noch recht gering war. Hauptmann hat ihm diese Haltung mit einer freundschaftlichen Verbundenheit gedankt, die nicht nur für meinen Mann, sondern auch für mich und meine Kinder einen großen Gewinn darstellte, für den wir immer dankbar bleiben werden.

So weit die offizielle Version des Berichts zum Thema „Freundschaft mit Gerhart Hauptmann“. Sie ist von der Tochter Dr. Margarete Krause-Ablaß nach

den Angaben ihrer Mutter niedergeschrieben worden. Daneben existiert aber noch eine zeitlich früher entstandene inoffizielle Version, welche Hedwig Ablaß mit eigener Hand aufgeschrieben hat. Sie wird hier angefügt, weil sie manche Einzelheiten und persönliche Erinnerungen enthält und dadurch das Bild der Freundschaft eindrucksvoll abrundet.

Freundschaft zwischen Gerhart Hauptmann und Dr. Bruno Ablaß

Niedergeschrieben im Jahre 1952
von Hedwig Ablaß aus Hirschberg/Riesengebirge

Die erste Begegnung zwischen Gerhart Hauptmann und meinem Mann habe ich noch gut in Erinnerung: Gerhart Hauptmann kam mit unserem Freund Buchaly zu uns. Es war nach einer Schwurgerichtssitzung in einem Verfahren, in welchem Hauptmann einer der Geschworenen war. Er war vom Staatsanwalt abgelehnt worden, weil er in der vorangegangenen Sitzung für einen Freispruch gewesen war, den der Staatsanwalt nicht billigte. Hierüber kam es zu einem lebhaften Gespräch. Die Begebenheit liegt so weit zurück, daß ich heute nicht mehr weiß, in welchem Jahr sie sich ereignet hat; es könnte so am Anfang des Jahrhunderts gewesen sein. Denn als wir nachher in Agnetendorf zusammen waren und dort Hermann Stehr mit seinem Sohn trafen, war dieser noch klein; auch Benvenuto Hauptmann war noch ein kleiner Junge.²

Es kam dann immer wieder zu Begegnungen zwischen Hauptmann und meinem Mann. Hauptmann und seine Gattin waren des öfteren bei uns als Gäste, und noch öfter waren mein Mann und ich in Agnetendorf. Dort im Hause Wiesenstein trafen wir meistens interessante Menschen.

Ein großes Ereignis war das Festspiel in der Jahrhunderthalle in Breslau. Gerhart Hauptmann hatte es zur Einweihung dieser Halle im Jahre 1913 verfaßt. Wir hatten von ihm Karten zur Erstaufführung bekommen. Das Festspiel war von Max Reinhardt aus Berlin mit viel Aufwand inszeniert worden und fand großen Beifall. Auf einmal wurde es abgesetzt und vom deutschen Kronprinzen verboten. Hauptmann hat damit viel Ärger gehabt, aber mein Mann stand ihm nun sehr zur Seite, was Hauptmann immer wieder dankbar anerkannt hat.

Später kam die Sache mit dem Testament, das Gerhart Hauptmann machen wollte. Jahrelang hat mein Mann mit ihm daran gearbeitet. Es kam aber zu keinem Abschluß, weil Frau Hauptmann die Interessen ihres Sohnes Benvenuto immer

² Anm: Benvenuto Marschalk, später einbenannt in „Hauptmann“, war am 1. Juni 1900 geboren worden.

in den Vordergrund schob. Erinnerunglich ist mir, daß wir von der Neuen Schlesi-
schen Baude kamen und in Ober-Schreiberhau in der Konditorei Zumpe mit Böl-
sche und Frä. Lotte Hauptmann, der Schwester von Gerhart, zusammentrafen. Be-
vor wir wieder aufbrachen, bearbeitete Lotte H. meinen Mann, er solle gleich am
nächsten Tage nach Agnetendorf fahren, um über das Testament zu sprechen,
weil sie wußte, daß mein Mann einen guten Einfluß hatte. Mein Mann tat aber so
etwas niemals; erstens hatte er gar keine Zeit und zweitens hätte er sich nicht
aufgedrängt. Wir waren einmal mit meinem Sohn Wolfgang in Agnetendorf, wo
wieder über das Testament verhandelt wurde. Ob Wolfgang als Protokollführer
oder als Zuhörer dabei war, weiß ich nicht. Es muß ziemlich das letzte Mal ge-
wesen sein, daß wir bei Hauptmanns draußen waren. Vorher war ich mit meinem
Mann allein dort; wir blieben über Nacht und logierten oben in einem Turmzim-
mer, wo der Wind sehr pfiff und Frau Hauptmann uns noch Decken brachte. Viel-
leicht hätten wir in den hinterlassenen Memoiren meines Mannes etwas über die
Testamentssache gefunden, wenn sie nicht in Hirschberg geblieben wären. Das
Testament ist schließlich zwei Jahre nach meines Mannes Tod beim Notar Dr.
Reier abgeschlossen worden.

Gerhart Hauptmann schrieb einmal – ob es vor oder nach dem Tode meines
Mannes war, kann ich nicht mehr feststellen – : „Wenn ich den Namen Ablaß
höre, weiß ich immer, was ich ihm an Dank schulde.“

Merkwürdigerweise finde ich in dem Buch von Hans v. Hülsen über Erinne-
rungen an Gerhart Hauptmann³ nicht ein einziges Mal den Namen Ablaß, obwohl
die meisten Namen, die Hans von Hülsen bringt, persönliche Bekannte Haupt-
manns waren, mit denen auch wir in Agnetendorf zusammengetroffen sind. Wir
sind doch oft zu geladenen Gesellschaften dagewesen. Jedenfalls hatten wir stets
einen sehr herzlichen Empfang und eine liebevolle Begrüßung gefunden. Aller-
dings sind wir, soweit ich mich erinnern kann, Hans v. Hülsen nur ein einziges
Mal in Agnetendorf begegnet.

Zum 90. Geburtstag von Gerhart Hauptmann am 15.11.1952 gedenke ich ei-
ner gesellschaftlichen Zusammenkunft im Haus „Wiesenstein“ am Vorabend ei-
nes seiner Geburtstage, zu der mein Mann und ich nach Agnetendorf eingeladen
waren. Eingeladen war auch Landrat v. Bitter, der uns in seinem Auto mitnahm.
Als er erfuhr, daß die Geburtstagsfeier bevorstand, wollte er auch länger bleiben,
um an der Feier teilnehmen zu können.

So schöne Feste im Hause Gerhart Hauptmanns zu erleben, hatten wir des
öfteren die Freude und die Ehre. Das letzte Schreiben Hauptmanns war nach dem
Tode meines Mannes die Danksagung für meinen Glückwunsch zum 80. Geburts-
tag. Auf den Danksagungen stand allgemein: „80 Jahre sind vergangen,
seit mein Leben angefangen.“

³ Anm: Gemeint ist das Buch „Freundschaft mit einem Genius – Erinnerungen an Gerhart
Hauptmann“, erschienen 1947.

Auf der Rückseite schrieb er noch ein paar persönliche, liebenswürdige Worte.

Während ich nun noch den Tag erlebe, an dem Gerhart Hauptmann 90 Jahre alt geworden wäre, haben inzwischen beide, unser Freund Hauptmann und mein Mann, ihr Leben abgeschlossen und hinterlassen nur noch die Erinnerung an ruhmreiche Tage.

Ich, die Übriggebliebene, bin mit meinen Gedanken viel in der Vergangenheit und habe Anlaß genug, um dankbar zu sein für alles Schöne und Großartige, was mir in meinem Leben beschieden war.

Hedwig Ablaß

TURMZIMMER

Von diesem Zimmer ist zu sagen:

Es weiß von schlimmen Stunden und
Tagen,

einsam verwachten, kranken Nächten,
wo das Fenster, durch das der Schlummer
floh,

hereinließ Sorge und Kummer.

Freilich auch in all ihren Prächten

Mondmagie, und Glutenhauch,

schweren, kitzelnden Wiesenrauch

Oh, es schlüpfen durch das Fenster
zahllos, lautlos Nachtgespenster

Gerhart Hauptmann

Hirschberg d. 14. November 1937

Mein sehr verehrter Herr Hauptmann,

wichtige Gedenktage im menschlichen Leben sind Haltestellen für den Wanderer auf der Erdenbahn, an denen er kurze Rast hält, um für Augenblicke sich eine Ruhepause zu gönnen und Umschau und Rückschau zu halten auf das bisher Durchlebte. Einen solchen Gedenktag werden nicht Sie allein, sondern mit Ihnen eine unermessliche Schar besinnlicher und fühlender Volksgenossen an Ihrem morgigen 75. Geburtstage in ernstem und hochbeglückendem Mitempfinden feiern. Alle durch Wissen und Bildung, Gesinnung und Charakter, Gedankentiefe und Schönheitssinn wertvollen Kreise der denkenden Bevölkerung werden morgen in stolzem Jubel sich eines köstlichen Besitztumes rühmen, das dem Vaterlande vor 75 Jahren in gütiger Geberlaune des Schöpfers bescheert worden ist. Was Sie für das deutsche Volk und die Welt in diesem langen Zeitraume an erhabenen Geisteswerken geschaffen

haben, ist so reich und dankbar, daß es auch die geistigen Fort-
schritte der Wissenschaft nicht ungenutzt vorbeigehen lassen
wird. Der bairische Unterricht in der Naturgeschichte
kann aber nicht nur die Natur zu verstehen, sondern das Glück haben die
großen ist, dann auch die geistigen Fortschritte zu fördern in der
großen Natur, die die Naturwissenschaften umfasst und in der ganzen
Naturwissenschaften umfasst. Es ist uns sehr wohl zu wissen,
dankbar und dankbar, dann geistig in der Naturwissenschaften
zu forschen und die Naturwissenschaften zu fördern in der großen
Naturwissenschaften. Es ist uns sehr wohl zu wissen, daß die
Naturwissenschaften die Naturwissenschaften und die Naturwissenschaften
gute Fortschritte machen zu den Fortschritten der Naturwissenschaften
kommen in der Naturwissenschaften. Glückwünsche für die Zukunft!

Die Naturwissenschaften sind sehr dankbar
Bruno Ablass.

haben, ist so reich und umfassend, daß es aus der geistigen Entwicklungsgeschichte Deutschlands niemals mehr herausgedacht werden kann. Am beneidenswertesten in diesen feierlichen Stunden aber sind diejenigen zu nennen, denen das Glück beschieden gewesen ist, Ihnen auch persönlich nähertreten zu dürfen in der großen Verehrung, die Ihr Menschentum erweckt und in den Herzen Ihrer Bewunderer wach erhält. Es ist mir deshalb ein nicht zu unterdrückendes Bedürfnis, Ihnen zugleich im Namen meiner Frau unsere herzlichsten Glückwünsche zu übersenden in der frohen Hoffnung, daß Ihre Schöpferkraft dem Deutschtum noch manche köstliche Gabe schenken möge zur Ehre und zum Ruhme des deutschen Mannes in der Welt. Glückauf für die Zukunft!

Ihr Ihnen stets herzlich und treu ergebener

Bruno Ablaß.

Hirschberg am 26. November 1921⁴

Mein hochverehrter und lieber Herr Hauptmann !

Es gibt glückliche Tage im menschlichen Dasein, die uns erkennen lassen, daß wohlerworbene Besitztümer unzerstörbar sind und in ihrer Festigkeit einen uneinnehmbaren Besitz darstellen, den niemand antasten kann. So empfand ich, als ich Ihr Schreiben vom 24. November empfing, aus dem ich ersah, daß wir einen köstlichen Schatz zu verwalten haben, den uns niemand rauben kann, wenn wir selbst seine Hüter sind. In dieser erhebenden Gemütsstimmung erfreute mich doppelt die Widmung Ihres jüngsten dramatischen Werkes, der Tragödie „Iphigenie in Delphi“, das mich wiederum erkennen läßt, mit welcher genialen Gestaltungskraft Sie noch immer forschend und prüfend den großen Problemen der Geisteswelt nachgehen, um im Ringen mit ihnen als der Verwalter eines hohen geistigen Besitztumes auch dem empfindsamen Leser ein Führer zur Klarheit zu werden.

Nehmen Sie deshalb meinen herzlichsten Dank entgegen für Ihre gütige Zueignung und empfehlen Sie meine Frau und mich zugleich auch Ihrer hochverehrten Frau Gemahlin. In alter treuer Verbundenheit bin ich
Ihr Ihnen aufrichtig und fest ergebener

Bruno Ablaß

⁴ Anm: Die Jahreszahl ist ein Schreibfehler. Richtig ist 1941
Die Uraufführung des Stückes war am 15.11.1941. (Hauptmanns Geburtstag)

Kapitel 9. Rückblick auf die Preußische Städte-Ordnung zum 100. Jahrestag ihres Inkrafttretens

Im Herbst 1808 wurde im Königreich Preußen ein Gesetz beraten, durch das die Verwaltung der preußischen Städte und die Erledigung der von ihnen zu bewältigenden öffentlichen Aufgaben neu geregelt werden sollte. Das Gesetz sollte einem Rechtszustand abhelfen, den damals nur wenige als nicht länger haltbar erkannten, der aber aus nachträglicher historischer Sicht einer dringenden Abhilfe bedurfte. Die bisher am Gängelband der Obrigkeit gehaltene Bevölkerung sollte durch das neue Gesetz die Möglichkeit erhalten, endlich selbst entscheiden zu dürfen, was in ihrer Stadt wie geregelt werden sollte. Das Ergebnis der gesetzgeberischen Beratungen war der Erlaß einer Preußischen Städte-Ordnung. Am 19. November 1808 vollzog der König Friedrich Wilhelm III. durch seine Unterschrift dieses Gesetz und setzte es damit in Kraft. Es führte die städtische Selbstverwaltung ein und wurde in Fachkreisen als großer Wurf und gewaltiger Fortschritt gepriesen. Dieser Ruf begleitete das Gesetz auf lange Zeit.

Als nun der Tag bevorstand, an dem das Inkrafttreten dieser Städte-Ordnung sich zum 100. Male jährte, beschlossen die Behörden der Stadt Hirschberg in Schlesien, dieses Jubiläum durch eine Allgemeine Bürgerfeier festlich zu begehen. Die Anregung dazu ging aus von dem Hirschberger Stadtverordneten Dr. Ablaß. Vorbereitet wurde die Feier von einer eigens für diesen Zweck gewählten Kommission. Sie erließ eine ausführliche Festordnung, nach der gesprochene und musikalische Beiträge einander abwechselten. Die Feier fand am 14. November 1908 im Großen Theatersaal des Hirschberger Kunst- und Vereinshauses statt.

Im Zusammenhang mit dem Jubiläum sprach die Stadt Hirschberg mehrere Ehrungen aus, die im Verlaufe der Feier bekanntgegeben wurden. Sie verlieh zwei Männern, die sich um Hirschbergs Gemeinwohl besonders verdient gemacht hatten, das Ehrenbürgerrecht; es waren der damalige Stadtverordneten-Vorsteher Noeggerath und der vorherige Inhaber dieses Amtes, der Justizrat Wiester. Außerdem wurden 2 Hirschberger Straßen umbenannt: Eine erhielt den Namen Contessastraße nach dem ersten Stadtverordneten-Vorsteher nach Erlaß der Städte-Ordnung, die andere bekam den Namen Steinstraße zu Ehren des Schöpfers der Städte-Ordnung, des Reichsfreiherrn Karl vom Stein. Während der Feier stand auf der Bühne inmitten einer Pflanzengruppe die Büste des Freiherrn vom Stein. Die gesamte Bürgerschaft von Hirschberg ohne Unterschied des Standes und der Geburt, des Alters und Geschlechts hatte sich in festlicher Kleidung zusammengefunden. Die musikalischen Beiträge wurden dargeboten von den vereinigten Hirschberger Männergesangsvereinen und von der Stadtkapelle. Diese spielte als Auftakt eine sinfonische Ouvertüre mit dem Titel „Deutschlands Erwachen“. Ein von Hermann Hoppe gedichteter, von Rektor Stenzel vorgetragener Festprolog schloß sich an.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Festrede, gehalten vom Reichstagsabgeordneten und Stadtverordneten Rechtsanwalt Dr. Bruno Ablaß. Er verhiess seinen Zuhörern, er wolle sich zusammen mit ihnen „in herrlicher Einmütigkeit versenken in die geschichtliche Vergangenheit einer hochbedeutsamen Epoche unseres Vaterlandes“. Denn eine Fundgrube voller Erfahrungen früherer Generationen sei die Geschichte und damit sei sie eine große Lehrmeisterin für die heute lebenden Völker. Weit zurück bis ins Mittelalter führte der Redner die Zuhörer, denn dort habe die deutsche Städteverfassung ihren Ursprung; es war die Blütezeit der Hanse, in der die Städte all ihre öffentlichen Belange in eigener freier Entscheidung regelten. Dieser Städtebund diene damals gleichermaßen als Bollwerk nach außen gegen feindlich gesinnte fremde Völker wie nach innen gegen einen fehdesüchtigen Adel. Und die Menschen waren sich dieser Freiheit, in der sie lebten, auch bewußt, daran erinnert nämlich das heute noch gern zitierte Rechtsspruchwort „Stadtluft macht frei“.

Diese glanzvolle Zeit begann an der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert zu verblassen, wofür 3 Umstände verantwortlich waren: Der Adel mit seinem Grundbesitz - oft als Rittergüter bezeichnet - erkämpfte sich nach und nach immer mehr Standesrechte, die schließlich zu schroffen Gegensätzen gegenüber dem Bürgertum führten; mit der Entdeckung Amerikas und des Seeweges nach Indien entstanden neue bedeutende Handelswege, die dem deutschen Handel schwere Einbußen bescherten; und schließlich brachten die als Folge der Reformation geführten Religionskriege einen wirtschaftlichen Zusammenbruch, von dem sich das Land über Jahrhunderte hinweg nicht erholen konnte. So kam es, daß die deutschen Fürstentümer schließlich diejenige Position in Deutschland einnahmen, die zuvor die Städte innegehabt hatten. Demgegenüber konnten die Städte ihre politische Unabhängigkeit und ihre Rechte nicht bewahren; die Landesherren schwangen sich zu Vormündern der Städte auf. Im Jahre 1794 wurde in Preußen gesetzlich festgelegt, daß die Städte lediglich die Verwaltungsbezirke des Staates sind. Bereits im Zeitalter der Reformation hatte der Humanist Erasmus von Rotterdam diesen Zustand in die Worte gekleidet: „Das Volk baut die Städte, die Fürsten zerstören sie“. Herabgewürdigt zu einer staatlichen Maschinerie und bar jeder freien Selbstbestimmung, waren die Städte nur noch das Werkzeug in der Hand des Monarchen und des Beamtentums. Das öffentliche Leben in den deutschen Städten stellte sich dar als das Zerrbild einer Selbstverwaltung. Die städtischen Repräsentanten waren nicht gewählte, sondern von oben ernannte Vertreter und sie hatten bei allen wichtigen Angelegenheiten des städtischen Lebens überhaupt keine Entscheidungsbefugnis .

Im Gefolge der französischen Revolution kamen in Deutschland Reformgedanken mit dem Ziel einer umfassenden Befreiung auf, zu allererst in der Geisteswelt. Dr. A. erinnerte an Schillers Freiheitsgedichte, an die von Kant beschriebene menschliche Freiheit als Folge des menschlichen Denkvermögens und an Johann Gottlieb Fichte mit seiner Schrift „Zurückforderung der Denkfreiheit von

den Fürsten Europas, die sie bisher unterdrückt haben“ und später mit seinen „Reden an die deutsche Nation“. Diese Nation aber stand solchen Ideen teilnahmslos gegenüber. Nur einer war es, der sie aufgriff: der Reichsfreiherr Karl vom Stein, der von 1757 - 1831 gelebt hat. So war es denn auch sein Wirken, das am 14.11.1908 im Mittelpunkt der Hirschberger Bürgerfeier stand. Und es grenzt an ein Wunder, daß dieser Mann, der sich gerade erst beim deutschen Adel, insbesondere beim Preußenkönig Friedrich Wilhelm III., in dessen Dienst er stand, als unbequemer Neuerer gezeigt und damit unbeliebt gemacht hatte, dann doch auf den Posten im preußischen Kabinett berufen wurde, von dem aus er daran gehen konnte, seine freiheitlichen Vorstellungen zu verwirklichen. Er hatte nämlich im April 1806 eine Denkschrift verfaßt, in der er die organisatorische Gestaltung des Regierungshandelns in Preußen kritisiert und Reformvorschläge unterbreitet hatte. Der König bekam diese Denkschrift zwar nie zu Gesicht, aber Stein wandte sich nach der Niederlage Preußens in der Schlacht von Jena und Auerstädt schriftlich an den König und verlangte eine Reform des Staatswesens von dem Monarchen. Dieser versuchte daraufhin, ein paar Kleinigkeiten im Sinne der Steinschen Vorschläge zu ändern, alles Übrige aber beim alten zu belassen. Stein war aber nicht bereit, an einer so schwachen Reorganisation mitzuwirken. Der Konflikt verschärfte sich und Stein wurde im Januar 1807 in Ungnade entlassen. Auf seinem Nassauischen Stammsitz nutzte er die Zeit der erzwungenen Untätigkeit dazu, seine Überlegungen zu einer Reform des Staatsaufbaues und des staatlichen Handelns in einer 2. Denkschrift niederzulegen. Sie wurde im Juni 1807 fertig und ging in die Geschichte ein unter der Bezeichnung „Nassauer Denkschrift“. Und als Preußen von französischen Truppen überrannt worden war und nun Napoleon vom König verlangte, den Grafen Hardenberg vom Amt des leitenden Ministers abzulösen, und als Nachfolger den Freiherrn vom Stein vorschlug, wurde dieser zum Minister mit besonderen Vollmachten berufen. Damit bekam er Gelegenheit, das Gedankengut seiner Nassauer Denkschrift zu verwirklichen. Er umgab sich mit einem Kreis hervorragender Mitarbeiter und bildete Kommissionen, die in kurzer Zeit die beabsichtigten Reformen in Gesetzestexte gossen.

Als wegen einer unvorsichtigen Äußerung Steins sein weiteres Verbleiben im Staatsdienst unmöglich geworden war, wurde er am 24.11.1808, also 5 Tage nach dem Inkrafttreten der Städte-Ordnung, entlassen. Daraufhin wandte er sich an die führenden Beamten und legte ihnen in einer Art politischem Testament die Leitgedanken seines Reformwerks noch einmal dar: Sein Ziel war es, das Bürgertum von vielen bisherigen Zwängen zu befreien und ihm einen Anteil an der öffentlichen Verwaltung zu gewähren. Hierfür war es notwendig, in ihnen Gemeinsinn zu wecken und alles daranzusetzen, daß dieser auf Dauer erhalten bleibt. Deshalb mußten die städtischen Bürger, die über Jahrhunderte hinweg als Untertanen unmündig gehalten worden waren, erst wieder daran gewöhnt werden, die Sorge für das Gemeinwesen, in dem sie lebten, in die eigenen Hände zu nehmen. In Anlehnung an den Goetheschen Sinnspruch „Die beste Regierung ist diejenige, die uns lehrt, uns selbst zu regieren“, mußte ihnen die Möglichkeit verschafft werden, die

notwendigen Voraussetzungen und Erfahrungen zu erwerben. Das konnte nur im Rahmen einer gemeindlichen Arbeit geschehen. Die Städte-Ordnung sollte also den ersten Schritt darstellen auf dem Wege zu einer Demokratisierung des Staates insgesamt.

Folgende grundlegende Neuerungen führte die Städte-Ordnung ein:

Die Bürgerschaft wird nicht mehr in Zünfte und Klassen eingeteilt, sondern bildet ein einheitliches Ganzes.

Die Bürgerschaft wird künftig in allen Angelegenheiten durch Stadtverordnete vertreten; diese entscheiden darüber, welche öffentlichen Aufgaben in der Stadt zu erledigen sind und mit welchen Mitteln das geschehen soll.

Die Wahl der Stadtverordneten soll geheim sein und alle Bürger sollen das gleiche Stimmrecht haben; Voraussetzung für das Recht, zu wählen, ist lediglich ein bestimmtes Mindesteinkommen.

Die Mitglieder des Magistrats werden von der Stadtverordneten-Versammlung gewählt.

Der Staat verzichtet auf die bisherige bürokratische Reglementierung und beschränkt sich auf das Aufstellen allgemeiner Regeln und auf die bloße Oberaufsicht.

Im Gegenzug verzichten die Städte auf 2 ihrer bisherigen Hoheitsrechte, nämlich die Polizeigewalt und das Gerichtswesen; beides bleibt künftig dem Staat vorbehalten.

Berühmt geworden ist der folgende Satz, mit dem die Städte-Ordnung in ihrem § 110 die neue Stellung der Stadtverordneten so beschreibt:

„Das Gesetz und ihre Wahl sind ihre Vollmacht, ihre Überzeugung und ihre Ansicht vom gemeinen Besten der Städte sind ihre Instruktion, ihr Gewissen aber ist die Behörde, der sie deshalb Rechenschaft zu geben haben. Sie sind im vollsten Sinne Vertreter der ganzen Bürgerschaft, nicht eines einzelnen Bezirks, der sie gewählt hat, und auch nicht einer Korporation oder Zunft, der sie zufällig angehören.“

Am 19.10.1808 waren die Beratungen der Städte-Ordnung abgeschlossen, am 19.11.1808 vollzog der König dieses Gesetz durch seine Unterschrift. Es trug den vollständigen Titel „Ordnung für sämtliche Städte der Preußischen Monarchie“.

Daß der Städte-Ordnung am 9. Oktober 1807 ein Edikt vorangegangen war, das den erleichterten Besitz und den freien Gebrauch des Grundeigentums sowie die persönlichen Verhältnisse der Landbewohner betraf und die Zerreißung des Volkes in die 3 Stände Adel, Bürgerstand und Bauernstand mit Wirkung vom Martini-Tage 1810 aufhob, sei hier nur am Rande vermerkt. Bis heute ist dieses Edikt bekannt unter dem Stichwort „Aufhebung der Erbuntertänigkeit der Bauern“.

Die Städte-Ordnung blieb nur wenige Jahrzehnte unverändert, denn am 30.5.1853 trat eine revidierte Fassung in Kraft, die den Rechtszustand von vor

1808 zwar nicht völlig wiederherstellte, aber doch eine Reihe von Verschlechterungen mit sich brachte, durch die die städtische Selbstverwaltung eine starke Einbuße erlitt.

Als Fazit seines historischen Rückblicks stellte Dr. Ablaß fest: Trotz dieser Verschlechterungen hat das Gesetz seine Bedeutung als Meilenstein in der Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung behalten.

Derjenige aber, der sich als Verfechter der bürgerlichen Freiheit gezeigt hat, indem er dieses Gesetz durchgesetzt hat, der Reichsfreiherr vom Stein, wird wegen der Reinheit seiner Überzeugung für alle Zeiten ein herrliches Vorbild bleiben. In unauslöschlicher Dankbarkeit und unbegrenzter Verehrung beugen wir uns heute vor dem überragenden Genie des Mannes, dessen Abbild unseren heutigen Festesraum schmückt. Im Gedenken an ihn wollen wir alle mitarbeiten an der Vervollkommnung der gemeindlichen Selbstverwaltung mit dem Ziel, eine freiheitliche Staatsform durchzusetzen. Eine solche – so ruft er seinen Zuhörern zu – kann nur gedeihen auf dem Boden hochsinniger Vaterlandsliebe.

Zum Abschluß ließ Dr. A. den deutschen Freiheitsdichter Ludwig Uhland zu Worte kommen mit einer Gedichtstrophe, die unsere Volksvertreter so beschreibt, wie man sie sich auch heutzutage nur wünschen kann und wie sie sich im Idealfalle auch verhalten; die Strophe lautet:

So wirkt auch ihr im festen Bunde,
Ihr guten Hüter uns' res Rechts!
Ihr bauet auf dem alten Grunde
Das Wohl des künftigen Geschlechts.
Uneingedenk gemeinen Lohnes
Seid ihr beharrlich, emsig, treu;
Des Volkes Würde wie des Thrones
Beachtet ihr mit heil'ger Scheu.

Kapitel 9a. Aufruf zur Ehrung eines aus dem Amt geschiedenen schlesischen Oberpräsidenten

Seit das Land Preußen im Jahre 1946 von den Besatzungsmächten aufgelöst worden ist, ist auch das mit der Provinz verbundene Amt eines Oberpräsidenten nebst dieser Amtsbezeichnung aus Deutschland verschwunden. Heute weiß kaum noch jemand, an welcher Stelle im preußischen Staatsaufbau es ein solches Amt einmal gegeben hat. Deshalb sei das hier kurz erläutert:

Preußen hatte, verglichen mit allen anderen Gliedstaaten des Deutschen Reiches, eine derartige Größe, daß es nicht nur, wie die übrigen Länder, in Gemeinden, Kreise und Regierungsbezirke aufgeteilt war, sondern auch in Provinzen. Eine Provinz war doppelschichtig aufgebaut, zum einen war sie wie ein Regierungsbezirk eine staatliche Verwaltungseinheit, zum anderen war sie aber auch, wie die Gemeinden und Kreise, eine Selbstverwaltungskörperschaft, d.h. sie hatte ein eigenes Parlament, den Provinziallandtag. An der Spitze der Provinzialselbstverwaltung stand ein Landeshauptmann, während an der Spitze des staatlichen Bereichs der Oberpräsident stand.

Zum Ende des Jahres 1909 schied der Oberpräsident der Provinz Schlesien aus seinem Dienst aus; sein Name war Robert Graf von Zedlitz-Trützschler. 7 Jahre lang hatte er das Amt innegehabt. Sein Ausscheiden wurde allgemein bedauert, denn er hatte sich in vielerlei Hinsicht um die von ihm vertretene Provinz verdient gemacht. Deshalb kamen in Schlesien von überall her Anregungen, sein Andenken zu ehren. Die Ehrung sollte gleichzeitig mit einem dem Nutzen Schlesiens dienenden wohltätigen Zweck verbunden sein. So wurde beschlossen, eine Stiftung zu gründen und sie nach Graf von Zedlitz-Trützschler zu benennen.

Besonders rührig wurde dieser Gedanke im Kreis Hirschberg verfolgt. Hier taten sich namhafte Persönlichkeiten zusammen und gründeten ein Komitee. Beim Schlesischen Bankverein, Filiale Hirschberg, wurde ein Konto eingerichtet, auf das Beiträge für die geplante Stiftung eingezahlt werden konnten. Dem Komitee gehörten 26 Mitglieder an, darunter waren so bekannte Namen wie Hirschbergs 1. Bürgermeister Hartung, der Schriftsteller Carl Hauptmann, Graf Schaffgotsch, Kommerzienrat Erfurt, Regierungsrat Noeggerath, Justizrat Seydel und natürlich auch der Rechtsanwalt und Reichstagsabgeordnete Dr. Ablaß. Sie erließen einen entsprechenden Aufruf, der am 22. Januar 1910 in den „Warmbrunner Nachrichten“ veröffentlicht wurde. Und da die Namen in dem Aufruf in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt waren, stand der Name Dr. Ablaß an 1. Stelle.

Eine Angabe darüber, wieviel Geld zusammengekommen ist und ob es als Grundlage für ein Stiftungsvermögen ausgereicht hat, war in den Archiven nicht zu finden. Auf jeden Fall befanden sich alle Vermögensbestandteile der evtl. gegründeten Stiftung nur auf dem Gebiet der Provinz Schlesien, sodaß eine Fortführung der Stiftung in der heutigen Bundesrepublik Deutschland wegen des auf Schlesien beschränkten Stiftungszweckes nicht in Betracht kam.

Kapitel 9b. Dr. Ablaß setzt sich mit dem für Landtagswahlen in Preußen geltenden Wahlsystem auseinander

Im Herbst 1910 verstarb einer der Abgeordneten des Preußischen Landtages, ein Amtsrichter aus Schmiedeberg, der in diesem Parlament den Wahlkreis Hirschberg-Schönau vertrat. Der Verstorbene war ein Parteifreund von Dr. Ablaß, das ergibt sich aus einer schriftlichen Nachricht von Dr. A. an Gerhart Hauptmann vom 19.11.1910. Um einen Nachfolger zu bestimmen, mußte in dem verwaisten Wahlkreis eine Ersatzwahl stattfinden. Denn eine Landesliste, auf der bei Ausscheiden eines Abgeordneten der nächstfolgende Kandidat hätte nachrücken können, gab es damals in Preußen nicht. Nun schrieb das preußische Wahlrecht eine indirekte Wahl vor, d.h. die Wähler stimmten nicht für die Abgeordneten selbst, sondern sie gaben ihre Stimme für Wahlmänner ab und erst diese wählten die Abgeordneten; für jeden zu vergebenden Abgeordnetensitz standen so viele Wahlmänner zur Wahl, wie Parteien an der Wahl teilnahmen. Gewählt waren diejenigen Wahlmänner, die in den Stimmbezirken die meisten Stimmen erhielten. Im Wahlkreis als Abgeordneter gewählt war derjenige Kandidat, der die Stimmen der meisten Wahlmänner aus allen Stimmbezirken erhielt.

Die Stimmabgabe durch die Wahlmänner, d.h. die Wahl des nachrückenden Abgeordneten selbst war auf Montag, 5. Dezember 1910 angesetzt. Eine Woche vorher, am 28. November, wurden in den Stimmbezirken des genannten Wahlkreises die Wahlmänner gewählt. Am Vortage, einem Sonntag, fand laut Bericht des Warmbrunner Publikationsorgans „Warmbrunner Nachrichten“ in Warmbrunn eine liberale Wählerversammlung statt, auf der die Freisinnige Volkspartei ihren Kandidaten für den im Landtag zu besetzenden Abgeordnetensitz vorstellte; es war der Vorsitzende des Liberalen Bürgervereins zu Hirschberg. Der Kandidat selbst schilderte in einem längeren Vortrag, welche Aufgaben dem Landtag bevorstehen; dazu entwickelte er sein persönliches Programm. Er ließ durchblicken, daß ihm als echtem Kind des Riesengebirges seine Heimat besonders am Herzen liege und er mit den örtlichen Verhältnissen vertraut sei. Insbesondere verwies er im Hinblick auf die damals vor kurzem eingetretenen Hochwasserschäden auf die Notwendigkeit, den Hochwasserschutz weiter auszubauen. (Der Leser der 20-er Jahre des 21. Jahrhunderts kann bei diesem Thema Parallelen zur heutigen Zeit ziehen und dabei feststellen, daß man sich dem Hochwasserschutz nicht nur einmal im Leben, sondern sehr viel öfter und nicht nur in einer einzigen Gegend, sondern an vielen Orten in Deutschland widmen muß.) Ein wichtiges Thema in der Rede des Kandidaten war auch das dringende Bedürfnis nach einer Reform des preußischen Wahlrechts, das veraltet sei und große Schwächen und Fehler aufweise.

Als zweiter Redner trat in dieser Versammlung der Reichstagsabgeordnete Dr. Ablaß auf. Er befaßte sich mit den „Taten der ‚Reaktion‘ in Preußen und Deutschland“, behandelte steuerliche Fragen und kam dann ebenfalls auf das preußische Wahlsystem zu sprechen, das er in allen Einzelheiten darstellte, um den Zuhörern klarzumachen, weshalb man dieses System nur als 'verwerflich' bezeichnen könne. Als Mindestanforderungen an eine Reform verlangte er: Die Wahlen müssen direkt und geheim sein. Also: Die Wahlmänner abschaffen – Wahlkabinen anschaffen! Seine Ausführungen waren mit trefflichem Humor gewürzt und fanden rauschenden Beifall.

Kapitel 9c. Dr. Ablaß würdigt die Lebensarbeit eines Berliner Zeitungsverlegers

In den ersten Maitagen des Jahres 1913 legte die Redaktion des Berliner Verlages Rudolf Mosse zu Ehren ihres Verlegers Rudolf Mosse, dessen 70. Geburtstag am 8. Mai bevorstand, ein Glückwunsch-Album auf. Darin schrieben die Freunde und Mitarbeiter des Jubilars – Politiker, Gelehrte, Künstler und Literaten – ihre Glückwünsche ein; die Eintragungen füllten 311 Seiten. Der Buchhändler und Verleger Rudolf Mosse, 1843 – 1920, (nicht zu verwechseln mit dem amerikanischen Historiker Georg L. Mosse) hatte seinen Betrieb im Jahre 1867 als Zeitungs- und Annoncen-Expedition gegründet. Wenige Jahre später wurde er zum Druck- und Verlagsunternehmen erweitert und gab seitdem das „Berliner Tageblatt“ heraus. Weitere Berliner Zeitungen und die Herausgabe des Deutschen Reichsadreßbuchs für Industrie, Gewerbe und Handel kamen hinzu. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts war der Konzern die führende liberale Pressestimme in der deutschen Politik.

Entsprechend dieser politischen Ausrichtung gehörte zu Mosses Freunden auch der Reichstagsabgeordnete Dr. Bruno Ablaß aus Hirschberg in Schlesien. Und so findet sich in dem Album auch von ihm eine Eintragung. Ausdrucksstarke Worte waren es, die er dem Jubilar widmete, und er trug sie in ausgesucht schöner Sütterlin-Schrift in das Album ein. Er fügte ein repräsentatives Foto bei, das ihn im Alter von etwa 45 Jahren zeigt. Text und Bild sind auf dem folgenden Blatt wiedergegeben.

Zur Erläuterung des Namens „Gutzkow“, von dem der von Ablaß als Motto vorangestellte Satz stammt, sei folgendes angemerkt:

Karl Gutzkow, 1811 – 1878, war Schriftsteller und Journalist, studierte Theologie und Philosophie, war Dramaturg am Hoftheater Dresden, später Generalsekretär der deutschen Schillerstiftung in Weimar. Er verfaßte eine größere Anzahl von Romanen und Bühnenwerken. Diese sind heute zwar vergessen, sie sind aber literar-historisch von Bedeutung. So ist überliefert, daß Gerhart Hauptmann die von Gutzkow verfaßte dramatische Phantasie „Hamlet in Wittenberg“ gelesen hat, und zwar im Sommer 1932, genau 100 Jahre nach der Entstehung dieses Werkes. Gutzkow vertrat damals eine als „freisinnig“ bezeichnete politische Richtung. Er schloß sich dem „Jungen Deutschland“ an, einer nach der Julirevolution von 1830 entstandenen Gruppe liberal-revolutionärer Schriftsteller, der auch Heinrich Heine angehörte. Die Gruppe strebte an, mit den Mitteln der Literatur das gesellschaftliche Leben in ethischer, politischer und sozialer Hinsicht zu erneuern. In ihren Werken traten die Mitglieder der Gruppe ein für Demokratie und Freiheit des Wortes, für Emanzipation der Frauen und Gleichstellung der Juden; sie bekämpften deshalb viele Konventionen, vor allem Absolutismus, Feudalismus und Orthodoxie. Entsprechend diesem Vorhaben schrieben sie in einem journalistisch aufgelockerten, polemisch-witzigen Stil.

Dieser Gruppe war Dr. Ablaß als Mitglied der Freisinnigen Volkspartei geistesverwandt und vertrat in seinen Reichstagsreden einige der vorstehend skizzierten Ziele.

Übrigens gab es auch von Gerhart Hauptmann eine Querverbindung zu Mosse. Denn letzterer druckte in seinem letzten Lebensjahr in dem von ihm herausgegebenen „Almanach 1920“ Hauptmanns Aufstellung „Die abgekürzte Chronik meines Lebens“ ab. Diese Aufstellung war eine Vorstufe zu Hauptmanns Autobiographie „Das Abenteuer meiner Jugend“.

1892

Insertions-Kalender

zugleich
Zeitungs-Catalog

— 25. Auflage —

der
Annoncen-Expedition
RUDOLF MOSSE
MANNHEIM
An den Planken O. 4, 5
Fernsprech-Anschluss No. 495

| | |
|--|---|
| <p>BERLIN Central-Bureau: S.W. Jerusalemer Strasse 48/49 Fernsprech-Anschluss Amt 1 No. 88</p> <p>Filialen: Friedrich-Strasse No. 66 König-Strasse No. 58/57 Prinzen-Strasse No. 41</p> <p>BREMEN Obernstrasse No. 58</p> <p>BRESLAU Ohlauer Strasse No. 85</p> <p>CHEMNITZ Reitbahn-Strasse No. 1.</p> <p>CÖLN A. RH. Obenmarspforten No. 2—4 Ecke Hohestrasse Fernsprech-Anschluss No. 992</p> <p>DRESDEN Altmarkt No. 2 Fernsprech-Anschluss No. 1237</p> <p>FRANKFURT A. M. Rossmarkt No. 20 Fernsprech-Anschluss No. 112</p> <p>HALLE A. S. Brüder-Strasse No. 6 Fernsprech-Anschluss No. 161</p> <p>HAMBURG Ecke Neuerwall No. 105 Fernsprech-Anschluss No. 5566</p> | <p>HANNOVER Theaterstr. 10</p> <p>LEIPZIG Grimmaische Strasse No. 27 Fernsprech-Anschluss No. 2127</p> <p>LONDON E. C. 16 & 18 Queen Victoria Street</p> <p>MAGDEBURG Breiteweg No. 21 Fernsprech-Anschluss No. 298</p> <p>MÜNCHEN Promenade-Platz No. 16 Fernsprech-Anschluss No. 591</p> <p>NÜRNBERG Am Häfnersplatz, Färberstr. No. 1</p> <p>PRAG Graben No. 14</p> <p>STUTTGART Königstr. 33 a. d. Neuen Brücke Fernsprech-Anschluss No. 602</p> <p>WIEN Stadt, Seilerstätte No. 2 Fernsprech-Anschluss No. 2844</p> <p>ZÜRICH Schifflande No. 32 Fernsprech-Anschluss No. 1015</p> |
|--|---|

Agenturen an allen bedeutenden Plätzen des In- und Auslandes
Siehe Seite 246—248

Laudatio zum 70. Geburtstag des Berliner Zeitungsverlegers Rudolf Mosse am 8. Mai 1913.

(entnommen aus dem damals aufgelegten Glückwunsch-Album)

„Die Journalisten sind die Geburtshelfer und Totengräber der Zeit.“

Gutzkow.¹

Auf wie viele Geburten großer und befruchtender Ideen mögen Sie in den siebenzig arbeitsreichen Jahren Ihres Lebens, das der Freiheit, der Humanität und der Toleranz gewidmet war, wohl mit innerem Stolz zurückblicken können! Und wie vielen Erzeugnissen der Finsternis, des Rückschrittes und des geistigen Zwanges mögen Sie in diesem langen Zeitraum erbarmungslos das Totenglöcklein geläutet haben! Wer ein Führer der öffentlichen Meinung in den sich täglich erneuernden, aufreibenden Geisteskämpfen sein will, der muß gleichmäßig im Ringen der Meinungen um die



Siegesgaben das Leben wie das Sterben fördern, liebevoll und hingebend, aber auch hart und unbittlich. Wenn die neue Zeit kreißte, waren Sie in Ihrem verantwortungsreichen Amte als ein Berufener zugegen, hilfreich Hand anzulegen, um die glückverheißenden Gedanken sich entwickeln zu lassen im strahlenden Sonnenlichte des Lebens. Und wenn der morsche Leib abgestorbener, überholter Anschauungen dem Staube anvertraut werden sollte, dann warfen Sie die letzten Schollen brauner Erde auf den widerhallenden Sargdeckel. Nirgends gab es eine lebenswerte Schöpfung in Politik, Kunst und Wissenschaft, der Sie nicht opferfreudiger Förderer gewesen wären. Und niemals verdiente ein todgeweihtes Erzeugnis der Unfreiheit die baldige Auflösung, dem Sie nicht den Gnadenstoß zu erteilen bereit gewesen wären. Wer so den Sinn des Daseins ausschöpft, der gründet seinen Namen auf unverrückbarer Grundlage bis weit hinaus in kommende Geschlechter. Möge Ihrer lebensbejahenden Tätigkeit noch für lange Zeit hinaus der weiteste Spielraum gesetzt sein !

Dr. Ablaß.
Hirschberg / Schles.

¹ Anm: Karl Gutzkow, 1811 – 1878. Schriftsteller.

Kapitel 10. Das Verbot von Hauptmanns „Festspiel“ und die dazu von Dr. Ablaß gezogene Parallele

Wie mehrere der vorstehenden Kapitel zeigen, erinnern sich die Deutschen gern der bedeutsamen Ereignisse ihrer Geschichte. So geschah es auch mit den Freiheitskriegen von 1813 – 1815. Der französische Kaiser Napoleon hatte damals mit seinen Truppen ganz Mitteleuropa unter seine Herrschaft gebracht und war bis nach Rußland einmarschiert. Dort hatte er 1812 seine erste Niederlage erlitten. Dadurch ermuntert, entschlossen sich auch in Deutschland die Fürstenhäuser, sich gegen ihn zu erheben. Die Kämpfe und Schlachten, mit denen er im Laufe des Jahres 1813 aus Deutschland vertrieben wurde, gingen als „Freiheitskriege“ in die Geschichte ein. Die beiden herausragendsten Schlachten waren die Schlacht an der Katzbach im August 1813 und die Völkerschlacht bei Leipzig im Oktober 1813.

Das 100. Jahr nach diesen Kriegen wurde überall in Deutschland gefeiert. Zur Vorbereitung der Feiern wurden entsprechende Erinnerungsbauten errichtet: das Völkerschlacht-Denkmal in Leipzig und die Jahrhunderthalle in Breslau. Letztere wurde mit einer Gedenkfeier eingeweiht. Der Breslauer Magistrat wandte sich im April 1912 an Gerhart Hauptmann mit der Anfrage, ob er bereit sei, zur 100-Jahr-Feier der deutschen Erhebung im nächsten Jahr ein Bühnenspiel zu schreiben. Hauptmann brauchte ein paar Tage, um sich mit einer solchen Aufgabe innerlich anzufreunden. Anfang Mai erklärte er dann sein grundsätzliches Einverständnis. Am 17. Juni 1912 aber lehnte er den Auftrag ab mit der Begründung, er habe eine Reihe von Bedenken, die sich nicht ausräumen ließen. Nach mehreren intensiven Besprechungen entschloß er sich im September doch dazu, das erbetene Festspiel zu schreiben, allerdings nur gegen die Zusage, daß von ihm nicht ein „billiger Hurra-Patriotismus“ erwartet werde.

Während der Dichter an dem Festspiel arbeitet, erreicht ihn im November 1912 die Ernennung zum Ehrenbürger der Stadt Hirschberg. Wenige Tage später feiert er in Berlin auf einem Festbankett seinen 50. Geburtstag. Und im Dezember schließlich nimmt er in Stockholm den Nobelpreis für Literatur entgegen.

Zu Beginn des Jahres 1913 war das literarische Kunstwerk vollendet. Der Dichter nannte es „Ein Festspiel in deutschen Reimen“. Der Titel verrät also nichts über den Inhalt des Stückes; wer sich darüber Gedanken machte, war auf Spekulationen angewiesen. Damit aber der heutige Leser die Kontroverse verstehen kann, die sich sehr bald um dieses Spiel entwickelte, sei hier folgendes mitgeteilt:

Hauptmann bringt geschichtliche Personen auf die Bühne, an denen er die der Erhebung zugrundeliegenden geistigen und politischen Kräfte darstellen kann, die mit der französischen Revolution aufkamen, den Freiheitskriegen vorausgingen und in ihnen wirksam wurden. Es waren fortschrittlich gesinnte Menschen einerseits, monarchisch eingestellte Personen andererseits. Diesen realen Personen stellt er in dem Stück mythische Gestalten und sogar allegorische Figuren zur

Seite. Insgesamt gehören zu dem Ensemble mehr als 2000 Darsteller. Dies alles dient dem Dichter dazu, zu zeigen, daß es im wesentlichen Menschen des einfachen Volkes waren, in denen der Wunsch aufkeimte, das französische Joch abzuschütteln.

Das Werk besteht aus einer längeren Folge nicht mit einander verbundener Szenen. In ihnen wird vieles von dem dargestellt, was zwischen der französischen Revolution und den Eroberungszügen Napoleons geschichtlich sich ereignet hat. Die Zuschauer erleben einerseits die vaterländische Begeisterung hauptsächlich der studentischen Jugend, andererseits das Kriegeleid und die Klagen verzweifelter Mütter, sie bekommen eine parodistische Darstellung von Fichtes „Reden an die Deutsche Nation“ zu hören und sie sehen fackelschwingende Furien, die zum Haß gegen den Tyrannen aufstacheln.

Aufgezogen ist das Stück als lebendes Puppenspiel: Alle handelnden Personen erscheinen als Marionetten, die nach Anweisung eines Theaterdirektors aus einer Kiste heraussteigen und am Schluß wieder darin verschwinden. Es sind auf der einen Seite kriegslüsterne Anhänger regierender Fürsten; auf der anderen Seite sind es historisch bekannte Patrioten. Philosophen, Dichter, Künstler und Erfinder sind es, die in einem großen Festzug über die Bühne ziehen und in der Art eines Rütli-Schwures verkünden, daß sie das Volk von der obrigkeitlichen Knechtschaft befreien wollen. Nicht in Erscheinung treten läßt Hauptmann die Fürsten. Nicht einmal Friedrich Wilhelm III. kommt in dem Stück vor, und sein Aufruf „An mein Volk“ bleibt unerwähnt. Nachdem der Eroberer aus Deutschland vertrieben ist, der Befreiungskampf also erfolgreich abgeschlossen ist, gipfelt das Werk in dem Auftritt einer „Athene-Deutschland“, die in einem großen Hymnus den Frieden lobpreist und ihn als das höchste Ziel, das ein Volk anstreben kann, darstellt.

Hauptmann mißbilligt hier den Eroberungskrieg, während er Kriegshandlungen, die der Verteidigung dienen, in Kauf nimmt, wenn es darum geht, ein Gewaltregime abzuschütteln. Sobald dies aber erreicht ist, ein unumgänglicher Krieg also seinen Zweck erfüllt hat, kann das Ziel nur noch der Friede sein. Und der wird sich einstellen, wenn Eros,¹ der älteste der Götter, unter den Menschen wirkt. So verkündet es Athene, und ihr Appell lautet: „Darum laßt uns Eros feiern!“

Die Uraufführung in der Jahrhunderthalle in Breslau fand am 31. Mai 1913 statt. Nachdem das Stück 9 weitere Aufführungen erlebt hat, wird plötzlich am 17. Juni in einem Extra-Blatt der Breslauer Morgenzeitung ein Beschluß der Ausstellungsleitung mitgeteilt, daß die heutige 11. Aufführung die letzte sei und danach weitere Aufführungen eingestellt werden. Der Magistrat der Stadt, der die Einstellung verfügt habe, verweigere über die Gründe dieser Entscheidung jede Auskunft. Von den insgesamt vorgesehen gewesenen 15 Aufführungen haben also nur 4 nicht stattgefunden.

¹ Eros (griechisch) = Liebe. Als Name bezeichnet das Wort den Liebesgott der Griechen.

Was war geschehen? Die Absetzung des Stückes ging zurück auf eine Drohung des preußischen Kronprinzen, Friedrich Wilhelm von Hohenzollern. Er hatte das Stück allerdings weder selbst gesehen noch auch nur gelesen, vielmehr hatte der Protest eines vaterländischen Vereins ihn zum Handeln veranlaßt. Dessen Vorstand wollte sich nicht damit abfinden, daß das Stück in die Vision eines künftigen Friedens mündet. In Deutschland herrschte Militarismus, und der wurde in dem Stück nicht propagiert. Die Vorstellungen, die ein Militarist von „vaterländischer Geschichte“ hatte, waren darin nicht zu finden. Man hatte anstelle der friedensstiftenden Athene eine waffenklirrende Germania erwartet.

Der Kronprinz also war es, der bei der Absetzung des Stückes die entscheidende Rolle spielte, denn er war der Protektor der gesamten Breslauer Feierlichkeiten. Nun drohte er damit, die Protektion zurückzuziehen. Das wollte der Magistrat nicht riskieren und setzte in eigener Entscheidung das Festspiel vom Programm ab. Dies wurde als ein von allerhöchster Seite ausgesprochenes Verbot empfunden, was es im Grunde genommen auch war. So hatten die Deutschen mit ihren Herrschern wieder einmal eine Affäre!

Der Hauptmann-Biograph Hans von Hülsen spricht von einem „beschämenden Skandal“. So beurteilten viele wohlmeinende Breslauer den Fall, und namhafte Persönlichkeiten aus ganz Schlesien und auch darüber hinaus empfanden das ebenso. Sie waren empört und brachten das auch in der Öffentlichkeit mit deutlichen Worten zum Ausdruck. Fortschrittlich gesinnte Reichstagsabgeordnete schickten einen entsprechenden Gruß an den Dichter. Dessen Antwort enthielt u.a. den Satz: „Niemand zu Lieb, niemand zu Leid habe ich meinen aufrichtigen Überzeugungen vom Wesen der großen Zeit als 50-jähriger Mann und Deutscher Ausdruck geben müssen“. Dieser wie eine Rechtfertigung klingende Satz stand in einem Danktelegramm, das der Dichter am 20. Juni 1913 an den Reichstagsabgeordneten und Hirschberger Stadtverordneten Dr. Ablaß geschickt hat.

6 Wochen später schreibt Hauptmann in einem privaten Brief in prophetischer Voraussicht einen Satz, der reichlich 1 Jahr später erschreckende Wirklichkeit werden sollte: „Wir werden bald ein Volk von Bajonetten und Kanonen sein, das losgeht wie eine Höllenmaschine, wenn man draufdrückt“. Hierzu schreibt Kurt Lothar Tank: „Es gehört zu den tragischen Lebenserfahrungen Gerhart Hauptmanns, daß seine Friedensmahnungen nicht gehört, daß sie mißverstanden und unterdrückt wurden“.

Über die Reaktionen der Öffentlichkeit berichtete die Hirschberger Tageszeitung „Der Bote aus dem Riesen-Gebirge“ in der Ausgabe vom 22.6. und druckte sogar das Telegramm des Dichters ab. Auf dieses Telegramm reagierte Dr. Ablaß, indem er in einem Zeitungsartikel eine Parallele zog zu einem Vorgang aus der literarischen Welt, der sich 100 Jahre zuvor abgespielt hatte. Die Zeitungsnotizen und der Aufsatz sind im Anschluß an den Text dieses Kapitels wiedergegeben.

Jahrzehnte später findet man in Büchern über Gerhart Hauptmann Bewertungen des Festspiels aus literatur-historischer Sicht.

So meint Paul Fechter, die Aufgabe, vor der Hauptmann mit diesem Stücke stand, sei aus einer Welt gekommen, die nicht die seine war. „Es mußte eine Katastrophe geben, und es gab sie: Das Festspiel brachte Hauptmann einen seiner stärksten Mißerfolge“.

Und Klaus Hildebrandt erklärt, die Entscheidung des Breslauer Magistrats, Hauptmann mit der Abfassung eines Festspiels für die Jahrhundertfeier der Freiheitskriege zu betrauen, sei ein Fehlgriff gewesen; der schlesische Dichter sei nicht der Mann gewesen, der dem Patriotismus in der gewünschten Weise dienen konnte. Immerhin aber habe er gezeigt, daß es damals einerseits Männer mit patriotischer Gesinnung gab und daß andererseits die Ansichten der Patrioten auf Widerstand stießen; eine Lobpreisung der Freiheit sei mit Auflehnung gegen die Obrigkeit gleichgesetzt worden. Jedenfalls sei das Festspiel in Sprache und Form „zweifellos mißlungen“.

Karl S. Guthke spricht von einem „scheinbar unpatriotisch-respektlosen Umspringen mit Gestalten und Ereignissen der nationalen Geschichte“. In den Augen des wilhelminischen Deutschland sei Hauptmann zum „Spielverderber“ geworden.

Eberhard Hilscher schließlich verweist auf einen Artikel in der monarchistischen Presse, in der das Festspiel als „Verhöhnung der heiligsten Erinnerungen des deutschen Volkes“ bezeichnet worden ist.

Im Gegensatz zu solchen Äußerungen bewertet Ernst Hardt das Hauptmannsche Stück so: „Wer in dem Festspiel Hauptmanns etwas anderes findet als jenen selben aufrechten männlichen Geist, dem Deutschland seine großen Taten dankt, der hat auch nicht ein Blatt unserer Geschichte verstanden. Was in diesen Protesten, in dieser Inhibierung laut geworden, das ist Deutschlands schlechtes Gewissen! Möge sein gutes vernehmbar werden“.

Diese kurze Zusammenstellung macht deutlich, daß das Festspiel auch in Fachkreisen durchaus unterschiedlich beurteilt wird, daß es also ein lohnender Gegenstand einer intensiven Diskussion sein kann. Das aber rechtfertigt gerade nicht ein Aufführungsverbot. Vielmehr sollte man sich wünschen, daß die interessierte Öffentlichkeit auch in der heutigen Zeit Gelegenheit bekommt, Aufführungen dieses Stückes zu erleben, um darüber diskutieren zu können.

Nachdem die politischen Verhältnisse in Deutschland sich gewandelt hatten, hat Gerhart Hauptmann sich durch seine Erfahrungen mit dem Festspiel nicht davon abhalten lassen, erneut ein festliches Stück zu schreiben. Er tat dies Anfang des Jahres 1925. Das Stück erhielt den Titel „Münchener Festaktus“ und wurde am 7. Mai 1925 in München anläßlich der Eröffnung des Deutschen Museums uraufgeführt.

Für dieses Kapitel genutzte Literatur

1. Behl, Carl F. W., Chronik von Gerhart Hauptmanns Leben und Schaffen (1993)
2. Fechter, Paul, Gerhart Hauptmann (1961)
3. Guthke, Karl S., Gerhart Hauptmann, Weltbild im Werk (1961)
4. Hardt, Ernst in Gerhart Hauptmanns Werke in 2 Bänden, Band I, Herausgeber und Verfasser: Gerhard Stenzel, Verlag „Das Bergland-Buch“
5. Hildebrandt, Klaus, Gerhart Hauptmann und die Geschichte (1968)

6. Hilscher, Eberhard, Gerhart Hauptmann - Leben und Werk (1996)
7. Von Hülsen, Hans, Freundschaft mit einem Genius (1947)
8. Sprengel, Peter, Gerhart Hauptmann, Epoche – Werk – Wirkung (1984)
9. Tank, Kurt Lothar, Gerhart Hauptmann mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten (1959, 26. Auflage November 2000)

Als Bruno Ablaß in Berlin in einer Sitzungspause des Reichstags aus der Zeitung vom Verbot weiterer Aufführungen des Festspiels erfahren hatte, schrieb er an Gerhart Hauptmann den folgenden Brief.

Mittwoch, den 18. Juni 1913

Hochverehrter Herr Hauptmann,

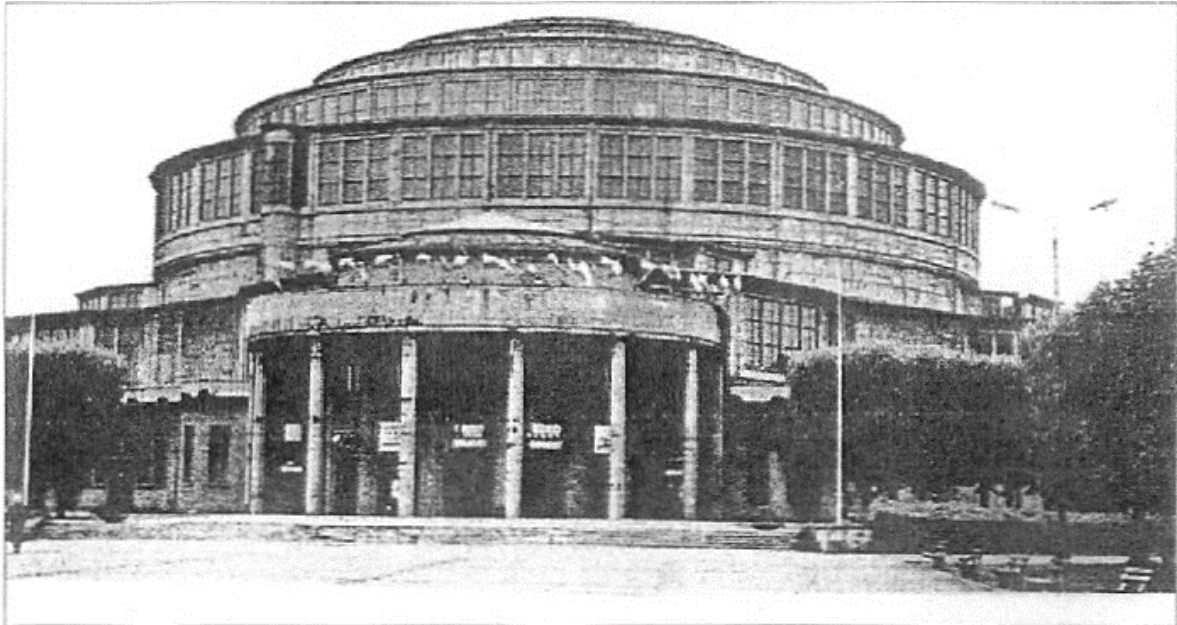
soeben lese ich im Berliner Tageblatt, daß Ihr Festspiel in Breslau nicht weiter aufgeführt werden soll. Daß im schwarz-blauen Preußen der Kampf zwischen dem Kronprinzen und einem Geistesheroen mit der Niederlage des geistig Überragenden endigen mußte, ist zur Zeit, wenigstens für den Eingeweihten, kein Wunder. Bedauerlich aber ist es einmal, daß der Sieg der Hofpartei errungen ist auf dem Boden Breslaus, der Hauptstadt Ihrer Heimatprovinz, und sodann, daß ein solcher Kampf überhaupt möglich war. Viele solcher Siege auf geistigem Gebiete darf sich das Hohenzollerntum nicht leisten. Das Beste, was hierüber gesagt werden kann, hat Stehr in wundervollem Freimute in der Breslauer Zeitung ausgeführt. Ihnen selbst kann der Ausgang der ganzen Angelegenheit schließlich gleichgültig sein. Ihren Ruhm tötet kein Prinz. Unter den jetzigen Umständen aber freue ich mich, daß Sie am Montag, 16.6. bei der Jubiläums-Bürgerfeier in Hirschberg nicht erschienen sind. Auf diese Weise sind Sie wenigstens auch von der bitteren Notwendigkeit verschont geblieben, eine wahre „Festdichtung“ patriotischer Überlieferung, wie sie Geheimrat Baer nach „von“ Lauffschem Rezept gefertigt hat, sich als Muster, wie man zu dichten hat, vorführen zu lassen. Am besten geht man über den Fall Kronprinz contra Hauptmann mit einem behaglichen Lachen hinweg.

Es grüßt Sie auf das Herzlichste

Ihr stets aufrichtig und treu ergebener

Ablaß

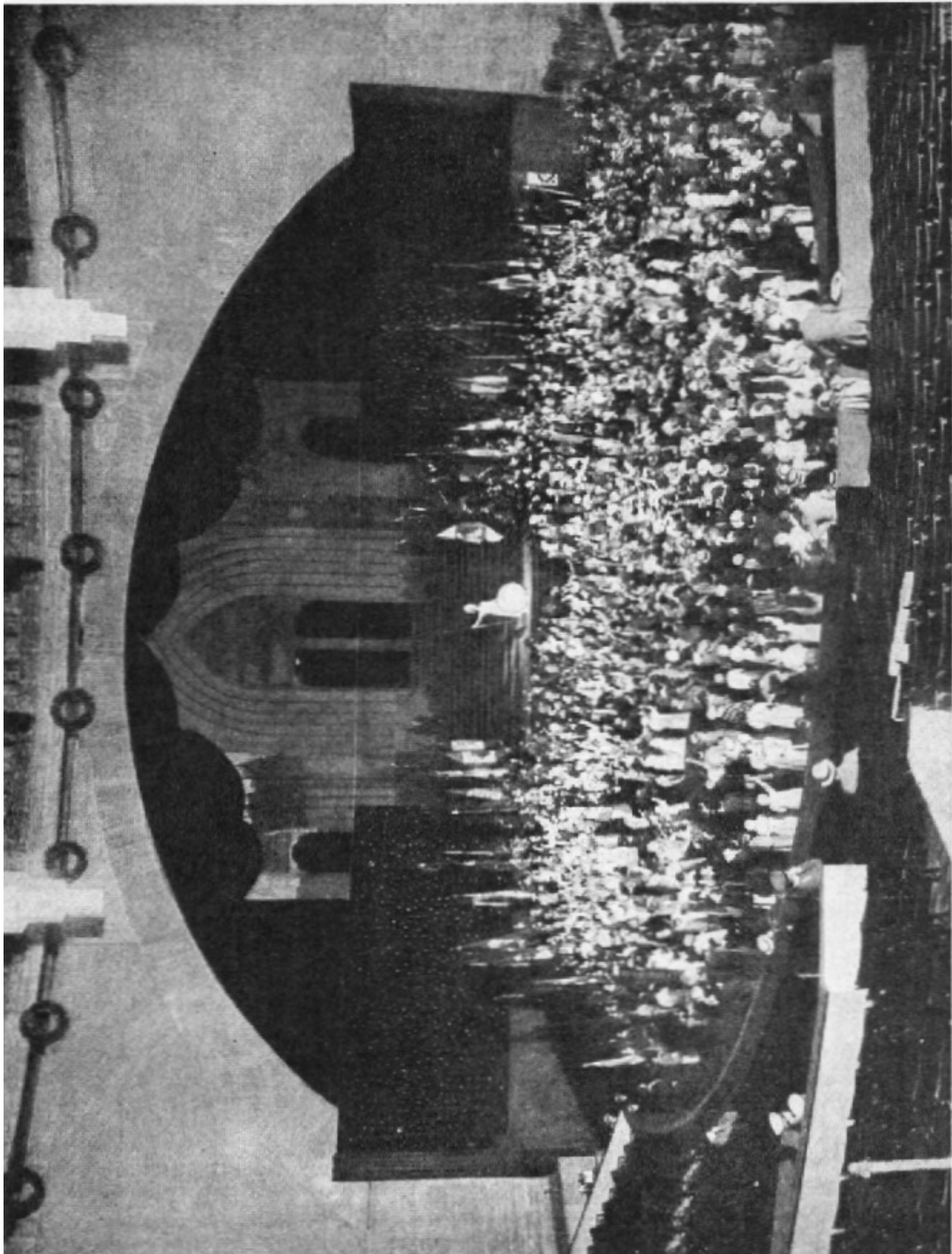




Breslauer Jahrhunderthalle.



Probe zum „Festspiel in deutschen Reimen“, Jahrhunderthalle Breslau, 1913. Sitzend v.l.n.r.: Ernst Stern, Max Reinhardt, Einar Nielson (Komponist); stehend v.l.n.r.: Architekt Max Berg, Rosa Bertens (Pythia), Gerhart Hauptmann.



Schlußszene in Gerhart Hauptmanns Festspiel in der Jahrhunderthalle
1913: Deutschland-Athene preist den Frieden.

Extra-Blatt der Breslauer

Morgen-Zeitung.

Truck und Verlag von Leopold Freund. — Expedition: Herren-Strasse 29

Dienstag, den 17. Juni 1913.

Das Gerhart Hauptmann-Festspiel verboten.

Die Ausstellungsleitung hat heute beschlossen, die weiteren Aufführungen des **Jahrhundert-Festspiels von Gerhart Hauptmann einzustellen**, sodaß heute die letzte Aufführung stattfindet.

Ueber die Gründe dieses seltsamen Beschlusses verweigert der Magistrat jede Auskunft.

Zwei Versionen sind im Umlauf.

Nach einer soll der **Kaiser** gestern der Deputation der Stadt Breslau, die ihm zum Regierungsjubiläum gratulierte, eine abfällige Bemerkung über das Hauptmannsche Festspiel gemacht haben.

Nach einer zweiten soll der **Kronprinz**, der Protector der Ausstellung, durch sein abfälliges Urtheil den bedauerlichen Beschluß veranlaßt haben.



Der Streit um Hauptmann.

Die gewaltsame Unterdrückung des Hauptmannschen Festspiels hat zu einer starken Gegenbewegung geführt. Kundgebungen über Kundgebungen laufen aus allen Teilen Deutschlands ein. Auf eine dieser Kundgebungen, auf den Gruß fortschrittlicher Abgeordneter aus dem Reichstage, hat der Dichter jetzt mit folgendem an den Reichstagsabgeordneten Dr. Ablaß gerichteten Telegramm geantwortet:

Aagnetendorf, 20. Juni.

„Allen aufrecht gesinnten Herren und insbesondere Ihnen, verehrter Herr Ablaß, tiefsten Dank. Nach dem, was ich jetzt erfahre und täglich erfahre, beglückwünsche ich mich zu der ungewollten Mission, die das Fatum mir zuteilt. Niemand zu Lieb, niemand zu Leid habe ich meinen aufrichtigen Ueberzeugungen vom Wesen der großen Zeit als 50jähriger Mann und Deutscher Ausdruck geben müssen. Und ich werde auch ferner zu meinem Wahlspruch halten: „Gehe Deines Weges grade, schenken wird sich Dir die Gnade.“ Womit ich aber nicht die Gnade von irgend jemand außer Gott meine, der allein sie zu vergeben hat.

Ihr dankbarer

Gerhart Hauptmann.“

Weitere Kundgebungen gegen die Maßregelung von Breslau sind in Vorbereitung. Die Breslauer Ortsgruppe des Goethebundes hat beschlossen, am Montag eine öffentliche Protestversammlung gegen die Absetzung des Hauptmannschen Festspieles abzuhalten. Gleichzeitig wurden dem Dichter telegraphisch die Sympathien des Goethebundes ausgedrückt und Gerhart Hauptmann gebeten, zu der Versammlung zu erscheinen. Ebenfalls am Montag veranstaltet der Schutzverband deutscher Schriftsteller in der Berliner Philharmonie eine Protestversammlung. Als Redner für den Abend sind die

Reichstagsabgeordneten Dr. Ablaß und Heine und der bekannte Berliner Kunstkritiker Elvesser gewonnen worden.

Der Verein „Freie Volksbühne, Berlin“ hat in seiner Generalversammlung einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Mit Bedauern, aber ohne Ueberraschung, nimmt die Generalversammlung der „Freien Volksbühne“ von dem Aufführungsverbot Kenntnis, von dem Gerhart Hauptmanns Festspiel in Breslau betroffen worden ist. Dieses Verbot ist kennzeichnend für den Geist der Unduldsamkeit, der das ganze künstlerisch schaffende Leben der Gegenwart in seinem Bann zu halten sucht und auch dem kulturfördernden Streben unserer Vereinigung alle erdenklichen Hindernisse in den Weg legt. Ebenso wenig aber, wie die Arbeit der „Freien Volksbühne“ durch polizeiliche Eingriffe ernstlich behindert werden kann, wird der Einspruch schlesischer Magnaten und Kriegervereine dem Urteil der Kulturwelt über den Dichter der „Weber“ Eintrag tun. Die Versammlung spricht die Hoffnung aus, daß sich alle geistig Freien des deutschen Volkes mit ihr im Protest gegen die unwürdige und beschämende Dichtermaßregelung von Breslau vereinigen werden.“

Auch der Münchener Journalisten- und Schriftstellerverein hat bereits Stellung genommen. Selbst ein Mann wie der Professor Graf du Moulin Eckart, der doch gewiß nationalistischen Tendenzen huldigt, sagte in seinem Referat, das Hauptmannsche Festspiel sei durchdrungen von einem nationalen Geiste. Ebenso traten Michael Georg Konrad und Chefredakteur Dr. Mohr sehr energisch gegen die konservativ-klerikale Kampagne auf. Die Versammlung beschloß, die Angelegenheit auf der Stuttgarter Tagung des Allgemeinen Journalisten- und Schriftstellerverbandes zur Verhandlung zu bringen.

Eine literaturgeschichtliche Parallele.

Von Dr. Bruno Ablaß.

In seinem Jahrhundert-Festspiel läßt Gerhart Hauptmann Heinrich von Kleist folgendes sagen:

„Rette uns vor dem Weltenknechter,
Dem unbarmherzigen Menschenverächter.
Aber da ist kein Widerstand,
Außer das Messer in meiner Hand.
Mein Tag würde anbrechen,
Könnt ich den Korsen niederstechen.“

Durch diese Worte charakterisiert der Dichter unserer Zeit den von glühender Vaterlandsliebe durchlohten Freiheitssänger Kleist, der zu Anfang des vorigen Jahrhunderts den preußischen und deutschen Patriotismus wieder zu erwecken versuchte,

um das Volk von einer unerträglichen Fremdherrschaft zu befreien. Gleichzeitig sind diese Worte Hauptmann's offenbar auch eingegeben als Reaktion auf die heutzutage übliche Napoleonsverehrung, die man als unangebracht und sogar als unzulässig empfinden muß.

Im Jahre 1808 hatte Heinrich von Kleist sein Schauspiel „Die Hermannsschlacht“ beendet, das jetzt auch jeder preußische Ueberpatriot als „das“ nationale Drama der Deutschen gelten läßt und das nicht zu loben heute als ein Zeichen literarischer und politischer Rückständigkeit gilt. Aber wie ganz anders stand seine eigene Zeit dem mächtigen Werke gegenüber! Für den, der sich die Augen freihalten will von den verdunkelnden Schatten systematisch bearbeiteter Einseitigkeit, gibt es nichts Lehrreicheres als geschichtliche Analogien.

Am Neujahrstage 1809 schickte Heinrich von Kleist die „Hermannsschlacht“ an Heinrich Joseph von Collin² mit dem Ersuchen, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß das Werk in Wien vom Burgtheater aufgeführt werde. Das Stück aber erschien den Wiener Machthabern zu kühn, zu aufrührerisch, zu politisch bedenklich. Man wollte sich nicht kompromittieren durch die Förderung eines Mannes, der den Freiheitskampf predigte, und so lehnte man das herrliche Drama ab mit den kleinlichsten Zensurbedenken. Da aber Wien damals tonangebend war auf dem Gebiete des Theaters und außerdem dem französischen Diktator gegenüber unabhängiger dastand als andere deutsche Städte, so war zunächst dem Kleistschen Schauspiele das Todesurteil für ganz Deutschland gesprochen. Es schien für immer ausgeschlossen von der deutschen Bühne und galt als verdammt, der Vergessenheit anheimzufallen.

In der Wiener Ablehnung lag aber nicht etwa der Mißgriff einer einzelnen Bühnenleitung vor. Seine ganze Zeit stand dem stürmenden Dichter mit dem über-vollen Herzen und der genialen Rücksichtslosigkeit, die ihn eigene Wege gehen hieß, fast völlig verständnislos gegenüber. Als er in der von ihm zusammen mit Adam Müller redigierten monatlich erscheinenden Kunstzeitschrift „Phöbus“ seine von unerhörter Genialität getragene, auch erst in unserer Zeit dem Verständnis und richtiger Würdigung voll erschlossene „Penthesilea“ veröffentlichte und das Stück des Journales an Goethe schickte, äußerte sich dieser über den poetischen Gehalt des Stückes überhaupt nicht, sondern sprach in dem Briefe an Kleist nur sein Verdikt über die seiner Ansicht nach fehlerhafte, unkünstlerische Form aus mit den Worten: „Erlauben Sie mir zu sagen, daß es mich immer betrübt und bekümmert, wenn ich junge Männer von Geist und Talent sehe, die auf ein Theater warten, welches da kommen soll. Ein Jude, der auf den Messias, ein Christ, der aufs neue Jerusalem, und ein Portugiese, der auf Don Sebastian wartet, machen mir kein größeres Mißbehagen. Vor jedem Brettergerüste möchte ich dem

² Österreichischer Dichter, 1771 – 1811, schrieb patriotische Lyrik und Balladen sowie Dramen. Verfasser des Schauspiels ‚Coriolan‘, zu dem Beethoven die Coriolan-Ouvertüre komponierte.

wahrhaft theatralischen Genie sagen: hic Rhodus, hic salta!“³ So unrichtig beurteilte der Olympier die Schöpfung eines genialen Epigonen, den er dadurch aufs Aeüßerste verletzte. Man sieht, wie falsch das Urteil der Zeitgenossen gegen Männer ausfallen kann, die jede Schablone verwerfen. Was Heinrich von Kleist zu seiner Zeit anrühlig und verdächtig machte und dem Boykott jeder Art aussetzte, war außer seiner künstlerischen Unabhängigkeit seine von allen untergeordneten Nebenabsichten und einseitigem Partikularismus unbeeinflusste, durch und durch großdeutsche Gesinnung. Darum mußte er so lange geächtet werden, bis er verzweifelnd an seinen Idealen dem Selbstmord verfiel. Vorher aber vernichtete er noch alle seine Manuskripte, darunter auch das der Hermannsschlacht, von dem aber Tieck eine Abschrift besessen haben muß, da er sie im Jahre 1821 in den hinterlassenen Schriften Kleists zum Abdruck brachte.

Als Heinrich von Kleist wegen der erbetenen Aufführung der Hermannsschlacht aus Wien keinen Bescheid erhielt, wandte er sich am 20. April 1809 nochmals an Collin mit folgenden Zeilen:

„Doch, wie steht's, mein Freund, mit der Hermannsschlacht? Sie können sich leicht denken, wie sehr mir die Aufführung dieses Stückes, das einzig und allein auf diesen Augenblick berechnet war, am Herzen liegt. Schreiben Sie mir bald: es wird gegeben; jede Bedingung ist mir gleichgültig, ich schenke es den Deutschen; machen Sie nur, daß es gegeben wird.“ Aber die Deutschen verschmähten das Geschenk. Clemens Brentano äußerte sich darüber charakteristisch folgendermaßen: „Sein letztes Trauerspiel Arminius darf nicht gedruckt werden, weil es zu sehr unsere Zeit betrifft.“ Und der Vater Theodor Körners schrieb darüber an seinen Sohn nicht weniger bezeichnend: „Sonderbarerweise hat es aber Bezug auf die jetzigen Zeitverhältnisse und kann daher nicht gedruckt werden. Ich liebe es nicht, daß man seine Dichtungen an die Wirklichkeit anknüpft. Eben um den drückenden Verhältnissen des Wirklichen zu entgehen, flüchtet man sich ja so gern in das Reich der Phantasie.“

Selbstverständlich nahmen alle waschechten Perücken Anstoß an der titanischen Dichtung. Die zünftigen Literaturprofessoren bemängelten gleichermaßen die Tendenz des Stückes wie seine künstlerische Form. Man vermißte darin den behördlich abgestempelten, der Zeit entsprechenden Ideengang und fand, daß nicht alle Versfüße richtig gebaut seien. Es war eine ersprießliche Aufgabe für alle Jambenmesser und Silbenstecher, nachzuweisen, wo Heinrich von Kleist metrische Verstöße begangen habe. Sogar Ludwig Tieck, dem wir für das Verständnis Heinrichs von Kleist so unendlich viel zu verdanken haben, schrieb über die Form der Hermannsschlacht folgendes: „Sprache und Verse sind in diesem Gedicht freier, als in allen übrigen Stücken des Verfassers; er kümmerte sich zuweilen gar nicht um den gewöhnlichen Jambus, bald mehr, bald weniger Füße. Dadurch erhalten viele Stellen einen heroischen, hymnenartigen Rhythmus; zuweilen aber

³ Lateinischer Ausspruch, der einen Prahler dazu auffordert, sich nicht mit anderswo vollbrachten Leistungen zu brüsten, sondern sein Können hier und jetzt zu zeigen.

scheint die Abweichung auch nur aus Eile hervorgegangen zu sein, und der Verfasser hätte vielleicht manchen Vers und manche Ausdrücke in Zukunft verbessert.“

Erst im Kriegsjahre 1870 erfuhr die Hermannsschlacht ihre verdiente Wiedergeburt. Wie Schuppen fiel es dem deutschen Volke von den Augen, und man erkannte, leider nur wie so oft viel zu spät, welcher patriotische und künstlerische Wert in dem großen Zeitgedicht des viel verlästerten Dichters steckt. Nun begann der Kultus der Verehrung eines Mannes so recht eigentlich, den seine undankbare Mitwelt vorzeitig in den selbstgewählten Tod getrieben hatte. Hält es doch jetzt sogar der Breslauer Literaturprofessor Max Koch, der einen unerhört scharfen Artikel gegen Gerhart Hauptmann in der Zeitschrift „Bühne und Welt“ veröffentlicht hat, der aber freilich darin von der Mehrzahl seiner gelehrten Kollegen in Breslau gründlich im Stiche gelassen wird, für angebracht, jetzt „das vom Geist der Befreiungskriege wie kein anderes Drama durchglühte Werk hoher Dichtung“ zu preisen. Merkt denn der Herr Prof. Koch gar nicht die Analogie zwischen der von den meisten Zeitgenossen verachteten und preisgegebenen Hermannsschlacht und dem nach meiner Ansicht nicht minder wertvollen, ebenfalls den Geist der Befreiungskriege mit Allgewalt verkündenden Festspiel Gerhart Hauptmanns? Es ist ein eigener pikanter und der Ironie nicht entbehrender Wechselfall, daß Gerhart Hauptmanns Festspiel, das dank der Kraft- und Mutlosigkeit des Breslauer Magistrats von der Bühne verschwinden mußte, unmittelbar nachher abgelöst wurde von Kleists Hermannsschlacht. Deutsche Studenten spielen in Breslau die Hermannsschlacht, so wie im vorigen Jahre in Leipzig deutsche Studenten Gerhart Hauptmann zu Ehren seinen Florian Geyer aufführten, der ebenfalls von einem großen Teile der Kritik bei seinem Erscheinen ungünstig beurteilt wurde, schon jetzt aber richtig als das erkannt worden ist, was er in Wahrheit ist: ein literarisches Meisterwerk. Keine unter noch so hoher Führung stehende literarische und unliterarische Parteibildung wird dem Siegeszuge des Gerhart Hauptmannschen Genies Einhalt gebieten. Er hat sich bisher durchgesetzt allen Widerständen zum Trotz kraft seiner Eigenart. Aber trösten kann sich Gerhart Hauptmann, selbst wenn ihn der Magistrat der Hauptstadt seiner Heimatprovinz noch so schmäzlich im Stiche gelassen hat, mit dem ernstesten Motto, das Heinrich von Kleist seiner Hermannsschlacht vorausgeschickt hat:

„Wehe, mein Vaterland, dir! Die Leier zum Ruhm dir zu schlagen,
Ist, getreu dir im Schoß, mir, deinem Dichter, verwehrt!“

Kapitel 11. Kriegsgefangenschaft in Rußland

Am 17. Juli 1914 brach der Reichstagsabgeordnete Dr. Ablaß zusammen mit seiner Gattin zu einer Auslandsreise auf. Das Reiseziel war Rußland. Warum gerade dieses Land? Weil es ein Land war, von dem die Deutschen damals keine richtige Vorstellung hatten; Dr. A. ahnte, daß Rußland ein Land unbegrenzter Möglichkeiten sein müsse, wenn auch in anderer Hinsicht als Amerika. Er und seine Gattin wollten ihr Wissen über dieses Land vervollkommen; an Ort und Stelle wollten sie Eindrücke sammeln, Kunstschatze bewundern und sich ein Bild von Land und Leuten machen. In gewissem Sinne wollten sie das Land studieren; später hat Dr. A. diese Reise als Studienreise bezeichnet. Er wollte vermeiden, daß sich in ihm ein Vorurteil über das Land einnistet, etwa das Vorurteil, daß man dieses Land nur bemitleiden könne oder gar verachten müsse.

Viel Zeit, in dieser Richtung Erfahrungen über Rußland zu machen, hatten die Eheleute nicht; die Zeit der positiven Eindrücke währte nur wenige Tage. Zwei Wochen, nachdem sie das Land betreten hatten, brach ein Krieg aus, der später zum Weltkrieg wurde und den man noch später den 1. Weltkrieg zu nennen gelernt hat. Dieser Krieg verhinderte weitere Studien der erhofften Art. Dennoch konnten sie Rußland studieren, allerdings in einer ganz anderen Hinsicht, als sie es erwartet hatten. Die Eheleute wurden der Spionagetätigkeit bezichtigt und als Kriegsgefangene behandelt. Man brachte sie für 2 Tage ins politische Gefängnis, wo ein Aufenthalt alles andere als angenehm war. Danach mussten sie nach Wologda; das ist ein Bahnknotenpunkt, der an der Bahnlinie von St. Petersburg nach Jekaterinburg liegt. Dort waren sie monatelang zusammen mit einer großen Schar anderer Gefangener unter menschenunwürdigen Verhältnissen in überfüllten Quartieren untergebracht. Für Verpflegung mussten alle selbst sorgen. Sie erlebten den Einbruch des Winters, auf den aber niemand vorbereitet war.

Fast 4 Monate waren sie Gefangene und mußten dort ausharren, ehe sie das Land, das ihnen zum Alptraum geworden war, verlassen durften. Ermöglicht wurde dies durch den Umstand, daß auch in Deutschland Bürger aus dem nunmehrigen Feindesland festgehalten wurden, sodaß zwischen den beiden Regierungen ein Gefangenenaustausch arrangiert werden konnte.

Bis dahin bangten in Hirschberg nicht nur die 5 Kinder um ihre Eltern und auch nicht nur Freunde und Bekannte, sondern die ganze Stadt war in Aufregung. Und als die Kunde kam, sie hätten Rußland verlassen, fieberte ganz Hirschberg der hoffentlich baldigen Heimkehr entgegen. Daß hier ein kollektives Mitgefühl entstanden war, muß selbst einem Außenstehenden klar werden, wenn er den nachstehend wiedergegebenen Text des Vortrages von Dr. A. und die beiden in der Hirschberger Tageszeitung gebrachten kurzen Notizen über die Heimkehr der beiden hochgeschätzten Mitbürger und über den in der Heimatstadt bevorstehenden freudigen Empfang gelesen hat.

Zum Weihnachtsfest 1914 erhielt Bruno Ablaß von Gerhart Hauptmann einen Freundesbrief mit „wundervollen Worten der Begrüßung“. Aus dem Antwortbrief

erfährt man, daß Dr. A. in der beengten Klause in Rußland im Kreise treuer deutscher Freunde aus einem Werk von Hauptmann den Abschnitt mit einem Briefwechsel zwischen Hauptmann und Romain Rolland vorgelesen und damit bei allen Zuhörern in der damaligen Geistesnot einen unbeschreiblichen Jubel ausgelöst hat. Der Brief endet mit der Aussage: „So stand ich auch im fernen Osten in geistiger Verbindung mit Ihnen, und es ist mir eine Freude, Ihnen das heute aussprechen zu dürfen“.

Im Kriegsjahr 1915 gab ein Berliner Verlag ein Buch heraus mit dem Titel „Die Behandlung der Deutschen in England, Frankreich und Rußland“, Untertitel: „Auf Grund von Briefen Zurückgekehrter und Zurückgehaltener zusammenfassend dargestellt“. Zu diesem Buch hat Dr. A. ein Geleitwort geschrieben. Darin hebt er anklagend hervor, daß der Krieg in den von ihm betroffenen Ländern nicht nur eine Spur hinterlassen hat und ständig weiter hinterläßt, die aus zerstörten Städten und Dörfern, verwüsteten Feldern und zertretenen Saaten besteht, sondern daß er sich vor allem zu einem mörderischen Ringen entwickelt hat, sodaß überall Grauen und Entsetzen herrscht, wenn auch bisweilen gepaart mit Siegeszuversicht. Besonders traurig aber sei das Los der deutschen Kriegsgefangenen und derjenigen Deutschen, die sich im heutigen Feindesland seit langem als friedliche Bewohner aufhalten. Aus der eigenen Erfahrung einer viermonatigen Kriegsgefangenschaft schildert Dr. A. die seelischen und körperlichen Leiden, die die erzwungene Abwesenheit von der Heimat diesen Menschen bereitet; schutzlos seien sie dem Hunger, der Kälte und dem Wahnsinn preisgegeben. Auf das unseelige Schicksal dieser zahllosen Menschen hinzuweisen, sei der Zweck der nachfolgenden Schrift. In ihr wird das Vaterland dazu aufgerufen, eine heilige Pflicht zu erfüllen, indem es dafür sorgt, daß der unendlich schwere Druck, unter dem die auf fremdem Territorium ausharrenden Menschen stehen, gemildert wird. Nichts dürfe unversucht gelassen werden, um diesem ungeheuren Elend zu steuern. Die jetzigen Feinde hätten bisher nicht eingesehen, daß sie sich auch im Kriege nicht gegen die Gebote der Menschlichkeit versündigen dürfen. Eile in der Hilfstätigkeit sei geboten, denn jeder Tag bringe unerträglich viele menschliche Verluste, und das deshalb, weil unsere Feinde sich als Verächter jeglicher Gesittung erwiesen hätten.

Das Geleitwort endet mit dem Ruf „Auf zur Hilfe!“

Viel später, nämlich zu Weihnachten 1941, wenige Monate vor seinem Tode, hat Bruno Ablaß einen kleinen Band seiner Gedichte angelegt und diese Zusammenstellung seiner Gattin gewidmet. Eins dieser Gedichte befaßt sich mit der Gefangenschaft in Rußland und fängt die Stimmung ein, die die beiden Reisenden dort umfing. Das Gedicht endet mit einem sehr privaten Bekenntnis. Seitdem sind mehr als 76 Jahre vergangen, also mehr als der Zeitraum, den das Leben von Bruno Ablaß gedauert hat. Es erscheint deshalb vertretbar, zusammen mit allem anderen, was über die Persönlichkeit von Dr. A. hier darzustellen ist, auch diesen privaten Text nunmehr einem verständigen Leserpublikum nicht vorzuenthalten.



Mittwoch, den 2. Dezember 1914

Reichstagsabgeordneter Dr. Ablaß befindet sich auf der Heimreise! Diese hocherfreuliche Nachricht können wir unseren Lesern heute mitteilen. Justizrat Dr. Ablaß hat von Stockholm aus seinen Kindern telegraphiert, daß er und seine Frau sich wohlbefinden und die Heimreise angetreten hätten; nähere Nachrichten würden folgen. – So dürfen wir also nun hoffen, unseren Dr. Ablaß bald wieder in der Heimat begrüßen zu können. Die Freude darüber dürfte allgemein sein. Wie es Dr. Ablaß gelungen ist, sich aus der Kriegsgefangenschaft in Wologda freizumachen, das können wir natürlich erst von ihm selbst hören. Die Heimat wird ihm sicher einen freudigen Empfang bereiten.

Freitag, den 4. Dezember 1914

Lokales und Provinzielles,
Hirschberg, 4. Dezember 1914

Justizrat Dr. Ablaß ist heute, Donnerstag nachmittags, mit seiner Gattin im besten Wohlsein in Hirschberg wieder eingetroffen.

*Aus d. Sonntagsz. f. Danzig
Jahrg. n. d. J. 14/15 Z. 16.*

■ Seite 375



Reichstagsabgeordneter Dr. Ablas
aus Hirschberg in Schlesien, der sich bei
Ausbruch des Weltkrieges in Rußland be-
fand und dort gefangen gehalten wurde, ist
jetzt von der russischen Regierung freigelassen
worden und kehrte mit seiner Gattin nach
Deutschland zurück. Er hat am eignen Leibe
erfahren müssen, wie schlecht die deutschen
Gefangenen in Rußland behandelt werden.

Bote aus dem Riesengebirge Dienstag, den 15. Dezember 1914

Vier Monate in russischer Kriegsgefangenschaft.

Vortrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Ablaß
zu Hirschberg i. Schl. 12. Dez. 1914 in der Aula der Oberrealschule.

Es ist gewiß ein Gefühl aufrichtiger Freude, daß es mir heute Abend beschert ist, in meiner geliebten Heimatstadt sprechen zu dürfen. Nur der versteht dies Glück ganz auszuschöpfen, der es eine lange Zeit hat entbehren müssen. Wenn ich zurückblicke auf die Tage, die ich drüben in Feindesland verbracht habe, so muß ich bekennen, daß ich den Zweifel nicht los werden konnte, ob es mir vergönnt sein würde, wiederzukommen, und ich noch einmal in der Lage sein würde, vor Ihnen sprechen zu können. Es waren bitterböse Tage da drüben. Doppelt ist meine Freude, reiner und inniger, wenn ich sehe, wie ich begrüßt worden bin. Ich erinnere mich in diesem Gefühl einer Begebenheit, die ich in Wologda erlebt habe: Fünf Kriegsgefangene saßen wir zusammen und sangen das Lied „Aus der Jugendzeit“. Es wurde uns weh ums Herz, als wir fühlten, daß wir vielleicht niemals unsere Heimat wiedersehen würden. Nun, da ich hier bin, ist dieses Glücksgefühl ein vollkommenes, wenn ich auch zugeben muß, daß es mich schmerzt, so viele Freunde drüben zu wissen, und daß sie vielleicht nie mehr die Heimat sehen werden.

Wie bin ich nun in diese Kriegsgefangenschaft geraten? Viele haben mir beim Abschied und bei der Rückkehr gesagt: Warum sind Sie überhaupt nach Rußland gereist? Welcher vernünftige Mensch fährt überhaupt nach Rußland?! Ich habe das Ausland aufgesucht, um mein Wissen zu vervollkommen. Nichts bildet so sehr wie das Reisen. Es pflanzt in den Menschen die Liebe zur Heimat ein. Und warum gerade nach Rußland? Rußland ist viel mehr als Amerika das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Es ist das Land, von dem wir in Deutschland so gut wie gar keine richtige Vorstellung haben. Rußland ist nicht das Land, für das man nur einen mitleidigen Blick und im Munde ein Wort der Verachtung hat. Ich ging hinüber, es zu studieren. Wir alle sind jetzt Feinde des Landes. Aber ich habe so viel Objektivität bewahrt, zu bekennen, daß es der Mühe wert ist, das Land kennenzulernen. Bei mir kommt noch ein Zweites hinzu. Als Politiker wird man nicht umhin können, dem Studium der Volkswirtschaft dieses Landes einige Aufmerksamkeit zu schenken. Was wir dort sehen, kann uns allen vielfach ein Ansporn sein. Ich erinnere nur an die Aufhebung der Leibeigenschaft. Wir stehen mit Stauen davor, wie es möglich war, die Befreiung des Bauernstandes so herbeizuführen, wie es in Rußland geschehen ist. Das Volk selbst kennenzulernen, ist der Mühe wert und eine würdige Aufgabe. Es ist gutmütig und von einer großen Tiefe

des Empfindens. Wir haben bitter zu leiden gehabt und uns durch viele Drangsale hindurchgekämpft. Aber die Bevölkerung selbst hat sich zuerst gutherzig und rein menschlich benommen, und wir haben feststellen können, daß der Haß nicht alle Triebe des menschlichen Herzens überwuchert hat. Gefesselt hat mich vor allem die russische Kultur. Carl Hauptmann schrieb mir ein: „Wir alle lieben die Russen“. Er meinte damit die russische Literatur. Was er damit schrieb, das war es, was ich durchaus im Herzen trage. Wir erinnern uns alle des großen Leo Tolstoi, des Mannes, dessen Größe auf literarischem und sittlichem Gebiet so leicht von keinem Denker der Neuzeit erreicht ist. Aber damals, als wir den Entschluß faßten, Rußland zu studieren, damals war in keiner Weise daran zu denken, daß ein europäischer Krieg bevorstünde. Als wir uns am 17. Juli auf dem Dampfer „Prinz Eitel Friedrich“ in Stettin zur Reise nach Petersburg einschifften, war freilich schon der grausige Mord von Sarajevo verübt, aber damals glaubten wir nicht, daß sich daraus ein Weltbrand entwickeln würde. Wir glaubten, daß der Frevel Serbiens unterdrückt werde und es den Kulturvölkern gelingen werde, die Vergeltungsansprüche Oesterreich-Ungarns zu befriedigen und das Konzert der Mächte zu einem Zusammenklang zu bringen. Wir glaubten weiter, daß, ehe diese Verhandlungen in Gang kommen, wir längst wieder heil aus Rußland heraus sein werden. Es wäre auch so gekommen, wenn nicht der hinterlistige Plan Englands in dieser Beziehung Deutschland einen Strich durch die Rechnung gemacht hätte.

Die Reise nach Petersburg hatte für mich eine Fülle unvergänglicher Eindrücke gezeitigt. Wer Petersburg nicht kennt, ahnt nicht, welchen Eindruck diese Stadt macht. Man sieht die Schöpfungen eines der größten Herrscher der Weltgeschichte, Peters des Großen, jenes Mannes, der ein Kulturmonarch im eigensten Sinne des Wortes gewesen ist, der die Früchte westeuropäischer Kultur zu verwerten wußte und die Hauptstadt zum Ausgangspunkt der Grundsätze einer modernen Kultur machte. Ich habe es als eine Schmach empfunden, daß das russische Volk es verstanden hat, das Andenken seines größten Herrschers dadurch zu verunglimpfen, daß es in der Antastung seines Geisteswerkes sogar den Namen Petersburg ausrottet und ihn umgewandelt hat in Petrograd. Petersburg ist aufgebaut zumeist auf deutscher Kultur. Wer jetzt Petersburg besucht hat, wird erstaunt sein darüber, welchen himmelstürmenden Einfluß das Deutschtum in Rußland hat. Jetzt geht das Streben Rußlands dahin, alles Deutschtum rettungslos auszurotten. Aber wir können mit Stolz darauf blicken, daß das Deutschtum Kulturkeime gelegt hat in das Slawentum und die Pioniere unserer Kultur breite Furchen gezogen haben in das teilweise noch jungfräuliche Land. Was wir in künstlerischer Beziehung in Petersburg genossen haben, will ich hier nicht näher berühren. Dagegen möchte ich das, was mich in politischer Beziehung gefesselt hat, kurz ausführen.

Noch ehe wir Kronstadt erreichten, erregte es unser Interesse, daß ein russisches Kriegsschiff auf dem Meere manövrierte und dort mit scharfen Geschossen auf Ziele schoß. Wir konnten uns auch überzeugen, daß alle Schüsse in die Treffgrenze kamen. Wir sahen auch die französischen Kriegsschiffe „Jean Bart“ und „La France“. Es war für mich ein eigentümliches Gefühl, zu wissen, daß an der

Spitze der französischen Regierung ein Mann wie Viviani stand, ein Mann, von dem man wußte, daß er ein Anhänger des Sozialismus sei. Zu dieser Zeit brach auch eine Revolte aus, die drei Tage lang Petersburg beunruhigt hat. Der ganze Verkehr der Straßenbahn war zumeist eingestellt. Unzählige elektrische Wagen wurden umgeworfen, sogar Züge auf den Eisenbahnstrecken zum Stehen gebracht und ein Streik inszeniert. Es mag für den Sozialistenführer ein eigentümliches Gefühl gewesen sein, ein Gast des Zaren zu sein in einem Augenblick, in dem die Parteigenossen demonstrierten. – Von einer Kriegsbegeisterung war in Rußland damals nichts zu merken. Das einzige, was wir sahen, war, daß einige Matrosen Arm in Arm durch die Straßen zogen. Wir glaubten nicht, daß sich das Volk begeistern würde bei einem Kriege gegen uns.

Nach fünf Tagen verließen wir Petersburg, fuhren nach Rybinsk und traten von hier die Wolgareise an. Hierbei kam mir der Eindruck der Schwermut zum Bewußtsein, der die großen russischen Geistesheroen beherrscht. Als wir auf dem Kreml in Nischni-Nowgorod standen und hinüberschauten auf die ausgedehnten Wiesen und unendlichen Fernen und den Eindruck der Stille auf uns wirken ließen, da kam uns die Empfindung, daß dieses Land einem schlafenden Riesen gleicht. Es bedürfte nur der Weckung dieses Volkes und seiner Erfüllung mit dem Streben nach Zivilisation und Kultur. Es sollte hier die große Weltmesse beginnen. Den Eindruck werde ich nie vergessen. Aus allen Ländern, aus Asien, Afrika waren Völker herbeigeeilt, alle Stände waren vertreten, um ihre Waren auszubieten. Was man dort in der Entwicklung einer tüchtigen Geschäftskraft sah, war allen Respektes würdig. Anschaulich trat auch hier schon das Elend der breiten Masse zu Tage. Das Elend der Obdachlosen zeigte sich deutlich.

Als wir nach Kasan kamen, überraschte uns das Extrablatt, daß Oesterreich-Ungarn den Krieg an Serbien erklärt hätte. An Bord befanden sich in unserer Reisesgesellschaft noch fünf Damen und vier Herren. Wir hatten von jetzt ab keine vergnügliche Stunde mehr. Kein Gespräch konnten wir führen, das nicht von russischen Offizieren, die das Schiff bestiegen hatten, ununterbrochen beobachtet worden wäre. Jedes Gespräch wurde auf das peinlichste überwacht. So erreichten wir Saratow. Die Stadt glich einem Heerlager. Wenn Rußland es so darzustellen sucht, daß Deutschland den Krieg vom Zaune brach, so weiß ich, daß das unwahr ist; denn Rußland hatte schon vorher mobilisiert. Ein deutscher Kapitän wurde schon vor der Kriegserklärung festgehalten, in Riga durften deutsche Dampfer und deutsche Militärpflichtige den Hafen nicht mehr verlassen. Daraus geht hervor, daß es eitel Spiegelfechtereie ist, wenn behauptet wird, Deutschland hätte den Krieg leichtsinnig erklärt; denn Russland war schon vorher in kriegerischer Rüstung.

Als wir versuchten, Fahrkarten nach Moskau zu bekommen, wurde uns mitgeteilt, daß der Fahrplan aufgehoben sei und nur Züge zur Aufnahme von Militär verkehren. Es gelang uns aber doch, einen Zug zu benutzen, und so gelangten wir am 1. August nach Moskau. Neu ausgehobene Truppen zogen unausgesetzt durch die Stadt. Als wir den Kreml in dem Glanz der Sonne liegen sahen, befahl mich

für einen Augenblick der Gedanke, ob nicht etwa Deutschland vor der russischen Uebermacht zusammenbrechen würde wie einst das französische Heer unter Napoleon I. Auf Schritt und Tritt verfolgten uns die geschichtlichen Erinnerungen. Ueberall aber war es der erhebende deutsch-patriotische Gedanke, der uns mit Allgewalt gefesselt hielt. Am Nachmittag des 2. August erschien die Kriegserklärung Deutschlands an Rußland. Nun waren die eisernen Würfel gefallen. Ich begrüßte es mit aufrichtiger Freude. – Doch an unseren Nerven rüttelte es mit aller Gewalt, als wir die Tretjakow-Galerie besuchten und vor einem Meisterwerk Rjepins (Iwan der Schreckliche an der Leiche seines Sohnes) standen, einem Bilde, vor dem viele russische Damen Nervenankfälle bekommen, weil es in seinem Realismus bis in das innerste Mark greift. Da bei dem Anblick dieses Bildes wurde mir ein Extrablatt in die Hand gedrückt, aus dem ich erfuhr, daß in Frankreich Jaurès¹ ermordet worden war. Die Ereignisse platzten jetzt förmlich aufeinander und wir hatten nur einen Gedanken: zurück in unsere geliebte Heimat! Aber es ging nicht sogleich. Am ersten Abend waren die Züge überfüllt und erst am zweiten Abend konnten wir uns eine Fahrkarte nach Petersburg verschaffen. Die Abreise ging schnell vor sich. Auf den Haltestellen wurden Bilder des Zaren und Heiligenbilder herumgetragen. Leute aus der Volksmasse traten an den Zug und sahen, ob sich Deutsche darin befänden. Wir zogen uns vorsichtig ins Innere der Abteile zurück. Die Aufregung war auf das höchste gestiegen. Aus den Fenstern bemerkten wir, daß auf den Feldern nur noch Frauen arbeiteten, die Pferde waren requiriert worden. Endlich erreichten wir zum zweiten Male Petersburg.

Dieser zweite Aufenthalt in Petersburg hatte unendlich viel Aufregendes. Ich machte mich alsbald auf den Weg zur amerikanischen Botschaft, um zu erfahren, ob es ratsam wäre, aus Russland abzureisen. Man riet uns, nichts zu unternehmen, sondern lieber abzuwarten, bis von der russischen Regierung Mitteilung gemacht würde, daß die Deutschen Rußland zu verlassen hätten. Eine große Aufregung bemächtigte sich unser, als die deutsche Botschaft zur Nacht vom Pöbel gestürmt und dabei der Dragoman Kattner ermordet wurde. Diese Ermordung Kattners war geradezu ein Werk der russischen Polizei: denn sie hat dem Treiben der rohen Masse untätig zugesehen. In fünf Minuten Entfernung lagen die russischen Kasernen. Es wäre ein leichtes gewesen, telephonisch eine Soldatenabteilung herbeizurufen und den Platz räumen zu lassen. Aber man ließ die ganze Nacht die Horde wüten. Keine Fensterscheibe ist an der Botschaft in Ordnung geblieben, überall sind Wertgegenstände heruntergeworfen, verbrannt und demoliert worden. Auch zwei männliche Gestalten der großen Bronzegruppe auf der Botschaft wurden auf die Straße geworfen. In dieser Weise also tobte die Masse, ohne daß die Polizei es hinderte. Um ganz sicher zu sein, beschlossen wir, in Bürgerquartiere zu gehen. Wir fanden endlich eine kleine, bescheidene Wohnung. Die nächste Nacht verlief

¹ Anm: Jean Jaurès, 1859 – 1914, frz. Sozialist, Prof. für Philosophie, vertrat einen pazifistischen Standpunkt und sprach sich für eine Verständigung mit dem Dt. Reich aus. Sein Mörder war ein nationalistischer Fanatiker.

viel ruhiger, als wir erwartet hatten. Der Stadthauptmann hatte eine Verordnung erlassen, in der die Bevölkerung zur Ruhe aufgefordert wurde.

Der Aufenthalt in unserm Privatlogis dauerte nur kurze Zeit. Wir suchten nun so schnell wie möglich in den Besitz unserer Pässe zu gelangen; denn eine Person, die in Rußland keinen Paß hat, ist ein Mensch ohne Rückgrat. Als wir uns aber mit der Polizei in Verbindung setzten, erschien ein Polizeileutnant, durchsuchte unser Gepäck und erklärte, daß wir ebenfalls verhaftet seien. Ich kam, nachdem ich von meiner Frau getrennt worden war, in das Polizeigefängnis. Die Beschreibung, die ich von dieser Oertlichkeit geben kann, ist wenig erfreulich. Meine Zelle, die von Schmutz strotzte, war für fünf Mann eingerichtet. Sechs waren darin untergebracht worden. Sie hatte unter der Decke nur ein Fenster, sodaß man nicht heraussehen konnte. An den Wänden waren hochaufgeklappt die Bettstellen. Mein Sommerüberzieher diente mir als Decke, mein Koffer als Kopfkissen. Von früh bis spät hatten wir zu tun, uns des Ungeziefers zu erwehren. Es wimmelte förmlich von den kleinen schwarzen Tieren, die wir Russen nennen, während die Russen sie als Prussiaken bezeichnen. Am Tage wohl amüsant, in der Nacht jedoch unerträglich. Auch die Beköstigung ließ vieles zu wünschen übrig. Sie bestand in Schwarzbrot, warmem Wasser und mittags und abends in einer Suppe. Einer der Internierten war erkrankt. Die Ärzte schienen aber nach ihrem ganzen Auftreten wenig von dem Gebot der Menschlichkeit zu wissen. Ein großer Schmerz war es für uns, als unsere Landsleute nach dem Innern des Landes verschickt wurden. Nach drei Tagen mußten auch wir Petersburg verlassen und die Reise nach Wologda antreten. Von meiner Frau, von der ich nicht wußte, wo sie sich befand, hörte ich später, daß auch sie in einem Gefängnis untergebracht worden war und ebenfalls die Ausweisung nach Wologda erhalten hatte. Ich bemühte mich nun, meiner Frau die Heimreise zu ermöglichen, machte eine Eingabe an den Stadthauptmann und ging dann schließlich persönlich zu ihm, um wenigstens meine eingesandten Papiere zurückzubekommen. Ich erhielt aber abschlägigen Bescheid. Wir befanden uns in einer wenig beneidenswerten Lage, zumal unsere Geldmittel stark angegriffen waren. Zufällig wurden wir aber dieser Sorge durch einen befreundeten Landsmann enthoben.

Der erste Eindruck, den Wologda auf uns machte, war ein unsagbar trauriger. Die ganze Stadt schwamm in einem Meer von Schmutz. Die Straßen bildeten einen einzigen Morast und es gehörte Mut dazu, von einer Straßenseite auf die andere zu gehen. Die Einrichtungen der 44 000 Einwohner zählenden Stadt sind vielfach schlechter als die eines einfachen schlesischen Dorfes. Die Massenquartiere boten einen jammervollen Anblick. Wir mieteten uns ein Zimmer mit einer Bettstelle für 16 Rubel. Die Einrichtung bestand in einem Tisch, drei Stühlen und einem Spiegel. Außerdem war eine Bettstelle vorhanden. Die Betten mußte man sich mitbringen. Wir kauften zwei Strohsäcke und haben fast vier Monate in dieser Weise zugebracht. Aber wir haben den Mut nicht verloren trotz dieser Unbequemlichkeit und erinnerten uns unserer tapferen Krieger in den Schützengräben.

Die russische Bevölkerung ist zwar gutmütig, aber sie begann doch allmählich, den Aufreizungen der Presse zu erliegen. Extrablätter wurden täglich verbreitet, die natürlich nur von Siegen der Russen zu berichten wußten. Die russischen Behörden verfuhrten mit äußerster Strenge und Rücksichtslosigkeit. Das Organ des Staates, das Beamtentum, war leicht bestechlich. Wir fragten uns immer wieder: Wie kann ein Volk, dessen Atmungsorgan krank ist, das den Eiterbrand in sich trägt, den Kampf aufnehmen gegen unser deutsches Volk? Die Tätigkeit der russischen Behörden gegenüber den Kriegsgefangenen war in vielen Gouvernements eine äußerst grausame. Es gibt in der ganzen Welt kein Volk, das so die Kunst des Quälens versteht wie die Russen. Man hört in Rußland von verhältnismäßig wenig Todesurteilen, man begnügt sich damit, die Leute zu verschicken, und was das heißt, davon haben wir ein grauenhaftes Bild auch in Wologda empfangen. Ununterbrochen trafen Züge von Gefangenen ein. In vielen Orten wurden sie durch die Stadt transportiert unter Vorantritt der Kettengefangenen, deren Ketten auf dem Straßenpflaster klirrten. Die Behandlung der Gefangenen war verschieden. Die aus Moskau kommenden wurden wie gemeine Verbrecher interniert und bekamen keinerlei Vergünstigungen. Ein Internierter erzählte uns, daß er in einem Gefängnis mit Kettensträflingen zusammengesessen hätte. Der Raum war so klein, daß er nicht das Sitzen ermöglichte. Die Sträflinge waren mit den ekelhaftesten Krankheiten behaftet. Was man an Not und Elend sah, war geradezu furchtbar. Selbst die deutschen Kolonisten an der Wolga, seit Jahrzehnten russische Untertanen, wurden als Gefangene nach Sibirien verschickt. Ein alter Mann, der an Gicht litt, bat, daß man ihm seine Decke bringe. Man verweigerte es, weil man auf Deutsche keine Rücksicht zu nehmen hat. Ein anderer bat, da er am Fuß litt, um einen Stock, jedoch vergebens. Es kochte manchmal in uns, wenn wir die Greueltaten des russischen Bürokratismus sahen, der bestrebt war, alles was deutsch heißt, vom Erdboden zu vertilgen. Aber gerade jetzt kam es uns zum Bewußtsein, daß wir Deutsche seien. Wir unterstützten uns gegenseitig. Häuser wurden gemietet und zu Massenquartieren für Ärmere eingerichtet. Mit den geringsten Mitteln müssen Leute oft monatelang leben, nicht selten wohlhabende Leute, die sich aber nur für die Reise versorgt hatten. Aber wir hatten den Entschluß gefaßt, auszuhalten bis ans Ende. Es muß aber möglich gemacht werden, die Deutschen drüben wenigstens vor der Gefahr des Hungertodes zu schützen, indem man ihnen Geldbeträge zukommen läßt. Die russische Regierung zahlt für ihre Kriegsgefangenen nicht eine Kopeke, sie überläßt den Deutschen ihre Versorgung selbst.

Das Verhalten der Deutschen ist in Russland über alles Lob erhaben. Wir haben uns zusammengeschlossen in dem Gedanken, daß wir Deutsche sind, und wollten uns gegenseitig unterstützen in Treue zu unserm Vaterlande. Da gab es keinen Unterschied der Parteien. Wir alle waren in einer glühenden Begeisterung für deutsche Einigkeit und Eintracht.

Die Unterhaltung auf der Straße in deutscher Sprache wurde von den Behörden untersagt. Auf Zuwiderhandlung standen Gefängnisstrafen bis zu drei Wochen. So gesellte sich außer Hunger eine geistige Qual hinzu. Einzelne Deutsche

sind bereits wahnsinnig geworden. Nicht reden dürfen, das war es, was uns in tiefster Seele bedrückte.

Die Zahl der Deutschen in Rußland mag wohl über 70 000 betragen. Sicherlich wird ein großer Prozentsatz die Heimat nicht wiedersehen. Die Freundschaften, die drüben in den Stunden der Not geschlossen wurden, sind aber für das Leben geschlossen.

Schließlich kam die Zeit, da es meiner Frau und mir gestattet wurde, das russische Land zu verlassen. Wem ich das Glück zu verdanken habe, weiß ich nicht bestimmt. Wie oft habe ich mich an den Gouverneur und andere Instanzen gewandt mit Briefen, Gesuchen und telegraphisch. Aber niemals kam eine zusage Antwort. Endlich wurde uns dann die Heimfahrt gestattet. Wir nahmen Abschied von unseren Freunden und waren glücklich, dem ungastlichen Rußland den Rücken zu kehren.

Als wir zum Bahnhof hinauszogen, strahlte im fernsten Westen ein wunderbarer Sonnenuntergang. Da kam es uns vor wie ein Gruß aus der westlichen Heimat. Wir kamen zurück nach Petersburg und beeilten uns, Schweden zu erreichen. Die Reise dorthin war noch einmal eine körperliche Tortur. In drei Tagen und vier Nächten wurden wir in einem alten Eisenbahnzuge zur finnischen Hafenstadt Helsingfors transportiert. Per Schiff ging es dann weiter nach Stockholm. Glücklicherweise waren wir erst, als wir den schwedischen Boden betraten. Aber wir hielten uns nicht lange auf, wir sehnten uns nach unserm deutschen Vaterlande. Als die weißen Kreidefelsen von Rügen auftauchten, da ging es mir wie dem Riesen Antaeus, der jedesmal, wenn er mit dem Erdboden in Berührung kam, neue körperliche Kraft empfing. Alles in uns streckte und spannte sich bei dem überwältigenden Gedanken, daß uns das herrliche deutsche Land wieder geschenkt sei.

So sind wir jetzt zurückgekehrt mit Dank im Herzen dafür, daß uns ein gütiges Geschick vergönnt hat, den teuren Heimatboden wieder zu betreten. Wir können teilnehmen an den großen Tagen, die über Deutschland hereingebrochen sind, an den Tagen, an denen das deutsche Volk sich aufgerichtet hat zu einer sittlichen Höhe sondergleichen. So rufe ich denn dem deutschen Vaterlande, insbesondere der schönen schlesischen Heimat, einen herzlichen Weihegruß entgegen.

Hirschberg, d. 28. Dezember 1914

Hochverehrter Herr Hauptmann,

empfangen Sie meinen herzlichsten, tief empfundenen Dank für die wundervollen Worte der Begrüßung, die Sie mir am Weihnachtsabende nach der Rückkehr aus langer, harter Kriegsgefangenschaft gewidmet haben. Als ich den Freundesgruß las, da stieg mit elementarer Gewalt vor meinem geistigen Auge das Bild des griechischen Dulders auf, dem Sie ein dichterisches Denkmal sonder Gleichen in der deutschen Litteratur gesetzt haben. Innerlicher wie je zuvor und mit vernehmlicherem Klange rauschten durch meine Seele die eindringlichen Töne der Heimatsliebe, die mich im fernen Rußland ergriffen hatte wie nie zuvor. Und ein Erlebnis aus jenen trüben Tagen nahm in der Erinnerung Besitz von mir mit Allgewalt. Als meine Frau und ich in Wologda treue deutsche Freunde eines Nachmittags zum Tee bei uns versammelt sahen in unserer sehr ärmlichen, aber vom Hauche der Liebe erfüllten Klause, da brachte ich den Briefwechsel aus dem Petersburger Herold zur Verlesung, den Sie mit dem französischen Dichter Rolland gepflogen hatten.

für ein bequemes Leben sorgten und alle in der
Griffbarkeit. Wie vorsehen Sie die besten Griffe
wie die besten Griffe. Das war die wichtigste Griffe
das vorsehen und vorsehen. Die Griffe, die
griffen sind die vorsehen und vorsehen sind,
die griffen die besten Griffe in der Griffe
die vorsehen sind die besten Griffe sind.

Es stand ich in der Griffe in der Griffe
und Griffe, und ich in der Griffe, Griffe in der Griffe.
Griffe in der Griffe, Griffe in der Griffe
und in der Griffe. Griffe in der Griffe
Griffe, das in der Griffe. Griffe in der Griffe
Griffe in der Griffe. Griffe in der Griffe.

Es stand ich in der Griffe

Griffe in der Griffe

Bruno Alap.

Ein unbeschreiblicher Jubel durchbrauste uns alle in unserer Geistesnot. Wir rühmten den Sieg des deutschen Geistes über die welsche Phrase. Das war die niederzwingende Sprache des verkannten und verlästerten Festspieldichters, dem eine größere Zeit die Anerkennung nicht mehr versagen wird, die seiner glühenden Vaterlandsliebe im aufgeregten Kampfe der Meinungen zeitweise vorenthalten worden ist.

So stand ich auch im fernen Osten in geistiger Verbindung mit Ihnen, und es ist mir eine Freude, Ihnen das heute aussprechen zu dürfen. Empfangen Sie und Ihre Frau Gemahlin meine und meiner Frau aufrichtigsten Glückwünsche zum neuen Jahre, das unserem heißgeliebten Vaterlande hoffentlich den schwer verdienten ehrenvollen Frieden bringen möge.

Es begrüßt Sie aufs Herzlichste

Ihr treu ergebener

Bruno Ablaß.

Rückblick und Bekenntnis.

Unsere Kriegsgefangenschaft in Russland im Jahre 1914

Glühende Pfeile sandte
die Sonne zur durstigen Erde.
Müde schleicht Mensch und Tier
durch der Städte schwelende Gassen.
Brennende Wälder weisen
den Weg, wo das Dampffross dahineilt.
Ernst und versonnen plätschern
die Wellen der träumenden Wolga.
Nichts durchbricht die bleierne
Ruhe der gelblichen Steppen.
Das ist die Stille vor
dem Orkan, der von Westen heraufzieht.

Plötzlich gellt furchtbar der Schrei
durch Moskaus gleißende Schönheit:
Auf zum Kampfe! Der Krieg
ist erklärt! Verflucht sei der Fremdling!
Alles rennet und stürmt.
Verscheucht ist der Friede des Sommers,
Hass und Entsetzen, verbissene
Wut entstellen die Mienen.

Weit in der Ferne, verschlossen
der Heimkehr, liegt Deutschlands Gefilde.
Feinde ringsum! Uns umschließen
die Mauern des schmutzigen Kerkers.
Trübe Gedanken verfinstern
den Geist in der düsteren Zelle.
Mühsal und Not, Verzweiflung
und Harm verfinstern die Seele,
Die in verzehrendem Ringen
sich sehnt nach der Heimat der Kinder.

Und es folgen die Tage
 der trostlos langen Verbannung.
Uns umfängt ein ärmlich
 Gemach. Doch treue Gefährten
Gehen drin ein und aus,
 die mit uns tragen die Nöte
Einsamer Tage und schwerer
 Pein. Doch niemals verlässt uns
Unser stürmischer Glaube
 an Deutschlands gesicherte Zukunft.

Langsam schleicht hin die Zeit.
 Den fliehenden Sommer verdrängt
Grau und trübe der Herbst.
 Nur selten noch lächelt die Sonne,
Dächer und Kuppeln der Kirche
 vergoldend mit glitzerndem Strahle.
Langsam rieselt zu Boden
 der letzte rote und gelbe
Schmuck der ersterbenden Bäume
 im sumpfigen Gartengelände.

Glitzernd im schneeigen Weiß
 liegt einsam und kalt das Gefilde.
Über den mächtigen Strom
 eilt klingend der stählerne Schlittschuh.
Es erstarret der Hauch
 im flimmernden Froste des Nordens.
Klar wie Kristall erglänzet
 die Luft, und in blutiger Röte
Sinket der Sonnenball nieder
 zur todesmüd' schlummernden Erde.

Da ereilt uns die jubelnde
 Mär, dass die Heimkehr bewilligt
Uns , die wir halb schon verzweifelt
 am Glauben der bald'gen Befreiung.
Wehmut im Herzen entflieh'n wir
 dem Kreise der liebenden Freunde,
Ungewiss, ob wir noch einmal
 erblicken ihr trauliches Antlitz.

Nach unsäglicher Mühsal
in immer gesteigerter Fährnis
Endet die klägliche Bahnfahrt
an Finnlands Meeresgestade.
Schnell durchschneidet das Schiff
die tosende Salzflut, bis endlich
Schwedens ersehntes Gebiet
uns erlöst von der grausigen Knechtschaft.

Unserem trunkenen Blick
beut sich Rügens zerklüftete Küste.
Das ist Deutschlands geheiligter
Strand! Wie ein einsamer Wand' rer,
Müde von furchtbarer Irrfahrt,
zermürbt von den Schrecken der Fremde,
Schluchzend umfängt seine Mutter,
die wartet in zehrendem Jammer,
Also umfasst unser Blick
in jauchzender Inbrunst und Wehmut
Jenes gesegnete Land,
das die glühendste Liebe ersehnte.

Alles, was hinter uns liegt
an Qual und Gram und Verzweiflung,
Mut und Stolz und Vater-
landsiebe, von Hohem und Niederem,
All' das verschönt und erhebt
Deine opferfreudige Treue.
Aus dem harten Gestein
freudloser, öder Verbannung
Sprang der silberne Quell
der Gattenliebe, der teuren.

Mögen nun kommen die Tage
der Prüfung; Wir haben bestanden
Längst in uns selbst uns're Probe,
und nichts mehr vermag uns zu trennen,
Die wir erkannt aneinander,
wie sehr wir uns beide gehören.
Meine dankbare Liebe sei stets der Lohn
Deiner Treue.
Dein getreuer Bruno.

Kapitel 12. Kontroverse um einen Burgfrieden

Nach Ausbruch des Weltkrieges entstand Anfang August 1914 unter den im Reichstag vertretenen Parteien, die sich bis dahin in ihren Reden und mit ihren Anträgen oft gegenseitig heftig beharkt hatten, das Bedürfnis, Hader und Zwietracht beiseitezulassen und stattdessen auf eine allseitige Einigkeit zu setzen. Vaterlandsliebe und Opferbereitschaft sollten die Grundideen sein, die von da an in allen Parteien das politische Verhalten bestimmen sollten. Tatsächlich verhielten sich alle Parteien danach. Niemand machte einer anderen Partei den Vorwurf, sie sei weniger national gesinnt als man selbst. Und sogar der Kaiser stimmte in diese Einigkeit ein mit den oft zitierten Worten: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“.

„Burgfrieden“ nannte man die hier gemeinte Haltung der Volksvertreter. Knapp 10 Monate lang hatte er Bestand. Doch dann schien der alte Parteihader wieder wach zu werden. Wie kam es dazu?

Der sozialdemokratische Abgeordnete Ebert (der spätere Reichspräsident) hielt es für angebracht, in einer Rede vor dem Reichstag den Standpunkt seiner Partei zu einer die Einstellung Deutschlands zum Kriege betreffenden Frage darzulegen. Den Anlaß für seine Äußerungen sah er in dem Umstand, daß die Italiener, die bis dahin im Rahmen eines Dreibundes Verbündete Deutschlands und Österreich-Ungarns gewesen waren, aus diesem Bündnis ausgeschieden waren, sich auf die Seite der Kriegsgegner geschlagen und am 23.5.1915 Österreich-Ungarn den Krieg erklärt hatten. Darin sah Ebert mit Recht einen Treubruch, der die Kriegslage für Deutschland nicht gerade verbesserte. Dennoch brachte er zum Ausdruck, daß er und die gesamte Sozialdemokratie sich weiterhin ehrlich zum deutschen Vaterland bekennen. Dafür erhielt Ebert allseitigen Beifall. Dann aber kam er auf die Frage zu sprechen, welche Kriegsziele Deutschland im Falle eines Sieges anstreben solle bzw. dürfe. Er erklärte, dieser Krieg sei kein Eroberungskrieg, sondern nur ein Verteidigungskampf Deutschlands, deshalb lehne die deutsche Sozialdemokratie jede Gebietserweiterung als Folge des Krieges ab. In diesem Punkt stieß er bei den übrigen Parteien des Reichstages auf Ablehnung. Sie befürchteten, die jetzige Erörterung von künftigen Friedensbedingungen werde Zwietracht säen; dieses ganze Thema anzusprechen, sei zum gegenwärtigen Zeitpunkt überflüssig, solange der Krieg nicht für Deutschland siegreich beendet sei. Besonders aggressiv reagierte auf Eberts Äußerung der Sprecher der konservativen Partei, indem er am 29. Mai 1915 die gesamte Sozialdemokratie scharf attackierte und die Forderung erhob, gewisse Annexionen seien notwendig, um Deutschlands Sicherheit zu gewährleisten.

Der Reichstagsabgeordnete und Hirschberger Stadtverordnete Dr. Ablaß sah sich, um weiterem Parteienstreit vorzubeugen, veranlaßt, dieses in aller Öffentlichkeit abgelaufene Geschehen öffentlich zu kommentieren, nämlich in einem am 31. Mai im „Boten“ erschienenen Aufsatz mit der Überschrift „Burgfrieden und Friedensziele“. Er tat dies mit eindringlichen Worten, die so lauteten:

„Jetzt gilt es nichts anderes als durchzuhalten und mit äußerster Kraftanstrengung darauf hinzuarbeiten, daß uns militärisch der volle, uneingeschränkte Sieg zufalle.

Auch darüber herrscht Übereinstimmung aller, daß der hart erkämpfte Sieg sich nur dann verlohnen wird, wenn er zur Folge hat, daß künftig niemand mehr frevelhaft wagen darf, den schwer errungenen Frieden unseres Vaterlandes mit Waffengewalt zu stören. In welcher Weise aber dieses Endziel zu erreichen ist, darüber sich schon jetzt zu äußern, ist völlig verfrüht. Dafür bietet die Voraussetzung erst die Größe und der Umfang des endgiltigen Sieges einerseits und die Notwendigkeit der zu ergreifenden Sicherheitsmaßregeln andererseits. Das, was den Deutschen so wohltuend unterscheidet von seinen Feinden im jetzigen Kampfe, ist die selbstsichere Zurückhaltung und die dem Gefühl der sittlichen und staatlichen Kraft entsprechende Abkehr von aller bramarbasierenden Großmannssucht. Stärke und kluge Selbstbeschränkung waren noch immer vortreffliche Weggenossen auf der dornenvollen Wanderung durch die Irrsale der widerstreitenden Völkerinteressen.“

Im Übrigen sei es nicht gut, durch verfrühte Propagierung von Eroberungszielen die Begehrlichkeit eines ganzen Volkes anzustacheln. Denn welches Gefühl der Enttäuschung müsse sich einstellen, wenn „die rauen Tatsachen ein Volk herausreißen aus dem sinnlosen Taumel einer verblendeten Gier“!

In den entgegengesetzten Fehler aber ver falle, wer aus doktrinen Erwägungen heraus den Reichstag auf die Ablehnung jeglicher Gebietserweiterung von vornherein festlegen wolle. Dr. A. verwies auf das Sprichwort „Kommt Zeit, kommt Rat“ und stellte fest: Jetzt ist es Zeit zum Handeln und nicht zum Reden.

Aber auch wenn es ein Fehler war, daß Herr Ebert die Frage von Kriegsgewinnen angesprochen hat, ergebe sich daraus noch keine Berechtigung, die Sozialdemokratie so scharf anzugreifen. Dadurch sei ein Mißton in die „wunderbare Einmütigkeit des Deutschen Reichstages“ hineingetragen worden, der unbedingt hätte vermieden werden müssen.

Würdige Worte dagegen fand der nationalliberale Abgeordnete Eugen Schiffer. Dr. A. hob daraus hervor: „Unter dem Beifall des Hauses wies er darauf hin, wie wohltuend die Tatsache gewirkt habe, daß auch jetzt noch die sozialdemokratische Partei auf ihrem zu Beginn des Krieges eingenommenen Standpunkt verharre.“

Damit war der Zwischenfall beigelegt. Der Burgfrieden war wieder hergestellt.

Vorläufig! Denn die Gegensätze, die im Jahre 1915 sichtbar geworden waren, brodelten im Stillen weiter und tauchten wieder auf, als nach dem Kanzlerwechsel von Bethmann-Hollweg zu Michaelis der Reichstag am 19. Juli 1917 die von Erzberger verfaßte Friedensresolution mit Mehrheit annahm. Denn nun gründete sich eine neue Partei unter dem Namen „Deutsche Vaterlandspartei“. Ihre Mitglieder traten den Zielen der Friedensresolution entgegen und betrieben damit die Spaltung der Kräfte im deutschen Volk. Prominentestes Opfer dieser Spaltung war der Politiker Matthias Erzberger, der seinen Mut, die Wahrheit schonungslos auszusprechen und danach zu handeln, im August 1921 mit dem Leben bezahlen mußte. Denn diese Spaltung überdauerte nicht nur den Krieg, sondern setzte sich nach der Gründung der Weimarer Republik weiter fort, bis schließlich das Deutsche Reich mit parlamentarischen Mitteln nicht mehr regierbar war.

Kapitel 13. Rechtsanwalt Dr. Ablaß aus der Sicht eines jungen Kollegen.

Justizrat Dr. Ablaß

Vom Kammergerichts-Referendar
(z. Zt. Rechtsanwalts-Vertreter) G. Brumby.

Im Schrank des Anwaltszimmers hing seine Robe – er aber war in russischer Gefangenschaft. Ich kannte ihn nicht, kannte nur eben seine Robe. Und ob diese Toga auch nichts Eigentümliches hatte, jedesmal, wenn meine Hände sie auf der Suche nach der eigenen streiften, betrachtete ich sie mit besonderen Erwartungen. Wie wird mich der Mann berühren, von dem ich so manchen mit großem Eifer hatte sprechen hören, niemals aber ohne eine gewisse Scheu, die ich mir als Ehrfurcht auslegte?

Eines Tages war er da. Zunächst nur sein Zylinder. Sein Glanz war mir an der kahlen Wand des Anwaltszimmers aufgefallen. Dann sah ich ihn im Terminszimmer¹ des Amtsgerichts. Um ihn herum Kollegen, Parteien, der Richter. Und an all diesen Herumstehenden fiel mir sofort das eine auf, daß ihre Gesichter den Glanz des Mannes in der Mitte, ob sie wollten oder nicht, widerstrahlten. Es war das Zauberbild einer Sonne, deren Reflexen auch nicht der Scherben am Weg ausweichen kann. Seine Augen leuchteten voller Güte und Dankbarkeit, während seine volltönende Stimme allen versicherte, daß er trotz aller Strapazen mit heiler Haut davongekommen sei. Und während ich selbst noch voll sinnender Freude über das unendlich herzhafte Lachen dieses Mannes war, das alle Barrieren amtlicher Steifheit wie ein Vollblüter überspringen konnte, fühlte ich seine kräftig zupackende Hand in der meinen. Ich wußte, ich hatte die Bekanntschaft eines Mannes gemacht, dessen lebensvolle Persönlichkeit es in dieser Welt des Scheins nicht nötig hatte, sich anders zu geben, als sie war, dessen auffallende Freundlichkeit nicht die Anstrengung eines rechnenden Kopfes, sondern die köstliche Frucht einer Lebensanschauung war, die den gütig lächelnden Humor als den Gipfel aller Weisheit erklommen hatte.

Und dann habe ich ihn manch liebes Mal verhandeln hören und in gleicher Weise wie den Menschen den Juristen schätzen gelernt. Aber das Wort Jurist wird ihm bei weitem nicht gerecht. Es kann nur sagen, daß er zu jenen klugen Köpfen gehört, die – weit entfernt davon, in der Rechtswissenschaft nichts als ein dickes Formelbuch zu sehen – durch eifriges und vielseitiges Studium der Gesetzeswerke in der übergeordneten Welt der Begriffe, aus denen alles Recht geschöpft wird, Heimatrecht erworben haben.

¹ Gemeint ist der Sitzungssaal.

Er, den ich feiere, ist mehr als ein bloßer „guter Jurist“. Kein Wort paßt besser auf ihn als das eine, so viel versprechende und so oft enttäuschende: Rechts-an-walt. Ich kenne keinen, der das Problematische dieses Berufes, das in der doppelten Hilfspflicht gegenüber der Partei und gegenüber dem Richter liegt, besser und versöhnender zu behandeln versteht als er. Was ihn letzten Endes dazu befähigt, ist seine P e r s ö n l i c h k e i t. Was nutzt Beredsamkeit, die da lärmt und bellt ohne Seele, was aller Eifer, dem man die geschäftsmäßige Prostitution anmerkt – nur die eigene Ueberzeugung, getragen von innerer Wahrhaftigkeit, adelt die Rede und verschafft ihr nachhaltigen Eindruck. Und diese innere Wahrhaftigkeit ist neben dem rhetorischen Schmuck die edle Kraft s e i n e r Rede. Seiner Ueberzeugung Ausdruck zu geben, hindert ihn keine Macht der Erde. Der Gefeierte hat die Eigenschaft, die Horaz dem einst so stolzen Römer nachrühmte: „Unerschütterlichkeit, auch wenn der Erdball zusammenbricht.“

Hirschberg, 10. Mai 1916

G. Brumby

(Abgedruckt in der Tageszeitung „Der Bote aus dem Riesengebirge“, Ausgabe vom 11. Mai 1916)

Kapitel 14. Würdigung der Persönlichkeit von Dr. Ablaß aus Anlaß seines 50. Geburtstages.

– Verfaßt von einem nicht genannten Mitarbeiter der Hirschberger Zeitung



Reichstagsabgeordneter Justizrat Dr. Bruno Ablaß

vollendet heute am 10. Mai sein 50. Lebensjahr. Wenn wir in anderen Fällen der Erreichung einer solchen Lebensspanne auf die betreffende Persönlichkeit und ihre Eigenart gern eingegangen sind, so tun wir es diesmal mit ganz besonderer Freude. Dr. Ablaß ist, obgleich kein geborener Hirschberger, so doch als echter Schlesier, dem die Riesengebirgsstadt stets am Herzen liegen wird, und als unser langjähriger Mitbürger derart mit Hirschberg und seiner Umgebung verwachsen, daß man sich ihn daraus gar nicht mehr fortdenken kann. Das würde auch der Fall sein, wenn er nicht unser Reichstagsabgeordneter wäre. Denn sein ganzes Wesen befähigt ihn wie wenige andere Menschen, zu seinen Mitmenschen in nähere Beziehungen zu treten. Das gilt sowohl für seinen besonderen Beruf als Juristen, das gilt auch für den Politiker wie für den Bürger, für den ganzen Mann überhaupt, auf welchem Gebiet man ihm auch begegnen mag. Der Jurist und Politiker Ablaß hat wohl auch Gegner. Glücklicherweise, denn er ist kein Mensch, der es mit niemandem verderben möchte. Aber als Mensch und Mann wird es wenige geben, die ihm feindlich gegenüberstehen, und dann nur zum eigenen Schaden. Aber selbst unter denen, die ihn aus naheliegenden Gründen bekämpfen zu müssen glauben, dürften doch recht viele sein, die ihn zu schätzen und zu achten wissen. Die Fortschrittliche Volkspartei im Riesengebirge wird es sich jedenfalls nicht nehmen lassen, ihm zum heutigen Tage zu sagen, was ihr Führer und Reichstagsabgeordneter ihr bedeutet.

Seit im Jahre 1893 Justizrat Dr. Ablaß in Hirschberg Rechtsanwalt wurde, besitzt er allenthalben den Ruf eines ausgezeichneten und vor allen Dingen untadeligen Juristen. Wir wollen es aber seinen Kollegen überlassen, ihn auf diesem

Gebiet besonders zu würdigen; daß ihr Urteil im besten Sinne ausfällt, dessen sind wir sicher. Uns steht der Politiker näher. Es wäre nicht erstaunlich, wenn wir dem Vertreter und Führer unserer Partei, der auch zu unserem Blatte so enge Beziehungen besitzt, eine umfassende Würdigung zuteilwerden lassen wollten. Und wir könnten es mit bestem Gewissen tun. Aber wir glauben, daß das ihm selbst widerstreben würde. Liegt doch sein Tun und Lassen wie ein offenes Buch vor aller Augen. Dr. Ablaß ist im umfassendsten und besten Sinne ein Mann der Öffentlichkeit. Er lebt und webt nicht nur für seine besondere Parteirichtung, sondern überhaupt für seine Mitmenschen, besonders für die, die des Lebens Mühen stärker als andere empfinden müssen. Auch seine Tätigkeit als Vorsitzender des Spar- und Bauvereins gibt davon ein Bild. Daß ihm bei alledem die Verwirklichung des fortschrittlich-freiheitlichen Gedankens, also die praktische Betätigung der Selbstlosigkeit im gesamten öffentlichen Leben, an erster Stelle steht, das sollten ihm auch diejenigen danken, die nicht so ganz mit seiner Weltanschauung einverstanden sind, denn auch für sie vertritt Dr. Ablaß seine politischen und Menschheitsideale.

Und deshalb sollte es ihm auch der Bürger danken, wenn Dr. Ablaß seine Anschauungen mit in erster Linie auch auf kommunalem Gebiete verflucht. Mit demselben hellen und weiten Blick, mit derselben Schärfe des Gedankens, mit derselben Kraft der Ueberzeugung in Wort und Tat, mit derselben Schlagfertigkeit, und nicht zuguterletzt mit demselben Humor wie als Jurist und als Kämpfer auf dem Gebiete der großen Politik ist Dr. Ablaß auch als städtischer Vertreter von Hirschberg tätig. Mit größtem Eifer widmet sich der Vielbeschäftigte den Interessen unserer Stadt genauso, wie er auf jedem anderen Gebiete nichts Halbes vor sich zu bringen vermag. Wieviel wertvolle Anregungen verdankt ihm die Stadtvertretung von Hirschberg, der er nun 20 Jahre angehört! Selbst derjenige, dem seine Kritik manchmal nicht willkommen gewesen ist, wird niemals leugnen wollen, daß Justizrat Dr. Ablaß stets das Beste der Stadt im Auge hat, daß er immer die Person von der Sache zu trennen weiß, wenn er bestrebt ist, dem freiheitlichen Gedanken auch im städtischen Leben mehr und mehr Geltung zu verschaffen. Die heutigen Rechte der Städte fußen auf diesem Gedanken, und nur in ihm und durch ihn können sie erhalten bleiben. Deshalb wird Dr. Ablaß wie in der Stadtverordnetenversammlung, so auch im Vorstande des Liberalen Bürgervereins stets unentbehrlich sein.

In hervorragender Weise ist Dr. Ablaß auch an allen künstlerischen Bestrebungen unserer engeren Heimat beteiligt. Derselbe gesunde Sinn, der ihn auf allen Gebieten auszeichnet, betätigt sich auch hier. Ein Freund der Künste, die ja auch nur im Lichte der Freiheit leben können, greift er überall ein, wo er Kunst und Künstler nur fördern kann. Das Musikleben unserer Stadt verdankt ihm außerordentlich viel, denn wo er nur konnte, suchte er das Vorhandene auf diesem Gebiete zu stützen, wie auch Neues zu schaffen, damit es befruchtend wirke und Freude schaffe. Dem Verein der Musikfreunde gehört Dr. Ablaß als einer ihrer begeistertsten Gründer an. Ebenso zählen aber auch die literarischen Kreise unserer Gegend Dr. Ablaß zu ihrem besonderen Freunde und Förderer; in ihnen wie

in der Musik findet er Erholung von dem vollgerüttelten Maße seiner Berufs- und sonstigen Arbeit.

Und von der Kunst führt der Weg zur Natur. Die unermüdliche Reisefreudigkeit von Dr. Ablaß entspringt seiner Begeisterung für alles Große und Schöne. In herrliche Gegenden der Erde hat ihn dieser Zug schon geführt, – zuletzt freilich auch in russische Gefangenschaft, doch glücklicherweise nur vorübergehend. Aber es ist nicht allein die große Welt draußen, die ihn immer wieder gefangen nimmt. Auch der Schönheit unserer engeren Heimat hat Dr. Ablaß sein ganzes Herz geschenkt, so daß er alles, was mit Heimatkunde oder Heimatkunst zusammenhängt, mit freudigster Teilnahme begrüßt und fördert.

So viele treffliche Eigenschaften aber auch unseren Freund kennzeichnen, am wertvollsten ist doch der Mensch Ablaß selbst. In Offenheit und Ehrlichkeit, in Herzensgüte und Freundestreue, in tadellosester Charakterreinheit und Lebensführung, so steht Dr. Ablaß als Mensch und Mann vor uns. Und was ihn uns besonders lieb macht, das ist sein wundervoll schlagfertiger Humor, den selbst der zu schätzen wissen wird, der von ihm mehr oder weniger oft betroffen wurde. Liebenswert in jedem Zuge, so müssen ihn alle diejenigen kennzeichnen, die ihm jemals wirklich nahe getreten sind und ihn verstehen. Aber auch diejenigen, die ihn nicht lieben, werden sagen müssen: auf welchem Gebiete auch immer, überall hat Justizrat Dr. Ablaß seinen Schild rein und glänzend erhalten, und wir wissen genau, daß diesen Schild auch fürderhin kein Makel jemals trüben wird.

So wünschen wir unserem verehrten Reichstagsabgeordneten und Freunde denn zum heutigen Tage, daß ihm das Schicksal noch recht lange vergönnen möge, im fröhlichen Kreise seiner Familie, der er ein ebenso treffliches Oberhaupt ist wie anderen Kreisen, ein möglichst ungetrübtes Lebensglück zu genießen. Möge er sich noch recht viele Jahre erfreuen der Liebe und Achtung seiner Mitmenschen. Daß er immer so treu zu uns halten wird wie wir zu ihm, das wissen wir, und das macht uns seinen 50. Geburtstag zu einem Fest, das wir mit vollem und ganzem Herzen feiern.

(Mutmaßlicher Verfasser war Herr Werth, der damalige Hauptschriftleiter des „Boten“. Seinen Namen erwähnt Hedwig Ablaß auf Seite 274.)

Kapitel 15. Abgeordnete besuchen die Westfront

Wir befinden uns im Spätherbst des Jahres 1917. Es herrscht Krieg, und das schon seit 3 ¼ Jahren und an mehreren Fronten. Darunter leidet nicht nur das jeweils umkämpfte Gebiet, sondern vor allem die Zivilbevölkerung in der Heimat. Denn die Alliierten haben eine Blockade gegen die Mittelmächte verhängt, und die zeigt schon seit längerer Zeit ihre Wirkung: Die Rohstofflage hat sich verschlechtert und viele Lebensmittel sind knapp geworden. Man spricht in Deutschland von einer „Hungerblockade“. Von ihr ist natürlich auch der Reichstagsabgeordnete Dr. Ablaß mit seiner Familie betroffen. Das wissen wir aus einem Brief, den er am 26.11.1917 an einen Bekannten geschrieben hat, den er während der Gefangenschaft in Rußland kennengelernt hatte. Dieser hatte der Familie Ablaß Lebensmittel-Vorräte zu schicken versprochen, für deren Ankündigung Dr. A. sich in dem Brief bedankt. Er schreibt: „Wir können die Lebensmittel ungeheuer gut gebrauchen, da wir doch recht knapp gestellt sind.“ Umgekehrt versprach er dem Bekannten, ihm ein Exemplar der Hirschberger Zeitung zu senden, sobald darin der Bericht über seine Erlebnisse an der Westfront erschienen ist. Darauf müsse man aber noch warten, denn der Papiermangel mache sich „ungeheuer störend bemerkbar“.

In dieser Situation machten zunächst die Mittelmächte am 12.12.1916 und später der Deutsche Reichstag in einer Friedensresolution am 19.7.1917 Friedensangebote. Die Entente (womit Deutschlands Kriegsgegner gemeint sind) lehnte die Angebote ab. Damit stand fest: „Unsere Feinde wollen die Fortsetzung des Krieges. Sie handeln auf die Gefahr hin, eine ungeheure Blutschuld auf ihre Schultern zu laden.“ Es war also geboten, daß sich die Front und die Zivilbevölkerung miteinander verständigten, auf welche Weise jede Seite zu einem positiven Kriegsausgang beitragen konnte. Beide Seiten sollten das Gefühl von Stolz und Vaterlandsliebe einerseits, ihr Leid andererseits miteinander teilen. Dazu mußte man die Zivilbevölkerung zum Durchhalten ermuntern, und man mußte herausfinden, ob das Militär noch die Kräfte besitzt, den Krieg zu einem für Deutschland günstigen Ende zu führen. An der Ostfront bestanden hierzu gute Aussichten, denn Rußland und Rumänien waren besiegt. Im Westen aber war die Front, die sich jahrelang in einem Stellungskrieg verfestigt hatte, soeben um ein gutes Stück zurückgenommen worden und sie schien auch sonst geschwächt.

Aus diesen Überlegungen heraus entschloß sich der Reichstagsabgeordnete Dr. Ablaß, zusammen mit 7 anderen Reichstagsabgeordneten aller Parteien die Westfront aufzusuchen und sich dort über die Lage der Frontkämpfer zu informieren. Sie fuhren also nach Belgien zum Großen Hauptquartier in Spa und suchten die Oberste Heeresleitung auf, die ihnen zugesagt hatte, einen Informationsbesuch an der Front zu ermöglichen. Sie wurden unter die Obhut derjenigen Heeresgruppe gestellt, deren Oberbefehlshaber der Kronprinz Rupprecht von Bayern war.

In dem Bericht über seine „Eindrücke von der Westfront“, der an den Tagen vom 5. – 8.12.1917 in mehreren Fortsetzungen im „Boten“ abgedruckt worden ist, schildert Dr. A. zunächst das äußere Bild, das er einerseits in Belgien, andererseits in Frankreich zu sehen bekam. Die Bilder waren einander völlig entgegengesetzt: in Belgien schöne Landschaften im Wechsel mit ausgedehnter Industrie, geringe Kriegsschäden waren längst behoben, eine heile Welt also; in Frankreich dagegen boten sich ausgedehnte Trümmerflächen und hohle Ruinen dar, so gut wie kein unversehrt gebliebenes Haus, die meisten öffentlichen Gebäude hatten schwer gelitten. Dr. A. läßt durchblicken, wie furchtbar und zermürend der Eindruck war, den die Zerstörungen vieler Städte und Dörfer und wertvollen Kulturgutes in Frankreich auf ihn machten. Was aber das Unbegreiflichste war: Die schöne gotische Kathedrale von St. Quentin, eines der edelsten Bauwerke Nordfrankreichs, ist stark beschädigt, und das offensichtlich durch mutwilliges Handeln der Franzosen selbst, wie sich aus folgender Textstelle von Dr. A. ergibt: „Das Herz krampft sich zusammen bei dem Gedanken, mit welcher bodenlosen Leichtfertigkeit die Franzosen ohne erkennbaren, zwingenden Grund bis zur Stunde täglich ein Meisterwerk der Architektur mit Bomben bewerfen in dem Bestreben, es dem Erdboden gleichzumachen. Hier geht ein Kulturwerk zugrunde, das schlechtweg unersetzlich ist und ein Wahrzeichen dafür bildet, wessen der Haß fähig ist.“ Dr. A. hat also selbst mit ansehen müssen, wie französisches Militär diesem kostbaren Bauwerk absichtlich schweren Schaden zufügte.

Dann aber wird ihnen das gezeigt, worüber sie sich hauptsächlich informieren wollen: Der Reihe nach besichtigen sie die Gebäude, Unterstände, Magazine und Materialien, die das Militär dort während des jahrelangen Stellungskrieges an den einzelnen Frontabschnitten geschaffen hatte, um sich von eventuellen Versorgungsengpässen unabhängig zu machen: Bäckereien, Molkereien, Schlachthäuser, Obst- und Gemüsedörranlagen, Fernsprechleitungen, ein vorbildlich ausgerüstetes Feldlazarett, Entlausungsanlagen und natürlich Munitionsdepots und Lager für militärisches Gerät jeder nur denkbaren Art. Von alledem heben sich als Orte der inneren Einkehr und des Gedenkens mehrere Friedhöfe ab, auf denen Franzosen und Deutsche in stummem Frieden beieinander ruhen.

Den Parlamentariern stand ein Schlafwagen zur Verfügung, der sie nachts von Ort zu Ort beförderte. Auf jeder Station wurde ihnen als erstes ein sicherer Unterstand gezeigt, den sie sofort aufsuchen mußten, wenn es nächtliche Fliegerangriffe gab. Die Mahlzeiten nahmen sie jeweils in einer Feldküche ein.

Ganz zu Anfang, vor dem ersten Erreichen eines Frontabschnitts mußte sich jeder eine Gasmaske aussuchen und sich mit ihr vertraut machen. Dr. A. erzählt, welche Schwierigkeiten er wegen seines Vollbarts damit hatte, die Maske gasdicht auf das Gesicht zu setzen. Beim Lesen dieser Stelle wird uns also heute nach über 100 Jahren beinahe bildhaft vor Augen geführt, mit welchen menschenverachtenden Kampfmitteln damals Krieg geführt wurde. So galt die an die Zivilbevölkerung gerichtete Aufforderung zum Durchhalten, die die Abgeordneten von der Front mit in die Heimat nahmen, zugleich als Parole für die heldenhaften,

todesmutigen Soldaten, die bei jeder Gefechtslage, bei jedem Wetter und bei jeder Temperatur kampfbereit ihren Mann stehen mußten.

Der Eindruck aber, den die Parlamentarier vom Oberbefehlshaber, vom Generalstabschef und von den übrigen Führungspersönlichkeiten der Truppe bekamen, war für sie beruhigend: „Als wir Abschied nahmen,“ so formuliert Dr. A., „war es uns klar, daß die Verantwortlichkeit für unsere Geschicke an einer der schwierigsten Fronten in diesem Kriege sich in Persönlichkeiten verkörpert, auf die unser Volk mit unbedingtem Vertrauen hinschauen darf.“

Das Fazit dieser Studienfahrt war es, zu erleben, von welcher erhebenden Stimmung die deutschen Truppen getragen waren. Nichts von Mißmut oder Niedergeschlagenheit war zu bemerken; mit unbeugsamer Siegeszuversicht war ihr Herz erfüllt. Von dieser Siegeszuversicht konnten die Parlamentarier den Menschen in der Heimat berichten und sie guten Gewissens zum Durchhalten auffordern. Die militärischen Befehlshaber aber hatten erkannt: Dieser Dr. Ablaß besitzt eine patriotische Gesinnung.

Daran erinnerten sie sich 1 Jahr später, als gegen Ende Oktober 1918 der Rückzug begonnen hatte und die deutschen Truppen sich in mehreren belgischen Städten sammelten, um auf den endgültigen Rücktransport zu warten. Zu dieser Zeit nämlich drang an die Front die Kunde, daß in der Heimat Unruhen ausgebrochen seien. Tatsächlich war es zu Meutereien unter den dort stationierten Truppenteilen gekommen, als diese erfuhren, daß sie nochmals zu einem Kampfeinsatz ausrücken sollten. Nun wurde an der Front jemand gesucht, der in Ansprachen beruhigend auf die Truppen einwirken und sie dazu anhalten konnte, die Zeit bis zur Rückkehr in die Heimat in ruhiger Haltung abzuwarten, damit der Rückzug in geordneten Bahnen verlaufen könne. Für diese Aufgabe fiel ihnen kein Geeigneter ein als der Reichstagsabgeordnete Dr. Ablaß. Die Reichsregierung und speziell das Kriegsministerium war damit einverstanden, daß ihm die Aufgabe übertragen werde, zu versuchen, die wankende Widerstandskraft des Heeres zu stärken und die Verzweifelnden noch so lange zum Ausharren anzufeuern, bis ein Waffenstillstand erreicht sei. So holte sich die Oberste Heeresleitung ihn und 6 weitere Abgeordnete zum 2. Male an die Westfront. Jeder von ihnen wurde einer bestimmten Heeresgruppe zugeteilt, Dr. A. den Städten Charleroi und Namur. Dort hielt er entsprechende Ansprachen an die ausharrenden Soldaten. Zuvor hatte er im Großen Hauptquartier in Spaa den Zweck seines Auftrages und auch die allgemeine Lage an den Fronten mit Generalfeldmarschall von Hindenburg, dem späteren Reichspräsidenten, durchgesprochen und auch von ihm das Einverständnis mit seinem beabsichtigten Einsatz erhalten. Bei dieser Gelegenheit schilderte Hindenburg ihm die Ausweglosigkeit der militärischen Lage.

15 Jahre später, im Dezember 1933, stellte Dr. A. in einem offiziellen Schreiben sein Wirken in Belgien am Beginn des Rückzuges etwas anders dar. Damals schrieb er nämlich, er habe in Vorträgen die im Rückzug begriffene Truppe über die Lage in der Heimat und über die Stimmung in der Bevölkerung und insbeson-

dere über die rechtlichen Verhältnisse im Reich aufklären sollen und diese so dargestellt, daß als Folge von Unruhen die Gefahr bestand, daß bolschewistische Kräfte in Deutschland die Oberhand gewinnen könnten. Ziel dieses ihm aufgetragenen Wirkens sei es gewesen, die Widerstandskraft der Truppe gegen bolschewistische Einflüsse zu stärken und so dem eindringenden Bolschewismus entgegenzuwirken. Dieser Aufgabe habe er sich – wie er sich ausgedrückt hat – mit begeisterter Hingebung und mit starkem Erfolg unterzogen und dabei die vollste Anerkennung des Kommandanten von Charleroi erfahren.

Ergänzend zu dieser Schilderung erwähnt Dr. A. in dem Schriftstück noch, er habe nach der Rückkehr von der Front in Hirschberg mit mehreren hochrangigen Offizieren die Möglichkeiten besprochen, in welcher Weise bolschewistischen Einflüssen entgegengewirkt werden könne und wie man die Polizei bei der Niederhaltung von Gewalttaten unterstützen könne.

Kapitel 15a. Dr. Abläß wird Stadtverordneten-Vorsteher.
(auszugsweise Wiedergabe eines Berichts aus der Zeitung vom 24.2.1918)



III. Stadtverordneten-Sitzung.

j. Hirschberg, 22. Februar.

In der am Freitagnachmittag abgehaltenen Stadtverordneten-Sitzung, die der Vorsteher, Geheimrat Jungfer leitete, waren 29 Mitglieder anwesend.

Einführung des Stadtrates Ahrens.

In feierlicher Weise erfolgte durch Oberbürgermeister Hartung die Einführung des neugewählten Stadtrates Ahrens. Der Oberbürgermeister wies dabei auf die bisherige Tätigkeit des Einzuführenden als Stadtverordneter hin und sprach die Hoffnung aus, daß er auch als Magistratsmitglied segensreiche Arbeit für die Gemeinde leisten werde. Nach erfolgter Vereidigung begrüßte der Vorsteher den neuen Stadtrat im Namen der Stadtverordneten. Stadtrat Ahrens dankte für das ihm durch die Wahl geschenkte Vertrauen und die heutige Begrüßung. Er werde bemüht sein, auch im neuen Amte seine Kenntnisse und Fähigkeiten nach bestem Wissen und Gewissen nutzbringend im Dienste der Stadt zu verwenden.

Neuwahl des Stadtverordneten-Vorstehers.

Der Vorsteher, Geheimrat Jungfer, teilte mit, daß er sich infolge seiner wieder stärker auftretenden Schwerhörigkeit gezwungen sehe, sein Amt niederzulegen. Mit 25 von 29 Stimmen wurde Justizrat Dr. Abläß zum Vorsteher gewählt: Stadtv. Dr. Abläß erklärte die Annahme der Wahl und versprach, sein Amt stets sachlich zu führen. Mit warmen Worten dankte der Redner dann dem Geheimrat Jungfer für die langjährige vortreffliche Leitung der Geschäfte der Versammlung und sprach die Hoffnung aus, daß Geheimrat Jungfer seine Erfahrungen und Kenntnisse noch recht lange als Mitglied der Versammlung der Stadt widmen könne.

Nachträglich eingegangene Anträge.

Dem neugewählten Zweiten Bürgermeister Dr. Rickelt wurde auf seinen Antrag ein Teil seiner auswärtigen Dienstzeit auf sein hiesiges Besoldungs- und Pensionsdienstalter angerechnet, ferner ihm die Umzugskosten bewilligt.

Stadtbaurat Kühnemann, der schon seit einiger Zeit krankheitshalber beurlaubt ist, hat mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand um die Versetzung in den Ruhestand gebeten. Das Gesuch wurde dem Magistrat zur weiteren Veranlassung übergeben.

Stadtv. Gabschuß hatte mit Unterstützung von anderen Stadtverordneten den Antrag eingebracht, den Magistrat zu ersuchen, bereits im Sommer die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, daß im nächsten Winter nicht eine solche Kohlennot eintritt wie in diesem Jahre. — Stadtv. Werth beantragte, den Magistrat zu ersuchen, die Abänderung der Baufluchtlinie der Gerhart Hauptmannstraße in Erwägung zu ziehen. — Die Beratung über diese Anträge wurde jedoch mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit auf die nächste Sitzung vertagt.

Kapitel 16. Abgeordneten-Tätigkeit in der Nationalversammlung.

Inhaltsverzeichnis für dieses Kapitel:

1. Vorspruch
2. Die Ausgangssituation
3. Die Ursachen des Wandels
4. Die November-Revolution
5. Die Übergangszeit
6. Die Nationalversammlung
7. Der Verfassungsausschuß
8. Die Beratung der Versailler Friedensbedingungen
9. Dr. A. und die Beratungen im Verfassungsausschuß
10. Die fertige Verfassung und das Handbuch von Dr. A.
11. Das weitere Wirken der Nationalversammlung
12. Die Folgen des Kapp-Putsches
13. Schlußbetrachtung

1. Vorspruch

Am 20. April 1920 stellte eine Institution ihre Tätigkeit ein, deren Wirken für die Organisation und den Ablauf des staatlichen Lebens im Deutschen Reich von großer Bedeutung gewesen ist. Sicher war es ein bloßer Zufall, daß 13 Jahre später der 20. April ein zweites Mal Bedeutung in der deutschen Politik erlangte: Das Datum spielte eine Rolle im Lebenslauf des damals in Deutschland herrschenden Machthabers. In 13 aufeinanderfolgenden Jahren wurde der Tag stets in der Öffentlichkeit mit großem Pomp begangen. Die dem Tag beigemessene Bedeutung ging sogar so weit, daß in all diesen Jahren jeweils zu diesem Datum eine eigene Briefmarke mit dem Konterfei des Machthabers herausgegeben wurde.

Nicht mit Pomp und nicht unter den Augen der Öffentlichkeit vollzog sich dasjenige Wirken, das am 20.4.1920 sein Ende fand, und es vollzog sich auch nicht im Verlaufe von 13 Jahren, sondern nur im Verlaufe von 13 Monaten. Und auch das dürfte ein bloßer Zufall sein, daß beim Betrachten dieser Abläufe dreimal die Zahl 13 auftaucht.

Die Institution, von der hier und im Folgenden die Rede sein soll, war ein Ausschuß, den die damals in Deutschland tagende „Verfassungsgebende Deutsche Nationalversammlung“ eingesetzt hatte und der die Aufgabe hatte, den Entwurf einer neuen deutschen Reichsverfassung auszuarbeiten.

Wie es dazu kam, daß die vorherige Verfassung ihren Zweck nicht mehr erfüllen konnte, und was sich im Lande mit der Einführung einer neuen Verfassung ändern sollte, das wird im Folgenden näher dargestellt, um dem Leser – und damit ist selbstverständlich jeder Mensch gemeint, der diesen Text liest – die Zusammenhänge verständlich zu machen. Gemeint sind die Zusammenhänge der Ereignisse untereinander, vor allem aber der Zusammenhang mit dem Namen und der Persönlichkeit von Dr. Bruno Ablaß.

2. Die Ausgangssituation

Bis in den November 1918 hinein regierten in Deutschland die Fürstenhäuser. Der Kaiser ernannte den Reichskanzler und dieser bildete ein aus Staatssekretären zusammengesetztes Kabinett, die Reichsregierung. Einen weiteren Pfeiler der Regierungsgewalt im Reich stellten die Landesfürsten und Hansestädte dar, die unter der Bezeichnung „Die verbündeten Regierungen“ im Bundesrat zusammengeslossen waren. Daneben gab es ein aus gewählten Abgeordneten bestehendes Parlament, den Reichstag. Er wurde vom Kaiser einberufen. Er konnte über alle politischen Fragen öffentlich diskutieren, eine Entscheidungsbefugnis stand ihm aber nur auf dem Gebiet der Reichsfinanzen zu: Die Verwendung der Haushaltsmittel des Reiches hing von einer Bewilligung durch den Reichstag ab. Seine Zuständigkeit beschränkte sich auf den Erlass der Gesetze, die im ganzen Reich gelten sollten; auf die Bildung der Regierungen, auf die Außenpolitik und auf Heer und Marine hatte er aber keinen Einfluß und erst recht keine Kontrollbefugnis.

3. Die Ursachen des Wandels

Wenige Tage vor dem Ende des 1. Weltkrieges – die militärische Niederlage Deutschlands hatte sich seit einiger Zeit abzuzeichnen begonnen – kam es zur Revolution. Die Menschen in Deutschland hatten kriegsbedingt immer mehr unter wirtschaftlicher Not zu leiden; außerdem verweigerte die Obrigkeit nach wie vor die meisten der seit langem geforderten inneren Reformen, nämlich mehr politische Rechte für die Bürger und das Parlament. Insbesondere waren solche Forderungen in der Reichstagssitzung vom 10. November 1908 erhoben worden. Anlaß war der Abdruck eines Interviews mit einer Londoner Tageszeitung vom 28. Oktober 1908, in welchem der Deutsche Kaiser seine freundschaftlichen Gefühle für England beteuerte und zur Bekräftigung dieser Gefühle allerlei Indiskretionen und sogar Taktlosigkeiten aussprach. Beispielsweise sprach er davon, er habe einen Kriegsplan ausgearbeitet, mit dessen Hilfe England den Burenkrieg gewinnen konnte. Den Text des Interviews hatte er zuvor dem Reichskanzler v. Bülow zur Prüfung vorgelegt. Dieser leitete den Prüfungsauftrag an das Auswärtige Amt weiter. Dort schlug man einige geringfügige Änderungen vor, erhob aber keine schwerwiegenden Bedenken. Von Bülow reichte den von ihm nicht gelesenen Interviewtext zusammen mit dem Prüfungsergebnis an den Kaiser zurück, und der Text erschien mit den vorgeschlagenen Änderungen. Die Art, in der das Auswärtige Amt dem Prüfungsauftrag nachgekommen war, ist bezeichnend dafür, mit welchem Respekt vor einem kaiserlichen Text eine staatliche Stelle damals in Deutschland solch einen Auftrag behandelte, daß sie nämlich keine ernsthaften Korrekturen vorzuschlagen wagte. Denn eine Abschrift des Schriftstücks, das den angeblichen Kriegsplan enthält, lag dem Auswärtigen Amt vor, es enthielt aber nur allgemeine Gedankensplitter des Kaisers über den Krieg in Transvaal, die für die britische Kriegführung ohne jeden Nutzen waren. Diese ganze Angelegenheit ist eins von vielen Beispielen dafür, wie damals in Deutschland regiert wurde. Der Kaiser hatte durch seine selbstherrlichen Aussagen nicht nur England gedemütigt,

sondern er hatte zwei europäische Staaten bloßgestellt, indem er deren gegen England gerichtete geheime Bündnisangebote ablehnte und England davon unterrichtete. Und schließlich hatte er Japan vor den Kopf gestoßen durch seine Behauptung, die deutsche Flotte werde nicht gegen England, sondern gegen Japan gebaut.

Das Interview löste bei Politikern aller deutschen Parteien Entrüstung aus. Die daraufhin angesetzte Reichstagssitzung gab ihnen Gelegenheit, ihre Standpunkte vor der Öffentlichkeit darzulegen, was in der parlamentarischen Fachsprache „Interpellation“ genannt wurde. Es kam zu einem Schlagabtausch zwischen dem Reichskanzler und einer Reihe von Interpellanten; unter ihnen hielt für die liberale Partei der Abgeordnete Dr. Ablaß die Zügel in der Hand, ohne selbst das Wort zu ergreifen. Obwohl der Kanzler seinen Fehler einräumte, richtete sich die gesamte Interpellation allein gegen die Person des Kaisers und die von ihm in Anspruch genommenen Rechte. Seinem selbstherrlichen persönlichen Eingreifen in die Politik müsse durch Rechtsänderungen ein Riegel vorgeschoben werden, so wurde es von den Rednern gefordert. Diese Interpellation reichte damals aber nicht aus, die im Staatsleben verwurzelte obrigkeitsstaatliche Gesinnung zu beeinflussen und entsprechende Verfassungsreformen durchzusetzen.

Immerhin hatte das Interview eine Staatskrise ausgelöst, die in die deutsche Geschichte eingegangen ist als „Daily-Telegraph-Affäre“. Mit der Zeit beruhigte sich die Stimmung; Kaiser und Politiker verstanden sich zu einer förmlichen Versöhnung. Aber in den Köpfen vieler fortschrittlich gesinnter Politiker rumorten die Forderungen weiter, um bei passender Gelegenheit wieder ans Licht zu treten.

4. Die November-Revolution

Die Gelegenheit kam, aber sie kam zu spät. Denn nachdem mehr als 4 Jahre Krieg gegen eine erdrückende Übermacht die Kräfte des deutschen Volkes überspannt hatten und Leidensdruck und Friedenssehnsucht immer stärker geworden waren, wurden neue Forderungen erhoben; sie lauteten „Sofortiger Rücktritt des Kaisers, Amnestie der politischen Gefangenen, Waffenstillstand und Frieden, Wahlrecht für alle!“ So suchte die Regierung in der zweiten Oktoberhälfte nach Wegen, das monarchische System im Staate noch zu retten. Sie brachte mehrere Umgestaltungen in den deutschen Verfassungsverhältnissen in Gang. Ein entsprechendes verfassungsänderndes Gesetz wurde am 26. Oktober 1918 vom Reichstag beschlossen. Es enthielt den später von Historikern und im Geschichtsunterricht immer wieder zitierten Satz: „Der Reichskanzler bedarf zu seiner Amtsführung des Vertrauens des Reichstages“. Mit diesem und dem weiteren Satz: „Der Reichskanzler und seine Stellvertreter sind für ihre Amtsführung dem Bundesrat und dem Reichstag verantwortlich“ lagen die entscheidenden Weichenstellungen für das Regierungshandeln nicht mehr allein beim Bundesrat als Vertreterversammlung der Fürstenhäuser in den deutschen Gliedstaaten, sondern vor allem bei der Volksvertretung. Ferner wurden die bisherigen Staatssekretäre, die eine

Art Gehilfentätigkeit für den Kanzler ausübten, aufgewertet zu selbständig verantwortlichen Reichsministern. Die Entscheidungen über Kriegserklärungen und Friedensschlüsse wurden an die Zustimmung des Reichstags gebunden.

Das war die letzte Entscheidung des Reichstags im Kaiserreich, denn mit diesem Tage endete seine wegen des Krieges ohnehin schon verlängerte Wahlperiode. Das Gesetz trat am 28.10.18 in Kraft. Es konnte sich aber nicht mehr auswirken. Denn was sich in den folgenden Tagen und Wochen ereignete, war nicht die Wahl eines neuen Reichstages, sondern die Revolution.

Die Hochseeflotte hatte seit mehr als 1 ½ Jahren untätig in den Außenhäfen gelegen; Grund war der U-Boot-Krieg. Nachdem dieser am 20.10.18 eingestellt worden war, befahl der Admiral, in dessen Händen die Seekriegsleitung lag, das Auslaufen des in Kiel stationierten Flottenteils zum Angriff gegen englische Kriegsschiffe. Dem widersetzten sich die Matrosen, weil sie nicht kurz vor Kriegsende noch auf eine Todesfahrt geschickt werden wollten. Um die Meuterei bekämpfen zu können, befahl der Admiral die beiden Schiffe, von denen die Meuterei ausgegangen war, in den Stadthafen von Kiel. Dort aber verbündeten sich die Matrosen mit streikenden Werftarbeitern. Zusammen bildeten sie einen Arbeiter- und Soldatenrat. Von Kiel aus griff die Bewegung auf andere Küstenstädte über; überall wurden die genannten Forderungen erhoben und es bildeten sich immer mehr Arbeiter- und Soldatenräte. Schließlich bestand die Gefahr eines gewaltsamen Umsturzes. Um ihn zu verhindern, legte der Reichskanzler Prinz Max von Baden dem Kaiser die Abdankung nahe. Der hielt sich seit Ende Oktober nicht in Berlin auf, sondern in dem belgischen Ort Spa, am Fuße des Hohen Venn, wo sich das Große Hauptquartier befand. Den dorthin geschickten Abgesandten des Reichskanzlers behandelte der Kaiser wie einen dummen Jungen und schickte ihn mit der Erklärung zurück, er wisse noch, was deutsche Treue sei, die er Preußen und Deutschland schulde, und denke nicht daran, den Thron zu verlassen.

Nun überstürzten sich die Ereignisse: Als die Oberste Heeresleitung gegen die Aufständischen in der Heimat Fronttruppen einsetzen wollte, verweigerten diese den Befehl. Am 7.11. erreichte die Revolution München und stürzte dort die Fürstentherrschaft der Wittelsbacher. Das gleiche Schicksal ereilte den Herzog von Braunschweig. Am 8. und am Vormittag des 9. November gingen zwischen der Reichshauptstadt und dem Großen Hauptquartier die Meldungen hin und her. Der Kanzler übermittelte Vorschläge, die dem Kaiser seinen Entschluß erleichtern sollten. Schließlich: Vortrag der Generäle beim Kaiser: Es gibt keine Truppen mehr, die gegen die Aufständischen in der Heimat kämpfen könnten, und die zurückkehrenden Truppen seien auch bei einem friedlichen Rückmarsch nicht bereit, den Kaiser vor den Aufständischen zu schützen. Schon ruft ein Flugblatt im Namen eines Ausschusses des Berliner Arbeiter- und Soldatenrats zum Generalstreik auf, da lenkt der Kaiser ein, aber nur halbherzig: Nur als Kaiser, nicht auch als König von Preußen wolle er abdanken. In Berlin drängt man auf vollständige Abdankung; es heißt, in wenigen Minuten müsse die Erklärung veröffentlicht

werden, sonst sei alles verloren. Kurz darauf wird der Wortlaut einer vom Reichskanzler unterzeichneten Bekanntmachung über die Abdankung des Kaisers und den Thronverzicht des Kronprinzen nach Spa durchgegeben. Als der Kaiser erfährt, daß dieser Erlaß soeben in einer Extra-Ausgabe des sozialdemokratischen Parteiblattes „Vorwärts“ veröffentlicht worden ist, ist er empört und läßt einen Protest gegen die ohne allerhöchste Ermächtigung erfolgte Abdankungserklärung verfassen, der aber nie veröffentlicht wird.

Am folgenden Tag wurde Wilhelm II. von Offizieren bis an die holländische Grenze ins Exil geleitet. Die schriftliche Erklärung, mit der er auf die Rechte an der Krone Preußens und an der deutschen Kaiserkrone verzichtet und alle Beamten und Soldaten von ihrem Treueeid entbindet, hat Wilhelm II erst am 28. November 1918 im Exil unterzeichnet. Noch am 9. November 1918 rief der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann in Berlin die deutsche Republik aus. Auch in den deutschen Gliedstaaten dankten die regierenden Fürsten ab; ihre Länder erklärten sich zu Freistaaten. Wenige Stunden nach der Rede Scheidemanns proklamierte Karl Liebknecht an einer anderen Stelle in Berlin die „Freie sozialistische Republik“. Er tat dies namens des Spartakusbundes, einer kleinen Gruppe radikaler Marxisten, die mit den russischen Bolschewisten in Verbindung standen, wenn auch mit Vorbehalten.

5. Die Übergangszeit

Mit der Ausrufung der Republik hatte die seit Bismarcks Zeiten geltende, auf der Existenz und der Macht der Fürsten aufgebaute Reichsverfassung von 1871 ausgedient und mußte durch ein demokratisches Verfassungswerk ersetzt werden. Prinz Max von Baden legte sein Amt als Reichskanzler in die Hände des Sozialdemokraten Friedrich Ebert. Dieser bildete alsbald einen aus Angehörigen der SPD und der USPD bestehenden 6-köpfigen „Rat der Volksbeauftragten“ als provisorische Regierung des Reiches. Für die einzelnen Ressorts wurden Staatssekretäre bestellt (das war die damalige Amtsbezeichnung für diejenigen Regierungspositionen, die heute „Minister“ genannt werden). Sie gehörten teils dem Zentrum, teils den liberalen Parteien an. Nachdem kurze Zeit später die Mitglieder der USPD aus dem Rat ausgeschieden und durch SPD-Mitglieder ersetzt worden waren, bestand der Rat der Volksbeauftragten aus denjenigen Partei-Gruppierungen, die schon zur Kaiserzeit zusammengearbeitet hatten und die man später als die „Weimarer Koalition“ bezeichnet hat. Der Berliner Arbeiter- und Soldatenrat wählte einen „Vollzugsrat“ und dieser bestätigte am 10.11.18 den Rat der Volksbeauftragten. Die Mitglieder des Vollzugsrates fragten nicht lange, ob man als rein örtliches Gremium befugt sei, eine Entscheidung zu treffen, die für das gesamte Reich gelten sollte. Man war sich darüber klar: Die Sache war dringlich, deshalb wurde die Regelung da beschlossen, wo sie alsbald angewendet werden sollte, nämlich in der Reichshauptstadt.

Am 22.11.1918 beschlossen die beiden Gremien eine „Kompetenzabgrenzung“, nach der dem Rat der Volksbeauftragten die Exekutive der Republik, d.h.

die ausführende Gewalt, übertragen wurde, während der Vollzugsrat die Aufgabe zugewiesen erhielt, die Volksbeauftragten einzusetzen und abzurufen und ihren Rat zu kontrollieren.

Schon am 12. November 1918 verkündete der Rat der Volksbeauftragten in einem Aufruf folgende Rechtsänderungen mit Gesetzeskraft: Die Gesinde-Ordnungen werden aufgehoben, die zu Kriegsbeginn suspendierten Arbeiterschutzbestimmungen werden wieder in Kraft gesetzt, für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt und eine Reihe von Grundrechten, wie sie später Eingang in die Verfassung finden sollten, wurden proklamiert. Weitere sozialpolitische Veränderungen wurden angekündigt, darunter der höchstens 8-stündige Arbeitstag. Für Wahlen wurde das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht eingeführt, und zwar für männliche und weibliche Personen. (Zu diesen 4 Kriterien eines demokratischen Wahlrechts fügte das Bonner Grundgesetz im Jahre 1949 noch das Merkmal „frei“ hinzu.)

Vor allem aber galt es nun, die Frage zu klären, ob das Reich künftig von einem Räte-System oder von einer parlamentarisch gewählten Regierung geleitet werden sollte. Diese Frage wurde überall im Volke diskutiert, denn zwei unterschiedliche staatliche Gestaltungsformen waren ausgerufen worden; sie konnten nicht nebeneinander bestehen bleiben, sondern für eine mußte man sich entscheiden. Solange diese Entscheidung nicht gefallen war, konnte alles, was im Interesse eines Fortgangs des staatlichen Lebens geregelt werden mußte, nur vorläufig geregelt werden. Die Frage mußte zwischen den gemäßigten Demokraten und den Radikalen ausgefochten werden. Unversöhnlich standen sich die Bilder gegenüber, die jede Seite von der jeweils anderen hatte: Die Sozialdemokraten sahen in dem Räte-System Gesetzlosigkeit und Schreckensherrschaft, während die Spartakisten eine Nationalversammlung als das Machtinstrument des Kapitalismus und der Gegenrevolution bezeichneten. Um endlich eine Entscheidung herbeiführen zu können, rief der Vollzugsrat einen „Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte“ nach Berlin ein. Hier trafen sich am 16.12.18 zum ersten Male die Vertreter der revolutionären Kräfte aus ganz Deutschland, um über die künftige Staatsform zu entscheiden. Nach mehrtägiger Diskussion entschieden die Delegierten am 19.12. die Frage zugunsten des parlamentarischen Systems. Der Antrag, daß ein neuer Rätekongreß die Verfassung beschließen sollte, wurde abgelehnt. So gab der einzige „Oberste Sowjet“ in Deutschland seine Macht selbst auf und legte sie in die Hände der Demokratie. Denn mit diesen Entscheidungen war festgelegt, daß Deutschland künftig ein demokratisch regiertes Land sein werde; der Weg war frei für die Einberufung einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung und für die Ausschreibung entsprechender Wahlen. Beide Entscheidungen waren zwar schon in den Verordnungen vom 29. und 30.11.1918 (RGBl 13 - -) vorweggenommen worden, endgültig bestätigt wurden sie aber erst mit der Entscheidung des Rätekongresses vom 19.12.18. Der Wahltermin wurde auf den frühestmöglichen Zeitpunkt, nämlich auf den 19.1.1919, festgesetzt. Für diesen

Anlaß wurden die Wahlkreise anders aufgeteilt als bisher bei den Reichstagswahlen: Während bisher der Wahlkreis Liegnitz, zu dem Hirschberg, die Heimatstadt von Dr. A., gehörte, Wahlkreis 8 war, trug dieser Wahlkreis nunmehr die Nr. 11.

Auch in der Parteienlandschaft machte die Umwälzung der politischen Verhältnisse nicht Halt. Die liberale Partei, deren Mitglied Dr. A. war, formierte sich neu zur Deutschen Demokratischen Partei (DDP).

Ihr schlossen sich bedeutende Vertreter der deutschen Wissenschaft und des gebildeten Bürgertums an. Die Partei wollte eine Zusammenfassung aller nicht sozialistischen, aber entschieden demokratischen Kräfte sein. In der nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung gebildeten Reichsregierung stellte sie mit dem aus Breslau stammenden Juristen Eugen Schiffer den Finanzminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten, der später Justizminister war.

Das ist die Vorgeschichte für den Zusammentritt der Nationalversammlung am 6. Februar 1919. Sie zu kennen, erscheint notwendig, um zu verstehen, wie gewaltig und wie neu und deshalb besonders schwierig die Aufgabe war, die die Volksvertreter mit der Schaffung einer demokratischen Verfassung zu bewältigen hatten. Auch der Umstand, daß die Nationalversammlung nicht in der deutschen Hauptstadt Berlin, sondern in Weimar getagt hat, wird nur bei Kenntnis dieser Vorgeschichte verständlich. Denn die politischen Unruhen, die die Revolution mit sich gebracht hatte, waren Anfang Februar 1919 jedenfalls in Berlin noch keineswegs abgeklungen. Die linksradikalen Gruppen und der linke Flügel der USPD hatten auf dem Rätekongreß zwar eine Niederlage erlitten, aber sie gaben nicht auf. Sie suchten unter den Massen der Arbeiter und Soldaten neue Anhänger zu gewinnen und trugen ihre Parole „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten“ auf die Straße. Gleichzeitig fingen sie an, ihre Anhänger zu bewaffnen. Streiks, Unruhen und Aufstände bis in den Mai hinein waren die Folge. Den sich daraus ergebenden Gefahren durften die Volksvertreter nicht ausgesetzt werden; ihnen konnten sie nur durch die Wahl eines Tagungsortes fern von Berlin aus dem Wege gehen.

6. Die Nationalversammlung

Die Wahlen fanden am 19. Januar 1919 statt. Gewählt wurde nicht mehr nach den Grundsätzen des Persönlichkeitswahlrechts, sondern nach denen des Verhältniswahlrechts.

Zwischenbemerkung: Eine Woche später fanden erneut Wahlen statt. Auf einem Wahlplakat vom Januar 1919, das sich an die erstmals wahlberechtigten Frauen wandte, hieß es: „Bürgerinnen, wählt am 26. Januar!“ An diesem Datum im Jahre 1919 ging es nicht um die Wahlen zur Nationalversammlung, sondern um die Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung in Preußen.

Im Reich stellten sich am 19.1.19 mehr als 2300 Kandidaten zur Wahl. Zu wählen waren 423 Abgeordnete. Einer von ihnen war Dr. Bruno Ablaß, Rechts-

anwalt und Notar aus Hirschberg in Schlesien. Als Mitglied der Nationalversammlung durfte er seinem Namen den Zusatz „MdN“ beifügen. Ins Parlament gekommen war er auf der Liste der neuen liberalen Partei DDP.

Aus den Wahlen ging die SPD als stärkste Partei hervor; sie bekam aber nicht die absolute Mehrheit und mußte deshalb mit nicht-sozialistischen Parteien eine Koalition bilden. Sie tat es mit denjenigen Parteien, mit denen sie schon während des Krieges zusammengearbeitet hatte, dem Zentrum und der DDP. Das war die schon erwähnte „Weimarer Koalition“. Zusammen verfügte sie über 76 % der Sitze. Die Demokratie hatte einen glänzenden Sieg errungen!

Wer als gewählter Abgeordneter nach Weimar kam, um an den Verhandlungen der Nationalversammlung teilzunehmen, mußte sich bei der Stadtverwaltung anmelden. Sein Name und sein Quartier wurden in einem Rechnungsbuch vermerkt. Der Angereiste mußte diesen Vermerk unterschreiben. Das Buch enthält auch die von der Stadt ausgestellten Rechnungen für jedes Nationalversammlungsmitglied und wird heute im Stadtarchiv verwahrt.

Die Nationalversammlung trat erstmals am 6.2.1919 zusammen, und zwar als Plenum, d.h. in voller Besetzung. Zur Tagungsstätte wurde das Nationaltheater in Weimar bestimmt. Das Plenum tagte im Zuschauerraum. An den ersten 13 Sitzungstagen behandelte es Präliminarien, die aber nicht weniger wichtig waren als das Projekt einer neuen Verfassung. Denn dieses Parlament war nicht nur für die Ausarbeitung einer Verfassung zuständig, sondern bis zur Wahl eines neuen Reichstages hatte es auch alle anderen Aufgaben eines Parlaments zu erledigen. Dringend notwendig war nämlich der Erlass von Regeln darüber, wie das Reich in der Übergangszeit regiert werden sollte, solange es noch keine Verfassung gab, die dies alles regelt. So wurde am 10. Februar das „Gesetz über die vorläufige Reichsgewalt“ erlassen, eine Art Notverfassung. Darin wurde u.a. ein Staatenausschuß geschaffen, der an die Stelle des bisherigen Bundesrates trat, aber als bloßer Ausschuß weniger Rechte hatte als dieser. Außerdem wurde die Hochstufung der bisherigen Staatssekretäre zu Ministern bestätigt und die bisherigen Reichsämtler erhielten die Bezeichnung „Ministerien“. Am selben Tage stellte der Rat der Volksbeauftragten seine Arbeit ein. Am 11.2. wählte die Nationalversammlung Friedrich Ebert zum Reichspräsidenten und am 13.2. bildete sie eine parlamentarische Regierung mit Philipp Scheidemann als Regierungschef; für dieses Amt wird die künftige Verfassung die Bezeichnung „Reichskanzler“ vorschreiben, anscheinend gab man aber jetzt, ein halbes Jahr vor deren Verkündung, dem Amt die gleiche Bezeichnung, wie sie die Regierungschefs in den Ländern trugen, nämlich „Ministerpräsident“. Den frisch gewählten Reichspräsidenten begrüßte der Präsident der Nationalversammlung mit den Worten: „Wir dürfen gewiß sein, daß der neue Reichspräsident jedem Versuch, an die Stelle des Willens der Volksmehrheit die gewalttätige Diktatur einer Minderheit zu setzen, mit aller Macht entgegentreten wird“.

Die Beratungen über die neu zu schaffende Verfassung konnten erst in der 14. Sitzung am 24.2. beginnen. Früher ging es nicht, denn zuerst mußte ja ein vollständiger Entwurf vorliegen, über den die Versammlung beraten konnte, und den gab es erst am 21.2. Der damalige Reichsinnenminister Hugo Preuß hatte ihn im Auftrage der Reichsregierung erarbeitet. Das hatte viel Zeit in Anspruch genommen, weil die Regierung zunächst einmal regierungsintern die wesentlichen Grundzüge der künftigen Verfassung beraten hatte und diese Beratungen anfangs geheim und unverbindlich waren, solange nicht feststand, ob die Nationalversammlung überhaupt würde zusammentreten können. Erst als dies endgültig beschlossen war, konnte mit einer umfassenden Vorbereitung eines Verfassungsentwurfs begonnen werden. In diesem Zusammenhang kam es auch zu mehreren Besprechungen mit den Vertretern der deutschen Gliedstaaten – den sogen. „Reichs-Staaten-Konferenzen“ – in denen alle für diese Staaten bedeutsamen Regelungen gemeinsam durchberaten wurden. Diese Besprechungen hatten erst am 25.1.1919 begonnen.

Das Plenum eines Parlaments behandelt die Texte, die Gesetz werden sollen, im Regelfall in 3 Beratungen, in der Fachsprache „Lesungen“ genannt. Nach den 3 vorgenannten Entscheidungen vom 10., 11. und 13. Februar befaßte sich das Plenum in der Zeit bis zum Beginn der 1. Lesung des Verfassungsentwurfs und auch noch zwischen den einzelnen Sitzungstagen dieser Lesung u.a. mit der Frage der Weitergeltung einer Unmenge von Verordnungen, die der Rat der Volksbeauftragten in seiner kurzen Regierungszeit erlassen hatte. Darin hatte er festgelegt, welche Regeln für das tägliche öffentliche Leben in Deutschland in der durch die Revolution geschaffenen neuen Situation gelten sollten. Inzwischen waren aber wieder weitgehend geordnete Verhältnisse eingetreten, sodaß eine ganze Reihe dieser Vorschriften als überholt anzusehen waren; andere wurden sehr bald als ungerecht empfunden. Es gab aber auch einige, die unbedingt in Geltung bleiben mußten, so die Verordnung über die Fürsorge für Kriegsbeschädigte. Die Versammlung beriet also über den Erlaß eines „Übergangsgesetzes“. Darin wurden diejenigen Vorschriften aufgehoben, die nach allgemeiner Rechtsüberzeugung sofort wegfallen mußten. Über den gesamten restlichen Verordnungsbestand sollte die Reichsregierung ein Verzeichnis aufstellen und im Reichsanzeiger veröffentlichen, anhand dessen die Nationalversammlung später entscheiden sollte, was davon weitergelten solle und was nicht.

In der 1. Lesung dieses Übergangsgesetzes am 27.2.1919 erwiderte der Abgeordnete Dr. A. auf die Äußerung eines Abgeordneten von der USPD, der gemeint hatte, die Vorlage der Regierung für dieses Gesetz erwecke den Eindruck, als wolle sie damit lediglich die nachträgliche Rechtfertigung schaffen für die vielen in der Revolutionszeit erlassenen Verordnungen. Dazu erklärte Dr. A. u.a.: „Die Vorlage der Regierung ist präzise, logisch und verständig, und vor allem ist sie absolut notwendig. Denn in der Zeit der Verwirrung ist eine Unmenge von Verordnungen erlassen worden, die die Regierung vom heutigen Standpunkt aus wahrscheinlich überhaupt nicht mehr vorschlagen würde. Hier heißt es nunmehr,

Klarheit zu schaffen, damit wir genau wissen, was als bestehendes Recht für die Zukunft weitergelten soll und was nicht. Das ist eine Tätigkeit, die so notwendig ist, daß wir an dieser Frage nicht vorübergehen dürfen“.

Dem Leser dieses Schlagabtausches fällt sicherlich die Parallelität auf, die sich hierzu im Herbst 2020 im Deutschen Bundestag ergeben hat, als dort, um die Anti-Corona-Maßnahmen der Bundesregierung auf sichere rechtsstaatliche Füße zu stellen, ein Zusatz zum Bundesseuchengesetz beraten wurde und ein Abgeordneter erklärte, dieser Gesetzentwurf sei ein Feigenblatt zur nachträglichen Rechtfertigung all dieser Corona-Verordnungen. Allerdings waren diesmal die Rollen vertauscht: War es im Jahre 1919 ein Liberaler, der den erwähnten absolut überflüssigen Vorwurf mit sachlichen Argumenten zurückwies, so war es im Jahre 2020 ein Liberaler, der einen solchen Vorwurf erhob.

7. Der Verfassungsausschuß

Den Verfassungsentwurf beriet das Plenum der Nationalversammlung in 1. Lesung an mehreren Sitzungstagen bis zum 4.3.1919. An diesem Tage setzte es den wichtigsten von insgesamt 18 Ausschüssen ein, nämlich den „Ausschuß zur Vorbereitung des Verfassungsentwurfs“, kurz „Verfassungsausschuß“ genannt, wählte dessen Mitglieder und übertrug ihm die Weiterberatung des Verfassungsentwurfs. Dem Ausschuß gehörten 28 Mitglieder aus 6 Parteien an, darunter der DDP mit 5 Abgeordneten. Unter ihnen war Dr. Bruno Ablaß. Der Ausschuß konstituierte sich noch am Abend desselben Tages unmittelbar nach dem Ende der Plenarsitzung; sein Tagungsraum im Weimarer Nationaltheater war der Ballettsaal im 3. Stock. Zum Vorsitzenden des Verfassungsausschusses wurde der Abgeordnete Conrad Haußmann gewählt, ein Parteifreund von Dr. A. Es wurde festgelegt, daß der Ausschuß an 5 Tagen jeder Woche tagt und daß für jedes der vielen in der Verfassung zu behandelnden Sachgebiete ein Berichterstatter (Referent) bestellt wird. Dr. A. wurde Referent für die Sachgebiete „Reichspräsident“ und „Rechtspflege und Beamtenrecht“. Für 4 Sachgebiete wurden Unterausschüsse eingesetzt, von denen jeder aus einzelnen Mitgliedern des Verfassungsausschusses zusammengesetzt war und sich nur mit einem einzigen Sachgebiet zu beschäftigen hatte. Einer dieser Unterausschüsse war der „Unterausschuß zur Vorberatung der Grundrechte“. Auch diesem Ausschuß gehörte Dr. A. an. Da alle Mitglieder dieser 4 Unterausschüsse nach wie vor auch dem Verfassungsausschuß angehörten, mußten die Tagungszeitpunkte beider Ausschußarten aufeinander abgestimmt werden. Besonders eng wurde es für die Mitglieder des Grundrechts-Unterausschusses an den letzten 4 Tagen des Mai 1919. Der Verfassungsausschuß hatte nämlich in der Zeit vom 27. Mai bis 6. Juni für insgesamt 9 Sitzungen seinen Tagungsort von Weimar nach Berlin ins Reichsinnenministerium verlegt, um Ministerialbeamten die Teilnahme an Ausschußsitzungen zu erleichtern, nachdem sie einmal zu einer Ausschußsitzung von Berlin aus mit dem Flugzeug in Weimar hatten anreisen müssen. Der Unterausschuß dagegen tagte weiterhin in Weimar.

In dieser Zeit mußten an mehreren aufeinanderfolgenden Tagen diejenigen Abgeordneten, die beiden Ausschüssen angehörten, vormittags bis zum späten Mittag in Weimar und 2 Stunden später bis in den späten Abend in Berlin anwesend sein. Zeitlich zu bewältigen war das nur, weil es zwischen Weimar und Berlin einen Parlamentszug und einen Flugdienst gab.

Neben den Ausschußsitzungen hielten die einzelnen Fraktionen auch noch ihre Fraktionssitzungen ab, so natürlich auch die Fraktion der DDP, an deren Sitzungen Dr. A. ebenfalls teilnahm.

8. Die Beratung der Versailler Friedensbedingungen

Zur selben Zeit hätten alle Ausschußmitglieder auch noch an Sitzungen des Plenums teilnehmen müssen; das allerdings tagte in der Zeit vom 16.4. bis 21.6.19 nicht. Das hing vor allem damit zusammen, daß das Parlament sich nach der Osterpause (um den 20.4. herum) auf die in Versailles bevorstehenden Friedensverhandlungen vorbereiten und sich dabei auf die am 7. Mai in Deutschland bekanntgewordenen Friedensbedingungen, die die Siegermächte beschlossen hatten, einstellen mußten. So setzte das Plenum am 10. und 15. April einen Friedensauschuß ein. Dieser tagte in der Zeit vom 15.4. – 21.6.19 an insgesamt 8 Sitzungstagen; Plenarsitzungen fanden in dieser Zeit nicht statt.

Eine Veranstaltung des Plenums gab es in dieser Zeit aber doch: Am 12. Mai 1919 trat das vollzählige Plenum in Berlin in der Neuen Aula der Universität zu einer feierlichen Sitzung zusammen, in der die Abgeordneten gegen die Versailler Friedensbedingungen protestierten. In dieser Sitzung sprach der Regierungschef Scheidemann den berühmt gewordenen und bis heute immer wieder zitierten Satz: „Welche Hand müßte nicht verdorren, die solche Bedingungen unterschreibt und damit sich und uns in Fesseln legt?“

Die deutsche Delegation brachte Einwände und Gegenvorschläge vor. Daraufhin wurden einzelne Bestimmungen gemildert, im übrigen blieb es aber bei den bisher mitgeteilten Bedingungen und die Alliierten verlangten von Deutschland ultimativ die Annahme. Nochmals erhob Deutschland Einwendungen in 2 Punkten, die ihm besonders wichtig waren. Statt einer sachlichen Antwort erklärten die Alliierten, die Zeit für Diskussionen sei vorbei; für einen Beschluß über die endgültige Annahme des Vertrages blieben weniger als 24 Stunden. So kam man in der Nationalversammlung am 22. Juni 1919 zunächst formlos überein, das Vertragswerk anzunehmen. Einen entsprechenden förmlichen Beschluß faßte das Plenum am folgenden Tage. (Das Zustandekommen eines völkerrechtlichen Vertrages geht allerdings anders vor sich!) Nach dieser Abstimmung gaben alle Parteien Ehrenerklärungen in dem Sinne ab, daß diejenigen, die sich anders entschieden hatten als man selbst, dies nach sorgsamer Gewissensprüfung im Interesse des Vaterlandes getan hätten. Die entsprechende Erklärung der DDP, die fast geschlossen gegen den Vertrag gestimmt hatte, lautete: „Wir haben keinen Zweifel an der vaterländischen Gesinnung auch derjenigen, die mit Ja gestimmt

haben“. Am 28. Juni 1919 unterzeichneten 2 deutsche Reichsminister im Spiegelsaal zu Versailles den Vertrag. Die Nationalversammlung ratifizierte ihn am 9. Juli. Am 10. Januar 1920 trat der Vertrag in Kraft. Bruno Ablaß bezeichnete im privaten Gespräch den Tag der Annahme des Vertrages als den „schwärzesten Tag in der deutschen Geschichte“.

9. Dr. A. und die Beratungen im Verfassungsausschuß

Unter den Parlamentariern der Nationalversammlung gab es einige, die nicht an allen, evtl. nur an wenigen Sitzungen teilnahmen. Zu ihnen gehörte Dr. A. nicht; er nahm, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, regelmäßig an allen Sitzungen des Plenums, des Verfassungsausschusses und des Grundrechte-Unterausschusses teil.

Im Verfassungsausschuß wurde darüber beraten, was alles in der Verfassung stehen sollte und wie der Verfassungsinhalt äußerlich aufgebaut sein sollte. Zu diesem Zweck ist eine Verfassung in eine Reihe von Kapiteln oder Abschnitten unterteilt. Die einzelnen Abschnitte regeln u.a., wie die Zuständigkeiten für den Erlass von Gesetzen zwischen dem Reich und den Ländern verteilt sein sollen, d.h. für welche Sachgebiete das Reich Gesetze erlassen darf und für welche Sachgebiete dies Aufgabe der Länder sein soll, ferner durch welche Organe (Parlament, Regierung) das Reich regiert und verwaltet werden soll, auch wie das Staatsoberhaupt bezeichnet werden soll und welche Pflichten es haben soll und welche Behörden und welche Gerichte mit welchen Zuständigkeiten es im Reich geben soll. Schließlich muß in der Verfassung die wichtige Frage geregelt sein, welche Grundrechte und Grundpflichten die Bürger haben sollen.

Da kein Abgeordneter auf all diesen Gebieten gleich gut Bescheid wissen kann, wurde im Verfassungsausschuß für jedes einzelne Sachgebiet ein Berichterstatter bestimmt, auch „Referent“ genannt, der für sein Sachgebiet eine bestimmte Regelung vorzuschlagen und dabei das Für und Wider der vorgeschlagenen Möglichkeit gegenüber anderen Möglichkeiten abzuwägen hatte. So konnten sich die auf dem betr. Sachgebiet nicht sachkundigen Abgeordneten ein eigenes Bild machen und dann gemeinsam darüber abstimmen, welche Lösung in der Verfassung stehen soll.

Dr. A. referierte als Berichterstatter ausführlich über das Thema „Reichspräsident“. Er wollte mit diesem Amt ein Gegengewicht gegen den Reichstag schaffen. Wie dieser sollte der Präsident vom Volke gewählt werden und man müsse ihm eine starke Stellung zuerkennen, so schlug er vor. Der Präsident solle die Befugnis erhalten, bei Krisen einzugreifen, z.B. eine etwaige Handlungsunfähigkeit des Parlaments zu überbrücken und mögliche Machtmißbräuche zu verhindern. Dieses Modell wurde angenommen und kam in die Verfassung; es hatte allerdings den Fehler, daß die Verfassung dieser Befugnis des Reichspräsidenten keine Grenzen gesetzt hat.

Dr. A. äußerte sich aber auch zu Fragen auf anderen Sachgebieten, die in der Verfassung stehen müssen. So z.B. zu der Frage, ob die offizielle Bezeichnung

Deutschlands weiterhin „Deutsches Reich“ heißen oder durch eine andere Bezeichnung ersetzt werden solle. Abgeordnete anderer Parteien setzten sich für eine Umbenennung des deutschen Staates ein mit der Begründung, unter dem Begriff „Reich“ sei jahrhundertlang immer ein Kaiserreich verstanden worden, deshalb passe der Begriff nicht für die Republik. Dem setzte Dr. A. folgendes entgegen: Das Deutsche Reich sei historisch entstanden, der Begriff „Reich“ sei stets mit dem deutschen Staat verbunden gewesen, deshalb wäre es ein unverzeihlicher Fehler, wenn wir diese Tatsache ignorieren wollten. Um als "Reich" bezeichnet zu werden, müsse ein Land nicht unbedingt eine Monarchie sein, wie das Beispiel des französischen Staates mit seinem Namen „Frankreich“ zeige. Und jedenfalls habe die Umwandlung Deutschlands in eine Republik nichts an dem großen Gefüge des Reiches mit seinem bundesstaatlichen Aufbau geändert. Dieser Ansicht hat sich die Ausschlußmehrheit angeschlossen.

Des Längeren wird darüber diskutiert, ob Schwarz-Rot-Gold die neuen Reichsfarben werden sollen, wie der Regierungsentwurf es vorschlägt, oder ob die bisherigen Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot beibehalten werden sollen. Der Berichterstatter für die Frage der Reichsfarben lehnt den Regierungsvorschlag ab, weil er gegen handelspolitische Interessen Deutschlands verstoße: Deutschland als Handelsnation sei bei seinen Handelspartnern unter den bisherigen Farben bekannt und habe Namen und Ansehen erworben; unter einer neuen Flagge könnten diese Beziehungen nur mit großer Mühe wieder aufgebaut werden. Außerdem seien für die Seeschifffahrt die Farben Schwarz-Rot-Gold ungeeignet, weil sie auf See schlecht erkennbar seien. Schließlich erwecke die Abschaffung der bisherigen Farben den Anschein, als müsse man sich dieser Farben schämen.

Diesen Argumenten widersprach der Reichsinnenminister Dr. Preuß, der als Regierungsvertreter im Verfassungsausschuß saß. Er erklärte, der Gedanke, sich wegen der alten Farben schämen zu müssen, sei abwegig und habe bei dem Vorschlag, neue Reichsfarben einzuführen, nicht die geringste Rolle gespielt. Vielmehr wolle man mit den neuen Farben das Entstehen eines neuen Deutschland dokumentieren. Es seien die Farben, unter denen vor 100 Jahren Deutschlands Jugend für hohe Ideale eingetreten sei, von denen man sich auch heute bei der Neugestaltung Deutschlands wieder leiten lassen wolle. Die Frage, welche Nationalfarben das Reich sich geben soll, dürfe auf keinen Fall von einem so banalen Umstand wie der schlechten Erkennbarkeit bestimmter Farben auf See entschieden werden; um dem abzuhelpen, gebe es andere Möglichkeiten,

Eine solche Möglichkeit benennt Dr. Ablaß, indem er beantragt, daß die schwarz-weiß-rote Flagge nur als Marine- und Schifffahrtsflagge erhalten bleiben solle; damit werde auf die besonderen Bedürfnisse der Seefahrt die notwendige Rücksicht genommen. Der Ausschuß beschließt aber zunächst, daß die Handelsflagge durch einfaches Gesetz bestimmt werden solle. Im Plenum wird später als Verfassungsartikel 3 der folgende Text beschlossen: „Die Reichsfarben sind schwarz-rot-gold. Die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit den Reichsfarben in der oberen inneren Ecke.“ (Ein solches Flaggenbild im Kleinformat wird häufig

als „Gösch“ bezeichnet. Die Verfassung verwendet diesen Begriff nicht. Denn damit wird eigentlich die meist in Häfen gezeigte Bug- oder Signalflagge bezeichnet, die aus einer Wiedergabe der Oberecke der Kriegsflagge besteht).

Dr. A. äußert sich auch zu einer Reihe weiterer im Ausschuß behandelte Sachgebiete, darunter zu der Frage, welche Steuerarten dem Reich zufließen sollen und welche den Ländern verbleiben sollen. Und er sagt etwas dazu, ob das Land Preußen als Gliedstaat in seiner bisherigen Größe unverändert bestehen bleiben oder in kleinere Staaten aufgeteilt werden soll, von denen sich einzelne untereinander oder mit angrenzenden Gliedstaaten zu neuen Staatsgebilden zusammenschließen dürfen. In diesem Zusammenhang erklärt Dr. A.: „Wir Schlesier danken es Friedrich dem Großen, daß Schlesien zu Preußen gekommen ist.“ Die Frage einer Aufteilung Preußens diskutiert der Ausschuß im Zusammenhang mit einem Artikel des Regierungsentwurfs, der den deutschen Gliedstaaten das Recht zusprechen will, sich mit kleinen Nachbarstaaten zusammenzuschließen, um auf diesem Wege leistungsfähige größere Gliedstaaten zu schaffen. Im Ausschuß ist man sich darüber einig, daß Zwergstaaten beseitigt werden müssen. Gleichwohl werden diejenigen staatlichen Gebilde, auf die diese Bezeichnung am ehesten zutrifft, nämlich die beiden Lippeschen Ländchen und der kleinere der beiden mecklenburgischen Staaten, von keiner Seite ins Gespräch gebracht.

Im Übrigen wurden unter den Abgeordneten für die unterschiedlichen Möglichkeiten einer Neugliederung des Reiches hehre Gedanken geäußert, die alle darauf hinausliefen, das Selbstbestimmungsrecht der deutschen Stämme zu sichern. Darüber aber, wie dies geschehen solle, ob durch verfassungsänderndes oder einfaches Gesetz, ob mit oder ohne Volksabstimmung, gingen die Ansichten auseinander. Gesprächsweise war festzustellen, daß die Bildung einer rheinisch-westfälischen Republik sehr volkstümlich war, aber dieser Gedanke, der eine Verkleinerung Preußens bedeutet hätte, stieß auf starken Widerstand derer, die eine Zerschlagung Preußens für falsch hielten und die lieber das Selbstbestimmungsrecht innerhalb der einzelnen preußischen Provinzen verstärken wollten. Sie verwiesen nämlich darauf, daß der Wert Preußens in der einheitlichen und gut funktionierenden Tätigkeit der Verwaltung auf den verschiedenen Sachgebieten liege; dies dürfe man nicht mutwillig zerschlagen.

Wirklich vordringlich und ohne große Schwierigkeiten durchführbar erschien allen lediglich die Neugliederung des thüringischen Raumes. Widerstand von Seiten der Bevölkerung gab es hier nicht; wohl aber mischten die angrenzenden Staaten Preußen und Bayern sich ein. Der thüringer Raum war nämlich durchsetzt von einer Reihe preußischer Gebietsfetzen, deren größter der Regierungsbezirk Erfurt war. Diese Gebietsteile mußten preußisch bleiben, sodaß die Landkarte Thüringens nach der Neugliederung wie ein durchlöcherter Käse aussah. Und Bayern bediente sich am südlichen Rande Thüringens mit einem Teil des bisherigen thüringischen Kleinstaats Sachsen-Coburg-Gotha, nämlich mit Stadt und Kreis

Coburg. Das Ergebnis wurde niedergelegt in einem thüringischen Gemeinschaftsvertrag vom 20.5.1919, auf Grund dessen im Mai 1920 der neue Gliedstaat Thüringen entstand.

In diesem Zusammenhang ist es interessant anzumerken, daß es bei den Wahlen zum Reichstag keine Landeslisten gab, sondern nur eine einzige Reichswahlliste. Die Zwergstaaten waren zu klein, um auch nur einen einzigen Wahlkreis bilden zu können. Sie wurden deshalb mit Gebietsteilen angrenzender Gliedstaaten zu einem Wahlkreis in ausreichender Größe zusammengefaßt. Z.B. gehörten zum Wahlkreis Thüringen 2 preußische Gebietsteile, nämlich der Regierungsbezirk Erfurt und der Kreis Schmalkalden. Ähnlich war es bei den Wahlkreisen, zu denen die Lippeschen Länder gehörten, ferner das Land Mecklenburg-Strelitz und das preußische Gebiet Hohenzollern, das ringsum vom Land Württemberg umgeben war. Eine Landesliste hätte deshalb für diese Gebiete Kandidaten aus mehreren Ländern umfaßt, sodaß man nicht hätte feststellen können, welchem Land diese Liste zuzuordnen sein sollte. Bei der Reichswahlliste, auf der die Kandidaten des ganzen Reiches zusammengefaßt waren, spielten solche Zuordnungsschwierigkeiten keine Rolle.

Dr. A. und ein weiterer DDP-Abgeordneter unterstützten im Verfassungsausschuß den Antrag des Zentrums-Abgeordneten Gröber, die 5-jährige Dauer der Wahlperiode des bisherigen Reichstages beizubehalten. Der Antrag wurde abgelehnt; abgelehnt wurde auch der Antrag der der SPD und der USPD angehörenden Ausschußmitglieder, die Wahlperiode auf 2 Jahre zu verkürzen. Die Mehrheit im Ausschuß folgte dem Regierungsentwurf, der eine 3-jährige Wahlperiode vorsah. Dieses Ergebnis bestätigt der Ausschuß auch in seiner 2. Lesung. Das Plenum aber beschließt später in Art. 23 der Verfassung den folgenden endgültigen Text: „Der Reichstag wird auf 4 Jahre gewählt.“ Eine Wahlperiode von 4 Jahren hatte in den Ausschußberatungen, soweit ersichtlich, nie eine Rolle gespielt. Den einzigen Fingerzeig, auf welche Weise eine 4-jährige Dauer ins Spiel gekommen sein könnte, bildet ein Antrag, den der Abgeordnete Koch/Weser (DDP) in einer als 3. Lesung bezeichneten Ausschußsitzung am 25.7.1919 gestellt hat und der den Satz enthält: „Die Vollmacht des Reichstages erlischt im 5. Jahre nach seiner Wahl.“

Selbstverständlich macht Dr. A. als Mitberichterstatter des Ausschusses auch zum Thema „Rechtspflege“ wohlüberlegte und fachlich begründete Ausführungen. So wird auf seinen Antrag hin die beabsichtigte Regelung, daß die Richter auf Lebenszeit ernannt werden, ergänzt durch den Zusatz, daß für Richter eine Altersgrenze festgesetzt werden kann, bei deren Erreichung sie in den Ruhestand treten.

Der Ausschuß diskutiert darüber, ob die Todesstrafe abgeschafft werden soll. Ein großer Teil der Mitglieder einschließlich Dr. A. hält dies für angebracht; aber mit Rücksicht darauf, daß vorher erst noch rechtliche Hürden beseitigt werden müssen, unterbleibt ein Beschluß über die Abschaffung. Da dieses Thema in der

Folgezeit nicht mehr aufgegriffen wurde, blieb die Todesstrafe bis zum Inkrafttreten des Bonner Grundgesetzes am 23. Mai 1949 zulässig, was insbesondere in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur schlimme Folgen hatte.

Zur Rechtspflege gehört auch das Recht der Begnadigung. Laut Regierungsentwurf soll dieses Recht dem Reichspräsidenten übertragen werden. Der Abgeordnete der USPD beantragt, daß in bestimmten besonders gewichtigen Fällen der Reichstag das Begnadigungsrecht ausüben soll. Dem widerspricht Dr. A. mit den Argumenten, daß eine Ausübung durch den Reichstag unpraktikabel sei; außerdem dürfe man die Ausübung nicht zwischen 2 Institutionen teilen. Dem schließt sich die Ausschlußmehrheit an; der Text aus dem Regierungsentwurf wird als Art. 49 Abs. 1 Teil der Verfassung.

Dr. A. hält es für wünschenswert, daß die Grundrechte in die Verfassung aufgenommen werden, damit sie zum Rechtskatechismus für das ganze Volk werden können. Auf seinen Vorschlag hin wird für dieses Sachgebiet nach einer anfangs ablehnenden Entscheidung der bereits erwähnte Unterausschuß gebildet. Es ist klar, daß sich Dr. A. auch im Unterausschuß zur Vorberatung der Grundrechte mit Wortmeldungen und Anträgen an der Beratung beteiligt hat und sich insgesamt für eine sachgerechte Gestaltung der Grundrechte sowie für eine Normierung auch von Grundpflichten eingesetzt hat. Zu diesen Pflichten gehört neben der Pflicht, Steuern zu zahlen – was in Art. 134 mit umschreibenden Worten gesagt wird – auch eine Pflicht, die auf einen im Unterausschuß von Dr. A. gestellten Antrag zurückgeht und in der Verfassung in Art. 132 festgeschrieben ist, nämlich die Pflicht jedes Deutschen, gesetzlich bestimmte ehrenamtliche Tätigkeiten zu übernehmen.

Als der Ausschuß die Frage behandelt, ob bestimmte Rechte auch Nicht-Deutschen zuerkannt werden sollen, äußert der die Belange der Reichsregierung im Ausschuß vertretende Reichsminister Dr. Preuß allerschwerste Bedenken dagegen, politische Rechte Nicht-Deutschen zu gewähren. Er macht darauf aufmerksam, daß es nicht angehe, in innerpolitische Angelegenheiten von auswärts herinzureden.

Den von einem Abgeordneten gestellten Antrag, den Adel abzuschaffen, hält Dr. A. für unzulässig. Auf seinen Antrag hin wird aber beschlossen, daß die bisherigen Adelstitel nur noch als Teile des Namens gelten und daß neue Adelstitel nicht mehr verliehen werden dürfen. So hat man es in den Art. 109 der Verfassung übernommen.

Insgesamt setzt sich Dr. A. dafür ein, daß die Verfassung nicht so ausführlich formuliert sein solle wie ein einfaches Gesetz; sie soll nur „die großen reformatorischen Gedanken der neuen Zeit“ enthalten. Er mahnt aber, bei der Ausformulierung des künftigen Verfassungstextes sorgfältig auf folgendes zu achten: Die vorgeschlagenen Bestimmungen müssen so durchdacht und in ihrer Tragweite so intensiv abgeklopft sein, daß sich keine Widersprüche zu anderen Regelungen der Verfassung und keine unbeabsichtigten Konsequenzen ergeben; man müsse also

immer die Gesamtheit all dessen im Auge haben, was in die Verfassung hineingeschrieben werden soll.

In diesem Zusammenhang kommt ein anderer Unter-Ausschuß ins Spiel, der Redaktionsausschuß. Er wurde tätig, nachdem der Verfassungsausschuß diejenigen Sitzungen, die zur 1. Lesung des Verfassungsentwurfs gehörten, abgeschlossen hatte. Denn nicht nur das Plenum, sondern auch der Verfassungsausschuß hielt mehrere Lesungen ab. In der 1. Lesung, die in der Zeit vom 4.3. bis 2.6.1919 insgesamt 35 Sitzungen umfaßte, wurden alle Artikel abschnittsweise durchberaten. Hierbei wurden einzelne Themen, bei denen sich eine zu große Meinungsvielfalt ergeben hatte, zurückgestellt für intensivere Beratungen in der 2. Lesung.

Die in der 1. Lesung entstandene Entwurfsfassung wurde nun im „Redaktionsausschuß“ noch durch eine besondere Mangel gezogen, d.h. Schreibfehler wurden beseitigt, unbeabsichtigte Auslassungen ergänzt und Unebenheiten im Ausdruck geglättet, auch wurden noch einzelne redaktionelle Änderungen eingearbeitet. Aus Andeutungen, die in privaten Schriftstücken in den Nachlässen zweier Mitglieder dieses Unterausschusses gefunden wurden, läßt sich herauslesen, daß es in diesem Ausschuß nicht ganz so förmlich zugegangen ist wie in den übrigen Ausschüssen und Unterausschüssen; Beratung scheint sich hier als Unterhaltung im Kleinen Kreise abgespielt zu haben. Trotzdem war dieser Ausschuß für die Gestaltung der Verfassung deshalb von herausgehobener Bedeutung, weil hier die Frage entschieden worden ist, in welcher Reihenfolge die beiden Hauptteile der Verfassung angeordnet werden sollen, d.h. ob die Grundrechte den 1. Hauptteil bilden sollen, sodaß die Beschreibung der Staatsorgane und ihrer Aufgaben erst im 2. Hauptteil stehen, oder ob diese beiden Hauptteile in umgekehrter Reihenfolge angeordnet werden sollen. Diese Frage entschied der Ausschuß in seiner Sitzung vom 2.6.1919; es war der Tag, an dem vormittags die letzte Sitzung der 1. Lesung im Verfassungsausschuß stattgefunden hatte. Die Entscheidung lautete: Der Verfassungstext beginnt mit dem Hauptteil über „Aufbau und Aufgaben des Reichs“, erst danach folgen „Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen“ als 2. Hauptteil. Diese Entscheidung wurde mit dem lapidaren Satz begründet: Zuerst muß geklärt sein, wie der Staat beschaffen ist, der über die Einhaltung der Grundrechte wachen soll, erst danach kann festgelegt werden, um welche Grundrechte es sich handeln soll. Für den Verfassungstext war diese Entscheidung gravierend, weil damit von der bisherigen Anordnung abgewichen wurde, sodaß das Verfassungswerk in seinem Aufbau umgekrempelt werden mußte mit der Folge, daß die bisherige Nummerierung der einzelnen Artikel nicht mehr galt, sondern jeder Artikel eine neue Nummer erhalten mußte.

Aber auch im Übrigen mußte der Redaktionsausschuß eine schwere Aufgabe bewältigen: Der Vorsitzende des Verfassungsausschusses hatte nämlich die Mitglieder des Grundrechte-Unterausschusses zur Eile ermahnt, weil es nicht ausgeschlossen sei, daß die Teilnehmer der Versailler Friedenskonferenz sich entschließen, Gebietsteile von Deutschland abzutrennen. Deshalb sei es erwünscht, eine Verfassung vorweisen zu können, die ein geeintes Deutschland festschreibt.

Ein Mitglied des Verfassungsausschusses kommentierte diese Situation so: Unter diesen Umständen könne die Verfassung kein ausgereiftes Werk werden; ohnehin bleibe systematisch, gesetzestechnisch und sprachlich „ein arger Satz Unvollkommenheit“ zurück. Aber der Gesetzgeber müsse hinter dem Politiker zurücktreten. Im Ergebnis hat sich an dieser Beurteilung nur wenig geändert, denn auch ein noch so sorgfältig arbeitender Redaktionsausschuß kann nicht voraussehen, ob und wo die spätere Praxis einmal Ungereimtheiten entdecken könnte.

Während der folgenden beiden Wochen hielt der Verfassungsausschuß an 7 Sitzungstagen zwischen dem 3. und dem 18.6. die 2. Lesung ab, in der die vorher zurückgestellten Themen besonders sorgfältig diskutiert wurden. Das Ergebnis beider Lesungen war ein vom Regierungsentwurf an vielen Stellen abweichender vollständiger Verfassungsentwurf. Damit schien die Arbeit des Verfassungsausschusses abgeschlossen zu sein.

Dann aber kam es zu den Entscheidungen über die Annahme der Versailler Friedensbedingungen, die Zustimmung zum Friedensvertrag und die Unterzeichnung der Vertragsurkunde. Diese Entscheidungen hatten Konsequenzen für den Verfassungstext, über die der Verfassungsausschuß beraten mußte. Er tat dies in einer weiteren, noch zur 2. Lesung gerechneten Sitzung am 23.6.1919. U.a. wurde in Art. 178 Abs. 2 der Verfassung bestimmt, daß der Inhalt des Friedensvertrages gegenüber den Bestimmungen der Verfassung vorrangig zu gelten hat (so die sinnge-
mäßige Wiedergabe des in Beamtendeutsch abgefaßten Wortlauts in der Verfassung).

In Abs. 1 desselben Artikels wird die alte Reichsverfassung von 1871 ausdrücklich aufgehoben. Das Bonner Grundgesetz dagegen enthält keine entsprechende Vorschrift über eine Aufhebung der Weimarer Verfassung. Im Gegenteil erklärt es in Art. 140 eine Serie von Weimarer Verfassungsartikeln zu Bestandteilen des Grundgesetzes und bestimmt darüber hinaus, daß das Recht aus der Zeit vor dem Zusammentritt des Bundestages weitergilt, soweit es dem Grundgesetz nicht widerspricht. Demnach dürften viele Vorschriften der WRV heute noch in Kraft sein, und zwar als geltendes Verfassungsrecht.

Da Deutschland im Versailler Vertrag auf alle seine Rechte, die die deutschen Kolonien betrafen, zugunsten der Alliierten Mächte verzichten mußte, mußte auch geprüft werden, ob und inwieweit die im Verfassungsentwurf vorgesehenen Bestimmungen über die deutschen „Schutzgebiete“, wie Deutschland seine Kolonien genannt hatte, angepaßt werden mußten. Die schließlich getroffene endgültige Regelung bestand darin, daß Art. 6 Nr. 2 und Art. 80 nur regelten, wer in Deutschland für das Kolonialwesen zuständig ist. Dazu schrieb Dr. A. in seinem Handbuch über die Weimarer Verfassung: „Solange der Glaube an die Gerechtigkeit nicht vollständig ausgerottet ist, muß daran festgehalten werden, daß Deutschland in Zukunft wieder Kolonien haben wird, und dann wird auch für dieses Gebiet der Reichsbetätigung keine Lücke in der Verfassung vorhanden sein.“

Reichlich einen Monat später, am 25. und 26. Juli, hielt der Verfassungsausschuß noch 2 weitere Sitzungen ab, die man als 3. Lesung bezeichnen kann. Hier

sollten für die bevorstehende 3. Lesung im Plenum noch Vorschläge für Änderungen am Verfassungsentwurf erarbeitet werden. Betroffen war u.a. ein Kapitel, für das Dr. A. als Berichterstatter vorgesehen war. An diesen beiden Sitzungen konnte er aber nicht teilnehmen, weil er aus beruflichen Gründen in Hirschberg gebraucht wurde und daher am 14. Juli aus Weimar abreiste. Deshalb bat er schriftlich den Ausschußvorsitzenden Haußmann, zu veranlassen, daß der Ausschuß für das betreffende Kapitel einen anderen Berichterstatter wählt. In dieser Zeit, nämlich vom 19. bis 22.7.1919, hielt seine Partei, die DDP, ihren Parteitag ab. Sehr wahrscheinlich hat Dr. A. auch daran nicht teilgenommen. Möglicherweise erschien ihm hier die Teilnahme nicht so wichtig, denn abgesehen von unwesentlichen Einzelpunkten wurde die Erörterung von Verfassungsfragen weitgehend den Fraktionen in Ausschuß und Plenum überlassen. Stattdessen ging es auf dem Parteitag hauptsächlich um kritische Stellungnahmen zu bestimmten Maßnahmen der Parteiführung. In dem Brief an Haußmann versprach Dr. A. aber, sich zu wichtigen Abstimmungen wieder im Parlament einzufinden. Tatsächlich war er bereits am 30.7., also einen Tag vor der Schlußabstimmung im Plenum, wieder in Weimar. Dort trat er als Redner im Plenum auf zu der Frage, wie der in die Verfassung aufzunehmende Auftrag an den künftigen Reichstag, ein Gesetz zum Schutz der unehelichen Kinder zu erlassen, inhaltlich gestaltet und sprachlich korrekt und präzise ausgedrückt werden soll. Im endgültigen Verfassungstext steht dieser Auftrag in Art. 121 WRV.¹ Und weil er in der Zeit der Weimarer Republik nicht erfüllt worden ist, steht er nahezu wortgleich in Art. 6 Abs. 5 des Bonner Grundgesetzes.

10. Die fertige Verfassung und das Handbuch von Bruno Ablaß.

Am folgenden Tag fand dann das große Ereignis statt: Nach letzten Korrekturen am Entwurf stimmte die Nationalversammlung dem erarbeiteten Text zu und legte damit dem deutschen Volke sein neues Verfassungswerk vor. Auch der Staa-tenausschuß, der spätere Reichsrat, stimmte zu. Am 11. August 1919 unterzeichnete der Reichspräsident die Verfassungsurkunde und fertigte die Verfassung damit aus. Seiner Unterschrift ist die Ortsangabe „Schwarzburg“ hinzugefügt; dieser Ort liegt in Thüringen im damaligen Schwarza-Kreis, dem heutigen Landkreis Saalfeld-Rudolstadt, das ist der südliche Nachbarkreis des Landkreises Weimar. Schwarzburg-Rudolstadt war einer der thüringischen Kleinstaaten, die 1920 zum Land Thüringen vereinigt wurden. Am südlichen Ortsende von Schwarzburg liegt das Schloß Schwarzburg. Dort residierte bis zu seiner Abdankung am 22.11.18 Fürst Günther Viktor von Schwarzburg-Rudolstadt. War Ebert am 11. August 1919 bei ihm zu Gast und hat die feierliche Unterzeichnung der Verfassungsurkunde auf Schloß Schwarzburg stattgefunden? Oder gab es in dem kleinen Ort ein anderes repräsentatives Gebäude, das für diesen feierlichen Akt zur Verfügung stehen konnte? Man stelle sich einmal vor: Eine republikanische Verfassung

¹ WRV = Weimarer Reichsverfassung.

wird in einem Fürstenschloß aus der Taufe gehoben! Jedenfalls ist sie am 14.8.1919 im Reichsgesetzblatt unter der Überschrift „Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919“ öffentlich bekanntgemacht worden und damit in Kraft getreten.

Vielfach bezeichnete man sie voller Stolz als „die freiheitlichste Verfassung, die es in Deutschland je gab“. Eingeleitet wurde sie durch folgende Präambel:

„Das Deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen be-seelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.“

Unmittelbar nach Abschluß der Parlamentarischen Arbeit an der Verfassung schrieb MdN Bruno Ablaß über die neue Reichsverfassung ein „Handbuch für das deutsche Volk“. Es erschien noch im August 1919. Vorgestellt wird es in einem Geleitwort des Vorsitzenden des Verfassungsausschusses Conrad Haußmann. Vorn auf der 1. Seite aber ist zu lesen, daß das Buch „Dem Dichter | Gerhart Hauptmann | in Verehrung gewidmet“ ist.

11. Das weitere Wirken der Nationalversammlung

Mit dem Abschluß der Arbeiten an der Verfassung war die Tätigkeit der Nationalversammlung noch nicht beendet. Das Plenum und die meisten Ausschüsse arbeiteten weiter. Denn in einer ganzen Reihe von Verfassungsartikeln steht der Satz „Das Nähere bestimmt ein Reichsgesetz“ oder „Das Verfahren regelt ein Reichsgesetz“. Dies sind Gesetzesvorbehalte, die zum Ausdruck bringen, daß die Verfassung für diese Sachgebiete nur allgemeine Rechtsgrundsätze aufgestellt hat, die aber erst anwendbar werden, wenn ein einfaches Reichsgesetz, ein sog. Ausführungsgesetz, alle Einzelheiten geregelt hat, die für die Anwendung im praktischen Leben notwendig sind. Z.B. bestimmt die Verfassung, daß der Reichspräsident vom Volke gewählt wird und wer in dieses Amt gewählt werden kann. Wie die Wahl aber vonstattengeht, wer wahlberechtigt ist und wie bei mehreren Kandidaten zu verfahren ist, das muß durch einfaches Gesetz festgelegt werden, sonst kann die Wahl nicht stattfinden.

Da viele der Ausführungsgesetze einen Inhalt haben, in den auch Verfassungsfragen mit hineinspielen, die im Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt werden müssen, wurde auch der Verfassungsausschuß immer wieder eingeschaltet, jetzt allerdings unter der einfachen Bezeichnung „8. Ausschuß“. Er verlagerte auch jetzt einen Teil seiner Aufgaben auf Unterausschüsse.

Die Weimarer Verfassung enthält mehr als 25 solcher Gesetzes-Vorbehalte. Damit wenigstens die dringendsten Ausführungsgesetze ohne Verzögerung erlassen werden konnten, erlaubte die Verfassung, daß bis zur Wahl eines neuen Reichstags die Nationalversammlung die Aufgaben des Reichstages wahrzunehmen hatte, d.h. selbst Gesetze erlassen durfte. Infolgedessen hatte es mit der Wahl eines neuen Reichstages keine Eile; die Nationalversammlung konnte sich mit der

Ausschreibung von Reichstagswahlen Zeit lassen. Das tat sie auch ausgiebig, indem sie den Erlass eines Wahlgesetzes für die Reichstagswahlen und die Festsetzung eines Wahltermins Monat für Monat immer wieder hinausschob. Schließlich hat sie, da ohne das Vorhandensein eines Wahlgesetzes kein neuer Reichstag gewählt werden konnte, im April 1920 wenigstens das Wahlgesetz beschlossen, so daß es am 27.4.1920 unterzeichnet werden konnte.

Anders verfuhr sie mit der Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über den Staatsgerichtshof. Der Verfassungsausschuß hatte den entsprechenden Gesetzentwurf am 1.8.1919 abschließend beraten, sodaß er reif war für eine Behandlung im Plenum. Dennoch hat das Plenum dieses Gesetz nicht mehr beschlossen. Bei diesem Gesetz mag der Aufschub daran gelegen haben, daß sich das Plenum mit den Entwürfen für viele weitere Gesetze beschäftigen mußte, die weitaus wichtiger erschienen. Das Gesetz über den Staatsgerichtshof galt als weniger eilig, weil die Verfassung für diesen Gerichtszweig eine brauchbare Übergangsregelung getroffen hatte, die es erlaubte, Verfassungsstreitigkeiten auch ohne existierenden Staatsgerichtshof zu entscheiden.

Sehr bald wurde der Tagungsort der Nationalversammlung von Weimar nach Berlin verlegt. Für die jetzt zu leistende Arbeit war dies sinnvoll, weil sich dort die benötigten Unterlagen leichter beschaffen ließen. Auch in dieser Zeit hat Dr. A. seine Aufgabe als Abgeordneter treu und redlich erfüllt, wenn er sich zwischendurch auch gelegentlich in seinem Wohnort Hirschberg aufhielt. Jedenfalls läßt sich dies einem Brief an Gerhart Hauptmann entnehmen, den Dr. A. am 18. Januar 1920 schrieb, wo es heißt, daß er gerade „aus Berlin zurückgekehrt“ sei.

12. Die Folgen des Kapp-Putsches

Bereits im Februar 1919 hatte die Nationalversammlung ein Gesetz zur Schaffung einer vorläufigen Reichswehr erlassen. Die Truppe wurde zusammengewürfelt aus Freicorps und einigen der bisherigen waffentragenden Verbände. Diese standen in der Tradition preußischer Königstreue, waren aber unterschiedlicher Meinung darüber, wie man sich mit dieser Tradition, der durch die Abschaffung der Monarchie der Boden entzogen war, auseinandersetzen sollte. Jüngere Frontoffiziere brachten neues politisches Denken mit, das aber im einzelnen noch recht unausgegoren war. Einig war man sich nur darin, daß überhaupt etwas ganz Neues geschaffen werden sollte, etwas, das auf Nationalem basierte, verbunden mit Sozialem. Die Arbeitslosenunterstützung sollte abgebaut, Streiks sollten verboten werden. Elemente, deren einziges Streben darauf gerichtet sei, auf den Trümmern der bisherigen Ordnung eine ihrem Egoismus entsprechende Herrschaft zu errichten, sollten vernichtet werden. Zu ihren Forderungen gehörten auch die Auflösung der Nationalversammlung und die Wahl eines neuen Reichstages. Diese Forderungen erschienen berechtigt, denn das Verfassungswerk lag fertig vor und die wichtigsten Anschlußgesetze waren verabschiedet bzw. standen kurz vor der Verabschiedung. Damit hatte die Versammlung ihre Aufgaben nahezu voll umfänglich erfüllt. Die Abgeordneten der neuen Deutsch-Nationalen

Volkspartei (DNVP) stellten in der Nationalversammlung entsprechende Anträge. Diese wurden aber abgelehnt. Die Parteien der Weimarer Koalition vertrauten seit Herbst 1919 nicht mehr darauf, daß sie in der Bevölkerung noch genügend Rückhalt hätten. Deshalb schoben sie die Wahlen zu einem neuen Reichstag immer weiter hinaus und es vergingen Monate um Monate, in deren Verlauf sich eine Art Verschwörung bildete. Als die nochmals gestellten Anträge von der Versammlung wieder abgelehnt wurden, schlugen die Verschwörer in der Nacht zum 13. März 1920 zu. Eine Brigade marschierte auf Berlin zu. Die Regierung verließ Berlin. In der amtlichen Presse wurde ein Aufruf zum Generalstreik veröffentlicht, verfaßt vom Parteivorstand der SPD. Die Verschwörer riefen den General-Landschaftsdirektor Wolfgang Kapp von der Provinzialverwaltung Ostpreußen, einen der Putschisten, zum Reichskanzler aus. Aber der Generalstreik tat seine Wirkung: Die von den Putschisten angeordneten Maßnahmen wurden nicht befolgt; der Putsch scheiterte. Am 17. März flohen die Putschisten, und die Regierung kehrte nach Berlin zurück.

Eine Stärkung der demokratischen und sozialistischen Kräfte brachte das Scheitern des Kapp-Putsches nicht. Linksradikale Kreise zettelten u.a. in Sachsen, Thüringen und im Ruhrgebiet Unruhen an, die mit Waffengewalt niedergeschlagen werden mußten. Die Regierung trat zurück. Die neue Regierung beschloß, die Tagungsdauer der Nationalversammlung nun doch in Kürze enden zu lassen, weil sie einsehen mußte, daß der Aufschub von Wahlen nicht zu einer Beruhigung der innenpolitischen Lage geführt hatte. So wurden im Schnelldurchlauf noch 2 wichtige Gesetze verabschiedet, nämlich das Reichswahlgesetz vom 27.4.20 und das Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten vom 4.5.20. Der Termin für den Schluß der Nationalversammlung wurde auf den 21. Mai 1920 festgesetzt. Demzufolge ergab sich auch für die Ausschüsse ein fester Schlußtermin; der 8. Ausschuß hielt seine letzte Sitzung, wie bereits im Vorspruch erwähnt, am 20.4.1920 ab.

Mit dem Kapp-Putsch hatte die Akzeptanz der neuen Verfassung im politischen Alltag Deutschlands eine erste Schlappe erlitten. Die nächste folgte bereits am 6.6.1920. An diesem Tage – also am gleichen Datum, an dem 26 Jahre später der Dichter Gerhart Hauptmann gestorben ist – wurde der neue Reichstag, der erste der Weimarer Republik, gewählt. Das Ergebnis ging als „Wahldebakel“ und als „Erdrutschwahl“ in die Geschichte ein. Die 3 Parteien SPD, Zentrum und DDP, die als „Weimarer Koalition“ das Zustandekommen einer demokratischen Verfassung maßgeblich bestimmt hatten – im Verfassungsausschuß hatten sie von den insgesamt 28 parlamentarischen Stimmen zusammen 22 Stimmen gehabt – bekamen im neuen Reichstag keine Mehrheit mehr. Und gerade diejenigen Politiker, die eine getreue Anwendung der Verfassungsvorschriften garantiert hätten, wurden in ihrer Mehrzahl nicht wiedergewählt, weil sie auf ungünstigen Listenplätzen standen. Diese Wahl zeigte also, daß sich die politischen Kräfteverhältnisse in Deutschland entscheidend verschoben hatten.

Nicht wiedergewählt wurde auch Dr. A. Fortan konzentrierte er sich wieder voll auf seinen Beruf und auf seine Aufgabe in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Hirschberg.

13. Schlußbetrachtung

Dieses Kapitel ist deshalb besonders ausführlich gehalten, damit der Leser einen Eindruck davon bekommt, daß die Aufgabe, Mitglied eines Parlaments und mehrerer seiner Ausschüsse zu sein, mit vollem Einsatz und mit erheblichen geistigen und körperlichen Anstrengungen verbunden ist. Klare Worte hierzu stehen in einem Schreiben des Verfassungsausschußvorsitzenden Conrad Haußmann vom 19.6.1919, in welchem er dem Präsidenten der Nationalversammlung den Abschluß der Ausschußarbeit mitteilte und dazu schrieb: „Die Beratung wurde vom Ausschuß in angestrengtesten Tag- und Nachtsitzungen fertiggestellt“. Wer sich solchen Anstrengungen unterzieht, tut es aber gern, weil er im Interesse des Volksganzen dazu beitragen will, Regeln zu schaffen, nach denen ein Land und seine Menschen ihr Dasein zum bestmöglichen Nutzen aller gestalten können. Der stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses Max Quarck hat schon während der 1. Lesung des Verfassungsentwurfs im Ausschuß beklagt, daß es draußen viel zu wenig bekannt sei, was hier gearbeitet wird. Er wünschte sich damals für diese Tätigkeit mehr Publizität, damit sich das Volk ein Bild von dieser Arbeit machen und innerlich daran teilnehmen kann. Diesem Anliegen wenigstens nachträglich ein wenig abzuhelpen, dazu soll der Inhalt dieses Kapitels dienen.

Dabei stand entsprechend der Zielrichtung dieses Buches die Persönlichkeit des Abgeordneten Dr. Bruno Ablaß weitgehend im Vordergrund, und zwar auch an den Stellen verschiedener Unterpunkte dieses Kapitels, wo sein Name nicht ausdrücklich genannt ist. Daß aber gerade er sich bei dieser Arbeit auch mit einer Situation konfrontiert sah, die dem einzelnen Parlamentsmitglied die Freude am Abgeordnetendasein trüben konnte, zeigt der anliegende Brief an den Ausschußvorsitzenden Haußmann vom 14.7.1919. Er soll das Bild von der Persönlichkeit des Dr. Ablaß, das in diesem Buch gezeichnet wird, abrunden. Während aus diesem Brief, der aus der Situation des Augenblicks heraus entstanden ist, hauptsächlich Enttäuschung spricht, zeichnen private Äußerungen, die Dr. A. bei größerer zeitlicher Distanz tat, eine ganz andere Einstellung zu seiner Abgeordnetentätigkeit in der Nationalversammlung. Sie ergibt sich aus dem ebenfalls anliegenden Artikel, den sein Enkel Dietrich Roth im August 1999 aus Anlaß des 80. Jahrestages der Unterzeichnung der Verfassungsurkunde geschrieben hat. Mit welcher Begeisterung Dr. A. später auf seine Mitarbeit bei Schaffung der neuen deutschen Verfassung zurückgebliekt hat, das ergibt sich auch aus einem Reisebericht, wonach er durch eine im Ausland unvermutet entdeckte Nachbildung des in Weimar stehenden Goethe- und Schiller-Denkmal an diese Mitarbeit erinnert wurde und dazu voller Stolz feststellte: „Diese Mitarbeit geschah in Erfüllung der größten Lebensaufgabe, die mir je gestellt war.“

— — — — —

Für dieses Kapitel genutzte Literatur

1. Brockhaus, Die Enzyklopädie, 20. Auflage
2. Eckert, Georg, Vom Bismarckreich zur Republik – Beiträge zum Geschichtsunterricht Heft 8 (1949)
3. Kühne, Jörg-Detlef, Die Entstehung der Weimarer Reichsverfassung – Schriften des Bundesarchivs Nr. 78 (2018)
4. Mielcke, Karl, Geschichte der Weimarer Republik – Beiträge zum Geschichtsunterricht Heft 23 (1951)
5. Tormin, Walter (Hg), Die Weimarer Republik – Zeitgeschichte in Text und Quellen (1962)

2. Extraausgabe **Sonnabend, den 9. November 1918.**

Vorwärts

Berliner Volksblatt.
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Der Kaiser hat abgedankt!

Der Reichskanzler hat folgenden Erlaß herausgegeben:

Seine Majestät der Kaiser und König haben sich entschlossen, dem Throne zu entsagen.

Der Reichskanzler bleibt noch so lange im Amte, bis die mit der Abdankung Seiner Majestät, dem Thronverzicht Seiner Kaiserlichen und Königl. Hoheit des Kronprinzen des Deutschen Reichs und von Preußen und der Einsetzung der Regentschaft verbundenen Fragen geregelt sind. Er beabsichtigt, dem Regenten die Ernennung des Abgeordneten Ebert zum Reichskanzler und die Vorlage eines Gesetzentwurfs wegen der Ausschreibung allgemeiner Wahlen für eine verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung vorzuschlagen, der es obliegen würde, die künftige Staatsform des deutschen Volk, einschließlich der Volksteile, die ihren Eintritt in die Reichsgrenzen wünschen sollten, endgültig festzustellen.

Berlin, den 9. November 1918. Der Reichskanzler.
Prinz Max von Baden.

Ein Extrablatt der sozialdemokratischen Zeitung „Vorwärts“ meldet am 9. November 1918 die Abdankung des Kaisers.

Mitbürger!

Der bisherige Reichskanzler Prinz. Max von Baden hat mir unter Zustimmung der sämtlichen Staatssekretäre die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers übertragen. Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden und werde über das Ergebnis der Thätigkeit in Kürze berichten.

Die neue Regierung wird eine Volksregierung sein. Ihr Bestreben wird sein müssen, dem deutschen Volke den Frieden schnellstens zu bringen und die Freiheit, die es errungen hat, zu befestigen.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung bei der schweren Arbeit, die uns harret, Ihr wißt, wie schwer der Krieg die Ernährung des Volkes, die erste Voraussetzung des politischen Lebens, bedroht.

Die politische Umwälzung darf die Ernährung der Bevölkerung nicht stören.

Es muß die erste Pflicht Aller in Stadt und Land bleiben, die Produktion von Nahrungsmitteln und ihre Zufuhr in die Städte nicht zu hindern, sondern zu fördern.

Nahrungsmittelnot bedeutet Plünderungen und Raub mit Glend für alle! Die Armen würden am schwersten leiden, die Industriearbeiter am bittersten getroffen werden.

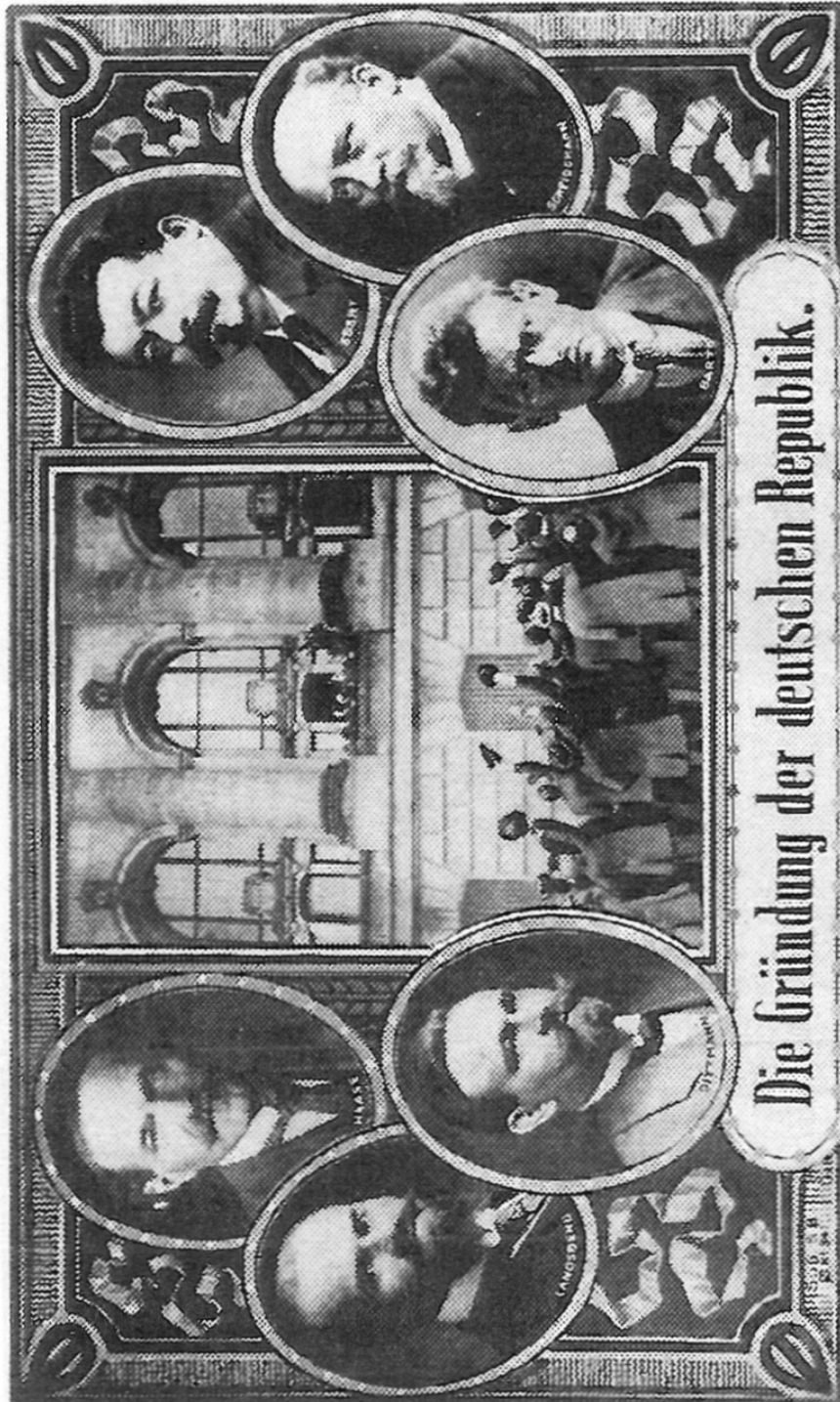
Wer sich an Nahrungsmitteln oder sonstigen Bedarfsgegenständen oder an den für ihre Verteilung benötigten Verkehrsmitteln vergreift, veründigt sich aufs schwerste an der Gesamtheit.

Mitbürger! Ich bitte Euch alle dringend: Verlaßt die Straßen! Sorgt für Ruhe und Ordnung!

Berlin, den 2. November 1918.

Der Reichskanzler.

Ebert



Rat der Volksbeauftragten: Fotopostkarte von 1919; in der Mitte die Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann am 9. November 1918 von einem Fenster des Reichstagsgebäudes aus; an den Seiten die Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten (links: Hugo Haase, Otto Landsberg, Wilhelm Dittmann; rechts: Friedrich Ebert, Philipp Scheidemann, Emil Barth)

Schreiben Dr. Bruno Ablaß vom 14. Juli 1919 an Conrad Haußmann, Vorsitzender des Verfassungsausschusses der Weimarer Nationalversammlung

Mein hochverehrter Herr Kollege,

nehmen Sie vielen herzlichen Dank entgegen für Ihren liebenswürdigen und echt freundschaftlichen Brief, aus dem ich mit großer Genugtuung ersehe, daß Sie selbst meine Tätigkeit in der Verfassungsfrage nicht als ganz wertlos ansehen. Ich weiß, daß diese Ihre gütige Auffassung auch von Angehörigen anderer Parteien im Ausschuß und von einzelnen Regierungsvertretern geteilt wird, weiß aber ebenso genau, daß sie nicht der Ansicht der Mehrheit unserer Fraktion entspricht. Schon meine Mitarbeit im Ausschusse litt vielfach darunter, daß ich für meine Ansichten und Bestrebungen gerade bei demjenigen Parteigenossen, dessen Führung in Verfassungsfragen die Fraktion folgt, kein Verständnis, sondern schroffe Ablehnung erfuhr, so daß häufig ein Riß durch unsere Reden und Abstimmungen ging. In der Fraktion aber konnte ich hieran nichts ändern, weil dem die eigentümlichen Zustände in der Wertschätzung ihrer einzelnen Mitglieder entgegenstehen. Wir haben bei uns zwei Gruppen von Abgeordneten der Partei: die Bevorzugten und die der zweiten Klasse. Ich, der ich übrigens bekanntermaßen nach keiner Richtung hin für mich irgendetwas erstrebe, wünsche auch für uns Kommissions- und Fraktions-Mitglieder nichts als Gleichberechtigung. Diese habe ich nicht erreicht und werde sie nicht erreichen, wenn ich mich nicht ändere, was ich nicht beabsichtige. Förderung nachzusuchen widerstrebt mir, und ich ersehe sonach keine Möglichkeit für ein gedeihliches Zusammenwirken. Wenn Sie in Ihrer für mich so wohlthuenden Meinungsäußerung erklären, daß die Partei bei den noch ausstehenden großen Fragen der Verfassung meinen Beistand nicht entbehren könne, so wünschte ich von Herzen, Sie hätten Recht. Leider glaube ich das Gegenteil. Nutzlose Arbeit zu verrichten zermürbt, und sich aufgedrängt zu fühlen entwürdigt.

Der Fraktion wird es keine Sekunde lang schwer fallen, an meine Stelle einen Abgeordneten zu setzen, der mit ihrem maßgebenden Führer in Verfassungsfragen einen besseren Zusammenhalt finden wird und deshalb im Sinne der Fraktion vorteilhafter arbeiten wird als ich. Ihnen selbst bin ich von Herzen verbunden für die freundschaftliche Art, in der Sie mir geschrieben haben, und die ich stets an Ihnen dankbar geschätzt habe.

An der heutigen Fraktionssitzung teilzunehmen bin ich leider verhindert, weil ich dann bereits abgereist bin. Ich übernehme in Hirschberg meine Praxis wieder selbst, werde aber zu wichtigen Abstimmungen im Parlament mich einfinden. Deshalb haben Sie die große Güte, im Ausschuß zu veranlassen, daß er mit Rücksicht auf meine berufliche Behinderung an meiner Stelle für das übrigens ganz unbedeutende Kapitel einen anderen Berichterstatter erwählt.

Ihr aufrichtig und treu ergebener
Ablaß

Vor 80 Jahren:²

Ein Hirschberger in der Nationalversammlung

Der Mann, von dem hier berichtet werden soll, war im Mai 1866 zwar in der schlesischen Stadt Bunzlau geboren, dann aber von 1893 bis zu seinem Tode im September 1942, also 49 Jahre lang, Hirschberger Bürger. Er war nicht nur ein leidenschaftlicher Jurist und als solcher ein über die Grenzen Hirschbergs und sogar Schlesiens hinaus bekannter Strafverteidiger, sondern er war daneben ein Bewunderer und Förderer der schönen Künste; in seinem Hause in der Wilhelmstraße in Hirschberg verkehrten bekannte Persönlichkeiten wie Carl und Gerhart Hauptmann, Hermann Stehr, Ferdinand Avenarius, Wilhelm Bölsche, Hans von Hülsen und andere, mit denen er zum Teil befreundet war; er gründete den »Verein der Musikfreunde«, der alljährlich namhafte Interpreten zu Konzerten nach Hirschberg holte. Sein Hauptbetätigungsfeld neben seinem Beruf aber war die Politik.

Die Rede ist von Justizrat Dr. Bruno Ablaß.

Bereits in jungen Jahren wurde er zum Stadtverordneten gewählt und war damit Mitglied der Hirschberger Stadtverordnetenversammlung. Von Februar 1918 bis November 1929 bekleidete er in Hirschberg das Amt des Stadtverordneten-Vorstehers. Von Anfang an setzte er sich erfolgreich für den Bau mehrerer öffentlicher Gebäude ein, insbesondere dafür, daß eine der wenigen damals für den schlesischen Regierungsbezirk Liegnitz bewilligten höheren Schulen für Mädchen, die sogenannte »Studienanstalt«, in Hirschberg errichtet wurde und daß Hirschberg ein Theater erhielt, welches offiziell »Kunst- und Vereinshaus« genannt wurde. Von 1903 bis zum Ende des 1. Weltkrieges war er als Mitglied der Deutsch-Freisinnigen Volkspartei, die sich später mit anderen liberalen Parteien zur Deutschen Fortschrittlichen Volkspartei zusammenschloß, Abgeordneter im Deutschen Reichstag. Als bald nach der Übernahme seines Abgeordnetenmandats trat er der Interparlamentarischen Union bei. Ihr gehörten Parlamentarier der verschiedensten Staaten an und sie verfolgte das Ziel, zu einer Verständigung unter den Völkern zu gelangen; insbesondere sollten Schiedsgerichte geschaffen werden, deren Aufgabe es sein sollte, völkerrechtliche Streitigkeiten beizulegen.

Und dann kam derjenige Zeitabschnitt, den Dr. Ablaß später als den Höhepunkt seines Lebens bezeichnete: seine Mitgliedschaft in der Nationalversammlung. Am 19. Januar 1919 wählten die Deutschen dieses verfassungsgebende Organ. Bei dieser Wahl erhielt Dr. Ablaß, der wiederum für die Liberalen kandidierte, die sich inzwischen als Deutsche Demokratische Partei (DDP) neu formiert hatten, im Wahlkreis 11 (Liegnitz) einen Sitz als Abgeordneter. Die Versammlung trat erstmals am 6. Februar 1919 zusammen, und zwar nicht in Berlin, sondern in Weimar im dortigen Deutschen Nationaltheater. Neben der Aufgabe, eine

² Schlesische Bergwacht, Nr. 49/8 S. 351, August 1999. Der damalige Aufsatz wird hier in einer vom Verfasser überarbeiteten Form nachgedruckt.

neue deutsche Verfassung auszuarbeiten, mußte sie sich auch mit laufender Gesetzgebungsarbeit befassen und einige wichtige politische Entscheidungen treffen. So hatte sie den ersten Reichspräsidenten (Friedrich Ebert) zu wählen und über die Annahme oder Ablehnung des Versailler Friedensvertrages zu beschließen, eine undankbare Aufgabe, denn den Parlamentariern war klar, daß eine Ablehnung des Vertrages die Fortsetzung des Krieges bedeutet hätte, im Falle einer Annahme sich Deutschland aber zu Leistungen verpflichtete, die es nie und nimmer zu erbringen in der Lage war.

Wie schwer Dr. Ablaß sich mit dieser ihm auferlegten Entscheidung tat, wie sehr sie ihn beunruhigte und welche Gewissensnot sie ihm bereitete, zeigt ein Brief, den er am 27.4.1919 an Gerhart Hauptmann schrieb. Darin bringt er zum Ausdruck, daß mit dem Beginn der Verhandlungen über den Friedensvertrag „Deutschlands schwere Schicksalsstunde“ anbreche. Wörtlich heißt es dort weiter: „Möchte uns allen die Erleuchtung kommen, deren wir bedürfen, wenn wir vielleicht Unerträgliches von Deutschland abzuwenden haben!“



Vor dem National-Theater in Weimar 1919

Dr. Bruno Ablaß

Innerhalb der Nationalversammlung wurde Dr. Ablaß in den Verfassungsausschuß berufen, wo der Verfassungstext im Einzelnen ausgearbeitet wurde. Die »Weimarer Reichsverfassung«, wie sie später genannt wurde, ist also maßgeblich von ihm mitbestimmt worden. Am 31. Juli 1919 wurde sie von der Nationalversammlung verabschiedet, am 11. August 1919 wurde sie, nachdem auch der Reichsrat ihr zugestimmt hatte, ausgefertigt und drei Tage später im Reichsgesetzblatt verkündet. Das war vor 80 Jahren.

Vor 70 Jahren, im Sommer 1929, unternahm Dr. Ablaß eine Bildungsreise in die USA. Er stieß dort auf den bemerkenswerten Umstand, daß die Deutsch-Amerikaner in allen größeren Städten der USA am 11. August Dankesfeiern anlässlich des 10-jährigen Bestehens der deutschen Verfassung veranstalteten. In diesem Zusammenhang wurde ihm als Mitbegründer der deutschen Verfassung in Pittsburgh eine besondere Ehrung zuteil: Durch Vermittlung des deutschen Konsuls empfing ihn der Stadtpräsident und überreichte ihm den Goldenen Schlüssel der Stadt Pittsburgh, eine Auszeichnung, die bis dahin so gut wie nie an einen Ausländer verliehen worden war. Dr. Ablaß deutete diese Geste damals als Anzeichen dafür, daß „sich ein Band der Zusammengehörigkeit zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu knüpfen beginnt“.

In Deutschland wurde die Weimarer Verfassung immer wieder als „die freieste Verfassung, die es in Deutschland je gab“, gepriesen. Diese Eigenschaft haben sich, wie wir später leidvoll erfahren mußten, die Feinde der Freiheit zunutze gemacht, um Deutschland in totale Unfreiheit zu stürzen. Die Mitglieder des Parlamentarischen Rates, der vor 50 Jahren das Bonner »Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland« beschloß, haben daraus gelernt und eine Reihe von Mängeln, die das Werk von Weimar aufwies, im Grundgesetz nicht wiederholt. Es wäre aber verfehlt, die im Jahre 1919 zustandegekommene Verfassung in Grund und Boden zu verdammen. Denn neben ihren Mängeln enthielt die Weimarer Verfassung doch so viel Gelungenes, daß die Väter des Grundgesetzes manchen Artikel und sogar einen ganzen Abschnitt unverändert übernehmen konnten.

Die Weimarer Verfassung hat dem Gemeinwesen in Deutschland also Maßstäbe von bleibender Bedeutung gesetzt, so daß es auch heute noch ein berechtigtes Anliegen ist, ihres Zustandekommens zu gedenken. Dabei können wir Hirschberger stolz sein auf die Mitwirkung unseres zu seinen Lebzeiten und über seinen Tod hinaus hochgeschätzten Mitbürgers Dr. Bruno Ablaß. Über ihn zu berichten fühlt sich der Verfasser dieser Zeilen berufen, denn es handelt sich um seinen Großvater mütterlicherseits.

Dietrich Roth

Ursenberg d. 18. Januar 1920. 31

Meine sehr verehrten und lieben Herrn Jungmänner,
mit besten Grüßen sende ich das Fast der neuen
Kreuzzeit aus, der Sie meine herzlichste
Anspruch, und das Sie mir in so rühmlicher
Weise so viel an der Sache geschehen. Ich bin Ihnen
von ganzem Herzen dankbar dafür. Sie wissen, was
welche Bedeutung ich Ihnen wünschen möchte in der
Anspruch, und ich bin mir sehr bewusst der Mühe, die mir
die Arbeit bringt, mich an Ihnen jüngerer Leute nicht
zu versagen und zu unterstützen. Und ich weiß, wie viele
Anspruch, und alle die Befähigung an die Verantwortung der
meinen Anstrengungen meine Hoffnungen sehr groß sind,
die ich nicht fürchten kann, und ich weiß, dass ich
nicht mehr ich die Freude der Anstrengung der
Anspruch und ich weiß, dass ich nicht mehr weiß. Hoffentlich
ich bin die Sache zu einem Befähigung der Anstrengung, und
die jüngerer Leute auch an der sehr verehrten Freude zu
nehmen bin ich

Die Ihnen sehr herzlich und freundlich
Ablass.

Hirschberg d. 18. Januar 1920

Mein hochverehrter und lieber Herr Hauptmann,
aus Berlin zurückgekehrt finde ich das Heft der Neuen
Rundschau vor, das Ihre neueste dramatische Dichtung
enthält, und das Sie mir in so unendlich liebenswürdiger
Weise zu widmen die Güte gehabt haben. Ich bin Ihnen
von ganzem Herzen dankbar dafür. Sie wissen, mit
welcher Begeisterung ich Ihre wunderbaren Dichtwerke in mich
aufnehme, und ich harre mit Sehnsucht der Stunde, die mir
die Muße bringen soll, mich an Ihrer jüngsten Gabe wieder
zu erfreuen und zu entzücken. Leider hat mich mein Verleger
ersucht, mit aller Beschleunigung an die Durcharbeitung der
zweiten Auflage meines Verfassungsbuches heranzutreten,
die über alles Erwarten schnell notwendig geworden ist.
Deshalb werde ich mir die Freude des Durchlesens Ihrer
Dichtung noch kurze Zeit versagen müssen. Hoffentlich finde
ich dann die Ruhe zu einer Besprechung des Dramas. Mit
den herzlichsten Grüßen auch an Ihre hochverehrte Frau Ge-
mahlin bin ich

Ihr Ihnen stets aufrichtig und freundschaftlich ergebener

Ablaß.

Kapitel 17. Bürgerfeier aus Anlaß des 50. Jahrestages der Reichsgründung

Am 27. November 1920 trat in Hirschberg auf Veranlassung des Stadtverordneten-Vorstehers Dr. Ablaß ein Ausschuß aller städtischen Körperschaften zusammen, um darüber zu beraten, auf welche Weise die geplante „Bürgerfeier zur Erinnerung an die Errichtung des Deutschen Reiches am 18. Januar 1871“ vorzubereiten sei. Man beschloß, die Feier am 18.1.1921 stattfinden zu lassen und Dr. Ablaß zum Redner zu bestellen. Außerdem solle der Dichter Gerhart Hauptmann als Ehrenbürger der Stadt gebeten werden, der Feier einen dichterischen Vorspruch zu widmen und diesen auch persönlich vorzutragen. Der Ausschuß war einmütig der Ansicht, die Feier werde durch die Anwesenheit Hauptmanns eine besondere Weihe erhalten.

Dr. A. wandte sich also am nächsten Tage brieflich an den Dichter und trug ihm diesen Wunsch der Stadt vor. Nach einigen Tagen Bedenkzeit sagte Hauptmann zu. Für diese Zusage dankte ihm Dr. A. am 11. Dezember mit einem kurzen Schreiben und fügte hinzu: „Ob Sie in Versen oder in Prosa zu uns sprechen wollen, bleibt Ihrem Empfinden freigestellt“. Das Schreiben schließt mit den Worten „Niemand freut sich über Ihren schönen Bescheid mehr als Ihr Ihnen stets freundschaftlich ergebener Ablaß“.

5 Tage vor der Feier geht noch ein weiterer Brief von Dr. A. an Hauptmann. Darin teilt er mit, daß soeben der Verkauf der Plätze zur Bürgerfeier begonnen habe und daß im Handumdrehen alles ausverkauft sei: „Jeder sehnt sich danach, Sie persönlich zu sehen und zu hören“. Er bietet an, den Eheleuten Hauptmann Unterkunft zu beschaffen, und schließt mit den Worten „Ich erwarte Sie in begreiflicher Spannung“.

Und dann ist der ersehnte Abend da. Eine festlich gekleidete Menschenmenge erlebt im großen Theatersaal des Kunst- und Vereinshauses in Hirschberg eine sorgfältig vorbereitete inhaltsreiche Feier.

Allerdings hatten die Redner keine leichte Aufgabe. Denn in seiner ursprünglichen Form als Kaiserreich existierte das 50 Jahre zuvor gegründete Reich nicht mehr. Nach einem erbittert geführten Krieg hatte Deutschland die Waffen gestreckt, der Kaiser wie auch alle Landesfürsten hatten sich aus dem Staube gemacht und Deutschland hatte einem schmachvollen Friedensvertrag zustimmen müssen. Wer mochte sich da noch in festliche Stimmung versetzen, um ein solches Jubiläum gebührend zu feiern?

Und so begann Gerhart Hauptmann seine Ansprache damit, zu benennen, was wir heute begreiflicherweise nicht feiern, nämlich das Andenken an einen äußeren Sieg. Er stellte fest, daß wir Deutschen eine schwer geprüfte, tief bedrückte Nation sind, die unter der Erniedrigung, die sie durch die äußere Niederlage erlitten hat, schwer zu seufzen hat. Auch auf das Schicksal Deutschlands in früheren Jahrhunderten könne man nur mit bitterem Schmerz zurückblicken. Denn während im Habsburger Reich damals Völker vieler Sprachen geeint gelebt hätten, seien in

Deutschland die Volksstämme, obwohl sie alle eine Sprache sprachen, kläglich zerspalten und getrennt gewesen. Und seit der Reformation gehe durch unser Land zusätzlich jener abgrundtiefe Spalt, der das Land in zwei Konfessionen teilt und dessen schlimmste Krise der 30-jährige Krieg gewesen ist.

Hauptmann zitiert in diesem Zusammenhang den Elsässer Dichter Moscherosch,¹ der im Jahre 1652 seinen Schmerz über Deutschlands damaligen Zustand in folgende Worte gekleidet hat:

Es scheint, als wären wir den Fremden heimgestorben
und gehn zur Schlachtbank hin als wie das dumme Vieh.
Was sind, ach, was sind wir? Ein Scheusal unsren Freunden,
den Nachbarn ein Gespött, ein Anstoß unsren Feinden
O Untreu, falsche Treu! Der Christen größte Seuche,
Zerrüttung aller Stände, Zergliederung im Reiche:
ein' solche Christenheit, die ärger als Türkei.

O du armes Deutschland, du,
wie bist du gerichtet zu!
Zuvor warst du an allen Gütern reich,
jetzt bist du mehr als einer Witwen gleich!

Die schmerzliche Erinnerung an Zeiten und Ereignisse, unter denen Deutschland einst zu leiden hatte, schiebt Hauptmann nun rasch beiseite, indem er betont, daß der Weg des Deutschtums in der Geschichte nicht nur ein Leidensweg, sondern auch ein Ruhmesweg war; Glanz und Elend wechselten sich ab, das Land ging nicht nur durch Höllentore hindurch, sondern auch durch Triumph-Pforten. Furchtbare Irrtümer hatten zur Folge gehabt, daß Deutschland schreckliche Kuren durchmachen mußte, aber das Land ist immer wieder auf die Beine gekommen. Hauptmann bezeichnet die Gesamtheit aller Ereignisse in Deutschlands Geschichte als „das Mysterium des Deutschtums“. Er ist zuversichtlich, daß wir auch die jetzige Krise überwinden werden. Wörtlich sagte er: „Ich glaube nicht an die Politiker, die behaupten, bereits das Gras auf dem Grabe des deutschen Volkes wachsen zu hören“.

Nein, der Dichter will jetzt von dem Sieg sprechen, dessen Andenken Deutschland heute begeht. Ein äußerer mit viel Pomp und Getöse zu feiernder Sieg sei es zwar nicht, stattdessen aber ein viel größerer innerer Sieg und zudem ein im höchsten Sinne friedlicher Sieg, den es zu feiern gilt. „Denn was könnte dem Wesen des Friedens näher kommen, als wenn Getrenntes, Zerstreutes, ja sogar untereinander Feindliches sich zur festen Einheit verbunden hat?“ Das geeinte Deutschland habe seitdem in seinem Inneren nur einen Feind, allerdings einen

¹ Johann Michael Moscherosch, * 5.3.1601 in Willstätt bei Kehl, † 4.4.1669 in Worms, Schriftsteller-Name: Philander von Sittewald, geißelte in satirischen Versen die Entartungen seiner Zeit.

besonders starken, nämlich die Zwietracht. Diesen Feind gelte es heute und künftig zu bekämpfen. Hauptmann erinnert an die Mahnung, die der im Sterben liegende Attinghaus in Schillers Schauspiel „Wilhelm Tell“ als seine letzten Worte sprach: „Seid einig – einig – einig“. Uns Deutschen aller Stämme – so Hauptmann – tue im Kampf gegen die Zwietracht nichts so not, als diese Worte zu beherzigen, sie sind unser Vermächtnis!

Friedlich sei der innere Sieg der Reichseinigung aber vor allem deshalb, weil unser nationales Gefühl einen Bruderkrieg innerhalb Deutschlands, wie er noch 1866 geführt worden ist, jetzt ein halbes Jahrhundert später nicht mehr zulassen würde, da inzwischen das Einheitsbewußtsein im deutschen Volke tiefe Wurzeln geschlagen hat. Zwar habe die Reichseinheit nicht zur Ausschaltung aller Gegensätze geführt, viele Unterschiede in den Landschaften und ihren Bewohnern bestünden weiter, aber das Trennende verdunkle nicht das Gemeinsame, das in Volkstum und Sprache besteht und die Menschen in Deutschland miteinander verbindet. Auf dieses Gemeinsame komme es an, denn nur das Gedeihen der ganzen Nation könne zum Gedeihen des Einzelnen führen. Licht ohne Schatten wird niemandem beschert, aber bei aller Plage, die das Leben mit sich bringt, wünschen wir uns und vor allem unserer Jugend Mut zum Dasein, Freude am Dasein und Dankbarkeit für beides. Er ruft die Menschen in Deutschland dazu auf, sich unter die Parole zu stellen „Innerer Friede! Äußerer Friede!“ Damit greift er Begriffe auf, die bereits in der Präambel der Weimarer Verfassung verankert waren, wo es heißt: das Deutsche Volk sei von dem Willen beseelt, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen.

Jener Menschen aber, die dies alles nicht mehr miterleben können, weil der Krieg sie dahingerafft hat, als sie den deutschen Gedanken verteidigten, gedenkt der Redner ganz ausdrücklich: Sie dürfen von uns nicht vergessen oder gar verraten werden. Sie mahnen uns keineswegs zum Krieg, aber sie zeigen uns, was sie mit eherner Sprache von uns fordern: Die friedliche Treue zum deutschen Gedanken, der als dem Reichtum der deutschen Volksseele immer wieder in neuer Gestalt erwächst. Mit anderen Worten: Wir sollen unsere Werte immer und stets von neuem mit Nachdruck vertreten!

Wie Gerhart Hauptmann, so gelang es in noch stärkerem Maße Bruno Ablaß, freudige und hoffnungsvolle Töne anzuschlagen. Seine Rede kann im folgenden in voller Länge nachgelesen werden.

Beide Redner konnten die Zuhörer zu heller Begeisterung mitreißen und zu hoffnungsfroher Zuversicht für Deutschlands Zukunft anregen.

Die wesentlichen Gedanken aus den beiden Vorträgen und das, was darüber hinaus an dem Abend geboten wurde, sind ebenso wie die begeisterte Stimmung des Publikums treffend eingefangen in dem nachfolgend wiedergegebenen Bericht, den die Hirschberger Tageszeitung „Der Bote aus dem Riesengebirge“ am 20. Januar 1921 ihren Lesern gegeben hat.

In 2 zusätzlichen Zeitungsnotizen erfahren die Leser noch Folgendes: Auf ministerielle Anordnung fanden am 18. Januar in sämtlichen Hirschberger Schulen

Feierstunden statt, in denen die Lehrer den Schülern die Bedeutung der Reichsgründung erläuterten.

Der Dichter Carl Hauptmann, ein Bruder von Gerhart Hauptmann, konnte wegen schwerer Krankheit an der Veranstaltung nicht teilnehmen, entschuldigte sein Fernbleiben aber in einem Grußtelegramm. Niemand rechnete jedoch damit, daß dieses Telegramm eine seiner letzten Lebensäußerungen war; Carl Hauptmann starb reichlich 2 Wochen nach der Feier am 4. Februar 1921.

**Bürgerfeier
zur Erinnerung
an die Gründung des Deutschen Reiches
aus Anlaß des 50. Jahrestages.
Mit Reden, gehalten von
dem Dichter Gerhart Hauptmann
und
dem Justizrat Dr. Bruno Ablaß**

**am 18. Januar 1921
in Hirschberg im Riesengebirge**

In der Zeitung „Der Bote aus dem Riesengebirge“
erschien am Donnerstag, den 20. Januar 1921
der folgende Bericht:

Die Reichsgründungsfeier in Hirschberg

Würdig hat Hirschbergs Bürgerschaft am Dienstag den fünfzigjährigen Gedenktag der Reichsgründung gefeiert. Die törichte Gerüchte, daß eine Störung der Feier durch radikale Elemente beabsichtigt wäre, haben niemand abgehalten, an der Feier teilzunehmen. Über dem dichtgefüllten Hause, in dem alle Kreise der Bevölkerung vertreten waren, lag eine Stimmung weihevollen Ernstes, stiller Entschlossenheit und froher Hoffnungsfreudigkeit. Es war eine Festfeier in festlichem Rahmen. Freilich war das Haus nicht von der Aufdringlichkeit bunter Farben erfüllt. Nur feines Grün umkränzte die Brüstungen und Ränge. Immergrüne Waldbäume zierten alle Ecken und Nischen des hellerleuchteten Raumes.

Mit prächtigem Schwunge verkündete die Egmont-Ouvertüre den Freiheitskampf eines Volkes. Es gab kein Werk, das für diesen Zweck besser geeignet gewesen wäre. Auf die in diesem Musikstück zunächst ausgedrückte tiefe Sehnsucht nach Freiheit und Einheit und auf den ebenso zum Ausdruck kommenden Trotz gegen die Vergewaltigung, erfüllten die sieghaften Schlußakkorde die Herzen mit stolzer Freude in dankbarer Erinnerung an das glücklich vollendete Werk. Kein Mißklang, keine grobe Unzulänglichkeit störte diese Deutung. Obermusikmeister Markscheffel, der neue Leiter unserer Jägerkapelle, hatte das Werk sorgfältig vorbereitet und leitete es in sicherer, über dem Ganzen schwebender Meisterschaft. Das stattliche Orchester — die Jägerkapelle hatte sich durch eine Anzahl kunstbeflissener Herren aus der Bürgerschaft verstärkt — folgte willig seinem Taktstock und brachte das herrliche Werk zu gutem Gelingen.

Mit Spannung sah man den nächsten Augenblicken entgegen, in denen ein ganz Großer, Deutschlands und Schlesiens größter lebender Dichter, ein Mitbewohner unseres herrlichen Gebirgslandes, unser Hirschberger Ehrenbürger Gerhart Hauptmann zu uns sprechen sollte. Ruhig, gemessen, bar jeder aufdringlichen Geste, sprach Hauptmann mit seinem klangvollen Organ in schlichter, von allem Wortgeklingel freier Rede zu seinen Landsleuten. Und was er sagte, ging allen an die Herzen. Eindringlich — man mag es auf der ersten Seite des heutigen Boten nachlesen — bat der Dichter, die Zwietracht, den bösesten Feind der Deutschen, zu bekämpfen. Er gab dem deutschen Volke das Wort Attinghausens „Seid einig“ als Leitmotiv auf den Weg, der allein noch Heil versprechen kann. Zwingend war die Aufforderung zum Glauben, zum Glauben an das Gute, sittlich Hohe im deutschen Volke, das allein seine Wiedergeburt und sein Wiederaufsteigen verbürgen kann. Tröstend war es, daß er selbst in diesem Glauben mit unversiegbarer Hoffnungsfreudigkeit vorangeht und uns verspricht, daß er auf diesem Wege verharren wird. Der rauschende Beifall, der nach diesen Worten einsetzte, mag Gerhart Hauptmann zeigen, daß seine Saat auf gutes Land gefallen ist. Es lag ein Gelöbnis darin, daß wir unserer selbst wegen und auch in dem Gefühl, daß wir es ihm schuldig sind, seiner Mahnung zu folgen, diese nie vergessen werden.

Die Männergesangsvereine Hirschbergs, die dem Deutschen Sängerbunde angehören, traten dann in überraschend starker Zahl zusammen zu einer machtvollen gesanglichen Kundgebung. Kreutzers inniges Lied „Dir möcht' ich diese Lieder weihen“, Marschners Gelöbnis: „Wir wollen deutsch und einig sein“ und der „Segenswunsch“ von Weinzierl erklangen mit starker Innerlichkeit und schöner technischer Abrundung. Lehrer Asmalsky hielt die Massen fest in der Faust und führte ihre Leistungen zu hoher Vollendung. Freudiger Beifall belohnte die wackere Sängerschar und den tüchtigen Dirigenten.

Justizrat Dr. Ablass betrat dann das Rednerpult, von dem er schon mehrfach in bedeutender Stunde zu uns gesprochen hat. Auch aus seiner Rede, auf die wir noch zurückkommen werden, wehten uns der Ernst und die Bedeutung der Stunde

an. Eindringlich wußte er uns vor Augen zu halten, was das deutsche Volk sich einst geschaffen, und die Ursachen aufzuhellen, warum die Schöpfung keine vollkommene gewesen ist. Das Wollen Bismarcks und das Versagen der Fürsten wies er kurz und schlagend nach, fußend auf dem unverrückbaren Boden historischer Tatsachen und treu dem Grundsatz, daß in den Zeiten, wo die Selbsterkenntnis das ernsteste Gebot der Stunde ist, der Selbstbetrug das Schlimmste ist, was ein Volk sich antun kann. Die Tat des Volkes, die Pflichten des Volkes und die Hoffnungen des Volkes stellte er in den Vordergrund seiner Betrachtungen und, wie Gerhart Hauptmann von einem starken Glauben an das eigene Volk ausgehend, gab auch er bei allem Ernst der Gegenwart, den er in keinem Worte verhehlte, einen hoffnungsvollen Ausblick auf die künftige Entwicklung des Reiches. Einmütig erhoben sich auf seine Aufforderung alle Festteilnehmer, und brausend klang das Hoch auf das geliebte deutsche Vaterland durch den Raum. Und spontan, ohne Aufforderung, stimmten die Tausend das „Deutschland über Alles“ an.

Das „Wach auf“ von Baldamus folgte, gesungen wieder von dem gewaltigen Männerchor unter Orchesterbegleitung und mit dem Sopransolo von Frl. Franke. Die Zwischenpause, in der der Szenenaufbau erfolgte, wurde durch die entzückende Ballettmusik aus „Rosamunde“ von Schubert angenehm verkürzt.

Die Rütli-Szene aus „Wilhelm Tell“ war der Schluß des Programms, dargestellt von Mitgliedern des Stadttheaters unter Mitwirkung Hirschberger Bürger. Wie eine gewaltige Mahnung klangen die wundervollen Worte aus dem Befreiungskampfe der Schweizer zu uns herüber und gaben uns wieder einmal einen Begriff davon, was uns zum innern und äußern Aufbau verhelfen könnte: Festhalten an dem Vermächtnis unserer unsterblichen Geisteshelden.

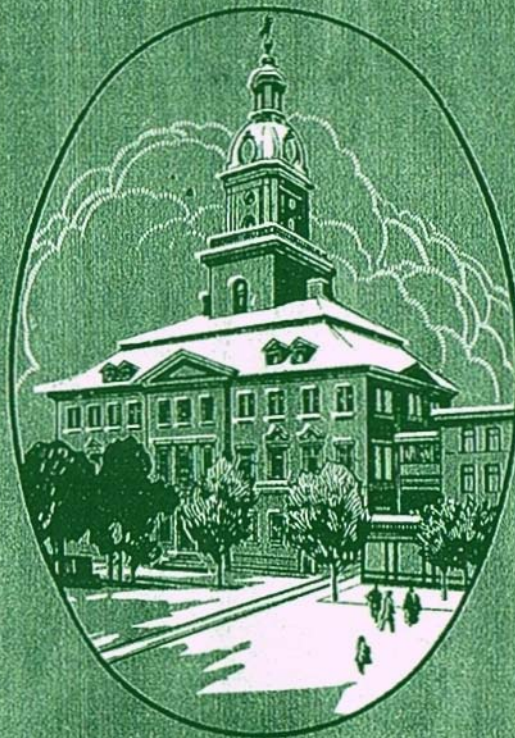
Eine machtvolle erhebende Mahnung zur Einigkeit war der Abend. Hoffen wir, daß diese Mahnung nicht ungehört verhallen wird und daß künftig das deutsche Volk die großen Tage seiner Geschichte unter allen Umständen gemeinsam feiert. Wenn dieser Geist immer stärker unter uns platzgreift, dann braucht man um das künftige Schicksal des deutschen Volkes keine Sorge zu haben.

Die Rede Gerhart Hauptmanns wie die des Justizrats Dr. Ablaß auf der Reichsgründungsfeier gibt die Stadt in einer kleinen Broschüre zu denkbar niedrigem Preise heraus. Besonders diejenigen, die angesichts der beschränkten Raumverhältnisse der Feier nicht beiwohnen konnten, werden erfreut sein, die beiden bedeutsamen Reden in Ruhe lesen und ihren Wortlaut dauernd besitzen zu können, ebenso wie die Broschüre ein wertvolles Andenken für diejenigen sein wird, welche bei der Feier zugegen waren. Sobald die Broschüre fertig vorliegt, werden wir davon Mitteilung machen.

Gerhart Hauptmann

und die
Reichsgründungsfeier

in Kirschberg i. Schl.
am 12. Januar 1921.



Nach Musikdarbietungen der Stadtkapelle und der Männergesangsvereine Hirschbergs und nach den Ausführungen Gerhart Hauptmanns hielt der Hirschberger Stadtverordneten-Vorsteher und ehemalige Reichstagsabgeordnete, der Justizrat Dr. jur. Bruno Ablaß, die folgende Rede zur feierlichen Erinnerung an das bedeutende Ereignis der Reichsgründung.

Festrede des Stadtverordnetenvorstehers Justizrat Dr. Ablaß.

Verehrte Mitbürger!

Als heute zur Mittagsstunde vom Rathausturm unserer ehrwürdigen Stadt im leisen Wirbel der Schneeflocken und Regentropfen die feierlichen Choralklänge und die Töne der Beethovenschen Hymne über die Bürgerhäuser hinweg zu der auf dem Markte versammelten Menge herabfluteten, da begann auch in unseren Seelen ein voller Akkord mitzuschwingen und mitzuklingen, und der Geist des Feiertages und der Hoffnungsfreudigkeit breitete sich aus über unsere Gemüter. In gleich ernster, würdiger und wehevoller Stimmung haben wir uns heute versammelt, um in unserem festlichen Stadthause in Wort und Ton alles das auf uns einwirken zu lassen, was uns in tiefster Seele bewegt. Mir selbst ist die schwere und verantwortungsvolle Aufgabe durch das Vertrauen der städtischen Körperschaften gestellt worden, am heutigen Abend der Dolmetsch Ihrer Gefühle zu sein. Was mich in dieser bitter-ernsten Stunde bis in die tiefsten Gründe meiner Seele bewegt, das hat der große Dichterphilosoph des Südens Dante in die Worte zusammengefaßt: „Kein größerer Schmerz ist, als in der Zeit des Unglücks zurückzublicken auf eine glücklichere Zeit.“

Aber ich glaube, jener zerrissenen Stimmung am besten Herr werden zu können mit einem lebensbejahenden Worte der nordischen Dichterin Selma Lagerlöf: „Ein Mann muß alles ertragen, was das Leben bietet. Mit Mut im Herzen und Lächeln auf den Lippen, sonst ist er kein Mann.“

In den heutigen sturmdurchpeitschten Tagen bietet Deutschland kein anderes Stimmungsbild als ehemals Preußen am Anfang des vorigen Jahrhunderts, als nach verlorenem Kriege der Fuß des Korsen auf seinen Nacken trat. Aber auch in jener Zeit der tiefsten Zerschmetterung eines ganzen Volkes, der nationalen Demütigung und der wirtschaftlichen Verarmung erwuchs dem Volke der eiserne Wille zur Wiedergeburt. Jene Tage erweckten in den Herzen der Besten des Volkes jenen stürmischen Drang zur Einigung aller Stammesgenossen, soweit die deutsche Zunge klingt. Für jenen unbezähmbaren Einheitsdrang gab es keine politischen Grenzen mehr; der Einheitsgedanke ergriff mit Sturmesgewalt das Denken und Trachten aller ideal gerichteten Vaterlandsfreunde, und sein äußerliches Symbol war das großdeutsche schwarz-rot-goldene Banner der deutschen Burschenschaft, die auf den Universitäten anknüpfte an die Überlieferungen des

Lützowschen Freikorps. Von demselben Gedanken erglühnten die Turnvereine und die sonstigen Volksvereinigungen, bis nach langem, zähem Kampfe des erwachten Stammesbewußtseins gegen die einengenden Schranken des engherzigen damaligen Staatswesens der sieghafte Gedanke der Reichseinheit sich erhob wie ein Phönix aus der Asche des veralteten bürokratischen Föderalismus. Und nicht weniger war jener Gedanke der hellleuchtende Leitstern für die Tagungen des ersten deutschen Nationalparlamentes in der Paulskirche in Frankfurt am Main, in der sich die besten und edelsten Geister des ganzen Deutschlands vereinigten in dem Plane, Alldeutschland zusammenzufassen zu einem großen Einheitsgebilde, von dem niemand ausgeschlossen sein sollte, der deutsch sprach und dachte, deutsch liebte und haßte. Freilich war es jenem deutschen Volksparlamente nicht beschieden, das endgültig in die staatsrechtliche Form zu bringen, was aller Herzen mit Naturgewalt durchbrauste. Der Rausch der Volksbewegung des Jahres 1848 war verfliegen, als die schleppenden Verhandlungen ihrem Ende entgegengingen. Der damalige König von Preußen lehnte die ihm angebotene erbliche Kaiserwürde ab, weil er den Grundsatz der Volkssouveränität verwarf und aus der Hand des Volkes das alte Diadem des Deutschen Reiches nicht entgegennehmen wollte. Und so zerrann der Traum des deutschen Volkes kurz vor der langerhofften Erfüllung. Aber in seinem Sehnen behielt er seine geheiligte Stätte.

Heute aber erinnern wir uns mit aller Glut der Empfindung jener unvergeßlichen Tage des Jahres 1870, als der Norden und Süden Deutschlands sich zu gemeinsamem Kampfe gegen einen Feind die Hände reichte, der das Aufblühen des deutschen Nationalgedankens mit grimmiger Scheelsucht verfolgte. Ein ungeheurer Strom glühender Begeisterung ergoß sich mit unhemmbarer Naturkraft durch die gesamten deutschen Gaue. In uns allen lebt heute wieder auf mit beseligender Inbrunst der Gedanke an jene große Zeit, als dem jahrhundertelangen Hader der deutschen Stämme untereinander ein Ende bereitet wurde. Und die Folge jener machtvollen Volkserhebung war die staatsrechtliche Einigung der deutschen Stämme. Alle Hindernisse, die sich der Erfüllung des Volksharrens entgegentürmten, wurden aus dem Wege geräumt. Der reißende Gießbach des befreienden Volksgeistes rollte alle die hemmenden Felsblöcke aus seinem Bette und ergoß sich in silbernem Gischt, in Strudeln und Wirbeln hinunter in die breiten gesegneten Ebenen. Ein Regenbogenglanz reinsten Sonnenleuchtens strahlte in den Perlen des zerstiebenden Wasserstaubes. Das waren die Tage eines unnennbaren Glücksgefühls, und es darf niemals einen Deutschen geben, der keine Empfindung hat für das überwältigende Erhabene, was sich damals vollzog. In unvergänglicher Dankbarkeit gedenken wir auch jener sagenhaften Männer, die teilnahmen an der Erringung dieses ungeheuren Erfolges, eines Hellmuth von Moltke, der auf den blutgetränkten Schlachtfeldern Frankreichs den Sieg an die deutschen Fahnen heftete, und des genialen, urgewaltigen Staatsmannes Otto von Bismarck, der die reife Frucht von dem Baume der Erkenntnis pflückte, daß niemand mehr dem deutschen Volke das vorenthalten dürfe, wofür seine Väter und Großväter in

jahrzehntelanger Entsagung und glaubensstarkem Idealismus gestritten und gelitten hatten. Bismarck war es, der als der größte Realpolitiker seiner Zeit, unbehindert durch alle dogmatischen Klauseln und parteipolitischen Satzungen, sich zu dem eisernen Entschlusse durchgerungen hatte, den geschichtlichen Tatsachen Genüge zu leisten, mochten sich ihm auch noch so viele Widerstände entgegenstellen. Er, den man den Gründer des zweiten Deutschen Reiches nennt, hat in seiner berühmten Reichstagsrede vom 24. Februar 1881 über sich selbst den Satz geprägt: „Es gibt Zeiten, wo man liberal regieren muß, und Zeiten, wo man diktatorisch regieren muß. Es wechselt alles; hier gibt es keine Ewigkeiten.“

Das war sein Leitmotiv auch bei der Reichsgründung. Heute vor 50 Jahren fand die feierliche Proklamation des Königs von Preußen Wilhelms des I. zum Kaiser im Spiegelsaale von Versailles statt, und dieser Akt fand seine gesetzmäßige Ausgestaltung in der Reichsverfassung vom 16. April 1871.

Anselm Feuerbach hat in seiner durchgeistigten Lebensgeschichte einst die inhaltsschwere Frage gestellt: „Wer dient seinem Vaterlande besser, derjenige, welcher den Mut hat, die Wahrheit zu sagen, oder derjenige, welcher die auffälligsten Gebrechen mit patriotischer Lüge überklebt?“

Lassen Sie uns an der Hand dieser Fragestellung jenen weltgeschichtlichen Akt kurz betrachten.

In seinen „Gedanken und Erinnerungen“ hat Bismarck mit dem ihm eigenen Freimute geschildert, wie bis zur letzten Stunde vor der Kaiserproklamation seinem Werke Hindernisse bereitet wurden, die teils den Sonderbestrebungen einzelner Bundesfürsten, ihre partikularen Rechte möglichst uneingeschränkt zu wahren, teils der Abneigung Wilhelms I. gegen die Kaiserwürde, die ihm „geradezu entsetzlich“ war, aus seiner streng preußischen Auffassung heraus entsprangen. Gegen Bismarcks bessere Erkenntnis sträubte sich der Monarch noch bis zur Stunde der Feier selbst, sich „Deutscher Kaiser“ nennen zu lassen, weil er Wert legte auf die Bezeichnung „Kaiser von Deutschland“, und so mußte der Großherzog von Baden sein Hoch lediglich auf „Kaiser Wilhelm“ ausbringen, indem er beide Bezeichnungen in diplomatischer Vorsicht vermied. Bei einzelnen Bundesfürsten stieß Bismarck statt auf begeisterte Zustimmung auf laues Zögern und Abwarten.

Gegenüber diesen Tatsachen ist es die Tragik der Verfassung des Kaiserreiches, daß sie nicht anerkannte, daß das Reich aus der Sehnsucht des Volkes heraus gegründet war auf seine unbegrenzte Opferwilligkeit, seine bedingungslose Hingabe und auf seine Kräfte und Fähigkeiten, sondern daß sie es nach staatsmännischen Grundsätzen so darstellte, als ob das Reich das Werk der deutschen Fürsten gewesen sei. In seiner architektonischen Struktur war der mächtige Tempel der alten Verfassung nicht aufgebaut auf den granitenen Felsquadern der unzerstörbaren Volkskraft, sondern auf dem prunkvollen Sockel der glänzenden Fürstenmacht.

Als dann die furchtbaren Wetterstürme des Weltkrieges über das Deutsche Reich dahinbrausten und es bis auf das tiefste Innere zerwühlten, als der Sockel

der Fürstenmacht zerbrach, da stürzten in wildem Chaos zusammen auch die marmornen Säulen und die wuchtigen Deckenbalken, die das Dach des hochgetürmten Baues trugen. Das war die unbarmherzige unbeirrbar Logik der verfassungsrechtlichen Fiktion, nach der alle Macht, alle Stärke, aller Glanz, aller Prunk der inneren und äußeren Herrlichkeit des geliebten Reiches verknüpft war mit der Ehrenstellung seiner Fürsten. Sie waren in der Staatsidee die Träger seines Glückes von Rechtswegen. Als aber das Unglück hereinbrach, da fühlten sie sich selbst nach dem unerbittlichen Grundsatz der Folgerichtigkeit als die Verantwortlichen schon nach dem Buchstaben des Grundgesetzes des Reiches, und darum schüttelten sie die zentnerschwere Last ab, für die ihre Schultern zu schwach waren.

Nicht die Einrichtung der Kaisermacht als solche ist es gewesen, die morsch und überlebt gewesen wäre. Der Gedanke des Kaisertumes wurzelte ja seit Jahrhunderten fest im deutschen Volk, und seine Verbindung mit dem Hohenzollernhause, das Preußen in Friedrich dem Großen einen der genialsten Fürsten aller Zeiten geschenkt hat, entsprach der historischen Entwicklung. Der Gedanke des Kaisertumes an sich hatte für das Volk selbst etwas unsagbar Fesselndes, eine alle Zweifel hinwegräumende Gefühlskraft. Wäre jener sinnfällige Gedanke alsbald oder später ausgestaltet worden in der Form eines Volkskaisertumes, bei dem der letzte Träger der Verantwortlichkeit nicht der Kaiser, sondern das Volk gewesen wäre, so hätte auch im Augenblicke der Not und der Verzweiflung das Volk die Verantwortung zu tragen gehabt, die es nun von Rechtswegen auf das verantwortliche Oberhaupt abwälzen konnte. Und darum erlag der Kaisergedanke unter der zur erdrückenden Last gewordenen Fülle der Machtstellung, die ihm unter Verschleierung des geschichtlichen Herganges die erste Verfassung zugeteilt hatte.

Als ich in den Novembertagen des Jahres 1918 vor und nach Ausbruch der Revolution an der Front in Frankreich weilte, um mit sechs anderen Abgeordneten des Reichstages im Auftrage der Obersten Heeresleitung und der damaligen Reichsregierung den letzten Versuch zu machen, die wankende Widerstandskraft des Heeres zu stärken und die Verzweifelnden noch zum letzten Ausharren bis zur Durchführung des Waffenstillstandes anzufeuern, und als die Nachrichten von der Auflösung im Innern Deutschlands zu uns drangen, da zogen ahnungsvoll durch meinen Sinn die schicksalsschweren Verse Homers: „Einst wird kommen der Tag, da die heilige Ilios hinsinkt, Priamos selbst und das Volk des lanzenkundigen Königs“.

Und schon nach wenigen Tagen vollendete sich Deutschlands Geschick im Sinne dieser grausamen Prophezeiung. Aber des Reiches Macht sank nicht hin wie Troja nach vernichtender Niederlage im Zweikampfe zwischen Achilles und Hektor, sondern die Feinde errangen den Waffensieg durch lügnerische Kriegslüge, durch das trojanische Pferd der 14 Wilsonschen Punkte im Waffenstillstandsvertrage. Niemals hat ein Volk und Heer so Übermenschliches geleistet in einem bis zum letzten Augenblicke auf den Schlachtfeldern siegreichen Kampfe, in Opferfreudigkeit und selbstloser Hingabe an das Gemeinwesen wie das Deutsche Reich. Darum dürfen wir auch am heutigen feierlichen Gedenktage uns rühmen

dessen, was das vor 50 Jahren geschaffene neue Deutsche Reich an Großem und Erhabenem gewirkt hat auch in dem hinter uns liegenden Weltkrieg, und darum grüßen wir auch heute das schwarz-weiß-rote Banner als das Wahrzeichen einer großen Vergangenheit.

Das frühere Deutsche Reich war nicht nur das Herz Europas, sondern es war vergleichbar dem Herzen der ganzen Menschheit. Wie Prometheus in der alten griechischen Sage lehrte es die Menschen Hütten und Häuser errichten, Boote und Schiffe erbauen, den Acker bestellen, Handwerke betreiben und den ewigen Kreislauf der Sterne beobachten. Aber als es sich wie der Titanensohn entschloß, der Menschheit auch das heilige Feuer der Kultur, der Weltwirtschaft, der Technik, der Kunst und Wissenschaft zu bringen, das es an dem Sonnenwagen Apolls entzündet hatte, da ergrimmte der Zorn der neidischen Götter, die um ihre Herrschermacht bangten, und so wurde es nackt und bloß angeschmiedet an den einsamen Felsen mit unzerreißbar erscheinenden Ketten. Mit gierigem Schnabel hackt der Adler der Feindesmacht in seine immer wieder nachwachsende Leber. Aber der Tag wird kommen, wo ein Herkules mit seinem Bogen den Adler erlegt und die Ketten des Riesen zerbricht. In unbeugsamer Kraft und in dem Glauben an die ewige Gerechtigkeit wird Deutschland sein Promethidenlos ertragen, bis die Stunde der Erlösung schlägt. Und darum lassen Sie uns mit heiligem Ernst und mit dem ganzen Gefühl vollster Verantwortlichkeit erwägen, wie wir den Aufstieg zur Sonnenhöhe vorbereiten wollen, der kommen muß, wenn wir nicht den Glauben an die ganze Menschheit verlieren wollen.

In staatsrechtlicher Beziehung hat die Verfassung des jetzigen Deutschen Reiches vom 11. August 1919 als den Grundsatz alles staatlichen Tuns und Treibens das Bekenntnis zur staatsbürgerlichen Freiheit und Gleichberechtigung auf der Grundlage der Volksherrschaft aufgestellt. Damit ist dem deutschen Volke ein Gebiet der Selbstbetätigung und Verantwortlichkeit von schier unübersehbarer Tragweite eröffnet worden. Bisweilen will es den Anschein haben, als entschwände das Vertrauen darauf, daß das Volk dieser ungeheuren Aufgabe gewachsen sei. Aber es will mir als ein Trugschluß erscheinen, daß in unseren Tagen den Geschicken des Vaterlandes besser gedient werden könnte von einem noch so überragenden Staatsmanne, als von dem Volke selbst. Wir sind nicht mehr das Volk von 919 und auch nicht mehr das von 1871, sondern das Volk von 1921. Das Land, das jetzt beackert und gepflügt werden soll, strotzt nicht mehr in der Fülle der Naturkraft und des Reichtumes, sondern es ist steinig und ausgesogen, verödet und versandet. Die Arbeit des Sämannes wird widerwillig ausgeübt, wenn der erhoffte Segen zweifelhaft erscheint und nur in weiter Ferne sichtbar wird. In der Politik entscheidet allein der Erfolg. Was im Jahre 1871 Bismarck und Moltke waren, das sind heute Clémenceau und Foch. Hier heißt es Entsagung üben, klugem Abwarten das Wort reden und das Programm des Durchhaltens verkünden, wie einst in den Zeiten des Krieges. Jetzt ist Jedermann auf sich selbst gestellt. Des Politikers Kraft ist kein Eigengewächs, sondern sie formt sich aus dem Zusammenwirken aller, die sich gegenseitig zu fördern haben. Darum wehe dem

deutschen Volke, das sich nur der Rechte berührt, und der Pflichten entschlägt. Das Volk hat nicht mehr das Recht, sich zu erschöpfen in der Kritik und jedem wahrhaft Strebenden aus Popularitätsgründen die Gunst und die Zuneigung zu entziehen, denn sonst wird das Volk am Ende selbst unpopulär. Nicht von andern darf das Volk sein Heil erwarten, weil es sonst versinkt in dem Gefühl der eigenen Schwäche. Nicht derjenige ist schwach, der zwar weiß, daß ihm die Hände gebunden sind, der aber gegen seine Fesseln kämpft, sondern derjenige, der sich beugt vor der Gewalt und in nutzlosem Trauern die Zeit des Arbeitens versäumt. Wer seine Armut kennt, wird versuchen, sie zu bannen; wer sich aber reich nennt im Elend, verliert die Kraft zum Schaffen.

Darum ist es unsere erste und heiligste Pflicht an dem heutigen Gedenktage, das Volk zur inneren Einkehr zu ermahnen. Die Grundlagen der Sittlichkeit und der Moral sind vielfach zerstört. Wir begegnen auf Schritt und Tritt dem Eigennutze und der Erwerbsgier, der Bestechlichkeit und dem Wucher, dem Wohlleben und der Arbeitsscheu. Hier soll uns als Wegweiser zum staatlichen Aufbau die Lehre des großen Königsberger Philosophen dienen, der das ganze Sittengesetz gegründet hat auf das eherner Gebot der Pflicht.

Als im Jahre 1871 Frankreich nach verlorenem Kriege besiegt am Boden lag, da erfüllte sein damaliger größter Dichter Viktor Hugo das französische Volk in einer von heißer Vaterlandsliebe getragenen Schrift mit glühender Begeisterung, die sich paarte mit dem Hasse gegen den siegreichen Feind. Mit gleicher Wucht, aber mit ungleich tieferen Gedanken hat heute Deutschlands größter lebender Dichter, unser Ehrenbürger Gerhart Hauptmann zu uns gesprochen. Er hat an unser Gewissen gerührt und alle Saiten unserer Seelen in höchster nationaler Begeisterung zum Mitschwingen gebracht. Das war das unvergeßliche Erlebnis des heutigen Tages. Lassen Sie uns ihm folgen als dem getreuen Eckart Deutschlands, der ein Mahner und Warner ist in des Vaterlandes schwersten Tagen, der uns in seinen Webern das größte soziale und in seinem Florian Geyer das größte nationalgeschichtliche Drama der nachklassischen Zeit geschenkt hat. Und dann lassen Sie uns lauschen auf die Stimme des idealsten deutschen Dichters der Vergangenheit, der am Schlusse unseres heutigen Abends zu Worte kommt, der mit seiner niemals mehr in der deutschen Literatur erreichten heiligen Glut den Sphärensang des erhabensten Nationaldramas angestimmt hat. Unsere Zeit hat uns wieder reif gemacht für Schiller, den Sänger der Freiheit und des nationalen Bewußtseins. Diesen beiden hehren Gedanken gebührt am heutigen Erinnerungstage unserer Herzen glühendes Bekenntnis.

Es gab Zeiten in Deutschland, in denen sich die größten Geister der Nation bewegten in dem an sich durchaus lobenswerten Ringen um die Begründung einer Gemeinschaft aller Kulturvölker. Damals verkündete Kant seine gedankentiefe Lehre vom ewigen Frieden, und damals erklärte Goethe: „Es gibt eine Stufe der Kultur, wo Nationalhaß ganz verschwindet, und wo man gewissermaßen über den Nationen steht.“

Aber von jener Stufe sind wir herabgeglitten durch den sogenannten Frieden von Versailles. Jenes Schriftstück des sengenden Hasses, der brutalen Knechtung eines tapferen Volkes, der Ausrottung des Selbstbestimmungsrechtes und der Freiheit, der Versklavung einer edlen Nation hat den Gedanken der Völkerver-söhnung zertrümmert. Wir wollen und dürfen nicht teilnehmen an dem Völkerkonzert, solange wir dort die entehrende Rolle des Parias unter den Nationen der Erde spielen. Erst wenn die Grundlagen des Rechtes und der ewigen Gerechtigkeit, die schnöde mit Füßen getreten worden sind, wiederhergestellt sein werden, können wir den Gedanken einer höheren Menschlichkeit und der Betonung des gemeinsamen Einigungsgedankens aller gesitteten Völker wieder aufnehmen. Bis dahin aber gibt es für uns nur noch die Betonung des nationalen Gedankens, wie ihn einst Fichte, der ehemalige begeisterte Kündler des ewigen Friedens, in der Zeit der Wiedergeburt Preußens mit Posaunenstößen offenbart hat. Nur im Vorbeigehen erinnere ich hierbei an seine fesselnde Lehre vom geschlossenen Handelsstaate. Ehe nicht unsere zertretene Ehre wiederhergestellt, das Brandmal der Schande und Schmach von unserer Stirne abgewaschen ist, müssen wir den Gedanken des Weltbürgertums ablehnen, wie es Schleiermacher getan hat in den denkwürdigen Worten: „Nur wer die Bestimmung des eigenen Volkes kennt, wird die rechte Freude haben an der Sache der Menschheit.“

Noch werden die grünen Fluten des deutschen Rheinstromes von den Schiffen der feindlichen Besatzungsarmee befahren, und jedes Herz krampft sich zusammen in dem Gedanken, daß wir noch lange die Demütigung der Fremdherrschaft ertragen sollen in einem Lande, für das alle Fibern unseres Leibes erglühen. Noch müssen wir Schlesier und mit uns alle Deutschen harren des endgültigen Schicksals Oberschlesiens, das nach unverbrüchlichen Verträgen zu uns gehört als ein organisches Glied unseres Leibes. In starrem Rechtsbewußtsein blicken wir aber auch auf die Gefilde von Eupen und Malmedy, die uns durch schnöden Vertragsbruch und in der Scheinform des Gesetzes geraubt sind, nach Erwins Münster im deutschen Straßburg, auf die hochgegiebelte Hansastadt Danzig, die Weichselniederung und den berüchtigten Korridor. Und Schmerz und Zorn erfüllen unsere Brust, wenn wir von der Kuppe der Sturmhaube und dem Joch des Brenners unsere Blicke schweifen lassen nach dem deutschen Böhmen und den gesegneten Gauen Südtirols, die unter unerträglicher fremder Botmäßigkeit schmachten, und wenn wir uns dessen erinnern, wie durch den Frieden von St. Germain Deutsch-österreich gehindert wird, den Zusammenschluß mit uns zu finden, nach dem es sich sehnt im Gefühl treuer deutscher Stammesgemeinschaft. Wie wir den Weg zur Wiedervereinigung finden werden, das steht noch dahin; aber wir gedenken an Männer wie Stein und Hardenberg, Scharnhorst und Gneisenau, Jahn und Ernst Moritz Arndt, die uns einst gelehrt haben, daß man den Mut nicht sinken lassen darf auch in den Zeiten der schlimmsten Erniedrigung.

So soll uns der heutige Erinnerungstag sein und bleiben ein Tag der inneren Erneuerung. Verjagen wir den Geist der zerstörenden Zwietracht, die die Bürger

zerfleischt und den Gedanken der Zusammengehörigkeit aller Deutschen vernichtet. Wenn wir einig sind in der heißen Glut unserer Herzen, in der unversiegbaren Liebe zu unserem herrlichen Vaterlande, dann wird der Tag der Wiedergeburt Deutschlands kommen, aber auch nur dann. Dann werden die Fanale aufflammen auf allen Bergen Deutschlands und ihre sprühenden Gluten in Flammensäulen zum Sternenhimmel hinauf leuchten lassen in der Stunde der Befreiung. Wer auf das Volk hofft, muß einen starken Glauben haben, den nur die Liebe gebiert. Erfüllen wir uns mit dieser inbrünstigen, glaubensstarken Liebe zu unserem Volke, die niemals enttäuscht werden darf: Deutschland geht uns über alles, wie einst so jetzt und immerdar! Zum Zeichen unseres heiligen Gelöbnisses in feierlicher Stunde aber bitte ich Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben und in wahrheitsstarkem Treuschwur mit mir einzustimmen in den brausenden Ruf: Unser über alles geliebtes Vaterland lebe hoch!



Kapitel 18. Die Hirschberger Öffentlichkeit würdigt ihren Stadtverordneten-Vorsteher aus Anlaß seiner silbernen Hochzeit

Am 12. Juni des Jahres 1922 jährte sich der Tag, an dem die Eheleute Ablaß die Ehe miteinander geschlossen hatten, zum 25. Male. D. h. sie feierten an diesem Tage ihre Silberhochzeit. Es war eine Woche nach dem Pfingstmontag, oder anders angeknüpft: Es war der Tag nach dem Trinitatisfest, an das alljährlich zu erinnern, sich Dr. A. zu einer für ihn wichtigen Regel gemacht hatte. Die Erwähnung dieses Festes entsprach bei Dr. A. nicht etwa einer spielerischen Laune, sondern war Ausfluß einer tief religiösen Einstellung. Diese äußerte sich u.a. darin, daß er Mitglied des evangelischen Gemeinde-Kirchenrates und außerdem Mitglied der Kreis-Synode Hirschberg der evangelischen Kirche war.

Aber in Deutschland herrschte damals Inflation, d.h. die Goldmark verlor immer mehr an Wert und die Preise stiegen rapide an. Seit Mitte 1921 hatte sich diese Entwicklung immer mehr beschleunigt: Hatte man bei Kriegsbeginn 4,20 Mark für 1 \$ aufwenden müssen, so waren es zu Anfang des Jahres 1922 bereits rund 45 mal so viel, nämlich fast 200 M, und Mitte desselben Jahres sogar schon 117 mal so viel, nämlich fast 500 M.

Den finanztechnischen Mechanismus, der eine solche Entwicklung ausgelöst hatte, hat der deutsche Außenminister Walter Rathenau, der ein ausgewiesener Fachmann auf dem Gebiet der Finanzwirtschaft war, am 29.3.1922 in einer Rede vor dem deutschen Reichstag im einzelnen erläutert. Er machte darauf aufmerksam, daß die Inflation, die nach dem Inkrafttreten des Versailler Vertrages begonnen hatte, damit zusammenhing, daß Deutschland an die Siegermächte hohe Geldzahlungen als sogenannte „Reparationen“ leisten mußte, denen aber keine entsprechenden Einnahmen Deutschlands gegenüberstanden, weil das Land nicht über Ausfuhrüberschüsse verfügte. Man sprach in solch einem Falle von einer Passiven Zahlungsbilanz. Außerdem hatte Deutschland auf Grund des Versailler Vertrages alle seine Auslandsguthaben verloren. Um sich dennoch die für die Reparationszahlungen benötigten Devisen zu beschaffen, mußte Deutschland solche im Ausland kaufen, d.h. der deutsche Staat mußte zusätzliches Geld drucken und dieses im Ausland verkaufen. Und das führt bekanntlich zu einer Wertminderung der verkauften deutschen Währung. Die Folge war ein Ansteigen aller Kosten und aller Preise im Inland.

In dieser Situation konnte man sich eine aufwendige Feier nicht leisten. Und mit Geschenken konnte auch niemand rechnen. Aber die Hirschberger Bevölkerung ließ es sich nicht nehmen, ihrem Stadtverordneten-Vorsteher aus Anlaß seines Ehejubiläums ihre Verehrung und sicherlich auch ihre Liebe zu bekunden. Dabei ging die Hirschberger Tageszeitung „Der Bote aus dem Riesengebirge“ voran, indem sie am Tage vor dem Jubiläumsdatum, also am Trinitatis-Sonntag, eine Notiz veröffentlichte, in der sie auf das Jubiläum aufmerksam machte und die Verdienste des Jubilars um das Wohl der Stadt hervorhob.

Die Notiz wird hier wiedergegeben, weil sie erahnen läßt, welches hohe Ansehen Dr. Ablaß sich inzwischen bei seinen Mitbürgern erworben hatte und wie sehr sich schon damals die Einwohnerschaft von Hirschberg ihrem Ratsvorsitzenden persönlich verbunden fühlte.

Am Sonntag, 11. Juni 1922 war im „Boten“ die folgende Notiz zu lesen:

Stadtverordneten – Vorsteher Dr. Ablaß begeht am Montag mit seiner Gattin das Fest der silbernen Hochzeit. Auch der Bote entbietet dem Jubilar, dessen große Verdienste um das öffentliche Leben unserer Heimat zu offenkundig sind, als daß sie der besonderen Erwähnung bedürften, zu dem Familienfeste die herzlichsten Glückwünsche und verknüpft damit den Ausdruck der Hoffnung, daß es der Bürgerschaft noch auf Jahrzehnte hinaus vergönnt sein möge, Herrn Dr. Ablaß in altgewohnter Weise mit bekannter nimmermüder Arbeitskraft und freiem Bekennermut zum Besten des Allgemeinwohls und unserer Stadt an hervorragender Stelle wirken zu sehen.

– Mutmaßlicher Verfasser war Herr Werth, der damalige Hauptschriftleiter des „Boten“.

Kapitel 19. Kundgebung gegen den politischen Meuchelmord

Es war ein schon recht warmer Frühsommertag, dieser 24. Juni 1922. Viele Menschen waren an diesem Sonnabend in Hirschberg auf den Straßen. Da ertönte plötzlich die Stimme eines Ausrufers: „Sonderblatt! Sonderblatt!“ Die Menschen drängten sich um den Mann, um zum Preise von 50 Pfennigen die Neuigkeit zu erfahren; angesichts der damals gerade begonnenen Geldentwertung war dies ein denkbar geringer Betrag. Und dann lasen sie:

50 Pfg.

Sonder-Blatt.

50 Pfg.

Der Bote a. d. Riesengebirge

Verantwortlich: Paul Werth. Druck der Aktiengesellschaft „Bote aus dem Riesengebirge“ (H. Klein) in Hirschberg i. Schlei.

Hirschberg, den 24. Juni 1922, 12 Uhr mittags.

Rathenau ermordet!

wb. Berlin, 24. Juni. Nach amtlicher Mitteilung wurde heute Vormittag der Reichsminister des Auswärtigen **Dr. Rathenau**, nachdem er seine Villa im Grunewald verlassen hatte, um sich ins Auswärtige Amt zu begeben, erschossen. Er war sofort tot. Der Täter fuhr in einem Auto neben Rathenau; er sauste nach vollbrachter Tat weiter und entkam.

Das war also nicht, wie erhofft, eine freudige Botschaft, sondern eine Schreckensnachricht! Nach Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Kurt Eisner und Matthias Erzberger war dies der fünfte politisch motivierte Mordfall, den Deutschland in der kurzen Zeit seit dem Zusammenbruch des Kaiserreichs hatte erleben müssen. Als bald trat in Hirschberg der Wahlvereinsvorstand der Deutschen Demokratischen Partei, deren Mitglied Rathenau war, zusammen und beriet, wie man auf den Mordfall zu reagieren habe. Hier mußte die gesamte Hirschberger Bevölkerung dazu aufgerufen werden, öffentlich zu dem Verbrechen Stellung zu nehmen. Zu diesem Zweck setzte man auf den Abend des 28. Juni im großen Saal des Kunst- und Vereinshauses eine öffentliche Versammlung an und kündigte als Redner den Stadtverordneten-Vorsteher Dr. Ablaß an mit dem Thema „Die Ermordung Rathenaus und die Gefahr des Bürgerkrieges. Gegen den Terror! Gegen politischen Meuchelmord!“ Der Aufruf zu dieser Versammlung wurde in der Presse veröffentlicht und wandte sich an die Anhänger aller politischen Parteien.

Am Morgen des Vortragstages erschien im „Boten“ ein kurzer Artikel, mit dem die Bürger nochmals auf die Kundgebung am Abend aufmerksam gemacht wurden und in dem mit eindringlichen Worten die politische Lage und die sich aus ihr ergebenden Gefahren dargestellt wurden. Diese Zeitungsnotiz und der 2 Tage nach der Veranstaltung im „Boten“ veröffentlichte Bericht über den Ablauf der Versammlung, der auch wesentliche Teile der Rede von Dr. Ablaß wörtlich wiedergibt, können nachstehend gelesen werden. Denn der Vorgang, um den es hier geht, hat in den seitdem vergangenen knapp 100 Jahren nichts von seiner Aktualität verloren.

Obwohl die Kundgebung als Parteiveranstaltung aufgezogen worden war, hörte man an dem Abend keine parteipolitisch motivierten Aussagen. Die DDP war selbstverständlich auch nicht die einzige Partei in Deutschland, die ihre ehrliche Trauer um den Ermordeten bekundete. Vielmehr kamen von allen demokratisch gesinnten politischen Richtungen Äußerungen, in denen Trauer und zugleich auch Zorn ausgedrückt wurden.

In Lexika liest man über Walther Rathenau, als Schriftsteller habe er sich mit wirtschaftlichen und sozialen Problemen beschäftigt und dabei auch philosophisch-weltanschauliche Fragen behandelt. Auf diesem Gebiete sei er einer der meistgelesenen Autoren seiner Zeit gewesen.

Rathenau war ein Duzfreund Gerhart Hauptmanns. Ihm hat er eins seiner Bücher, das den Titel trägt „Zur Kritik der Zeit“, gewidmet. Im Folgenden ist der Text abgedruckt, mit dem er den Freund über diese Widmung unterrichtet. In der Rede, die Hauptmann bei der Trauerfeier für Rathenau im Deutschen Reichstag halten wollte (aus Krankheitsgründen mußte er absagen), heißt es: „Hätten diejenigen ihn gekannt, die ihre Revolverläufe und Handgranaten gegen ihn gerichtet haben, wären sie mit ihm zusammen gewesen, nur eine kurze halbe Stunde lang, sie hätten sich eher die Hand abgeschlagen, als gegen ihn die Waffe gerichtet.“

Jahre später, bei der Gedächtnisfeier im Sept. 1927 aus Anlaß von Rathenaus 60. Geburtstag sagte Hauptmann über ihn: „Walther Rathenau war ein vollbürtiger, wahrer und tiefer deutscher Patriot, wenn es je einen solchen gegeben hat.“

Wie aber ging es weiter? Was haben die von Dr. A. vorgetragenen Mahnungen, weiterem Unheil mit aller Kraft entgegenzutreten und alles zu tun, um ultrarechtem Terror ein Ende zu bereiten, bewirkt? Ist Deutschland sicherer geworden? Haben die politisch motivierten Gewalttaten nachgelassen? Leider muß dies verneint werden. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, daß knapp 10 Jahre später, am 26. Februar 1932, wiederum ein herausragendes Mitglied der liberalen Partei, die sich inzwischen „Deutsche Staatspartei“ nannte, sich genötigt sah, in einer Reichstagsrede vor der Öffentlichkeit zu erklären, daß politische Gewalttaten und Morde strikt abzulehnen sind. Es war der Vorsitzende der liberalen Fraktion August Weber, der damals forderte, der Kampf zwischen unterschiedlichen politischen Richtungen dürfe nur mit geistigen Waffen ausgetragen werden; stattdessen erzeuge heute der Rechtsradikalismus eine Atmosphäre, in der Morde begangen und politische Gewalttaten sogar glorifiziert werden. Und als der Redner vom damaligen Reichskanzler zu hören bekam, er billige eine derartige Rede nicht,

mußte die kleine liberale Gruppe im Reichstag den Versuch aufgeben, auf derartige Tendenzen mäßigend einzuwirken.

Deutschland mußte damals erleben, daß allein am Tage der Reichstagswahl, dem 31. Juli 1932, der politische Terror sich seine Opfer holte: 9 Tote und mehrere Verletzte.

AN GERHART HAUPTMANN

Deinen Namen schreibe ich auf die erste Seite dieses Buches. Du weißt, ich habe gezögert, es zu veröffentlichen, weil zweierlei mir fehlt: die Ausführlichkeit, die der Leser von Betrachtungen verlangt, und die Überredungskunst des dialektischen Beweises, die ich nicht respektiere. Ich glaube, daß jeder klare Gedanke den Stempel der Wahrheit oder des Irrtums auf der Stirn trägt. Dir, Gerhart, habe ich stets geglaubt, ohne Beweis und ohne Umschweif. Nimm dies Buch als Zeichen der Dankbarkeit, die ich als Deutscher dem Dichter unseres Zeitalters schulde, und als Gabe herzlicher Freundschaft.

In Treue
Walther Rathenau.

12. 1. 12.

Widmung Walther Rathenaus in seinem Buch
„Zur Kritik der Zeit“, 1912



Zeitungs-Seite 5

Eine Kundgebung gegen den politischen Meuchelmord

wird am Mittwoch abend 8 Uhr im Kunst- und Vereinshause stattfinden. Stadtverordnetenvorsteher Dr. Ablaß hat den Hauptvortrag übernommen. Er wird über die Ermordung Rathenaus, über die unterirdischen Kräfte, die in Deutschland am Werke sind, um durch Terror, Mord und Putsch einen gewaltsamen Umsturz herbeizuführen, und über die uns drohende Gefahr eines blutigen Bürgerkrieges sprechen. Die Gefahr ist drohend. Die Ermordung Rathenaus beleuchtet blitzartig unsere Lage. Die „Rechtsbolschewisten“ erheben kühner denn je ihr Haupt, und es bedarf nur noch irgend eines kleinen Anstoßes, um den Vulkan der Leidenschaften, von denen gestern der Reichskanzler sprach, aufliegen zu lassen und den Bürgerkrieg in Deutschland zu entfesseln. Gegen dieses verbrecherische Treiben gilt es, eine Einheitsfront aller ordnungsliebenden Elemente im Lande herzustellen und den Willen des Volkes nach Ruhe, Ordnung und Bürgerfrieden machtvoll und einheitlich zu bekunden. Darauf kommt es heute an. Das politische Verbrechen muß erkennen, daß es nichts zu erhoffen, stattdessen aber zu erwarten hat, daß die Masse des deutschen Volkes, gleichviel welcher politischen Weltanschauung, mit Meuchelmördern nichts gemein haben will. Das zu bekunden, für Ruhe und Frieden im Lande einzutreten, das ist der Zweck der Mittwoch-Versammlung. Deshalb aber ist es auch die Pflicht jedes Mannes und jeder Frau, an der Versammlung teilzunehmen, damit die Kundgebung sich zu einer machtvollen Demonstration für den Bürgerfrieden in Deutschland gestaltet.

**In der Zeitung „DerBote aus dem Riesengebirge“
erschien am Freitag, dem 30. Juni 1922
der folgende Bericht:**

**Dem Gedächtnisse Rathenaus.
Die Kundgebung im Kunst- und Vereinshause zu Hirschberg.**

Die allgemeine öffentliche Versammlung, zu welcher der Vorstand des Deutsch-demokratischen Wahlvereins die Anhänger aller politischen Parteien für Mittwochabend eingeladen hatte, war außerordentlich stark besucht und verlief in würdigster, herzerhebender Weise. Diese Kundgebung wird hoffentlich segensreich auf die politische Erziehung auch aller derjenigen Elemente einwirken, die sich bisher noch nicht genügend ihrer Mitverantwortlichkeit für die weitere Entwicklung und Gestaltung der Zustände in der demokratischen Republik Deutschland bewußt waren.

Rechtsanwalt Dr. Pfeiffer eröffnete die Versammlung mit einem Rückblick auf die schwerwiegenden historischen Ereignisse vom Tage der Ermordung des österreichischen Thronfolgers 1914 an. Seitdem ist, auch nach Beendigung des Weltkrieges, noch kein wirklicher Frieden gewesen, immer wieder störten Unruhen und Putsche von links und rechts, besonders aber auch Attentate auf republikanische Staatsmänner, Deutschlands Gesundung.

Nach herzlicher Begrüßung aller Anwesenden erteilte der Vorsitzende das Wort zur Gedenkrede und zum politischen Vortrag Herrn

Dr. Ablaß,

der, das sei gleich vorweg bemerkt, nicht nur sachlich die Lage auf Grund von Tatsachen überzeugend und klar schilderte, sondern auch mit außerordentlicher Herzenswärme und mit schwungvollen Worten die Persönlichkeit des hervorragenden Staatsmannes und liebenswerten Menschen Dr. Rathenau zu zeichnen wußte, ausgestattet mit vielen interessanten Einzelheiten.

„In tieferster Stimmung“, so begann der Vortragende, „sind wir zusammengekommen, um eine Gedenkfeier zu begehen, und gleichzeitig, um uns Rechenschaft darüber abzulegen, was wir als deutsche Republikaner zu tun haben im Hinblick auf den schweren Schicksalsschlag, der unser Vaterland betroffen hat. Soll es so weitergehen? Nein, wir haben nicht nur das Recht, sondern auch die heilige Pflicht, weiterem Unheil mit aller Kraft entgegenzutreten und dafür zu sorgen, daß dem rechtsbolschewistischen Terror in Deutschland ein Ende gemacht wird“.

Der Redner zeichnete nun ein sehr ausführliches Bild von Walther Rathenau, schickte dazu aber folgendes voraus: „Es ist nicht Gewohnheit der Demokratischen Partei, Personenkultus zu betreiben, aber es ist ihr schönes Recht, sich mit stolzer Freude an dem Charakter eines bedeutenden Mannes zu erquicken, ihn als Vorbild zu ehren und alle Volksgenossen auf dasjenige hinzuweisen, was zu einer gerechten Beurteilung und Würdigung des deutschen Mannes und seines Wirkens gewußt werden muß“.

Der Redner erwähnte, daß Walther R. der 1867 geborene Sohn Emil Rathenaus, des Schöpfers der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft in Berlin, sei und von frühester Jugend an dem Bereich des großindustriellen Gebietes und dem Millionärskreis zwar angehörte, jedoch anfangs Künstler oder Gelehrter werden wollte, dann aber sich unter Führung von Gelehrten wie Helmholtz und Hofmann besonders chemischen und physikalischen Studien hingab, später in die Leitung der Elektrizitätsgesellschaft eintrat, sehr große Sprachkenntnisse erwarb – er sprach englisch, französisch, italienisch fast so wie seine deutsche Muttersprache – wie er als Begleiter seines Freundes Dernburg auf dessen Reise nach Ostafrika seinen Gesichtskreis immer mehr erweiterte, sodaß schließlich eine eigenartige Mischung von Sozialphilosoph und Großindustriellem in diesem pflichttreuen deutschen Demokraten sich vorfand.

„Großen Einfluß auch auf politischem Gebiete hat Rathenau mit seinem mächtigen Wissen und Können, seinem klaren, durchdringenden Verstande schon lange gehabt, ehe er Minister wurde. Sein guter Rat und seine selbstlosen Dienste fanden Verwendung besonders in den Tagen höchster Not Deutschlands. Da war er immer ein Helfer, dessen Bedeutung dereinst die Weltgeschichte noch besser würdigen wird als die von Parteihaß durchwühlte Gegenwart. Rathenau hat die Anregung dazu gegeben, hat die schöpferische Idee gehabt, gleich in den ersten Tagen des Weltkrieges, der zu erwartenden Rohstoffnot durch die Organisation der Kriegerohstoffabteilung des Kriegsministeriums vorzubeugen. Ohne diese Idee und deren praktische Ausführung durch Walter Rathenau wäre Deutschland bei der feindlichen Blockade schon gleich in den ersten Jahren des Weltkrieges zusammengebrochen. Sein Kampf für die Zwangswirtschaft und gegen den freien Handel in der Kriegszeit, seine Ansicht von der Volkswirtschaft, bei der er eine doch echt demokratische Unterordnung und Einordnung des Einzelnen in die Gesamtheit und eine Mitverantwortlichkeit für das Staatswohl verlangte, haben ihm manche Gegnerschaft in der Kaufmannswelt eingetragen, vielleicht aber auch Freundschaft bei den Sozialdemokraten. Gehässige und auf Unwissenheit beruhende Darstellung hat ihn aber auch als mitverantwortlich bezeichnet für das kostspielige, in der Vergeudung von Sachwerten und am Beamtenapparat sich auswirkende Wesen der zähen Kriegsgesellschaften. In Wirklichkeit ist er aus allem Geschäftlichen fleckenlos rein hervorgegangen.

An Sachkunde, Organisationstalent und warmer Hingabe für seine als richtig erkannten Ideen zum Nutzen des Vaterlandes blieb Rathenau unerreicht. Als Sachverständiger hat er dann z. B. in Spa große Dienste geleistet und zur Verständigung mit der Entente hingewirkt bis zu den Tagen von Genua¹, wo er als Staatsmann von europäischem Rufe und großer Gewandtheit sich zeigte, sodaß Lloyd George ihn mit vollem Recht als einen der fähigsten Minister Europas bezeichnet hat. Reinheit und Lauterkeit der Gesinnung, strenge Wahrheitsliebe, zeichneten

¹ In Genua fand im April 1922 eine Weltwirtschaftskonferenz statt, an der Rathenau als Vertreter Deutschlands teilnahm. Während der Konferenz schloß er in Rapallo, einem Vorort von Genua, mit Sowjet-Rußland den sog. Rapallo-Vertrag ab.

ihn sehr vorteilhaft vor vielen europäischen Ministern und Diplomaten aus. Auch seinen Gegnern und Feinden hat er hohe Achtung abgerungen. Aber er hatte in den Augen der deutschvölkischen Hetzer und der deutschnationalen Presse einen Makel, er war nämlich ein Jude und darum, so raunte es im reaktionären Chor, mußte er beseitigt werden“.

Der Redner ging nun von seinem christlichen und humanen Standpunkte näher darauf ein und verlas aus Rathenaus Schriften – R. war auch ein hervorragender deutscher Schriftsteller, nicht nur auf volkswirtschaftlichem, sondern auch auf ethischem Gebiete – einige bedeutsame Stellen, in denen Rathenau sich als Freigeist zu erkennen gibt, den das Kirchentum, die Synagoge, nicht bannt, für den die Verbundenheit mit dem Judentum nur rein geistiger Art war, der aber flammenden Protest erhebt gegen alle Unduldsamkeit seitens der Staatsbürger, die immer noch Christen zu sein glauben, wenn sie unchristlich handeln.

„Die persönliche Hetze gegen einen um das Vaterland hochverdienten Mann, weil er jüdischer Abkunft ist, ist und bleibt eine Schmach und ist auch eine verbrecherische Dummheit zugleich. Es handelt sich ja heute nicht nur um den einen Mann, um den ermordeten Menschen und Minister Dr. Rathenau, sondern um weit mehr, um Deutschland. Wenn die rechtsradikalen Hetzer das Gift weiter ausstreuen, die frivole verleumderische Untergrabung des Ansehens von Männern betreiben, die mit redlichem Willen und bestem Wissen dem Vaterlande dienen, wenn das nicht aufhört, wenn dem politischen Fanatismus und Mordkoller nicht Einhalt geboten wird, dann stehen wir vor Ausbruch des Bürgerkrieges. (Ruf aus der Versammlung: Nieder mit der Reaktion!). Das große Gesetz von Ursache und Folge herrscht auch in den Geschicken der Kulturvölker: Revolutionen sind wie Gewitter, die aus elektrischen Spannungen entstehen. Noch niemals war in der Weltgeschichte eine Revolution so wenig vorbereitet wie die im November 1918. Die Monarchie stürzte, weil sie die Widerstandskraft und ihre Grundlagen eingebüßt hatte. Die Legende vom Dolchstoß ist abgetan, aber die kritischen Voraussetzungen zu einem verständigen Urteil im deutschen Volke über das, was wirklich zu deutschem Heldentum gehört, sind noch lange nicht so verbreitet, wie es notwendig ist. Ludendorff ist der Abgott der Rechtsstehenden, Rathenau wird von diesen gehaßt und auf dem Boden des Hasses ist der Mordgedanke emporgekeimt“.

Der Redner zog Vergleiche zwischen Ludendorff und Rathenau und wies besonders an einem Aufsatz vom 7. Oktober 1919 nach, wie richtig Rathenau den von Ludendorff erflachten, übereilten Waffenstillstand eingeschätzt hat mit den grausamen Folgen, mit den Lasten, die nach Möglichkeit zu mildern, Rathenau als seine Hauptlebensaufgabe betrachtete. „Auf dem Boden des Elends, der Scham, der Erbitterung über den Schandfrieden von Versailles und über die imperialistischen Alliierten, die Bedrücker Deutschlands, die uns in Ost und West beraubt haben und Deutschland knechten und erdrosseln, ist auch unsinniger Haß erwachsen. Mit heiligem deutschen Zorn hat sich noch in den letzten Tagen Rathenau gegen die Bedrücker gewandt, die Deutschland Unmögliches zumuten, und seine Worte und praktischen Vorschläge hatten ganz gewiß größeren Wert

als die von Helfferich, des Vorsitzenden der Deutsch-nationalen Partei, mit seinem Aufruf zur Gegenrevolution. In seinem politischen Umfeld gibt es eine furchtbare Begriffsverwilderung, die sich besonders in unreifer Jugend geltend macht. Unsere deutsche demokratische Pflicht ist es, der Gegenrevolution mannhaft entgegenzutreten. Wir müssen Notwehr der Gewalt entgegensetzen, wir müssen die Kräfte zusammenzufassen helfen, die staatserhaltend sind. Toleranz darf nicht zur Feigheit werden. Die deutsche Republik befindet sich im Stande der Notwehr; da ist es mir eine besondere Genugtuung, einst als Abgeordneter in Weimar daran mitgewirkt haben, die Befugnis des Reichspräsidenten zu stärken durch Verfassungsbestimmungen souveräner Natur, wie sie jetzt angewendet werden. Der Beamtenkörper muß endlich gesäubert werden von denen, die das republikanische Staatswesen sabotieren. Die Jugend darf nicht der politischen Verführung der Ultra-Rechten ausgeliefert bleiben. Jeder Deutsche muß sich jetzt entscheiden, für oder gegen die Republik. Der betrauert edle Tote würdig, der nach ihrem Vorbilde lebt. Die Not und Gefahr der Zeit fordern vor allem Opferwilligkeit, Bekämpfung der Selbstsucht, Treue und freudige Hingebung an das deutsche Vaterland, an die demokratische Republik, lauter staatsbürgerliche Tugenden, wie sie Walther Rathenau geübt hat.“ (Stürmischer Beifall !)

Es folgten noch eine Reihe von Zustimmungserklärungen, sowie Sympathie- und Beileidsbekundungen, so von einem Vertreter der Zentrumsparlei, vom Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells und vom örtlichen Vorsitzenden der Deutschen Friedensgesellschaft.

Der Vorsitzende, Rechtsanwalt Dr. Pfeiffer, ermahnte in seinem Schlußwort das Bürgertum, politisch zu denken und sich mit politischem Verantwortungsgefühl zu erfüllen. Mit einem brausend aufgenommenen Hoch auf die demokratische deutsche Republik klang die erhebende Kundgebung aus.

Kapitel 20. Auf Reisen

Bruno Ablaß ist in seinem Leben gern und viel gereist. Nach eigener Aussage verspürte er einen regelrechten Reisedrang. Von ihm ließ er sich immer wieder aus der schlesischen Bergwelt, die ihm seit vielen Jahren zur neuen Heimat geworden war, herauslocken. Ihm lag daran, die Stätten, an denen sich in früheren geschichtlichen Epochen bedeutsame Ereignisse abgespielt hatten, mit eigenen Augen zu erschauen und näher kennenzulernen. Dementsprechend plante er für jede Reise ein oder zwei Hauptziele ein, gestaltete die Reiseroute aber so, daß er auch schon unterwegs auf den Fahrten zu diesen Zielen mehrere interessante Örtlichkeiten berührte, an denen er sich umsehen konnte. Alles, was sich ihm in der Fremde bot, weckte sein Interesse. Für alles Schöne hatte er ein Auge und begeisterte sich an dem Anblick von Natur und Landschaft ebenso wie an den von Menschenhand geschaffenen Werken der Kunst und der Architektur. Auf Grund seiner sehr lebendigen Geschichtskenntnisse war er an Ort und Stelle in der Lage, sich plastisch vorzustellen, wo und wie sich ein bestimmtes Ereignis abgespielt haben könnte und wie die Menschen, die diese Werke geschaffen hatten, hier gelebt haben könnten.

Auf den meisten Reisen teilte er seine Eindrücke und Erlebnisse mit Familienangehörigen. Fast immer fuhr er in Begleitung seiner Ehefrau Hedwig. Auf kürzeren Reisen war auch – immer abwechselnd – eins seiner Kinder dabei. Zwei seiner Töchter durften ihn später sogar auf je einer seiner großen Reisen begleiten.

Unterwegs hielt Dr. A. seine Reiseeindrücke in ausführlichen Tagebuchnotizen fest. Diese wurden anschließend als Reiseberichte in der Hirschberger Tageszeitung „Der Bote aus dem Riesen-Gebirge“ veröffentlicht. Sein zeitlich frühester veröffentlichter Reisebericht betraf diejenige Reise, auf der er und seine Gattin bei Ausbruch des 1. Weltkrieges in Rußland mehrere Monate als Kriegsgefangene festgehalten worden waren. Darüber ist weiter vorn bereits berichtet worden.

Dieser Reise waren schon etliche Auslandsreisen vorangegangen. Das läßt sich entnehmen aus Bemerkungen, die hier und da in die schriftlichen Berichte eingestreut sind und die besagen, daß er sich an dem einen oder anderen Orte daran erinnert, wie er vor vielen Jahren bei einem früheren Besuch in dieser Gegend schon einmal an dieser Stelle gestanden hat.

In 5 weiteren Fällen hat Dr. A. später seine Reiseberichte in broschiierter Form herausgegeben. Wenn von diesen Berichten wesentliche Teile im Folgenden wiedergegeben werden, dann geschieht dies in der Absicht, dem Leser vor Augen zu führen, welche Emotionen jeweils in Dr. A. aufstiegen und wie eindrucksvoll es ihm gelang, sie in Worte zu fassen.

1. Heiße Tage

Die so betitelte Reise unternahm Dr. Bruno Ablaß im Sommer 1924 zusammen mit seiner Frau und seiner ältesten Tochter Else. Der Untertitel des Berichts lautet: „Eine Sommerfahrt mit dem Dampfer ‚Trier‘ des Norddeutschen Lloyds

nach Ägypten.“ Hauptzweck dieser Reise war es, sich in das ägyptische Altertum zu vertiefen und dabei vor allem die Ergebnisse der neuen Ausgrabungen zu studieren, die Ende 1922 Erstaunliches zu Tage gefördert hatten. Gereist wurde im Wesentlichen mit dem Schiff. Ausgangspunkt der Schifffahrt war der „Kuhwärder“ in Hamburg. Dorthin gelangte man mit einem kleinen Hafendampfbboot. Die Schiffsroute verlief von der Elbemündung aus entlang den Ost- und Westfriesischen Inseln, den Küsten der Niederlande, Belgiens und Frankreichs, durch den Ärmelkanal und durch die Biscaya, entlang der spanischen Westküste und den Küsten Portugals, durch die Meerenge von Gibraltar ins Mittelmeer, vorbei an den Balearen, durch den Golf von Lion und das Ligurische Meer bis nach Genua. Danach ging es entlang der italienischen Westküste bis zur Straße von Messina und von dort aus durch das östliche Mittelmeer bis nach Port Said.

Unterwegs legte das Schiff bei 3 Hafenstädten an, nämlich bei Rotterdam, Antwerpen und Genua. Die Liegezeiten nutzten die 3 Reisenden zu Ausflügen. Von Rotterdam aus wurden die beiden Nachbarorte Delft und Dordrecht aufgesucht und eine Bahnfahrt nach Utrecht unternommen. Schon in dem Bericht hierüber zeigte sich, mit welcher Begeisterung Dr. A. die Schönheiten des Geschauten aufnahm und mit welcher sprachlichen Gewandtheit er darüber zu berichten wußte. Die interessanten Kanäle und herrlichen Giebelhäuser in Dordrecht nannte er ein wundervolles Bild des alten Holland. Das liebliche, saubere und versonnene Delft war für ihn ein poetisches Städtchen von entzückender Eigenart. Und den Dom von Utrecht sah er als die großartigste Kirchenanlage in den Niederlanden an.

In Antwerpen dauerte der Aufenthalt nur wenige Stunden, sodaß man sich nur in der Stadt selbst umsehen konnte. Hier nahm unseren Reisenden der gewaltige 5-schiffige Dom auf das Lebhafteste gefangen: Die Reinheit des Stils und die Gleichmäßigkeit der Formgestaltung zwingen zur Bewunderung, so drückte er sich aus. Bei den Glasmalereien wirkte im Sonnenschein die Glut der Farben überwältigend. Die Altargemälde von Rubens reihte er ein in die herrlichsten religiösen Bilder der vlämischen Malerei; für ihn üben sie einen unauslöschlichen Eindruck auf den Beschauer aus und erheben und läutern ihn innerlich. Daß er aber Dinge, die er zu sehen bekommt, auch mit weniger Überschwang betrachten kann, zeigt seine Aussage über das Rathaus: Es sei ein schöner gediegener Bau mit beachtenswerter innerer Ausstattung.

Während der nächtlichen Fahrt durch die Biscaya erlebt er den Sternenhimmel in einer Pracht, die man auf dem Festland nicht kennt. Er nennt einzelne Planeten bei ihren Namen und empfindet das Blinken der unzähligen Sterne wie Grüße aus der Ewigkeit. Das allmähliche Hellerwerden des Horizonts am Morgen bei beginnendem Sonnenaufgang beschreibt er in derart eindrucksvoller Weise, daß man als Leser meint, den Sonnenaufgang selbst mitzuerleben. Die Beschreibung endet mit dem Satz: Der junge Tag ist da und grüßt die Welt mit jubelnder Freude.

Nicht nur an Küsten, Inseln und Meerengen, die jedem geografisch Interessierten geläufig sind, führt die Seereise vorbei, sondern auch an Inseln und Inselgruppen, von denen man, wenn man nicht gerade Spezialist ist, noch nie etwas gehört hat. So lesen wir von den Berlenga-Inseln vor der portugiesischen Küste, vom Kap São Vicente an der SW-Spitze dieses Landes und von den Kaps Tarifa und Spartel an der Stelle, wo Europa und Afrika sich am dichtesten gegenüberliegen. Im Mittelmeer grüßen die Pityusen, so heißen die beiden kleineren der Balearen-Inseln. An späterer Stelle werden die Ponza-Inseln vor der SW-Küste Italiens und die Liparischen Inseln nördlich von Sizilien erwähnt. Wie reich an solchen eigenen kleinen Welten ist doch unsere Erde!

Und wieder bricht in Dr. A. eine Begeisterung aus; diesmal ist es die Landschaft, die ihn fasziniert: Scharfe Zacken von Gebirgen, tiefe Täler und Schluchten und dazwischen eine Vegetation von üppigem Reichtum. Sogar der Duft der über und über blühenden Büsche dringt bis zu den Reisenden aufs Meer.

Zuvor aber nimmt bei der Einfahrt in den Hafen von Genua der Blick auf eine Folge großartiger Landschaftsbilder unsere 3 Reisende gefangen. Aber sie bekommen ab hier auch das zu spüren, was im Titel der Reisebeschreibung zum Ausdruck kommt, die sommerliche Hitze. Von bis zu 35° im Schatten ist die Rede. Etwas Kühle bieten da nur die sehr schmalen Straßenzüge, die nur wenig Sonnenlicht hereinlassen. Erst abends bei Mondschein konnte man es wagen, sich auf den Berg Righi Kulm zu begeben, um von dort oben das Panorama der ausgedehnten Stadt mit ihrem Meer von Lichtern zu genießen. Um nach oben zu gelangen, konnte man hier ein Verkehrsmittel benutzen, das bisher in diesem Bericht noch nicht vorgekommen ist, die Zahnradbahn. Eine weitere Bergbesteigung genoß man am folgenden Tag, nachdem ein Auto (es bleibt offen, ob Taxi oder Omnibus) unsere Weltenbummler zur Riviera di Levante und dort nach Rapallo und Portofino gebracht hatte. Diesmal war es der Portofino Kulm, der bestiegen wurde. Die Worte, in denen sich die Begeisterung von Dr. A. geäußert hat, müssen hier einfach wiedergegeben werden, damit man nachempfinden kann, was ihn damals beim Blick auf 2 Seiten einer Bucht und auf die Gebirgskette mit ihren Felskuppen bewegt hat: „Einen Platz von so ausgezeichnete Schönheit vermag sich die kühnste Phantasie nur schwer auszudenken. Es ist ein Punkt von einem Zauber, der jedem unvergeßlich bleibt, der das Glück gehabt hat, dort weilen zu dürfen. Dort oben zu träumen, ist ein Erlebnis, das zu dauerndem, köstlichem Besitze wird für den, der fähig ist, mit empfänglichem Auge Großes zu schauen.“

Dr. A. gehörte aber nicht etwa zu denen, die einfach alles „toll“ finden ohne Rücksicht darauf, ob das Gesehene ein Lob überhaupt verdient. Er konnte vielmehr durchaus unterscheiden, ob eine Sache künstlerisch wertvoll war oder nicht. So schreibt er über die manchmal recht prunkvoll hergestellten Grabmäler auf dem Friedhof von Genua, er habe unter diesen Grabmälern nur sehr wenig künstlerisch wirklich Wertvolles feststellen können.

Da der letzte Teil der Seereise von Genua aus ständig nach Süden ging, wurde es immer heißer. Um die Mittagszeit wirkten die Sonnenstrahlen regelrecht sengend. Nur die Bewegung der frischen Seeluft wirkte etwas kühlend. Für die Familie Ablaß und 3 weitere Mitreisende endete dieser Teil der Schiffsreise nach fünftägiger Fahrt in Port Said. Diese 6 Personen hatten gemeinsam die Absicht, sich in den Ausgrabungsgebieten umzusehen, auch das Archäologische Museum in Kairo zu besuchen und schließlich, wenn möglich, im Tal von Luxor das Grab Tut-Ench-Amuns aufzusuchen. Zunächst aber stürmte in Port Said das orientalische Leben auf sie ein, d.h. sie wurden von zahllosen Händlern bedrängt, die alles Mögliche anboten. Nach Erledigung von Paßformalitäten fuhren die 6 mit der Eisenbahn nach Kairo. Vom Zuge aus konnten sie beim Durchfahren des östlichen Teils des Nildeltas erkennen, wie ein ausgeklügeltes Bewässerungssystem der Landschaft zu reicher Fruchtbarkeit verhilft. Dr. A. bezeichnete diese künstliche Bewässerung als eine der größten Kulturtaten, die die Menschheit kennt. Und damit nicht genug: Nilschlamm enthält so viele Nährstoffe, daß die Fruchtbarkeit in diesem Gebiet ins Unermeßliche gesteigert wird.

Über den Rundgang durch Kairo liest man eine mehr oder weniger inhaltsreiche Beschreibung. Zwei Dinge erscheinen aber doch hervorhebenswert: Zum einen thront hoch über der Stadt – ähnlich wie in Genua – eine Anhöhe, auf der eine gewaltige Zitadelle steht (sie war damals von der englischen Besatzungsmacht belegt). Jedenfalls hat man auch von dieser Anhöhe einen umfassenden Rundblick über das schon im Jahre 1924 weit ausgedehnte Stadtbild. Und als besonders interessant bezeichnet Dr. A. den Besuch der El-Azhar-Moschee, denn diese hat die Funktion einer theologischen Universität, und sie ist für den gesamten Islam maßgeblich; Studenten aus allen islamischen Ländern kommen dort zusammen und erhalten ihre Unterweisung über die Auslegung des Koran. Eigenartig zu beobachten war es, daß sie, während sie sich in ihre Bücher vertieften, dabei schaukelnde Körperbewegungen ausführten.

Und nun gelangt die kleine Gruppe zu dem Ziel, das sie sich als Hauptzweck der Reise gesetzt hatte. Auf der Pyramidenstraße überquert sie den Nil und ist nun auf der Insel Gezire, wo nach kurzer Strecke vor ihnen die Pyramidengruppe von Gizeh am Rande des libyschen Wüstenplateaus auftaucht. Man betrachtet mit Ehrfurcht die Pyramiden des Cheops und weiterer antiker ägyptischer Herrscher und das damals erst kürzlich ausgegrabene Grabmal der Tochter des Cheops. Vor allem vertieft sich Dr. A. in den Anblick der gewaltigen Sphinx, die einen tiefen Eindruck auf ihn macht; als eine gewaltige Offenbarung empfindet er dieses Kunstwerk. Er vergleicht es mit mancher neuzeitlichen Kunst, die unter Verhöhnung der Natur nach Originalität hascht. Hier dagegen findet er den Ausdruck von Überlegenheit und Gedankentiefe. Für diese Besichtigungen hat man sich den ganzen Tag Zeit gelassen; erst am nächsten Tag stehen weitere Objekte zur Besichtigung an: Zum einen die Stätte, an der einst Memphis, die älteste Hauptstadt Ägyptens, gestanden hatte, zum anderen die Pyramiden von Abasir und das Totenfeld von Sakkara. In den Grabstätten finden sich plastische Darstellungen

aller Gebiete des menschlichen Lebens der damaligen Zeit, lauter Szenen von Menschen, die ihre Arbeiten schon damals so verrichteten, wie das noch heute geschieht. Das sieht Dr. A. als Beweis an, daß im Leben der Völker alles wiederkehrt und sich immer wieder in gleicher Weise abspielt. Und schließlich studiert man im Museum all die Schätze, die aus dem vor kurzem entdeckten Tut-Ench-Amun-Grab geborgen worden sind. Kunstwerke und kunstgewerbliche Gegenstände sind es, die man zu sehen bekommt. Inzwischen sind sie weltbekannt geworden: der königliche Thronstuhl, eine goldene Truhe mit Edelsteinen, das Bett mit den Löwenfüßen, eine gewölbte Kleidertruhe aus bemaltem Holz und vieles andere. Nach Ansicht von Dr. A. sind es lauter Dinge, deren Pracht und kunstfertige Ausstattung schlechterdings durch nichts übertroffen wird. Aus alledem konnte er nur den Schluß ziehen: „Das geistige Leben des alten Ägyptens umfaßt bereits alle Probleme mit einer Schärfe des Denkens, die uns noch heute Bewunderung abnötigt. – Auf einen Besuch des Tut-Ench-Amun-Grabes im Tal der Könige mußten die Altertums-Interessierten Reisenden verzichten, zum einen wegen der immer unerträglicher werdenden Hitze und zum anderen deshalb, weil durch einen Abstecher nach Luxor die Reisedauer sich über Gebühr lange hingezogen hätte; man hätte eine Woche dranhängen müssen, weil das Schiff von Alexandria nach Triest nur einmal in der Woche fuhr. Stattdessen fuhr man am Abend vor der Abreise mit der elektrischen Bahn nach Heliopolis, einer im Bau befindlichen weißen Prunkstadt in der Wüste. Angeblich soll es die architektonisch schönste Stadt Afrikas werden.

Am 22. August 1924 fuhr man mit dem Zug von Kairo nach Alexandria und nahm dort von Ägypten Abschied, einem Land, das ihnen im Laufe von nur 5 Tagen „ungeheuer gewaltige Eindrücke“ verschafft hatte.

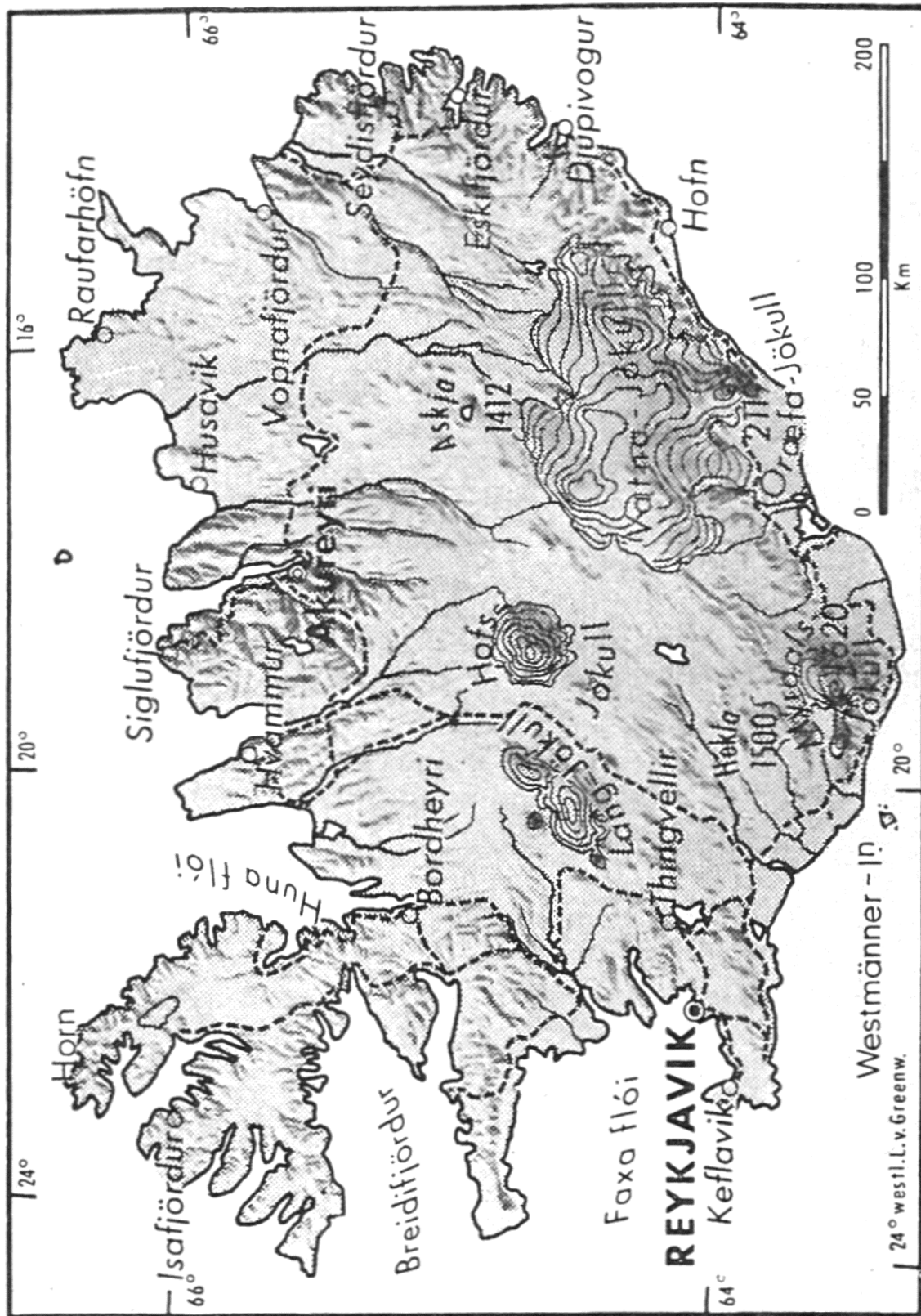
Mit dem Schnelldampfer Vienna gelangte man nach einem kurzen Aufenthalt in Brindisi in wenigen Tagen nach Venedig. Dort in der Lagunenstadt fühlte sich Dr. A. von einem Schönheitstaumel erfaßt, dem sich niemand entziehen könne, der empfänglich ist für die höchsten Offenbarungen der Kunst. Man genoß den Anblick von Markusplatz, Markusdom und Dogenpalast, unternahm am Abend eine Gondelfahrt und verließ noch in der Nacht mit der Pontebba-Bahn die Stadt in Richtung Wien. Bei Tagesanbruch zeigte sich vom Zuge aus der prachtvolle Anblick der Alpen und des Wörther Sees. In Wien erfreute man sich an dem Anblick vieler kunsthistorischer Prachtbauten und der Volksgärten sowie dem Lustschloß Schönbrunn. Nach dreitägigem Aufenthalt in Wien fuhr man mit dem Donaudampfer nach Linz. Für die Familie Ablaß war diese Fahrt ein würdiger Abschluß der an Eindrücken überreichen Studienreise, denn jetzt vom Fluß aus hatte man lauter Ausblicke voller Romantik vor Augen, so die Stadt Krems, das Stift Melk, ehrwürdige Schlösser und Burgruinen, lauter geschichtsträchtige Namen, wie sie eben nur die Wachau bietet. Selbst am sagenumwobenen Rhein kann den Blicken Schöneres nicht geboten werden, meinte Dr. A. Denn auch hier auf der Donau kamen ihm Schauplätze aus dem Nibelungenlied wieder in den Sinn, als der Ort Pöchlarn vor ihm auftauchte, der Sitz des treuen Markgrafen Rüdiger.

Bruno A. war sich bewußt, daß sie gegen den Strom reisten, und das taten sie auch noch, als sie Linz erreicht und den Dampfer verlassen hatten. Sie hatten sich nämlich vorgenommen, an der Donau noch 2 weitere Städte aufzusuchen und zu durchwandern, und die liegen von Linz aus stromaufwärts. Gemeint sind Passau und Regensburg. Das Vorhaben wurde ausgeführt. Was sie in diesen Städten erlebten, hat der Autor des Berichts nicht verraten. Kein Wunder: Wer so kurz vor der Heimkehr steht, der denkt nur noch an die Heimreise. Mit deren Antritt endet der Bericht. Zu Hause aber plagte unseren Bruno plötzlich eine Zweifelsfrage, über die er ein wenig nachdenken mußte. Sie lautet: Kann eine so ausgedehnte Reise überhaupt eine Erholung bedeuten? Sie waren schließlich 5 Wochen und 3 Tage unterwegs. Dr. A. ist zu der Überzeugung gekommen, daß in der Nachwirkung eine Erholung unverkennbar ist. Sie folgt aus dem schönen und stolzen Gefühl, daß man seinem Körper noch gebieten kann, weil der Wille so manches Hindernis überwindet, das sich einem unterwegs hier und da entgegenstellt. Dieses Wissen verschafft einem Menschen nachträglich einen hohen Genuß und damit die wahre Erholung.

2. Gen Thule

Der zweite broschiierte Reisebericht trägt vor dem Untertitel „Eine Nordlandfahrt“ als Hauptüberschrift den geheimnisvollen Titel „Gen Thule“. Die Reise begann am 17. Juli 1925 und endete in der 2. Augustwoche. Dr. Ablaß leitete seinen Reisebericht auch diesmal ein mit allgemeinen Gedanken darüber, wie der Mensch in einer ernsten und trüben Zeit sich an Geist und Seele aufmuntern kann, indem er eine Reise unternimmt. Sie sei das wunderbare Werkzeug, mit dem man sich Neues, bisher nur Geahntes erschließen kann. Aber mahnend fügt er hinzu: „Das Reisen will gelernt sein, denn sein Wert liegt nicht in der Aufspeicherung einer Menge von neuen Erfahrungen, sondern in der inneren Verarbeitung des mit Anteilnahme Geschauten.“ Und weil er diesmal ein Gegenstück zu dem im Vorjahr erlebten sonnigen Pyramidenland suchte, wählte er sich diesmal zum Ziel ein Gebiet, das entgegengesetztes Empfinden auslösen würde. Das waren die arktischen Länder. Eine Fahrt ins ewige Eis sollte es sein. Auch diesmal waren sie zu dritt unterwegs; ihn begleiteten die Ehefrau und die jüngste Tochter Gertrud.

Die Bahn bringt sie nach Bremerhaven, wo der Dampfer des Norddeutschen Lloyds abfahrtbereit vor Anker liegt. Man nähert sich dem britischen Inselreich an der Ostküste Schottlands, fährt im Norden zwischen den Orkney- und den Shetlandinseln hindurch und nimmt Kurs auf Island, das erste Reiseziel. In weitem Abstand fährt man an der Südküste der Insel entlang und erblickt dort in der Ferne, das feste Land überragend, den Berg Hekla, den größten Vulkan der Insel. Zahlreiche Vulkane weist auch die weit nach Westen vorgestreckte Halbinsel Reykjanes auf, um die man jetzt herumfährt, um zum Hafen der Hauptstadt Reykjavik zu gelangen.



Iceland

Sogleich beginnt ein ausgedehntes Ausflugsprogramm. Man sieht und erlebt die Schönheit der Landschaft um die an einem Fjord liegende Hauptstadt, blickt hinauf zu den sie umgebenden Bergen und Gebirgsstöcken, und man wird eine Reihe historischer Stätten zu Gesicht bekommen, bei denen Dr. A. sich erinnert: Island war das Land der Skalden, dort entstand die Edda mit ihren unvergänglichen Götter- und Heldenliedern des Nordens. Man genießt den Anblick des riesigen Thingvalla-Sees, in dessen Nähe sich eine jahrhundertlang genutzte Thingstätte befindet. Nicht weit vom See beginnt eine eindrucksvolle Schlucht; sie schließt oben mit einem Felsen ab, von dem aus einst die neu erlassenen Gesetze dem Volk bekanntgemacht wurden. Unweit davon stürzt ein schäumender Wasserfall in die Tiefe; ohrenbetäubendes Brausen dringt empor. Auch einen der Geysire, die Waschküche der Insel, bekommt man zu sehen.

Am nächsten Tag wird die Stadt mit ihren Einrichtungen besichtigt. Dr. A. erwähnt als sehenswert das kleine Reichstagsgebäude, die Landesbibliothek und mehrere Museen. Gezeigt wurde ihnen auch der in der Domkirche stehende Taufstein, den der isländische Bild- und Gallionsschnitzer Thorwaldsen, Vater des berühmteren dänischen Bildhauers Bertel Th., für seine Vaterstadt angefertigt hat. Ein für die Reisenden gehaltener Vortrag informierte über die Geschichte der Insel. Diese auf öffentlichem Platz abgehaltene Veranstaltung wurde umrahmt von feierlich gesungenen isländischen Volksliedern. Am Abend veranstalteten die Gastgeber ein Konzert auf dem Schiff. Hier wurden erstrangige Leistungen der Sänger und Instrumentalisten geboten, die Dr. A. zu Staunen und Begeisterung veranlaßten. Gesteigert wurde das Erlebnis noch dadurch, daß die Künstler im Schmucke ihrer Nationaltracht auftraten.

Fortgesetzt wurde die Fahrt entlang der NW-Küste der Insel. Hier wechseln aus dem Meer aufsteigende schroffe Felsgebilde ab mit tief eingeschnittenen Fjorden, sodaß sich das Bild fortgesetzt ändert. Man fährt nun durch den Isafjord, und zwar nahe am Ufer entlang, wo man viele kleine Ortschaften liegen sieht. Zwischendurch stürzen auch hier Wasserfälle von den Höhen herab. Weiter oben sind die Höhen mit Schnee bedeckt. Man umschifft nun das nördlichste Kap der Insel und erlebt dann noch einmal „große und erhabene Einblicke“ in die tief eingeschnittenen vulkanischen Kessel mit den schneebedeckten Höhen, bis das Schiff einen nordöstlichen Kurs einschlägt und sich von der Insel entfernt. Bald folgt ein besonderes Erlebnis: Auf der geographischen Breite von 66,5° wird der nördliche Polarkreis erreicht und überschritten. Die Reisenden erleben die Polartaufe und sogar das Erscheinen des Meeresgottes. Das Ganze läuft mit köstlichem Humor ab und bildet einen wohltuenden Gegensatz zu dem erhabenen Ernst der Natur.

Wenige Stunden später ist der nächste Höhepunkt der Reise dran, die Mitternachtssonne. Dr. A. schreibt: „Was ich dort schauen durfte, das kann keine Sprache schildern und keine Malerpalette festhalten. Hier zeigt sich die Natur als die größte Meisterin aller Künste. Man erkennt glücksbewußt, daß das Leben nicht umsonst gewesen ist für den, der so Erhabenes mit irdischen Blicken in sich aufnehmen durfte.“ Dann beginnt der Sonntag und man erlebt eine Überraschung:

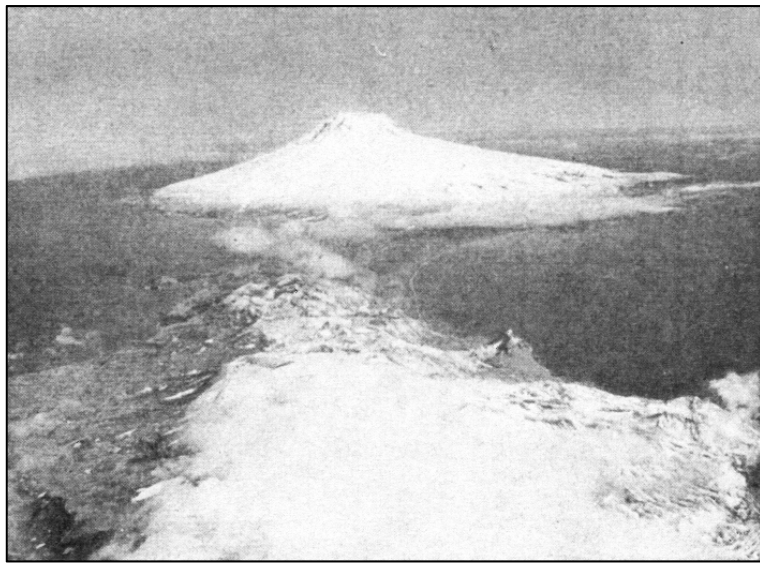
Die zu Norwegen gehörende Insel Jan Mayen (71° nördlicher Breite) wird sichtbar. Sie liegt knapp 5° nördlich des Polarkreises, aber noch im Bereich des Golfstroms, eine Lage, die zur Folge hat, daß die Insel so gut wie immer in undurchdringlichen Nebel gehüllt ist. Der Lotse berichtet, er sei schon 11 Male an dieser Insel entlanggefahren, aber noch nie habe er sie zu Gesicht bekommen. Diesmal aber war die Sicht frei und die Sonne warf einen Regenbogen über den Himmel. Bei allem aber fegte ein eisiger Polarwind über die Meeresoberfläche.

Schließlich wird das Inselgebiet Spitzbergen erreicht. Mitten im Polarsommer liegt das Land im eisigen Banne des Winters, es schneit ununterbrochen. Vor der Magdalenenbucht, da wo ein mächtiger Gletscher bis ans Meer heranreicht, legt sich das Schiff vor Anker. Boote bringen die Reisenden ans Land für einen Ausflug. „Landausflug“ bedeutet auf Spitzbergen, daß man sich über Steingeröll vorwärtsarbeiten muß, d.h. man muß regelrecht klettern. Dieser Aufgabe stellten sich Dr. A. und seine beiden Begleiterinnen. Sie nahmen mit Begeisterung die Farbgebung der Landschaft auf und konnten sogar das Kalben eines Gletschers mit eigenen Augen und Ohren miterleben. Oben bot sich ihnen ein großartiger Ausblick auf die Welt der Eisriesen mit ihren Buchten und Fjorden, ihren Firnen und Schneehängen, ihren Bergen und Gletschertälern, aber auch mit ihren lieblichen Moosen, Flechten und Blütenpflanzen.

An dieser Stelle seines Berichts lüftet Dr. A. das Geheimnis um den Titel seiner Schrift: „Erreicht ist das fernste Thule, jenes sagenhafte Land, von dem schon das Altertum zu erzählen wußte; man bezeichnete damit die Insel, die am weitesten im Norden liegt.¹ Welche genau die Menschen damals gemeint haben, wissen wir nicht, aber wir entdecken, daß weit oben im Norden in nacktem Eisgebiet eine eigene kleine Welt existiert, in der monatelanger Tag sich mit nur einer kurzen Zwischenphase ablöst durch monatelange Nacht. Hier werden die Gestalten der nordischen Sage vor unserem geistigen Auge lebendig. Dies ist die Gegend der großen Götterdämmerung.“ Thule ist laut Goethe aber auch das Land, wo es zahlreiche Städte gab und wo in einem Schloß am Meer ein König residierte, der dort mit seinen Rittern ausgedehnte Gelage feierte.

Zu Ende ist dieser Ausflug; das Schiff legt wieder ab und nimmt Kurs auf die Packeisgrenze. Auch hier hatten die Reisenden Glück: Zwar war kurz zuvor Treibeis gesichtet worden, aber die Sicht war gut und man konnte vordringen nicht nur über den 80., sondern sogar noch ein kleines Stück über den 81. Breitengrad hinaus. Das Bild, das sich ihnen dort bot, beschreibt Dr. A. mit diesen Worten: „Im magischen Glanze der weißen Mitternachtssonne erblicken wir einen Kranz ineinandergeschobener, sich auftürmender Eisschollen, hinter dem ein Streifen freies Wasser erscheint. Daran schließt sich der umklammernde Ring des zähen Packeises; ab hier blieb der Kampf der Menschenkraft gegen die Naturgewalt bis jetzt stets erfolglos.“

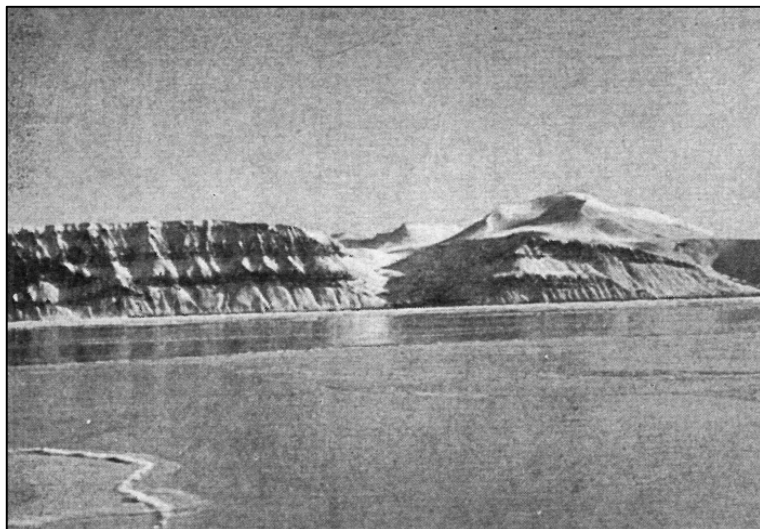
¹ Anm. Am 28.8.2021 erfuhr die Welt über die Medien, wo die nördlichste Insel der Welt nach neuester Erkenntnis liegen soll: Gegenüber dem nördlichsten Zipfel Grönlands, also deutlich nördlicher als das Nordkap.



1 Insel Jan Mayen: Der Beerenberg



2 Spitzbergen: Die Magdalenenbucht



3 West-Spitzbergen: Im Eis-Fjord

Auf der Fahrt zurück in südliche Richtung ankert das Schiff an der Däneninsel im Virgo-Hafen. Dort erfährt man etwas über die unrühmliche Geschichte der benachbarten Amsterdam-Insel, von der aus in der Vergangenheit durch unerträglichen Umfang des Walfanges Raubbau an der Natur betrieben wurde. Heute erinnert nur noch ein Denkmal an jenen schnöden Erwerbsgewinn. Diese Vorgänge bringen bei den Reisenden den Spruch in Erinnerung „Die Welt ist vollkommen überall, wo der Mensch nicht hinkommt mit seiner Qual“. Man befindet sich hier in einem Gebiet, von dem aus in der Vergangenheit 2 Forscher vergeblich versucht hatten, mit Freiballons den Nordpol zu erreichen. Einer von ihnen scheiterte bereits kurz nach dem Aufstieg; nicht weit von der Stelle, wo der Ballon zer-shellte, standen die Reisenden vor den Resten der großen Bauwerke, auf denen damals die Ballons gebaut worden waren. Natürlich konnte man nicht vorausahnen, daß ein Jahr später, im Jahre 1926, der berühmte Ronald Amundsen zusammen mit 2 Forscherkollegen mit einem Luftschiff erfolgreich den Nordpol überqueren würden.

Einen weiteren ganz anders gearteten Eindruck von Spitzbergen bekamen die Reisenden in der Möllerbucht, dem nach Norden gerichteten Endstück der Kreuzbucht. Die Wolken haben sich verzogen und gleißendes Sonnenlicht breitet sich über die Landschaft. Und mit einem Male ist es sogar sommerlich warm geworden. So unternimmt die Familie Ablaß noch einmal eine Kletterpartie bis zur Schneegrenze eines der dortigen mächtigen Bergriesen. Der Weg über lockeres Geröll ist zwar beschwerlich, aber der Blick über mehrere steil abfallende Gletscher hinweg in die Bergwelt war gewaltig und der seelische Gewinn dieses Eindringens in die Einsamkeit ist unzerstörbar.

Das Schiff wendet sich wieder nach Süden und fährt nun in den anderen Arm der Kreuzbucht ein, der in südöstlicher Richtung weitergeführt wird unter dem Namen Königsbucht. Diese ist vom offenen Meer durch eine Halbinsel getrennt. Dort liegt ein Gletscher von ungeheurer Größe. „Über ihm“ – so fährt Dr. A. in seiner Beschreibung fort – „erscheinen 3 Berge in einer Form, die ich noch nie gesehen habe. Über einem breiten Sockel als Unterbau erheben sich ungeheure Pyramiden, die den Eindruck erwecken, als ob sie von Riesenhand wie krönende Bausteine dem Bergmassiv aufgesetzt worden seien. Die völlig gleiche Form dieser 3 ungewöhnlichen Berge macht den Eindruck des Erhabenen, ja Grotesken. Und ringsum zeigt sich ein Gewirr von Bergspitzen. Nach diesem Bild ist dem zauberhaften Lande mit Recht der kennzeichnende Name ‚Spitzbergen‘ verliehen worden.“

Nachdem das Schiff die der Westküste vorgelagerte Insel Prinz-Karl-Vorland passiert hat, fährt es in den Eisfjord ein und landet nicht weit vom Umschlaghafen des Hauptortes der Insel, Longyearcity, eigentlich Longyearbyen. Von hier aus durchwandert die Familie die stille Tundra, eine Steppenlandschaft nördlich der Baumgrenze. Unter dem Einfluß des Golfstromes gibt es hier sogar pflanzliches Wachstum. Man findet nicht nur Flechten und Moosbestände, sondern auch einige liebliche weiße, gelbe und violette Blumen und vor allem entzückende

Wollgräser und Anemonen. Dr. A. mahnt in seinem Bericht alle Reisenden dringend, diese Flora zu schonen. In den Bergen, die den Hauptort umschließen, wurden zu der Zeit, wo diese Reise stattfand, Kohlebergwerke betrieben. Heute weiß man, daß der Kohlebergbau auf der Insel 1962 nach mehreren Unfällen eingestellt worden ist. Heute haben dort internationale Forschungsstationen und das deutsche Alfred-Wegener-Institut ihren Sitz. Damals aber bekamen die Reisenden noch Gelegenheit, einen 2 km weit in den Berg hineingetriebenen Kohlenstollen zu durchwandern, wozu sie mit Grubenlampen ausgestattet wurden.

Als nach der Abendmahlzeit das Schiff in den Ozean hinausfährt, blickt Dr. A. in seinen Gedanken noch einmal zurück auf das, was er auf Spitzbergen erlebt hat: In unerhörter Steigerung vollzogen sich hier im hohen Norden die Eindrücke im Wechsel von winterlicher Natur über Nebel- und Wolkenbildungen bis zu sommerlicher Wärme und Pracht. Aber er nimmt von dieser Reise auch eine bedeutsame Lehre mit: Ich kann diejenigen nur bedauern, die in eine große Natur gestellt werden, ohne sie würdigen oder gar lieben zu können. Reichtum bedeutet noch längst nicht Kultur, und Luxus ist nicht gleichbedeutend mit Geschmack. Wer nur verreist, um Zerstreuung zu erleben, der ist bedauernswert, weil er nicht die nötige Geisteskraft aufbringt, um die Bedeutung der fremden Umgebung zu erkunden und zu erfahren.

Das nächste Reiseziel ist Norwegen. Auf der Fahrt dorthin passiert das Schiff die Bäreninsel. Dr. A. hat erfahren, daß sie die Heimat einer Menge arktischer Vögel ist. Bald aber taucht aus dem Meer die Insel Magerö auf, zu der das Nordkap gehört, ein knapp 300m hoher Schieferfelsen. Geplant war, dieses Kap zu besteigen und von dort oben noch einmal die Mitternachtssonne zu erleben. Aber wegen zu hohen Wellenganges war ein Ausbooten hier nicht möglich.

Der Eindruck, den die Stadt Hammerfest auf die Reisenden machte, lud nicht zu einem längeren Aufenthalt ein. Die einzige Sehenswürdigkeit ist die in Form einer Erdkugel gestaltete Meridianssäule, die alle Durchreisenden darauf aufmerksam machen soll, daß der 24. Längengrad durch diese nördlichste Stadt der Erde verläuft. Während der Weiterfahrt stellt Dr. A. den Unterschied zu Spitzbergen fest: Man trifft hier im Norden Norwegens wieder auf Vegetation und menschliche Ansiedlungen; die Natur atmet wieder Lieblichkeit und Wärme. In diesem Zusammenhang muß dem aufmerksamen Leser des Berichts ein Wort auffallen, das in der deutschen Sprache vorkommt, aber im gewöhnlichen Sprachgebrauch durchweg in einer fehlerhaft abgewandelten Form gebraucht wird. Der Autor spricht - sprachlich richtig – von der atemraubenden Einsamkeit und Verslossenheit Spitzbergens. So ist das unterstrichene Wort korrekt gebildet, denn damit ist eine Situation gemeint, die so außergewöhnlich, so spannend, so faszinierend ist, daß sie einem Menschen den Atem raubt. Wenn in Deutschland stattdessen häufig von „atemberaubend“ die Rede ist, so hat dieses Wort die Bedeutung, daß der Atem beraubt wird, d.h. daß dem Atem etwas geraubt, etwas weggenommen wird. Ein Wort mit dieser Bedeutung ist natürlich völlig sinnwidrig, denn was wohl besäße der Atem, das ihm geraubt werden könnte? Diesen

sprachlichen Fehler auszumerzen, ist schwierig, denn selbst der Duden druckt das Wort kommentarlos als „atemberaubend“ ab.

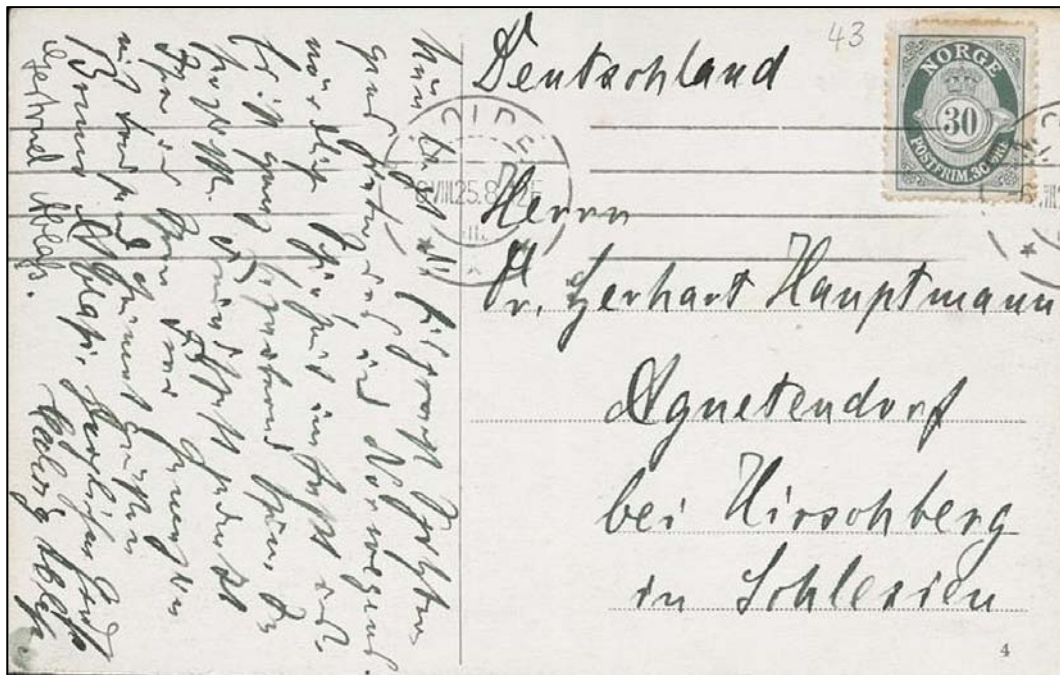
Bei der Fahrt entlang der Küste Norwegens fällt der Blick auf unzählige Inseln, Halbinseln, Landzungen und Vorgebirge; von Minute zu Minute wechselt das Bild. Nachdem man eins dieser Vorgebirge umschifft hat, wird ein Stück in den dort beginnenden Lyngenfjord hineingefahren, und alsbald bietet sich den Reisenden wieder ein Bild eindrucksvoller Schönheit: Von den nahezu senkrecht in den Fjord abfallenden Bergwänden stürzen zahlreiche Wasserfälle herab; oben drüber sind zackige schneebedeckte Berggipfel zu erblicken und das Ganze wird vom Schein der untergehenden Sonne in ein märchenhaftes Licht getaucht. Auf der Rückfahrt aus dem Fjord erlebt man das eigentliche Alpenglügen in unvorstellbarer Pracht und noch einmal entsteht ein Bild zahlloser Farbtönungen, darunter blau getönte Schattierungen. Wie bewegt die Schiffsreisenden ob dieses Naturschauspiels waren, kann man sich vorstellen.

Noch 2 größere Inseln sind zu umschiffen, bevor man die Stadt Tromsø erreicht. Von dort aus wird ein Ausflug nach Tromsdal unternommen, wo sich zahlreiche Familien aus Lappland zu einem sog. Lappenlager zusammengefunden haben. Sie wohnen in Leinwandzelten oder in Lehmhütten, in denen es jeweils nur einen einzigen Raum gibt. Man bewundert die geschmackvolle Tracht dieser Menschen und läßt sich einiges aus dem vielfältigen Brauchtum vorführen.

Auf der nördlichen Breite von 66,5° überquert das Schiff wiederum den Polarkreis und erreicht nach längerer Fahrt zwischen den Inseln mit den Städten Kristiansund und Ålesund am 5. August 1925 den Ort Molde, die Stadt der Rosen. Begünstigt durch den Golfstrom, vor allem aber durch die sturmgeschützte Lage im Inneren der Fjorde gedeihen auch hier im Norden mitteleuropäische Kulturpflanzen, darunter wohlschmeckende Früchte. Um wieder einmal von oben einen Blick aufs Meer, viele Inseln und die Bergwelt werfen zu können, bestiegen Bruno und Hedwig Ablaß einen Berg namens Moldehei, und das bei glühender Hitze schon am frühen Vormittag.

Am nächsten Tag erreicht das Schiff das vorletzte Ziel dieser Reise, den Sognefjord. Es ist der längste aller norwegischen Fjorde. Mitten in diesem Fjord muß das Schiff eine Halbinsel umschiffen, die den Namen Vangsnes trägt. Dieser Name erinnert die schlesischen Reisenden daran, daß man sich in der Nähe des Ortes Vang befindet, wo einst eine Stabholzkirche gestanden hatte, die heute in dem Riesengebirgsort Brückenberg steht, die berühmte „Kirche Wang“. Später beim Anblick einer solchen Stabholzkirche, die die Norweger vom Sognefjord in die Nähe der Stadt Bergen versetzt hatten, überkommen die Reisenden sehnuchtsvolle Gedanken nach der schlesischen Bergheimat.

Gegenüber der genannten Halbinsel zweigt nach Norden ein Seitenfjord ab, an dessen westlichem Ufer der Bade- und Luftkurort Balholm liegt. Auf der Rückkehr von der jetzt noch bevorstehenden Weiterfahrt in das Fjordinnere werden die Reisenden am Sonntag, 9. August 1925 dem Maler Prof. Hans Dahl dort



gestempelt am 6. VIII 1925 in Molde

Nun liegt die Eispracht Spitzbergens hinter uns, und Norwegens nördliche Schönheit umfaßt uns. Es ist ganz bezaubernd schön. In herzlichster Freundschaft gedenkt Ihrer und Ihrer Frau Gemahlin mit tausend Heimatgrüßen
 Bruno Ablaß Herzlichen Gruß
 Gertrud Ablaß Hedwig Ablaß



einen Besuch abstatten. Er hatte sich nach Kriegsende als einer von wenigen Mutigen mit Gerechtigkeitssinn dafür eingesetzt, Deutschland bei den Friedensverhandlungen maßvoll zu behandeln, und diese Mahnung auch in einer Broschüre „Wacht auf, ihr Völker des Nordens!“ schriftlich niedergelegt. Dr. A. behielt diesen Mann als einen „besonders feinsinnigen Künstler“ in Erinnerung.

Vor dieser Begegnung aber ging erst einmal die Fjordfahrt weiter in östlicher Richtung, also in Richtung des Ortes Vang, von dem man nur noch knapp 100 km entfernt war. Bald aber bog man in einen diesmal nach Süden abzweigenden Seitenfjord ein, der sich nach einer kurzen Strecke gabelt. Das Schiff nahm den in südwestliche Richtung weiterführenden Teil der Gabel, den Näröfjord. Ihn bezeichnete Dr. A. als den großartigsten Teil des ganzen dortigen Landschaftsbildes. Der Fjord verengt sich zusehends, sodaß man schon nach einer kurzen Strecke das Schiff verlassen und auf Boote umsteigen mußte. Wieder gelangt man zu einem Ort, der die Silbe Vang im Namen trägt, er heißt Gudvangen und liegt am Ende des Fjordes in einsamer und fast bedrängender Enge. Gewaltig hoch recken sich rings herum die Berge, sodaß im Winter und bei niedrig stehender Sonne kein Strahl in das schluchtförmige Tal dringt. Auch an dieser Stelle ist der Ausflug dieses Tages noch nicht zu Ende, denn nun geht es auf einer parallel zum Fluß Närö verlaufenden Straße auf zweirädrigen Pferdekarren bis zur Stadt Stahlheim. Der gleichnamige Berg schließt die Straße ab, und wieder erlebt man das Dröhnen von wasserreichen Fällen. Blinkendes Stäuben bildet einen Schleier aus Licht und Tröpfchen wie ein Zaubergewebe. Wer für die Schönheiten der Natur und den wetterbedingten Farbenreichtum in der Atmosphäre aufgeschlossen ist, der kann beim Lesen nachempfinden, von welcher staunenden Begeisterung Dr. A. und seine Mitreisenden auf der Fahrt durch diesen nördlichen Teil der Erde ergriffen waren.

Letzte Station der Reise ist die Stadt Bergen. Und wieder spricht Dr. A. in Superlativen, indem er Bergen als „eine der ältesten und schönsten Städte Norwegens“ bezeichnet. Das Schiff schlängelt sich zwischen den Schären der Westküste hindurch und bei beginnender Dunkelheit zeigen Feuerzeichen den Schiffen die sichere Fahrstraße an. Man besichtigt die „Deutsche Brücke“, den früheren Handelssitz der Deutschen Hanse, von wo aus lebhafter Handel mit den Schwesterstädten Lübeck und Bremen betrieben wurde. Noch einmal wird ein ausgedehnter Ausflug in die Gebirgswelt unternommen mit reizvollem Blick auf die Stadt Bergen. Dann verläßt das Schiff die norwegische Küste. Während der Fahrt wird auf dem Schiff ein Abschiedsabend veranstaltet mit musikalischen Darbietungen von hoher Qualität. Die Reise endet da, wo sie begonnen hatte: In Bremerhaven betritt man wieder deutschen Boden.

Die Bilder, die sich während der Reise tief in das Gedächtnis von Dr. A. eingegraben haben, kommen ihm vor wie ein strahlender Traum. Sie üben in ihrer Erhabenheit und Lieblichkeit einen Reiz aus, „der die Seele weitet und das Herz froh macht im Staunen über die Allgewalt einer Natur, die in ihrer spendenden Kraft niemals ärmer wird“.

3. Südland-Zauber

Die dritte der Reisen, über die Dr. Ablaß uns schriftliche Berichte in Gestalt von Broschüren hinterlassen hat, fand „im Hochsommer“ statt. Das ist die einzige klare Aussage zum Reisezeitpunkt, die der Bericht enthält. Im Gegensatz zu den Berichten über frühere Reisen nennt dieser Bericht kein einziges Datum. Er gibt uns lediglich einen Anhaltspunkt dafür, daß die Reise entweder im Jahre 1926 oder 1927 stattgefunden hat. Das folgt aus Erzählungen eines deutschen Fremdenlegionärs, mit dem Dr. A. während der Reise ins Gespräch gekommen ist und dessen Angaben er wiedergibt. Danach hatte dieser Mann im 1. Weltkrieg bis zu dessen Ende 1918 gekämpft. Dann habe er ein Theologiestudium begonnen, sich aber bald für den Kommunismus entschieden; deshalb sei er von seinem Vater verstoßen worden und habe sich daraufhin für einen Dienst in der Fremdenlegion entschieden. Jetzt habe er 7 Dienstjahre hinter sich. Aus diesen Angaben kann man folgendes ableiten: Je nachdem, ob das Geschehen zwischen Kriegsende und Eintritt in die Fremdenlegion sich im Laufe von wenigen Monaten abgespielt hat oder ob es etwas länger gedauert hat, sind die 7 Dienstjahre entweder von 1919 oder von 1920 an zu rechnen. Von den beiden möglichen Reisejahren scheidet das Jahr 1926 für den Genuß von südländischem Zauber aus; das zeigt uns ein Blick in das maschinengeschriebene Heftchen mit Reiseberichten in Gedichtform, denn die Eheleute Ablaß haben in den Monaten August und September 1926 eine Wanderreise in die Alpen unternommen.

Mit der Überschrift „Südland-Zauber“ erweckt Dr. A. in dem Leser die spannende Erwartung, welcher Ort oder welche Landschaft unseren reisenden Justizrat so sehr begeistert hat, daß er dort das zauberhafte Land des Südens finden konnte. Die erste Station dieser Reise war die Stadt Prag. Der Weg von Hirschberg aus dorthin war nicht sehr lang, man mußte praktisch nur das Riesengebirge überqueren, dann war man schon fast an der Moldau. Und weil dieser Fluß mitten durch die Stadt fließt, gibt es dort eine große Anzahl Brücken, darunter die großartige Karlsbrücke mit ihren vielen Statuen. Dr. A. macht die Leser darauf aufmerksam, ein wie vielfältiges kunst-geschichtliches Bild sich dort bietet: Die Stadt ist ein Musterbeispiel einer allmählichen kunstgeschichtlichen Entwicklung. Man findet dort vereinzelt romanischen Baustil, eine Vielzahl gotischer Denkmäler und eine „gewaltige“ Zahl von Barockbauten. Wenn er allerdings meinte, als Barockstadt suche Prag im Norden ihresgleichen, so hat er nicht an seine eigene Wahlheimatstadt Hirschberg gedacht, die ebenfalls ein geschlossenes barockes Stadtbild bot und zum Teil noch heute bietet. Der Stadt Prag also stellt der Verfasser unter der Kapitelüberschrift „2 Städtebilder“ die Stadt Venedig gegenüber und lenkt die Aufmerksamkeit des Lesers auf Gegensätzliches in den Erscheinungsbildern dieser Städte, die beide in ihm einen starken Eindruck hinterlassen haben. Hier lüftet er ein wenig den Schleier, den er mit dem Buchtitel über den Reisebericht gebreitet hat; er bezeichnet Venedig nämlich als „das Gestalt gewordene Zaubermärchen des Südens“. Auf ihn wirkt diese Stadt

wie ein Traum aus der vergangenen Kunstepoche der Renaissance, deren Erhabenheit die Paläste am Canale Grande bis heute atmen. Im Akademie-Museum geben sich die Eheleute Ablaß dem Staunen über die vielen bedeutenden Kunstwerke berühmter Maler hin. Nach den Besichtigungen gönnen sie sich ein erfrischendes Bad am Lido.

Dann begann der Teil der Reise, den die Gruppe mit dem Schiff zurücklegte. Eine Gondel brachte sie durch die vielen Kanäle bis zum Hafen, wo sie ein dänisches Schiff bestiegen, das für die nächsten Wochen ihr Wohnquartier wurde. Vorbei am Markusplatz, am Eingang des Canale Grande und am Lido und schließlich beim Erreichen der offenen See, überall erlebt der Leser mit, mit welcher Empfänglichkeit für alles Schöne die Eheleute in jedem Augenblick das, was sich dem Auge bietet, genießen. Das Schiff fährt entlang der dalmatinischen Küste. Zwischen mehreren Inseln hindurch erreicht man den Hafen von Dubrovnik, das damals noch Ragusa hieß. Auf einem mehrstündigen Rundgang erwecken neben mehreren Bauwerken ein gewaltiger Brunnen aus dem 16. Jahrhundert und eine sehr alte Apotheke das besondere Interesse der Eheleute. Man besteigt die Aussichtsplattform der Festung und genießt den Blick auf die Stadt und das Meer.

Nach einer kurzen Strecke macht das Schiff eine Stippvisite in der Bucht von Kotor, damals Cattaro genannt. Sie ist von hohen Bergen derart eingeschlossen, daß sie einem norwegischen Fjord gleicht. Dr. A. preist die kaum zu überbietende Schönheit dieser Szenerie.

Nach einer mehrere Tage und Nächte dauernden Fahrt durch die Straße von Otranto und das Ionische Meer erreicht das Schiff Malta. Man beschränkt sich auf einen kurzen Besuch der Hauptinsel, die einen Eindruck von trostlosem Grau bietet. In der Hauptstadt La Valetta einzig interessant findet man den Palast der Großmeister des Malteserordens und die Kathedrale aus dem 16. Jahrhundert.

Von Malta aus geht die Fahrt in westlicher Richtung weiter, allerdings etwas weiter nördlich auf Sizilien zu. Man erblickt eine Küstenlandschaft, die mit ihren spitzen Bergen und runden Kuppen immer fesselnder wird. Man erreicht die Westspitze der Insel, durchquert das Reich der ägadischen Inseln und gelangt schließlich auf der Nordseite in die Bucht von Palermo. Die Hauptstadt der Insel ist nicht nur historisch bedeutsam – Dr. A. läßt die Namen der verschiedenen Völker, die sie im Laufe der Geschichte besiedelt und beherrscht haben, vor seinem geistigen Auge vorüberziehen – sie weist auch Bauwerke auf, die von arabischen Architekten erstellt worden sind und noch heute unsere Bewunderung verdienen. Zu hoher Blüte aber brachten die Hohenstaufen-Kaiser die Stadt, indem sie eine künstliche Bewässerung schufen, die die Umgebung so fruchtbar machte, daß jährlich bis zu 3 Ernten von Zitronen und Mandarinen möglich wurden. Die Reisegruppe suchte den Ort Monreale auf, der einige km südwestlich von Palermo liegt und dessen Kathedrale mehrere Kunstwerke allererster Art aufweist. Ein Gegenstück dazu sind die Katakomben in einem der Klöster. Mit ihren vielen sich verzweigenden Gängen dienten sie einst als Begräbnisplatz.

Noch heute sind dort Leichen mit ihren verschrumpelten Körpern zu sehen, soweit sie sich nicht in Särgen befinden.

Als man die Straße von Sizilien durchquert hatte und die tunesische Küste in Sicht kam, stellte sich heraus, daß wetterbedingt der eigentlich geplante Besuch von Tunis und Karthago nicht möglich war, obwohl es 2 Möglichkeiten gab, die Stadt zu erreichen. Beide aber waren bei dem damaligen stürmischen Wetter für ein Schiff dieser Größe zu riskant. Man fährt also an der afrikanischen Küste entlang weiter nach Algier. Diese Stadt ist eine einzige Festung, und sie besitzt noch aus der Zeit der Türkenherrschaft einen rein erhaltenen orientalischen Teil der Altstadt, der von der sogenannten Türkenmauer umgeben ist. Im Übrigen war Algier schon damals eine moderne Großstadt ohne irgendwelche bemerkenswerte Besonderheiten. Man wirft einen Blick in das Fabrikgebäude der Teppichmanufaktur, wo für viele Arbeiten Kinder beschäftigt werden. Mit Autos fahren die Reisenden in einen der Außenbezirke, wo sie einen gepflegten botanischen Garten mit Riesenexemplaren von Palmen, allerlei anderen südländischen Bäumen wie Eukalyptus und vielen uns unbekannten Pflanzen bewundern können. Noch einmal unternimmt man einen Gang durch die Altstadt, diesmal durch das Eingeborenen-Viertel, wo das Leben und Treiben der Araber und vor allem auch ihre Kleidung einen eigenartigen Eindruck auf die europäischen Besucher hinterlassen.

Der Nachmittag wird für einen Ausflug zu der Stadt Blida und in die sehenswerte, überraschend schöne Chiffa-Schlucht benutzt. In der Bergeinsamkeit bei der Einmündung eines Seitentals liegt ein Bergwirthshaus. Hier erleben die Reisenden mit, wie die dort in Freiheit lebenden Affen zu dem Wirthshaus herabsteigen und in freundschaftlichen Verkehr mit den Touristen treten.

Das Schiff überquert das Mittelmeer erneut und nimmt Kurs auf die vor der spanischen Ostküste liegenden Balearen; in der Bucht von Palma de Mallorca wird geankert. Die Reisenden erleben auf einer Autofahrt die Schönheiten der Insel und berühren dabei viele der Ortschaften, die für den heutigen Mallorca-Touristen bekannte klangvolle Namen haben. Die Rückfahrt nach Palma führt durch die Gebirgswelt, wo man unvergeßliche Ausblicke genießt.

Der Zickzack-Kurs des Schiffes auf dem Mittelmeer setzt sich weiter fort mit einer Fahrt in südwestlicher Richtung nach Alicante. Dort klettert man wieder einmal auf eine steile Bergeshöh, um die stimmungsvolle Aussicht zu genießen, und unternimmt einen Abstecher nach Elche, wo der größte Palmenwald Europas zu bestaunen steht. Und Dr. A. als Musikliebhaber freute sich, daß eine der Straßen in diesem kleinen Ort den Namen Beethovens trägt.

Nun umrundet das Schiff die SO-Küste Spaniens und gelangt zur nächsten Station: Málaga. Dort bereiten die Vertreter der Stadt der deutschen Reisegesellschaft einen offiziellen Empfang, bei dem die spanische Garnisonskapelle die deutsche Nationalhymne spielt. Die auf dem Schiff mitfahrenden Musiker erwiderten den Gruß durch das Spielen der spanischen Nationalhymne. Auf dem Rundgang durch die Stadt wurden nicht nur die wichtigsten Gebäude betrachtet

und bewundert, sondern man erlebte im Stadtpark ein Volksfest mit einer farbenprächtigen Illumination des Parks und des darüber hoch aufragenden Burgfelsens.

Mit der Eisenbahn fahren die Reisenden von Málaga nach Granada. Die Bahn schraubt sich mühsam hinauf bis zu den Höhen, die der Sierra Nevada vorgelagert sind; sie durchfährt mehrere Felskessel und bald folgt Tunnel auf Tunnel. Zwischendurch kann man die entzückende Lage von Bergdörfern mit den Augen genießen. In Granada bei der Besichtigung der Alhambra, des Sitzes der maurischen Könige, und des Generalife, der königlichen Sommerresidenz, gehen Dr. A. Gedanken ganz unterschiedlicher Art durch den Kopf. Er bewundert einerseits, welch hohe Blüte die Baukunst zu maurischer Zeit erlangt hatte. Hier waren nicht die im mittelalterlichen Europa in die Höhe strebende Wucht eines Bauwerks, sondern die Lieblichkeit der prägende Gesichtspunkt. Nicht mehr großflächige Gestaltung, sondern zarte Ausschmückung der einzelnen Bauteile mit vielen Ornamenten verliehen den Bauwerken ihre künstlerische Gestalt. Hier bot sich ein Bild der Sinnenlust, in der die Daseinsfreude sich darin äußert, daß man jubeln und singen muß. Der andere Gedanke, der Dr. A. in Granada bewegte, hatte einen ernsten, nachdenklichen und bedauernden Inhalt: Die drei Jahrhunderte dauernde Zeit der Maurenherrschaft in Spanien zeichnete sich aus durch hohe Geistestaten, die Pflege von Wissenschaft und Kunst, durch religiöse Toleranz und Förderung der Volkswohlfahrt. Unter den dort wirkenden Gelehrten, Philosophen, Dichtern und Künstlern nahmen auch die Frauen eine hochbedeutende Stellung ein. Diese Blütezeit endete mit dem Abschluß eines „vernichtenden“ Friedensvertrages und dem Abzug des letzten Maurenkönigs Boabdil aus Europa. „An die Stelle der Geistesfreiheit trat die furchtbarste Inquisition. Mit der Vertreibung der Mauren aus Spanien fand eine der größten Kulturepochen ihr jähes Ende. Nie wieder erreichte Granada einen solchen Höhepunkt von geistiger Macht.

Angesichts dieser Überlegungen verwundert es nicht, daß Dr. A. zwar anerkennt, daß der neben der Alhambra stehende mächtige Palast Kaiser Karls V., den die Spanier Karl I. nennen, ein künstlerisch bedeutendes Werk ist, aber auf seinem Platz neben der Alhambra so bewertet werden muß, daß er nicht in dieses Gesamtbild maurischer Kunstwerke hineinpaßt, weil er dieser Umgebung gegenüber wesensfremd ist.

Die Bahnfahrt zurück nach Málaga, die 6 Stunden dauerte, wurde wegen der glühenden Hitze zur Tortur, die nur durch den Genuß von Granatäpfeln etwas gelindert werden konnte.

Für den Ausfall der geplanten Besichtigung von Tunis und Karthago leistete das Reiseunternehmen Ersatz durch einen nicht im Programm vorgesehenen Besuch von Tetuan. Das Schiff wechselte also zum 3. Mal auf dieser Reise den Kontinent und ging im Hafen der spanischen Exklave Ceuta vor Anker. Von dort fuhr man eine Strecke mit der Eisenbahn, zunächst durch bergiges Land mit ar-

mer Vegetation, später durch fruchtbares Gelände. Bunt und lebhaft ist das Leben und Treiben auf den Straßen und engen Gassen von Tetuan. Zur Zeit der hier beschriebenen Reise war es erst wenige Monate her, daß eine kriegerische Auseinandersetzung zwischen Spaniern und Franzosen auf der einen Seite und den Marokkanern auf der anderen ihr Ende gefunden hatte. Die orientalisch-zu-dringlichkeit der Händler und Bettler hatte sich noch nicht wieder breitgemacht. Aber die Handels- und Marktstraßen mit ihren vielen Läden bildeten schon wieder die Hauptsehenswürdigkeit der Stadt. Und für Dr. A. war es eine bedeutsame Erfahrung, in dieser vom Europäertum noch ziemlich unberührten Stadt Menschen zu erleben, die mit ihrem Volkstum uns Europäern wesensfremd erscheinen.

Sofort nachdem man nach Ceuta zurückgekehrt ist, legt das Schiff ab zur erneuten Überfahrt nach Spanien. Durch die Straße von Gibraltar und entlang des westlichen Teils der spanischen Südküste geht es nach Cádiz. Dort besichtigt man in einer Kirche eine hervorragende Sammlung wertvoller Gemälde und fährt dann mit der Eisenbahn nach Sevilla. In Jerez de la Frontera – weiter nördlich in Europa als „Sherry“ bekannt – wird die Fahrt unterbrochen zur Besichtigung eines ungeheuer großen Weinlagers. Von dessen Inhaber eingeladen, nimmt man an einem Frühstück, verbunden mit einer Weinprobe quer durch die erlesensten Weinsorten, teil.

Auch in Sevilla finden sich viele Baudenkmäler aus der Maurenzeit, darunter das Wahrzeichen der Stadt, die Giralda. Sie ist ein Turm, der ursprünglich das Minarett einer Moschee war. In der Kathedrale, die damals die zweitgrößte Kirche der Welt war, befindet sich das eindrucksvolle Grabmal des Kolumbus. Erwähnt werden muß der Alcázar, das Königsschloß. Denn er ist in einem ganz besonderen Baustil errichtet, den man nur in Spanien findet, dem sog. Mudéjar-Stil, einem Mischstil aus maurischen und christlichen Kunstmotiven. Fast schon von selbst versteht sich, daß die Reisegruppe auch das Museum der Schönen Künste aufsucht, zumal es Meisterwerke von Murillo, dem großen Sohn dieser Stadt, und anderer berühmter spanischer Maler enthält. In Sevilla hatte die Gruppe endlich auch Gelegenheit, einem Stierkampf beizuwohnen. Anschließend wurde noch vorgeführt, wie man in Mexico Stiere und Pferde mit dem Lasso einfängt.

Mit der Bahn ging es zurück nach Cádiz, von wo aus allmählich Fahrt in Richtung Heimat aufgenommen wurde. Denn nachdem der SW-Zipfel Portugals, das Kap São Vicente, umschifft war, strebte das Schiff nur noch in Richtung Norden. Drei Male noch geht es an Küsten von Europas Westen an Land: Der Landgang im Hafen Leixoes an der Douro-Mündung ermöglicht den Reisenden, der Stadt Oporto einen Besuch abzustatten. 2 hohe Brücken, die die beiden Stadtteile miteinander verbinden, gewähren fesselnde Ausblicke auf die Stadt, deren Häuser terrassenförmig aufsteigen, und auf das Gelände, wo der berühmte Portwein wächst.

Die lange Fahrt durch die Biscaya nutzen die Veranstalter, um zum Abschied ein Bordfest zu geben. Schließlich erreicht das Schiff den Ärmelkanal und legt an der Insel Wight, die vor der Südküste Englands liegt, an. Bei strömendem Regen erlebt man eine Autofahrt durch eine Landschaft, die trotz des Wetters ihre Schönheit zeigt, mit grünen Bäumen und Weidetriften. Weiter geht es durch die Straße von Dover, bis man den Außenhafen von Amsterdam erreicht, ihn durchquert und einfährt in die Zuyderzee (heute IJsselmeer). Man verläßt das Schiff zu einer Stadtrundfahrt in Amsterdam, auf der man Einblick in die holländische Bauweise der Häuser und in das Grachtensystem erhält. Unterbrochen wird die Rundfahrt vor dem Reichsmuseum, damit die Reisenden u.a. die Meisterwerke Rembrandts bewundern können. Schließlich unternimmt man eine Eisenbahnfahrt über Haarlem nach Ijmuiden, wo man wieder aufs Schiff geht zum letzten Teil der Fahrt. Ehe man es im Hamburger Hafen verläßt, begegnen ihnen auf der Elbe mehrere Dampfer, die am Sonntag fröhliche Menschen nach Helgoland befördern. Der Sonntagsfrieden erfaßt auch die glücklich Heimgekehrten.

Dr. Bruno Ablaß aber fügt seinen umfangreichen Reisenotizen die folgenden Gedanken hinzu: Den Genuß, den diese Reise mir gebracht hat, habe ich nicht mühelos erworben. Hitze und Regen, Hunger, Durst und wenig Schlaf mußte ich ertragen. Aber all das macht mir das erworbene Wissen und die schönen Erlebnisse erst recht schätzenswert. Vor allem aber lebt in mir der hohe Glaube, daß alles, was wir außerhalb der Heimat in uns aufnehmen an Schöner, Großem und Erhabenem, doch nur dazu dient, uns das Heimatland lieb und bewahrenswert erscheinen zu lassen. Welcher Lobgesang könnte tiefer empfunden werden als der der stürmischen Heimatliebe?

4. Stimmungsbilder aus Amerika

Über eine etwaige Reise im Jahre 1928 ist den Angehörigen von Dr. Ablaß kein Reisebericht überliefert. Um herauszufinden, ob Familie Ablaß im Jahre 1928 gereist ist oder nicht, helfen zwar nicht die in Gedichtform verfaßten Reiseberichte weiter, denn über die zwischen 1926 und 1933 liegenden Jahre schweigt das Gedichtbüchlein. Trotzdem ist davon auszugehen, daß Dr. A. sich im Jahre 1928 keine Reise gegönnt hat. Denn am 20.5.1928 fanden Wahlen sowohl zum Deutschen Reichstag als auch zum Preußischen Landtag statt. Und aus einem mit „Ausblick“ überschriebenen mehrseitigen Zeitungsartikel von Dr. A. wissen wir, daß er als Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei sich im Wahlkampf und bei der Vorbereitung der Wahlen sehr eingesetzt hat für gerechte, wirtschaftlich vernünftige und volksnahe Lösungen der damals in Deutschland drängenden Fragen. Zeit für die Vorbereitung einer Auslandsreise dürfte ihm daher im Jahre 1928 nicht geblieben sein.

Als er aber ein Jahr später wieder zu verreisen plante, stellte er sich selbst vor 2 Möglichkeiten: entweder eine der früheren Reisen zu wiederholen, um schon erlebte Eindrücke aufzufrischen, oder in eine Region der Erde zu reisen, die für

ihn ganz neu war. Er entschied sich für die zweite Möglichkeit, nämlich für eine Reise in die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Er wollte sich nicht einen Bildungsmangel vorwerfen lassen, wenn er nicht wenigstens einmal auch das Land aufgesucht hätte, das für die Bewohner Europas „eine ständig wachsende wirtschaftliche Bedrohung“ bedeutete. Zugleich aber erblickte er in dem Land eine „Erkenntnisquelle für reiche Erfahrungen auf wichtigen Gebieten menschlicher Tätigkeit in Zivilisation und Wirtschaft“. Er und seine Frau waren sich allerdings darüber im Klaren, daß das in diesem Jahr ausgesuchte Reiseziel nicht gerade das Land ihrer großen Sehnsucht sein würde, nicht das Land, das Herz und Gemüt in seine Fesseln schlagen würde.

Mit aller Willenskraft und dem eisernen Mut des Strebens nach Vervollkommen auf einem bisher fremden Gebiet und eben doch mit hochgespannten Erwartungen traten die Eheleute die Reise an. Sie war ausgearbeitet worden auf Grund einer Anregung der Hamburg-Amerika-Linie. Organisiert war sie als Studienfahrt für eine „Gesellschaft deutscher Akademiker“.

In Hamburg sammelten sich die Teilnehmer; eine Nacht verbrachten sie im Überseehotel der Hamburg-Amerika-Linie und fuhren am nächsten Tage mit der Eisenbahn nach Cuxhaven. Dort begann die Überfahrt über den Ozean. Das Schiff verläßt die Deutsche Bucht und bewegt sich südwärts entlang der holländischen Küste. Dort erlebt man einen Sonnenuntergang, dessen prachtvolles Farbenspiel Dr. A. mit bewundernden Worten beschreibt. Solche Beschreibungen findet man in den Reiseberichten von Dr. A. öfters. Daß er nicht müde wird, Sonnenuntergänge zu schildern, begründet er so: „Es gibt Augenblicke des Naturgenusses, die man nicht ungenutzt, und Empfindungen, die man nicht unausgesprochen lassen darf“.

Nach dem Verlassen der Straße von Dover wird auf der Reede von Boulogne Frachtgut und Proviant übernommen und dann geht es hinüber nach England, zwischen der Insel Wight und der englischen Küste hindurch bis dicht vor Southampton. Dort verlassen die Reisenden, die nach England wollen, das Schiff. Eine Weile noch fährt das Schiff entlang der englischen Südküste, bis es am Kap Land's End endgültig Abschied nimmt von Europa.

Unterwegs kommen die Teilnehmer der Studienfahrt mit den Auswanderern in Kontakt. Sie erfahren von vielen Schicksalen und den unterschiedlichsten Gründen, aus denen die Menschen die Heimat verlassen und den Weg in die neue Welt suchen. 10 Tage dauert die Überfahrt, bis das amerikanische Festland auftaucht. Vor der Quarantänestation auf der New York vorgelagerten Insel Long Island geht das Schiff vor Anker.

Als am nächsten Morgen der Frühnebel sich lichtet, wird die 43m hohe grün patinierte Freiheitsstatue sichtbar, die auf einer kleinen Insel steht und ihre Fackel in die Lüfte reckt.

Die Reisegesellschaft unternimmt in New York mehrere Besichtigungsfahrten durch verschiedene Stadtviertel. Man bekommt Kirchen, Lesehallen, die Universität, die Metropolitan Opera, eine Reihe von Denkmälern, das Wohnhaus des

Schriftstellers Marc Twain, Nachbildungen von Bauwerken aus verschiedenen europäischen Städten, die Börse, den Central Park, das Chinesenviertel und natürlich das Wolkenkratzer Viertel und die vielen Brücken über den East River zu sehen. Den Abschluß bildet eine Fahrstuhlfahrt auf einen der damals höchsten Wolkenkratzer, von dessen höchstem Umgang aus man einen berauschenden Blick auf das Häusermeer hat. Dr. A. läßt allerlei Wissenswertes über diese Örtlichkeiten in seinen Bericht einfließen, Dinge, die einem heutigen Leser durch mannigfache Beiträge in den Medien vertraut sind, sodaß sie hier nicht wieder gegeben zu werden brauchen.

Von New York aus wird die Reise mit der Eisenbahn fortgesetzt. In Philadelphia findet eine Besichtigung des Warenhauses Wannemaker ein intensives Interesse der Eheleute Ablaß wegen der vielen in diesem Geschäft zur Schau gestellten Gegenstände von gediegenem Wert und künstlerischem Geschmack, darunter hunderte von Konzertflügeln und vielen Originalgemälden aus mehreren europäischen Kunstepochen. Die Eheleute bewundern die Brücke über den Delaware-Fluß, ein technisches Meisterstück, das nicht nur mit seiner Kühnheit, sondern auch mit seiner Eleganz das Kunstgefühl des Betrachters anspricht. Selbstverständlich gehört zum Programm ein Besuch der Freiheitshalle „Carpenters Hall“, in der am 4. Juli 1776 die Unabhängigkeitserklärung der Kolonialstaaten unterzeichnet wurde. Nachdem man sich auch in dem ausgedehnten Fairmount-Park mit seinen vielen Denkmälern und Standbildern berühmter Männer umgesehen hatte, ging es mit der Eisenbahn weiter nach Washington, der Hauptstadt der USA. Das Capitol, das Weiße Haus und die zu Ehren verschiedener amerikanischer Präsidenten errichteten Bauwerke fanden das uneingeschränkte Interesse der Reisenden, daneben die Staatsdruckerei und das panamerikanische Gebäude, das 21 südamerikanische Staaten haben errichten lassen als Bekenntnis zur Monroe-Doktrin. Großen Eindruck machte das Original der Unabhängigkeitserklärung vom 4.7.1776, das in der Staatsbibliothek an hervorgehobener Stelle besichtigt werden konnte.

Dr. A. vergißt nicht, zu erwähnen, daß ein Besuch der Deutschen Botschaft geplant war, der aber nicht stattfinden konnte, weil die Botschaft zu dem Zeitpunkt geschlossen war.

Wiederum mit der Bahn, und zwar in einem Pullman, ging es weiter nach Pittsburgh, wo man in der Morgenfrühe eintraf. Die Veranstalter dieser Reise hatten in jeder amerikanischen Stadt, die aufgesucht werden sollte, das Eintreffen der Reisegesellschaft vorher in der Presse, hauptsächlich der deutschsprachigen, angekündigt. In Pittsburgh hatte diese Ankündigung zur Folge, daß die Reiseteilnehmer fast durchgehend von Deutschen entweder eingeladen oder bei Besichtigungen begleitet und betreut wurden. Schon beim Eintreffen wurden sie auf dem Bahnhof herzlich bewillkommenet vom Schriftleiter einer deutschen Zeitung, der früher in zwei schlesischen Städten im Zeitungsdienst tätig gewesen war und der mit den Verhältnissen des „Boten aus dem Riesengebirge“ vertraut war. Weitere

Überraschungen folgten: Der deutsche Konsul gab den Teilnehmern der Studienfahrt einen feierlichen Empfang. Und am Nachmittag empfing der Oberbürgermeister der Stadt die Gesellschaft in seinem Amtszimmer im Rathaus. Nach einer ausführlichen Begrüßung hielt er eine besonders feierliche Ansprache, in der er u.a. des 10-jährigen Bestehens der Weimarer Verfassung gedachte und seiner Freude darüber Ausdruck gab, daß sich unter den Reiseteilnehmern eine der Persönlichkeiten befand, die die Verfassung geschaffen hatten. Er überreichte Dr. Bruno Ablaß als Mitbegründer dieser Verfassung eine Ehrengabe in Gestalt des „Goldenen Schlüssels der Stadt Pittsburgh“. Dr. A. war sich bewußt, daß diese Auszeichnung nur in seltenen Fällen an Ausländer vergeben wird und zuvor noch nie an den Vertreter einer deutschen Delegation verliehen worden war. In Pittsburgh war man der deutschen Gruppe mit einer besonderen Achtung begegnet und Dr. A. hatte den Eindruck, daß diese Ehrung beweisen sollte, daß die Zeiten vorüber seien, in denen Angehörige des Deutschen Reiches als Feinde der Vereinigten Staaten von Amerika angesehen wurden.

Dr. A. hat seinen Bericht über diesen denkwürdigen Aufenthalt in Pittsburgh mit den Worten geschlossen: „Es will mir scheinen, als ob sich ein Band der Zusammengehörigkeit zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu knüpfen beginnt.“

Erneut in einem Pullman-Wagen werden die Reisenden in regnerischer Nacht nach Chicago befördert. Im Hotel Atlantic erhielten die Eheleute Ablaß ihr Quartier im 17. Stockwerk. Außen am Gebäude führt auf der zur Straße hin gelegenen Seite eine schmale Eisentreppe, die als Fluchtweg gedacht ist, hinab. Auf dieser Treppe wäre Dr. A. trotz seines Alters von 63 Jahren liebend gern einmal bis zur Straße hinabgestiegen, nur die schwindelnde Höhe des Hotelzimmers hielt ihn schließlich davon ab. Nicht weit vom Hotel entfernt erinnert ein Denkmal an ein Massaker, das die Indianer im Jahre 1812 an den Weißen verübt haben. Beim Anblick dieses Mahnmals gehen Dr. A. Gedanken zu rassenpolitischen Fragen durch den Kopf. Der Rassenkampf zwischen dunkelhäutigen und hellhäutigen Menschen, der im Jahre 1917 begann, steht ihm vor Augen und er ist sich im Klaren, daß dieser Bevölkerungsgegensatz die zentrale offene Frage der Zukunft ist, die in absehbarer Zeit nach einer Lösung heischt. Ein anderes Denkmal, das in einer städtischen Parkanlage steht, das Dr. A. aber nicht näher beschreibt, soll den Kampf ums Dasein versinnbildlichen.

Die Reisenden bewundern die von Rockefeller gestiftete Universität mit ihren vielen Gebäuden, die großzügig ausgestattet ist und an der eine Vielzahl von Professoren unterrichten. In der Universitätskirche erlebt man einen Orgelvortrag; die Töne brausen in „mächtigem Ungestüm“ dahin, lösen sich dann aber in liebliches Säuseln und in ein Pianissimo von ätherischer Zartheit auf. Mit Stolz erfüllte die Reisenden der starke Einfluß, den die Einwohner deutscher Herkunft im öffentlichen Leben der Stadt ausüben. So haben sie in einem Park die Statue von Alexander von Humboldt aufstellen lassen und den Park nach ihm benannt.

Natürlich stehen dort auch die Denkmäler von Goethe und Schiller und sogar von Fritz Reuter.

Am Sonntag folgte die deutsche Reisegruppe einer Einladung des deutschen Singvereins zu einer Dampferfahrt auf dem Michigan-See. Ziel der Fahrt war der Ort Michigan City auf der gegenüberliegenden Seite des Sees. In 2-stündiger Fahrt bei starkem Wind und hohem Seegang wurde der See überquert. Trotzdem wurden während der Fahrt alte deutsche Volks- und Commerslieder angestimmt. Die aus Deutschland angereisten Gäste sangen kräftig mit; bei den deutschen Heimatliedern war ihre Begeisterung besonders groß. Sie strafte damit die damals oft gehörte Behauptung Lügen, im Ausland verleugne der Deutsche gewöhnlich sein Heimatgefühl. Dr. A. geißelt hierzu die üble Sitte, Schlagworte zu gebrauchen, sie ständig zu wiederholen und damit so zu tun, als wären es feststehende Tatsachen. Wer so handele, wolle sich damit oft nur die Mühe des Nachprüfens ersparen.

Schließlich kam in Chicago auch der Jurist Dr. A. zu seinem Recht. Auf Grund einer über die Stadtverwaltung eingeholten Erlaubnis besuchte er zusammen mit 2 weiteren Juristen das Kriminalgericht der Stadt. Ausführlich schildert er die Einrichtung dieser Behörde und den Ablauf zweier Gerichtsverhandlungen. Er verwendet dabei Begriffe, die einem Juristen vertraut sind, aber den meisten anderen Menschen nichts sagen. Die 3 Herren durften auch kurze Blicke in die Beratungs- und Wohnräume der Schöffen und in das Gefängnis werfen, das er als „modern eingerichtet“ bezeichnet. Ebenfalls betrachten durften sie den elektrischen Hinrichtungsstuhl; man befand sich in dem Staat Illinois, wo damals noch die Todesstrafe bestand.

Zu guter Letzt nahm die Reisegesellschaft an einem von der Deutschen Gesellschaft veranstalteten Festbankett teil und bei dieser Gelegenheit wurde Dr. A. angetragen, am 11. August bei einer Verfassungsfeier die Festrede zu halten. Diese ehrenvolle Einladung mußte er leider ablehnen, weil die Reisegesellschaft bereits vor diesem Tage Chicago verlassen mußte.

Das nächste Reiseziel war Detroit, das mit dem Nachtzug erreicht wurde. Dort erlebte Dr. A. zum ersten Male die Arbeit am Fließband, das er mit Staunen betrachtet. Überhaupt war der ganze Betriebsablauf für ihn ein Grund zur Bewunderung. Gedanklich würdigt er die aufstrebende Zivilisation, die viel Neues und Bewunderungswürdiges geschaffen hat. Er fügt aber hinzu: Eines besitzt die Neue Welt nicht, dessen wir uns rühmen können, nämlich die jahrhundertealte geistige Kultur. Diese zu erhalten und zu pflegen, dazu ruft Dr. A. die Leser auf; „die Tradition ist ein köstliches Gut, das niemand leichtfertig preisgeben darf. Umgekehrt darf auch niemals der Geist des Fortschritts zum Leiden kommen“.

Auch in dieser Stadt hatten einige Herren der Reisegesellschaft Gelegenheit, das städtische Gericht zu besuchen und 3 Sitzungen beizuwohnen.

Durch einen langen Tunnel hindurch verläßt der Zug das Territorium der Vereinigten Staaten und gelangt nach Kanada. Dort läßt Dr. A. vom Aussichtswagen aus die Landschaft mit ihrem Ackerbau und ihrer Viehzucht auf sich wirken.

Plötzlich hält der Zug: für einen Augenblick darf man die Sicht auf die nahen Niagara-Fälle genießen. Sie sind der Absturz des aus dem Erie-See fließenden Niagara-Flusses, der diesen See mit dem Ontario-See verbindet. Dann kreuzt der Zug erneut die Grenze und gelangt nach Buffalo. Dort erlebt man einen Demonstrationzug: Arbeiter kämpfen für bessere Fahrgelegenheiten zu ihren Arbeitsstätten.

Für den nächsten Vormittag steht die ausführliche Besichtigung der Fälle an. Man bekommt sie aus vielen verschiedenen Positionen zu sehen, von oberhalb der Fälle und von unterhalb, von der amerikanischen und von der kanadischen Seite aus, von einer Brücke über den Stromschnellen und von einem Fußgängerstollen unterhalb des Wassersturzes, von festem Boden aus und vom Wasser aus, von da, wo man auf die amerikanischen Fälle blickt, und von da, wo man auf die zu Kanada gehörenden Hufeisenfälle blickt, und schließlich kann man oben rings um das ganze Naturwunder drum herumfahren. Natürlich dient diese geballte Wasserkraft der Erzeugung von Energie: Das angeblich größte Elektrizitätswerk der Welt ist hier zu finden.

Bei der Besichtigung von Buffalo fällt den deutschen Besuchern insbesondere die Existenz des Humboldt-Museums und im Kunstmuseum die Existenz eines Portraits von Stresemann sowie eines von Lucas Cranach gemalten Bildes auf. Und sie stellen fest, daß auch hier wie schon in New York Marc Twain ein Wohnhaus besessen hat.

Wieder nach einer kurzen Eisenbahnfahrt gelangen die Reisenden zu der Stadt Rochester. Nach einer oberflächlichen Stadtbesichtigung fährt man mit der Straßenbahn zum Ontario- See, wo man ein erfrischendes Bad nimmt. Auch um die kurze Strecke zum nächsten Etappenziel zurückzulegen, wird die Bahn benutzt; man ist nun in Syracuse. Man bewundert deren gärtnerische und Promenaden-Anlagen sowie das stattliche Aussehen des Universitätsgebäudes, der Schulen und des Justizgebäudes. Von einer die Stadt überragenden Anhöhe aus genießt man den Blick auf die Umgebung. Und dann erlebt Dr. A. etwas, was ihn ganz besonders erfreut: Er steht vor einer Nachbildung des Goethe- und Schiller-Denkmal, das vor dem National-Theater in Weimar steht, und das auf den Tag genau 10 Jahre, nachdem die Weimarer Verfassung unterzeichnet worden ist. Durch seine Mitarbeit an diesem Werk habe er die größte Lebensaufgabe erfüllt, die ihm je gestellt war.

Dr. A. fiel auf, daß die Namen von Syracuse und vielen umliegenden Orten lateinischen oder griechischen Ursprungs sind wie Rome, Ilion, Carthago, Ithaka, Arkadien und Palmyra. Ihm war bekannt, daß Syracuse eine Gründung von Italienern ist und daß auch viele Griechen sich in dieser Gegend angesiedelt haben. Aber auch 3 Orte, deren Namen auf deutsche Gründung hinweisen, sind dort zu finden, nämlich New Berlin, Potsdam nach Hamburg.

Nach einem kurzen Zusammentreffen mit Mitgliedern des deutschen Sängerkranzes geht die Reise weiter nach Albany, der Hauptstadt des Staates New York. Der dortige Aufenthalt war nur kurz und reichte gerade dazu, den Anblick des Capitols, eines schön gestalteten klassischen Tempelbaues, zu genießen, in dem

eine staatliche Schule untergebracht ist. Wenig später, als es schon dunkel wurde, erblickte einer der Reisenden im Bereich erleuchteter Schaufenster eine riesige Schlange, die sich zu dem Licht eines Schaufensters empor ringelte. Ein herbeigerufener Polizist erledigte das Tier. Wo es aber hergekommen war und welcher Art es war, konnten die Reisenden nicht erfahren.

Früh am Morgen besteigt die Gruppe auf dem Hudson einen Flußdampfer, der sie bis nach Manhattan bringt. Unterwegs erfreut Dr. A. sich an den vielen Bildern, die ihm der Fluß und die umliegenden Landschaften bieten. Bald wird er breiter und breiter, bald windet er sich durch enge Schluchten hindurch. Zusätzlich gliedern Inseln und Halbinseln die Landschaft abwechslungsreich. Dann wieder gelangt man an Stellen, wo Bergrücken den Fluß begleiten. Erinnerungen an den Rhein bei Kaub und bei der Loreley tauchen auf. Als buschige Höhen den Fluß einrahmen, sind es Donaulandschaften mit ihren Sagen und ihrer Poesie, die die Ideen unseres Reiseberichterstatters beflügeln. Fast am Ende der Fahrt passiert das Schiff eine Baustelle; eine Riesenhängebrücke über den Hudson wird hier erreicht. Eine – Jahrzehnte später herauskommende – Briefmarke nennt ihren Namen: Verazzano-Narrows-Bridge.

In New York wird der Besuch eines Kunstmuseums nachgeholt. Dr. A. wundert sich, „wie es den Amerikanern geglückt ist, so viele Funde wertvoller und bedeutender Originale aus ägyptischer, assyrischer, griechischer und römischer Zeit in ihren Besitz zu bringen“. Im naturwissenschaftlichen Museum findet das Originalskelett eines Dinosauriers starkes Interesse. Dr. A. fügt diesem Tiernamen den Begriff „prähistorisch“ hinzu; der Umstand, daß er diese Erläuterung für notwendig hält, zeigt, daß zur damaligen Zeit das Wissen über diese Tierart in der Bevölkerung noch kaum verbreitet war. Besonders aber fesselten ihn die Sammlungen der Indianer-Kultur und der mexikanischen Kunst.

Während einer abschließenden Schiffsrundfahrt um Manhattan herum führten ihm die vielen Brücken unterschiedlicher Konstruktion und Größe vor Augen, was ein selbstbewußter, vor keiner Aufgabe zurückschreckender Menschengest mit den Mitteln der Neuzeit zu leisten vermag. Ein ganz anderer Gedanke befällt ihn, als er im Hafen auf dem Hudson das neueste Motorschiff der Hamburg-Amerika-Linie, die „Milwaukee“ entdeckt: Ihm wird bewußt, daß es ein Fehler war, den für diese Reise geplanten Besuch der „deutschesten Stadt Nordamerikas“ Milwaukee im Staate Wisconsin aufzugeben. Dadurch sei ihnen vieles entgangen, was sie hätten sehen können. „Menschen aus Deutschland, die künftig Amerika besuchen werden, sollten diesen Fehler nicht wiederholen“, so lautet sein Rat. Jedenfalls ist es dieses Schiff, das sie auf der Rückreise beherbergen wird. Bevor es aber so weit war, wurden noch die Geschäftsräume der Zeitung „Times“ sowie der Zentralbahnhof der Stadt besichtigt und eine der sogenannten „Negeraufführungen“ im Cotton-Club besucht. Dort bewunderte man die unbeschreiblichen und unnachahmlichen Verrenkungen der Körper bzw. einzelner Körperteile. Dr. A. fiel der Widerspruch auf, daß diese Menschengruppe damals in Amerika

einerseits allgemein verachtet wurde, daß man sich andererseits aber an ihrer Kunstbetätigung delectierte.

Ganz beiläufig flicht Dr. A. in seinen Reisebericht Überlegungen zum Recht der Einwanderung in die USA ein. Er teilt mit, daß nach dem Ende des 1. Weltkrieges durch Gesetze die Zahl der Einwanderer aus den einzelnen Ländern beschränkt worden ist und daß diese Zahlen später noch zu ungunsten Deutschlands und unter Förderung des Angelsachsentums verändert worden sind. Er stellt eine klar erkennbare Besorgnis der Amerikaner fest, „ihr Volkscharakter könne durch eine unbegrenzte Einwanderung fremder Volksteile eine unerwünschte Veränderung erfahren“. Wer heutzutage als Deutscher und als Mitglied einer renommierten Volkspartei solche Bedenken in Bezug auf Deutschland äußert, der wird wegen parteischädigenden Verhaltens aus der Partei ausgeschlossen. So ändern sich die Zeiten!

Am Nachmittag des 15. August 1929 lichtet das Schiff, auf dem sich die Studiengesellschaft deutscher Akademiker inzwischen zur Rückreise nach Europa eingefunden hat, die Anker. Alles ist sauber und behaglich, der Kapitän ist liebenswürdig und vertrauenerweckend, die Schiffskapelle stimmt bekannte und zur Situation passende Volkslieder an und alle sind in bester Stimmung. Zu nächstlicher Stunde genießt Dr. A. das Bild, das sich aus dem Zusammenspiel des Mondlichts, der gekräuselten Wasserfläche und der weißen Farbe des Schiffes ergibt.

Dann plötzlich am Nachmittag des 4. Tages der Überfahrt wird das Schiff manövrierunfähig. Eine seltsame Hektik bricht unter der Mannschaft aus, bis schließlich auch die Passagiere begreifen: Im Schiff brennt es! Die Mannschaft – in Rauchmasken – unternimmt alles, um den Brand zu bekämpfen und das Übergreifen der Flammen auf andere Schiffsteile zu verhindern. Alles vollzieht sich in vorbildlicher Ruhe und Disziplin. Nach mehreren Stunden kommt die Nachricht: Die Gefahr ist beseitigt. Für die Mannschaft, die unter Aufbietung all ihrer Kraft arbeitet, tritt aber noch keine Pause ein, denn nun beginnen die Aufräumarbeiten. Erst kurz vor Mitternacht nach 8-stündiger Unterbrechung kann das Schiff seine Fahrt fortsetzen.

Der Rest der Überfahrt vollzog sich in beschaulicher Ruhe. Unterwegs begegnet man mehrmals Schiffen deutschen Ursprungs, die nach dem Kriege an die Siegermächte abgegeben werden mußten. Während man an den Frankreich vorgelagerten, aber zu Großbritannien gehörenden normannischen Inseln entlangfährt, findet auf dem Schiff das Abschiedsessen mit anschließendem Kostümball statt. In Cherbourg verlassen mehrere Reisetilnehmer das Schiff; sie wollen auf dem Landweg über Paris zurückfahren. Am Sonntagabend, 25.8.1929 endet in Cuxhaven die Überfahrt. Mit dem Sonderzug geht es weiter nach Hamburg.

Dr. A. zieht aus seinen Reiseerlebnissen und aus dem, was er darüber zu Papier gebracht hat, die folgenden Erkenntnisse: Er habe nicht mehr bieten wollen als Stimmungsbilder eines mit offenen Augen in die Welt blickenden Betrachters. Die jeweils aus dem Augenblick heraus entstandenen Empfindungen gestatteten es nicht, autoritativ abgefaßte Urteile abzugeben. Zweck seiner Zeilen sei es,

Achtung zu erwecken vor Zuständen und Einrichtungen, für die es in Deutschland kein Gegenstück gibt und die man auch nicht sklavisch nachzuahmen braucht. Im übrigen habe man durch die gemeinsame Reise in Amerika eine nationale Aufgabe erfüllt. Im Gästebuch der Milwaukee aber würdigte er die Leistungen der Schiffsmannschaft bei der Brandbekämpfung mit folgenden Worten: „Das ‚Erlebnis Amerika‘ liegt hinter uns und bestätigt finden wir die alte Wahrheit, daß man reist, um die Heimat liebzugewinnen. Heimischer Boden ist auch das Schiff, das uns jetzt trägt, und heimatlich ist die Gesinnung, die auf ihm herrscht. Das lehrte uns der denkwürdige 18. August 1929, an dem wir hier bewundernd standen vor dem echten deutschen Seemannsgeist.“

5. Sonnenkult in drei Erdteilen

Als die Eheleute Ablaß sich dazu entschlossen, zu ihrem Reiseziel für das Jahr 1930 den Orient zu wählen, obwohl der Sommer in diesem Jahr besonders heiß zu werden versprach, da lagen diesem Entschluß mehrere Überlegungen zu Grunde. Zum einen diese: Wer ein Land und seine Bewohner kennenlernen und studieren will, muß sich die Zeit aussuchen, in der es sich in seiner ganzen Eigenart dem Beschauer darbietet. Das sind für den Orient die langen Tage der glühenden Sommermonate. Zum anderen hatten beide Eheleute seit langem erkannt, daß es für sie in der Welt nichts Herrlicheres gibt als die Sonnenverehrung, die Hingabe an die Segnungen des großen Himmelslichtes, das die Seele fröhlich macht und den Körper stählt und das den Menschen gesunden läßt von der Monotonie des Zimmerkerkers. Zum dritten aber betrachteten sie das Reisen nicht als reine Vergnügungssache, sondern als ernstes Studium, das dazu dienen soll, die Eindrücke und Erlebnisse zu einem dauernden Besitz des Innenlebens werden zu lassen.

Dennoch gab es in diesem Jahr Bedenken anderer Art gegen die Reise. Denn wieder wie schon im Sommer 1914 hatten sich in der Weltpolitik verwickelte Verhältnisse gebildet, sodaß man mit einer Entladung rechnen mußte. Deshalb nahmen sie sich – anders als 16 Jahre zuvor – vor, die in allen Einzelheiten geplante und vorbereitete Reise zwar anzutreten, aber in jedem der Zielländer mit aller Vorsicht zu prüfen, ob man das Vorhaben unterwegs abbrechen sollte. An welche konkreten Verhältnisse Dr. A. dabei gedacht hat, läßt er an einer späteren Stelle des Berichts durchblicken, z.B. in dem Satz „In allen Fugen knistert es in der Weltherrschaft Englands“.

Die Reise begann als Bahnfahrt quer durch Deutschland, bis man bei Kehl den Rhein und damit den Fluß erreichte, der seit 11 Jahren die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich bildete. Unterwegs grüßte man die vielen historischen Stätten, deren Namen damals den Deutschen vertraut klangen. Für Dr. A. war ein besonderer Höhepunkt dieser Fahrt die Stadt Weimar, wo sein Leben einen unauslöschlichen Sinn erhielt, weil er an dem in dieser Stadt ausgearbeiteten großen deutschen Verfassungswerk hatte mitwirken dürfen.

In Kehl erlebten die Reisenden einen völkergeschichtlichen Vorgang mit: In den gesamten Rheinlanden brachte die Bevölkerung in einer groß angelegten Feier ihre Freude über das Ende der französischen Besetzung des Rheinlandes zum Ausdruck. Vergleichbares hat sich 59 Jahre später nochmals ereignet, als sich im November 1989 die innerdeutsche Grenze öffnete. In beiden Fällen zeigte sich, was Dr. A. damals zum Bewußtsein kam: Trotz des Machthungers unver söhnllich gebliebener ehemaliger Feinde läßt sich die wahre Gerechtigkeit nicht auf Dauer mit Füßen treten.

In Straßburg bewundern die Eheleute einerseits schöne alte Fachwerkbauten, die in ihnen ein Heimatgefühl wecken, andererseits im modernen Teil prunkhafte Monumentalbauten. Voller Begeisterung beschreibt Dr. A. das Münster, das überreich ist an schmückenden Meisterwerken der Architektur. Diese Weihestätte erweckt Ehrfurcht, weil hier die reinste und edelste Kunst zu uns spricht.

Von Straßburg aus geht es mit der Bahn Richtung Süden entlang der Vogesen und später der in der Ferne sichtbaren Höhen des Schweizer Jura und der Westalpen. Unterwegs tauchen Ortsnamen auf, die deutschen Spanienreisenden auf der Durchfahrt durch Frankreich zum Begriff geworden sind wie Belfort, Besançon, Lons-le-Saunier, Bourg en Bresse, Lyon, Montelimar und schließlich Avignon, von wo aus es in südlicher Richtung weitergeht bis zur Hafenstadt Marseille. Und schon während dieser Eisenbahnfahrt bekommen die Eheleute ihren Sonnenkult zu spüren: Dr. A. spricht von einer beschwerlichen Fahrt in der Glut hitze eines engen Eisenbahnabteils.

Die Seereise beginnt am nächsten Tage auf dem Passagierschiff „Champol lion“, benannt nach dem berühmten französischen Entzifferer der Hieroglyphenschrift. Dr. A. beschreibt in einer bildhaften Sprache die Schönheiten der Seefahrt und der nie eintönig werdenden Bewegungen und Farben des Meeres. Und er preist die Sonne, die mit ihren Strahlen liebkosend die Wasseroberfläche streift. Das Schiff gleitet entlang an Sardinien und den dort vorgelagerten kleinen Inseln und legt schließlich am Kai von Bizerta in Tunesien an. Es wurden Soldaten aufgenommen, die nach Beirut transportiert werden sollten. Nun führt die Fahrt dicht an den Inseln des damals britischen Malta-Komplexes entlang. Dr. A. spricht von einem Brennpunkt der internationalen Politik, denn hier geht es um einen Streit zwischen England und dem Vatikan, der aber keineswegs religiöse, sondern tiefer liegende machtpolitische Ursachen hat. Auch dieser Tag war „brennend heiß“ und ging „in Schwüle“ zu Ende.

Bevor das Schiff am nächsten Morgen in Alexandria anlegt, gibt es einen Sonnenaufgang zu bewundern. Schon vom Schiff aus beeindruckt sowohl der Hafen wie auch die Stadt durch ihre gewaltigen Ausmaße. Man erfreut sich am bunten Erscheinungsbild der orientalischen Kleidung, bemerkt an den Katakomben mit Interesse die teils ägyptische, teils griechisch-römische Baukunst und freut sich, daß die Pompejussäule des Altertums bis auf den heutigen Tag erhalten geblieben ist. Das Erscheinungsbild des Stadtgartens mit seinem Blütenreichtum bestätigt, daß es richtig war, in dieser Jahreszeit hierher zu reisen. Ein Bad am

endlos ausgedehnten Meeresstrand bei Ramleh wurde trotz der Wärme des Wassers als erfrischend empfunden, weil der starke Wellenschlag den Körper unausgesetzt in Bewegung hielt.

Als dann das Schiff mit den Gästen und vielen neuen Passagieren die Anker wieder lichtet, nimmt es Kurs nach Osten. Die Fahrt endet in Beirut, der heutigen Hauptstadt des Staates Libanon, der damals noch Bestandteil der französischen Kolonie Syrien war.

Die Reise wird nun mit dem Auto fortgesetzt. Das Fahrzeug erklimmt in zahlreichen Windungen die Höhe des Libanon. Neben der Straße verläuft die Trasse einer Zahnradbahn, die zu demselben Ziele führt. Oben auf der Höhe entfaltet sich der Blick auf das gegenüberliegende Gebirge des Antilibanon und auf das zwischen beiden Höhenzügen liegende Tal. Die Reisenden sind begeistert von dem sich hier bietenden Farbenspiel: Je tiefer die Schatten des Abends sich senken und die Rückseite des Libanon sowie die unten liegenden Klüfte und Schluchten sich verdunkeln, um so entzückender wird der Anblick der sich ständig wandelnden Zauberglut auf dem Libanon. Bei Tagesanbruch entdeckt Dr. A. von seinem Hotelfenster aus das Gebüsch einer Rose von Jericho, ein überirdisches Erlebnis, das er in vollen Zügen genießt.

Im Tal zweier Flüsse liegt eine riesige Tempelstätte; ursprünglich als arabisches Befestigung errichtet, wurde sie später von den Griechen übernommen und zu Ehren des Sonnengottes Heliopolis genannt. Ein Erdbeben hat hier große Zerstörungen angerichtet. Was aber noch erhalten ist, gibt uns einen Einblick in die schönheitsdurstige Zeit des Altertums.

Nach einer langen Fahrt auf und über den Antilibanon erreichen sie Damaskus. Da, wo heute die Moschee der Omajaden steht, stand im 4. Jahrhundert eine christliche Kirche. Zunächst in ihr und später in der Moschee soll in einem Sarkophag das Haupt von Johannes dem Täufer liegen. Dann aber besichtigt man ein Haus, in dem Paulus getauft worden sein soll. Es soll das Haus des Ananias gewesen sein. Hierzu sei zweierlei angemerkt:

1. Die Apostelgeschichte erzählt zwar von einem Jünger der Damaskusgemeinde mit dem Namen Ananias, Saulus war aber nicht in dessen Haus, sondern im Hause eines Judas. Dort sollte Ananias ihn aufsuchen und ihm verkünden, daß Gott ihn zu seinem Werkzeug ausersehen habe. Als Ananias diesen Auftrag erfüllt hatte, ließ Saulus sich im Hause des Judas taufen. (ApG Kap 9, Verse 10, 11, 17, 19).

2. Vor allem aber fand dieses Geschehen und auch die Bekehrung des Saulus nicht in und vor der bekannten Stadt Damaskus in Syrien statt, sondern in einer Siedlung gleichen Namens am Toten Meer, die später den Namen Qumran erhielt, also dort, wo inzwischen alte Schriftrollen gefunden worden sind, die über die wahren Zusammenhänge Auskunft geben. In dem Buch „Lexikon der biblischen Irrtümer“ aus dem Jahre 2003 hat Walter-Jörg Langbein über die überraschenden Rückschlüsse berichtet, die aus dem Inhalt dieser Schriftrollen zu ziehen sind. Folgendes hat sich abgespielt: In Jerusalem hatten sich sektenähnliche

christliche Glaubensgemeinschaften gebildet. Diese wurden von Saulus bedrängt und immer mehr verfolgt, bis sie schließlich die Stadt verließen und in andere Teile von Judäa und bis nach Samaria zogen (ApG 8, 1). Eine dieser Gruppen ließ sich in der Abgeschiedenheit am Toten Meer nieder; sie nannten sich die „Essener“ und gaben ihrer Ansiedelung den Namen Damaskus. Das ergibt sich aus einer der Schriftrollen, der sogenannten „Damaskusschrift“. Als Saul feststellen mußte, daß es in Jerusalem niemanden mehr gab, den er aus religiösen Gründen hätte verfolgen können, suchte er sich in der Umgebung ein neues Ziel für Verfolgungen und stieß auf das Land Damaskus am Toten Meer. Daß sein Ziel nicht die bekannte Stadt in Syrien war, dafür gibt es eine Reihe von Anhaltspunkten, die Langbein in seinem Aufsatz „Qumran: Damaskus lag am Toten Meer“, der in dem genannten Buch enthalten ist, im Einzelnen dargestellt hat. Aber auch aus der Bibel selbst ergeben sich Hinweise hierauf:

ApG 22, 5 u. 6: Saulus benötigte für den Weg von Jerusalem nach Damaskus einen halben Tag, denn er war um die Mittagszeit des Abreisetages kurz vor Damaskus. Ob er mit seinen Begleitern zu Fuß gegangen oder auf Eseln oder Kamelen geritten war (dafür, daß sie zu Fuß waren, sprechen die Verse 6 und 8 in ApG 9), in jedem Falle schaffte er an diesem Vormittag etwa 25 km. Und ungefähr so lang ist der Weg zwischen Jerusalem und Qumran. Für den Weg nach Damaskus in Syrien hätte er eine knappe Woche gebraucht.

ApG 9, 20 u. 21: Als Saul in Damaskus über Jesus als Sohn Gottes predigte, erkannten die Zuhörer ihn als den, der in Jerusalem alle Mitglieder der Christengemeinde hatte vernichten wollen. Davon konnten sie aber nur wissen, wenn dieses Damaskus nicht in Syrien lag, denn die betroffenen Gruppen waren auf ihrer Flucht innerhalb des Landes Israel geblieben und nicht bis nach Syrien gelangt (ApG 8, 1). Eine in Syrien angesiedelte Gemeinde wäre nicht von Jerusalem aus dorthin gezogen und deshalb von den dortigen Verfolgungen durch Saul nicht betroffen gewesen. – Außerdem darf man sich fragen: Aus welcher Überlegung heraus sollte Saul sich für den weiten Weg bis nach Syrien entschieden haben, wo er doch wußte, daß diejenigen, die er verfolgen wollte, sich ganz in der Nähe von Jerusalem niedergelassen hatten? Und wie wollten er und seine wenigen Begleiter (ApG 9, 7 u. 8) von Syrien aus über eine so weite Strecke bis nach Jerusalem die evtl. Festgenommenen transportieren und ständig bewachen?

Bezeichnend ist, daß in der Bibel im Zusammenhang mit der Damaskusreise des Paulus, auf der er bekehrt wurde, nie das Wort „Syrien“ auftaucht. Als Langbein in dem genannten Aufsatz schrieb „Saulus reiste also nicht nach Syrien, wie irreführender Weise im Neuen Testament steht“, hat er sich mit der 2. Hälfte dieses Satzes geirrt. Für die an den biblischen Geschehnissen Beteiligten und auch noch für den Verfasser der ApG war nicht zweifelhaft, welches Damaskus gemeint war. Erst für spätere Lesergenerationen verblaßte allmählich der Zusammenhang zwischen der Bezeichnung „Damaskus“ und dem Toten Meer. Man kann es deshalb den späteren Bewohnern von Damaskus in Syrien nicht verdenken, daß sie in ihrer Stadt krampfhaft nach Örtlichkeiten gesucht haben, an denen

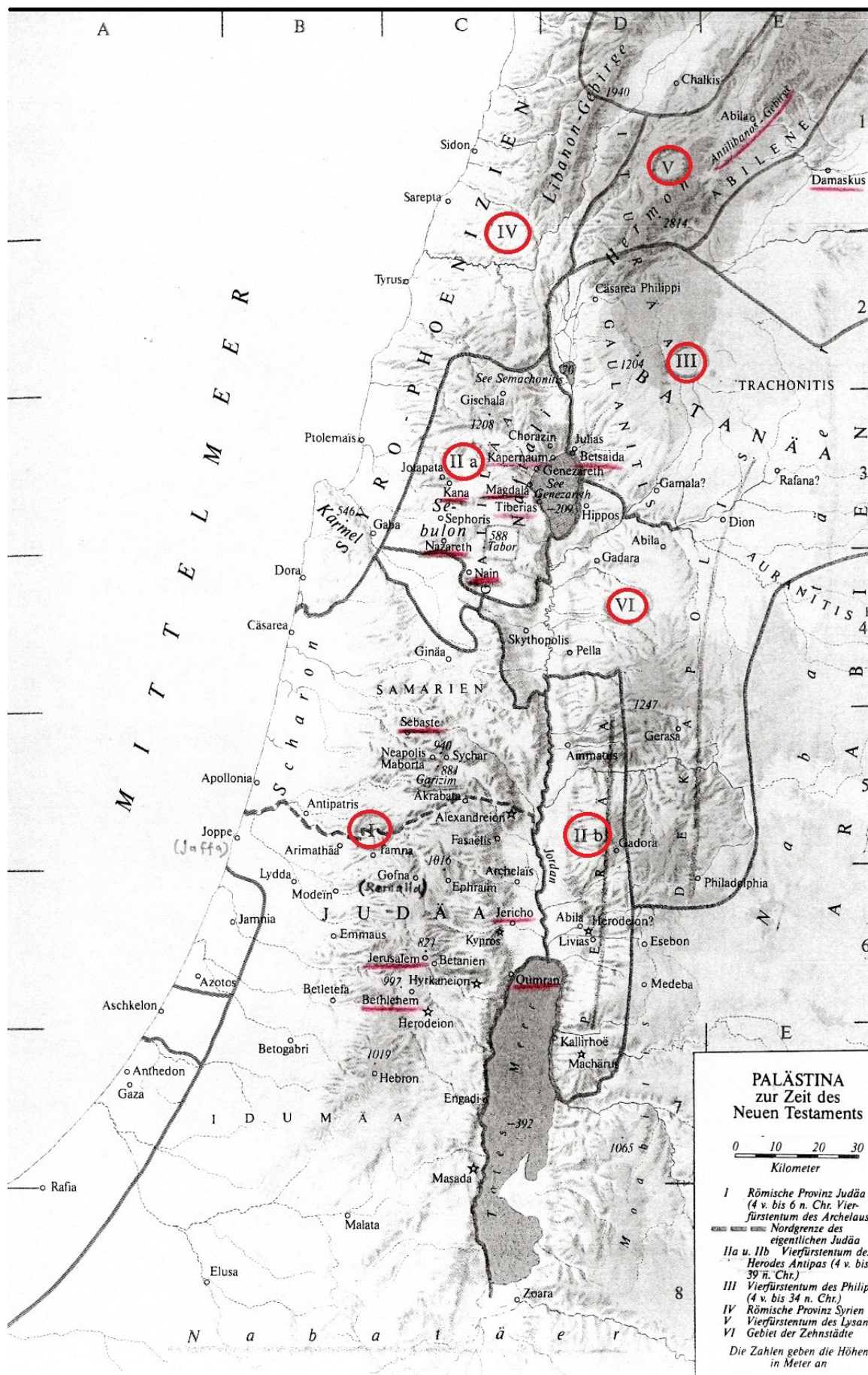
sich die einzelnen Begebenheiten im Zusammenhang mit der Damaskusreise des Paulus abgespielt haben könnten. Und wenn sie heutzutage solche Stellen den Touristen zeigen, dann geschieht das sicherlich in der vollsten Überzeugung, daß Paulus sich tatsächlich in ihrer Stadt aufgehalten hat und daß Ananias dort sein Haus gehabt hat. Die Räumlichkeiten in dem angeblichen Ananias-Haus sind zu einer geschmacklosen Kapelle umgestaltet worden.

Und wieder einmal lassen die Reisenden von einer Bergeshöhe aus das Bild der ganzen großen Stadt auf sich wirken. Dann strebt die Fahrt der syrischen Hochebene zu. Bei der Durchfahrt durch ein Dorf, das von eingewanderten Tscherkassen bewohnt wird, werden ihre Autos genauestens auf das Vorhandensein von Rauschmitteln durchsucht.

Als westlich des Jordans in der Ferne das Gebirge von Galilea auftaucht, ist dies ein untrügliches Zeichen dafür, daß die Reise dem Heiligen Lande zustrebt. Schon erreicht man den Jordan und damit die Grenze zwischen Syrien und Palästina. Von da an beginnt die Reise sich zu einer Pilgerfahrt zu gestalten, denn die Teilnehmer werden nun eine ganze Reihe von Orten und Landschaften zu sehen bekommen, die hauptsächlich im Neuen Testament, an einzelnen Stellen aber auch im Alten Testament als Schauplätze von biblischen Ereignissen genannt worden sind. Bereits auf der Jordanbrücke erinnert Dr. A. sich an eine Begebenheit um die Töchter Jakobs. Die Brücke überspannt den Fluß auf halber Strecke zwischen 2 Seen, dem Meromsee im Norden und dem See Genezareth im Süden. Diesen See erreichen sie an der Stelle, wo einmal der Ort Kapernaum gestanden hat, der durch seinen Hauptmann religiöse Bedeutung gewonnen hat.

Erinnerungen an weitere Begebenheiten, die man im Religionsunterricht kennengelernt hat, tauchen auf: Hier am See hat Jesus Menschen von allerlei Krankheiten geheilt und des Jairus Töchterlein wieder zum Leben erweckt. Man kommt durch Magdala, den Geburtsort der Maria Magdalena, und durch Bethsaida, den Heimatort der ersten 4 Jünger Jesu: Petrus und Andreas, Johannes und Jakobus. Nirgends kann man sich lange im Freien aufhalten, weil auch hier der „Sonnenkult“ mit mehr als 45° im Schatten die Reisenden an die Grenze des Verschmachtens bringt. Erholung verschafft ihnen ein kurzer Mittagsaufenthalt in einem Hotel in Tiberias, dem Ort, der dem See den außerbiblischen Namen verliehen hat.

Ein kurzer Spaziergang am See entlang bietet am Nachmittag Gelegenheit, die Schönheit der Gegend und die Romantik der Bauweise der Stadt wahrzunehmen. Vor allem aber kommt Dr. A. hier zum Bewußtsein, daß sich an diesem Gewässer die Grundlage einer Lehre gebildet hat, die Natur, Geist und Religion miteinander verbunden hat und die bis heute besteht. Auch den immer wieder in die Religion eingebrachten „Dogmen, die den Geist in Fesseln zu schlagen versucht haben“, ist es nicht gelungen, die „Urkraft des Denkens“ zu ersetzen. Solche Gedanken wurden noch bestärkt, als man am nächsten Morgen an dem Berg Karn Hattin vorüberfuhr, auf dem Jesus seine Bergpredigt mit ihren Seligpreisungen gehalten und 5000 Zuhörer gespeist hat. Daß man heute vieles nicht mehr wörtlich nehmen kann, kommentiert Dr. A. mit der Feststellung:



Das Formenwerk, in das die Lehre ursprünglich eingebettet war, zerbarst, aber der Geist der Lehre bleibt bestehen.

Man durchfährt das Dorf Kana, wo die biblische Hochzeit gefeiert wurde, und gelangt nach Nazareth. Dort kommt man zu den Stellen, wo Maria ihre Wohnung hatte, wo Josefs Werkstatt stand und wo die Synagoge gestanden hat, in der Jesus unterrichtet worden ist. Von der Verkündigungsgrotte, in der der Engel Gabriel der Maria die Geburt Jesu verkündigt haben soll, ist bei Dr. A. nicht die Rede. Möglicherweise war die Stelle schon damals nicht mehr als Grotte erkennbar, denn sie ist im Laufe der Jahrhunderte dreimal von Kirchen überbaut worden; im Jahr der Reise 1930 stand dort eine von Franziskanern errichtete Verkündigungskirche. Auch die anderen genannten Stellen waren im Laufe der Zeit von Kirchen überbaut worden. Solche und ähnliche nachträgliche Überbauungen historischer Stätten, wie sie auch in Jerusalem vielfach anzutreffen sind, bedauert Dr. A. aus tiefstem Herzen, weil er sich vorstellt, wie anders ein Schauplatz wirken müßte, der sich noch in seiner ursprünglichen Gestalt vorfände und sich als eine für immer geweihte Örtlichkeit darstellte.

Vorbei am Berg Tabor, berührt die Fahrt den Ort Nain, aus dem ein Jüngling stammte, den Jesus vom Tode auferweckt hat, und gelangt nach Samaria, die mittlere der 3 Provinzen Palästinas mit der früheren Hauptstadt gleichen Namens, die heute ein Dorf ist und Sebastije heißt. In diesem Ort errichtete Herodes der Große den Augustustempel als Prachtbau. Kurz hinter Nablus (Neapolis) trifft man, etwas abseits vom Wege, auf den Jakobsbrunnen, an dem sich Jesus von der Samariterin Wasser geben ließ. Er setzte sich damit bewußt hinweg über die Verachtung, welche die Leute aus Samaria damals in den anderen beiden Provinzen allgemein erdulden mußten.

Am Sabbat waren die Reisenden in Jerusalem und suchten den Tempelbezirk mit dem Felsendom, der Al-Aqsa-Moschee und der Klagemauer auf. Sie liegen im ältesten Teil der Stadt, der ringsherum mit einer massiven Mauer mit vielen Türmen und mehreren Toren umschlossen ist. Jenseits dieser Mauer, von der Stadt durch ein tiefes Flußtal getrennt, befindet sich der Ölberg und dasjenige, was vom Garten Gethsemane noch übrig ist, denn auch er ist zu einem Teil durch den Bau einer Kirche beseitigt worden, und zwar gerade an der Stelle, an der Jesus in inbrünstiger Zwiesprache mit Gott hoffte, daß der Kelch noch an ihm vorübergehen werde. Ein unersetzlicher Teil des Gartens war also zunichte gemacht. Besonders ergreifend aber war für Dr. A. das Abschreiten der Via dolorosa mit den vielen Begebenheiten und Begegnungen, wie sie bis heute in vielen Kirchen durch die einzelnen Kreuzwegstationen nachgezeichnet sind. Aber auch hiervon sind die letzten Stationen nicht unberührt geblieben, sie sind in die Grabeskirche einbezogen. Der Hügel Golgatha ist als solcher nicht mehr erkennbar und das Grab Jesu läßt sich nur besichtigen, indem man sich in ein Erdloch hineinzwängt. Aus der Schilderung von Dr. A. kann man nicht nur die äußerste Enttäuschung, sondern darüber hinaus eine deutliche Empörung herauslesen, mit der er gefühlsmäßig zum Ausdruck bringt, daß die Stätte von Golgatha, an der sich

die größte Tragödie der Weltgeschichte, verbunden mit dem höchsten Erlösungswerk, abgespielt hat, regelrecht verschandelt worden ist. Die Vielzahl solcher Enttäuschungen, die Dr. A. hier empfand und die seine Gedanken ganz in Anspruch nahmen, macht es wohl erklärlich, daß er den Namen Josef von Arimathia nicht erwähnt, in dessen Garten, direkt neben dem Hügel Golgatha gelegen, sich das Grab befand, das Josef für sich selbst aus dem Felsen gehauen hatte und in das er nun den Leichnam Christi gelegt hat.

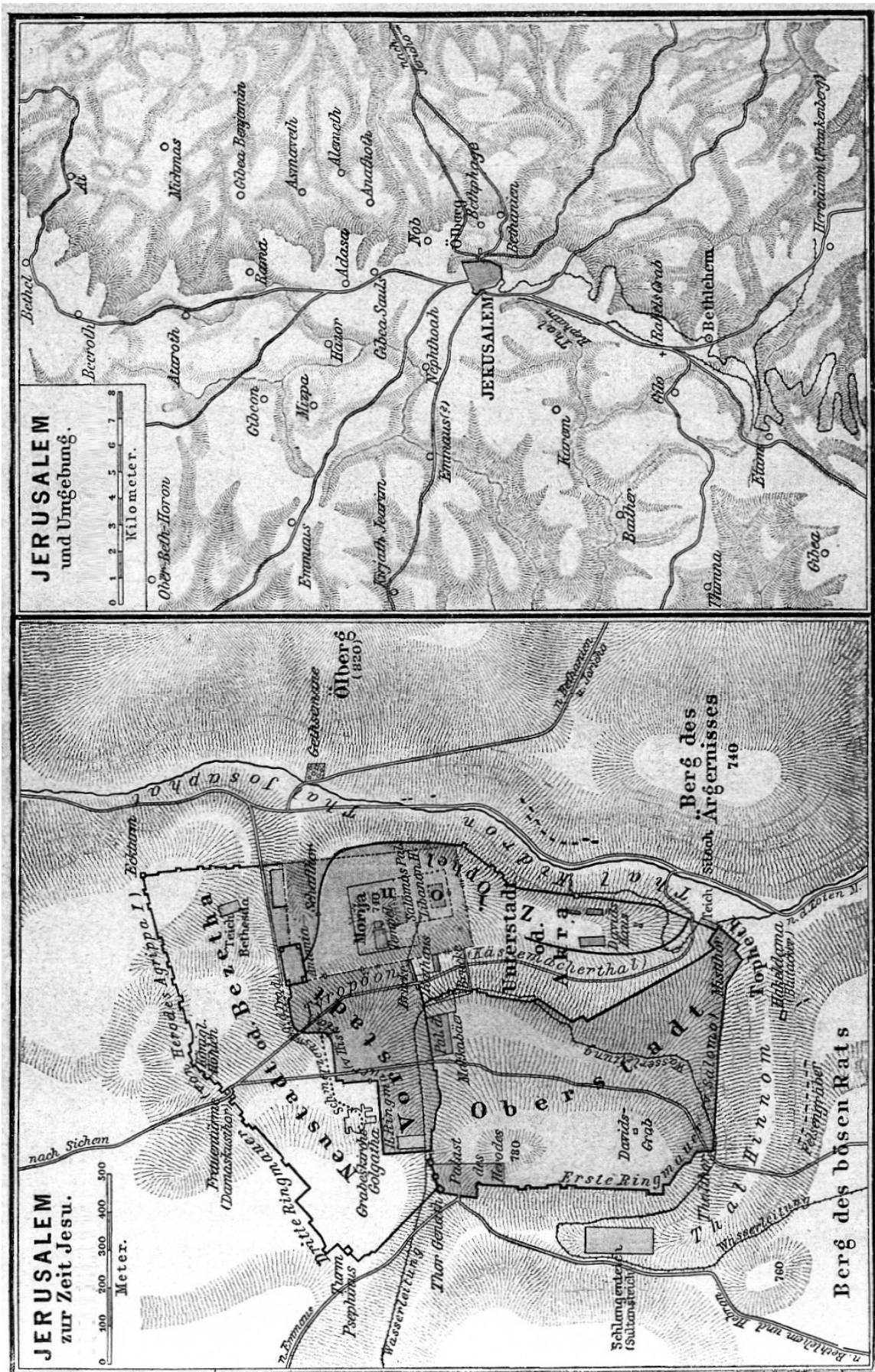
An der Stelle einer nicht mehr vorhandenen Kreuzfahrerkirche befindet sich jetzt eine Kapelle mit dem Namen „Himmelfahrtskapelle“. In ihr ist auf einem Stück Felsen ein Fußabdruck zu sehen; er soll vom linken Fuß Jesu stammen und entstanden sein, als Jesus sich mit diesem Fuß von der Erde abstieß. Einziger Kommentar von Dr. A.: Für mich ist so etwas unerträglich.

Auf dem 8 km langen Weg von Jerusalem nach Bethlehem mischen sich Begebenheiten aus dem Alten Testament, an denen Abraham, Jakob und David beteiligt waren, mit den Schritten, die Maria ging, als sie von Nazareth kam, kurz bevor sie mit Jesus niederkam, dessen Lehre der Welt die religiösen und sittlichen Werte geschenkt hat, die bis heute gültig sind. Auf der Fahrt bekommen die Reisenden einen Baum mit 2 krummen Ästen gezeigt, an dem sich Judas Ischariot aufgehängt haben soll. Kommentar von Dr. A.: „Wie alt doch solche Bäume werden!“

In Bethlehem besichtigt man die Geburtskirche, in der heute statt der hölzernen eine Marmorkrippe steht. Gezeigt wird auch die Stelle, an der Maria und Josef vom Engel die Weisung erhielten, nach Ägypten zu fliehen. Nicht gezeigt worden ist dagegen das Gelände, auf dem die Hirten in der Nacht ihre Herde hüteten. Es liegt dicht bei Bethlehem und heißt noch heute „das Hirtenfeld“.

Nach Jerusalem zurückgekehrt, fährt die Reisegesellschaft von dort aus mit dem Auto ans Tote Meer. Die Strecke zwischen Jerusalem und Jericho ist völlig einsam und es herrscht dort kaum Verkehr. Sie ist geradezu eine Einladung für Wegelagerer. Man kann sich also gut vorstellen, daß sich hier die Szene abgespielt hat, daß ein Mensch in die Hände von Mördern fiel und so lange dort schwer verwundet liegen blieb, bis ein Wanderer, der den weiten Weg von Samaria zurückgelegt hatte, ihn fand und in die nächste Herberge brachte. Diese trägt inzwischen den Namen „Herberge zum barmherzigen Samariter“.

Die Straße erreicht dann ein Gebiet mit hohen Bergen, steilen Abstürzen und Tälern, Schründen und Felskesseln. Besonders auffallend ist eine senkrechte Felsenwand. Dort soll sich die Versuchung Christi abgespielt haben. Dann geht es wieder abwärts über Jericho an den Jordan. Man erreicht ihn an der Stelle, wo Johannes der Täufer Jesus getauft hat. Es ist eine liebliche Landschaft mit grünen Wiesen, Sträuchern und Bäumen, die den Fluß an beiden Ufern säumen. Aber selbst im kühlen Schatten herrscht eine Hitze von 39°. Bald wird das Tote Meer erreicht. Es lädt zu einem Bade ein, eine Erfrischung bietet das warme Wasser aber nicht und das Schwimmen in dem dickflüssigen Wasser ist schwierig. Erst als man schon bei Dunkelheit sich Jerusalem wieder nähert, bietet auf der Hochebene ein kühler Wind die erhoffte Erquickung.



Am nächsten Tag geht es nach Jaffa. Unterwegs berührt man die Orte Emmaus und Ramallah sowie die damals erst 20 Jahre alte Neugründung Tel-Aviv. In Jaffa besteigt man einen Zug, mit dem man das Heilige Land und damit den asiatischen Kontinent verläßt. Die Fahrt geht über Lydda, Askalon und Gaza bis nach Al Kantara am Suez-Kanal. Die Fähre bringt sie ans andere Ufer und ein weiterer Zug befördert sie durch das Nildelta nach Kairo. Auf dem Bahnhofszplatz begrüßt sie das im Jahre 1927 errichtete Nationaldenkmal „Das erwachende Ägypten“. Es stellt eine verschleierte Frauengestalt dar, die sich die verdeckende Hülle vom Gesicht entfernt, um den Blick für die Gegenwart und Zukunft freizubekommen. Dr. A. erschien dieses Monument als ein Wahrzeichen und einen Mahnruf des Ägyptertums. Die beiden bekanntesten Moscheen, die man in Kairo besichtigt, haben bei Dr. A. starke Eindrücke hinterlassen, schon wegen der gigantischen Ausmaße der Bauwerke. Wie der Leser inzwischen sicherlich gemerkt hat, liebten die Eheleute Ablaß es, sich von einer erhöhten Stelle aus einen Blick über das Häusermeer einer Stadt zu verschaffen. Gelegenheit dazu bot hier erneut, wie schon im Jahre 1924, die Zitadelle. Ein Besuch im Museum mit seinen Sammlungen von Altertümern und Schmucksachen weckt in ihm die Einsicht, daß wir beim Anblick so bedeutender Kunstwerke in der Wertschätzung europäischer Kulturgüter doch etwas bescheidener werden sollten und uns nicht länger darauf versteifen sollten, die europäische Kultur sei der alleinige Gipfel aller künstlerischen Entwicklung in der Welt.

Nach einem Kamelritt zu den Pyramiden von Gizah und zur Sphinx, zu der die Tiere sie dicht herantrugen und wo Dr. A. seine früheren Eindrücke von der Erhabenheit der gewaltigen Szenerie vollauf bestätigt fand, fuhr man mit der Bahn ein Stück am Nilkanal entlang nach Luxor. Bei weit geöffneten Fenstern hüllte ein feiner Staubregen die Körper der Reisenden ein und dörrte sie zusehends aus. Die für den Abend aufgesparten Reste der mitgeführten Nahrungsvorräte waren nach 13stündiger Bahnfahrt wegen der großen Hitze bereits verdorben. Dafür begeisterte Dr. A. in dieser Nacht ein in seiner Schönheit noch nie zuvor geschauter Sternenhimmel: Ein himmlisches Lichtermeer von zauberhaftem Sternenglanz. Genauso berauschte ihn der Sonnenaufgang vor der Kulisse des an der Hotelterrasse entlangströmenden Nils. Ziel der Fahrt war die der Stadt Luxor auf der anderen Nilseite gegenüberliegende Totenstadt von Theben mit ihrer Unzahl von Gräbern und Tempeln. Aber auch die Besichtigung des fast 4000 Jahre alten Tempelbezirks von Karnak, heute eine bedeutsame Trümmerstätte, stand auf dem Programm. Zum wiederholten Male kommt Dr. A. auf dieser Reise zum Bewußtsein, wie unendlich viel das Abendland dieser hoch entwickelten Kultur verdankt; Europa hat hier aus dem Urquell geistiger Betätigung geschöpft.

Im Zusammenhang mit diesem Ägyptenaufenthalt berichtet Dr. A. auch über die politische Situation, die man bei der Rückkehr nach Ägypten dort antraf: Während der Bahnfahrt berichtete ihm ein ägyptischer Mitfahrer, daß in Alexandria am 16. Juli 1930 eine Revolution ausgebrochen sei. Unter König Fuad,

der nur ein gefügiges Werkzeug der Engländer sei, hatten seit 1927 nacheinander mehrere Paschas unter Ausschaltung des Parlaments regiert. Die Parlamentsmitglieder wollten nun in Verhandlungen mit dem König die Wiedereröffnung des Parlaments erreichen. Als dieser ablehnte, brach der Aufstand aus. Als die Reisenden am 21. Juli von Luxor zurückkehrten, waren in Kairo alle Geschäfte geschlossen, die Innenstadt war für jeden Verkehr gesperrt, auf den Straßen herrschte ein kriegerisches Bild. Den Reisenden blieb nichts anderes übrig, als sich in einen Außenbezirk zu begeben und dort den zoologischen Garten zu besichtigen, wo sie den Ibis, den heiligen Vogel der Ägypter, zu sehen bekamen. Dann wandten sie sich nach außerhalb, nämlich zu der erst kürzlich in der Wüste entstandenen Luxusstadt Heliopolis. Was in der Nähe von Baalbek in den Höhen des Libanon der Name einer griechischen Tempelstätte war, von der sich nur noch Baureste bestaunen lassen, bezeichnet hier in der ägyptischen Wüste ein hochmodernes städtisches Gebilde, das viele prächtige Häuser, Kirchen und öffentliche Gebäude im orientalischen Stil aufweist. Die Reisenden hatten noch Zeit, die Stätte des alten Memphis und das Gräberfeld von Sakkara zu besichtigen, also diejenige Stätte, an der 90 Jahre später erneut Grabungen stattgefunden haben, die aus großer Tiefe Erstaunliches zutage gefördert haben. Dann aber geht es mit der Bahn nach Alexandria, von wo aus man mit dem Schiff Ägypten in Richtung Europa verläßt.

Eine Fahrtunterbrechung in Kreta benutzen sie zu einem Ausflug nach Knossos, um den Palast des Königs Minos zu besichtigen. Die Weiterfahrt entlang der Nordküste der Insel wird zum Genuß; Dr. A. berichtet über jede Einzelheit der Landschaft auf der Insel, wie man sie vom Schiff aus sieht. Ganz im Westen der Insel wird noch ein Vorgebirge umfahren, dann ankert das Schiff vor dem Hafen von Kanea, um Ladung aufzunehmen. Weiter geht es zwischen vielen griechischen Inseln hindurch zum Hafen Piräus. Noch einmal erlebt man in der Mittagszeit eine fast unerträgliche Hitze, während man in Athen die Akropolis aufsucht, die einen unvergeßlichen Anblick bietet. Einst vereinigten sich hier Philosophie und Gedankentiefe mit Kraft, Schönheit und Lebenslust.

Mit der Eisenbahn fährt man durch Griechenland, wobei sich viele landschaftliche Höhepunkte zeigen, die mit Bewunderung aufgenommen werden. Aus der Schulzeit her bekannte geschichtliche Ereignisse, die sich in dieser Gegend abgespielt haben, tauchen vor dem geistigen Auge wieder auf. Ähnliche erhebende Ausblicke sind auch während der anschließenden Fahrt durch Jugoslawien zu genießen.

Nun aber kommt für die Eheleute Ablaß der Zeitpunkt, wo ihre Aufnahmefähigkeit nachzulassen beginnt. Viel Neues möchten sie nicht mehr erleben. Sie registrieren aber noch die Zahl der vielen Grenzübertritte mit ihren aufwendigen Paß- und Gepäckkontrollen. In Belgrad und in Budapest gönnt man sich nur kurze Spaziergänge. In Wien allerdings lebt der Geist noch einmal richtig auf. Als Musikliebhaber freuen sie sich, als sie das Geburtshaus von Franz Schubert entdecken. Und am Abend bei einem Orgelkonzert im Stephansdom werden sie

durch die Klänge der Musik von Bach und Reger regelrecht mitgerissen. Und der Raum, in dem sie ertönen, ist ein Stein gewordenes Märchen aus Duft, Dämmer-schein und Farbenglut. Dr. A. wünscht sich, daß diese Kulturidee niemals erster-ben möge, denn das wäre ein unersetzlicher Verlust. Er weiß: Es sind Meister-werke deutscher Kultur, die er soeben hören durfte. Ihm wird klar: Jede Beschäf-tigung mit kulturellen Großtaten ist für ihn Heimat und führt zu dem beglücken-den Ergebnis einer Stärkung der wahren Heimatliebe. Der Bericht schließt mit den Worten: Dem deutschen Gedanken in Vergangenheit, Gegenwart und Zu-kunft gilt mein Gruß.

Kapitel 21. Dr. Ablaß als Literatur-Rezensent

Daß Dr. A. vielseitig interessiert war, nämlich auch außerhalb seines eigenen beruflichen Fachgebiets, der Juristerei, hat der Leser schon in mehreren voranstehenden Kapiteln erkennen können. Aber während es z.B. in dem Kapitel über die Reisen hauptsächlich um das Wissen über die Kulturen und die Geschichte anderer Länder und Erdteile geht, zeigt er sich in Kapitel 21 von einer anderen Seite. In einem im „Boten“ abgedruckten Zeitungsartikel rezensiert er im Jahre 1927 ein damals soeben herausgekommenes Buch, in dem es um die Darstellung einer Reihe im deutschen Kulturleben bekannter Persönlichkeiten geht. Der Artikel läßt erkennen, daß Dr. A. nicht nur über den Inhalt des Buches, sondern auch über dessen Verfasser und sein Lebensschicksal gut Bescheid weiß. Es handelt sich um Professor Hanns Fechner, geboren in Berlin am 7.6.1860, der anfangs als Porträtmaler tätig gewesen war, dann aber erblindete und deshalb seinen Beruf aufgeben mußte und sich der Schriftstellerei zuwandte, bis er am 30.11.1931 in seinem Heim in Schreiberhau verstarb.

In dem Buch erzählt Fechner über einzelne Maler, Bildhauer, Dichter, Schriftsteller, Gelehrte, Staatsmänner und Fürsten Dinge, die ihr Leben prägten und die ihre Persönlichkeit ausmachten. Die Gelegenheiten, jeden einzelnen näher kennenzulernen, hatten sich dem Verfasser geboten, als er sie malte. So trägt sein Buch den Titel „Menschen, die ich malte“. Einen hat er allerdings nicht gemalt, und das war der Dichter Carl Hauptmann. Mit ihm aber verband ihn eine lebenslange Freundschaft. Und so erfährt man aus dem Buch vieles von Carl Hauptmanns Seelenleben und von seinem Ringen um künstlerische Vervollkommnung; insgesamt ist viel Nahegehendes über ihn für die Nachwelt darin aufbewahrt. Alle die von Fechner beschriebenen Persönlichkeiten lernt man kennen mit ihrem Wesen, ihrem Charakter und ihren Fähigkeiten. Zudem bietet das Buch dem Leser den Vorzug, über die dargestellten Menschen Dinge zu erfahren, die dem eigenen Erlebenskreis des Dichters Fechner entstammen. Und so überschreibt Dr. A. seinen Bericht über das Fechnersche Buch mit dem Wort „Lebenserinnerungen“.

Aus der Fülle der dargestellten Personenschicksale greift Dr. A. sechs Namen heraus und schildert bei jedem die Momente, die ihm als hervorhebenswert erscheinen. Die Rezension beschränkt sich zwar nicht auf die Kürze eines Klappentextes, aber sie ist doch gedrängt genug, um in dem, der sie liest, die Neugier und den Wunsch zu wecken, über die beschriebenen Persönlichkeiten mehr zu erfahren.



Lebenserinnerungen.

Vor mir liegt ein Buch von Hanns Fechner „Menschen, die ich malte“. Einst ein großer Porträtmaler von internationalem Rufe, mußte Professor Fechner nach seiner Erblindung Palette und Pinsel aus der Hand legen. Aber sein Künstlertum litt keine dauernde Muße, und so wurde er Schriftsteller und Dichter. Seitdem hat er von seinem Heim in Schreiberhau mancherlei Geisteswerke in die Welt entsandt, die den tiefen Humor jenes Mannes erkennen lassen, den auch ein schweres Schicksal nicht beugen konnte. Eine besonders schöne Gabe seiner Schilderkunst ist das jetzt vorliegende Buch, das gerade recht zur Weihnachtszeit erscheint.

Als Mensch, Charakter und Dichter fühlt sich Hanns Fechner wohl am engsten verbunden mit dem ihm geistesverwandten Wilhelm Raabe, über den er am ausführlichsten zu berichten weiß. Es gibt vielleicht keine bessere Würdigung der Dichtergestalt des bedeutenden Humoristen als die feinfühligsten, nachschaffenden Worte Fechners voller Verständnisses, Hingebung und Liebe. Kann man etwas Ergreifenderes denken als den Brief einer Mutter an den Verfasser, die ihrem Sohne auf seinem Krankenbette den letzten Trost spendet durch die Widmung von Raabe's Schriften, bis ihm der Tod die müden Augen zudrückt? Oder den Brief des jungen Lehrers voll glühender Begeisterung, der als Werkstudent im Bergwerke sein Leben lassen mußte?

Und wie lebendig läßt Fechner die lebenswerte Gestalt von Theodor Fontane vor uns erstehen, dessen große Herzensgüte und reines Menschentum er uns plastisch nahe bringt in einer Fülle prächtiger Züge. Wir erfahren Intimstes von dem Aufenthalte Fontane's im Riesengebirge, das er so sehr geliebt hat. Von diesem Dichter führt die Verbindung hinüber zu den großen heimischen Dichter-Gestalten des Schlesierlandes. Wir vernehmen mit innerster Freude, wie Fontane als einer der wenigen berufenen Kritiker der damaligen Zeit mit lebhafter Zustimmung und prophetischem Verständnis eintrat für das aufstrebende Genie unseres

großen Gerhart Hauptmann, dessen naturalistisches Jugendwerk „Vor Sonnenaufgang“ er in voller Würdigung des gewaltigen Inhalts so anerkannte, wie es jetzt als ein Monumentalwerk der damaligen gärenden Zeit vor uns steht. Nicht anders stand Fontane den „Webern“ gegenüber, deren unvergängliche Meisterschaft er rückhaltlos auf sich wirken ließ. Voll dramatischer Lebendigkeit aber ist die Schilderung Fechner's von der ersten Aufführung des Jugendwerkes von Gerhart Hauptmann, bei der die Geister in ungeheurer Kampflust aufeinanderplatzten.

Fechner selbst schildert uns die beiden Brüder Gerhart und Karl Hauptmann als kongenial mit der Gerechtigkeit, die von dem tiefsten Verständnisse getragen wird. Er gibt das schöne Wort Fontanes wieder, das er sprach, nachdem er des älteren Bruders „Ephraims Breite“ gelesen hatte: „Von heute an schließe ich zwei Hauptleute in mein Gebet ein.“ Geistvoll ist die Schilderung Fechners von einem Silvesterabend in der gastlichen Halle des Hauses Gerhart Hauptmann's in Agnetendorf mit der Erinnerung an das Geschenk der alten Prachtbibel an den Dichter des Emanuel Quint. Überall Verbindungen, Zusammenhänge, notwendig Gewordenes, statt des zufällig Entstandenen.

Wie Fechner dem sympathischen und feinen Seelenmenschen Karl Hauptmann gerecht wird, das zu lesen ist ein wahres geistiges Labsal. Schade, daß es dem Maler Fechner nicht mehr vergönnt war, die Figur von Karl Hauptmann im Bilde festzuhalten, so wie er dies in einem besonders charakteristischen Jugendbildnis von Gerhart Hauptmann¹ getan hat. Packend läßt er vor uns das Ringen Karl Hauptmann's um die Vollendung erstehen. Wohl das Ergreifendste aber ist die Totenklage Fechner's um seinen entschlafenen Freund.

Mit besonderer Liebe behandelt Fechner den großen Naturwissenschaftler und Dichter Wilhelm Boelsche, der uns die tiefsten Geheimnisse des Werdens und Entstehens enthüllt in der klassischen Form der Schönheit. Wir lernen ihn kennen als den Mann des tiefen Geistes, des vollen Herzens und des hellen Frohsinns.

Als letzten aus der Reihe der großen Schlesier aber schildert uns Fechner aus eigenen Erlebnissen den unvergleichlichen Adolf Menzel,² dessen ganze Persönlichkeit vor uns in ihrer vollen geschichtlichen Wirksamkeit erwacht.

Noch viel erfahren wir über einzelne Maler, Bildhauer, Dichter, Schriftsteller, Gelehrte, Staatsmänner und Fürsten. Überall wirkt das persönlich Erlebte fesselnd und anregend. Ein Schatzkästlein hat uns Fechner beschert. Nichts haben seine Schilderungen gemein mit der papiernen Sphäre der Literatur- und Kunstgeschichte. Hier ist Leben und Bewegung. Der Besitz des Buches wird für jeden von Wert sein, wenn er der Freude nicht bar ist.

Dr. Bruno Ablaß

¹ Gemalt in den ersten April-Tagen 1892, Gerhart Hauptmann war 29 Jahre alt.

² Maler und Graphiker, 1815 – 1905.

Kapitel 22. Der Politiker Ablaß bewertet das Ergebnis der Reichstagswahl von 1928 und zieht Folgerungen

Am 20. Mai 1928 wurde in Deutschland der Reichstag neu gewählt. Die Deutsche Demokratische Partei (DDP) hatte ihren Wahlkampf mit dem Ziel geführt, daß die Wähler die parlamentarische Mitte stärken sollten, damit in den kommenden 4 Jahren eine volksfreundliche Politik betrieben werden könne. Dr. A. – Mitglied der DDP – bekennt, daß dieses Ziel nicht erreicht wurde. Die Zahl der Abgeordneten-Mandate der DDP war gegenüber der vorangegangenen Wahlperiode deutlich zurückgegangen. Deshalb macht er sich in dem unten abgedruckten Zeitungsartikel vom 3.6.1928 Gedanken darüber, woran es gelegen haben könnte, daß bei den Wählern das Vertrauen in die DDP gelitten hat und ob die Mißstimmung vieler Wähler nicht eine gewisse Berechtigung hat.

Er blickt zurück auf die Zeiten des 19. Jahrhunderts, wo die liberalen Parteien mit ihren damals vertretenen politischen Zielen sich zu stolzer Größe hatten aufschwingen können. Nach der Neugründung der DDP im Jahre 1918 hatte sich den Liberalen die Aufgabe gestellt, ihre altbewährten Grundsätze fortzuentwickeln. Künftig wollten sie mehrere politische Ziele gleichzeitig vertreten, um sich den unterschiedlichen Bevölkerungsschichten als die Partei ihrer Wahl darzustellen. Damit war aber eine gezielte Förderung einzelner Bevölkerungsgruppen nicht durchführbar. Die Partei hatte es sich selbst schwer gemacht, in dieser Hinsicht eine bestimmte Linie konsequent zu verfolgen und ihre Politik als folgerichtig erscheinen zu lassen.

In dem mit „Ausblick“ überschriebenen Artikel prüft Dr. A. nun, auf welchen Politikfeldern die Partei bei der Zusammenarbeit mit den Koalitionspartnern ihren liberalen Standpunkt nicht bestimmt genug vertreten hat, wo sie in der Verfolgung dessen, was sie als erstrebenswert erkannt hatte, zu zurückhaltend vorgegangen ist, ob sie vielleicht zu oft Zugeständnisse gemacht hat, mit denen sie ihre liberalen Grundsätze verlassen hat. Auf diese Fragen hin klopft er mehrere Sachgebiete ab, so die Beibehaltung der Wohnungszwangswirtschaft und die Einführung des 8-Studentages auch für freiberuflich Tätige sowie die Vertretung grundlegender nationaler Interessen gegenüber den bisherigen Kriegsgegnern. Auch wehrt er sich gegen eine journalistische Bevormundung durch eine großstädtische Presse, der er vorwirft, sie habe kaum noch Kontakt zur Wählerschaft und argumentiere ins Blaue hinein.

Abschließend sagt Dr. Ablaß dem Liberalismus eine günstige Zukunft voraus, allerdings nur dann, wenn Streitigkeiten zwischen allen liberal denkenden Politikern künftig unterbleiben und wenn die Partei sich im Bereich der Wirtschaftspolitik wieder auf die altbewährten liberalen Ziele besinnt.

Lesen Sie nun, welche Überlegungen zur Zukunft des Liberalismus in Deutschland der Politiker Bruno Ablaß im einzelnen angestellt hat, in seinen eigenen Worten niedergelegt im Jahre 1928.

„Der Bote aus den Riesengebirge“ vom 3. Juni 1928.

Ausblick. von Dr. Bruno Ablaß

Die Wahlen zum deutschen Reichstage und preußischen Landtage liegen hinter uns. Sie wurden von demokratischer Seite in der Erkenntnis geführt, daß die Mitte aus dem Wahlkampf gestärkt hervorgehen müsse, wenn die Stetigkeit und Folgerichtigkeit einer volksfreundlichen Politik für die vor uns liegenden vier Jahre gewährleistet werden sollte. Das Ergebnis war nicht das gewünschte. Die Mitte, gebildet durch das Zentrum, die Deutsche Volkspartei und die Demokratische Partei, hat eine nicht unbeträchtliche Einbuße an Mandaten erlitten.

Erheblich geschwächt ist auch die Deutschnationale Volkspartei aus dem Wahlkampfe hervorgegangen. Ihr Mißerfolg war verständlich, weil die ganze offizielle Politik, die sie als Teilhaberin der Regierung im Rechtsblock und als Inhaberin von vier Ministerstellen betrieb, in unüberbrückbarem Gegensatz stand zu der Politik, die sie glaubte, draußen im Lande, besonders in Volksversammlungen, aus Popularitätshascherei treiben zu müssen. Sie befolgte eine Politik der Doppelzüngigkeit, die mit geläuterten Anschauungen im politischen Leben unvereinbar war. Dieselbe demagogische Politik hatte sie schon bei den Wahlen des Jahres 1924 betrieben, als sie weiten Kreisen des Volkes, besonders den Kleinrentnern, Versprechungen machte, die sie zu halten weder gewillt noch imstande war.

Die Demokratische Partei hat sich solche Vorwürfe nicht zu machen. Sie war vielleicht viel zu zurückhaltend in der Verfolgung alles dessen, was ihr als erstrebenswert erscheinen mußte, und damit hat sie in weiten Volkskreisen stark an Boden verloren.

Die stärkste Partei ist die sozialdemokratische mit ihren mehr als 150 Sitzen im Reichstage. Sie hat die Stimmen nicht nur erhalten aus den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft, sondern weite Teile des ehemals freiheitlich gesinnten Bürgertums sind zu ihr übergegangen, ohne ihr aus Überzeugung anzugehören. Deshalb muß jetzt den tieferen Gründen für diese auffällige Erscheinung nachgespürt werden, weil es notwendig ist, sich darüber klar zu werden, ob nicht die Mißstimmung des Bürgertums über die auch von der Demokratischen Partei betriebene Politik eine gewisse innerliche Berechtigung hat.

Als die Deutsche Demokratische Partei gegründet wurde, traten ihr hauptsächlich die Angehörigen der Fortschrittlichen Volkspartei und eines bedeutsamen Teiles der alten Nationalliberalen Partei bei. Sie war ein vollständig neues Gebilde, betrachtete es aber als ihre Aufgabe, die bewährten Grundsätze der bezeichneten beiden Parteien auf anderer staatsrechtlicher Grundlage fortzuentwickeln. Sie wollte demokratisch, national, sozial und liberal sein. Deshalb setzten sich auch die Angehörigen der Partei aus den verschiedensten Bevölkerungsschichten, besonders den Beamten, Lehrern, selbständigen Kaufleuten, Gewerbetreibenden, Arbeitgebern und Arbeitnehmern und Angehörigen der freien Berufe zusammen. Schon diese Aufzählung zeigt, daß es nicht ganz leicht war, den verschiedenen Richtungen

innerhalb der Wählerschaft gleichmäßig gerecht zu werden, so daß die an sich allein mögliche und verständliche, aber durchaus unpopuläre Politik des Ausgleichs der Interessen statt der Förderung einzelner Berufsgruppen gewählt werden mußte.

Als Anhängerin der Idee der großen Koalition war die Deutsch-Demokratische Partei genötigt, in vielen Fragen mit der sozialdemokratischen Partei zusammenzuarbeiten auch auf Gebieten, in denen ihre Ziele gegensätzliche waren. Dadurch sah sie sich häufig genötigt, Zugeständnisse zu machen, die mit ihren alten Grundsätzen nicht überall zu vereinigen waren, so daß viele Anhänger der Partei zweifelhaft zu werden begannen, ob die alten erprobten Richtlinien der Politik noch innegehalten würden. Diese Bedenken waren besonders stark verbreitet unter den Vertretern des alten liberalen Gedankens.

Das ganze neunzehnte Jahrhundert war ausgefüllt durch die Kämpfe des deutschen Liberalismus gegen den fürstlichen Absolutismus, geistliche Vorrechte, Adelsprivilegien und die soziale und wirtschaftliche Gebundenheit. Der Liberalismus erstrebte den Staat der individualistischen Freiheit des geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens. Dieser Kampf des Liberalismus führte zu einem Siege seiner Ideen, der sich zum Teil verwirklichte in der Bismarck'schen Schöpfung des neuen deutschen Reiches.

Auf wirtschaftlichem Gebiete bildete den Gegenpol der liberalen Weltanschauung der Sozialismus mit seiner Ablehnung des Grundsatzes der wirtschaftlichen Selbstbestimmung des einzelnen. Der Sozialismus setzte an die Stelle der individualistischen Verantwortlichkeit den Grundsatz der Garantie der wirtschaftlichen Existenz aller Staatsbürger durch den Staat. Daraus entsprang das Programm der Vergesellschaftung des Eigentums an den Produktionsmitteln und der Übergang der Leitung der Produktion auf die staatlich organisierte Gesellschaft. Logischer als in der Stellungnahme der Sozialdemokratie ist die Entwicklung dieses Gedankenganges in der Form des ausgesprochenen Kommunismus, der dem Sozialismus den Vorwurf der Halbheit macht, soweit er nicht die letzten Konsequenzen zu Gunsten einer allgemein staatlich geordneten Selbstbestimmung zieht. In dieser begrifflichen Verschiedenheit des Liberalismus und des Sozialismus mußten sich wirtschaftlich Gegensätze herausbilden, die miteinander nicht leicht zu vereinigen waren.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die Deutsch-Demokratische Partei zu Gunsten des sozialen Gedankens in der Verwirklichung ihres wirtschaftlich liberalen Programms nicht immer genügend folgerichtig gehandelt hat. Die stark schematische Ausgestaltung des achtstündigen Arbeitstages hat viele Angehörige des gewerblichen Mittelstandes, insbesondere des Handwerks, verletzt. Auch die Angehörigen der freien Berufe haben es nicht verstehen können, daß der achtstündige Arbeitstag für sie zwangsweise eingeführt worden ist, obgleich er mit den Interessen der Berufe vollkommen unvereinbar ist. Sodann hat die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens zu Mißständen geführt, die teilweise geradezu unerträglich sind. Überall ist die Zwangswirtschaft der Kriegszeit gefallen; nur hier glaubt man, ihrer nicht entraten zu können. Fast der

gesamte Hausbesitz sträubt sich gegen die Aufrechterhaltung einer wirtschaftlichen Bevormundung, die mit liberalen Anschauungen nichts mehr gemein hat. Die Mieterkreise aber meinen, daß der Liberalismus kein ausreichender Schützer ihres Verlangens sei, die Zwangswirtschaft im Mietswesen als dauernde staatliche Einrichtung einer notwendigen Sozialisierung mit dem Ziele der Verbilligung des Mietszinses gewährleistet zu erhalten. So hat die Demokratische Partei viele ihrer besten Anhänger des Bürgerstandes verloren, weil diese in ihrer Politik eine Abkehr von den alten liberalen Grundsätzen erblicken zu müssen glaubten.

Auf dem Gebiete der Staatsverfassung gibt es zwischen den wahrhaft freiheitlich gesinnten Parteien kaum noch irgendwelchen Gegensatz. Die Republik und die Demokratie erscheinen gegen alle Angriffe der äußersten Rechten und der äußersten Linken genügend gesichert. Deshalb hat sich auch das ganze Interesse der Wählerschaft auf die Erörterung der wirtschaftlichen Fragen eingestellt, die ihnen fast ausschließlich noch Hauptaufgabe der staatlichen Betätigung zu sein scheinen. Daraus erklärt sich das tiefbedauerliche Anschwellen der Stimmenzahl der reinen Wirtschaftsparteien mit ihren Sonderinteressen, die im Staatswesen nur zur Zersplitterung, niemals aber zu der unumgänglich notwendigen Zusammenfassung aller staatserhaltenden Kräfte führen. Sache der Demokratischen Partei wird es in Zukunft sein müssen, das Volk wieder aufzurufen zur Verfolgung der bewährten liberalen Wirtschaftsgrundsätze, die wir in unseren Tagen weniger als je zuvor entbehren können. Daß der Liberalismus alsdann dem Sozialismus gegenüber in eine Kampfstellung gerät, darf ihn von der Verfolgung seiner als richtig anerkannten Ziele nicht abhalten. Es ist tief bedauerlich, daß sogar der kleine Bauernstand, der in ländlichen Wahlkreisen vielfach die Kerntruppe des politischen Fortschritts gebildet hat, gleichfalls nicht mehr glaubt, dem Liberalismus die alte Treue bewahren zu müssen. Freilich ist hier der Standpunkt des Bauerntums im Hinblick auf die unanfechtbare Haltung der Partei vollkommen unverständlich, und er wird nur erklärlich durch den allgemeinen Hang, alle wirtschaftlichen Interessen durch Sondergruppen vertreten zu lassen.

Auf dem Gebiete der nationalen Betätigung beherrscht weite Kreise der Wählerschaft die unklare und sicher grundfalsche Vorstellung von einer Gemeinsamkeit der Interessen der wahren Demokratie und eines uferlosen Pazifismus. Niemand von Verantwortlichkeitsgefühl leugnet in unseren Tagen, daß die Politik der Verständigung mit unseren früheren Feinden die einzig mögliche ist. Aber man kann eine Politik mit dem Verstande oder mit dem Herzen treiben. In brutaler Weise werden noch jetzt in der Auslandspolitik die Grundsätze der Gerechtigkeit mit Füßen getreten, und das deutsche Ansehen erfährt noch stündlich schwerste Beeinträchtigung durch die Machthaber der ehemaligen Feindesmächte. Darum ist die stärkste Betonung des nationalen Gedankens eine Pflicht der politischen Ehre. Auch im Völkerbunde kann ein Volk nur dann Ansehen und Einfluß erlangen, wenn es national stark und gefestigt dasteht. Einstmals war der Liberalismus der berufene und anerkannte Träger des nationalen deutschen Gedankens. Es ist bedauerlich und kaum zu verstehen, wenn man auf Schritt und Tritt bemerken muß, wie weite Kreise

gerade der gebildeten deutschen Jugend sich der demokratischen Weltauffassung teils feindlich, teils kühl beobachtend gegenüberstellen, weil sie meinen, daß die Betonung des nationalen Empfindens eine viel schärfere sein müsse, als es im Augenblick ihren berechtigten Erwartungen entspricht. Ohne die Jugend kann keine Partei ihre Hoffnung auf die Zukunft setzen. Der Gedanke des ewigen Friedens in einem Völkerbunde ist ein hohes philosophisches Ideal, an dessen Verwirklichung zu arbeiten aber erst dann an der Zeit ist, wenn die zerstörten Grundlagen der Gerechtigkeit im Völkerleben wiederhergestellt sind. Niemand leidet furchtbarer unter jenem Geist der Ungerechtigkeit als das entwaffnete Deutschland, das umringt wird von Nationen, die bis an die Zähne bewaffnet sind, allen vertraglichen Zusicherungen zuwider aber nichts von ihrer Vormachtstellung preisgeben.

Will die Deutsche Demokratische Partei das alte Vertrauen der Wählerschaft wiedergewinnen, dann wird sie sich stärker einstellen müssen auf die alten sieghaften Ideen des Liberalismus in echt nationalem Geiste. Dazu ist es erforderlich, daß die Streitigkeiten zwischen allen wahrhaft liberal denkenden Politikern möglichst ausgeschaltet werden, damit eine Einheitlichkeit des liberalen Empfindens und Handelns geschaffen wird. In welcher Form sich eine Zusammenarbeit des liberalen Bürgertums herbeiführen lassen kann, mag der weiteren Erörterung vorbehalten werden. Hierbei mag die Bemerkung gestattet sein, daß sich das demokratische Bürgertum möglichst freimachen muß von der Bevormundung auf journalistischem Gebiete durch eine großstädtische Weltpresse, die mit der Wählerschaft kaum noch irgendwelche Berührungspunkte hat.

Als das Schulgesetz eingebracht wurde, da erwachte wenigstens teilweise wieder in der gebildeten deutschen Bevölkerung die Erkenntnis, daß auch Kulturaufgaben nicht anders gelöst werden können als im Geiste der Denkfreiheit und der Toleranz. Die sozialdemokratische Partei aber erklärt es für eine ihrer vornehmsten Aufgaben auf dem Gebiete des Schulwesens, statt die verfassungsmäßig festgelegte Einheitschule zu suchen, neben die streng geschiedenen konfessionellen Schulen eine neue konfessionslose Weltanschauungsschule unter vollkommener Nichtachtung der Verfassung zu stellen, um damit den Keim des Zwiespaltes und der konfessionellen Feindschaft schon in das früheste Kindesalter hineinzutragen. Auch hier klappt eine breite Kluft zwischen den Anschauungen des Liberalismus und des Sozialismus.

Mit Recht hat die Deutsche Demokratische Partei den zündenden Gedanken des großdeutschen Einheitsstaates in den Wahlkampf geworfen. Bei der Enge der wirtschaftlichen Abgeschlossenheit der Wählerkreise hat diese Idee nicht so eingeschlagen, wie sie es verdient hätte. Aber sie ist der Leitstern der Zukunft. Hier hat sich die Demokratische Partei besonnen auf ihre größte geschichtliche Überlieferung. Wenn sie es auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik mit gleicher Entschiedenheit tut, dann wird dem Liberalismus wieder die Zukunft gehören. Dazu ist erforderlich die Zusammenarbeit aller im Geiste der Freiheit gleichgesinnten Bürger. Die Erkenntnis der Notwendigkeit einer echten Gesinnungsgemeinschaft bricht sich von Tag zu Tag mehr Bahn. Wenn die Zeichen der Zeit verstanden werden, dann werden die Lehren der letzten Wahlen nicht umsonst gewesen sein.

Kapitel 23. Ende der Amtszeit als Stadtverordneten-Vorsteher. (auszugsweise Wiedergabe eines Berichts aus der Zeitung vom 17.11.1929)



Stadtverordneten-Sitzung in Hirschberg

Straßenbauten am Fischerberg.
Eine Reihe Vorlagen vertagt.

Hirschberg, 15. November.

Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Dr. Ablaß eröffnete die letzte Sitzung des gegenwärtigen Hirschberger Stadtverordneten-Kollegiums am Freitagnachmittag mit einem Nachruf für den Stadtverordnetenboten Knoblauch. Die beiden Spitzenkandidaten der Stadtverordneten-Wahllisten 1 und 14 wurden auf Anregung des Dr. Ablaß ermächtigt, dem nächsten Stadtparlament Vorschläge für die Nachfolgeschaft des Stadtverordnetenboten zu unterbreiten. Die Begründung des Dr. Ablaß, daß diese beiden Kandidaten wohl sicher in das nächste Stadtparlament einziehen würden, erregte schmunzelnde Heiterkeit.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wies dann Vorsteher Dr. Ablaß darauf hin, daß die Stadtverordneten heute ihre letzte Sitzung hätten. Wenn sie auf ihr Tun zurückblicken, so würden sie erkennen, daß sie nicht in allem einig gewesen seien, aber es werde kaum eine Session in so bewegter Zeit gegeben haben, in der mit so viel Fleiß und Gewissenhaftigkeit gearbeitet worden sei, wie in dieser Periode. Er, Dr. Ablaß, glaube, daß man

das Wirken der jetzigen Stadtverordnetenversammlung

in dieser Beziehung ehrend einschätzen könne, und er wünsche, daß die nächste Versammlung in gleichem Sinne zum Wohle der Stadt arbeiten möchte.

Das Kollegium bemühte sich, seinem Nachfolger diejenigen Vorlagen, über die man zweierlei Meinung sein konnte,

zur Beschlußfassung zurückzustellen.

So verschob man die Kenntnissnahme von einem Magistratsbeschluß, von einem Erweiterungsbau des Berufsschulgebäudes mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Stadt zur Zeit abzusehen, auf die nächste Sitzung. Auch die Eingemeindungsangelegenheit Straupitz überließ man auf Antrag der Stadtverordneten Kadach und Beiersdorf, denen sich auch Vorsteher Dr. Ablaß angeschlossen hatte, der neuen Stadtverordnetenversammlung.

Kapitel 24. Dr. Ablaß als Alterspräsident. (auszugsweise Wiedergabe eines Berichts aus der Zeitung vom 01.12.1929)



Hirschberger Stadtverordneten. Die erste Sitzung nach dem Wahlen. Wahl des Vorstandes.

Hirschberg. 29. November.

Der ersten Sitzung des neuen Hirschberger Stadtparlaments wurde vom Publikum außerordentlich starkes Interesse entgegengebracht. Die Polizei mußte sogar den Zugang zum Sitzungssaal sperren. Der Magistrat hatte die Sitzung einberufen. Oberbürgermeister Dr. Rickelt wies in seinen Einführungsworten auf die Pflichten der Stadtverordneten hin. Die zweiunddreißig Stadtverordneten wurden durch den Oberbürgermeister in der üblichen Weise durch Handschlag verpflichtet. Daraufhin begrüßte der Oberbürgermeister die neuen Stadtverordneten und gab dem Wunsche Ausdruck, daß ihre Tätigkeit dem Wohle der Stadt dienen möge.

Als Alterspräsident übernahm dann der frühere Stadtverordnetenvorsteher Dr. Ablaß die Leitung der Versammlung. Warme Worte dankbaren Gedenkens widmete er dem vor einigen Tagen gestorbenen Stadtrat, Schulrat a. D. Radomski. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen.

Die Erklärung des Stadtv. Bäumer, daß sich die sog. bürgerlichen Stadtverordneten der Listen 3, 14 und 15, also Zentrum, bürgerlich-wirtschaftliche Gemeinschaft und Wirtschaftspartei mit Ausnahme von Dr. Ablaß, zu einem Bürgerblock zusammengeschlossen hätten und damit über vierzehn Sitze verfügen, erregte bei den Sozialisten starke Bewegung.

Zur Wahl des Vorsitzenden

schlug Stadtv. Bäumer Rechtsanwalt Beiersdorf vor, während die Sozialisten den Stadtv. Stritzke in Vorschlag brachten. Beiersdorf wurde mit zwanzig Stimmen gewählt, während für Stritzke elf Stimmen abgegeben wurden. Ein Zettel war leer.

Vorsteher Beiersdorf dankte dem ehemaligen Vorsteher Dr. Ablaß im Namen der Bürgerschaft für die gewaltige Arbeit, die Ablaß zum Wohle der Stadt in vorbildlicher Unparteilichkeit geleistet habe. Das Wohl der Stadt, so betonte der neue Vorsteher besonders, habe Dr. Ablaß stets vor Augen gestanden, und in diesem Sinne habe er gearbeitet unter Zurücksetzung seiner eigenen Persönlichkeit. Mit dem Wunsche auf ein gedeihliches Zusammenarbeiten schloß der Vorsteher seine Antrittsrede.

An den weiteren Wahlen zum Vorstande beteiligten sich die Sozialisten nicht mehr. So wurde zum stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Schmidt mit vierzehn Stimmen gewählt bei achtzehn weißen Stimmzetteln. Schriftführer wurde Stadtv. Kuba mit neunzehn Stimmen bei dreizehn weißen Stimmzetteln und stellvertretender Schriftführer Frau Lüdersdorf mit vierzehn Stimmen gegen achtzehn weiße Zettel.

So weit ein Auszug aus dem Pressebericht über die erste nach den Wahlen abgehaltene Stadtverordneten-Sitzung, die von Dr. A. als Alterspräsident geleitet wurde.

In den Presseberichten über weitere Sitzungen des Hirschberger Stadtparlaments ist nur noch einmal eine Wortmeldung von Dr. A. erwähnt, nämlich in der Sitzung vom 16. Juli 1932, mitgeteilt in der „Schlesischen Gebirgszeitung“ vom 17.7.32. Der Magistrat hatte bei den Stadtverordneten die Genehmigung zum Ankauf eines Grundstücks in der Wilhelmstraße beantragt. Wie sich aus der Bezeichnung als „Drehrollen-Grundstück“ ergibt, handelte es sich um ein Grundstück besonderer Art, von dem eine bestimmte Gefahr ausging. Mit dem Ankauf wollte der Magistrat die rechtlichen Voraussetzungen schaffen, um diese „Gefahren-Ecke“ zu beseitigen. Über dieses Vorhaben kam es in der Versammlung zu einer längeren Aussprache. Mehrere Stadtverordnete meinten, an dieser Stelle der Wilhelmstraße bestehe keine besondere Gefahr. Ein leitender städtischer Beamter erklärte, der Ankauf entspreche dem Wunsch der Bürgerschaft. Eine größere Anzahl von Stadtverordneten fand den Kaufpreis für zu hoch, deshalb möge die Stadt ein Enteignungsverfahren einleiten, um billiger in den Besitz des Grundstücks zu gelangen.

Dem widersprach Stadtverordneter Dr. Ablaß. Er erläuterte die Rechtslage, wonach ein Enteignungsverfahren in diesem Falle unzulässig sei, weil man nicht eine bloße Grundfläche, sondern auch das darauf stehende Haus erwerben müsse.

Im Ergebnis einigte sich die Versammlung darauf, die Vorlage dem Hauptausschuß zu überweisen, damit dieser sich um eine Herabsetzung des Kaufpreises bemühen könne.

Kapitel 25. Dr. Ablaß wirkt auf eine Ehrung Wilhelm Bölsches hin

Wenn ich es schon für angebracht hielt, den Dichter Gerhart Hauptmann den Lesern näher vorzustellen, so erscheint dies bei Wilhelm Bölsche erst recht unerlässlich. Denn er war nicht einfach ein Schriftsteller wie viele andere, vielmehr hatte er ein Spezialgebiet, er war nämlich Naturforscher und Philosoph und gründete seine Erkenntnisse, über die er in seinen Schriften berichtete, auf intensive Beobachtungen der belebten und der unbelebten Natur. So siedelte er sich zunächst in einer norddeutschen Heidelandschaft an und später dann in einer noch einsameren Umgebung, nämlich nicht noch einmal unten im Tale, sondern weit oben dicht unterhalb eines der Hänge des Riesengebirges, fern von jeder zusammenhängenden menschlichen Siedlung, da, wo nur noch wenige Gleichgesinnte wohnten in ihren „Hütten am Hange“, wie der Dichter Carl Hauptmann sie bezeichnet hat. Dort konnte er ungehindert all das beobachten und erkunden, was die Natur dem aufmerksamen Forscherauge bot. Und davon gab es im Riesengebirge die Fülle. Nicht nur die belebte Natur zog seinen Erkundungsdrang an, nein, er betrachtete auch die unbelebte Gebirgswelt mit ihren Bergkuppen und Gipfeln, ihren Felsgebilden und Abhängen, ihren Rinnen, Lehnen und Schlüften und zog daraus mancherlei Schlüsse, z.B. auf welche Weise dies alles einmal entstanden sein konnte. Und alle seine Überlegungen konnte er in der Abgeschlossenheit der Gebirgswelt in wohlgesetzten Worten zu Papier bringen.¹

Und dabei war er von Geburt her ein Stadtmensch, geboren in Köln mitten im Winter direkt nach dem Jahreswechsel 1860/61. Sein Name war Wilhelm Bölsche. Er hatte u.a. Kunstgeschichte und Archäologie studiert und sich im Laufe seiner frühen Lebensjahrzehnte zum Naturforscher und Naturphilosophen entwickelt. Nach einem mehrmonatigen Parisaufenthalt hatte er sich 1886 in Friedrichshagen niedergelassen. Dieser Ort liegt in der märkischen Heide und wurde später zu Köpenick eingemeindet. Dort lernte er den Schriftsteller Bruno Wille kennen, dessen Roman „Die Abendburg“ später zu seinen bekanntesten Werken zählte. Zusammen mit ihm und mit den Brüdern Hart gründet Bölsche noch im selben Jahr den Dichterverein „Durch“. Wille und Bölsche arbeiten u.a. zusammen in der Freien Volksbühne und in der Redaktion einer Zeitschrift für Theaterfreunde.

Im Frühjahr 1887 sucht Gerhart Hauptmann den Verein „Durch“ auf und tritt damit in Beziehungen zu Bölsche und Wille und dem inzwischen gegründeten „Friedrichshagener Dichterkreis“. Zwischen Hauptmann und Bölsche entstand bald eine bis zu Bölsches Tode († 31.8.1939) anhaltende Duzfreundschaft.

Nachdem sich die Brüder Carl und Gerhart Hauptmann im Sommer 1891 in einem einsamen Winkel des Gebirgsdorfes Mittelschreiberhau niedergelassen hatten, bauten eine Reihe weiterer Künstler, die sich von jeder Alltagshektik abschotten wollten, ebenfalls in dieser Gegend ihr Anwesen, allerdings noch ein

¹ Anm: Der Literatur-Historiker Arno Lubos sagte ihm eine „erstaunliche Belesenheit, die Fähigkeit des Vereinfachens und einen flüssigen Schreibstil“ nach.

Stück weiter oben in Oberschreiberhau. Ab 1918 wohnte auch Bölsche dort. So entstand aus einer Streusiedlung die Keimzelle einer Künstlerkolonie. Formell gegründet wurde sie im Jahre 1922 unter dem Namen „Künstlervereinigung St. Lukas in Oberschreiberhau“. Und als Tagungslokal wurde eine am Ufer des Zackerle gelegene alte Sägemühle ausersehen; sie wurde entsprechend umgebaut und erhielt den Namen „Lukasmühle“.

Bölsche hatte mit der Abfassung literarischer Werke schon sehr viel früher begonnen; sein bekanntestes Werk, „Das Liebesleben in der Natur“, entstand in den Jahren 1898 - 1903. Neben wissenschaftlichen Abhandlungen schrieb er auch Gedichte und Romane; an die 25 Titel sind in einschlägigen Biografien vermerkt, darunter die vielbeachtete Schrift „Die naturwissenschaftlichen Grundlagen der Poesie“ (1887). Meisterhaft beherrschte er die Kunst stimmungsvoller Naturschilderungen. Seine Leser lehrte er, die Welt mit naturwissenschaftlichen Überlegungen zu begreifen. Er, der Forscher, der im Riesengebirge die Wunderwelt der Schöpfung zu erkunden und die Geheimnisse der Natur zu enträtseln suchte, war somit in den letzten Jahrzehnten seines Lebens ein beachteter Schriftsteller und vor allem für die Bewohner des Riesen- und des Isergebirges ein hochgeschätzter Mitbürger.

So blieb es denn nicht aus, daß auch der Hirschberger Rechtsanwalt und Stadtverordnete Bruno Ablaß und seine Gattin den Eheleuten Bölsche begegneten und sie bald zu ihrem festen Bekanntenkreis zählten. Man traf sich, teils verabredet, teils zufällig bei einer Wanderung im Gebirge oder bei der Einkehr zum Nachmittagskaffee in einem der Lokale in den Gebirgsorten, so wie Hedwig Ablaß es in ihrem Bericht aus dem Jahre 1952 erzählt hat. Bei solchen Gelegenheiten tauschte man gegenseitig Gedanken und Erfahrungen aus.

So ist es nicht verwunderlich, daß Dr. A. im Herbst 1930, als Bölsches 70. Geburtstag (2.1.1931) bevorstand, sich an Gerhart Hauptmann wandte und mit diesem zusammen überlegte, auf welche Weise man es erreichen könnte, daß Bölsche eine offizielle Ehrung zuteil wird. U.a. war daran gedacht, im Riesengebirge einen Gedenkstein am Rande der Schnee gruben aufstellen zu lassen mit Rücksicht darauf, daß Bölsche sich speziell mit diesen Gruben ausführlich beschäftigt hat und ihnen unter dem Titel „Aus der Schnee grube“ eine Sammlung unterschiedlicher literarischer Darstellungen gewidmet hat. Vor allem aber wollte man auf eine Ehrung auf wissenschaftlicher Grundlage hinwirken. Man wandte sich deshalb an den Regierungspräsidenten in Liegnitz. Dieser schlug vor, bei der Universität Breslau anzuregen, Bölsche den Ehrendoktor zu verleihen. Um der Anregung mehr Gewicht zu geben, sollten mehrere hochrangige Persönlichkeiten gebeten werden, die Anregung durch Mitunterzeichnung zu unterstützen. Entsprechende Anfragen richtete man an Professoren, Schriftsteller und Behördenleiter und erhielt eine Reihe von Unterschriften. Schließlich wurde ein von Dr. A. formuliertes Schreiben, das die Anregung enthielt, an den Rektor der Universität Breslau gesandt. Darin wurde die Persönlichkeit Bölsches mit folgenden Worten gewürdigt:

Am 2. Januar 1931 feiert Herr Wilhelm Bölsche in Schreiberhau seinen 70. Geburtstag. Er ist auf das Tiefste verwurzelt mit der schlesischen Bevölkerung, die mit Liebe und Verehrung zu ihm aufblickt als einem Manne, der hohe geistige Begabung und reiches Wissen mit der seltenen Fähigkeit vereinigt, die Ergebnisse der Wissenschaft in vorbildlicher Weise dem Verständnis der denkenden Bevölkerung nahezubringen und durch die Kraft und Schönheit seiner Darstellungsgabe auch nicht dem Gelehrtenstande Angehörige zum Mitfühlen und zur Beschäftigung mit den großen Problemen der Naturwissenschaft zu veranlassen.

Zu der angeregten Promotion kam es nicht. Woran das lag, läßt sich heute nicht mehr feststellen; möglicherweise war die Zeit von wenigen Wochen zu knapp für eine Vorbereitung. Vielleicht lag es aber auch daran, daß die Universität Breslau mit einer Ehrenpromotion Neuland betreten hätte, denn eine derartige Ehrung hatte sie bis dahin noch nie vorgenommen und tat dies erstmals im November 1942 gegenüber Gerhart Hauptmann.

Ehrungen anderer Art wurden Bölsche aus Anlaß seines 70. Geburtstages aber doch zuteil, nämlich vor allem von seiner Wohngemeinde Schreiberhau im Riesengebirge. Sie ehrte ihren Mitbürger aus diesem Anlaß sogar gleich zweimal: Zum einen mit einem Festabend, der am Geburtstag stattfand und bei dem Paul Löbe und Gerhart Hauptmann feierliche Ansprachen hielten,² zum anderen 2 Tage später am 4. Januar, einem Sonntag, mit einer öffentlichen Feier, die im Kurtheatersaal des Hotels „Zum Zackenfall“ stattfand und bei der die Gemeinde aussprach und durch eine Urkunde bekräftigte: „Wilhelm Bölsche | wird Ehrenbürger | von Schreiberhau i. R.“. Auf dieser Feier hielten der Regierungspräsident aus Liegnitz, der Direktor des Zoologischen Gartens Berlin, ein Universitätsprofessor und der Gemeinde-Vorsteher von Schreiberhau Ansprachen. Für die musikalische Umrahmung sorgte der Hirschberger Johlchor. Als Zuhörer erhielten u.a. Gerhart Hauptmann und Bruno Ablaß mit ihren Gattinnen Ehrenplätze.

Aber auch durch Abhandlungen, die in schlesischen Zeitschriften veröffentlicht wurden, erfuhr Bölsche eine Reihe von Ehrungen. So würdigte Eugen Kühnemann in der Zeitschrift „Schlesische Monatshefte, Blätter für Kultur und Schrifttum der Heimat“, Ausgabe Januar 1931 S. 47, sein Leben unter der Überschrift „Zu Bölsches 70. Geburtstag“. Und selbst über seinen Tod hinaus behielten die Schlesier ihren Wilhelm Bölsche in lebhafter Erinnerung. Das beweist ein Artikel, den Richard Bochalli, ein mit Bruno Ablaß näher bekannter Hirschberger Bürger, aus Anlaß von Bölsches 100. Geburtstag in der Zeitschrift „Der Schlesier“, Ausgabe Januar 1961, veröffentlichte und der den Titel trug:

Wilhelm Bölsche bleibt unvergessen.

² Aus Hauptmanns Ansprache sind bei Arno Lubos in seiner mehrbändigen „Geschichte der Literatur Schlesiens“ folgende Worte überliefert: „Wenn ich dich beobachte, lieber Freund, in deiner heiteren, gelassen in sich ruhenden Menschlichkeit, oder wenn ich daran denke, wie du in den Wäldern Schlesiens gleichsam eingewurzelt lebst, dann kommt es mir vor, als ob du dem Herzen der Natur weit enger als wir anderen verbunden bist, und es scheint, daß du von den Geheimnissen der starren und der lebenden Natur mehr weißt als wir alle“.

Kapitel 26. Die Zeit der Präsidial-Kabinette und der Notverordnungen

Im Versailler Friedensvertrag, der am 28. Juni 1919 unterzeichnet worden und am 10. Januar 1920 in Kraft getreten ist, mußte Deutschland – im Widerspruch zu den historischen Fakten – erklären, daß es am Ausbruch des Weltkrieges allein schuldig ist (Art. 231). Demzufolge mußte es sich verpflichten, an die am Kriege beteiligt gewesenenen westalliierten Mächte Reparationen zu zahlen. Zu diesen Mächten gehörten vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Belgien und Jugoslawien, das damals noch als „Serbo-kroatisch-slowenischer Staat“ bezeichnet wurde. Der Vertrag regelt die Reparationen in Teil VIII „Wiedergutmachungen“. Neben Wiederherstellung in Natur und Lieferung von Tieren und anderen Naturalien waren die Leistungen in Goldmark zu erbringen. Vorweg mußten allein auf die Kosten der Besatzungsarmee 20 Milliarden GM bis Mai 1921 gezahlt werden. Alle weiteren Leistungen sollten durch einen interalliierten Ausschuß mit dem Namen „Wiedergutmachungsausschuß“ festgesetzt werden. Der Ausschuß tagte geheim, war an keine Gesetzgebung und an keine Verfahrensregelungen gebunden und erhielt das Recht, das deutsche Steuer-System zu überprüfen. Er hatte die Aufgabe, sowohl den Gesamtbetrag als auch die darauf zu leistenden Teilzahlungen nach Höhe und Zahlungsdauer zu errechnen und sie später an Deutschland bekanntzugeben. Bis dahin sollte Deutschland laufende Zahlungen erbringen, deren Höhe vom Ausschuß geschätzt wurden. Erst als Deutschland in dieser Weise bereits Unsummen erbracht hatte, wurden im Jahre 1929 in dem von einer internationalen Kommission ausgearbeiteten Youngplan die deutschen Reparationsverpflichtungen endgültig geregelt. Danach sollte die letzte Zahlung im Jahre 1987 geleistet werden.

Diesen Umstand nutzten die rechts stehenden Oppositionsparteien in Deutschland aus, indem sie aufzeigten, daß für die nächsten 6 Jahrzehnte die Kinder und Enkel die Last dieser Reparationen zu tragen haben. Diese Parole verfehlte im Volk nicht ihre Wirkung: Viele Menschen liefen bei Wahlen zu den rechtsradikalen Parteien über.

Das Ausmaß der nunmehr festgelegten Zahlungen überstieg bei weitem Deutschlands Wirtschaftskraft. Regierung und Reichstag stimmten dieser enormen Belastung nur deshalb zu, weil man im Gegenzug erreichen konnte, daß die Besetzung des Rheinlandes durch alliierte Truppen 4 Jahre früher als im Friedensvertrag vorgesehen, beendet wurde.

Die nunmehr genau bezifferten horrenden Reparationsleistungen wurden in den Vereinigten Staaten sofort im Haushaltsplan als zu erwartende Einnahmen eingestellt. Das hatte, als Deutschland schon sehr bald die im Youngplan genannten Beträge nicht mehr aufbringen konnte, den Zusammenbruch der New Yorker Börse zur Folge, woraus sich in kürzester Zeit eine Weltwirtschaftskrise entwickelte. Sie machte vor Deutschland nicht Halt und verursachte hier eine

wachsende Arbeitslosigkeit, als deren Folge die Steuereinnahmen zurückgingen. Die Regierung stand vor der Wahl, entweder die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu erhöhen oder das Arbeitslosengeld zu kürzen. Im Parlament prallten die gegensätzlichen Auffassungen aufeinander, ohne daß es zu einer Einigung kam. Vielmehr brach im März 1930 das Lager der gemäßigten Parteien auseinander; die SPD auf der einen Seite, die bürgerlichen Parteien auf der anderen waren trotz warnender Stimmen nicht mehr zu einem Kompromiß bereit. Die sich hier abzeichnende Schwäche des Parlamentarismus hatte zur Folge, daß nach und nach im Volke starke Zweifel an der Brauchbarkeit des parlamentarischen Systems aufkamen. Und den nationalistischen Parteien lieferte dieser Umstand die Argumente, die sie brauchten, um den Kampf gegen den Parlamentarismus glaubhaft führen zu können. Sie konnten nunmehr ihrem Haß gegen das parlamentarische System freien Lauf lassen. Es kam zu einer raschen Aufeinanderfolge von Anschlägen mit Sprengstoff oder Bomben, darunter schon damals zu einem Bombenattentat auf das Reichstagsgebäude in Berlin. Der Haß gegen das „System“, wie die radikalen Parteien die demokratischen Verfassungsverhältnisse in Deutschland verächtlich nannten, nahm zu, und nach Hitlers Machtübernahme benutzten die Nazis den Ausdruck „System“ als Schimpfwort zur Verteufelung der demokratischen Republik. Deren gewählte Vertreter wurden als „Schergen des Systems“ verschrien. Das sollte man heute bedenken, wo dieses in der Nazi-Propaganda ständig verwendete Wort plötzlich fröhliche Urständ feiert in dem Ausdruck „systemrelevant“. Wer heute mit Blick auf das Staatswesen von „System“ spricht, gibt damit zu erkennen, daß er aus den sprachverhunzenden Machenschaften der Nazis nichts gelernt hat.

Die Maßnahmen zur Eindämmung der kritischen Wirtschaftslage waren Anlaß und Auslöser einer in der politischen Auseinandersetzung sich anbahnenden Radikalisierung; der letzte parlamentarisch gewählte Reichskanzler Hermann Müller nahm sie zum Anlaß für seinen Rücktritt. Daraufhin beauftragte am 28.3.1930 der Reichspräsident den Zentrumspolitiker Heinrich Brüning, eine Regierung ohne Bindung an den Reichstag zu bilden. Um dennoch eine parlamentarische Mehrheit zu erhalten, hätte Brüning die Regierungsbasis nach rechts erweitern müssen, aber wegen Zerstrittenheit in der DNVP-Fraktion gelang dies nicht. Die Regierung mußte künftig ohne Beteiligung des Reichstags als sogen. Präsidial-Kabinett handeln. Die rechtliche Handhabe dazu bot der von da an noch oft angewandte Artikel 48 WRV.¹

Brüning erarbeitete ein Programm zur Sanierung der Staatsfinanzen, das zugleich die Wirtschaft entlasten und die Arbeitslosigkeit mildern sollte. Der entsprechende Gesetzentwurf wurde aber von einer „destruktiven“ Parlamentsmehrheit aus SPD, KPD, DNVP und NSDAP abgelehnt, sodaß der Reichspräsident

¹ WRV = Weimarer Reichsverfassung

ihn als Notverordnung nach Art.48 WRV in Kraft setzen mußte. Als die genannten 4 Parteien die Aufhebung dieser Verordnung verlangten, wozu sie laut Verfassung berechtigt waren, löste der Reichspräsident gemäß Art. 25 WRV den Reichstag auf und setzte die Neuwahl auf den 14.7.1930 fest. Damit wurden 2 von der Verfassung getrennt vorgesehene Maßnahmen, die der Reichspräsident ergreifen konnte, miteinander verkoppelt, um die vom Parlament verlangte Aufhebung der Notverordnung zu umgehen.

Bei den Wahlen konnte die Regierung zwar damit punkten, die vorzeitige Räumung des Rheinlandes erreicht zu haben, und die DDP hatte sich durch Aufnahme anderer Gruppen zu einer breiten bürgerlichen Sammlungspartei unter dem neuen Namen „Deutsche Staatspartei“ erweitert; dennoch brachte die Wahl nicht die erhoffte Stärkung derjenigen Parteien, die die Regierungspolitik stützten, vielmehr gingen sie geschwächt daraus hervor. Gerade die NSDAP konnte erhebliche Stimmengewinne verbuchen. Das war der Erfolg einer in Demagogie ausgearteten Wahlpropaganda dieser Partei. 4 Tage vor der Wahl hatte sie ein „Manifest an das deutsche Volk“ verkündet, welches die politischen Gegner des „Volksbetruges“ bezichtigte und die Wähler aufforderte, sie zusammenzuschlagen, ja zu vernichten und dem damaligen „System“ ein Nein entgegenzusetzen. Hier wurde, wie bereits angedeutet, eine deutliche Radikalisierung in den politischen Äußerungen erkennbar.

Neben einer solchen bei den rechtsradikalen Parteien bedrohte auch ein zunehmender Linksradikalismus die parlamentarische Demokratie. Denn auch die Kommunisten hatten es mit phrasenhaften Parolen erreicht, ihren Stimmenanteil drastisch zu erhöhen.

Als dann schließlich die SPD doch zu der Einsicht gekommen war, daß sie die Politik Brünings tolerieren müsse, um den radikalen Kräften nicht weitere Angriffsmöglichkeiten zu bieten, fanden diese sich im Oktober 1931 in Bad Harzburg zu einer „Nationalen Opposition“ zusammen; sie forderten den sofortigen Rücktritt der Regierung Brüning und beschworen den Reichspräsidenten, eine wirkliche nationale Regierung zu berufen und damit den „rettenden Kurswechsel“ herbeizuführen. Daraufhin trat Brüning pro forma zurück, wurde aber vom Reichspräsidenten sofort wieder zum Kanzler ernannt und regierte weiter, wenn auch mit einem umgebildeten Kabinett.

Kurze Zeit darauf erlitt Hindenburg einen Schwäche-Anfall, von dem er sich zwar wieder erholte, doch war er von da an in seiner Urteilsfähigkeit beeinträchtigt: Er ging in der folgenden Zeit dazu über, sich nicht mehr selbst zu überlegen, welche Regierung am besten geeignet sei, das Land aus der Krise zu führen, sondern sich auf seine Berater zu verlassen und deren Vorschläge ungeprüft zu übernehmen. Hinter den Beratern aber standen die radikalen Parteien mit ihren Forderungen. Sie redeten dem Präsidenten ein, er müsse eine Rechtsregierung einsetzen, und zwar mit einem anderen Kanzler; auf diesem Wege sollte die NSDAP „gezähmt“ werden.

Inzwischen stand der Ablauf der 7jährigen Amtszeit des Reichspräsidenten im Frühjahr 1932 bevor, sodaß die Parteien sich darauf konzentrieren mußten, welche Taktik sie ihren Wählern empfehlen sollten. Der 1. Wahlgang am 13.3.1932 brachte Hindenburg zwar die meisten Stimmen ein, aber nicht die absolute Mehrheit. Folglich mußte am 10. April ein 2. Wahlgang stattfinden. Dabei ging es nicht um eine Stichwahl, sondern alle am 1. Wahlgang beteiligten Bewerber konnten wieder kandidieren. Nach dem Ergebnis des 1. Wahlganges zeichnete sich aber ab, daß die Entscheidung zwischen Hindenburg und Hitler fallen würde. Hindenburg wurde wiedergewählt und erklärte in einer Kundgebung an das deutsche Volk, er werde getreu seinem Eide sein Amt im Geiste der Überparteilichkeit und Gerechtigkeit weiterführen, um dem Vaterlande nach außen zu Freiheit und Gleichberechtigung und im Innern zu Einigkeit und Aufstieg zu verhelfen,

3 Tage nach der Wahl erließ der Reichsinnenminister Groener durch Verordnung ein Verbot und die Auflösung sämtlicher militärähnlicher Organisationen der NSDAP, insbesondere der Sturmabteilung (SA) und der Schutzstaffel (SS). Das war ein fälliger Schritt zur Eindämmung der national-sozialistischen Gefahr, weil derartige „Privatarmeen“ die friedliche Bürgerschaft beunruhigten. Über die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahme herrschte Uneinigkeit bis in die Regierung hinein. Die Forderung kam auf, aus Gründen der Gleichbehandlung auch die von der SPD bzw. von den Mittelparteien gestützten Organisationen „Reichsbanner“ und „Eiserne Front“ aufzulösen. Als Groener im Reichstag die Notwendigkeit der SA- und SS-Auflösung begründen wollte, wurde er niedergeschrien. Schließlich gelang es dem Kanzler, im Reichstag die deutsche Öffentlichkeit aufzurütteln mit dem Hinweis, daß die Rechtsopposition ohne Rücksicht auf die Not, in der sich das deutsche Volk befindet, eine destruktive Politik betreibe. Der Reichspräsident aber, der sich zeitweise auf sein Gut in Ostpreußen zurückgezogen hatte, wurde von den rechtsgerichteten Kreisen weiterhin bedrängt, sich von Brüning zu trennen und stattdessen eine Rechtsregierung zu bilden. In einer Besprechung mit dem Reichspräsidenten am 30. Mai 1932 lehnte Brüning diese Forderung ab und trat zurück. Hindenburg berief als neuen Kanzler einen Mann, der zwar als Abgeordneter des Zentrums im Preußischen Landtag saß, aber mit den Angelegenheiten der deutschen Innenpolitik so gut wie nicht vertraut war, nämlich Franz von Papen. Auf dessen Antrag hin löste Hindenburg am 4. Juni 1932 den Reichstag auf und setzte Neuwahlen auf den 31. Juli fest. Und was das Schlimmste war: Am 16. Juni wurde das erst 2 Monate zuvor angeordnete Verbot der militärähnlichen Organisationen der NSDAP aufgehoben. Damit war der Aggressivität dieser Organisationen wieder Tür und Tor geöffnet.

Wer bis hierher gelesen hat, der kann sich jetzt sicherlich eine Meinung darüber bilden, ob Dr. Ablaß recht hatte, als er im Juli 1932 in einem Aufruf an seine politischen Freunde die damaligen Zeitläufte als „eine Zeit wüstester Demagogie“ bezeichnete. In dieser Situation nämlich erinnerten sich Mitglieder der Deutschen Staatspartei an ihren verdienten Parteifreund Dr. Ablaß aus Hirschberg im

Riesengebirge und bestürmten ihn, sich bei der kommenden Wahl noch einmal für die liberale Partei als deren führender Kandidat aufstellen zu lassen. Schweren Herzens entschloß sich der inzwischen 66jährige Justizrat, dem Drängen seiner ehemaligen Mitstreiter zu folgen. Seinen Entschluß begründete er in dem genannten Aufruf: Er betrachte es als ein Gebot der Pflicht, in dieser Zeit der Gefahr sich dem Ruf zum Dienst am Volksganzen nicht zu entziehen. Und an seine Gesinnungsfreunde appellierte er, bei der bevorstehenden Reichstagswahl in gleichem Sinne tätig zu werden und mitzuarbeiten für die edle Sache des Liberalismus.

Auf dieses Schreiben, das am Ende dieses Kapitels im Wortlaut wiedergegeben ist, reagierte die Schlesische Gebirgszeitung, das Presse-Organ der Deutschen Nationalen, am 24. Juli 1932 mit einem hämischen Artikel, der überschrieben war „Man bringt sich in Erinnerung“ und der in der Voraussage gipfelte, die Staatspartei samt ihrem Spitzenkandidaten, wenn dieser auch eine noch so prominente Persönlichkeit sei, werde bei der Wahl eine große Enttäuschung erleben, „die man ihr vielleicht nicht mißgönnen wird“.

Ob Enttäuschung oder nicht, Dr. A. wurde nicht gewählt. Noch bei 2 weiteren Reichstagswahlen stellte er sich seiner Partei als Zählkandidat für den Wahlkreis Liegnitz zur Verfügung – beide Male wiederum vergeblich. Und diese beiden Wahlen, die im November 1932 und im März 1933 stattfanden, waren die letzten Reichstagswahlen, die es in Deutschland gegeben hat.

Die giftige politische Atmosphäre, die aus dem Presse-Artikel vom 24.7.32 spricht, war bald auch im Bereich der Hirschberger Kommunalpolitik zu spüren. Bei der Stadtverordnetenwahl vom Herbst 1933 wurde Dr. Ablaß zwar erneut in die Stadtverordneten-Versammlung gewählt, er legte dieses Amt aber nach wenigen Sitzungstagen nieder, als er erkannte, daß angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse im Rathaus alle aus liberalem Geist heraus gestellten Anträge auf Widerstand stießen. Mit diesem Schritt stellte er seine gesamte politische Tätigkeit ein.

- - - - -

Für dieses Kapitel verwendete Literatur:

Walter Tormin (Hg.) Die Weimarer Republik - Zeitgeschichte in Text und Quellen.

Wortlaut des Versailler Friedensvertrages.

Justizrat Dr. Ablaß

Hirschberg im Riesengebirge, im Juli 1932

Meinen politischen Freunden,

soweit sie sich mit mir noch aus den Tagen weit zurückliegender Kampfgemeinschaft verbunden fühlen, will ich mit wenigen Worten darüber Aufschluß geben, warum ich, wenn auch zunächst widerstrebend, noch einmal dem Wunsche meiner besten Gesinnungsgenossen nachgekommen bin, mich bei der jetzigen Reichstagswahl als führender Kandidat in der Liste der Staatspartei aufstellen zu lassen.

Es bedeutet gewiß keine innere Freude und keine sonderliche Genugtuung, in der Zeit wütesteter Demagogie, in der zahllose Deutsche den Stammesbruder nicht mehr achten, wenn er ihrer Partei nicht angehört, sich aus rein vaterländischen Erwägungen heraus in die vorderste Reihe der Streiter unter Preisgabe des Rechts auf allgemeine Achtung zu stellen. Als ich im Jahre 1903 mich zum ersten Male in den Reichstag wählen ließ, war ich mir dessen bewußt, daß anders als heute damit eine Zeit der ernstesten Arbeit und des höchsten Strebens begann, das zu geistiger Vertiefung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens führen sollte. Siebzehn Jahre lang habe ich mich in diesem Sinne betätigt, und die Krönung meines Lebenswerkes war die Mitarbeit an der Schöpfung der deutschen Reichsverfassung in Weimar als Mitglied des Verfassungsausschusses. Damit trat ich von der Schaubühne der Volksvertretung ab. Ich besitze den Ehrgeiz nicht mehr, mich in den Vordergrund der

Öffentlichkeit gestellt zu sehen. Aber ich hasse die Müdigkeit und Verzagtheit, die weite Kreise des Volkes veranlaßt hat, sich in der Stunde der höchsten Not dem Volke zu entziehen, wenn es sie zur Betätigung aufruft. Weit höher als Behaglichkeit und beschauliche Ruhe steht das Gebot der Pflicht, in Zeiten der Gefahr nicht müßig beiseite zu stehen. Ich erstrebe nichts anderes für mich, als vor mir selbst bekennen zu dürfen, daß ich im Sturm und Drang unserer Tage ein Diener des Volksganzen sein will. Opferfreudigkeit, Hingabe an den Staatsgedanken, Selbstlosigkeit und Selbstzucht müssen die Leitsterne jedes Mannes sein, der ein Führer im Geisteskampfe sein will. Darum geht meine Bitte an alle diejenigen, mit denen ich mich eins fühle im Denken und Handeln, in gleichem Sinne tätig zu werden bei der nächsten Reichstagswahl im Dienste der Staatspartei, die sich aufbaut auf dem Grundgedanken, daß hoch über den Interessen einer Partei das Wohl des ganzen großen Vaterlandes steht. Darum ersuche ich Sie um Ihre Mitarbeit, nicht für eine Person, sondern für die edle und erhabene Sache des freien Liberalismus, der unsere Wirtschaft und unser Geistesleben wieder befruchten muß wie einst in den glücklicheren Tagen unseres staatlichen Aufstieges. Allen Mitstreitern für des Vaterlandes Größe gilt mein heutiger Gruß.

H. Ables

Kapitel 27. Rückblick auf 38 Jahre Mitgliedschaft im Stadtparlament von Hirschberg

Als der Rechtsanwalt und Notar Dr. Bruno Ablaß im Dezember 1933 seine Position als Hirschberger Stadtverordneter aus eigenem Entschluß aufgab, konnte er auf eine nahezu 38 Jahre lange Mitgliedschaft in der Stadtverordnetenversammlung¹ zurückblicken. Zu Jahresbeginn 1896, als er diese Mitgliedschaft antrat, war er erst seit knapp 3 Jahren Hirschberger Bürger. Aber er hatte sich vorgenommen, seine Kraft nicht nur seinem Berufe, sondern darüber hinaus dem Wohl und Nutzen seiner Mitbürger zu widmen und sich für die Belange seiner neuen Heimatstadt tatkräftig einzusetzen. Und er merkte schnell, daß es in der Versammlung lebhaft zuing. Was wurde da nicht alles beantragt, beraten und beschlossen! Von der geringfügigsten Kleinigkeit bis zum Großprojekt, alles gelangte hier auf die Tagesordnung und erforderte die intensive Mitarbeit aller Versammlungsmitglieder.

Natürlich geschah auch Unvorhergesehenes, bei dem die Stadt und ihre Bewohner gefordert waren. Im Sommer 1897, 1 ½ Jahre nach dem Mandatsbeginn von Dr. A., ereignete sich im Hirschberger Tal ein starkes Unwetter, das eine Hochwasserkatastrophe zur Folge hatte, die alle Unwetter übertraf, die im Laufe des 19. Jahrhunderts das Riesengebirge und die Vorgebirgslandschaft heimgesucht hatten. Lediglich die als „schlesische Sündfluth“ bezeichnete Katastrophe von 1702 war noch gewaltiger und zerstörerischer gewesen. Als nach tage- und nächtelangen Wolkenbrüchen am 30.7.1897 das Unwetter endlich aufhörte, boten sich in den betroffenen Ortschaften, zu denen auch die Stadt Hirschberg gehörte, Bilder der Verwüstung: Viele Wohngebäude waren zu Ruinen geworden, Straßen und Wege waren zerstört, Eisenbahngleise waren streckenweise unterspült, eine große Anzahl Brücken über die Gebirgsbäche waren weggerissen und Äcker und Wiesen waren von Steinen, Sand und Schlamm überdeckt. Nur weil sich viele Helfer für die Heuernte in der Gegend aufhielten, konnten die schwerwiegendsten Schäden provisorisch beseitigt werden, insbesondere konnten die wichtigsten Straßenverbindungen ins Gebirge im Laufe einer Woche wieder notdürftig benutzbar gemacht werden. Aber je tiefer sie ins Tal reichten, umso stärker waren die Verwüstungen. Bäume waren entwurzelt und vom Wasser mitgerissen worden. An ihnen bildeten sich aus Schlamm und Geröll hohe Wälle, die das Wasser am Abfließen hinderten. Man kann sich denken, daß in solch einer Situation das Stadtparlament allerlei mitzuwirken und zu entscheiden hatte.

Wenige Wochen vor diesem Unwetter erlebten die Hirschberger Stadtverordneten kurz vor Pfingsten 1897 die Inbetriebnahme eines Verkehrsmittels, das zwischen Hirschberg und Hermsdorf u. K. (unterm Kynast) verkehrte und den auf

¹ Dieses Gremium entsprach dem heutigen Stadtrat, und der damalige Stadtverordnete wird heute Ratsherr genannt. Im Bundesland Brandenburg sind diese alten preußischen Bezeichnungen noch heute im Gebrauch.

dieser Strecke bis dahin betriebenen Verkehr mit Omnibussen, die von Pferden gezogen wurden, ablöste: die Hirschberger Gasbahn. Sie lief auf Schienen, war also eine regelrechte Eisenbahn, und ihr Betrieb war billiger als eine elektrisch betriebene Straßenbahn. Aber sie bewährte sich nicht, wie anderswo so auch im Riesengebirgsvorland. Nicht etwa, weil sie ein ratterndes, schnaubendes und pustendes Ungetüm war – daran hatten sich die Benutzer rasch gewöhnt – doch sie kannte keine Pünktlichkeit, wohl deshalb nicht, weil sie oft trotz heftigen Bemühens nicht losfuhr, sondern einfach stehen blieb. Wenn in der Stadtverordneten-Versammlung eine Beratung über ihre Mucken auf der Tagesordnung stand, dann herrschte plötzlich Einmütigkeit unter sämtlichen Stadtverordneten und alle machten sie zum Prügelknaben und schimpften gemeinsam auf sie. Anfangs verzieh man ihr Vieles und hoffte, daß sich die Kinderkrankheiten mit der Zeit geben würden. Es stellte sich aber bald heraus, daß ihr das Bergsteigen nicht bekam. Daraufhin ließ man sie nur noch im Tal verkehren und gab ihr den offiziellen Namen „Hirschberger Thalbahn“.

Als man aber erkannt hatte, daß sich auch alle anderen Mucken nie wirklich würden beseitigen lassen, wurde der Gasbahnverkehr nach 2 ½ Jahren Betrieb im Herbst 1899 eingestellt. Schon während ihrer letzten Betriebsmonate war sie immer häufiger Gegenstand von lästerlichen Äußerungen in Witzblättern und Varietees gewesen. Am Tage ihrer letzten Fahrt, dem 7. November 1899, aber herrschte unter den Bewohnern der an ihrer Strecke liegenden Ortschaften nicht etwa Trauer, sondern sprühende Freude. In Warmbrunn, dem Endpunkt dieser Fahrt, wurde auf dem Schloßplatz ein bengalisches Feuerwerk abgebrannt. Eingefunden hatten sich neben den Anwohnern auch die Beamten und Stadtverordneten, die in der Stadtverwaltung dienstlich mit der Bahn zu tun gehabt hatten. Und was das Erstaunlichste war: Diese letzte Fahrt verlief so präzise und fehlerfrei, wie man es sich immer gewünscht hatte. Immerhin hatte die Bahn den Beweis erbracht, daß auf der Strecke Hirschberg - Hermsdorf ein besonders starkes Verkehrsbedürfnis bestand. Deshalb wurden die Betriebsmittel der Gasbahn auf elektrischen Betrieb umgerüstet, und schon im folgenden Jahr konnte die sogen. „Elektrische“ ihren Betrieb aufnehmen und ihn so lange aufrechterhalten, bis sie unter der polnischen Verwaltung eingestellt und durch Omnibus-Verkehr ersetzt wurde. Und bis dahin brauchte sie nicht einmal ihren Namen zu ändern.

In den Jahren, die Dr. A. als Stadtverordneter miterlebte, erhielt die Stadt Hirschberg eine größere Anzahl neuer Einrichtungen:

Im Jahre 1898 beschließt die Versammlung, die Wilhelmstraße, die bis dahin ein unbefestigter Fahrweg war, zu pflastern. Zu diesem Zeitpunkt konnte Dr. A. sich noch nicht vorstellen, daß eins der an dieser Straße liegenden Häuser einmal sein eigenes Wohnhaus sein würde. Zu gleicher Zeit wird vom Ende der Wilhelmstraße aus über die Gleise der Eisenbahn eine Brücke zur Bolkenhainer Straße gebaut. Bis dahin wurde der Straßenverkehr zwischen Bahnhofstraße und Bolkenhainer Straße über einen Bahnübergang in Bahnhofsnähe geleitet. Mit zunehmendem Bahnverkehr aber war dieser Zustand unhaltbar geworden.

Im Jahre 1901 wurde auf Grund einer Privatinitiative, aber mit Unterstützung der städtischen Behörden und mit Genehmigung des Stadtparlaments das Volksbrausebad eingerichtet.

Im Jahre 1902 erhielt der Riesengebirgsverein von der Stadt die Genehmigung zur Errichtung des Riesengebirgsprofils auf dem Kavalierberg. Damit bekam Hirschberg ein zusätzliches nahes Ausflugsziel.

Im selben Jahr wurde die Strecke der Gebirgsbahn über Schreiberhau nach Polaun in Betrieb genommen; solange der dafür notwendige Ausbau des Hauptbahnhofs noch nicht fertig war, fuhren die Züge statt von Hirschberg vom Bahnhof Rosenau, dem späteren Bahnhof Hirschberg-West, ab.

Ebenfalls im Jahre 1902 wird in der Schützenstraße mit dem Bau des Altersheims „Bethesda“ begonnen. In diesem Heim verbringt später die mit der Familie Ablaß befreundete Witwe Berta Aschenborn (siehe Kap.4) ihre letzten Lebensjahre. Und wenn Hedwig Ablaß sich aufmachte, sie zu besuchen und es hielt sich gerade ein Enkelkind im Hause Ablaß auf, dann nahm sie es mit, sodaß die Tante Aschenborn nach und nach auch mehrere Enkelkinder der Eheleute Ablaß kennenlernte.

Dem organisatorischen Eifer von Dr. A. ist es zu verdanken, daß 2 höhere Schulen in ihrer Struktur erweitert wurden: Die bisher mit der Quarta endende Höhere Töchterschule wurde zum Lyceum erweitert, sodaß die Mädchen seitdem ihre Reifeprüfung in Hirschberg ablegen konnten. Und die Realschule für Jungen wurde in den Rang einer Oberrealschule erhoben. Beide Schulen erhielten jeweils geräumige neue Schulgebäude, das Lyceum im Jahre 1909, die Oberschule für Jungen im Jahre 1914, kurz vor Ausbruch des Weltkrieges. Auch eine neue Volksschule wurde errichtet und nach dem Pädagogen Wilhelm Wander (Kap. 7a) benannt.

Im Jahre 1908 erhielt die Stadt ein eigenes Elektrizitätswerk (siehe Kap.6).

1911 wurde die Stadtverwaltung um ein Wohlfahrtsamt erweitert.

Im Jahre 1912 beschloß die Stadtverordnetenversammlung auf Vorschlag von Dr. Ablaß, den Dichter Gerhart Hauptmann zum Ehrenbürger der Stadt Hirschberg zu ernennen. Die Ehrung sollte ihm an seinem 50. Geburtstag, dem 15.11., bekanntgegeben werden. Da Dr. A. aber kurz vorher erfuhr, daß der Dichter sich an diesem Tage nicht in Agnetendorf aufhalten wird, veranlaßte er die Vorverlegung der Zeremonie. Die 4köpfige Abordnung der Stadt machte sich also bereits 5 Tage früher nach Agnetendorf zum Haus Wiesenstein auf. So erklärt es sich, daß die Verleihung des Ehrenbürgerrechts das Datum 10. November 1912 trägt.

Am 14. April 1914 erlebte Hirschberg ein besonderes kulturelles Ereignis: Die Stadt erhielt ein Museum. Als es eingeweiht wurde, war es nicht etwa leer. Denn schon seit Jahrzehnten hatte ein Hirschberger Bürger durch unermüdliches Sammeln von Schätzen aus dem kulturellen Leben des Hirschberger Tales und des Riesengebirges einen Grundstock für ein Museum zusammengetragen. Es war der Landgerichtsrat und geheime Justizrat Dr. Hugo Seydel aus Liegnitz, der

seit 1885 in Hirschberg ansässig war und damals sofort in den Riesengebirgsverein (RGV) eintrat und später dessen Vorsitzender wurde. Seine Sammlung nahm immer mehr zu, bis sie ein ganzes Stockwerk eines Schulgebäudes ausfüllte. Schließlich ließ es sich nicht mehr umgehen, daß für die kostbaren Erinnerungsstücke ein eigenes Haus gebaut werden mußte. Den Anstoß dazu gab wiederum Hugo Seydel. Er beauftragte einen bekannten Architekten aus Schmiedeberg, der mit der im Riesengebirge üblichen Bauweise vertraut war und der nun ein Gebäude entwarf, das ohne Vorbild war, das aber seinem Zweck als Museum vollkommen entsprach.

Träger des Museums war der RGV. Und da niemand auf den Gedanken kam, dem Museum einen besonderen Namen zu geben, wurde es in der Hirschberger Öffentlichkeit bekannt als „Museum des Riesengebirgsvereins“ oder kurz als „Riesengebirgsmuseum“. Erst Jahrzehnte später erhielt es einen wirklichen Namen, nämlich „Sudetenmuseum“.

In den Jahren nach der Eröffnung erhielt das Museum immer wieder reiche Schenkungen, sodaß die Sammlungen weiter vermehrt wurden. Vieles davon mußte im 1. Stock gelagert werden, wo viel Platz war. Denn das Obergeschoß bestand, abgesehen von ein paar Nebenräumen, aus nur einem großen Saal, dessen Wände dazu bestimmt waren, besonders monumentale Bilder aufzunehmen. Mit der Anfertigung solcher Großgemälde wurde der an der Breslauer Kunstakademie tätige Professor Max Wislicenus beauftragt. Der Architekt konnte mit Hilfe der Fürsprache durch Professor Pölzig erreichen, daß die preußische Regierung aus dem Landes-Kunstbaufonds die für die Ausschmückung des Saales notwendige Summe zur Verfügung stellte. Prof. Wislicenus konnte mit der Arbeit beginnen. Und diese Arbeit wurde am 26. April 1919 der Stadt Hirschberg in einer feierlichen Zeremonie vor geladenem Publikum übergeben. Die Stadt war vertreten durch ihre beiden Bürgermeister, von denen Bürgermeister Dr. Rickelt die Gemälde für die Stadt übernahm, und durch Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung. Geladen war natürlich auch der Rechtsanwalt und Notar Dr. Bruno Ablaß, der damals gleichzeitig Mitglied der Weimarer Nationalversammlung war. Zur Teilnahme an der Veranstaltung war er aus Weimar angereist, konnte dann aber nicht dabei sein, weil er im letzten Augenblick zu einer dringenden notariellen Beurkundung gerufen wurde. Aus Zeitungsberichten vom 27. April und vom 1. Juni 1919 erfuhr er aber, wie die Veranstaltung abgelaufen war. Insbesondere hatte Prof. Wislicenus über seine Arbeit, die dabei zu überwinden gewesenen Schwierigkeiten und über den Inhalt der 5 Bilder berichtet, die die großen freien Wandflächen zwischen den Türen und den Fenstern gut ausfüllten. Vier von ihnen stellten Landschaften aus dem Tal und dem Gebirge zu je einer der 4 Jahreszeiten dar, das 5. Bild hatte ein etwas kleineres Format und zeigte den Zackenfall, dessen charakteristische Form im Licht des Mondes besonders plastisch hervortrat. Die Bilder steckten in kunstvoll geschnitzten Rahmen, die versilbert, aber zur Milderung des grellen Glanzes mit Rot-Tönen durchsetzt waren. Angefertigt worden waren die Rahmen in der Warmbrunner

Holzschnitzschule. Zu guter Letzt erklärte einer der Redner den auf einem Museumsstück eingravierten lateinischen Spruch „Deo beante!“ (mit Gottes Segen) zum Wahlspruch für das Museum. Und wie dieses bisher schon unter Gottes Segen gestanden hat, so wurde ihm dies auch gewünscht für die Lösung künftiger neuer Aufgaben getreu dem Motto

„Der Heimat zur Ehr',
den Menschen zur Lehr'!“

Im Frühjahr 1915, also zu einer Zeit, wo bereits Krieg herrschte, konnte auf dem städtischen Friedhof das Krematorium in Betrieb genommen werden. Dies war eine Großtat, die nicht nur der Stadt Hirschberg, sondern auch den umliegenden Gemeinden zugutekam, denn damit verkürzten sich bei Feuerbestattungen die Anfahrtswege.

Sogar für die Errichtung eines neuen Postgebäudes, genauer gesagt für die Beschleunigung des Baubeginns, trat Dr. A. energisch ein. Das konnte er zwar nicht in seiner Eigenschaft als Hirschberger Stadtverordneter, denn für das Postwesen waren nicht die Gemeinden zuständig, sondern die Reichs-Postverwaltung. Aber Dr. A. saß ja auch als Abgeordneter im Deutschen Reichstag, und dort konnte er den Vertreter des Postministeriums befragen. Das tat er in der Reichstagsitzung am 18. Februar 1908. Er beanstandete, daß im Etat des Postministeriums noch kein Betrag für den Bau eines neuen Postgebäudes in Hirschberg vorgesehen war, obwohl der Bau längst beschlossen war und die Stadt Hirschberg aufgefordert worden war, eine neue Straße als Poststraße anzulegen. Mit dem Bau einer solchen Straße habe die Stadt unverzüglich begonnen, die Postverwaltung aber habe den bis Ende 1911 laufenden Mietvertrag über das Haus, in dem sich die Post jetzt befindet, verlängert. Es sei nicht zu verantworten, mit dem Bau des Gebäudes noch länger zu warten, denn die Zustände in dem bisherigen Gebäude seien ganz miserabel und auch den Beamten nicht auf die Dauer zumutbar. Darauf antwortete der Staatssekretär des Reichspostministeriums, er sei auch der Meinung, daß in Hirschberg bald ein neues Posthaus gebaut werden müsse; einen Bauplatz habe man bereits beantragt, aber für dieses Jahr habe sich der Baubeginn noch nicht vorsehen lassen, deshalb die Verlängerung des Mietvertrages. Er hoffe aber, im nächsten Jahr einen ersten Betrag auf die Baukosten im Etat vorsehen zu können. Dr. Ablaß nahm diese Auskunft einigermaßen zufriedengestellt zur Kenntnis. Tatsächlich ist mit dem Bau des neuen Postgebäudes im Jahre 1909 begonnen worden; eröffnet wurde es am 1. April 1913.

Ein Thema aber wurde in der Stadtverordneten-Versammlung nicht behandelt, sondern es gelangte von außerhalb der städtischen Einrichtungen an Dr. Ablaß heran. Die Bürger selbst brachten es ins Gespräch. Hirschberg war wegen seiner einmalig schönen Lage am Fuße des Riesengebirges als Kongreßstadt geschätzt. Außerdem bemühte es sich, Pflegestätte geistiger und künstlerischer Bestrebungen und damit ein kulturelles Schaufenster Schlesiens zu sein. Es fehl-

ten aber geeignete Räume, mit denen die Stadt für Theateraufführungen, Kongresse und andere öffentliche Veranstaltungen einen repräsentativen Rahmen hätte bieten können. Mit diesem Mangel wollten die Bürger sich nicht länger abfinden. Ein Gebäude mußte errichtet werden, das für solche öffentlichen Zwecke über geeignete Räumlichkeiten verfügte. Immerhin konnte man die Stadt dazu bewegen, daß sie für den Bau eines Theaters einen Bauplatz auswies, nämlich den bisherigen Schützenplatz zwischen Schmiedeberger Straße und Gartenstraße, auf dem früher einmal das Schießhaus gestanden hatte. Zu weitergehenden Förderungsmaßnahmen aber war sie zunächst nicht bereit. So bildete sich um die Jahrhundertwende eine Bürger-Initiative, und diese wandte sich in einem Aufruf an die Öffentlichkeit mit der Bitte um Spenden für die Errichtung eines Gebäudes, das als Theater dienen konnte, aber darüber hinaus so geräumig sein sollte, daß es Versammlungen ermöglichte sowie wissenschaftlichen und geselligen Zwecken dienen konnte. Natürlich war bei dieser Initiative der Rechtsanwalt und Stadtverordnete Dr. Bruno Ablaß dabei und unterstützte sie nach Kräften. Der Aufruf fand begeisterten Widerhall. Es kam genügend Geld zusammen, sodaß im Jahre 1903 mit dem Bau begonnen werden konnte. Das Gebäude war so ausgeklügelt geplant, daß es außer einer Theaterbühne nebst ausreichend großem Zuschauerraum auch für weitere Zwecke die passenden Räume aufwies: Es gab Räume für Vortragsveranstaltungen, für Kammerkonzerte und für Ausstellungen, sogar Räume für eine Gaststätte und für Vereinsaktivitäten waren vorhanden. So erhielt das Haus den etwas sperrigen Namen „Kunst- und Vereinshaus“. An diesen Namen gewöhnten sich die Hirschberger sehr schnell, und noch viele Jahre später, als die Stadt das Haus übernommen hatte und es von da an „Stadttheater Hirschberg“ hieß, sprachen viele Hirschberger, die mit ihrem Theater von Anfang an verbunden waren, immer noch vom „Kunst- und Vereinshaus“. Um die Tatsache, daß es sich hauptsächlich um ein Theater handelte, noch zu unterstreichen, wurde die bisherige Gartenstraße in „Theaterstraße“ umbenannt.

Und dann kam die Zeit, in der Dr. Ablaß das Amt des Stadtverordneten-Vorstehers bekleidete. Daß er an jenem frostigen Wintertag des Kriegsjahres 1918 überhaupt mit diesem Amt betraut wurde, geschah damals aus der Situation eines Augenblicks heraus. Denn seine Wahl fand nicht etwa am Beginn einer Wahlperiode des Stadtparlaments statt, sondern mitten drin. Sie war zu diesem unvorhergesehenen Zeitpunkt notwendig geworden, weil der damalige Stadtverordneten-Vorsteher, der Geheimrat Jungfer, unter zunehmender Schwerhörigkeit litt und sich deshalb im Februar 1918 gezwungen sah, sein Amt niederzulegen. Nun mußte jemand gefunden werden, der das Amt mit sofortiger Wirkung antreten konnte. Die Kandidatur wurde dem Rechtsanwalt und Notar Dr. Bruno Ablaß angetragen. Er erschien für dieses Amt besonders geeignet, denn er hatte sich inzwischen in seinem Beruf in Hirschberg einen Namen gemacht und war seit 14 Jahren der für Hirschberg zuständige Wahlkreisabgeordnete im Deutschen Reichstag; vor allem aber war er in der Stadtverordneten-Versammlung kein Un-

bekannter mehr, denn inzwischen waren bei ihm 22 Jahre Mitgliedschaft in diesem Gremium zusammengekommen. Ihm traute man zu, daß er das Amt unparteiisch und mit ständigem Bedacht auf das Wohl der Stadt ausüben werde. Das versprach er, als er die Wahl annahm, und an dieses Versprechen hat er sich gehalten. Wichtige Entscheidungen für Hirschberg waren es nämlich, die die Versammlung in den knapp 12 Jahren seiner Amtszeit zu treffen hatte. In seiner neuen Position konnte sich Dr. A. noch nachdrücklicher für die auf der Tagesordnung stehenden Projekte einsetzen.

1922: Auf dem Feigenmundgelände² wurde ein Sportstadion angelegt.

1923: Der südwestlich der Stadt gelegene Vorort Cunnersdorf wird eingemeindet. Es war die Zeit, in der die Inflation immer schlimmere Ausmaße annahm; die Stadt und die Industrie- und Handelskammer gaben Notgeld aus.

1924: Die ins Gebirge führenden Bahnstrecken nach Schreiberhau, Krummhübel und Schmiedeberg wurden elektrifiziert; daran war bis zur Stadtgrenze die Stadt Hirschberg als Grundstückseigentümerin beteiligt.

1925: Im Osten der Stadt wurde mit dem Bau des Hirschberger Flugplatzes begonnen.

1926: Die Stadt und der Dramatische Verein veranstalten eine Festwoche aus Anlaß des 100jährigen Bestehens des Vereins.

1927: Der geographische Zusatz im Namen der Stadt, die bisher „Hirschberg in Schlesien“ hieß, wurde geändert; der neue vollständige Name der Stadt lautete vom 9. Juli 1927 an „Hirschberg im Riesengebirge“.

1928: Das im Jahre 1913 fertiggestellte Postgebäude wurde umgebaut, um einen Schalterbetrieb zu ermöglichen.

1929: Am Kramstaweg wurde ein neues Gebäude für das Hirschberger Gymnasium errichtet, nachdem die Schulleitung jahrelang auf einen Neubau gedrängt hatte mit der Begründung: das bisherige Gebäude an der Bahnhofstraße reiche nicht mehr aus, denn es stelle nicht mehr für alle Klassen und Unterrichtsformen die passenden Räume zur Verfügung und der Verkehr auf der am Gebäude entlangführenden Hauptverkehrsstraße, insbesondere der von der Straßenbahn verursachte Lärm, störe den Unterricht. Der Neubau wird am 1.10.1930 bezogen.

Der Bau eines Schwimmbades mit Sprungturm wird 1929 in Angriff genommen, damit die Hirschberger Teilnehmer an den Olympischen Spielen 1936 ihre Vorführungen einüben können.

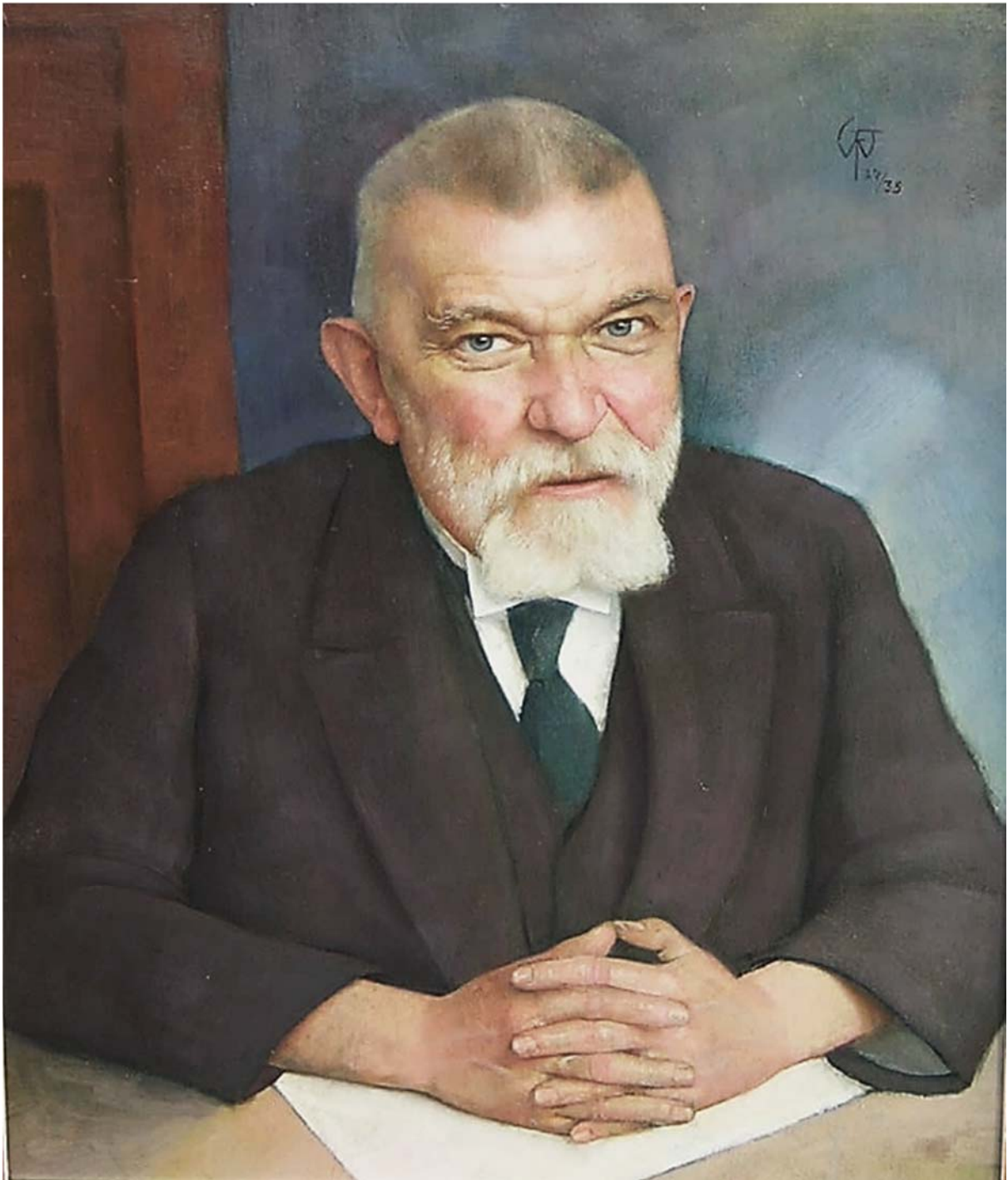
Am 22. März 1932 veranstaltet die Stadt zum Gedenken an Goethes 100. Todestag eine Allgemeine Bürgerfeier.

Und dann kam das letzte Ereignis, das Bruno Ablaß noch in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter erlebte: eine im Jahre 1933 zum ersten Male veranstaltete Festwoche, die Riesengebirgswoche. Die Darbietung kultureller Leistun-

² Das war die unter Hirschbergern übliche Bezeichnung für die riesige Grünfläche nördlich des Bahnhofsgeländes.

gen, gepaart mit gemeinsamem Fröhlichsein, das war der Sinn dieses Festes. Dabei sollte die Zusammengehörigkeit von Stadt und Landkreis hervorgehoben werden und es sollte Werbung für das Gebirge gemacht werden, was schon im Namen des Festes zum Ausdruck kam. Vor allem aber gab es einen besonderen Höhepunkt: Der schlesische Heimatdichter Hans Christoph Kaergel hatte nach dem von Fedor Sommer im Jahre 1927 verfaßten Hirschberg-Roman „Zwischen Mauern und Türmen“ ein Festspiel geschrieben. Dieses Spiel wurde vom Dramatischen Verein gemeinsam mit Bolkenhainer Schauspielern in der Festwoche auf die Bühne gebracht. Aber nicht nur Schauspieler gestalteten diese Aufführungen, sondern auch Orchester, Chöre und Tanzgruppen. – Daß die Riesengebirgswoche im Jahre 1938 zusätzlich die Aufgabe hatte, die 650-Jahr-Feier der Stadt mitzutragen, sei nur am Rande erwähnt.

Indem Dr. Ablaß alle diese Projekte an maßgeblicher Stelle begleitete, wuchs er mit der ihm zur Heimat gewordenen Riesengebirgsstadt geistig immer weiter zusammen. Und so ist es nicht verwunderlich, daß er nach dem Ausscheiden aus dem Vorsteheramt im November 1929 weiterhin Stadtverordneter geblieben war und nach wie vor regen Anteil an den Geschicken der Stadt nahm, wobei er mit Interesse verfolgte, was in Hirschberg an Neuem geschaffen wurde. Selbst als bei der Stadtverordneten-Wahl vom Herbst 1933 abzusehen war, daß sich die politischen Gewichte in der Versammlung verschieben würden, ließ er sich noch einmal zum Stadtverordneten wählen, erkannte dann aber bald, daß seine Ansichten und Vorschläge bei den geänderten politischen Verhältnissen nicht mehr gefragt waren. Deshalb gab er nach kurzer Zeit sein Stadtverordneten-Mandat auf. Damit schloß er zugleich seine gesamte politische Tätigkeit, die ihn sein ganzes Leben hindurch erfüllt hatte, endgültig ab.



***Bruno Ablaß im Jahre 1935
Fotografie eines Gemäldes von
Werner Fechner aus Schreiberhau***

Anhang zu Kapitel 27: Erläuterung des Spruches „Deo beante!“

Dieser lateinische Spruch, der auf deutsch „Mit Gottes Gunst“ oder „Mit Gottes Segen“ heißt, war ursprünglich Bestandteil des Siegels einer Hirschberger Zunft, zu der die Hirschberger Schleierhändler gehörten. Die Stadt Hirschberg hatte im Jahre 1630 durch kaiserliche Verleihung das Privileg des alleinigen Schleierhandels erhalten. Die Schleierhändler hatten ursprünglich einer Handwerkerzunft angehört; da es aber immer wieder Unstimmigkeiten zwischen dieser Zunft und den anderen Zünften in Hirschberg gegeben hatte, in die die Schleierhändler hineingezogen wurden, regte sich bei ihnen der Wunsch, diese Zunft zu verlassen und einer eigenen Zunft anzugehören. Die Verleihung des Schleierhandelsprivilegs bot ihnen nun den willkommenen Anlaß, die städtischen Stellen zu ersuchen, für die Kaufleute eine eigene Zunft zu gründen. Nachdem die Stadtverordneten sich zustimmend geäußert hatten, errichtete der Magistrat am 4. April 1658 durch öffentliches Patent eine Kaufmannsinnung unter dem Namen „Zunft der Bürger und Handelsleute“. Wie jede Zunft hatte auch sie ein Siegel; es zeigte ein Schiff mit drei geschwellten Segeln und als Umschrift den Namen der Innung in lateinischer Sprache: „Societas civium honoratorum et mercatorum“, allerdings erscheinen die Wörter in abgekürzter Form: „S. CIVIUM. HONORAT. ET. MERCAT.“

Nachdem der Kaufmann Daniel Buchs (*1649, †1712) sich im Jahre 1675 in Hirschberg niedergelassen und sein berühmt gewordenes Handelshaus gegründet hatte, trat er alsbald der Kaufmannsinnung bei.³ Um dieselbe Zeit nahm die Innung den Namen „Kaufmannssozietät“ an.

Die Namensänderung zwang dazu, aus dem Siegel der Innung den bisherigen Namen zu streichen. Anstelle des neuen Namens erhielt es jetzt die Umschrift „Deo beante!“.

Bei der Einrichtung des neuen Museums fand sich dieser Spruch auf einem Gegenstand der Kaufmannssozietät, der in den Besitz des Museums gelangte. Auch das inzwischen im Innenhof des Museums nachgebaute Wohnhaus der Familie von Buchs trägt das Siegel der Kaufmannssozietät mit diesem Spruch. Denn als Daniel Buchs sich mit einem eigenen Wohnhaus in die Reihe der Laubenhäuser am Markt eingereiht hatte, ließ er an der Fassade nicht nur sein Familienwappen anbringen, sondern in der Mitte dicht über der niedrigen Säule, die die beiden aneinanderstoßenden Gewölbebögen trägt, auch das Wappen der

³ Das Wörtchen „von“ im Namen trug der Genannte noch nicht. Erst sein gleichnamiger Sohn wurde im Jahre 1731 in den Adelsstand erhoben.

Für diesen Anhang benutzte Literatur

I. Paul Lenich, „Deo beante!“, Ein Spiel von der Gründung der Hirschberger Kaufmannssozietät im Jahre 1658

II. Andreas Kawaletz, „Die Familie von Buchs - die Hirschberger Schleierherren“ (2. Aufl. 2010)

Kaufmannssozietät. Auf diese Weise konnte der lateinische Spruch, der auf Gottes Wohlwollen hinweist, zum Wahlspruch für die Museumsarbeit werden.

Der Hirschberger Schriftleiter Paul Lenich nahm den Spruch zum Anlaß, für die Riesengebirgswoche 1938 und die gleichzeitige 650-Jahr-Feier der Stadt Hirschberg ein Theaterspiel zu verfassen, das aus Anlaß des 280jährigen Bestehens der Kaufmannssozietät deren Entstehungsgeschichte erzählt. Das Theaterstück trägt den Titel

„Deo beante!“.



Kapitel 28. Dr. Ablaß und der nationalsozialistische Juristenbund

Mit der Politik hat Dr. A. aber nicht gleichzeitig auch seinen Beruf an den Nagel gehängt. Das Bewußtsein, der Juristerei verbunden zu sein, lebte in ihm fort; er ließ sich als „Justizrat“ anreden und in seinen beruflichen Schriftsätzen stand in der Absender-Angabe nach wie vor bei seinem Namen stets die Bezeichnung „Justizrat“, sowohl in gedruckten Briefköpfen wie im Kanzleistempel durfte sie nicht fehlen. Auch hatte seine Mitgliedschaft im Deutschen Anwaltsverein und im Deutschen Notarverein für ihn eine hohe Bedeutung. Als im Sommer 1933 diese beiden Vereine aufgelöst wurden und an ihre Stelle der „Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen“ trat, wollte er das von offizieller Seite gemachte Angebot, diesem Bund als förderndes Mitglied beizutreten, annehmen. Er meldete sich und mußte daraufhin an einem sogen. Pflichtabend des genannten Bundes teilnehmen. Danach erhielt er den Bescheid, daß sein Aufnahmegesuch abgelehnt worden sei. Gründe enthielt der Bescheid nicht. Auf Umwegen aber erfuhr Dr. A., daß sich eine Auskunftsperson dahin geäußert habe, er sei „national nicht zuverlässig“. Hierin erblickte Dr. A. einen Vorwurf, den er nicht auf sich sitzen lassen wollte und konnte, weil er darin einen Angriff auf seine persönliche Ehre erblickte. In einer Beschwerdeschrift vom 6.12.1933 beantragte er die Aufhebung der ablehnenden Entscheidung, die er als Disqualifizierung seiner Persönlichkeit und als Verstoß gegen die Gerechtigkeit empfinde. Er machte darauf aufmerksam, daß sich aus seiner ganzen Vergangenheit und Gegenwart ableiten lasse, daß es seine nationale Empfindung sei, aus der er seine Kraft schöpfe. Wenn er sich erst einmal einer Sache zur Verfügung gestellt habe, dann diene er ihr auch gewissenhaft und ohne Hintergedanken. Zum Beweis führt er eine längere Reihe von Tatsachen aus seiner Betätigung im öffentlichen Leben an, die seine Loyalität gegenüber dem deutschen Staat für jedermann erkennbar machen. Gegenüber Gerhart Hauptmann, mit dem er wegen dieser Angelegenheit in brieflicher Verbindung stand, begründete er seine Beschwerde u. a. mit dem Satz „Ich darf es als kerndeutscher Patriot nicht dulden, daß man mich außerhalb der Volksgemeinschaft stellt, für die ich mein ganzes Leben lang mit hingebender Aufopferung gearbeitet und gewirkt habe“.

In einem als „Rundschreiben“ überschriebenen Schriftstück erhielt Dr. A. die Nachricht, daß der zur Prüfung seiner Anträge eingesetzte Ausschuß seinem Gesuch „leider nicht stattgeben“ konnte. Mit dieser Entscheidung fand Dr. A. sich ab; gegenüber Gerhart Hauptmann erklärte er dazu, den Zweck seiner Eingabe, seine Ehre zu wahren, habe er erreicht. Hauptmann aber beglückwünschte seinen Freund zu dem Geist eines nationalen Enthusiasmus, dessen Zeuge er, Hauptmann, immer wieder sein durfte.

Nun könnte bei einem uneingeweihten Leser der Schrift vom 6.12.33 der Eindruck entstehen, Dr. A. habe im Jahre 1933 voll hinter dem Nationalsozialismus gestanden und habe ihn durch die angestrebte Mitgliedschaft in einer seiner Organisationen unterstützen wollen. Insbesondere der in dieser Schrift enthaltene

Satz „Ich habe mich zum Beitritt gemeldet im Hinblick auf das Wort des Führers, daß er jedem, der guten Willens sei, die Hand zum Frieden reiche“, könnte einen solchen Eindruck nähren. Dennoch ist dieser Eindruck falsch. Alles, was in diesem Buch über die Persönlichkeit von Dr. Ablaß zusammengetragen ist, über sein Denken, sein Handeln und sein Wesen, bezeugt, daß er den Nationalsozialismus stets ablehnte und daß er entsetzt war, als Hitler zum Reichskanzler ernannt wurde. Bezeichnend ist auch eine Äußerung, die er Ende 1933 oder Anfang 1934 im privaten Kreise getan hat; damals sagte er zu seiner Tochter Gertrud: „Hindenburg müßte den Hitler jetzt abberufen, die Macht dazu hätte er“.

Das wahre Ziel, das Dr. A. mit der beantragten Mitgliedschaft in dem neuen Juristenbund verfolgte, war ein anderes: Denn als der Staat schon sehr bald sein Gesicht als Unrechtsstaat zeigte, indem er Gesetze erließ, die dem Rechtsempfinden redlicher Deutscher Hohn sprachen, suchte Dr. A. ein Forum, das es ihm ermöglichte, wenigstens unter Fachkollegen sein Wort in die Waagschale zu legen,

wo es um die Einhaltung von Recht und Gerechtigkeit ging.

Für den Chronisten aber ist die Beschwerdeschrift vom 6. Dezember 1933 eine Fundgrube von Informationen für die Erforschung von Begebenheiten im Leben von Bruno Ablaß, insbesondere von solchen Ereignissen, die im Familienkreis nur ungenau überliefert sind.



Justizrat Ablaß
am Schreibtisch seines Arbeitszimmers
im Hause Wilhelmstraße 42 in Hirschberg

Vorbemerkungen zu den Kapiteln 29 und 30.

Als das von Hedwig Ablaß verfaßte, in Kap. 30 wiedergegebene Schriftstück entstand, lebte Hedwig mit Tochter Gertrud und Enkelsohn Dietrich im Braunschweigischen auf dem Lande, nämlich in dem Dorf Barum. Denn sie hatten sich in den letzten Januartagen 1945 entschlossen, wegen der immer näher rückenden sowjetrussischen Front Hirschberg zu verlassen; ihr Fluchtziel war das genannte Dorf, das ein Ortsteil der Stadt war, die damals „Watenstedt-Salzgitter“ hieß. Dort nämlich war ein entfernter Verwandter von Hedwig Direktor einer Zuckerfabrik. In dem zur Fabrik gehörenden Privathaus war genügend Platz, um die geflüchtete Familie vorläufig unterzubringen. Als der Ort kurz nach Ostern von amerikanischen Truppen besetzt worden war, wurde dieses Haus für die Unterbringung hochrangiger Offiziere beschlagnahmt; sämtliche Bewohner mußten es verlassen. Die Flüchtlingsfamilie kam im Dorf in 2 möblierten Wohnräumen eines großen Bauernguts unter. Für reichlich 4 ½ Jahre blieben diese Räume nun ihre Behausung.

Natürlich gab es auf dem Lande so gut wie keine geistige Ablenkung, und so weilten die Gedanken der beiden Frauen oft in ihrer schlesischen Heimat. Dabei dachten sie selbstverständlich auch zurück an die Zeiten, als der Gatte bzw. Vater noch lebte und sie sich mit ihm geistig austauschen konnten. Während eines Krankenhausaufenthalts im Juli 1948 begann die Witwe, ihre Erinnerungen aufzuschreiben, denn sie wollte das Andenken an ihren Mann, der eine Persönlichkeit der Zeitgeschichte war, für die Nachwelt festhalten. Als Schreibwerkzeug stand ihr ein Bleistift zur Verfügung und aus Papiermangel wurde auf die leeren Rückseiten eingegangener Briefe und auf die Innenseiten von Briefumschlägen geschrieben. Jahre später, als diese Aufzeichnungen schon zu verblassen begannen, schrieb ein Familienmitglied sie mit der Schreibmaschine ab; es wurden 9 ½ Seiten.

Dann kam die Zeit, wo für die Flüchtlinge und Vertriebenen die ersten Heimatzeitungen herauskamen. Inzwischen waren die Drei nach Braunschweig umgezogen und wohnten als Untermieter wieder in einer 2-Zimmer-Wohnung, in der das Wohnen noch beengter war als in Barum. Als nun der 10. Jahrestag des Todes von Bruno Ablaß (24.9.1952) kurz bevorstand, entschloß sich diesmal die Tochter, ihre Erinnerungen an den Vater zum Zwecke des Abdrucks in der Heimatzeitung „Schlesische Bergwacht“ niederzuschreiben, wobei sie das Hauptgewicht auf die leidvollen Jahre unter dem Nationalsozialismus legte. Das Aufzeichnen ging schleppend vor sich, denn Gertrud Roth war seit kurzem wieder in ihrem erlernten Beruf als Diplom-Handelslehrerin tätig. Den hatte sie nach ihrer Verheiratung 20 Jahre lang nicht ausgeübt, deshalb mußte sie sich erst wieder in den Beruf und in alles, was sich inzwischen geändert hatte, einarbeiten. So wurde ihr Aufsatz erst im November 1952 fertig und konnte im Dezember in der „Bergwacht“ erscheinen. Es ist der Text, der in dem folgenden Kapitel 29 enthalten ist.

Einige Zeit vorher hatte Hedwig Ablaß das von Hans von Hülsen geschriebene Buch über seine „Erinnerungen an Gerhart Hauptmann“ – so der Untertitel

– geschenkt bekommen. Nach der Lektüre war sie darüber gekränkt, daß v. Hül-
sen mit keinem Wort ihren mit Gerhart Hauptmann befreundeten Mann erwähnt.
Das war ein Manko, dem abgeholfen werden mußte. Sie entschloß sich deshalb,
selbst etwas über diese Freundschaft aufzuschreiben, was ihr davon in Erinnerung
war. Passender Weise stand gerade der 90. Geburtstag Hauptmanns am 15. No-
vember 1952 bevor. Auch diesmal schrieb Hedwig auf einzelnen Blättern zu-
nächst mit Tinte, die letzten Absätze aber wieder mit Bleistift. Diese Aufzeich-
nungen zeigte sie ihrer Tochter Margarete Krause-Ablaß, die damals bei ihrer
Mutter und ihrer Schwester gerade zu Besuch war. Margarete, eine studierte und
hochgebildete Frau, nahm Anstoß an einer Reihe von Formulierungen und auch
an Weitschweifigkeiten beim Inhalt. Deshalb schrieb sie den Bericht mit ihren
Worten neu. Dabei geriet sie am Ende in die letzten Zeilen dessen, was ihre Mut-
ter aufgeschrieben hatte, und überschrieb diesen Bleistift-Text mit ihrer kräftigen,
mit Tinte geschriebenen Handschrift. Es war sehr schwer, den überschriebenen
Bleistift-Text noch zu entziffern, und es ist nicht ganz sicher, ob dies in vollem
Umfange gelungen ist. Jedenfalls ist dies die Erklärung dafür, daß über die
Freundschaft zwischen Gerhart Hauptmann und Bruno Ablaß 2 unterschiedliche
Berichte existieren, wie sie in Kap. 8 abgedruckt sind.

Auch Gertrud beschäftigte sich mit dem Gedanken, noch mehr über ihren Va-
ter aufzuschreiben. Sie begann nämlich zu bedauern, daß ihr erster Aufsatz nur
einige wenige Ausschnitte aus dem Leben ihres Vaters umfaßte. Ihr lag daran,
eine umfassende, chronologisch aufgebaute Biographie ihres Vaters zu verfassen.
So entstand in der Zeit um Brunos 87. Geburtstag (10.5.1953) ihr Aufsatz „Bio-
graphische Aufzeichnungen“. Er steht am Anfang dieses Buches und gibt dem
Leser einen ersten Einblick in das Wirken dieses außergewöhnlichen Menschen.

Kapitel 29. Die letzten Lebensjahre

In den Jahren nach 1933 begannen die Lebenskräfte von Bruno Ablaß allmählich nachzulassen. Diese Entwicklung wurde durch mehrere Umstände noch beschleunigt: Er mußte sich eingestehen, daß die von ihm so sehr geschätzten liberalen Werte unter den neuen Machthabern politisch nicht mehr gefragt waren. Hinzu kam, daß zum 2. Male in seinem Leben in Deutschland ein Krieg ausbrach. Bei seinem Frontbesuch im Jahre 1917 hatte er aus nächster Nähe erleben müssen, wie verheerend sich auf beiden Seiten ein Krieg auf das Leben und Wohlergehen von Menschen und auf den Bestand von Kulturgütern auswirkt. Jene erschreckenden Bilder von damals standen ihm im Herbst 1939 natürlich sofort wieder vor Augen. Und bald wurden sie verstärkt durch den Bombenterror, mit dem die größeren deutschen Städte der Reihe nach zerstört wurden. Außerdem ergab sich eine doppelte Arbeitsbelastung daraus, daß sein Sohn Wolfgang, der ebenfalls Rechtsanwalt geworden und in die väterliche Praxis als Sozius eingetreten war, eingezogen wurde, sodaß der Vater die für den Sohn anfallende Arbeit mit erledigen mußte. Dieser Umstand war es auch, der Bruno Ablaß laut einem Brief vom 14.11.1941 daran hinderte, Gerhart Hauptmann weiterhin in seinem Heim in Agnetendorf zu besuchen. Dadurch entfiel zugleich die Möglichkeit, sich mit dem von ihm hochgeschätzten Dichter in persönlichen Gesprächen geistig auszutauschen.

In diesem Zustand nachlassender körperlicher Kräfte und gleichzeitigen seelischen Aufgewühltseins unternahm Bruno Ablaß zusammen mit seiner Gattin, 2 Töchtern, einem Schwiegersohn und einem Enkel am 6. September 1942 ein letztes Mal einen Ausflug in das von ihm so geliebte Riesengebirge. U. a. besuchte man die dort auf Urlaub weilende andere Großmutter des Enkels. Auf dem Gelände des „Landhauses Erlenwäldchen“ in Oberschreiberhau entstand dieses Bild:



Mit diesem Ausflug waren Brunos Kräfte endgültig überfordert.

Einen Bericht über seine letzten Lebensjahre und über das Ende seines Lebens enthält der folgende Aufsatz seiner Tochter Gertrud. Sie gibt ihre sehr persönlichen Empfindungen wieder, da sie ihrem Vater in seinen letzten Lebenstagen nahe war und sein allmähliches Hinscheiden mit ansehen mußte.

Zum Gedenken an Dr. Bruno Ablaß, Hirschberg /Schl.

Von Gertrud Roth-Ablaß, z. Zt. Braunschweig.

Ich möchte das Jahr 1952 nicht zu Ende gehen lassen, ohne meines unvergeßlichen Vaters zu gedenken, der vor nunmehr 10 Jahren seine Augen für immer schloß.

Es war am 24. September 1942 mitten in der Fülle des Herbstes mit seinen letzten strahlenden Sonnentagen und seiner üppigen Blumenpracht. Nur 14 Tage war er krank gewesen, d. h. er war nicht ständig bettlägerig. Er ruhte zwischen- durch im Liegestuhl auf dem großen Balkon unseres Hauses in Hirschberg in der Wilhelmstraße, umgeben von den Blumen der verschiedensten Farben, die er über alles liebte. Die ganze Farbenpracht der Blumen hatte ihn stets entzückt, und liebevoll nahm er sich selbst der kleinsten Blümchen an. Als ich ihm während der kurzen Dauer seines letzten Krankseins einen bunten Strauß an sein Bett brachte, war seine Freude übergroß, und er bedankte sich wie für das größte Geschenk.

Diese Dankbarkeit und die Freude an dem Schönen waren wesentliche Charakterzüge seines überreichen Lebens. Innerer Reichtum war es, der ihn sein Leben lang begleitete. Wie konnte er sich freuen und wie konnte er sich von Herzen bedanken für Dinge, die anderen vielleicht als zu unscheinbar erscheinen mochten; wenn wir z. B. als Kinder anfangen, ihm unsere kleinen Geschenke zu machen. Er sah darin das Zeichen der Liebe, und das beglückte ihn.

Seine letzten Lebensjahre waren überschattet von den politischen Ereignissen in Deutschland. Wie furchtbar hat er unter allem gelitten, was der Nationalsozialismus über unser Vaterland gebracht hatte. Die persönliche Unfreiheit, – daß man nicht mehr seine Meinung sagen durfte, – der rechtlose Zustand, die Verfolgungen und schließlich die Auswirkungen des entsetzlichen Krieges waren ihm unerträglich. Er hatte schon vor der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus klar erkannt, wohin das in Deutschland führen würde, und setzte seine Kraft bis zuletzt dafür ein, um das Unglück abzuwenden.

Als die Machtübernahme 1933 dann erfolgt war, begann für ihn ein dorniger Weg, auf dem er sich nur sehr schwer zurechtfinden konnte. Es kam für ihn die Zeit des Ausgeschaltetseins auf allen Gebieten, zunächst selbstverständlich auf dem politischen. Er ging seiner sämtlichen Ehrenämter verlustig; sein geliebter „Bote aus dem Riesengebirge“, für den und mit dem er sein Leben lang gestritten hatte, wurde in den „Beobachter“ umgewandelt, und er hatte nichts mehr darin zu sagen. Ebenso schmerzlich traf es ihn, daß Deutschland – wie er stets wörtlich

sagte – „kein Rechtsstaat mehr“ sei. Von dem hohen Stand der deutschen Gerichte, von der Objektivität der deutschen Richter hatte er immer mit Stolz gesprochen. Nun mußte er erleben, wie Gesetze willkürlich außer Kraft gesetzt, wie Beamte suspendiert und Sondergerichte eingerichtet wurden. Auch in seiner Anwaltspraxis suchte man ihn in den ersten Jahren nach 1933 zu schädigen, wo man nur konnte, durch Verbote an SA-Leute und Pg's,¹ die Praxis aufzusuchen. Aber ernstlich hat man sich doch nie an ihn herangewagt.

In allen diesen Nöten suchte er den Ausgleich vor allem in seiner Familie. Dort konnte seine echte Fröhlichkeit wieder zum Durchbruch kommen, aber die Wolken doch nicht völlig vertreiben.

Ich habe meinem Vater in seinen politischen – daneben in seinen künstlerischen – Interessen stets sehr nahe gestanden. Er hat sich mir gegenüber über viele Dinge ausgesprochen und mir später gesagt, daß ich ihm in den ersten schlimmen Jahren nach 1933 sehr geholfen hätte. Hierzu möchte ich bemerken, daß ich rückblickend es bedaure, wie wenig man ihm damals doch letzten Endes helfen konnte. Wir waren alle an die damalige Zeit gebunden und mußten versuchen, uns in ihr zurechtzufinden. Jedoch erfüllt mich das große Vertrauen, das mir mein Vater entgegenbrachte, noch jetzt mit Stolz und Dankbarkeit gegen ihn.

Die Lebenskraft meines Vaters hatte durch die für ihn schweren Jahre ab 1933 eine starke Einbuße erlitten. Das verstärkte sich, als 1939 der Krieg ausbrach. Beim Eintritt Amerikas in den Krieg sagte er: „Das ist der Anfang vom Ende.“

Während seiner letzten Krankheit im September 1942 verdichteten sich alle diese Sorgen bei ihm derart, daß er immer wieder von dem Bombenterror sprach und wie das alles enden solle! Aus seinen letzten Phantasien sprachen daneben tröstliche Bilder. So sprach er von einem bunten Erntekranz. Es war wie der Ausblick auf eine spätere bessere Zeit der Ernte nach Leid und Unglück.

So möchte ich zum Schluß der Trauerfeier gedenken, die im Hirschberger Krematorium am 28.9.1942 stattfand. Wenn man auch hätte annehmen können, daß er diesen letzten Weg von seiner heimatlichen Bevölkerung verlassen hätte antreten müssen, – weil er still, fernab von der großen Menge, seinen eigenen Weg konsequent weitergegangen war, ohne sich vor der Nazierrschaft zu beugen –, so war das nicht der Fall: Eine riesige Menschenmenge hatte sich eingefunden, um ihm das letzte Geleit zu geben. Und der Blumen und Kränze wollte es schier kein Ende nehmen. Herr K., der die ganze Bestattung leitete, sagte: „Wir wollen den Herrn Justizrat sehr schön betten.“ Und so war es in der Tat. Es war eine Symphonie von Farbenpracht und Blumenduft.

Man spürte es, daß unser Vater kein Einsamer und Verlassener geworden war, sondern daß ihm die Bevölkerung seiner Heimatstadt Hirschberg die Treue hielt, so wie er sich ihr bis an sein Lebensende im tiefsten Grunde verbunden fühlte.

¹ Pg = Parteigenosse der NSDAP

Nach einem schaffensfrohen und erfüllten Leben entschlief sanft
am Donnerstag vormittag mein inniggeliebter Lebenskamerad, unser
herzensguter, treusorgender Vater, Schwiegervater, Großvater, Bru-
der, Schwager und Onkel, der

Justizrat
Dr. jur. Bruno Ablaß

im Alter von 76 Jahren.

In tiefer Trauer:

Hedwig Ablaß, geb. Vogdt
Dr. med. Else Mertin-Ablaß
Dr. phil. Margarete Krause-Ablaß
Gertrud Roth, geb. Ablaß
Konrad Ablaß, z. Zt. in Brasilien
Wolfgang Ablaß, Rechtsanwalt, z. Z. Oberleutnant
in einer Panzerjägerabteilung, im Felde
Fritz Mertin, Rechtsanwalt, z. Zt. Major
und Kommandeur einer Panzerjäger-Abteilung,
im Felde
Paul Krause, Reichsbankdirektor
Dr. Walter Roth, Rechtsanwalt
Eva Wiedemann, Studienassessorin
und 5 Enkelkinder.

Hirschberg (Riesengeb.), den 24. September 1942.
Wilhelmstraße 42

Die Trauerfeier findet Montag, den 28. September, 15.30 Uhr, im Krematorium
in Hirschberg (Riesengeb.) statt.

Kapitel 30 Rückschau der Witwe auf 45 gemeinsame Jahre

Erinnerungen an Bruno Ablaß aus Hirschberg/Riesengebirge

aufgezeichnet während eines Krankenhaus-Aufenthaltes
im Juli 1948 von Hedwig Ablaß

Die von meinem Mann sorgfältig ausgearbeiteten Memoiren sind leider bei den Polen zurückgeblieben. Ich will versuchen, etwas aus seinem reichen Leben hier festzuhalten.

Als wir im Jahre 1897 heirateten, war er schon ein begeisterter Politiker. Es war seine Absicht, mit seiner demokratischen Gesinnung seinen Mitmenschen und seinem über alles geliebten Vaterlande gute Dienste zu erweisen. Er war ein Menschenfreund und liebte deshalb auch seinen Beruf, weil er meinte, dabei andern Menschen helfen zu können. Er kämpfte für Recht und Gerechtigkeit, aber nicht etwa, um aus schwarz weiß zu machen. Aus Anlaß seines Todes am 24. September 1942 schrieb der Präsident der Anwaltskammer in seinem Beileidsschreiben: „Er war die Zierde des Anwaltsstandes“.

Nach unserer Verheiratung begann der Wahlkampf für die damals bevorstehenden Reichstagswahlen, der meinen Mann mehr in Anspruch nahm, als mir lieb war. Er erübrigte aber doch für mich Zeit, um mit mir schöne Spaziergänge zu machen und sich mir sonst noch zu widmen. Er war ein Mensch von enormer Leistungsfähigkeit. Z.B. fuhr er zum Reichstag nach Berlin und bereitete sich auf der Reise dafür vor; auf der Rückreise mußte er sich für eine Strafverteidigung vorbereiten. Ich fuhr oft mit nach Berlin, besonders wenn er im Reichstag redete. Zum Kolonialetat sprach er oft.

Auf Reisen war er interessiert für alles, was sich bot. Deshalb wurden seine Reiseberichte, die er an unsere Hirschberger Zeitung gab, gerne gelesen. Später sind diese Berichte auch noch in kleinen Heften gedruckt worden. Eine Reise von großer Tragweite war unsere Reise nach Rußland im Jahre 1914. Wir waren auf der Wolga, als sich der Krieg vorbereitete. Als wir in Moskau angekommen waren, brach der Krieg aus, und wir versuchten, nach Petersburg zurückzukommen. Leider war eine Ausreise nicht mehr möglich. Wir kamen für drei Tage in ein Gefängnis und dann in die Verbannung nach Wologda. Hier trafen wir viele Deutsche, die sich zusammenfanden. Bald organisierten sich mehrere Herren zu einem Komitee zwecks Hilfe für diejenigen, die nichts hatten. Es wurden Beratungen abgehalten, an denen mein Mann mitwirkte. Besonders hat er sich für seine Landsleute bei der späteren Ausreise in Petersburg eingesetzt, indem er die amerikanische Botschaft über die Not in Wologda in Kenntnis setzte. Das soll auch Erfolg gehabt haben.

Ich gedenke dabei des Herrn v. Oettingen, der uns in jeder Beziehung behilflich war, damit unsere Heimreise zustande kam. Kurz vor unserer Abreise wurde

auf einmal festgestellt, daß nur für meinen Mann Ausreiseerlaubnis erteilt war, aber nicht für mich, weil ich angeblich als Mann verzeichnet war. Wie es trotz der häufigen Personalienaufnahme dazu gekommen sein konnte, war nicht zu begreifen. Jedenfalls sollte wieder einmal ein Telegramm nach Petersburg gehen, bis dann schließlich nach einiger Zeit die Nachricht in unsere Wohnung gebracht wurde, daß ich mitreisen dürfe. Zwei Tage wurden nun noch gebraucht, ehe wir fahren konnten.

Unvergeßlich bleibt mir der Sonnenuntergang, den wir auf der Fahrt zum Bahnhof hatten. Der ganze Himmel war glutrot gefärbt, wie man es sonst nicht zu sehen bekommt. Am frühen Morgen kamen wir in Petersburg an und konnten am nächsten Morgen weiterfahren. Ein Zimmer für die Nacht durfte uns kein Hotel geben. Deshalb saßen wir, als im Korridor geschlossen wurde, im Lesesimmer, bis der Wirt nach Hause kam und uns bis zum Anbruch des Tages ein Zimmer mit zwei Betten zur Verfügung stellte.

Die Reise bis Rauma (Finnland) dauerte drei Tage und zwei Nächte. Unterwegs wurden wir aus dem Zuge herausgeholt und durchsucht, wobei uns alle Ansichtskarten, der Baedeker und andere Bücher weggenommen wurden. Die Fenster in dem Zug waren mit Kalk oder Farbe bestrichen, ein Soldat mit Bajonett stand an der Tür. In der Nacht kam plötzlich eine Kontrolle, um uns wieder zu zählen.

In Rauma bestiegen wir einen Dampfer, nachdem wir uns an der Sperre mit List und Tücke hatten durchschmuggeln müssen, weil wir unsere Papiere nicht wiederbekommen hatten. Bald nachdem der Dampfer abgelegt hatte, setzte ein derartiger Sturm ein, daß ich glaubte, bei der schweren Seekrankheit die Heimat doch nicht wiederzusehen.

Von Stockholm aus gab mein Mann ein Telegramm nach Berlin und eins nach Hirschberg auf. Am nächsten Tage war die zweite Reichstagssitzung, wo wir von allen Seiten freudig begrüßt wurden. Noch am selben Tage ging mein Mann zum Auswärtigen Amt, um die Befreiung der Konsuln herbeizuführen, die längere Zeit vor unserer Ausreise die Heimfahrt angetreten hatten, aber nicht weiter als bis Petersburg gekommen waren und dort in Einzelhaft genommen worden waren.

Das Schönste war die Ankunft in Hirschberg, wo wir alle unsere Kinder gesund und glücklich wiedersahen. Für sie war gut gesorgt worden: die gute Tante Aschenborn hatte sie liebevoll betreut. Unsere Kinder haben an ihr bis zu ihrem Tode mit Liebe gehangen. Unsere Rückkehr war für Hirschberg ein Ereignis, das sich durch allerlei Aufmerksamkeiten und kleine Geschenke kundtat. Mein Mann mußte über die Erlebnisse in der Kriegsgefangenschaft viele Vorträge halten. Die daraus erzielten Einnahmen fielen dem Roten Kreuz zu.

Deutschland hatte zunächst viele Siege zu verzeichnen, und wir sahen hoffnungsfreudig in die Zukunft. Leider änderte sich die Lage so, daß wir schließlich militärisch am Ende waren. Mein Mann und einige andere Abgeordnete wurden zu einer Reise an die Front aufgefordert, um dort die Truppen zu ruhiger Haltung zu bewegen. Im großen Hauptquartier trafen sie mit Hindenburg zusammen, der

ihnen die ausweglose Lage an der Front schilderte. Als schließlich der deutsche Kaiser über die Grenze nach Holland geflohen war und im Lande überall Unruhen aufflackerten, war es geboten, durch baldige Einberufung einer Volksvertretung wieder für Ordnung zu sorgen. So wurden schleunigst Wahlen zu einer Nationalversammlung vorbereitet.

Mein Mann wurde zum Abgeordneten der Nationalversammlung und dann dort in den Verfassungsausschuß gewählt. Leider mußte er dieses Amt mit einer schweren Lungenentzündung antreten, die er sich bei der Begrüßung der heimkehrenden Truppen auf dem Markte in Hirschberg bei rauhem, schlechtem Wetter zugezogen hatte. Seine Mitarbeit in der Nationalversammlung und im Verfassungsausschuß hat er später einmal als den Höhepunkt in seinem Leben dargestellt. Sein Werk war es u.a., die Flaggenfrage zu regeln, die beim deutschen Volk nie ganz verstanden worden ist. Auch bei anderen wichtigen Beschlüssen hat er maßgebend mitgewirkt.

Nachdem er von Weimar zurückgekehrt war, widmete er sich wieder mit großer Hingabe seinem Beruf. Daneben bekleidete er allerlei Ämter. Als Stadtverordneten-Vorsteher hatte er das Wohl und die Fortentwicklung der Stadt im Auge. Daß die Mädchenschule, das Krematorium, die Oberrealschule und das Theater gebaut worden sind, ist seinem besonderen Einsatz und im Falle des Theaters auch der Zusammenarbeit mit etlichen anderen Herren zu verdanken. In der Vorhalle des Theaters wurden die Büsten von Schiller und Goethe aufgestellt. Mein Mann hatte mir vorgeschlagen, diese zusammen mit einigen Damen zu beschaffen. Ebenso ist in der Mädchenschule ein kleiner Brunnen gebaut worden. Im Plan sollte er gestrichen werden. Aber mein Mann schaffte es, den Bau zu ermöglichen, indem er Frau Kommerzienrat Hoffmann, deren Berater er war, bat, die Summe dafür als Spende zur Verfügung zu stellen.

Daß die Stadtverordnetenversammlung sich überhaupt für den Bau eines Mädchengymnasiums entschied, war ganz allein das Verdienst meines Mannes. Und das hing so zusammen: Den Bau einer solchen Schule planten damals sowohl Hirschberg als auch Görlitz. Da aber in der Provinz Schlesien nur eine bestimmte Zahl von Mädchengymnasien bewilligt werden durften, konnte nur entweder Hirschberg oder Görlitz eine solche Schule erhalten, und jede der beiden Städte hoffte, daß der Bau für die jeweils andere Stadt abgelehnt werden würde. Die Stadt Hirschberg befand sich damals dank der Umsicht meines Mannes in einer guten finanziellen Lage und erhielt deshalb die Bewilligung für den Bau. Es zahlte sich aus, daß mein Mann immer streng nach dem Grundsatz verfuhr, Ausgaben nur so weit zu bewilligen, wie finanzielle Mittel zur Deckung vorhanden waren. Ich selbst habe gehört, wie er in einer Stadtverordneten-Sitzung sagte: „Ich bewillige alles, wenn Sie mir sagen, wo die Deckung dafür herkommt“.

Mein Mann war u.a. im Vorstand der Anwaltskammer der Provinz Schlesien, wo er jeden Monat einmal nach Breslau fuhr, weiter im Verein der Landgerichtsanwälte Hirschbergs, und er war Delegierter beim Deutschen Städtetag. Die Hirschberger Zeitung „Der Bote aus dem Riesengebirge“ unterstand ihm als dem

Vorsitzenden des Aufsichtsrats. Die Zeitung stand auf einer bedeutsamen Höhe, weil der Hauptschriftleiter Werth ein vielseitig gebildeter und kluger Mann war.

Werth und mein Mann hatten alle vier Wochen eine Zusammenkunft mit den Kunstfreunden und Kunstverständigen aus Hirschberg und dem Riesengebirge, darunter Wilhelm Bölsche, Hermann Stehr, Hans von Hülsen und anderen. Gerhart Hauptmann, mit dem wir persönlich sehr befreundet waren, war hier nicht dabei.

Oft waren wir in Agnetendorf im Haus „Wiesenstein“ als Gäste, wo wir immer einen anregenden interessanten Tag verlebten. Bei uns im Hause hatten wir Gerhart Hauptmann mit Frau, ebenso Hermann Stehr zu Gast. Als in Breslau in der Jahrhunderthalle das „Festspiel“ von Gerhart Hauptmann aufgeführt und nachher mit schweren Angriffen gegen Hauptmann verboten worden war, hat mein Mann in Berlin in einer Versammlung gesprochen. Hauptmann schrieb später einmal: „Wenn ich den Namen Ablaß höre, weiß ich, was ich ihm an Dank schulde“.

Auch mit dem älteren Bruder Karl Hauptmann, der dann sehr bald gestorben ist, war mein Mann sehr befreundet. Für ihn schrieb er stets eine Kritik für die Zeitung, wenn ein neues Stück herauskam.

Mein Mann war über seine Kinder glücklich und liebte sie sehr. Fast jeden Sonntag ging er mit ihnen spazieren, wenn wir nicht alle zusammen einen größeren Ausflug in die Berge machten. Dabei ging es immer sehr fidel zu, wenn gerastet wurde. Von den kleinen Spaziergängen kamen sie oft mit einem Sträußchen für mich zurück, wozu er ein kleines Verschen gemacht hatte. Später nahm er sie abwechselnd auf kleinere Reisen mit.

Unsere Tochter Else nahmen wir auf eine Reise nach Ägypten mit. Wir fuhren mit einem Dampfer von Hamburg bis Port Said und von da nach Kairo. Dort machten wir Ausflüge zu den Pyramiden und in die Wüste. Die Rückreise ging über Alexandria nach Venedig mit einem italienischen Dampfer. In Venedig gibt es so viele Kunstschatze in den Kirchen. Sehenswert ist der Markusplatz mit dem Dom. Zum Baden wurde nach dem Lido gefahren. Man benutzte in Venedig öfter die Gondel, ging aber auch auf kleinen Wegen durch die Stadt. Die Hauptstraße ist der Kanale Grande, wo die alten Paläste liegen und wo jeder seine eigene Gondel hat. Da liegt auch das Haus, in dem Richard Wagner gewohnt hat und gestorben ist. Ein großes Museum mit den vielen Gemälden der italienischen Meister ist dort.

Von Venedig fuhren wir über den Semmering nach Wien und nahmen Quartier in einem großen, eleganten Hotel Ritz. Da es Sommer war, spielte die Oper nicht. Wir konnten aber den Lohengrin in einem entfernter gelegenen Theater hören. Sehr unangenehm und tragisch war es, daß der Sänger des Lohengrin versagte und durch diese Unterbrechung das Theater sehr spät zu Ende war. Die Elektrische¹ wurde sehr voll, und ein Kerl benutzte die Gelegenheit, während

¹ so nannte man in Hirschberg die Straßenbahn, zum Unterschied von der vorher für kurze Zeit verkehrenden Gasbahn.

mein Mann aus seiner Geldtasche Scheine zur Bezahlung heraussuchte, ihm die goldene Uhr mit Kette zu stehlen. Mir fiel auf, daß im letzten Augenblick, als die Bahn schon losfuhr, jemand raussprang. Als wir noch in einem Lokal waren und mein Mann nachsehen wollte, wie spät es ist, war die Uhr weg.

Am nächsten Morgen fuhren wir die Donau entlang durch die schöne Wachau, vorbei an Kloster Melk bis Linz. Von dort fuhr Else über Salzburg nach München und wir über Regensburg nach Hirschberg.

Eine andere Reise, wo unsere Tochter Gertrud mitkam, ging mit dem Dampfer „München“ nach Island und Spitzbergen, eine der grandiosesten Reisen. Von Reykjavik ist mir in Erinnerung, daß auf dem Marktplatz ein Boxkampf aufgeführt wurde und daß dabei unsere Lloydkapelle spielte. Unvergesslich bleibt mir der Eindruck, den Spitzbergen auf mich gemacht hat. Welch ein Anblick war es, als wir in der Magdalenenbucht an das Oberdeck kamen und das ganze Gletschergebiet zu sehen bekamen. In der Adventsbucht blieben wir länger liegen; dort ist ein Kohlenbergwerk, und die Bucht ist von Menschen bewohnt. Die Einfahrt in das Bergwerk war sehr primitiv: Ein Brett, worauf man sich setzte, wurde an Seilen hochgezogen, ein anderes kam von oben herunter. Bei der Begegnung hieß es, die Füße einziehen. Der Blick nach unten war unheimlich. Die Landschaft Spitzbergens ist etwas bergig ohne Vegetation, nur ein schönes Wollgraspflänzchen wuchs dort.

Auf der Rückfahrt kamen wir am Nordkap vorbei, gelangten nach Hammerfest, der nördlichsten Stadt, fuhren durch Fjorde, sahen verschiedene Städte und legten schließlich in Molde an, wo wir dem Maler Hans Dahl in seiner sehr schönen Villa mit seinen vielen Bildern einen Besuch abstatteten. Mit ihm kam mein Mann noch in einen kurzen Briefwechsel, indem er ihm seinen Reisebericht zuschickte, worauf Dahl antwortete: „Sie sind ein Maler in Worten“. Hans Dahl stattete uns mit seiner Frau auf unserem Schiffe einen Besuch ab. Am Abend fand sich noch ein Damenchor mit schönen Gesängen an Bord ein. Ein reizendes Bild gab die bunte Kleidung, es war die Nationaltracht der jungen Mädchen. Ein Dr. Dreier aus Hannover nahm die ganze Reise für den Film auf.

Schon viele Jahre vorher waren wir mit einem dänischen Dampfer Sterling nach Island gefahren. Es war ein kleines Schiff, unsere Kabine lag am Oberdeck. Hier habe ich bei Windstärke 11 die Seekrankheit gründlich kennengelernt. Auf Island ging es damals mit kleinen Pferden ins Landesinnere. Der Ritt ging über Geröll, durch Gestrüpp und durch Flüsse hindurch zu dem 60 km entfernten Geisir-Gebiet. Es kamen Packpferde, die Verpflegung mitführten, und außerdem wohl die Hälfte Pferde zum Auswechseln mit. Straßen gab es dort nicht; das ganze Land war vulkanisch, so daß man aufpassen mußte, nicht in einem kleinen Geisir zu versinken. Mein Mann versuchte, einen kleinen Geisir zum Ausbruch zu bringen, indem er ihn mit Moos und allerlei anderem füllte. Ein großer Geisir wurde mit Seife gespeist; in der Nacht ging er los: Eine Fontäne von kolossaler Höhe spritzte empor. Am nächsten Tag ritten wir zum Güllfoß, einem enormen

Wasserfall. Dazu trugen wir unser Ölzeug, das wir für die Reise angeschafft hatten. Es diente uns auch als Schutz gegen den Regen, dem wir unterwegs ausgesetzt waren, da es keine Unterkunft gab.

Auf der Rückfahrt erlebten wir einen schönen Sonntag auf See. Dann ging es wieder durch den Öresund nach Kopenhagen, vorbei an den dänischen Badeorten Klampenborg, Frederiksborg, wo der Geist Hamlets umging, und Kronborg. In Kopenhagen hofften wir, unser Gepäck vorzufinden, das auf der Hinreise bis zum Abgang des Dampfers nicht angekommen war. Es war dann aber nach Hirschberg zurückgeschickt worden. Wir hätten es gern vorgefunden, weil wir noch nach Kiel und Hamburg wollten und in Kopenhagen auch Aufenthalt nahmen. Von dem schönen Kopenhagener Porzellan kauften wir Andenken, ebenso einen Stier, den ein Künstler hergestellt hatte und den wir im Museum sahen.

Nachdem mein Mann in den Reichstag gewählt worden war, wurde er auch Mitglied der Interparlamentarischen Union. Als erstes erhielt er die Einladung zu einer Tagung nach Wien. Dort lernten wir viele bedeutende Menschen kennen. Wir waren mit einem Rechtsanwalt Harmening und seiner Frau sowie mit dem Abgeordneten Barthold aus Amerika zusammen. An Festlichkeiten wurde viel geboten, u.a. ein großes Festessen im Rathaus. Einen Abend verbrachten wir im Palais des Grafen Harrach mit guter Bewirtung in seiner Gemäldegalerie.

Dann kam die Einladung zu einer Tagung nach Budapest, die Graf Appony vorbereitet hatte. Ein Sonderzug 1. und 2. Klasse wurde gestellt, und dort im Parlament wurden wir mit großem Pomp empfangen. Ein Ausflug nach der Margareteninsel mit geschmückten Dampfern und ein großes Diner in einem Klubhaus, wo wir alle mit Wagen hingefahren wurden, standen auf dem Programm. Als Fahrer in Budapest stellte sich uns ein serbischer Abgeordneter namens Popovic zur Verfügung. Am nächsten Morgen holte er mich ab und führte mich u.a. zu der großen Markthalle, wo es wundervolle Früchte und Blumen gab, wovon er mir ein Körbchen für meine Kinder zurechtmachen ließ. Allerdings wurde das Körbchen an der Grenze beanstandet; alles wurde ausgeschüttet und wir bezahlten 5 Pfg. Zoll.

Eine andere Tagung fand in London statt, zu der wir von Vlissingen aus hinüberfuhren. Unterkunft hatten wir in der City in Des Kaisers Royal Hotel; es war ein sehr großes Zimmer. Trotz der Sitzungen, an denen mein Mann teilnahm, sahen wir uns London an. Unheimlich war mir der Tower, wo wir an der Brücke wieder umkehrten. Die St. Pauls Kathedrale war nicht weit von unserem Hotel. Durch den Hydepark gingen wir spazieren. Auf einem Empfang bei dem Lord Mayor wurden wir von Bediensteten in ihren dafür bestimmten Anzügen mit Perücken begrüßt. Im Saal spielte eine Dame Klavier; da sie aber wenig Gehör fand und die Unterhaltung sehr laut war, hörte sie auf und spielte nicht weiter. An einem anderen Tage wurde uns ein gutes Diner im Kristallpalast, wo wir mit Autos hinfuhren, geboten. Am Abend war dort ein grandioses Feuerwerk. Auch eine Dame hatte noch eingeladen; da sie aber keinen so großen Eindruck auf mich machte, weiß ich nicht mehr, wer es war und wie sie sonst zu der Sache stand.

Aber etwas war an dieser Tagung noch bemerkenswert, nämlich die Einladung nach Windsor Castel. Dort wurden wir mit Hofkutschen von der Bahn abgeholt. In einem sehr großen Park wurden wir mit Früchten und Sekt bewirtet, und in zwei Pavillons spielte je eine Kapelle. Der Kriegshafen Firth of Forth wurde uns auch noch gezeigt. Danach fuhren wir von Dover aus nach Calais zurück und besuchten noch das große Seebad.

Zuletzt kamen die Parlamentarier in Berlin zusammen. Dort wurde auch viel geboten. Wir sind aber nicht so lange dort geblieben. Am ersten Tag wurde für die Damen eine Rundfahrt gemacht, die mit einem Frühstück im Kaiserhof endete. Wir saßen an kleinen Tischen; als Repräsentantin hatten wir die Prinzessin Schönaich-Carolath, deren Mann im Landtag und auch im Reichstag war. Er gab deshalb einen Abend im Abgeordnetenhaus, wo alle Minister und sonst bekannte Persönlichkeiten dabei waren. Einmal waren wir auch zu einem Gartenfest bei Fürst Bülow eingeladen; ob es anlässlich dieser Tagung war oder ein andermal, weiß ich nicht mehr. Die Gäste wurden vorgestellt, wenn sie kamen. So weiß ich, daß Fürst Bülow meinen Mann besonders begrüßte und meinte, er habe ihn lange nicht gesehen. In dem großen Kabarett an der Friedrichstraße wurde in einer Vorstellung einmal eine Szene zwischen Bülow und meinem Mann gebracht. Darin sagte Bülow zu meinem Mann: „Wenn Sie wieder einmal eine Reichstagsauflösung wünschen, dann sagen Sie es mir!“. Unsere Freunde Hahn in Berlin haben diese Vorstellung miterlebt und waren ganz stolz auf ihren Freund Ablaß. Eine Reichstagsauflösung war unter Ablaß und seinen Parteifreunden mal im Gespräch gewesen. Ablaß galt im Reichstag als ein Redner, der immer das Ohr des Hauses hatte. Auch in Versammlungen wurde er gern gehört. Einmal ging es in einer Versammlung um die Vaterlandspartei. Erschienen war u.a. ein äußerst konservativer Großgrundbesitzer mit seiner Frau. Diese sagte nachher zu mir: „Ich habe die Rede gehört und frage mich jetzt, wie kann ein so hochgebildeter Mann einem gewöhnlichen Arbeiter bei Wahlen dasselbe Stimmengewicht geben wollen?“

Später unter dem Nationalsozialismus sagte ein Landgerichtsdirektor, als alle Scheuerfrauen zu den Festen eingeladen wurden, es wäre doch weiter gar nichts dabei, worauf ihm mein Mann erwiderte: „Die Ansicht habe ich schon lange“.

Dr. Bruno Ablaß galt als guter Jurist. Er sollte nach bestandenerm Examen in die Verwaltung übernommen werden, hat aber nach kurzer Überlegung doch daran festgehalten, Rechtsanwalt zu werden. Als solcher hatte er auch große Prozesse, namentlich in Strafsachen. U.a. war eine große Verteidigung der Gruppenprozeß, bei dem es um einen Doppelmord im Schloß Kleppelsdorf bei Lähn ging. Das Geheimnis des wahren Ablaufs dieses Falles hat mein Mann, glaube ich, mit ins Grab genommen. Es war eine spannende Sache, die damals meinen Mann sehr aufgeregt hat. Die Verteidigungsrede dauerte fünf Stunden. Die Frau des amtierenden Staatsanwalts sagte mir hinterher: „Ihr Mann hat wieder wundervoll geredet, aber gewesen ist es der Angeklagte doch!“ Ich persönlich glaube nicht, daß dieser den Mord selbst begangen hat. Insgesamt hatte mein Mann viele Sachen,

in denen er sich ebenso einsetzen und helfen mußte. Bei derartigen Verteidigungen spielen so viele Randereignisse eine Rolle. Den Gruppenprozeß wollte Walter von Molo literarisch verarbeiten. Er schrieb deswegen an meinen Mann. Weswegen es nicht dazu kam, weiß ich nicht mehr.

Einmal nahm mich mein Mann mit nach Berlin zum Oberverwaltungsgericht, wo die Richter die rote Robe trugen. Es ging um einen Wegestreit, und für mich war es interessant, wie jeder Grenzstein festgestellt wurde. Mein Mann gewann den Prozeß, und sein Mandant war so erfreut, daß er sofort ein Telegramm aufgab.

Auch als Burschenschafter spielte mein Mann eine große Rolle. Er sowie seine Brüder Konrad und Rudolf gehörten der Breslauer Burschenschaft Arminia an. Unser Sohn Wolfgang wurde ebenfalls Breslauer Armine. Dort bestanden für beide viele Freundschaften, die bei meinem Mann noch über das Grab hinausgingen. Leider sind sie ebenso wie unsere anderen schlesischen Landsleute in alle Welt zerstreut worden.

Ich gedenke der letzten Zusammenkunft in Breslau im Arminienhaus. Wolfgang hatte Fronturlaub erhalten, und aus diesem Anlaß hatten die Breslauer Bundesbrüder eingeladen. Am Nachmittag saßen wir im Garten und abends im Festsaal. Als mein Mann eine Rede halten wollte, wurde sie von Senatspräsident Winkler angekündigt mit den Worten: „Silentium! Sie werden jetzt etwas sehr Schönes hören!“ Es war der Schwanengesang meines Mannes. Er selbst war damals sehr bewegt. Ehrenmitglied Eugen Schmidt nahm uns mit seiner Frau zusammen in später Stunde zurück in unser Hotel.

Bis zu seinem Tode trug Bruno Ablaß die Liebe zu unseren schlesischen Bergen im Herzen. So sehe ich es als eine Fügung an, daß sein letztes Erlebnis eine Fahrt ins Riesengebirge war, die er zusammen mit seinen Angehörigen als Wochenendausflug unternahm. Seine Gesundheit war aus Gram über das Unheil, welches die Herrschaft des Nationalsozialismus und der Krieg über Deutschland brachten, stark angeschlagen. So waren die Anstrengungen dieses Ausflugs für ihn zu groß. Er hat sich von ihnen nicht mehr erholt und verstarb knapp drei Wochen später am 24. September 1942 im Alter von 76 Jahren.

Kapitel 31. Die Hinterbliebenen und ihre Schicksale

Beim Tode von Bruno Ablaß im Jahre 1942 lebte ein großer Teil seiner Angehörigen in Hirschberg:

Die Witwe Hedwig Ablaß wohnte weiterhin in dem Hause in der Wilhelmstraße, das die Eheleute im Jahre 1904 gekauft hatten. Sie war jetzt 72 Jahre alt.

Die Tochter Else Mertin-Ablaß, 44 Jahre alt, betrieb eine Praxis als Hautärztin. Bei ihr lebte ihr Sohn Knut Mertin, der das Gymnasium besuchte. Die Tochter Margarete Krause-Ablaß, 42 Jahre alt, Philologin, mit ihren 3 Kindern Gisela, Günter und Wolf-Dietrich Krause, von denen die beiden älteren höhere Schulen besuchten, während der jüngste kurz vor dem Kindergartenalter war. Und die Tochter Gertrud Roth, 41 Jahre alt, mit Ehemann Walter und Sohn Dietrich. Sie war ausgebildete Dipl.-Handelslehrerin, Dr. Walter Roth war Rechtsanwalt und Notar und hatte als Sozius mit seinem Schwiegervater Ablaß eine gemeinsame Praxis betrieben, Dietrich besuchte die Volksschule.

Beide Söhne Ablaß und 2 Schwiegersöhne lebten damals nicht in Hirschberg: Elses Ehemann Fritz Mertin stand als Offizier im Felde, Margaretes Ehemann Paul Krause lebte in Kiel und war Direktor der dortigen Reichsbank-Filiale. Ursprünglich hatte die ganze Familie in Kiel gelebt, wurde aber kurz nach Kriegsbeginn ausgebombt, woraufhin Margarete mit ihren 3 Kindern nach Hirschberg zog und im Elternhause die Räume bewohnte, in denen sie als Kind mit ihren Geschwistern gelebt hatte, während ihr Mann berufsbedingt in Kiel bleiben mußte.

Konrad, der ältere der beiden Ablaß-Söhne, war um 1930 nach Brasilien ausgewandert und hatte dort einen großen landwirtschaftlichen Betrieb, eine sogenannte Kolonie. Wolfgang Ablaß, der jüngste der 5 Geschwister, war nach dem Ende seiner juristischen Ausbildung als Rechtsanwalt in die väterliche Praxis eingetreten, wurde dann aber zum Kriegsdienst eingezogen und stand wie sein Schwager Fritz Mertin als Offizier im Felde.

Anfang des Jahres 1945 lebten von den eingangs aufgeführten 10 Personen nur noch 6 in Hirschberg, die übrigen 4 befanden sich an anderen Orten:

Tochter Else war kriegsbedingt ins Sudetenland abkommandiert worden und mußte dort in einem Krankenhaus arbeiten.

Ihr Sohn Knut war als Luftwaffenhelfer eingesetzt und wurde später als Offiziersanwärter nach Breslau geschickt.

Margaretes Tochter Gisela war nach dem Abitur zum Reichs-Arbeitsdienst (RAD) eingezogen worden und befand sich in einer RAD-Kaserne im Sudetenland. Und Walter Roth befand sich seit August 1944 in Beuthen an der Oder, wohin er zu „Schanz“-Arbeiten unter dem Decknamen „Unternehmen Bartold“ befohlen worden war.

Als gegen Ende 1944 die Sowjet-Armee ihre Winter-Offensive begonnen hatte und bald darauf an 2 Stellen die Reichsgrenze überschritten hatte und nun in Ostpreußen und Oberschlesien stand, zogen von dort ab Januar 1945 Ströme von Flüchtlingen Richtung Westen; viele von ihnen schafften es, sich bis nach Hirschberg durchzuschlagen. Dort wurden sie in dem Riesengebäude der Oberrealschule untergebracht und lagerten in den leergeräumten Klassenzimmern auf Strohmatten. Dieses Bild bot sich den Hirschberger höheren Schülern, als sie nach den Weihnachtsferien statt zum Wiederbeginn des Unterrichts – zu einem Appell auf das Schulgelände beordert wurden. Ihnen wurde aufgetragen, bei der

Ankunft von Zügen aus Richtung Osten die Menschen in Empfang zu nehmen und sie zum Gebäude der Oberrealschule zu geleiten. Als Günter Krause und Dietrich Roth zu Hause hierüber berichteten, begann man auch in den Familien Ablaß/Krause/Roth darüber nachzudenken, ob nicht auch sie die Stadt in Richtung Westen verlassen sollten. Nach wenigen Tagen war der Entschluß zur Abreise gefaßt. Als Ziel wurde Barum, ein Ortsteil der damaligen Stadt „Watenstedt-Salzgitter“ im Lande Braunschweig ausgewählt. Dort lebte als Direktor einer Zuckerfabrik ein weitläufiger Verwandter von Hedwig mit seiner Familie. Die Krauses packten ihre Koffer mit den Habseligkeiten, die sie von Kiel nach Hirschberg mitgebracht hatten. Die anderen Drei beschränkten sich auf die Mitnahme von wenig Gepäck (Wintersachen und Schulbücher von Dietrich). Sie sagten sich: In ein paar Monaten kommen wir ja hierher zurück. Mit dem Glauben an eine baldige Rückkehr in die Heimat waren wir Opfer der Propaganda der nationalsozialistischen Führung geworden, die in der ganzen Stadt auf Klebezetteln verlauten ließ: „Sieg oder Bolschewismus!“ Und es war selbstverständlicher Zweckoptimismus, daß die Wehrmacht den Sowjettruppen standhalten werde.

Die Abfahrt war geplant für den 28.1.1945, einen Sonntag, am zeitigen Nachmittag. Also zogen die noch in Hirschberg lebenden 6 Familienmitglieder zum Bahnhof, und zwar sehr frühzeitig, um noch Plätze im Zuge zu bekommen. Wir waren 3 Frauen und 3 Knaben, diese im Alter von 14, 10 und 5 Jahren, das mittlere Kind war der heutige Verfasser. Nachdem wir es uns in einem Zugabteil bequem gemacht hatten und auf die Abfahrt warteten, geschah nichts; der Zug stand und stand, obwohl die planmäßige Abfahrtszeit längst überschritten war. Während des Wartens hatten wir ein kleines Erlebnis, das hier deshalb geschildert wird, weil es uns Kinder in den folgenden Wochen immer wieder beschäftigt hat: In der Tür unseres Abteils fehlte die Glasscheibe; wer draußen im Gang stand, konnte also, ohne die Tür zu öffnen, direkt in das Abteil hineinsprechen. Das tat ein behäbiger Mann mittleren Alters, der in einen Mantel aus schwerem braunem Stoff gehüllt war und plötzlich im Gang vor unserer Tür stand. Er wolle uns etwas fragen; dann sagte er in schlesischer Mundart:

Ihch bien a Eisenboahner, ihch hoa an Marschbefähl
bekumma und sull noach Dräsda foahra.

Koan ihch da mit dam Zuge hier miete foahra?

Die 3 Kieler hatten ihn offensichtlich nicht verstanden und fragten nach. Der Mann wiederholte seine Frage, worauf er von uns eine bejahende Antwort bekam.

Diese Szene ließ den 5-Jährigen Wolf-Dietrich nicht mehr los; in der neuen Unterkunft versuchte er immer wieder, den schlesischen Text nachzusprechen. Dann stellte er mitten im Zimmer 2 Stühle quer aneinander; auf den einen Stuhl setzte er – wie auf eine Bank im Abteil – mich als Zuhörer, er selbst stellte sich hinter den anderen Stuhl und sprach über diesen hinweg die Worte des Eisenbahners. Ich glaube, es waren die einzigen Worte in seinem Leben, die er jemals in schlesischer Mundart gesprochen hat.

Nach mehrstündigem Warten erfuhr man schließlich, daß die Züge aus Hirschberg ab sofort nicht mehr nach Plan fahren, sondern dann, wenn sie voll sind. Und das dauerte, denn der Zug war inzwischen durch Anhängen einer ganzen Reihe zusätzlicher Wagen auf die doppelte Länge gewachsen. Das hatte schlimme Folgen. Denn er mußte in Richtung Reichenberg (heute Liberec) über das Gebirge fahren, und das schaffte die Lok bei diesem schweren Zug nicht.

Also wurden in Petersdorf, wo die Bahnstrecke das Flachland verläßt und in die Gebirgssteigung hineinkommt, die hinteren Wagen abgehängt, und die Lok fuhr mit dem vorderen Zugteil nach Schreiberhau. Uns wurde zugesagt, daß sie anschließend zurückkommt und den hinteren Zugteil, in dem wir saßen, nachholt. Das geschah auch. Aber da die stehengelassenen Wagen ohne Lok nicht heizbar waren, kühlten sie aus mit der Folge, daß im Zuge mehrere kleine Kinder erfroren, wie wir hinterher erfuhren.

Die Fahrkarten waren nicht bis Barum ausgestellt, weil wir nicht wußten, daß Barum einen eigenen Bahnhof hatte. Als Zielbahnhof war deshalb Wolfenbüttel bestimmt. Bis dorthin dauerte die Fahrt 3 ½ Tage. In Dresden verbrachten wir die Nacht in der Bahnstufunterführung, auf unseren Koffern sitzend. Man bedenke, in welcher zeitlichen Nähe zu den unheilbringenden Bombenangriffen wir uns dort aufhielten! In Leipzig gingen wir am vorletzten Reisetag ins Bahnhofsrestaurant. Nach dem Essen verließen wir zu dritt das Lokal, während die anderen Drei sofort nachkommen wollten. Nachdem wir ein für 6 Personen passendes Abteil gefunden hatten, hielten wir auf dem Bahnsteig nach ihnen Ausschau, aber sie kamen nicht. Der Zug fuhr los, ohne sie, wie wir glaubten. Während der Fahrt rieten uns Mitreisende, schon in Dessau auszusteigen und nicht wie geplant bis Magdeburg zu fahren, denn dort sei durch einen Bombenangriff in der vergangenen Nacht das gesamte Bahnhofsgelände unbenutzbar geworden. In Dessau bekamen wir Kontakt zu einer Dame von der Bahnhofsmission. Sie nahm uns nach Dienstschuß mit in ihre Wohnung in einem Vorort, wo wir übernachten durften, nach mehreren Nächten zum ersten Male wieder in richtigen Betten. Zuvor aber mußten wir am Bahnhof Dessau den nächsten Zug aus Richtung Leipzig abwarten, weil wir ja annahmen, daß der andere Teil der Familie jetzt nachkommen müßte. Entlang des ganzen Zuges riefen wir ihre Namen aus, aber niemand meldete sich. So fuhren wir am nächsten Tag über Vienenburg nach Wolfenbüttel. Dort riefen wir bei den Verwandten in Barum an und erfuhren, daß unsere drei Vermißten gerade in diesem Augenblick bereits dort angekommen waren. Sie hatten in Leipzig den Zug, in dem wir saßen, ebenfalls erreicht und waren über Magdeburg und Braunschweig gefahren.

Nach einigen Tagen wurde dafür gesorgt, daß Günter und Dietrich wieder zur Schule gehen konnten; als einzige höhere Schule in der Umgebung wurde uns die Oberrealschule in Wolfenbüttel genannt. Dort hatten aus Schulraummangel alle Klassen nur an jedem 4. Tag Unterricht, also 3 mal innerhalb von 2 Wochen. Mit Beginn der Osterferien Ende März 1945 endete diese Unterrichtsmöglichkeit, denn vor dem Ferienende rückten am 10. April die Amerikaner mit ihren Panzern in Barum ein.

Infolge der Besetzung durch alliierte Truppen gab es damals in großen Teilen Deutschlands für alle dort lebenden Kinder über Monate hinweg keinen Schulunterricht, ohne daß die Kinder dadurch einen Schaden davongetragen hätten. Das im August 1944 angefangene Schuljahr wurde einfach um 9 Monate verlängert und endete zu Ostern 1946. Hieran sollten sich die Menschen erinnern, die heute wegen des Corona-bedingten zeitweiligen Unterrichtsausfalls schlimmste Folgen für die Kinder befürchten.

Einige Wochen nach Kriegsende tauchte plötzlich Margaretes Tochter Gisela bei uns auf. Sie war zusammen mit einer Freundin von ihrem Einsatzort tagelang zu Fuß unterwegs gewesen. Und nach einer weiteren kurzen Zeit hatte Paul

Krause die Möglichkeit, Frau und Kinder nach Kiel zu holen, während die 3 anderen Familienmitglieder Hedwig Ablaß, Gertrud und Dietrich Roth jahrelang in Barum wohnen blieben. Ihre ursprüngliche Barumer Adresse, die alle Familienmitglieder kannten, wurde zur Anlaufstelle für die Familienzusammenführung.

Als Erster meldete sich aus englischer Kriegsgefangenschaft in Munster Fritz Mertin. Dann aber dauerte es viele Monate, ehe sich seine Frau Else bei uns melden konnte. Sie war nämlich nach dem Verlassen des Sudetenlandes in Görlitz gelandet, also in der sowjetischen Besatzungszone, und damals war mehrere Monate hindurch Postverkehr nur innerhalb jeder einzelnen Besatzungszone zugelassen. Noch länger dauerte es, bis der Sohn Knut sich bei uns meldete und nun von uns die Adresse seiner Mutter in Görlitz erfahren konnte. Als Fritz Mertin aus der Kriegsgefangenschaft entlassen war, ließ er sich in Neustadt am Rübenberge (in der Nähe von Hannover) nieder, wo er wieder in seinem angestammten Beruf als Rechtsanwalt arbeiten konnte. Jahre später durfte er im Wege der Familienzusammenführung seine Frau aus Görlitz zu sich holen. Auch sie konnte in Neustadt ihren Beruf als Hautärztin weiter ausüben und tat dies bis ins hohe Alter. Der Sohn Knut dagegen ging nach der in Görlitz abgelegten Reifeprüfung nach Berlin und nahm dort ein Jura-Studium auf.

Sehr lange dauerte es auch, bis Walter Roth sich bei uns meldete. Er hatte Beuthen, bevor dort die Russen einmarschierten, gerade noch verlassen können und war nach Hirschberg zurückgekehrt. Er befand sich also jenseits von Oder und Neiße in dem Gebietsteil von Deutschland, der den Polen zur Verwaltung überlassen worden war. Die Polen aber hatten dieses Gebiet sofort zu polnischem Staatsgebiet erklärt; für Deutschland war es somit Ausland geworden. Und ein Postverkehr mit dem Ausland wurde den Deutschen erst sehr viel später als der mit den anderen Besatzungszonen Deutschlands erlaubt. Als die deutsche Bevölkerung das polnisch gewordene Gebiet verlassen mußte, sorgte Dr. Walter Roth dafür, daß der Abtransport aus Hirschberg und Umgebung einigermaßen geordnet vor sich ging. Hierüber hat er in seinem Büchlein „Rübezahl heimatlos“ ausführlich berichtet. Mit dem letzten Transport, der noch in die Westzonen ging, verließ er selbst auf Grund des ihm erteilten Ausweisungsbefehls Ende Juni 1946 Hirschberg. Weil seine Ehe schon seit einiger Zeit zerrüttet war, nahm er ein Familienleben in Barum nicht auf, sondern zog nach Hamburg, wo er in eine Rechtsanwaltspraxis eintrat.

Nun bleibt noch über 2 besonders traurige Schicksale zu berichten, nämlich über die beiden Söhne Konrad und Wolfgang Ablaß. Nachdem Konrad in Brasilien einige Monate nach Kriegsende wieder eine Arbeitsmöglichkeit gefunden hatte, erlitt er einen schweren Arbeitsunfall mit inneren Verletzungen. Diese wurden nicht richtig ausgeheilt und führten schließlich im Jahre 1947 zu seinem Tode. Mutter Hedwig erfuhr hiervon erst viele Monate später auf Umwegen. Im Zusammenhang mit der Todesnachricht ergab sich ein Briefwechsel mit Konrads bestem Freund, dem Konsul Friedhelm Ebertz und mit dessen Schwester Helene Isenberg. Da unter den heutigen Nachkommen Ablaß über Konrad und sein Leben in Brasilien nur recht wenig bekannt ist, schließe ich in einem Anhang zu diesem Kapitel aus den Briefen der beiden Genannten diejenigen Sätze, die etwas über Konrad Ablaß erzählen, an.

Wolfgang Ablaß hatte ein ganz anderes, aber nicht minder trauriges Schicksal: Eine Augenverletzung, die er sich in seiner Kindheit zugezogen hatte, machte

ihm seit Jahresbeginn 1945 wieder einmal starke Beschwerden. Deshalb wies ihn der Divisionsarzt Anfang Februar ins Lazarett ein. Mit einem Lazarettsschiff gelangte er von Ostpreußen nach Swinemünde und von dort aus mit einem Lazarettzug nach Flensburg. Auf dieser Fahrt erlitt er bei einem Zugzusammenstoß eine starke Prellung an einem Knie, was zusätzlich eine vorübergehende Gehbehinderung zur Folge hatte. In Flensburg wurde er bis Ende März in der Augenabteilung eines Reservelazaretts ärztlich behandelt. Durch Anruf bei seinem Schwager Paul Krause erfuhr er, daß seine Mutter mit zwei seiner Schwestern und deren Kindern bei Verwandten in Barum aufgenommen worden ist. Also machte er sich, als er am Gründonnerstag aus dem Lazarett entlassen worden war, alsbald auf nach Barum zu seinen Angehörigen; bei ihnen verbrachte er die Ostertage. Anschließend fuhr er während des Genesungsurlaubs nach Schlesien, um seine Frau Eva, die er 1943 geheiratet hatte und die schwanger war, vor der Roten Armee in Sicherheit zu bringen. Von Schlesien aus fuhren sie am 17. April nach Rudig im Sudetenland, wo Wolfgang Schwester Else im Krankenhaus ärztlichen Dienst tat. Dort in der Nähe befand sich ein Kriegsgericht, bei dem Wolfgang sich meldete, da seine frühere Dienststelle nach seiner Einweisung ins Lazarett aufgelöst worden war. Am 5. Mai wurde seine Versetzung in den Böhmerwald angeordnet. Ehe er sich dorthin begeben konnte, geriet er in Sachsen in amerikanische Gefangenschaft.

Eva schloß sich ihrer Schwägerin Else an und gemeinsam fuhren sie nach Karlsbad und nach einem Aufenthalt, der einen ganzen Monat gedauert hatte, den Eva aber in sehr schlechter Erinnerung behielt, konnten sie am 31. Mai das Sudetenland verlassen und mit einem Lazarettzug bis nach Dresden gelangen. Von dort nahmen Russen sie im Auto mit nach Görlitz. Sie wollten nach Hirschberg, aber in Görlitz war für die beiden Frauen die Fahrt zu Ende: Der Übergang über die Neiße war „vom Ostufer aus durch polnischer Militär“ gesperrt, Deutsche wurden nicht mehr hinübergelassen. So mußten sie in Görlitz bleiben, wo Else sehr bald eine Hautarztpraxis übernehmen konnte. Ebenfalls in Görlitz wurde am 22.6.1945 Evas Kind, ein Mädchen, geboren.

Inzwischen hatten die Amerikaner, weil Sachsen den Sowjets als künftiges Besatzungsgebiet zugeteilt war, ihre gesamten dort gemachten Gefangenen an die Sowjets abgegeben. Wolfgang Ablaß erlitt also das gleiche Schicksal wie 31 Jahre vorher seine Eltern, aber er kam nicht nach 4 Monaten frei, sondern erst nach 10 Jahren und 4 Monaten, im Oktober 1955. Sein Kind hat er nie gesehen; in der 4. Lebenswoche bekam es einen ruhrartigen Durchfall, wie er damals in der dortigen Gegend grassierte. Am 27. Juli starb das Kind. Nur 5 Wochen Leben waren ihm vergönnt gewesen. Nach dem Ende der Gefangenschaft – Wolfgang Ablaß hatte inzwischen sein 50. Lebensjahr vollendet – war ihm das Zusammensein mit seiner Frau nur ein Jahr lang beschieden, dann entriß ihm der Tod auch sie. Danach aber ward ihm doch noch das Glück, in einer zweiten Ehe mit einer Freundin seiner Frau die Geborgenheit in einer Familie zu erleben.

Folgendes ist bei den Ablaß-Nachfahren bemerkenswert: Zwei von Brunos Töchtern starben an einem Geburtsdatum eines ihrer Kinder, Margarete an einem 10. Oktober, dem Geburtstag der Tochter Gisela, Gertrud an einem 13. Juli, dem Geburtsdatum ihres Sohnes Dietrich. Inzwischen sind alle 5 Kinder Ablaß nicht mehr am Leben; als letzte starb die Tochter Else, sie erreichte ein Alter von 100

Jahren und 3 Monaten. Von den 5 Enkelkindern, die das Erwachsenen-Alter erreicht haben, hatte eins einen medizinischen Beruf, unter den anderen 4 befanden sich 2 Richter und 2 Rechtsanwälte.

Wenn im Familienkreis die Rede auf die Anzahl der Nachkommen kam, pflegte Hedwig Ablaß zu sagen „Ich habe 5 Kinder und 5 Enkelkinder“. Gelegenheit, von einem 6. Enkelkind zu sprechen, hatte sie nicht, denn als im Herbst 1945 der Postverkehr über die Zonengrenzen hinweg zugelassen wurde und ein Kontakt zur Schwiegertochter möglich wurde, war dieses 6. Enkelkind schon nicht mehr am Leben.

Inzwischen leben auch 2 weitere Enkelkinder nicht mehr. Sie alle haben zwar Nachkommen hinterlassen, aber da sie sämtlich von weiblichen Ablaßkindern stammen, konnten sie nach dem damals geltenden Recht den Namen Ablaß nicht erben. Deshalb haben sich die beiden Söhne von Margarete zusätzlich zu dem Namen ‚Krause‘ in einem förmlichen Namensänderungsverfahren als 2. Teil des Nachnamens den Namen ‚Ablaß‘ zugelegt. Damit bleibt der Name ‚Ablaß‘ nicht nur erhalten, sondern er wird – entgegen der verfehlten neuen ß-Regel – auch künftig mit ß geschrieben.

Auch hierzu gibt es einen Ausspruch von Hedwig Ablaß. Denn wenn diese bei amtlichen Stellen ihren Namen angeben mußte und dabei gefragt wurde „Wie schreibt sich das?“, antwortete sie in typischem Schlesisch: „Nu, wie der Ablaß-Zettel“.

Anhang zu Kapitel 31: Aussagen über Konrad Ablaß

*** 4.4.1903, † 1947**

Nach der Flucht stand meine Großmutter Hedwig Ablaß in brieflicher Verbindung mit einer Frau Ruth Partsch, einer guten Bekannten aus Hirschberg, die es nach Bad Neustadt an der Saale verschlagen hatte, die sich aber kurze Zeit später in Herne/Westf. niedergelassen hatte. Von ihr erhielt Hedwig Ablaß Anfang 1948 einen Brief, in dem Frau Partsch sinngemäß schrieb: „Wie betrübt muß Ihr Mutterherz gewesen sein, als Sie die Nachricht vom Tode Ihres Sohnes Konrad erhielten“. Eine solche Nachricht hatte sie bis dahin nicht erhalten, erst durch diese Briefstelle erfuhr sie, daß ihr Sohn nicht mehr lebt. Ich habe heute noch vor Augen, in welchem Zustand ich meine Oma an diesem Tage zu Hause antraf: im Sessel sitzend, tränenüberströmt, den bewußten Brief in ihren Händen. Sie war keines Wortes fähig; erst durch meine Mutter erfuhr ich von der gerade eingetroffenen Todesnachricht. Auf Nachfrage nannte Frau Partsch den Namen und die Anschrift einer Frau Isenberg in Herne. Diese hatte von ihrem Bruder Friedhelm Ebertz, der in Brasilien lebte und mit Konrad Ablaß befreundet war, die Todesnachricht erhalten und sie an Frau Partsch weitergeleitet. Oma wandte sich nun an Frau Isenberg; diese schrieb ihr mit Brief vom 17.3.1948 das Folgende:

Sehr verehrte gnädige Frau: Recht herzlich danke ich für Ihre Karte vom 7.3.48. Ihr Sohn Konrad war viel mit meinem Bruder zusammen. Er war der Patenonkel meiner kleinen Nichte. Als ich mich bei meinem Bruder nach unserem gemeinsamen Bekannten erkundigte, teilte er mir nur mit, daß es den Deutschen während des Krieges sehr schwer gemacht wurde, sich durchzuschlagen. Nach dem Kriege war es Ihrem Sohn gelungen, eine befriedigende Beschäftigung zu finden. Wann und in welchem Krankenhaus Ihr Sohn verstorben ist, kann ich nicht sagen. Mein Bruder bat mich um Ihre Adresse, um Ihnen Näheres mitzuteilen. Ich hoffe, daß er bald an Sie schreiben wird. Ich kann verstehen, wie schwer

es für Sie als Mutter sein wird, diese traurige Nachricht so auf Umwegen erfahren zu haben. Ich hatte gehofft, die Verbindung zwischen Ihnen und Ihrem Sohn herzustellen und nun bin ich betrübt, Ihnen diese traurige Mitteilung machen zu müssen. In Gedanken an schöne Stunden im Urwald sehe ich Konrad mit seiner Schimmelstute „Lotte“ angetrabt kommen und wir hielten dann zusammen ein gemütliches Plauderstündchen.

So weit der Auszug aus dem Brief der Frau Helene Isenberg geb. Ebertz aus Herne/Westfalen an Frau Hedwig Ablaß.

- - - - -

Friedhelm Ebertz aus Bom Jesus de Triunfo (Brasilien)

Brief vom 13.8.1948: (Auszug) an Frau Hedwig Ablaß

Gern gebe ich Ihnen nähere Nachricht über das Ableben meines Freundes, Ihres Sohnes Konrad. Er hatte eine bebaute Kolonie. Diese hat er 1938 gegen eine größere unbebaute getauscht, die ca. 30 ha groß war. Anlaß dafür, daß er dabei die Iracema-Zone verlassen hat, war wohl der tragische Tod von Lotte Fink. Lotte hieß auch sein gesatteltes Pferd, eine Schimmelstute.

In den Kriegsjahren schämte sich alle Welt, den Deutschen Arbeit zu geben; sie mußten sich redlich durchschlagen. Wir waren befreundet und haben zeitweise zusammen gewohnt. Meine 1939 geborene Tochter Inge war seit 1944 Konrads Patenkind. Konrad hatte einen unverwüstlichen Humor und hielt alle bei Laune. Konrad sprach viel von seinen Eltern, die er über alles verehrte, und von seinen Geschwistern, die er von Herzen liebte. Ende des Krieges trennten wir uns. Konrad ging nach São Francisco de Paula. Dort erlitt er einen Betriebsunfall. Angeblich geheilt entlassen, traf er sich nochmals mit mir; damals gab er mir kund, wie sehr ihn das Schicksal der Seinen bedrückte.

An inneren Verletzungen als Folge des Unfalls starb er im Krankenhaus von S.F. de Paula. – Konrad war allgemein beliebt und geachtet, und ich habe in ihm meinen besten Freund verloren.

- - - - -

Friedhelm Ebertz, Brief vom 5.11.1948:

Es war Konrads heißester Wunsch, noch einmal nach der Heimat zurückzukehren, um mit den Seinen zusammensein zu können. Der Tod seines Vaters und die Sorge um seine so sehr geliebte Mutter und Geschwister haben stark an ihm genagt. Konrad wußte, daß sein Bruder und sein Schwager im Felde standen und er hat stets um ihr Ergehen gebangt.

- - - - -

Es existiert noch ein dritter Brief von Herrn Ebertz vom 11.3.1949. Mit ihm übersandte er Konrads Papiere an die Mutter. 6 von den einzeln aufgeführten Dokumenten befinden sich bei Konrads Unterlagen, ein siebtes, ausgerechnet der Totenschein, ist nicht dabei. Deshalb läßt sich aus den Papieren nicht das Todesdatum feststellen.

Bei den Unterlagen befindet sich der Entwurf eines Antwortbriefs von Hedwig A. Darin steht: Wenn der Krieg nicht gekommen wäre, wäre ich sicher mit meinem Mann zusammen noch einmal nach Brasilien gekommen. – Die Papiere werde ich mit nach Kiel oder Hamburg nehmen, um den Inhalt übersetzen zu lassen.

Kapitel 32. Persönliche Erinnerungen des Verfassers

Wenn ich von „meinem Großvater“ oder „meinem Opa“ spreche, dann meine ich immer den Großvater mütterlicherseits. Denn den Vater meines Vaters habe ich nicht kennengelernt, weil er mehrere Jahre vor meiner Geburt gestorben ist.

Als der Vater meiner Mutter starb, war ich 8 Jahre und 2 Monate alt. Ich habe also eine Reihe persönlicher Erinnerungen an ihn. Er hatte sein Arbeitszimmer im Erdgeschoß seines Hauses in der Wilhelmstraße. Wenn ich mittags aus der Schule kam, ging ich meistens zu dem nicht weit von der Schule entfernt gelegenen Haus, weil ich von dort aus zusammen mit meinem Vater, der mit meinem Großvater in einer Sozietät verbunden war und dessen Arbeitszimmer sich ebenfalls in diesem Hause befand, den Heimweg antreten konnte. Wer als Eingeweihter das Haus betrat, der hatte 2 Möglichkeiten: Entweder er klingelte an der Wohnungseingangstür, dann mußte vom 1. Stock jemand herunterkommen, um zu öffnen. Oder er ging durch die Räume der Kanzlei. Deren vorderster Raum war das Schreibzimmer, wo die Klienten, die einen der Anwälte aufsuchen wollten, sich melden mußten. Im 2. Raum saß der Bürovorsteher. Dann schloß sich das Arbeitszimmer meines Vaters an, und der Raum dahinter, ein Eckzimmer mit je einem Fenster zur Wilhelmstraße und zur Kaiser-Friedrich-Straße, war das Reich meines Großvaters. Im vordersten Raum gab es einen Reserve-Arbeitsplatz, wo ich öfters sitzen und meine ersten Versuche im Maschinenschreiben machen durfte. Im nächsten Raum wechselte ich ein paar Worte mit dem Bürovorsteher und erfuhr von ihm etwaige Neuigkeiten. Und als ich wieder ein Zimmer weiter war und meinen Vater begrüßt hatte, durfte ich dort am Besprechungstisch sitzen und anfangen, meine Schularbeiten zu machen. Wenn das nicht möglich war, weil mein Vater in einer Besprechung war, ging ich nach oben, wo die Oma dabei war, das Mittagessen zuzubereiten. Ich bekam dann meistens von ihr eine Portion leckeren Krautsalat oder eine kleine andere Köstlichkeit.

Oft war ich dann auch noch kurze oder längere Zeit bei meinem Großvater. Dort nahm mein besonderes Interesse eine Wasserpfeife mit einem fast mannhohen Rohrstück ein, die dort in einer Ecke stand und seit langem nicht mehr benutzt wurde. Von dem, worüber der Opa mit mir sprach, habe ich so gut wie keine Erinnerung mehr. Es gibt aber 2 Ausnahmen, bei denen ich seine Worte noch heute im Ohr habe: An einem 1. April ging der Opa, während ich seine Wasserpfeife betrachtete, zum Fenster, sah hinaus und sagte dann: „Da drüben geht der Onkel Fritz“. Wen er damit meinte, wußte ich natürlich, nämlich einen seiner Schwiegersöhne. Ich stürmte zum Fenster, sah draußen aber niemanden, fragte „wo?“ und sah immer noch niemanden. Schließlich sagte der Opa: „April, April!“ Ich wußte nicht, was er damit sagen wollte, und fragte ihn. Er sagte nur: „Ich habe dich in den April geschickt“. Damit konnte ich genauso wenig anfangen und wollte mich vergewissern, ob der Onkel Fritz überhaupt nicht draußen vorbeigegangen ist, was der Opa mir bestätigte. Ich war enttäuscht und es rumorte in mir bei dem Gedanken: Der Opa hat etwas gesagt, was gar nicht stimmt. Innerlich

mit ihm versöhnt war ich erst, als ich die Sache meiner Mutter erzählt hatte und sie mir die Bedeutung von Aprilscherzen erklärt hatte.

Der andere Fall, bei dem ich Opas Worte noch im Ohr habe, geschah beim Rundfunkhören. Im großelterlichen Wohnzimmer – es war der Raum, wo über dem Sofa das Gemälde von Werner Fechner aus dem Jahre 1935 hing, das Bruno Ablaß mit über einer Serviette gefalteten Händen zeigt – versammelten sich oftmals die Familienmitglieder um das Radiogerät herum. Wir hörten den täglichen Wehrmachtsbericht. Er mußte an jenem Tage wohl über eine hohe Zahl von Verlusten auf beiden Seiten berichtet haben. Jedenfalls sagte am Schluß der Sendung mein Großvater: „Es ist halt Krieg“. Die Worte klangen traurig, aus ihnen sprach Resignation, aber man spürte, daß sie viel mehr ausdrückten: Verzweiflung darüber, daß wir nicht die Möglichkeit hatten, dem grausamen Geschehen abzuwehren.

Eine letzte Begegnung mit ihm hatte ich wenige Tage vor seinem Tode, als er im großen Speisesaal auf einem Sofa gebettet lag. Wenige Angehörige saßen oder standen um ihn herum und er ließ sich von ihnen etwas erzählen. Zwischendurch fragte er nach und zeigte damit, daß er trotz seiner Krankheit geistig in der Lage war, der Unterhaltung zu folgen.

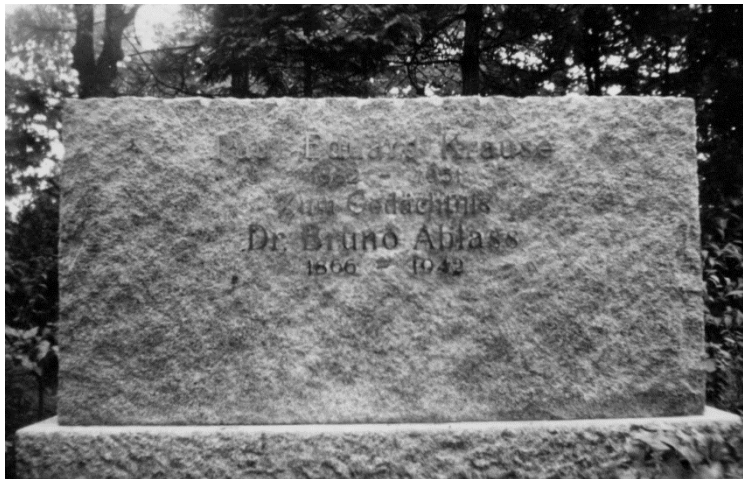
Wenige Tage später starb er. Der Bürovorsteher war der erste, von dem ich es erfuhr. In einem besonderen Raum des Hauses, dem sogenannten Salon, sah ich ihn aufgebahrt; es war ein feierlicher Anblick. Und dann brachte man ihn auf den Friedhof. Ich durfte die Urnenbeisetzung miterleben und kannte deshalb genau die Stelle, wo sein Grab lag. Ein Grabstein konnte ihm nicht gesetzt werden; es war zwar einer in Auftrag gegeben, der konnte aber kriegsbedingt nicht angefertigt werden.

Wenn ich in der folgenden Zeit einmal wöchentlich zur Sonnenland-Siedlung (im SW der Stadt) ging, wo ich bei der Gattin des Menzel-Willem¹ Unterricht im Singen und in Stimmübungen bekam, dann nahm ich zur Abkürzung den Weg über den Friedhof, machte dort einen kleinen Schlenker in Richtung auf die Friedhofsmauer zu und stand vor Opas Grab. Zu Häupten standen 2 Zypressen; daran konnte ich schon von weitem das Grab erkennen. Sie gehörten übrigens nicht zu dem Zypressenhain, der das Grab von Wilhelm Wander umrahmte (s.o. Kap. 7a).

¹ Volkstümlicher Name des Prof. Wilhelm Menzel, der nach der Vertreibung in vielen Schlesiergruppen Heimatnachmittage in schlesischer Mundart gestaltete.

Einen Grabstein aber gibt es doch, der zumindest auch dem Gedenken an Bruno Ablaß gewidmet ist: Als sein Schwiegersohn Paul Eduard Krause im Jahre 1951 gestorben war, wurde auf dessen Grabstein, der sich auf dem Nordfriedhof in Kiel befindet, zusätzlich zu den ihn betreffenden Angaben der folgende Vermerk gesetzt:

Zum Gedächtnis
Dr. Bruno Ablaß
1866 – 1942



Schlußbemerkung

So wie am Anfang des Buches als Motto der Ausspruch eines schlesischen Dichters steht, sollen nun, wo ich am Ende dessen angekommen bin, was ich erzählen wollte, nochmals 2 schlesische Autoren zu Wort kommen. Denn unter Schlesiern ist es hübscher Brauch, daß der Verfasser sich am Ende der Lektüre einmal direkt an die Leser, für die er das Buch geschrieben hat, wendet, sei es mit schmunzelnden oder mit ernsten Worten.

Das Sprüchlein von Josef von Eichendorff (1788 – 1857) lautet:

Die handeln, und die dichten,
das ist des Lebens Lauf.
Der eine macht Geschichten,
der andre schreibt sie auf.

Und Paul Keller (1873 – 1932) hatte diesen Wunsch:

Ist nun das Wort, so meinem Mund entweicht,
lebendig in ein ander Herz gedrungen,
so habe ich mein Ziel erreicht.

Mir aber sind diese Worte meiner beiden Lieblingsautoren aus der Seele gesprochen.

Dietrich Roth

Daten aus dem Leben von Bruno Ablaß

| | |
|--------------------------------|--|
| 10.05.1866 | Geboren in Bunzlau (Schlesien) |
| 17.06.1866 | evangelisch getauft in Bunzlau |
| Ostern 1872 | Einschulung in die Volksschule in Bunzlau |
| 1876 | Übersiedlung nach Breslau und Übergang ins Gymnasium |
| 1884 | Abitur und Beginn eines rechtswissenschaftlichen Studiums |
| 04.10.1884 | Mitglied der Burschenschaft „Arminia“ zu Breslau |
| 09.06.1888 | 1. juristisches Staatsexamen (Referendar-Examen) |
| 24.04.1890 | Tod des Vaters Robert Ablaß |
| 1891 | Promotion zum „Dr. jur.“ an der Universität Heidelberg |
| 1892 | 2. juristisches Staatsexamen (Assessor-Examen) |
| Herbst 1892 – Febr. 1893 | Gerichts-Assessor |
| 1893 | Zulassung zum Rechtsanwaltsberuf |
| 07.03.1893 | Niederlassung als Rechtsanwalt in der Kreisstadt Hirschberg, die damals noch den Namenszusatz „in Schlesien“ führte, der später ersetzt wurde durch den Zusatz „im Rsgb.“ (im Riesengebirge) |
| 1894 | Beitritt zur Deutschen Freisinnigen Volkspartei (DFrVp) |
| 1896 – 1933 | Stadtverordneter in Hirschberg (heutige Bezeichnung: Rats-herr) |
| Dez. 1896 | Verlobung mit Hedwig Vogdt aus Strehlen |
| 12.06.1897 | Eheschließung mit Hedwig geb. Vogdt. Standesamtliche Trauung in Strehlen (Schlesien), kirchliche Trauung am selben Tage in der evangel. Kirche „St. Bernhardin“ zu Breslau |
| 08.10.1898 | Tod der Mutter Anna Ablaß geb. Oertel |
| 1898 – 1905 | Geburt von 5 Kindern, 3 Mädchen und 2 Knaben |
| 1903 | Ernennung zum Königlich-preußischen Notar |
| Herbst 1903 – 26. Okt. 1918 | Mitglied des Deutschen Reichstages (MdR) als Abgeordneter der DFrVp, später der DFVp (Deutsche Fortschrittliche Volkspartei) für den Wahlkreis Liegnitz |
| 1904 | Erwerb des Wohnhauses Wilhelmstr.16 in Hirschberg (spätere Haus-Nr.: 42) |
| Vor Juni 1908 | Gründung des Vereins der Musikfreunde |
| Juni 1908 | Beginn der Freundschaft mit Gerhart Hauptmann |
| Zwischen 1910 und 1912 | Erwerb des Ehrentitels „Justizrat“ |
| Aug. bis Nov.1914 | Zusammen mit seiner Gattin in russischer Kriegsgefangenschaft |
| Nov. 1917 | Studienreise an die Westfront |

| | |
|----------------------------|---|
| 22.02.1918 – 15.11.1929 | Stadtverordneten-Vorsteher in Hirschberg |
| Anf. Nov. 1918 | Erneute Reise an die Westfront, diesmal in offiziellem Auftrage. |
| 06.02.1919 – 21.05.1920 | als Abgeordneter der im Nov. 1918 gegründeten DDP (Deutsche Demokratische Partei) Mitglied der „Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung“ (MdN) und in ihrem Rahmen Mitglied des Verfassungsausschusses |
| August 1929 | Verleihung des „Goldenen Schlüssels der Stadt Pittsburgh“ |
| Seit 29.11.1929 | Alterspräsident in der Stadtverordneten-Versammlung |
| 1932 | Nochmalige (erfolglose) Kandidatur zum Reichstag als führender Kandidat in der Liste der liberalen „Deutschen Staatspartei“ (Nachfolge-Partei der DDP) |
| Dez. 1933 | Niederlegung des Stadtverordneten-Mandats |
| 24.09.1942 | Todestag von Justizrat Dr. Bruno Ablaß |

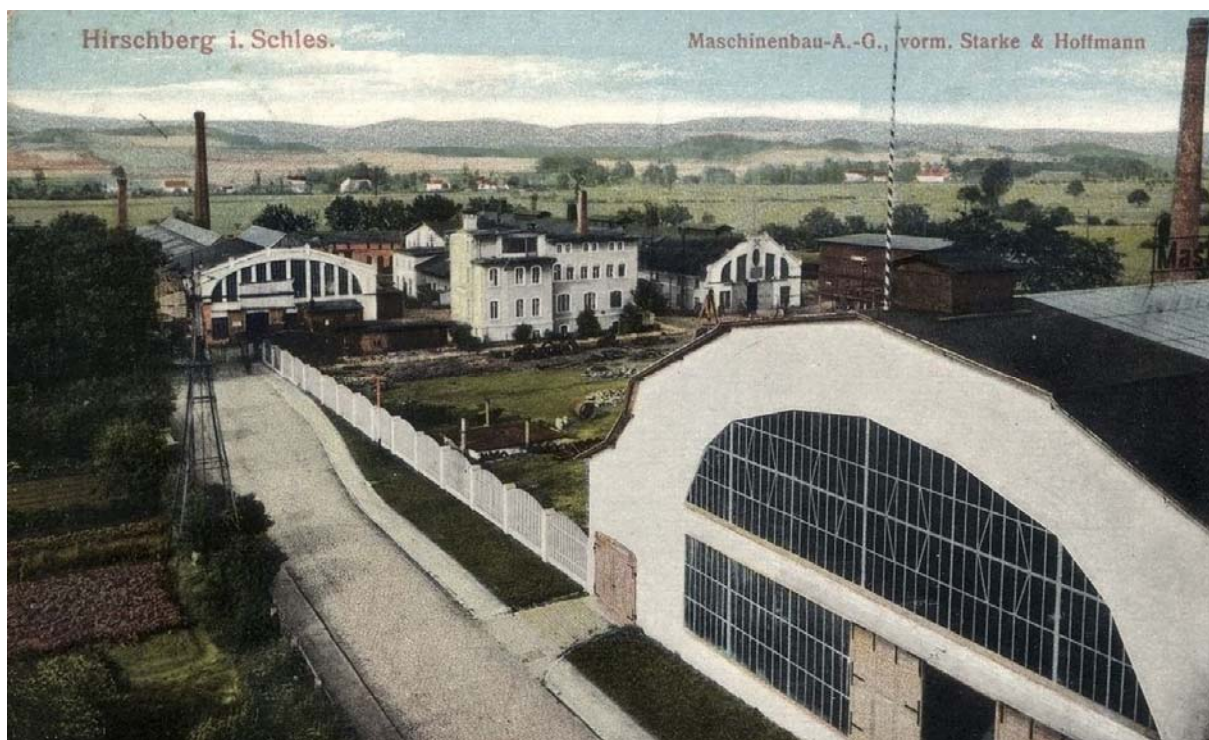
Fototeil

Serie I: Beruf und Privatleben
(Seiten 292 – 302)

Serie II: Ereignisse während
der Stadtverordneten-Zeit
(Seiten 303 – 314)



Recht bald wurde dem Hirschberger Neubürger bewußt, daß die Stadt auch über bedeutende religiöse Bauwerke wie die evangelische „Gnadenkirche“ und über wichtige Industrie-Unternehmen verfügte.



Maschinenbau-A.-G., vormals Starke & Hoffmann.



Das Königl. Land- und Amtsgericht an der Wilhelm-Strasse

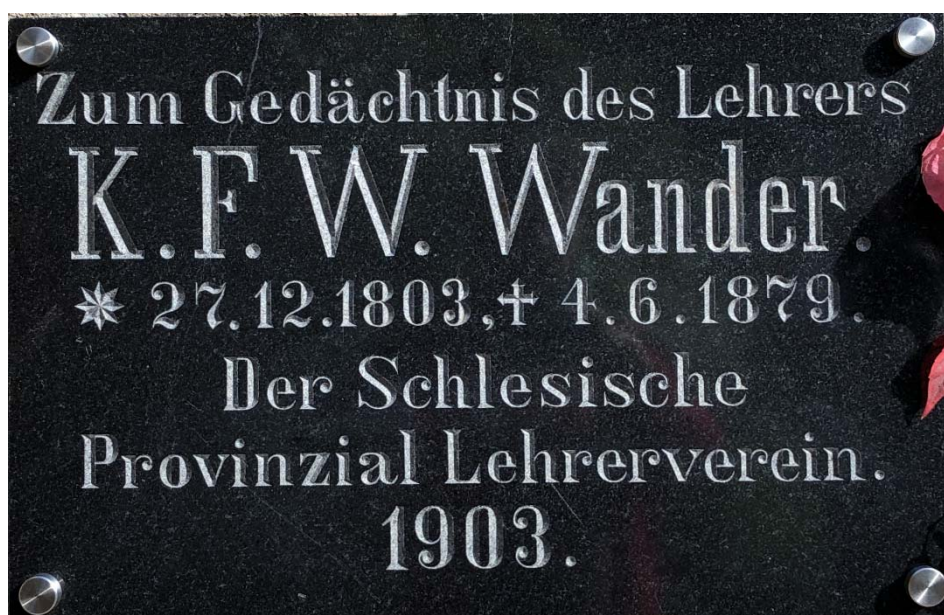
In diesem Gebäude spielte sich ein wichtiger Teil der beruflichen Tätigkeit des Rechtsanwalts Dr. Ablaß ab: Hier vertrat er rechtsuchende Menschen, z.B. Schuldner, die auf Zahlung verklagt wurden, oder auf Zahlung klagende Gläubiger, und hier verteidigte er Menschen, die wegen einer Straftat angeklagt waren.



Hedwig Vogdt und Bruno Ablaß als Verlobte (Dezember 1896).



In dem Eckhaus links wohnte die Familie zu Anfang. Von einem Wohnungsfenster aus konnten die Töchter als kleine Kinder auf die katholische Kirche und ihren Vorhof blicken und das religiöse Geschehen miterleben.



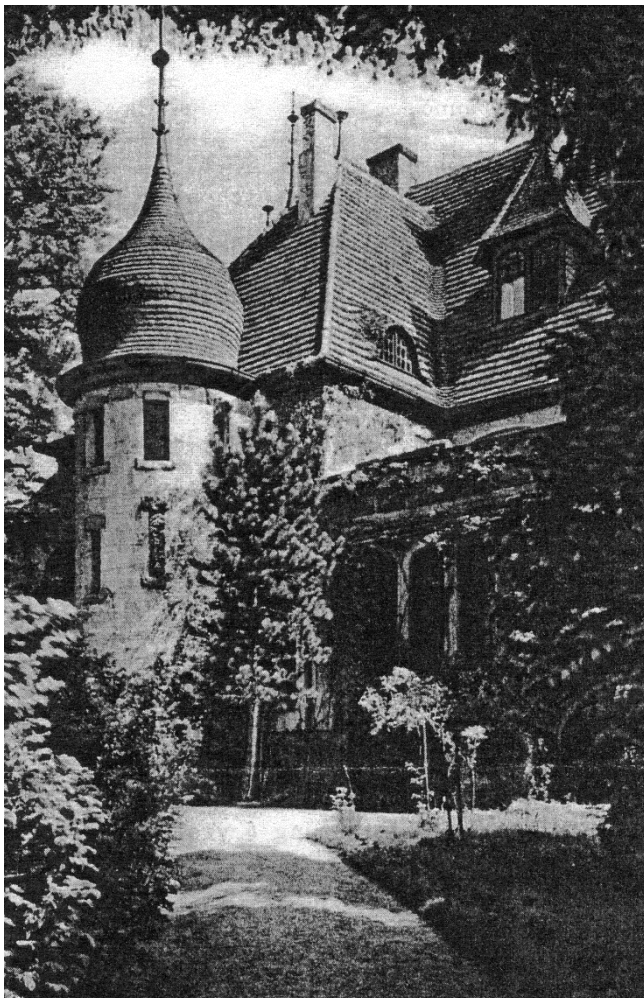
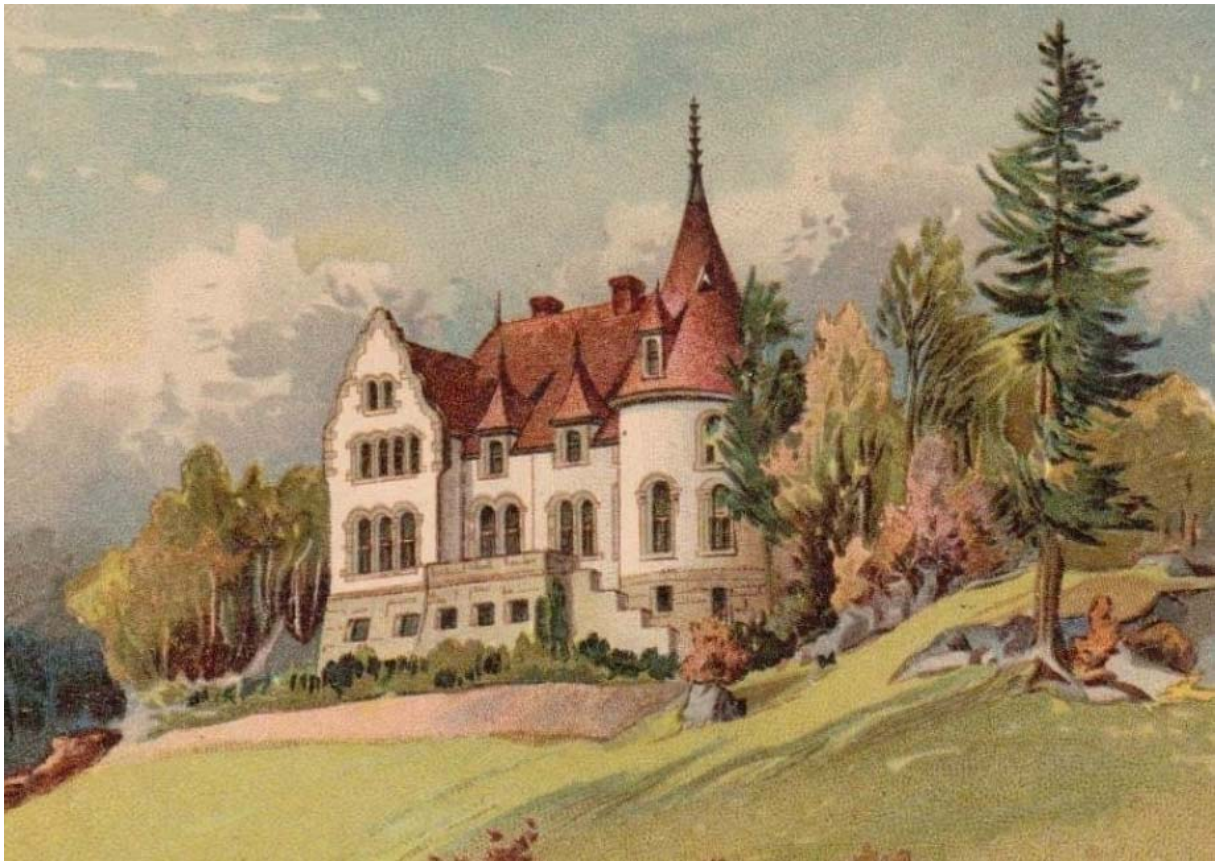
Zu Kapitel 7a: Während der Gedenkfeier aus Anlaß des 100. Geburtstages des Lehrers Wilhelm Wander wurde an seinem Grabe diese Tafel niedergelegt.



Die Ablaß-Villa, von der Wilhelmstraße aus betrachtet. In den 4 Räumen im Erdgeschoß war das Büro untergebracht; von links nach rechts: Arbeitszimmer Dr. Ablaß, Arbeitszimmer Dr. Roth, Zimmer des Bürovorstehers, Raum der Kanzleikräfte, dieser im nachträglichen Anbau mit der darüber angelegten Dachterrasse. Der Tor-Durchgang rechts ist erst nach 1945 entstanden.



Hier erkennt man das große Ausmaß der Dachterrasse. Vorn im Bild die Rückseite der Garage, damals „Kraftwagenschuppen“ genannt, die der Sohn Wolfgang Ablaß im Herbst 1936 erbauen ließ.



Zu Kapitel 8: Das Gerhart-Hauptmann-Haus in Agnetendorf, genannt „Wiesenstein“, hat 2 Türme: Auf dem unteren Bild sieht man den Treppenturm, auf dem oberen Bild den Turm mit dem Turmzimmer, in welchem Hauptmanns Gäste wie z.B. die Familie Ablaß gelegentlich zur Übernachtung einquartiert wurden.



An diesem Bahnhof begannen und endeten alle Reisen, die Dr. Ablaß im Laufe seines Lebens unternahm, seien es Fahrten zu den Parlamenten in Berlin und Weimar oder zu auswärtigen Gerichtsterminen oder seien es private Urlaubsreisen gewesen.



Dies ist das einzige Familienbild, auf dem der später nach Brasilien ausgewanderte Sohn Konrad Ablaß mit drauf ist (vorn links). Das Bild zeigt die Eheleute Ablaß, die 3 Töchter mit ihren Ehemännern, die beiden Söhne Ablaß, das älteste Enkelkind und eine Verwandte (rechts oben im Hintergrund).



Grünbuschbaude bei Hirschberg i. Riesengebirge

Dieses außerhalb des bebauten Stadtgebiets liegende Lokal war für Spaziergänger ein bequem zu erreichendes Ausflugsziel. Hier hielten sich die Eheleute Ablaß mit ihren Angehörigen oft und gerne auf.



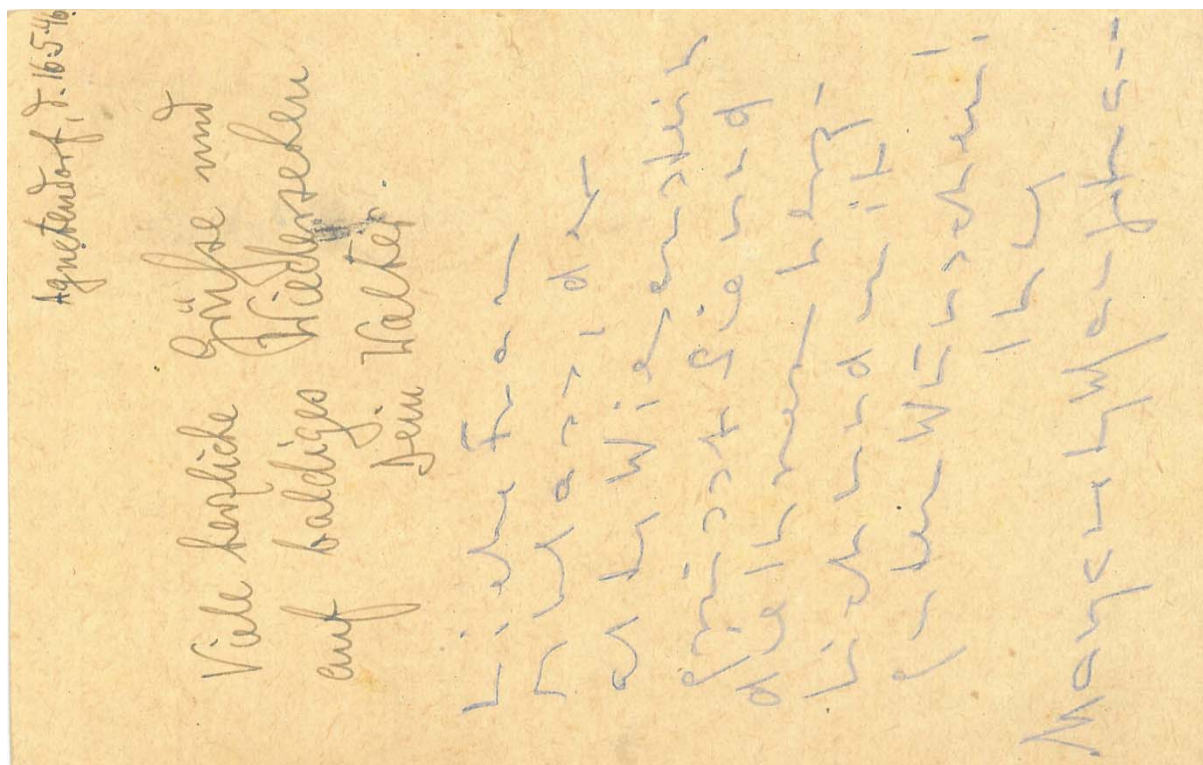
Oft unternahm die Familie auch Ausflüge ins Gebirge, hier zu einer der „Grenzbauden“.



So sah es zu Lebzeiten von Bruno Ablaß auf dem Gipfel der Schneekoppe (1605 m üM) aus. Für Gebirgswanderer war sie ein beliebtes Ziel. Über den Berg verläuft noch heute die böhmisch-schlesische Grenze.



Dieses Bild von der Schildauer Straße dokumentiert, daß es in dem Laden links nicht nur Riesengebirgs-erinnerungen zu kaufen gab, sondern daß Rübezahl persönlich den Stadtbewohnern von Hirschberg nahe war. Den Weg zu ihm sollten 2 zünftige Wanderer weisen, die auf dem Balkon über der Ladentür bereitstanden. Textzeile direkt über den Schaufenstern: „Riesengebirgs-Erinnerungen“, Textzeile unter den Fenstern im 2. Stock: „Zum Rübezahl“.



Die Freundschaft der Familie Ablaß mit den Eheleuten Hauptmann hielt auch nach dem Tode von Bruno Ablaß an. Brunos Schwiegersohn Walter Roth suchte das Haus „Wiesenstein“ in Agnetendorf noch öfters auf, wie hier 3 Wochen vor Gerhart Hauptmanns Tod. Hauptmann war nicht mehr in der Lage, selbst zu schreiben, diese Aufgabe übernahm Frau Hauptmann mit dieser Karte an Brunos Witwe Hedwig Ablaß. Der von Frau Hauptmann geschriebene Text lautet: „Liebe Frau Ablaß, der alte Wiesenstein grüsst Sie und die Ihnen herzlich und mit guten Wünschen! Ihre Margarete Hauptmann.“



Und heute? Dieser Kachelofen im ehemaligen Wohnzimmer der Familie Ablaß ist einer der wenigen Gegenstände, die in dem Hause in der Wilhelmstraße noch an die Zeit von vor 1945 erinnern.



In dieser Wohnzimmer-Ecke saß die Familie beim Radio-Hören. An der Wand stand ein Sofa und über der Sofalehne hing das „Servietten“-bild, das Gemälde von Werner Fechner.



Hier beginnt Foto-Serie II. Im Rathaus, mitten in der Stadt, tagte die Stadtverordneten-Versammlung, das zweite Hauptwirkungsgebiet von Dr. Ablaß in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter und Stadtverordneten-Vorsteher.



Hier über den Marktplatz führte der Weg des Stadtverordneten Dr. Ablaß von seiner Wohnung zum Rathaus. An Markttagen konnte er hier aus der Nähe das betriebsame Leben der Marktbesicker und der Käufer aus Stadt und Land miterleben.

Eine Straßenbahn ohne Stromabnehmer, so sah die Hirschberger Gasbahn aus. Sie fuhr, wie ihre Nachfolgerin, die „Elektrische“, durch die engen Straßen der Innenstadt und auch quer über den Marktplatz.



Natürlich besitzt Hirschberg – wie jede schlesische Stadt – einen Neptunsbrunnen. Der auf dem Sockel im Brunnen stehende Wassergott wurde in Schlesien „Gabeljürge“ genannt. Hier trafen sich die Menschen, wenn sie verabredet waren.



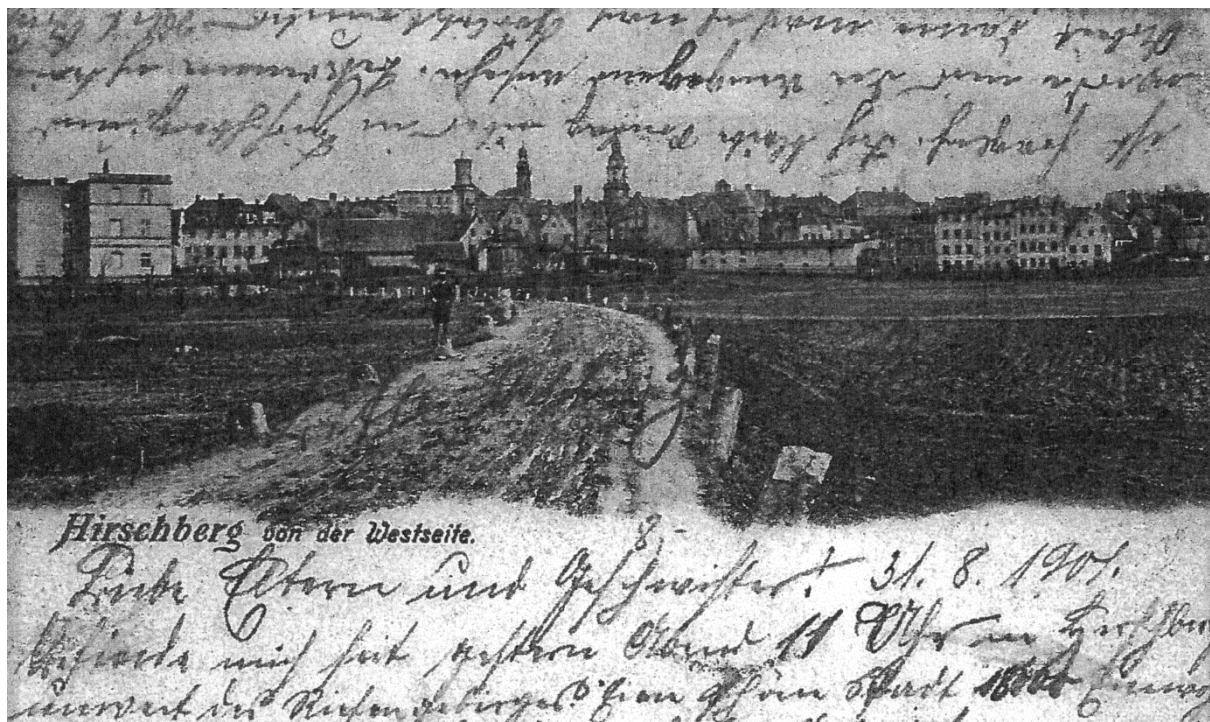
Diesen Blick hatte Dr. Ablaß vom Rathausturm aus. Hier konnte er das Gebiet überblicken, das von Hirschberger Bürgern bewohnt war, um deren Belange er sich in der Stadtverordneten-Versammlung zu kümmern hatte.



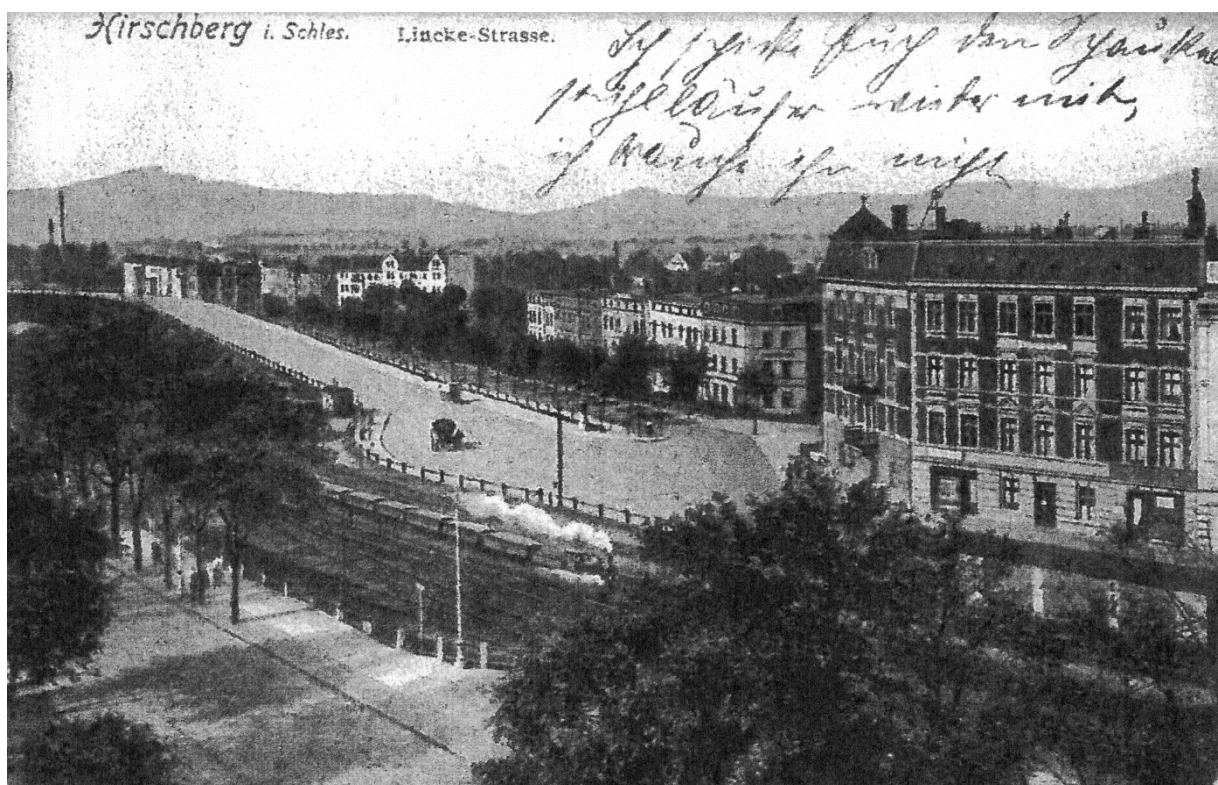
1897. Hochwasser in Schmiedeberg



Die Niederschule am Tag nach dem Hochwasser



So waren zu der Zeit, als Bruno Ablaß sich in Hirschberg ansiedelte, Hirschbergs Ausfallstraßen beschaffen, obwohl seit der ersten Straßen –Asphaltierung in Europa (1834 in Paris) rund 60 Jahre vergangen waren.



An dieser Stelle treffen Straßen aus 4 Richtungen aufeinander. Die auf dem Bild erkennbar ansteigende Straße führt am linken Bildrande über die Bahnstrecke. Der neue Fußgängertunnel befindet sich hinter dem Buschwerk vorn rechts.



Über die neue „Elektrische“ lästerte man in Hirschberg in Erinnerung an die ursprünglich betriebene Pferdebahn: „Die Elektrische trägt die Deichsel auf dem Dache“.



Dieses Riesengebirgsprofil steht in Hirschberg auf dem Kavalierberg. Es ist zusammengesetzt aus Gesteinsplatten, von denen jede einzelne anzeigt, aus welcher Gesteinsart das Gebirge an der betreffenden Stelle besteht. Der obere Rand des Profils zeigt den Verlauf des Gebirgskammes an.



Hier im Altersheim „Bethesda“ in Hirschberg lebte in ihren Witwenjahren die bereits hochbetagte „Tante Aschenborn“.



Das in der Jugendstilzeit eröffnete, anfangs viele Jahre hindurch „Kunst- und Vereinshaus“ genannte Hirschberger Stadt-Theater. Rechts die Ausfallstraße in Richtung auf den Ostteil des Riesengebirges, links die Theaterstraße. In diesem Gebäude fanden neben Theateraufführungen die unterschiedlichsten Arten von Veranstaltungen statt, z.B. das Jubiläumsfestessen des Riesengebirgsvereins zu seinem 25-jährigen Bestehen. (siehe nächste Seite)



Speisekarte

für das

Festessen zum 25jährigen Jubiläum

des

Riesengebirgsvereins

am 13. Juni 1905

im

Kunst- und Vereinshause zu Hirschberg.



Städt. Lyzeum nebst Oberlyzeum mit Frauenschulklassen und Studienanstalt. Für den Bau dieser Schule hatte der Stadtverordnete Dr. Ablaß sich maßgebend eingesetzt.



Im Abstand weniger Jahre errichtete die Stadt 2 stattliche Gebäude für Höhere Schulen: Nach dem Lyzeum (Bild oben) hier das Haus für diejenige Schule, die später „Oberschule für Jungen“ genannt wurde. Dieses Gebäude ist von so enormen Ausmaßen, daß darin vom Jahre 1934 an eine vollständige weitere Höhere Schule untergebracht werden konnte, nämlich das Gymnasium, das seinen erst 1930 bezogenen Neubau schon nach 4 Jahren räumen mußte, um der „Hochschule für Lehrerbildung“ (Bild S. 316 unten) Platz zu machen.



Die Post

Das alte Postgebäude, vor dem noch die Postkutschen gestanden hatten und von dem Dr. Ablaß im Reichstag erklärt hatte, die Zustände in diesem Gebäude seien ganz miserabel und den Beamten nicht länger zumutbar. Am 1.4.1913 hatte es ausgedient.



Für das neue Postgebäude (rechts im Bild) legte die Stadt diese „Poststraße“ an, die hinten in die Bahnhofstraße mündet, und gleichzeitig auch die nach links abzweigende „Kleine Poststraße“. So brauchten die Postfahrzeuge vor dem Postamt nicht zu wenden



Das Portal des 1913 eröffneten Postamtes und die Rübezahl-Skulpturen über dem Portal.



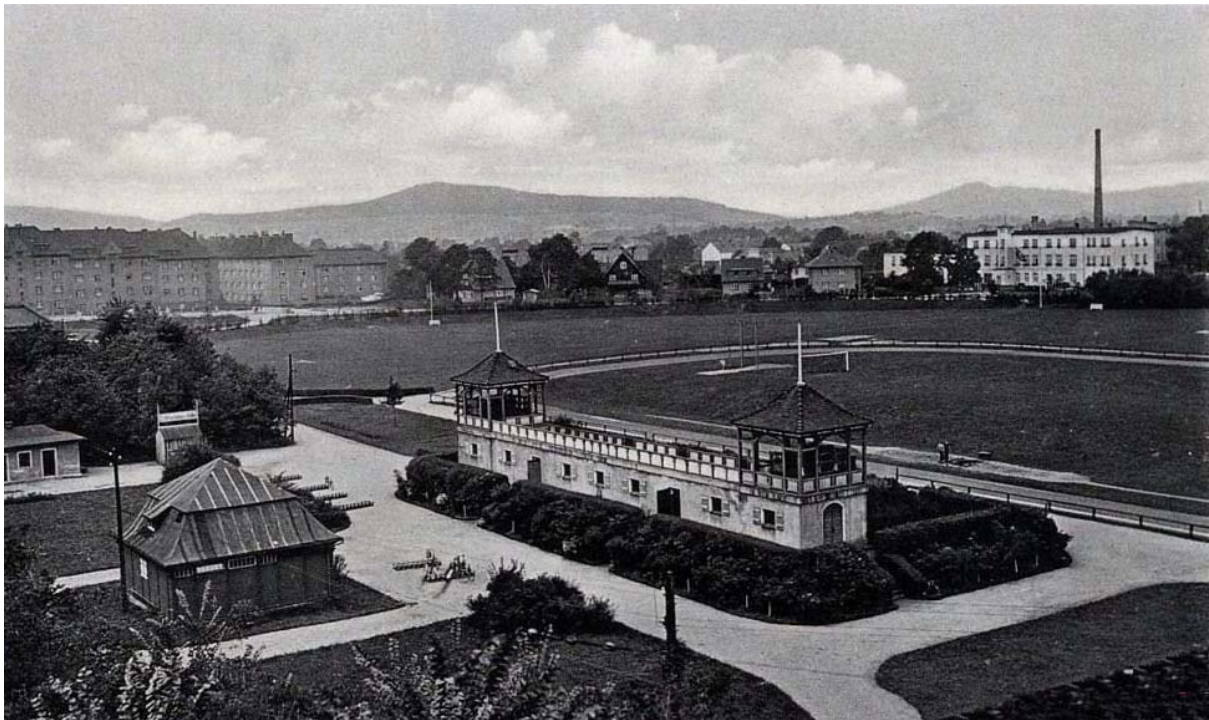
So waren die 5 Landschaftsbilder, die Prof. Wislicenus gemalt hatte und von denen Bruno Ablaß so begeistert war, seit April 1919 in dem neuen Hirschberger Museum ausgestellt: links Frühlingslandschaft, rechts Winterbild.



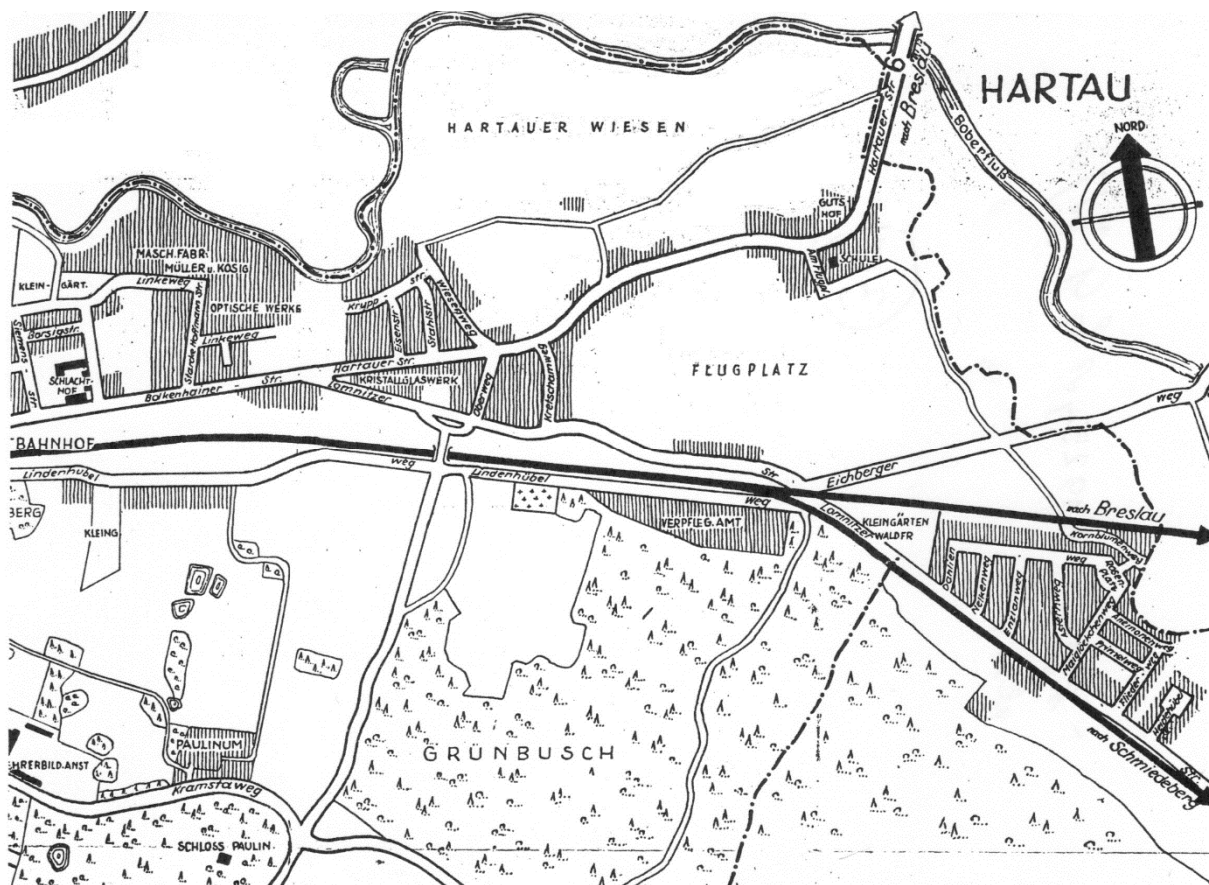
Dieses Foto vom 6. März 1940 erbringt den Beweis, daß das Museum, wenn auch erst mehr als 10 Jahre nach seiner Errichtung, den Namen „Sudeten-Museum“ erhalten hat. – Der in den ersten Märztagen gefallene Schnee ist hier zu einer Höhe von fast 2 m aufgetürmt.



Das im Jahre 1915 seiner Bestimmung übergebene Krematorium auf dem Hirschberger Kommunalfriedhof.



Das im Jahre 1922 angelegte Sportstadion auf dem „Feigenmund“ in Hirschberg.



Der in dieser Straßengabelung im Jahre 1925 angelegte Flugplatz erstreckt sich bis dicht an die Stadtgrenze von Hirschberg.



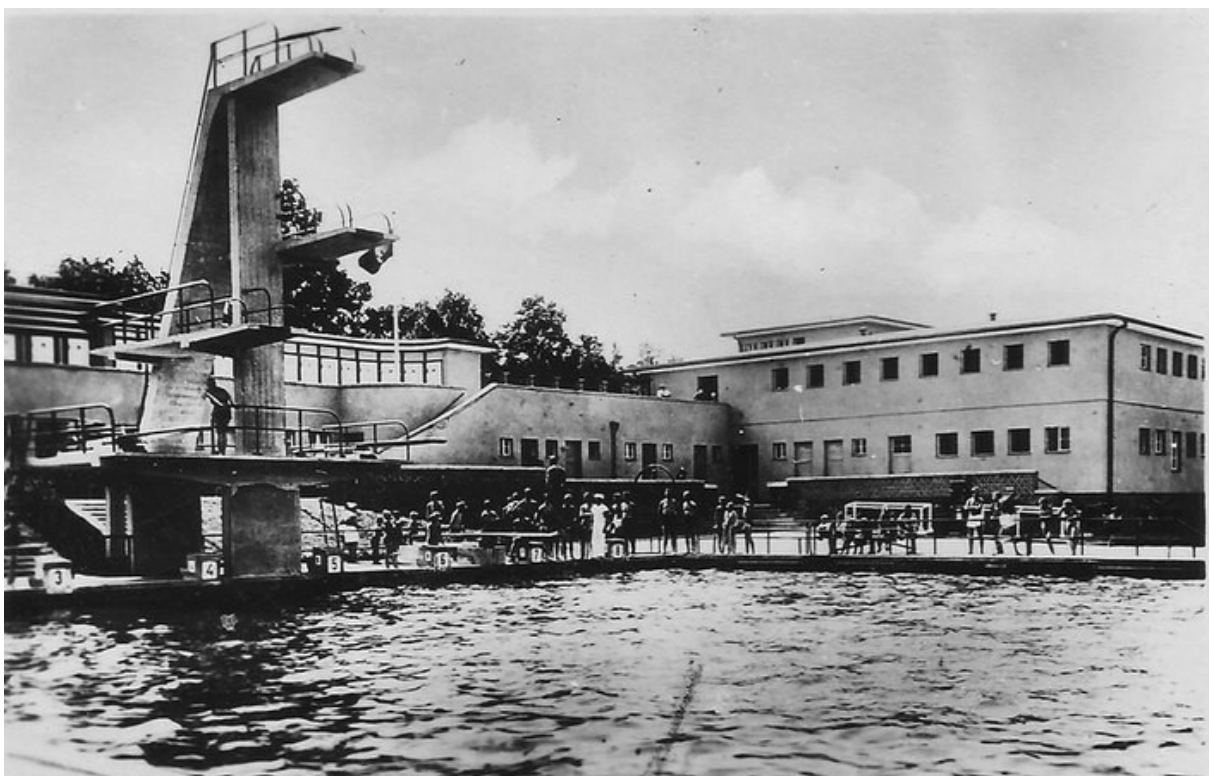
Als der Hirschberger Flugplatz fertiggestellt war, begann man in Hirschberg, Luftaufnahmen zu machen. Diese Aufnahme ist schon sehr bald entstanden, nämlich zu einem Zeitpunkt, als die Stadt noch nicht umbenannt war in „Hirschberg im Riesengebirge“. Das Bild zeigt, wie übersichtlich die Bewohner Hirschbergs in der Barockzeit ihre Stadt, die heutige Innenstadt, gestaltet haben.



Der am 1. Oktober 1930 eröffnete Neubau des Gymnasiums. Nur 4 Jahre lang wurden die Gymnasiasten in diesem Haus unterrichtet. Sie durften nach Einzug der Hochschule für Lehrerbildung nur noch die Turnhalle benutzen.



Das zu Anfang der 30er Jahre erbaute Freischwimmbad mit seinem 10 m hohen Sprungturm und weiteren Sprungbrettern auf 4 Zwischen-Etagen. Die 3 Wasserbecken haben vier unterschiedliche Wassertiefen: vorn das Planschbecken, rechts das für Nicht-Schwimmer und Halbschwimmer unterteilte Becken und hinten das Becken für Schwimmer und Springer.



Zwischen Mauern und Türmen

Ein Roman aus dem 18. Jahrhundert

von

Fedor Sommer

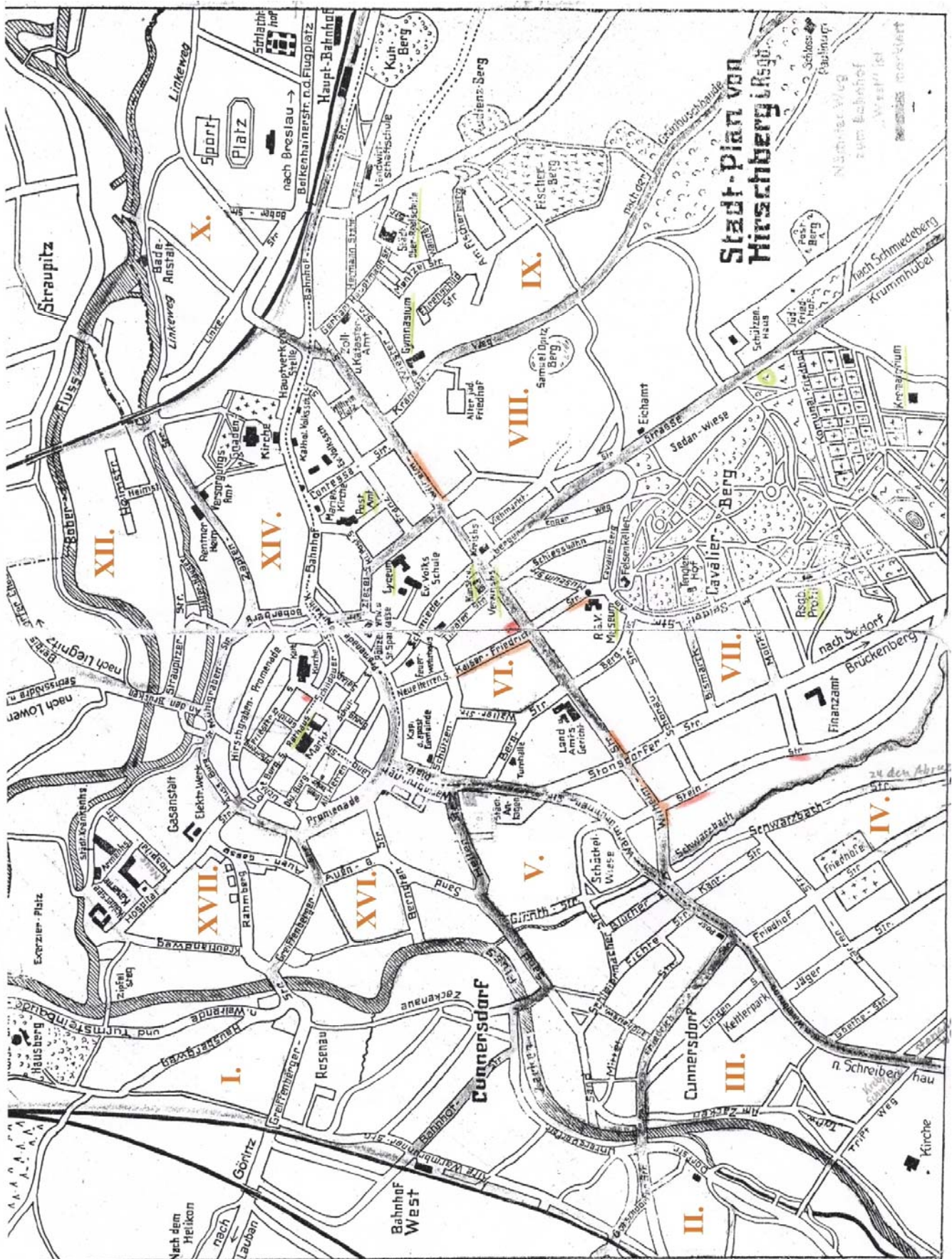
Dritte Auflage

Halle/Saale 1934

Verlag Buchhandlung des Waisenhauses

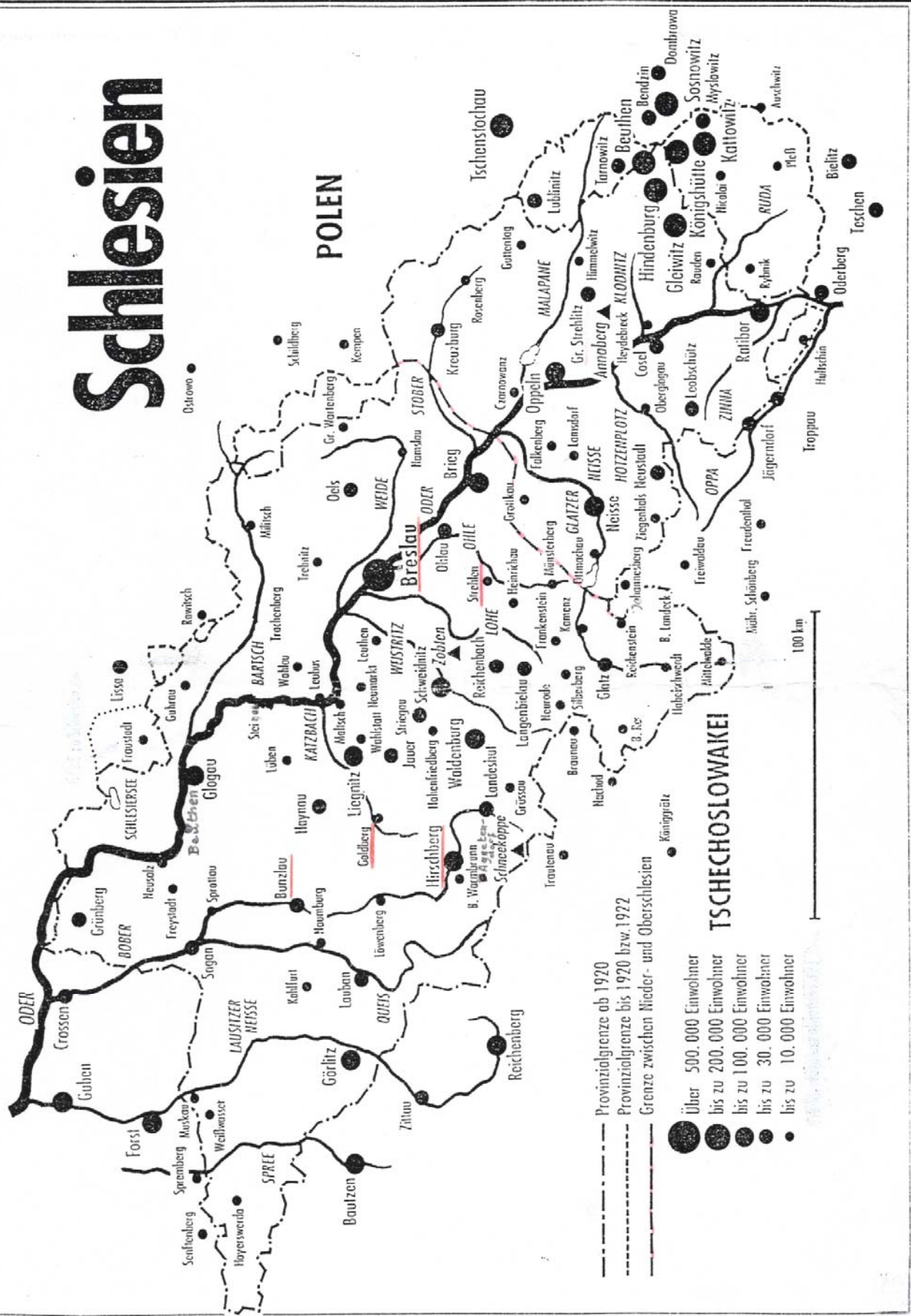


Nach diesem Roman hatte der schlesische Dichter Hans Christoph Kaergel unter dem gleichen Titel ein Festspiel geschrieben,, das in Hirschberg ab 1933 alljährlich im Rahmen der Riesengebirgswoche aufgeführt wurde.



Die eingetragenen römischen Zahlen bezeichnen die Stadtbezirke, in die Hirschberg zwischen Mai 1945 und Juli 1946 eingeteilt war.

Schlesien





Hirschberg in Schlesien, die Stadt, die seit Jahrhunderten dieses Wappen führte und die heute "Jelenia Góra" heißt, wurde dem Rechtsanwalt und Notar Dr. Bruno Ablaß in seinem 27. Lebensjahr zur Heimat und blieb es 49 Jahre lang bis zu seinem Lebensende. Hier lebte er mit seiner Familie, hier übte er seinen Beruf und seine Tätigkeit in der Stadtverordneten-Versammlung aus, wo er maßgeblich zum Aufblühen der Stadt beitragen konnte. Von hier aus fuhr er zu den Stätten seines Wirkens als Mitglied zweier deutscher Parlamente. Von hier aus trat er seine Bildungsreisen an, die ihn in vier Erdteile führten. Die Nähe der Stadt zum Riesengebirge nutzte er zu Ausflügen und Wanderungen in der Natur. Freundschaften zu namhaften Persönlichkeiten aus Literatur und Kunst, darunter zu Gerhart Hauptmann, dem größten deutschen Dichter seiner Zeit, bereicherten sein Leben.